P
III 1412
PS III 616
PS III 5

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. IANUARIE / JANVIER / JÄNNER 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 1

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

A)

Die Problemstellung.

I.

Das Weltminderheitenrecht – ein Teil des Völkerrechtes.

1. Der Schutz der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Umgangssprache und Religion in den Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft ist ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Völkerrechtes (Weltminderheitenrecht). Er wird nur dann wirksam, wenn die innerstaatlichen Gesetze (Verfassungsrecht) und allfällige Abkommen zwischen zwei oder mehreren Staaten (regionales Völkerrecht) nicht genügen, die Lebensverhältnisse dieser Minderheiten derart zu regeln, dass sie sich wegen ihres charakteristischen Unterschiedes von der Mehrheit des Staatsvolkes in der Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung verkürzt fühlen.

2. Der Völkerbund als organisierte Rechtsgemeinschaft der Staaten ist in erster und oberster Reihe berufen, für ein wirksames und zweckmässiges Weltminderheitenrecht Sorge zu tragen.

3. Pflicht aller internationalen Organisationen und aller Friedensfreunde ist es, mit allen Mitteln dahin zu wirken, dass die Grundsätze dieses Weltminderheitenrechtes zur allgemeinen Rechtsüberzeugung aller Völker der Staatengemeinschaft, ihrer politischen Parteien und Parlamente werde.

P. 2216
BIBLIOTECA CENTRALA A REGIUNII BANAT
BIBLIOTECA JUDEȚEANĂ
P-41.013-I

BEGRÜNDUNG.

In den meisten Staaten leben Minderheiten, welche von der Mehrheit des Staatsvolkes durch Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion verschieden sind. Jede wie immer geartete territoriale Neueinteilung der Staaten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion wäre nicht in der Lage, völlig national, sprachlich und religiös einheitliche Staatsgebilde zu schaffen. Die meisten grossen Kriege der letzten Jahrhunderte, besonders aber der Weltkrieg, hatten nicht zum geringsten Teile in nationalen und religiösen Gegensätzen innerhalb der einzelnen Staaten und in Bedrückungen von Minderheiten durch die einzelnen Staatsgewalten ihren Entstehungsgrund. Die nunmehr in den meisten Staaten zum Siege gelangten demokratischen Staatsformen haben vielfach infolge der von den Staaten ängstlich gewahrten Souveränität und infolge der schrankenlosen Herrschaft der Mehrheiten erfahrungsgemäss Erscheinungen hervorgebracht, welche von den Minderheiten mit Recht als Ungerechtigkeiten und Bedrückungen empfunden werden. Hieran haben in einer grossen Reihe von Staaten Europas, aber auch anderer Erdteile, in denen Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion leben, die innerstaatlichen Gesetze, insbesondere die Verfassungen, trotz ihres meist einwandfreien Wortlautes nichts oder nur manches zu ändern vermocht. Auch zwischenstaatliche Verträge und Abkommen, die hie und da zum Schutze der wechselseitigen Minderheiten abgeschlossen worden sind, haben nur wenige von den geschilderten Übelständen beseitigen können. Allein die Gerechtigkeit und der Friedenswille aller Nationen erheischen es dringend, dass in allen zivilisierten Staaten tunlichste Zufriedenheit herrsche, und dass überall das Recht die Gewalt auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens verdränge. Somit ist erwiesen, dass die im Interesse der Gerechtigkeit und der dauernden Konsolidierung der Staatengesellschaft und der ständigen Gewährleistung eines ewigen Weltfriedens unbedingt erforderliche klaglose Behandlung und Zufriedenstellung der Minderheiten auf dem Wege der nationalen Gesetzgebung nur selten erzielt zu werden vermag. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer allgemeinen völkerrechtlichen Regelung dieser Fragen.

II.

Der Völkerbund und das Weltminderheitenrecht.

1. Der Völkerbund hat den Schutz aller Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion unter Ergänzung seiner Satzung zu seiner Aufgabe zu erklären.

2. Er hat eingehende, materiellrechtliche Leitsätze auszuarbeiten, welche für ihn bei der Ausübung des Minderheitenschutzes als Richtlinien gelten werden (*Mindestprogramm)*; ausserdem hat er Richtlinien aufzustellen, die er für die Regelung der Rechtsverhältnisse jener Minderheiten für wünschenswert hält, die durch ihre Zahl, ihre kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung oder durch die Geschlossenheit ihrer Siedlungsgebiete auf ein stärkeres Ausmass von Rechten Anspruch erheben können. (*Erhöhter Minderheitenschutz).*

3. Er hat eine ständige Kommission für Minderheiten einzusetzen und ein seinem Generalsekretariate angegliedertes *Weltamt der Minderheiten* ins Leben zu rufen; ihnen beiden obliegt nebst dem theoretischen und praktischen Studium des Minderheitenrechtes die Aufgabe, sich durch alle ihnen geeignet scheinenden Informationen genaue Kenntnisse von der jeweiligen Lage der einzelnen Minderheiten zu verschaffen, was durch Studienreisen in die einzelnen Staaten und durch die Bestellung von dauernden Experten aus dem Kreise der Minderheiten geschehen soll. Das Weltminderheitenamt berät auch die Minderheiten in formellrechtlichen Fragen des internationalen Minderheitenrechtes. Inwiefern die Kommission und das Weltminderheitenamt bei dem Verfahren des Völkerbundrates in Minderheitenschutzangelegenheiten mitzuwirken berufen sind, bestimmt Punkt XX. Abs. 7.

4. Er hat ein genaues *Reglement* auszuarbeiten, welches genaue Vorschriften enthält, die bei Minderheitenschutzangelegenheiten zur Anwendung zu gelangen haben; vgl. Punkte XX Abs. 5 und Anh. I.

5. Er hat eine Änderung des Statuts des *Ständigen Internationalen Gerichtshofes* in Haag zu beschliessen, nach der es den Minderheiten möglich ist, vor diesem Gerichtshofe als Kläger gegenüber ihren Staaten aufzutreten; vgl. Punkt XX. Abs. 6 und Anh. II.

BEGRÜNDUNG.

Eine Reihe der am Ende des grossen Krieges und später abgeschlossenen Staatsverträge, sowie eine Reihe von dem Völkerbunde gegenüber abgegebenen Staatserklärungen enthalten materiellrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion, die aber schon ihrem Wortlaute nach ungenügend sind. Aber auch die Durchführung dieser schon an und für sich ungenügenden Bestimmungen der erwähnten Verträge und Staatserklärungen durch die einzelnen Staaten ist in rechtlicher, noch mehr aber in tatsächlicher Beziehung mangelhaft. Auch der Völkerbund war und ist infolge der gleichfalls ungenügenden Bestimmungen dieser Verträge und Staatserklärungen, sowie infolge der ebenso ungenügenden, das Verfahren in Minderheitenschutzangelegenheiten regelnden Beschlüsse des Völkerbundrates nicht im Stande, eine zufriedenstellende Lage der Minderheiten in diesen Staaten zu erzielen. Dazu kommt, dass in immer steigendem Masse Klagen von Minderheiten in solchen Staaten laut werden, auf die sich die erwähnten Verträge und Staatserklärungen nicht beziehen. Es erscheint somit wünschenswert, dass nicht nur die Minderheiten in *einzelnen* Staaten, sondern die Minderheiten in *allen* Staaten der Staatengemeinschaft eines international gewährleisteten Schutzes teilhaftig werden; dies entspricht auch dem Grundsatze der Gleichheit aller Staaten der Völkerrechtsgemeinschaft. Andererseits hat die mehrjährige Erfahrung auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes die Verschiedenheit der Minderheiten in den einzelnen Staaten zum Bewusstsein gebracht; hiedurch erscheint eine gradmässig verschiedene Rechtsstellung der Minderheiten nach verschiedenen Gesichtspunkten dringend geboten, wobei jedoch gewisse Mindestforderungen niemals ausser Acht gelassen werden dürfen. Auch hat die mehrjährige Erfahrung gezeigt, dass die so schwierigen und in den einzelnen Staaten so grundverschiedenen Lebensverhältnisse, die Errichtung einer unparteiischen, wissenschaftlichen Zentralstelle zum Studium der Minderheitenprobleme dringend erheischen, die auch die Beratung der Minderheiten in formellrechtlichen Fragen des Minderheitenrechtes übernehmen könnte; zur Errichtung einer solchen Zentralstelle kann nur der Völkerbund berufen sein. Die Aufstellung von Leitsätzen und Richtlinien, nach denen der Völkerbund den Minderheitenschutz, eine seiner

vornehmsten Aufgaben, fernerhin zu betreuen haben wird, liegt im gleichen Interesse der Minderheiten, der Staaten und des Völkerbundes selbst; denn nur auf diesem Wege kann die so wünschenswerte Beständigkeit in der Behandlung von Minderheitenfragen durch den Völkerbund erzielt werden. Dasselbe spricht für eine stärkere Heranziehung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes auf dem Gebiete des internationalen Minderheitenrechtes.

B)

Das Mindestprogramm.

III.

Die allgemeinen Grundrechte.

1. Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion haben den unbedingten Anspruch auf vollen und ganzen Schutz ihres Lebens, ihres Eigentums und ihrer Freiheit. Denselben Anspruch haben auch alle auf dem Staatsgebiete sich aufhaltenden Staatsfremden.

2. Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion sind vor den Gesetzen gleich, geniessen rechtlich und faktisch dieselben bürgerlichen und politischen Rechte, dieselbe Behandlung vor den Gerichten, den staatlichen und autonomen Verwaltungsbehörden und bezüglich der Anstalten und Unternehmungen des Staates, der Länder, Provinzen, Gaue, Kantone, Bezirke, Gemeinden usw. sowie die gleichen Bürgschaften. Insbesonders darf die Zugehörigkeit zu einer nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion verschiedenen Minderheit, unter gar keinen Umständen bei der Zulassung zu öffentlichen Diensten, Ämtern und Würden, bei der Entlassung aus diesen, bei der Art ihrer Behandlung, sowie bei der Ausübung irgend eines Berufes oder Gewerbes hinderlich sein.

3. Ebenso werden alle öffentlichen und privaten Vereinigungen und Organisationen von Staatsbürgern ohne Unterschied der Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion ihrer Angehörigen und ohne Unterschied der Sprache, deren sich die Organe der Vereinigung oder Organisation bedienen, unter sonst gleichen Voraussetzungen gleich behandelt.

4. Die in den Absätzen 2. und 3. aufgestellten Grundsätze gelten, insoweit gewisse Rechte und Befugnisse nicht ihrer

Natur nach Staatsbürgern vorbehalten sind, unter der Voraussetzung der Reziprozität auch für Staatsfremde der betreffenden Abstammung (Nationalität) Sprache und Religion.

5. Die in den Punkten 1–4. aufgestellten Grundsätze gelten nicht schon dann als erfüllt, wenn sie in den Gesetzen, insbesondere in den Verfassungsgesetzen des Staates zum Ausdruck gelangen, sondern nur dann, wenn sie auch in der Praxis mit aller möglichen Gerechtigkeit zur Durchführung gelangen.

BEGRÜNDUNG.

In der heutigen Staatengesellschaft sind die demokratischen Grundsätze zur Herrschaft gelangt, welche die Gleichheit aller Staatsbürger gegenüber der Staatsgewalt und den von ihnen abgeleiteten Gewalten unter einander und vor dem Gesetze zur notwendigen Folge haben. Diese Gleichstellung der Bürger ist eine der notwendigen Voraussetzungen für das Gedeihen jedes Staates. Gerade die *tatsächliche Ungleichstellung* der Angehörigen der Minderheiten trotz bezw. im Gegensatze zu der gesetzlichen, gewöhnlich sogar verfassungsgesetzlichen gewährleisteten *Gleichstellung* bildet den häufigsten Grund zu den Beschwerden der Minderheiten. Eine Reihe von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Staatengesellschaft in vergangenen Zeiten und in der Gegenwart, die sogar häufig zu kriegerischen Verwicklungen geführt haben, waren auf die ungleiche Behandlung gewisser nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion verschiedenen Schichten der Staatsbürger durch die einzelnen Staaten zurückzuführen.

Gewisse primitive Rechte, wie der Schutz des Lebens und der Freiheit und auch des Eigentums gebühren auch Staatsfremden, u. zw. ohne jede Voraussetzung und Bedingung, während andere Rechte den Staatsfremden wohl nur unter der Gewährleistung der gleichen Rechte an die eigenen Angehörigen in dem betreffenden Staate zugebilligt werden können.

IV.

Staatsbürgerschaft.

1. Jedermann hat den Anspruch, einem Staate als Staatsbürger anzugehören.

2. Kein Staat hat das Recht, seine Bürger gegen ihren Willen, der allerdings auch durch konkludente Handlungen ge-

äussert werden kann, ihrer Staatsbürgerschaft für verlustig zu erklären.

3. Die einerseits durch die Zerstückelung der österreichisch-ungarischen Monarchie, andererseits durch die Entstehung von neuen Staaten auf einem grossen Teile des Staatsgebietes des ehemaligen russischen Kaiserreiches hervorgerufene Staatenlosigkeit von zahlreichen Angehörigen, sowie deren Nachkommen dieser beiden Staaten endgiltig zu regeln, ist eine Aufgabe des Völkerbundes. In dieser Richtung empfiehlt sich der Abschluss von Staatsverträgen nach dem Muster des Abkommens von Rom v. 6. IV. 1922, unter Erweiterung durch schiedsgerichtsähnliche Liquidationskommissionen, an die sich auch die einzelnen Staatenlosen wenden können.

BEGRÜNDUNG.

Die Frage der Staatsangehörigkeit ist von Natur aus keine Frage des internationalen Minderheitenrechtes. Sie wurde es aber nach dem grossen Kriege, da die auf ihren Charakter als Nationalstaaten pochenden Nachfolgestaaten der österr.-ung. Monarchie und Russlands die Zahl ihrer Minderheitenangehörigen dadurch zu vermindern suchten, dass sie zahlreichen Bürgern aus nationalen und religiösen Gründen die Anerkennung ihrer Staatsbürgerschaft versagten und sie anderen Staaten zuzuschieben suchten, ohne dass die Betreffenden im Stande waren, die Angehörigkeit dieses Staates zu erwerben. Dies taten diese Staaten unter missbräuchlicher Auslegung von Bestimmungen der Friedens- und Minderheitenschutzverträge, und unter Ausnützung von Lücken in diesen Verträgen. Hand in Hand gingen empfindliche Schädigungen materieller Art der Betroffenen (Nichtanerkennung von Staatsanleihen, Entziehung von Pensionen von Offizieren, Staatsbeamten und deren Witwen und Waisen, Enteignungen usw.) Italien ist es vorbehalten gewesen, Angehörige seiner nationalen Minderheiten der Staatsbürgerschaft für verlustig zu erklären, ohne auch nur zu behaupten, dass sie Anspruch auf eine andere Staatsbürgerschaft hätten.

V.

Bestimmung der Nationalität der Staatsbürger.

1. Die Nationalität der Staatsbürger wird durch das freie nationale Bekenntnis bestimmt. Hiebei ist für die Geheimhaltung des individuellen Bekenntnisses Sorge zu tragen.

2. Abstammung, Namen, Familienbeziehungen u. dgl. sind für das nationale Bekenntnis bedeutungslos.

3. Besondere gesetzliche Vorschriften regeln die Bestimmung der Nationalität für Minderjährige und Geisteskranke und die Zulässigkeit des Nationalitätenwechsels.

4. Die Erhebung der Nationalität erfolgt unter Mitwirkung von Vertrauensmännern der Bevölkerung, bei deren Auswahl auf die nationale Schichtung der Bezirke Rücksicht zu nehmen ist.

5. Für einen Rechtsmittelzug in dem Verfahren der Erhebung der Nationalität und für die Entscheidung in letzter Instanz durch unabhängige Gerichte ist Sorge zu tragen.

6. Jede indirekte und direkte Beeinflussung der Freiheit bei der Abgabe des nationalen Bekenntnisses, insbesondere auch durch Organe des Staates, wird für strafbar erklärt.

BEGRÜNDUNG.

Die Erhebung der Nationalität (Muttersprache, Umgangssprache) unterliegt in manchen Staaten im Gegensatze zu der Erhebung der meist einwandfrei feststellbaren Religion vielfach einer Einflussnahme der staatlichen Organe. In vielen Staaten werden nun begründete Beschwerden seitens der nationalen Minderheiten in der Richtung laut, dass ein Druck auf Angehörige der Minderheiten in dem Sinne ausgeübt werde, dass sie sich zur Nationalität der Mehrheit bekennen, ja dass sogar staatliche Organe im Gegensatze zu dem geäusserten Wunsche die Nationalität von Minderheitsangehörigen willkürlich bestimmen. Durch solche Vorgänge wird nicht nur die Zahl der Angehörigen der nationalen Minderheiten der Staaten auf Kosten der Mehrheiten vermindert, ja es werden sogar die nationalen Mischungsverhältnisse in einzelnen Teilen des Staatsgebietes zum Nachteile der Minderheiten unrichtig erfasst. Die staatlich erhobene Nationalität ist aber nicht nur von Bedeutung für die Bevölkerungsstatistik, sondern sie hat in vielen Staaten rechtliche Bedeutung für das Ausmass der den Minderheiten in den einzelnen Bezirken eingeräumten Rechte.

Convenţia

încheiată între România şi Iugoslavia, cu privire la regulamentarea şcoalelor primare minoritare româneşti din Iugoslavia.

Art. 1. — Şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul sârbo-croat-sloven vor fi şcoale publice, conform legilor şi regulamentelor şcolare în vigoare în Regatul S. H. S.

Examenele elevilor se vor face de către propriii lor institutori şi certificatele eliberate de ei vor fi valabile şi echivalente cu acelea ale Statului.

Art. 2. — In şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. limba de propunere va fi cea română.

In primul şi al doilea an în şcolile primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. se va preda în limba română.

Cu începere din anul al 3-lea limba sârbă va fi predată ca obiect de studiu 6 ore pe săptămână, iar 3 ore pe săptămână, în plus, vor fi întrebuinţate pentru predarea în sârbeşte a istoriei şi a geografiei Regatul S. H. S.

Art. 3. — Predarea religiei, materie de program, se va face de către institutor în limba maternă a elevilor.

In lipsă de institutori, preotul locului, de aceeaş confesiune şi cunoscând limba română, va preda religia.

Art. 4. — Institutorii şcolilor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. vor trebui să fie de limbă maternă română şi de aceeaş confesiune cu majoritatea elevilor, dar de supuşenie S. H. S.

Art. 5. — In localităţile unde vor fi 20 de copii în vârstă de şcoală, se va creia o şcoală primară cu un institutor. Cererea va fi făcută de către părinţii acestor copii şi naţionalitatea copiilor va fi aprobată prin registrele de stare civilă.

Art. 6. — Guvernul S. H. S. va avea grijă să pregătească, alegând dintre persoanele cu limba maternă română un număr îndestulător de institutori calificaţi pentru propunerea în limba română în şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S.

Art. 7. — Salariile institutorilor şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. şi ale profesorilor de liceu

şi ale şcoalei normale, conform art. 8 al prezentului regulament, vor fi plătite de către Regatul S. H. S.; edificiile pentru şcoalele primare vor fi date şi cheltuelile de întreţinere suportate, conform dispoziţiilor legale, de către Regatul S. H. S.

Dacă e vorba de o comună cu populaţie mixtă, comuna este obligată să dea edificiul şi mobilierul şi să întreţină şcoala. Cheltuelile vor fi repartizate între populaţie proporţional cu numărul şi cu impozitele plătite de către locuitorii interesaţi.

In localităţile unde minoritatea, deşi există un număr îndestulător de copii pentru crearea unei şcoli, nu are şcoală, neavând provizoriu edificiu sau institutor, copii vor putea vizita şcola de Stat. Dar, dacă numărul de copii în vârstă de şcoală este inferior acelui necesar pentru crearea unei şcoli primare minoritare româneşti, copiii sunt obligaţi să viziteze şcoala de Stat S. H. S.

Art. 8. — Pentru pregătirea viitorilor învăţători ai şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. se va creia la şcoala normală din Vârşeţ un număr îndestulător de catedre, ai căror titulari calificaţi vor preda în limba română literatura, religia, metodica, cânturile religioase şi exerciţiile practice.

Profesorii titulari ai acestor catedre vor fi aleşi în primul rând dintre supuşii S. H. S., mai întâi de naţionalitate S. H. S. şi apoi de naţionalitate română.

In lipsă de astfel de profesori, Guvernul S. H. S. va numi profesori contractuali cu titlu provizoriu, dintre supuşii calificaţi din România.

Elevii în şcoala normală din Vârseţ vor trebui să fie supuşi S. H. S. cunoscând limba română şi fiind de aceeaş confesiune ca majoritatea populaţiei româneşti.

Pentru studiile preparatorii ale elevilor şcoalei normale din Vârşeţ, se se va creia o catedră facultativă de predarea limbei române în primele 4 clase ale unui liceu S. H. S.

Art. 9. — Atâta timp cât nu va fi pregătit, numărul necesar de institutori calificaţi în mod regulat pentru şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S., Ministerul Instrucţiei Publice va lua toate măsurile în vederea complectării locurilor vacante, prin institutori posedând capacităţile nececare.

Art. 10. — In caz de nevoie şi pentru a satisface necesi-

tatea reală, Guvernul S. H. S. va putea alege şi subvenţiona bursieri în şcoala normală din Vârşeţ, aparţinând naţionalităţii române, supuşi ai Regatului S. H. S., în vederea completării şi menţinerii cadrelor necesare de institutori calificaţi pentru şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S.

Art. 11. – Guvernul S. H. S. va avea dreptul de a prepara cărţile didactice pentru şcoalele primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S. Pentru prepararea acestor cărţi el va putea consulta experţii români.

Totuşi vor putea fi utilizate ca manule didactice, cărţile editate în Regatul României, cu condiţia să aibă autorizarea Ministerului Instrucţiei Publice din Regatul S. H. S.

Art. 12. – In comunele unde sunt două feluri de şcoli, adică româneşti şi sârbeşti, bugetele precum şi direcţiile şcoalelor vor fi separate şi vor avea comitete şcolare locale care vor stabili şi vor executa bugetele.

Art. 13. – Un comitet şcolar compus din 5 membri, cu personalitate juridică, aleşi printre supuşii S. H. S. de naţionalitate română, va avea dreptul să controleze şi să supravegheze funcţionarea şi administrarea şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S.

Comitetul şcolar va avea dreptul să recomande Ministerului Instrucţiei Publice un inspector pentru a face inspecţia pedagogică şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S.H.S. Acest funcţionar numit de Ministerul Instrucţiei Publice va fi sub controlul comitetului şcolar, care în caz de nevoie va putea propune înlocuirea lui.

Comitetul şcolar va avea dreptul să delege doi din membrii săi în comitetul şcolar regional S. H. S., pentru verificarea şi aprobarea bugetelor şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S.

Comitetul şcolar va avea dreptul să delege unul din membrii săi pentru a lua parte în comisia disciplinară a institutorilor şcoalelor primare minoritare româneşti din Banatul S. H. S.

Inspectorul român va avea facultatea să propună Inspectorului general S. H. S. şi Ministrului Instrucţiei Publice, candidaţi pentru numirile lor, care se vor face conform legilor şi regulamentelor în vigoare în Regatul S. H. S.

Comitetul şcolar va comunica direct cu Inspectorul General

S. H. S. în exercițiul funcțiunilor sale și va avea dreptul de recurs la Ministerul Instrucției Publice.

Membrii acestui comitet vor fi aleși pe 5 ani de către adunarea compusă din toți institutorii și preoții minoritari românești din Banatul S. H. S. și convocată de către preotul cel mai vechi în grad.

Art. 14. – Prezentul regulament intră în vigoare imediat după schimbul scrisorilor între Miniștrii Afacerilor Străine al Regatului S. H. S. și al României.

Ministrul Instrucției Publice va numi un comisar special însărcinat să convoace prima adunare, să organizeze comitetul general școlar și să pună în execuție aceste dispoziții.

Sir W. Dickinson

et les minorités nationales en Europe.

Sir W. Dickinson a fait récemment, dans une réunion de la Near and Middle East Association, à Londres, une conférence sur la question des minorités.

Après avoir donné un aperçu d'ensemble de cette question, dont l'importance est facilement perçue si l'on tient compte du fait que les minorités sont aujourd'hui, en Europe, au nombre de plus de trente millions d'âmes, et souligné les mauvais résultats de la politique pratiquée aujourd'hui envers les minorités, Sir Dickinson conclut:

„Le Conseil de la S. d. N. a tenté d'aplanir les dissensions sur la question des minorités derrière des portes fermées, au lieu de régler ces questions importantes sur la base des principes de la justice. Les résultats de cette politique du Conseil sont malheureux. Des centaines de plaintes adressées à Genève par les différentes minorités n'ont jamais vu la lumière du jour du jugement public et la plupart des minorités estiment inutile de s'adresser à la S. d. N. pour obtenir justice et satisfaction."

„La S. d. N. a fait sienne, sur ces questions, la politique du silence et de „laissez tranquille les chiens endormis", mais les chiens ne sont pas endormis; ils peuvent se réveiller à chaque instant, ce qui peut avoir des conséquences effrayantes pour la civilisation."

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

Im Gebiet von Szatmár und Nagykároly, an der Grenzlinie der Siebenbürger Berge und der ungarischen Ebene, dort, wo die Völkergeschichte im Einklang mit dem geografischen Milieu mit einer fast in das Bereich der Zahlen passenden Genauigkeit noch eine andere Grenzlinie gezogen hat — die ungarisch-rumänische Sprachsgrenze — alldort ist eine kleine ethnografische Insel, wovon seit einiger Zeit viel gesprochen wird.

Die Volksgruppe der sogenannten Schwaben der Szatmár-Nagykárolyer Gegend ist es, die 30.000 Seelen in 27 Gemeinden mit dem Zentrum Nagykároly in sich vereint. *)

Vor zwei Jahrhunderten rief das Schicksal diese aus ihrer alten württembergischen Heimat und sie siedelten sich in einer grösseren Gruppe im Kreis Nagykároly des Komitates Szatmár und in der Stadt Nagykároly selbst an, in kleinerer Zahl im Erdőder Bezirk, hart am Komitatsweg von Szatmár gegen Süden.

Ausser den deutsch klingenden Familiennamen errinnert wenig an die schwäbische Vergangenheit der Bevölkerung. Mit Ausnahme einiger Dörfer, sprechen die Leute untereinander und in der Familie fast nur ungarisch. In zwölf von diesen siebenundzwanzig Gemeinden und in Nagykároly wird die alte schwäbische Mundart nurmehr in den dünnen Reihen der alten Generation gesprochen.

So liegt äusserlich die Sache der „Schwäbischen Frage" des Szatmárgebietes. Nur der aufmerksame Beobachter sieht, dass sich ein grosser Teil der ungarischen katholischen Bevölkerung (die Schwaben sind durchwegs katholisch) im Äusseren, im Körperbau, in den Gewohnheiten, sogar im Hauswesen von den, mit ihr gemeinsam wohnenden kalvinistischen aber rasseechten ungarischen Bauern unterscheiden.

*) Die in Nagykároly erscheinenden „Mitteilungen der deutsch-schwäbischen Volgsgemeinschaft Sathmar" zählt in No. 3 d. J. 1927 im Artikel „Offener Brief an Dr. Elemér Jakabffy" unbegründeterweise 35 schwäbische Siedlungsgemeinden auf. Die von uns gegebenen Zahlen können höchstens durch die drei auf Ungarns Gebiet befindlichen Gemeinden erhöht werden.

Ein jahrzente — ja sogar jahrhundertelanger Weg führte bis zum heutigen Stand der Assimilation. Auf demselben fand die im Jahre 1867 beginnende Aera der ungarischen Verfassung ein nicht nur anfängliches, sondern vorgeschrittenes Stadium vor. Dies bezeugen eine Reihe von privaten Daten, von 1869 beginnend offizielle ungarische staatlich-statistische Daten und Werke.

Natürlich hat das auflebende ungarische Regime den Gang dieser Assimilation nur begünstigt, der unbehindert und unbeirrt seinen Weg der Vollendung entgegenging. Weder die national selbstbewussten Siebenbürger Sachsen, noch die Banater Schwaben kümmerten sich um diesen Vorgang, waren doch Letztere selbst in eine assimilationsartige Strömung geraten.

Nun kam aber der Regimewechsel und mit ihm die Bestrebung, die Ungarn politisch und kulturell zu befehden.

Die rumänische Volkszählung von 1920 weist im Komitat Szatmár mit einemmal 36 000 schwäbische Bewohner auf, gegenüber der letzten im Jahre 1910 durchgeführten Zählung, die dort nur 7000 solche fand.

Jetzt auf einmal finden sich die Sachsen und die in den Zustand des nationalen Erwachens getretenen Banater Schwaben in Nagykároly ein und bemühen sich, mit ungeduldiger Gier jenes Volk im Bereich ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisation „einzuheimsen", welches die rumänische Volkszählung ihnen zukommen liess.

Und wegen dieser Gegenwart wird der Sündenbock in der Vergangenheit gesucht, wie dies in solchen Fällen aus psychischen Gründen zumeist geschieht. Der zweckmässigste Bock ist das vergangene ungarische Regime, worin die heutigen Zustände zur Reife gebracht wurden.

Die Machtverhältnisse und die Schulpolitik, heisst es, dienten der Magyarisierung und beraubten die Szatmárer Schwaben ihrer deutschen Muttersprache.

Und wir, die Ungarn der Volksminderheiten Rumäniens, die Träger des Odiums unwahrer Anklagen, wir, die Wächter und Beschützer des moralischen und zahlenmässigen Bestandes unseres Ungartums, wie sollen wir diesen zweifachen Angriff im Szatmárgebiet aufnehmen? Könnte wohl einer von uns teilnahmslos der Expropriierung ungarischer Seelen zusehen, die

zwar nicht von unserem Blute sind, sich aber auf der Reibungsfläche der Völker uns zugesellten?

Natürlich finden wir uns auch in Szatmár ein. Nicht nur, weil es unsere Pflicht ist, nicht nur dem ungarischen Gefühl folgend, sondern weil wir glauben und bekennen, dass der universelle Minderheitsgedanke denen ein beherzigenswertes Memento zuruft, die bei Szatmár um jeden Preis „einheimsen" wollen. Wir Minderheitler stehen oder fallen mit dem Prinzip der kulturellen Freiheit. Ist es wohl mit diesem Grundgedanken vereinbar, dass die konfessionellen Schulen der in Betracht kommenden Gemeinden im Szatmárgebiete monatelang geschlossen stehen, nur darum, weil die Kirchengemeinden, die Erhalter der Schulen, statt der offiziell unterstützten rumänischen oder warm epfohlenen deutschen Sprache sich für die ungarische erklärten? Die sozial-dinamische Kraft des Minderheitsgedankens nährt sich vom Wilson'schen Prinzip. Und wo bleibt das Wilson'sche Prinzip, und wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wenn dies nicht einmal im engen Rahmen der Bestimmung der Unterrichtssprache in einer Dorfschule zum Ausdruck gelangen kann? Und wo bleibt die moralische Kraft des Minderheitsprinzipes, wenn der freien Entwicklung desselben gerade ein Minderheitsvolk in den Weg tritt?!

Die Lösung der Schicksalsfrage dieser etnografischen Insel Szatmár hat sich aus der Gegenwart in die Zukunft verschoben, dies ist uns bewusst. Ob die junge Generation dieses Volkes auch weiterhin ungarisch bleibt, wird ausser vielen anderen sozialen Faktoren auch die Schule entscheiden.

Vom Gesichtspunkt der ungarischen Zukunft nehmen wir daher mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Schulen erhaltenden Kirchengemeinden mit wenigen Ausnahmen sich wiederholt für die ungarische Unterrichtssprache entschieden haben.

Sie zahlten auch den Märtyrerpreis ihres Entschlusses: monatelang war die geistige Erziehung ihrer Kinder gehemmt. Begreiflicherweise ergaben sich Manche dem moralischen Zwang und führten an einigen Orten die deutsche Unterrichtssprache ein. Vorurteilslos und diszipliniert denkenden Köpfen geben diese Vorfälle zu denken.

Wir bleiben jedoch nicht bei dieser Grenze laut sprechender Tatsachen stehen, sondern wir gehen weiter und ergründen das ganze Material der Szatmárer Schwabenfrage, von deren histo-

rischer Vergangenheit, alle topografischen und etnografischen Beziehungen berührend, bis zu deren politischen und soziologischen Analyse. Auch unsere wertvollen und autentischen statistischen Daten seien in den Dienst der zu beleuchtenden Fragen gestellt.

Fussend auf diesen Argumenten möge in dieser grossen Streitfrage der einsichtsvolle Verstand und das wohl aufgefasste universelle Minderheitsinteresse entscheiden.

Die Vorgeschichte der schwäbischen Siedlungen in Szatmár.

Vor zweihundert und einigen Jahren, zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts begann und schloss einige Jahre nachher im Bereich des Szatmárer Komitates ein glorreicher Abschnitt der ungarischen Geschichte. Im Jahre 1703 spielten sich im Szatmárer Komitate die ersten Waffentaten der um ihre Freiheit kämpfenden Scharen Franz Rákoczy's II. ab, acht Jahre später verkündete daselbst Graf Alexander Károlyi zwölftausend bewaffneten Kurutzen auf der Ebene von Majtény die den Kriege beendigenden Szatmárer Friedenspunkte und leistete dem ungarischen König den Treueschwur.

Die an kriegerischer Romantik reiche Kurutzenzeit schloss mit diesem geschichtlichen Akt. Bei allem historischen Glanz waren dies aber schwere Zeiten und forderten vom ungarischen Volk harte Prüfungen.

Die Ungarn Szatmárs, Adelige wie Leibeigene, leisteten die schwersten und sozial wirtschaftlich fühlbarsten Opfer. Im Sommer 1703 belagerten Rákoczy's Kurutzen die Festung Szatmár, doch mangels entsprechender Artillerie und Belagerungsmaterial konnte sich die kaiserliche Besatzung bis 1. Jänner 1705 in der Festung halten. Die Belagerung dauerte also beinahe anderthalb Jahre. Während dieser Zeit versah das ungarische Volk des Szatmárer Komitates die Kurutzen mit Proviant und Ersatz. Kein Wunder, wenn diese Lasten die Bevölkerung erdrückten und die Dörfer verlassen wurden. Ein Teil der Bevölkerung geriet ins Kurutzenlager und ging dort zugrunde, der andere Teil floh vor den unerträglichen Lasten.

Diese Entvölkerung war übrigens keine neue Erscheinung und beschränkte sich nicht allein auf das Szatmárer Komitat,

sie war das Merkmal der Türkenherrschaft im XVI. und XVII. Jahrhundert. Damals geriet das ungarische Volk des grossen Tieflandes in Gefangenschaft, wurde vernichtet. Mit Ausnahme einiger dichter bewohnter Orte, bezeichneten nur zerstörte und öde Dörfer das Andenken grausiger Kriegsvergangenheit. Die Zerstörungen des Kurutzenkrieges waren nur noch die traurigen Beiträge des tragischen Geschickes der ungarischen Nation.

Als am 30. April 1711 auf der Majtényer Ebene der Kriegsabschnitt der ungarischen Geschichte vorläufig seinen Abschluss fand, als nach jahrhundertelangen Blutsopfern die gesegnete Erde der ungarischen Ebene endlich frei war, stand der auf den Besitz seiner Ahnen zurückgekehrte Gutsherr vor der traurigen Erkenntnis, keine Bauern zur Bearbeitung seiner fruchtbaren Äcker zu haben.

Zum Ersatz der mangelnden Arbeitskräfte begann daher eine neue Siedlungsbewegung. Von jenseits der Donau kamen aus ungarischen Gegenden und vom slovakischen Oberland ganze Menschenschwärme in das verödete Gebiet. Von Osten aus den Siebenbürger und Mármaroser Bergen kam rumänisches, zum Teil auch russisches Volk in die Ebene und trat das Erbe der ungarischen Leibeigenen an.

Graf Alexander Károlyi brauchte auch Arbeiterhände. Seine riesenhaften Güter lagen eben auf jenem Szatmárer Landstrich, wo der Krieg seine fürchterlichsten Spuren und Vernichtungen zurückliess. Auch seine Dörfer lagen grösstenteils verödet und zerstört. So ist es begreiflich, dass, nachdem sich der Kriegslärm gelegt hatte, er sich, vielleicht als einer der ersten, mit dem Gedanken der Besiedlung befasste.

Was den Grafen auf die Idee der deutschen Besiedlungen brachte, lässt sich aus seinen diesbezüglichen Briefen folgern. Sicherlich spielten dabei auch der katholische Standpunkt mit, entscheidend mag aber die Abneigung gewesen sein, die er gegenüber den ungarischen Leibeigenen fühlte. Denn der ungarische Leibeigene war damals kein sehr beliebtes Element, nicht nur im Szatmárgebiet, sondern überhaupt bei den ungarischen Grundherren damaliger Zeiten. Vielerorts behinderte ihn seine calvinistische Religion in seinem Fortkommen, wo ihm aber dieser „Makel" nachgesehen wurde, oder der Grundherr selbst Calvinist war, musste er wegen seiner unverträglichen, dem Herrn missfallenden Natur gegenüber den geduldigen, leicht zu

behandelnden deutschen oder slovakischen Leibeigenen zurücktreten.

Beiläufig im Frühjahr 1712 mag es gewesen sein, als Graf Alexander Károlyi zur Wiener Hofkanzlei und zum Hofkriegsrat ein Gesuch einreichte, es sei ihm gestattet, auf seine Güter aus Deutschland Ansiedler zu bringen. Die Notwendigkeit der Ansiedlung begründet er mit national wirtschaftlichen Argumenten. Das Merkzeichen der herrschenden Ideen dieser Zeit trägt aber auch diese Unternehmung des Grafen an sich: der katholische Grundherr bittet vom katholischen Herrscher die Erlaubnis, sich katholische deutsche Landbewohner bringen zu dürfen.

Als Mann von europäischer Gesinnung hatte er scheinbar genaue Kenntnis von den sich im Westen abspielenden geschichtlichen Ereignissen sowie von der allgemeinen Unzufriedenheit und Wandersucht der Bevölkerung der deutschen Fürstentümer. Am 23. Juni 1712 schreibt er seiner Gemahlin Christine Barkóczy: „Gott strafte die Schwaben mit Not, die Helvetier mit Waffen."

Diese Worte des Grafen haben geschichtlichen Hintergrund. Im Westen legten sich damals erst die letzten Wellen des mehr als ein Jahrzehnt hindurch tobenden spanischen Erbfolgekrieges. Gemäss den Launen der Politik wechselt der Schauplatz der Kämpfe zwischen Niederland, deutschen und italischen Ländern bis nach dem spanischen Gibraltar hin. Die franzosenfreundliche Haltung des Kurfürsten von Bayern, sowie des Kölner Kirchenfürsten verursachte, dass die Kämpfe bis tief in deutsches Land vordrangen. Die Bewohner von Württemberg und Bayern (Schlachtfelder von Ridlingen, Hochstädt und Schellenberg), also jene Länder, die die Szatmárer Ansiedler für ihre alte Heimat halten, mussten darunter viel leiden. Dazu kam noch schlechte Ernte, ungewöhnlich kalte Winter und die Verheerungen von Seuchen. Die grenzenlose Verschwendung und Prachtliebe der Fürsten, wozu die unerträglichen Lasten wieder nur das Bauernvolk tragen musste, dies krönte noch den allgemeinen Jammer. Die Regierungszeit des Fürsten Eberhardt Ludwig, von 1693 bis 1733 nennt die Geschichte Württembergs als das schamlose und elende Zeitalter der Favoritin des Fürsten, der Frau Graevenitz. Die Zeiten besserten sich nicht, sie verschlechterten sich sogar unter dem Nachfolger, den Fürsten Karl Alexander. Dieser

Zeitraum ist wieder das Regime des geldsaugenden und allmächtigen jüdischen Ministers, Süs Oppenheimer.

Die fürstliche Willkür und Laune kannte in der Steigerung der Genüsse Einzelner und in Prachtentfaltung dermassen keine Grenzen, dass sie für die elementarsten Lebensbedingungen des Volkes nicht das geringste Gefühl hatte. Ein charakteristisches Symptom dessen ist, dass im württembergischen Gebiet für die Jagdzwecke der Herren zu Tausenden Rotwild gezüchtet wurde und die Landbevölkerung untätig zusehen musste, wie das vermehrte Wild die Früchte ihres Fleisses zugrunderichtete.*)

Wen wir zu alldem noch in betracht ziehen, dass die magere Kieselerde Württembergs nicht gerade als gottgesegnete Scholle gelten kann, so begreifen wir, dass als Wirkung so vieler politischer und wirtschaftlicher Faktoren, sich die Bande, die das Volk an ihre Heimat knüpften, lockern mussten.

Somit erhalten die Zeilen des Grafen Károlyi geschichtliche Beglaubigung, worin er, das obenerwähnte Schreiben fortsetzend, seiner Frau anzeigt: „Allenthalben kommt das Volk herbei, schon über 14.000 kamen nach Ungarn. Gott liess auch uns welche zukommen. Bis heute sandte ich über tausend hinab. Ich hoffe, morgen wieder an die 500 senden zu könne , es könnten aber auch Tausende sein."

In dieser historischen Beleuchtung erkennen wir nun den sozialpolitischen Zusammenhang der Ursachen, welche vor zweihundert Jahren die württembergischen Ahnen der schwäbischen Bewohner Szatmár's zum Auswandern bewogen. Wir können feststellen, dass die Wandersucht vor zweihundert Jahren sich in nichts von der unterscheidet, welche die Hoffenden heute oder seit hundert Jahren, in zeitweise rascherem oder langsamerem Zeitmass aus der alten in die neue Welt lockt. Die heutige Gesellschaft drückt dem Einzelnen nur dann den Wanderstab in die Hand, wenn der Raum seiner Entwicklungsmöglichkeit, oder, was noch trauriger ist, seines Lebensunterhaltes zu enge wird. So erging es — wie wir sehen — vor zweihundert Jahren auch dem schwäbisch-fränkischen Volk Württemberg's und Badens. Diese Tatsachen zu beschönigen gelingt nicht einmal jener ideell verschönernden Einstellung, wonach die Einwanderer des

*) Die auf die Geschichte Württemberg's bezugnehmenden Daten entnahmen wir Fr. Chr. Schlosser's Weltgeschichte für das deutsche Volk.

Szatmárgebietes als vom Kaiser und den Adeligen Geladene gelten.*)

Der Kaiser, der das Auswanderungspatent erliess, und die Adeligen und deren Nachkommen, die von diesem Patent Gebrauch machten, konnten ja nicht Urheber, höchstens Leiter jener Auswanderung sein, deren Gründe oben klargelegt wurden. Der die Besiedlungen durchführende Adelige tat im Grossen-Ganzen dasselbe, was, dem materiellen Zeitgeist gemäss in veränderter Form der schonungslose Kapitalismus der heutigen Auswanderungsbüros tun.

Sogar auch darin stimmen die heutige und damalige Auswanderung überein, dass der Auswanderer nur mittels Geldopfer in seine neue Heimat gelangen kann. Es scheint, als sei damals ein zahlreiches Aufgebot am Auswanderungsmarkt gewesen, denn nur so ist es verständlich, dass der besiedelnde Graf das einwandernde Menschenmaterial unter festgesetzten materiellen Bedingungen sogar auswählen konnte.

Während er nämlich die Lasten der ersten Auswanderung ganz allein trug, überliess er diese später dem Auswanderer, der verpflichtet war, einen Teil des Weges von der alten Heimat in die neue auf eigene Kosten zurückzulegen In 1729 gab er seinen Agenten schon die Weisung, nur solche Leute zu bringen, die ausser den nötigen Dokumenten wenigstens 100 Gulden Bargeld besitzen. Doch auch so scheint die Zahl der Auswanderungslustigen gross gewesen zu sein, denn ein Agent des Grafen namens Lang schreibt seinem Auftraggeber am 31. März 1731, sechzig Familien seien bereit hinabzureisen, deren jede 200 Gulden Bargeld besitzt.

*) Siehe Dr. Karl Egon Gunthard's Artikel im „Siebenbürgisch-Deutschen Tagblatt" vom 25. Dezember 1925, worin er sich dagegen verwahrt, als wären die Szatmárer Schwaben dem Elend und der Hungersnot in ihrer rheinischen Heimat gewichen. „Wenn vielleicht auch von den vereinzelnten Badensern oder Schweizern zufällig eine Familie am Oberrhein wohnte, so sind diese Siedler doch keineswegs rheinländisch und sind nicht „Vertriebene", sondern von Kaisern und Hochadeligen Gerufene."

Die geschichtliche Übersicht der schwäbischen Siedlungen von 1712 bis 1815.*)

Diesen geschichtlichen Vorerscheinungen folgend, begann der hundert Jahre währende Siedlungsverlauf der Schwaben des Szatmárgebietes im Jahre 1712. Ihr erster Trupp kam am 14. Iuli in Nagykároly an. Diese hätten sich gerne in Erdőd angesiedelt, doch der Wunsch der Gräfin gab ihnen eine andere Richtung. Sie, die Wohltäterin der Ansiedler liess dieselben nicht weit von sich fort, weshalb sie in Nagykároly, den nahen Gemeinden Kaplony, Csomaköz und Csanálos untergebracht wurden. Einige gewerbetreibende Familien kamen aber auch nach Majtény und Olcsvár. In rascher Reihenfolge kamen noch andere Gruppen, die alle in den erwähnten Gemeinden ein Heim fanden. Bezüglich ihrer Zahl gibt eine Notiz aus dem Jahre 1714 annähernd richtigen Aufschluss. Demgemäss siedelten sich in der Gegend von Nagykároly im Sommer 1714 330 Familien an, beiläufig 1400 Seelen umfassend.

Dies war damals eine hohe Ziffer und, wie der Graf selbst gestand, war er auf eine Auswanderung in solchem Masse nicht gefasst. Ihm hätten 100—200 Familien genügt, doch nachdem sein erstes Siedlungsunternehmen in Würtemberg so unerwarteten Erfolg begleitete, hilt er es für geboten, die seinem Unternehmen günstige Massenstimmung voll auszunützen. So sandte er Ansiedler, wie er selbst sagt, nicht nur für sich, sondern eventuell zur Besiedlung seines ganzen Komitates.

Unentgeltliche Reise und die Aussicht auf mehrerlei Begünstigungen mögen die massenhafte Meldung zur Auswanderung beeinflusst haben.

Die Auswanderer waren für drei Jahre jeglichen Frohndienstes enthoben, auf sechs Jahre hinaus hatten sie weder Staats- noch Komitats-Steuern zu entrichten. Vom Gutsherrn bekamen sie leihweise ein Paar Zugtiere, eine Kuh und den nötigen Anbausamen. So machten sie sich mit der Hoffnung leichten Fortkommens auf den Weg in die neue Heimat. Diese Hoffnung bewährte sich jedoch nicht, denn bald zeigten sich allerhand Schwierigkeiten. Die Gutsverwalter des Grafen, die ent-

*) Die Daten dieses Abschnittes entnahmen wir der im „Századok" April-, Mai- und Juninummer 1915 enthaltenen Studie von Dr. Stefan Vonház, sowie dem Artikel Dr. Karl Kardhordó's in der Zeitschrift „Magyar Kisebbség" erschienen am 1. und 15. April 1924.

weder aus Diensteifer, oder weil sie die den Siedlern versprochenen Begünstigungen nicht beachten wollten, versuchten die Siedler alsbald zu allerhand Frohndiensten zu zwingen. Auch die in Aussicht gestellten Zugtiere und Samenanleihen blieben aus. Und sowie die ersten württemberger Auswanderer sich unter dem Eindruck der Massenstimmung meldeten, ebenso erfolgte unter den karakteristischen Erscheinungen der Massenstimmung die Enttäuschung in der neuen Heimat. Zur Psyche der Menge gehört auch ihr leichter Umschwung ins Extrem. Die ersten schwäbischen Ansiedler des Szatmárgebietes mussten auch diese Seelenkrise bestehen. Die Rückwirkung der zunichte gewordenen Hoffnung eines glücklichen Fortkommens war der von Grund aus erschütterte Glaube an ihre Zukunft und das Sinken ihrer Ausdauer.

Sie begannen nun zu flüchten und zurückzuwandern und zwar in solchem Masse, dass von den im Sommer 1712 eingewanderten 330 Familien bis Ende desselben Jahres 120 Familien durchgingen. Die Flucht in solchen Mengen lässt sich nicht allein durch die vorgefallenen Misshelligkeiten erklären, sondern vielmehr müssen wir annehmen, dass der erste Transport der Auswanderer grösstenteils aus wirtschaftlich minderwertigen Elementen bestand. Unter ihnen mag auch viel abenteuerlustiges Volk gewesen sein, welches durch das in den Zentren versammelte Militär leicht zur Flucht angeregt wurde.

Die Rückwanderung und Flucht ging auch in den folgenden Jahren vor sich, sozwar dass in Nagykároly und den Gemeinden Kaplony und Csomaköz kaum einige schwäbische Familien blieben, die der Graf dann nach Csanálos übersiedeln liess. Die im Jahre 1717 erfolgte Zählung erwähnt nur mehr ein einziges Siedlungsdorf: Csanálos, wo 65 männliche Bewohner ausweisbar sind. Die über 300 Familien belaufende Zahl der Auswanderer schmolz daher im Verlaufe von fünf Jahren auf das einzige Dorf Csanálos zusammen, welches derart die älteste schwäbische Siedlungsgemeinde ist. In 1719 kamen wieder neue Schwabenfamilien nach Szatmár, die wieder in der Gemeinde Csanálos Unterkunft fanden. Die Zahl der neuen Ankömmlinge verteilt sich auf das Jahr 1720 mit 28—30 Familien, auf 1722 beiläufig mit 80 und auf das Jahr 1723 mit 58 Familien. Diese dienen teilweise zur Verstärkung der schwäbischen Einwohner von Csanálos, zum grösseren Teil aber legen sie den

Grund zweier neuer Siedlungen: den schwäbischen Dörfern Fény und Nagymajtény.

Die Schriften der Siedlungsaktion von 1720 erteilen Aufschluss über den Stammort der ältesten Ansiedler. Die im Schwabenland reisenden zwei Auswanderungsagenten des Grafen verrechnen mit ihm über alle Ausgaben, jeder in separatem Register. Deren einer zählt in zeitlicher Reihenfolge alle Orte auf, die er bereist hat und wo er das Auswanderungspatent des Grafen verkündet hat. Aus diesem erfahren wir, dass er vom 1. Mai 1720 bis 12. Juni desselben Jahres die östliche Gegend von Württemberg bereiste. Sein Weg führte durch die Orte Oxenhausen, Biberach, Stein, Lamperthausen, Schweinhausen, Weingarten und Waldsee. Von hier zog er nach Hegbach, zurück nach Biberach, von wo er nach Ulm an der Donau ging. Dort erwarteten ihn scheinbar schon die Siedler, denn einige Tage später begibt er sich mit ihnen gemeinsam auf die Reise nach Ungarn mit dem Donauschiff.

Die ersten Schwabensiedlungen der Szatmárgegend stammen somit aus dem Osten und Süden Württembergs, aus der Gegend von Ridlingen, Biberach und Ravensburg und dem Flussufer der Iller. Es sind dies die Orte, wo sich zehn Jahre vor der Auswanderung geschichtliche Ereignisse des spanischen Erbfolgekrieges abspielten.

Auch in anderer Hinsicht ist die Siedlung von 1720 bedeutungsvoll. Wir finden nämlich Daten, darauf bezüglich, dass das auswandernde Material schon aus wohlhabenden Gesellschaftsschichten besteht. Die Auswanderer von 1720 und späterer Jahre reisen entweder ganz oder teilweise auf eigene Kosten, ja aus dem *ungarisch verfassten Brief des Fényer Einwohners Michael Kenzli* an den Grafen erfahren wir, dass er mit anderen Siedlern gemeinsam dem Agenten 150 Gulden lieh, die er nicht von ihm zurückbekommen kann. Also hatten die Auswanderer sogar überflüssiges Geld, dass sogar für den Agent davon etwas entfiel, der aber die Rückzahlung für überflüssig hielt.

Dieser Brief kennzeichnet den Ahnen des modernen Auswanderungsagenten und seiner Machwerke.

Die nächste Siedlung ging im Jahre 1726 vor sich. Der Graf scheint nun grösseres Resultat anzustreben, denn er sendet gleichzeitig sechs Agenten ins Schwabenland. Diese bringen auch

110 Familien aus derselben Gegend mit, welche in den Gemeinden Majtény, Fény und Csanálos Unterkunft finden.

Mit letzteren drei Ansiedlungen schliesst auch sozusagen die Siedlungsbewegung. Über die Zahl der Ansiedler in den einzelnen Dörfern erhalten wir Überblick, wenn wir das Registrierungs-Protokoll vom 15. Juni 1723 und die Daten des Verteilungsregisters vom 7. Juli 1726 vergleichen.

Laut diesem waren im Jahre 1726:

In der Gemeinde	Csanálos	86	steuerzahlende schwäb. Landmänner
„ „	Fény	98	„ „ „
„ „	Majtény	152	„ „ „
also zusammen		336	„ „ „

Der Graf wurde sich bald bewusst, dass ihm in den drei Gemeinden ein üppiger Volksüberfluss zur Verfügung stand. In erster Linie gedachte er die Gemeinde Erdőd zu vergrössern. Die ersten Siedler dieser Gemeinde kamen aus der im Mai 1726 angelangten Truppe. Das planmässige Siedlungsprogramm des Grafen lenkte 30 Familien dorthin und auch von den früheren Siedlern sandte er mehrere dahin, so dass die Konskription vom 28. November 1726 in Erdőd schon 53 schwäbische Familien vorfindet. Die schwäbische Ansiedlung von Erdőd erweitert sich im folgenden Jahre um neue 33 Familien. Diese Ansiedlung erwies sich aber nicht als beständig. Ein neuer, bis dahin unbekannter protestierender Faktor meldete sich: die ungarische Bevölkerung. Erdőd besass schon damals ungarische Einwohner in beträchtlicher Zahl, die das Platzgreifen der Fremdlinge mit scheelen Augen verfolgten. Fortwährende Reibereien zwischen den ungarischen Bewohnern und den neuen Ansiedlern versetzten die Letzteren in eine unhaltbare Lage, weshalb sie auch den Grafen baten, ihnen zu helfen, indem er ihnen einen Ort anweisen möge, wo sie allein sein könnten. Der Graf anerkannte ihre berechtigte Bitte und so gerieten die ersten schwäbischen Einwohner Erdőd's im Jahre 1730 nach Béltek. Für einige Zeit verschwindet nun Erdőd vom Schauplatz der Kolonisationsgeschichte der Schwaben, an seine Stelle tritt eine neue, blühende Gründung: Béltek.

Die Siedlungen von 1729—31 verliefen ganz erfolglos. Ein Agent des Grafen, namens Rainer Lang brachte zwar aus Deutschland neue Siedler, welche aber unterwegs entweder durchgehen oder anderswohin gelockt werden. Demgemäss ver-

mehren sich die Schwaben in diesem Zeitraum nicht beträchtlich. Lokale Verschiebungen geschehen, aber unter ihnen: den Überfluss der Gemeinden Csanálos, Fény und Majtény benützt der Graf zielbewusst zur Vergrösserung Béltek's.

Die Konskriptionen von 1729—31, welche über die Bevölkerung der damaligen schwäbischen Siedlungsgemeinden Aufschluss geben, bezeugen, dass zahlenmässig fast gar kein Zuwachs wahrnehmbar war. Demgemäss waren:

In der Gemeinde Csalános 84 Bauern, 8 Witwen
" " Fény 78 " — "
" " Majtény 118 " — "
In den drei Gem. zusammen 280 Bauern, 8 Witwen.

Diese Ziffer steigt noch durch die Gemeinde Béltek, wo laut Konskription von 1726, 53 Bauern waren. Durch lokale Verschiebungen kommen noch hinzu 17 Bauern, wonach im Jahre 1731 in Béltek 70 schwäbische Bauern sind.

Die Zahl der Einwanderer des Szatmárgebietes beträgt daher im Jahre 1731 367 Familien. Diese Zahl übersteigt also kaum jene der Konskription von 1726. Grösseren Erfolg hatte die Siedlung von 1733, wo beiläufig 50 neue Familien aus dem Schwabenland ankamen, die alle nach Béltek gerieten.

Die Neubesiedlung der Gemeinde Kaplony fällt auch in diese Zeit. Nach dem misslungenen Siedlungsversuch von 1712 gelangte Kaplony nach 22 Jahren wieder zu schwäbischer Bevölkerung. Diese ergab sich erst aus der alten Siedlung der Gemeinde Fény, dann im Jahre 1735 langt ein neuer Transport Ausländischer an, der grösstenteils auch nach Kaplony kommt, so dass die Konskription vom 8. Dezember 1735 in Kaplony schon 23 schwäbische Familien vorfindet.

Dieser folgte die Neubesiedlung von Erdőd. Der Graf plante mittels eines neueren kaiserlichen Patents den Import von noch 100 Siedlerfamilien. Er benötigte diese zur Bevölkerung von Nagykároly und Erdőd, da, wie der Graf in seinem Brief an seinen Sohn schreibt, die „goldigen" Ungarn alle durchgegangen sind.

Als Anfang dieser Besiedlung brachten die Agenten des Grafen im Jahre 1736 dorthin 15 schwäbische Familien aus Württemberg und im Verlauf desselben Jahres kommen noch 21 fränkische Familien hinzu. Diese stammten aus Nord Bayern

und es war der erste Fall, dass der Graf seine Rekrutierungstätigkeit ausserhalb Württembergs auf deutsches Gebiet verlegte.

Im folgenden 1737-er Jahr ging die Siedlung in rascher Folge vor sich. Am 27. April kommen weitere 27 Schwabenfamilien und einige Tage später ein Transport von 28 fränkischen Familien.

Diese neueren Siedlungen haben die Einwohnerzahl von Erdőd ziemlich erhöht. Am 15. Juni 1737 schrieb der Gutsverwalter des Grafen namens Redel das katholische Volk von Erdőd zusammen. Demgemäss waren in Erdőd:

11	ungarische katholische Familien mit		41	Seelen
44	schwäbische	„ „ „	163	„
44	frankische	„ „ „	189	„
5	deutsche	„ „ „	24	„

Zusammen 104 katholische Familien, worunter 93 deutscher Abstammung waren. Das Resultat der Konskription bewog den Grafen, zur Seelsorge der katholischen Bevölkerung einen Geistlichen anzustellen, weshalb er noch im selben Jahre die Errichtung einer Pfarre durchführte.

Die Erdőder Siedler Vermehrten sich im folgenden Jahre um neu hinzukommende ausländische Siedler. Im Mai 1738 kamen 21 Familien, wovon auf Erdőd 13 entfielen, die übrigen verteilten sich auf Csanálos, Majtény und Béltek.

Die schwäbische Siedlung in Erdőd war aber auch diesmal nicht glücklich. Trotz der fortwährend ankommenden Siedlertruppen stieg deren Zahl nicht, sondern sie sank im Gegenteil. Die Konskription von 1738 fand in Erdőd nur mehr 81 schwäbische Familien gegenüber den 93 des vergangenen Jahres. Die Ursache dieser Verminderung ist auch jetzt die alte. Die Gutsverwalter kümmerten sich nicht um die Begünstigungen der Siedler und zogen sie schon nach einem Jahr zu allerhand Frohndienst herbei. Diese Willkür rief natürlich Unzufriedenheit hervor, und brachte sie auf den Gedanken zu fliehen. Andererseits lockten die benachbarten Gutsherren die Unzufriedenen gerne zu sich. In einem, an seinen Sohn Franz gerichteten Brief vom Jahre 1736 klagt der Graf, 170 deutsche Familien seien ins Komitat Szolnok-Doboka geflohen. Jeder Versuch, sie zurückzubringen sei am Starrsinn der Siebenbürger Herren gescheitert. Zu alldem wiederholen sich noch die

Reibereien mit den dortigen Ungarn und es stellt sich heraus, dass die Schwaben sich mit den Franken auch nicht vertragen.

Die Erdőder deutschen Siedler wandten sich mehrmals mit der Bitte an den Grafen, er möge sie des unrechtmässig geforderten Frohndienstes entheben und sie in ein Dorf verlegen, wo Deutsche wohnen oder die Ungarn mögen anderwärts übersiedeln.

Doch alle ihre Bemühungen blieben erfolglos. Der Graf war nicht zu bewegen, ihre Übersiedlung anzuordnen und liess auch die Ungarn nicht fortziehen.

All diese Umstände beeinflussten den Rückgang der Siedlung. Die 1745-er Konskription findet in Erdőd nur mehr 37 steuerzahlende Schwabenfamilien den 81 Familien von 1738 gegenüber.

Das letzte Siedlungswerk des Grafen war die Gemeinde Mezőpetri. In dieser Gemeinde waren bis 1740 ungarische Leibeigene. Was mit diesen geschah, wissen wir nicht, eins ist sicher, dass im Jahre 1740 zuerst 7 schwäbische Familien sich dort niederlassen. Ihre Zahl steigt bis im Jahre 1747 auf 47. Die deutsche Bevölkerung von Mezőpetri ergibt sich aber nicht aus Ausländern sondern aus den Schwaben der Nachbargemeinden. Zumeist kamen sie aus Fény, Csanálos und Majtény hieher, aber auch von Erdőd, Kaplony und Béltek kamen einige.

Graf Alexander Károlyi hörte nun auf zu kolonisieren, denn am 8. September 1743 ereilte ihn der Tod. Das Werk des Grafen war die Ausübung eines sozialwirtschaftlichen Gedankens von grosser Bedeutung, derer wir ehrend gedenken. Graf Alexander Károlyi dachte als Erster an die Möglichkeit der Kolonisierung ausländischer Deutscher, vielleicht, weil er sah, dass die heimischen Volksreserven zum ausfüllen der Lücken in der Bevölkerung nicht ausreichen, aber es ist auch möglich, dass er zufolge seiner Wiener Verbindungen Kenntnis von der gleichen Absicht der Hofkreise erhielt. Der Hof hatte zu jener Zeit schon gewisse Siedlungsabsichten im befreiten Gebiet Südungarns. Die Durchführung dieser Absichten verspätete sich aber wegen der Nähe der türkischen Grenze und der Unsicherheit der politischen und militärischen Lage. So bekam Graf Alexander Károlyi im Jahre 1712 als erster ein Siedlungspatent, während der Wiener Hof erst um ein Jahrzehnt später die Durchführung seiner Pläne in Agriff nahm, nachdem im Passarovitzer

Frieden von 1718 die südungarischen Landstriche auch internationalrechtlich unter Habsburg'sche Gewalt kamen.

Geschichtliches Faktum ist, dass die Siedlungspolitik des Wiener Hofes hier auch ungarfeindliche Ziele hatte.

Ob sich wohl der ungarische Adelige, der Graf Károlyi dessen bewusst war, dass er, indem er auf seine Szatmárer Güter deutsche Leibeigene bringt, die ungarfeindliche Politik der Hofkreise eventuell unterstützt?

Das Zeitalter, in welchem Graf Károlyi lebte, spricht für seinen guten Glauben. Damals gab es noch kein Nationalbewusstsein im heutigen Sinne und die nationale Idee hatte noch nicht den Weg der Welteroberung betreten. Wir nehmen an, die geschichtliche Wahrheit richtig zu beurteilen, indem wir voraussetzen, dass der Graf bei der Durchführung der Siedlungen deutschen Volkes nach Szatmár nur deren wirtschaftliche Vorteile vor Augen hatte.

Seine soziale Aktion hatte höchstens eine gewisse feudale Färbung, die sich aber bloss auf das Prinzip des „cuius regio eius religio" beschränkte. Er schrieb seiner Gemahlin unter Anderem: „Du sollst sehen, mein Herz, wie ich die Religion auf jene Erde verpflanzen werde."

Jene Erde aber zählte nach seinem Tode sieben Gemeinden: Csanálos, Fény, Majtény, Béltek, Erdőd, Kaplony und Mezőpetri, in denen im Ganzen 500 deutsche Familien sich zum katholischen Glauben des Grafen bekannten.

(Fortsetzung folgt.)

Wilfan.

Von **Dr. Elemér Jakabffy.**

Der Ausschuss der europäischen Nationalitätenkongresse gibt zeitweise Bulletins aus, worin die Fachkreise Orientierung über die wichtigsten Erscheinungen und Ereignisse bezüglich der Minderheitenfrage erhalten.

Im September-Bulletin finden wir interessante Ausführungen des Präsidenten der Kongresse, Herrn Dr. Josif Wilfan, darauf hinweisend, wie sehr die Abhaltung der Kongresse den schwächeren Minderheitsgruppen zum Vorteil gereicht.

Diese Worte des Präsidenten gaben dem verantwortlichen Redakteur der „Kulturwehr", Herrn Jan Skala Anlass, in seiner

politischen Revue einen heftigen und, fast möchte man sagen, in ungewohntem Ton gehaltenen Angriff gegen Präsident Wilfan zu richten.

Er schreibt darin folgendes:

„... Die schwachen Minderheiten haben bisher alle Forderungen der starken, selbst gegen die eigenen Interessen, unterstüzt. Jeder Versuch, als gleichberechtigte unter den Minoritäten Europas, auch einmal die so viel gerühmte Solidarität der Starken in Anspruch zu nehmen, wurde mit Ablehnung und Sabotage der Rechtslage beantwortet. Herr Dr. Wilfan aber vermag in dem offiziellen Nachrichtenblatt des Kongressausschusses folgenden Satz zu denken und niederzuschreiben: „Da heisst es, angesichts des überwiegenden Vorteils, den die Nationalitätenkongresse gerade den schwachen Minderheiten bieten, den eigenen Einfluss durch eine umso eifrigere und ergiebigere Mitarbeit zu stärken und zur Geltung zu bringen." *Angesichts dieses Cynismus, der mit der tatsächlichen Praxis in Genf so treffend übereinstimmt,* sei an Herrn Dr. Wilfan nur eine Frage gerichtet: Welchen Vorteil hat der schwachen slovenischen Minderheit in Italien und in Österreich die Mitarbeit an den Genfer Kongressen gebracht und welche Vorteile bietet sie bei noch weiterer verstärkter und eifriger Mitarbeit? Will er ernstlich eine Vermittlungsaktion und will er sie zweckmässig durchführen, dann kann er nur gebeten werden, das mit anderen als solchen Mitteln zu versuchen und dabei vor allem den Einfluss jener auszuschalten, die ihm die magna pars der ganzen Minderheitenbewegung erscheinen. Eine Verständigung mit uns ist möglich, keineswegs aber mit solchen Mitteln sehr aussichtsreich."

Was vor Allem die Feststellung Jan Skala's betrifft, dass an den Kongressen die Forderungen der schwächeren Minderheiten, ja deren Gleichberechtigung von Seiten der Stärkeren nicht anerkannt oder sabotiert wird, darauf empfehlen wir der Aufmerksamkeit Herrn Jan Skala's, dass eben eine sehr kleine slavische Gruppe beim letzten Kongress im Präsidium Platz bekam, trotzdem dadurch das Präsidium zwei slavische Mitglieder erhielt. Nachdem die Gesinnungsgenossen Jan Skala's behaupteten, der die Angelegenheiten leitende Präsident Wilfan müsse unparteiisch über allen Gruppen stehen und könne somit die speziell slavischen Interessen im Präsidium nicht vertreten, nah-

men die starken Minderheitsgruppen diesen Standpunkt einstimmig an, wonach der Repräsentant der kleinen russischen Gruppe auch an den Beratungen des Präsidiums teilnehmen kann.

Auch muss ich Herrn Jan Skala ins Gedächtnis rufen, dass, als von Seiten der slavischen Gruppe gegen die Begründungen eines Gesetzentwurfes der deutschen Mehrheitspartei in Kärnten protestiert wurde, gerade ein Vertreter der einen ungarischen Gruppe, Dr. Ernst Flachbarth eine Lösung fand, welche sowohl die slavischen, wie die starken deutschen und alle übrigen Gruppen mit einstimmigem Beifall annahmen.

Ich denke, diese zwei Beispiele genügen zu beweisen, dass die erste Feststellung Jan Skala's leicht widerlegt werden kann.

Was seine Frage betrifft, ob die slavischen Minderheiten Italiens oder Österreichs einen Nutzen daraus ziehen, dass sie an den Kongressen teilnahmen, darauf zu antworten ist sehr einfach. Es nützte ihnen ebenso viel, wie den deutschen Minderheiten Italiens oder Jugoslaviens, nämlich vorläufig praktisch gar nichts. Jedenfalls aber wird das Allgemein-Interesse Europa's auf die Sache der einige Zehntausende zählenden slavischen Minderheiten ebenso wachgerufen, wie auf die traurige Lage der Hunderttausenden deutscher Minderheiten.

Wir sind dessen inne, dass Dr. Wilfan keinen Anwalt braucht, wenn er mit Cynismus verdächtigt wird. Doch berührt diese Anklage nicht allein die Person des Präsidenten, sondern alle Gruppen, die ihm bedingungslos vertrauen. Denn schliesslich können unter dem Präsidium eines cynischen Präsidenten entweder nur Cyniker teilnehmen, oder solche Unerfahrene, die diesen Cynismus gar nicht erkennen.

Dies berechtigt uns auch auf diese Anklage hin das Wort zu ergreifen.

Und noch Eines: Gegen Präsident Wilfan wird von gewisser Seite systematisch gehetzt. Dies bestätigt der Vorfall während der Sitzung der Völkerbundligen-Union in Sofia anfangs Oktober, wo der italienische Delegierte sich auf ein deutsches Blatt berufend äusserte, Dr. Wilfan betreibe mit der Organisierung der Minderheitenkongresse pangermanische Propaganda. Auf diese Anklage versetzte Dr. Wilfan sofort die folgende grossartige Äusserung: „er nehme den Vorwurf, Pangermanist zu sein, bis zu einem gewissen Grade an. Es sei wahr, dass er in Riga, Reval und anderwärts, wo es deutsche Minderheiten

gäbe, Freunde besitze. Ebenso könne man ihn aber auch als Pansemiten bezeichnen, da an den Genfer Kongressen auch zahlreiche jüdische Gruppen beteiligt seien. Ja, auch einen Panslavisten müsste man ihn dann mit Rücksicht auf die zahlreichen, an den Tagungen beteiligten slavischen Gruppen nennen. Selbst einen Panlateiner dürfe man ihn jetzt bezeichnen, da neuerdings die Katalonier sich an den Nationalitätenkongressen beteiligen. Er bemerkte, dass es ihm jederzeit eine Freude bereiten würde, auch Vertreter einer italienischen Minderheit an dem Kongresse zu begrüssen. Schliesslich und endlich wäre er aber Panhumanist, da er die Ziele dieser Weltanschauung in konsequenter Weise vertrete."

Wie wir sehen, zählte Dr. Wilfan in geistreicher Weise alle seine pangermanischen, pansemitischen, panslavischen, sogar panlateinischen Gefühle auf, nur das panmagyarische liess er weg.

Darum nehmen wir Ungarn an, ihm gegenüber am objektivsten zu stehen, was uns berechtigt, unsere Auffassung, betreff der Anklage des Cynismus von Seiten des Herrn Jan Skala Ausdruck zu verleihen.

Als die macedonischen Emigranten vor den Einberufern des ersten Genfer Kongresses erschienen, um als die Vertreter der Macedonier Jugoslaviens anerkannt zu werden, nahmen die Einberufer, sowie das in dem Punkte befragte Gremium einstimmig den Standpunkt ein, nur solche können als Vertreter einer Minderheit gelten, die Bürger jenes Staates sind, wo ihre Minderheit lebt. Und als im Ausland lebende, angesehene macedonische Herren wieder vor dem Vorbereitungskomité des dritten Kongresses erschienen und neuerdings um Aufnahme baten, verwies Dr. Wilfan nicht kurzweg auf die erste Resolution, sondern dem Zureden der übrigen Mitglieder des Präsidiums nachgebend, gab er seine Zustimmung, dass diese nichtjugoslavischen Staatsbürger unter gewissen Bedingungen auch als die Vertreter der jugoslavischen Bulgaren gelten mögen.

Wer die macedonische Frage einigermassen kennt, wer es beurteilen kann, warum Dr. Wilfan immer von jugoslavischen Bulgaren sprach, während wir anderen von Macedoniern redeten, der begreift, welch schweren Stand Dr. Wilfan auch in dieser Frage hatte.

Und siehe, er wollte dem nichts in den Weg räumen, dass

eine wahrhaft sehr schwache Minderheit zu Wort komme, wenn dies ohne Verletzung unserer grossen Prinzipien geschehen kann – obwohl deren Zuwortekommen mit seinem nationalen Gefühl sicher nicht im Einklang steht.

Kann dies Beispiel für Cynismus gelten, oder solchen idealen Geist, der sein eigenes Gefühl unterdrückt, wenn es das universelle Interesse und die erhabene Idee von ihm fordern?

Ich habe das Gefühl, dass, hätten Jan Skala und Consorten in Hinsicht des Allgemein-Interesses so viel Verständnis, wie Dr. Wilfan, so unterblieben solcherlei Artikel der „Kulturwehr" und könnten wir friedlich zusammen arbeiten am Werk der universellen Freiheit der Minderheiten.

Le fléchissement de la culture intellectuelle et le problème du bilinguisme.*)

De **R. Bovet-Grisel.**

On peut admettre, semble-t-il que dans l'Europe entière la culture intellectuelle subit une crise redoutable et que les qualités de jugement et de simple bon sens sont probablement en baisse. Est-il exact qu'à ces causes générales d'obscurcissement de l'esprit s'ajouteraient, près des frontières des idiomes, certains inconvénients dus au bilinguisme? La pauvreté notoire de la production littéraire dans les régions où se côtoient deux langues porterait à l'admettre.

Ce phénomène a frappé les esprits cultivés de la ville de Bienne, qui, à deux reprises, viennent de jeter un cri d'alarme. Hâtons-nous d'ajouter qu'il ne s'agit point d'étudier la situation particulière aux localités situées à la limite même de deux langues, mais que ce problème intéresse une vaste zone où existent des minorités linguistiques, la Suisse romande tout entière, par exemple; on pourrait même prétendre: l'ensemble de la Suisse.

Il y a une année, les „Annales biennoises" ont publié sur ce thème deux études, l'une en français, de M. Kuenzi, sur la crise du français, et l'autre en allemand sur la crise de l'allemand. (Le bilinguisme, quoique évidemment moins préjudiciable

*) Paru dans „La Tribune de Genève" le 7 Janvier 1928.

à l'allemand qu'au français, ne présente pas moins des inconvénients sensibles également pour la langue de nos confédérés.) Cette année, les mêmes „Annales" ont renouvelé cette expérience, en s'adressant, cette fois, à des écrivains du dehors, M. G. de Reynold pour le français, et M. Otto de Greyerz pour l'allemand. Nous avons hâte d'en venir à l'exposé du professeur de littérature française à l'université de Berne.

Un signe de décadence.

M. de Reynold s'effraie des conséquences du bilinguisme, soit du mélange de deux langues dans un milieu étendu, au point de ne plus savoir laquelle des deux est dominante et naturelle (qu'il ne faut par conséquent pas confondre avec la connaissance des langues chez une personne cultivée) auquel nous sacrifierions de hautes valeurs intellectuelles et morales. Ce problème se pose dans toutes nos villes, dans toutes nos écoles, dans l'esprit même de la Suisse.

La confusion des langues, de même que toute corruption du langage, est un signe, en même temps qu'une cause de décadence : elle présuppose une paresse, une confusion dans les esprits. Dès que l'on s'exprime d'une manière incorrecte et approximative dans deux idiomes différents, il y a affaiblissement de la culture intellectuelle, par conséquent régression, recul des facultés de l'esprit. Il est impossible de concevoir une civilisation sans la pureté, la précision de la langue.

Confucius, questionné un jour sur le premier geste qu'il accomplirait s'il était jamais élu empereur de Chine, répondit : „Je rétablirais le sens exact des mots". Que voulat-il dire par là ? Que le vocabulaire est une évocation du monde, un classement des valeurs, tout comme la syntaxe une psychologie. Il n'existe pas de synonymes absolus. Comment épiloguer sur le peuple, la liberté, la justice, si l'on ne sait pas exactement ce que signifient, à proprement parler, ces termes ?

Moeurs et langage.

Le fléchissement de la culture intellectuelle entraîne un développement de la mauvaise éducation, des mauvaises manières, de l'impolitesse.

Trop souvent deux langues voisines se pénètrent par leurs éléments les plus grossiers, par l'argot le plus canaille ; c'est ainsi qu'elles s'abaisseront l'une l'autre et contribueront au flé-

chissement du niveau moral. Le bilinguisme devient ainsi le trafic des expressions les plus triviales. La corruption du langage conduit à celle des moeurs, dans le sens classique du terme.

Ce danger s'attaque surtout au français, langue issue du principe d'autorité, qui ne se sauve que par des retours périodiques au purisme. Cet instrument délicat a besoin d'être soutenu par des moeurs raffinées. La logique de sa phrase correspond à la clarté d'esprit et à la finesse de la race. D'autre part, le français, par sa contexture, n'est pas une langue de traduction : cela signifie qu'il assimile plus mal qu'une autre les éléments étrangers, et qu'il a besoin, par conséquent, d'en être préservé avec plus de soin que l'allemand, plus souple, plus capable de se mouler sur un autre idiome.

Ce problème, poursuit l'auteur, intéresse tout le monde, jusqu'aux industriels et ouvriers. Car il y a une interdépendance de tous les instants entre ce qui est matériel et ce qui est spirituel, entre ce que fait la main et ce que pense le cerveau. La précision de la main dépend de celle de la tête, et l'on n'aura jamais une tête claire si l'on s'habitue à un langage qui ne l'est pas. Elle exige de la finesse, qualité qui vient du cerveau.

Pour la supériorité technique.

Un ouvrier „qualifié", un ouvrier éduqué, dans le sens de la précision du langage et des qualités qui en dérivent : clarté de l'esprit, méthode dans le travail, faculté de comprendre et d'expliquer, sera nécessairement supérieur comme rendement à un ouvrier simplement habile, mais inculte et grossier. La culture générale est pour la culture technique, la spécialité, le métier, exactement ce qu'une bonne huile est pour les rouages d'une machine : elle seule crée l'ambiance favorable au progrès industriel.

Dans l'art de la réclame, les textes français rédigés par nos industriels et nos commerçants sont en général au-dessous de l'honnête moyenne. Et la qualité de la langue va en diminuant à mesure qu'on se rapproche de la frontière linguistique. On s'en sert à l'étranger contre notre industrie et beaucoup plus qu'on ne l'imagine.

Telles sont les premières thèses développées par M. de Reynold ; ne donnent-elles pas à réfléchir ?

La Presse mondiale et les manifestations des étudiants en Transylvanie.

II.

Daily Mail, London, 10 Dec. 1927. *More Rumanian riots. Attacks on Hungarians. U. S. Official Stabbed. Union Jack Torn Up.* In view of the riots last Sunday by Rumanian students against Hungarians at the town of Oradea Mare (formerly Grosswardein), near the Hungarian frontier, the Rumanian Government yesterday prohibited student demonstrations arranged throughout Rumania to-day.

Oradea Mare, the Hungarian name of which is Nagyvárad, is one of the oldest towns of the old Hungary. It is in the district taken from Hungary by the Treaty of Trianon, the injustice of which has been emphasised by Viscount Rothermere's important articles, which are still the topic of international discussion.

Oradea Mare was chosen as the scene of the students' riots because of its Hungarian population. The rioters were exclusively Rumanian. Eight persons were killed and 40 seriously injured. Shops were looted and people thrashed in the streets. Intense feeling has been aroused in Hungary. In the Budapest Parliament yesterday M. Vass, the Prime Minister ad interim, said, according to a Reuter's telegram:

No one was ever stabbed or submitted to acts of violence in Hungary because they were Rumanians.

We possess the clear right to appeal to those who watch over the maintenance of treaties, and useful steps have been taken by the Government in this respect.

British shop raid. Rumanians wreck and loot it. From Our Own Correspondent. Budapest, Friday. Fuller reports of the Rumanian students' riot at Nagyvárad show that disturbances took place in front of an English clothing shop over which the manager had hoisted the Union Jack by the side of the Rumanian flag.

The store was wrecked and looted by hundreds of students, who pulled down the Union Jack and tore it to pieces, which they trampled on.

Among those injured is Captain Gottfried Keller, a delegate of the United States Government engaged in sporting propaganda. He was stabbed several times. When he asked for a telegram to be sent to the American Consul at Bukarest the post-office officials refused to accept it.

The students, returning from Nagyvárad, stopped at Kolozsvár (Klausenburg). The military authorities ordered a military cordon round the railway station, but the students broke through and about two thousand of them marched into the town. Here they continued rioting, plundering many shops.

Anti-Hungarian. Organised demonstrators in special coaches. From Our Own Correspondent. Vienna, Friday. The Oradea Mare riots are regarded as the result of the Rumanian Governments' attempt to distract public attention from internal problems by permitting an organised demonstration of six thousand students against the Hungarian movement for a revision of the frontiers.

Starting with attacks upon solitary Jewish pedestrians, Rumanian students wrecked hotels, cafés and synagogues, and extended their operations against all Hungarians irrespective of religion.

Gangs of youths paraded the streets, clipping the beards from Jews with shears which they carried for the purpose. The military hesitated to interfere because it was known that the Government supported the anti-Hungarian purpose of the demonstration, which masqueraded as a congress. Special trains had been provided for the students, who included 300 women.

Among the brutalities reported is the stabbing to death of a boy because he could not answer a question in the Rumanian language. The Hungarian journalist M. Sonnenfeld was murdered.

The outrageous behaviour continued during the long return journeys yesterday and to-day.

Oradea Mare is now under strict martial law.

Eighty students have already been arrested at Oradea Mare, and Klausenburg, and at Bucarest, where the military surrounded the station before the arrival of the first returning train.

M. Duca, the Rumanian Home Secretary, has announced in Parliament that the rioters will be severely punished, but the Opposition demands the resignation of the Government on the ground that it is unable to maintain order in the provinces.

Le Temps. Paris, 13 déc. 1928. *Dans le Proche-Orient. Les manifestations des étudiants en Transylvanie. Le bilan des dévastations.* Notre correspondant particulier de Bucarest télégraphie :

Le bilan des excès antisémites d'Oradea-Mare, de Cluj, d'Ocna et des autres villes de Transylvanie peut être établi maintenant que le calme est revenu. L'aspect des quartiers dévastés par les étudiants rappelle celui des villes qui ont subi un bombardement. Les vitres des magasins sont cassées, les marchandises, les meubles sont jetés pêle-mêle, la population a été en partie maltraitée et la plus grande partie ruinée. Le système employé par les bandes est partout identique : elles ont frappé dans les rues tout passant juif, démoli avec des barres de fer toutes les choses cassables dans les maisons et les magasins et, là où elles rencontraient de la résistance, elles cognaient sans pitié. Les étudiants étaient les maîtres de la situation non seulement dans les villes, mais sur tout le parcours, arrêtant les trains qui les transportaient où ils voulaient et entrant dans les localités qu'ils avaient choisies pour y commetre des dévastations. Leur fureur s'acharna spécialement sur les synagogues, qui furent saccagées, les rouleaux saints profanés, enlevés comme trophées, ou incendiés. Comme il arrive toujours en pareilles occasions, la lie des faubourgs se mêla aux bandes, volant et pillant.

Les autorités furent impuissantes, malgré les ordres sévères envoyés de Bucarest. L'explication de cette impuissance paraît être la passivité voulue de la gendarmerie armée.

La presse d'opposition rend responsable de ces excès le jeune sous-sécrétaire d'État au ministère de l'intérieur, M. Tataresco, lequel, confiant en la promesse faite par le comité des étudiants, assuma la responsabilité personnelle de l'ordre à l'occasion du congrès qui allait se réunir dans la ville-frontière d'Oradea-Mare. Le gouvernement appliquera des sanctions. Il destituera les préfets des départements où ont eu lieu les désordres, livrera à la justice sous l'inculpation de vol et de vandalisme nombre d'étudtants et destituera également les chefs de la police et les capitaines de la gendarmerie des localités dévastées. La sécurité et la tranquillité de la population juive dépendent moins cependant des sanctions qui seront prises contre les jeunes étudiants que des sanctions qui devraient

être appliquées aux auteurs moraux et aux instigateurs. La presse d'opposition stigmatise comme tels le ministre de la justice Stelian Popesco, et nombre de professeurs universitaires connus.

Protestations des États-Unis et de la Grande-Bretagne à Bucarest.

Suivant le correspondant du Daily Mail à Bucarest, les ministres de Grande-Bretagne et des États-Unis ont protesté auprès du ministre roumain des affaires étrangères contre les mauvais traitements dont avaient été l'objet les nationaux des deux pays au cours des dévastations commises par les étudiants tant à Oradea-Mare qu'à Cluj.

Le correspondant à Vienne du même journal déclare que les dégâts commis par les manifestants s'élèvent à plus de 125 millions de francs.

Démentis roumains.

On télégraphie de Bucarest :

L'agence Rador oppose un démenti absolu aux informations de source anglaise selon lesquelles, au cours des récents incidents d'Oradea-Mare, il y aurait eu huit tués et quarante blessés, un journaliste hongrois tué et deux autres blessés, un officier américain poignardé.

Elle dément également la nouvelle, de même origine, selon laquelle, au cours de ces incidents, un drapeau anglais aurait été foulé aux pieds.

Berner Tagblatt. Bern, 12. Dezember 1927. *Erneuerte ungarisch-rumänische Spannung.* Rumänische Studenten haben in Grosswardein und Klausenburg fürchterlich unter den dortigen Ungarn und Juden gehaust. Dass es dabei Tote gegeben hat, wird noch von rumänischer Seite bestritten, aber im Senat doch zugegeben, dass die Studenten in mehrere Synagogen eingedrungen sind und sie entweiht haben. – In Klausenburg wollte man tatsächlich die Ausschreitungen verhindern, doch, als der Zug mit Studenten (merkwürdige Studenten übrigens) einlief, durchbrachen diese den aufgestellten Truppenkordon, drangen in die Stadt ein, zerschlugen „einige Fensterscheiben" und verursachten „verschiedene Ruhestörungen". Der Sachschaden soll, hauptsächlich in Grosswardein (das jetzt Oradea-mare heisst) und Klausenburg sehr bedeutend sein. Dies nach rumänischen Meldungen.

In Rumänien entrüstet man sich nun stark, dass die Ungarn sich darüber aufregen, dass ihre Landsleute so behandelt werden, die Sache vor den Völkerbund bringen möchten. Natürlich haben die Ungarn Unrecht. Einmal haben nach rumänischer Darstellung, Ungarn und Juden die Studenten provoziert, sind also selbst daran schuld. Es ist ja auch ohne weiteres glaubhaft, dass eine unter schärfster Gendarmerieherrschaft lebende Bevölkerung, wenn ein rumänischer Studentenkongress, der nicht im mindesten nationalistisch ist, ihrer Stadt die Ehre eines Besuches und von Umzügen erweist, sich provozierend benimmt; das Kaninchen beisst bekanntlich zuerst den Hund. Und so hat auch hier das Karnikel angefangen. Und ausserdem ist dies das einfachste Mittel, die leidige Nationalitätenfrage zu lösen: die Grundbesitzer expropriiert der Staat gegen eine Entschädigung von 1–2 Prozent, und die Städtebewohner, die man mit der „Agrarreform" nicht fassen kann, die lehren Knüppelbanden, die sich Studenten nennen, dass sie sich in Grossrumänien glücklich zu fühlen und nicht zu muksen haben. Im übrigen geht es niemanden etwas an, was in Rumänien geschieht, denn wir leben ja im 20. Jahrhundert.

STATISTISCHE MITTEILUNGEN.

Câți Români sunt în Banatul sârbesc?

La întrebarea aceasta revista *Graiul Românesc* (Nr. 10 din 1927), ne dă următorul răspuns:

Încă de când am arătat, după statistica oficială jugoslavă din 1920, numărul Românilor din țara vecină, ne-am arătat și temerea, că el n'ar fi cel adevărat. Astăzi avem dovada.

Această statistică știe să vorbească de 72.377 Români în Banatul sârbesc. Noi amintisem de un procent de greșală în recensământul minoritar, chiar când recensământul s'ar face cu deplină nepărtinire. Sârbii în numărătoarea lor vor fi avut tot felul de însușiri, dar nu pe aceea a nepărtinirii. Procentul de greșeală a întrecut 25–30, cât socotisem noi.

Sistemul transformării numelor la oficiile de stare civilă după tipicul slav, le ușurează sau îngreuiază sarcina, dupăcum sunt – și sunt! – pornite să ne desființeze sau să menție pe Românii de acolo în rosturile de astăzi. Sub terminarea *-vici,*

pretutindeni răspândită, curând ai noştri nu vor mai fi de recunoscut. Nu vor mai rămâne atunci decât sufletele dedesupt, dar sufletele trebue să ardă cu atât mai puternic. Ele vor avea să lumineze, cu focul lor luat de pe altarul Romei, şi prin această cenuşe onomastică sârbească.

La numărătoarea din urmă, dacă învăţătorul iugoslav se ducea într'un sat şi începea întrebările, firește în sârbeşte, orice populaţie ar fi întâlnit:

– Cum te cheamă?

– Ion Sârbu.

– Atunci eşti Sârb?

– Nu mi-s Sârb, domnule. Numai îmi zice aşa, de când s'au aşezat Sârbi lângă noi sau am negustorit la Sârbi.

– Aş, ce basme vrei să-mi spui tu mie? Sârb eşti, Sârb rămâi.

Şi aşa a făcut cu zeci de familii. Păcat, că n'a fost lasată comisia de recensământ să treacă şi dincoace, să sporească populaţia sârbă cu toţi membrii familiilor cu acelaş nume din Banatul României, Români de baştină şi fără altă legătură decât geografică cu vecinii dunăreni. Se înţelege atunci ce s'a întâmplat cu Românii, cari aveau nume în *-vici*. Ei nici n'au mai fost ispitiţi de ce neam sunt. Ne mirăm, că Sârbii nu cer şi pe toţi Popovicii, Ioanovicii, Iancovicii, Petrovicii dela noi!

Aşa s'a făcut însă că statistica a descoperit, sau n'a putut să ascundă, 72.377 de Români în Banatul sârbesc. Ei sunt în adevăr *116.764*, împărţiţi după biserică astfel:

1. Protopresbiteratul Becicherecul-mare (f. Banat-Comloş)	13.420
2. Biserica-Albă	766
3. Protopresbiteratul Panciovei	38.034
4. Protopresbiteratul Vârşeţului	28.334
5. Comunele mixte anunţate la despărţire ierarhică	17.806
6. Comunele mixte neanunţate la despărţire ierarhică	9.784
7. Românii sectanţi	8.000
8. Românii greco-catolici	640
Peste tot	116.764

E o dată, care nu poate fi pusă la îndoială, pentrucă în ea se cuprinde numărul credincioşilor legaţi de biserica lor naţională. Sârbi între ei, sau alte neamuri, n'au cum să fie. În schimb mulţi Români, înfeodaţi dintr'o pricină sau alta bisericei sârbeşti, încă de sub regimul austro-ungar, nu sunt aci. Numărul Românilor din Banatul iugoslav trece negreşit peste 120.000.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. FEBRUARIE / FÉVRIER / FEBER 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 2

Suntem oare iredentişti?

Ce-i cu apropierea româno-maghiară?

(Răspunsul meu sincer d-lui profesor Nae Ionescu şi d-lui deputat Iteanu.)

Înainte cu vre-o câteva săptămâni am discutat în coloanele revistei *Magyar Kisebbség* şi a ziarului *Krassó-Szörényi Lapok* asupra polemicei la nivel dintre deputatul maghiar Paál Árpád şi profesorul universitar Nae Ionescu, în bine cunoscuta chestie a teatrului maghiar din Oradea-mare. Neatribuind vre-o importanţă deosebită întregei afaceri de subvenţionare, am rugat pe distinsul publicist român, ca autoritatea câştigată în urma activităţii sale publice şi raţiunea ageră, cu care e înzestrat, să nu şi-o risipească atacând pe nişte actori sărmani, ci mai bine să biciuiască sistemul, care prin dispoziţiuni legale face deosebire între cetăţenii de naţionalitate română şi maghiară ai Statului, şi prin tratament vitreg sileşte pe directorul maghiar să asigure existenţa trupei sale, dupăcum poate.

Articolul acesta l-a observat imediat d-l Nae Ionescu, onorându-mă în coloanele ziarului *Cuvântul* cu un răspuns foarte nobil. Efectul eclatant al admirabilului d-sale primarticol, mă loveşte în cap cu o întrebare, a cărei aproximativă esenţă e următoarea:

– Nu e lucrul principal, dacă Ungariei îi este permis să sprijinească instituţiile culturale ale maghiarimei din statele succesoare, ci faptul, că oare statele succesoare – şi în cazul dat instituţiile culturale ale minorităţii maghiare din România, în primul rând teatrele – au vre-o misiune iredentistă, sau se dedică exclusiv numai nizuinţelor culturale?

Propriu zis, colegul român ne întreabă, că oare ne simțim într'adevăr cetățeni ai României, sau tot ne mai este inima plină de sentimente iredentiste?

Cu această întrebare, d-l profesor Nae Ionescu ne-a și condamnat, nemai așteptând răspunsul nostru, căci altcum n'ar fi plasat la sfârșitul articolului d-sale, pentru o accentuare mai deosebită, această ultimă propoziție:

— Acum e de mare actualitate această întrebare, pentrucă tocmai zilele acestea au fost prinși vre-o câțiva studenți, cari sunt acuzați de spionaj, făcut în favoarea Ungariei.

Răspund la întrebarea pusă cu stima, ce se cuvine necondiționat fiecărui reprezentant inteligent, cu caracter nepătat, al națiunei majoritare din România.

D-l Nae Ionescu, desigur nu e curios asupra faptelor noastre. Căci doar acelea sunt controlate din abundanță de către atât de perfect organizata poliție de stat. Mâna Siguranței ajunge până la fiecare cetățean, cu scopuri contrare Statului, ba în zelul său, trece temeinic chiar și peste limitele sferei sale de activitate. Agerul investigator ar dori mai bine să scoată la lumina soarelui sentimentele secrete ale inimei noastre, acțiunea ascunsă în celulele creerilor, pe care n'o poate lovi nici un pumn polițienesc, dar care e cu mult mai periculoasă — din punctul de vedere al siguranței statului — decât faptele nesocotite ale vre-unui fanatic juvenil.

Comunic d-lui profesor Nae Ionescu, că îndrumătorii activității secrete a inimilor și rațiunilor, tot atât de puțin suntem noi, conducătorii minorităților, după cum nu se pot considera ca atare agitatorii, cari lucrează peste frontiere. În formarea sentimentului masselor, e de mirat cât de puțină influință are atât cuvântul rostit pe față, cât și cel șoptit pe furiș. Sentimentul masselor nu-și pierde vremea cu înalta filozofie de stat, însă cu atât mai aspru judecă fenomenele vieții zilnice. Căci ce-i de importanță pentru popor? Să se poată ferici cu limba absorbită în laptele matern; să ajungă, în urma muncei sale cinstite, la un trai bun și independență materială, și să nu-i fie ofenzat pe toate căile sentimentul național, la care aderă cu o putere miraculoasă. Poporul mânuește cu o eternă naivitate înaltele ideale politice și nizuințele puterii de stat, însă cu atât mai infailibile sentimente judecă rezultatele guvernării, cari îi apasă umerii și numai umerii săi proprii. Pe administratorul de treabă îl iubește,

pe judecătorul just îl apreciază după meritele sale, iar înaintea legislatorului prudent, care munceşte pentru interesele publice, îşi scoate pălăria.

Nici minoritatea maghiară din România nu e o excepţie sub normele generale valabile. N'aş îndrăsni să afirm în faţa unui cap luminat, ca al d-lui Nae Ionescu, că inima noastră maghiară într'adevăr picură de fericire şi că nici odată nu ne vine în minte timpul, când pâinea ne era încă mai albă şi în oficiile publice stăpânia o altă ordine. Din contră, aş protesta cu toată energia sufletului meu contra învinuirei, că din noi plânge trufia „asupritorului", care şi-a pierdut puterea, sau antipatia faţă de românism. Amărăciunea, ce ni-s'a aşezat în inimă, e numai o umbră a stărilor de azi şi îndată ce se vor schimba stările acestea, se va schimba şi umbra. Desigur, sunt şovinişti încăpăţânaţi, cu creeri întunecaţi, cari – ameţiţi de putere – ar pretinde, că ia să vedem frângerea în roată a Maghiarului îndărătnic, ia să-l vedem blând ca mielul, ş'apoi vom mai vorbi de o mică uşurare în mânuirea cnutului. Însă un Nae Ionescu nu poate zice aşa ceva. Dânsul trebue să ştie, că în primul rând agronomul trebue să lucreze cinstit; dreptul limbei materne trebue validitat, iar prefectul judeţului – abandonând înverşunata politică egoistă de partid – trebue să se intereseze de nevoile poporului şi numai atunci va urma sincera cucerire a sufletelor. Acel rege prus ac, morocănos şi bătrân, înzadar a alergat după copii, cu bâtul în mână, înzadar le-a strigat: „Iubiţi-mă, iubiţi-mă!" – copiii totuş i-au fugit din cale.

Într'adevăr, nu numai baioneta jandarmului ar trebui înfrânată, ci şi cu acel anumit bâţ de trestie ar trebui tratat ceva mai înţelept. Aici trebue multă, multă pacienţă, delicateţă, înţelegere şi, mai ales, zimbet cervantesian, umor iertător. Dacă unuia-altuia dintre noi „îi umblă gura": să nu se considere aceasta un păcat morta! atât de tragic. Dacă unul sau altul de-ai noştri simte şi cugetă ceva mai preocupat: nu trebue luat în serios, căci, mai timpuriu sau mai târziu, poate i-se va schimba judecata, dacă preocuparea sa va fi desarmată prin politeţă, prudenţă şi tratament cinstit. D-l Nae Ionescu s'ar înşela foarte mult, dacă ar crede, că noi, Maghiarii, vedem în fiecare Român o momâie şi pentru lumea întreagă n'am lăuda, ceeace provine dela Români, şi astfel am fi o massă de oameni incorigibili şi de rea credinţă. Să audă numai d-l Nae Ionescu

pe Săcuiul din Ciuc, cu câtă veneraţie aminteşte pe cei vre-o câţiva magistraţi (şi încă regăţeni), cari nu şi-au vândut sufletul de dragul unor merite electorale efemere. Dar că nici cu pâlnia n'am putea turna iubire loială în nenorocitele victime, cari în mod animalic au fost bătute aproape mortal – la dispoziţie mai înaltă – de către jandarmi, pentrucă n'au votat după poruncă; sau în femeile din Malnaş, cari înainte cu un an şi jumătate au fost torturate teribil, din cauza unor acuze născocite: ei bine, aceasta e superfluu s'o demonstrez mai amănunţit înaintea ilustrului meu coleg.

Prin urmare: să lăsăm în pace veşnica adulmecare a Siguranţei; să aruncăm la o parte „bravura" jandarmului şi să adunăm căldura inimei. Acel bărbat de stat al României va face cel mai preţios serviciu ţării, care va primi acest advertisment din partea unui astfel de om, care nici odată n'a fost timbrat ca înveninător de suflete sau sămănător de zizanie, ci a fost un adevărat prietin al poporului românesc în timpul, când acest fapt încă nu a aparţinut unei viitoare cariere de bunăstare materială.

Dar dacă zice d-l Nae Ionescu, că azi chiar şi Românul e nemulţumit, numai atâta îi răspund: aceasta o ştiu prea bine. Cu o deosebită plăcere privesc pe ţăranul român bănăţean, cum păşeşte agale pe lângă admirabila-i moşie şi sunt nespus de mândru, când mă recunoaşte, salutându-mă prieteneşte. Dar dacă privirea vorbitoare a ochilor săi şi ceeace îmi şopteşte la ureche cu multă precauţiune, nu e iredentism, atunci trebue să calific ca nedreptate toate acuzele iredentiste, cu cari suntem sluţiţi noi, Maghiarii.

Am vorbit despre sentimentele şi fenomenele masselor. Şi numai aceasta este de importanţă. Noi, cei din frunte, nu putem avea altă menire, decât să atragem, prin cuvinte onorabile, atenţia celor competenţi asupra năcazurilor constatate. E o menire nobilă aceasta, cu mult mai nobilă decât vre-o neplăcere gâlcevitoare, sau vre-o agitaţie inconştientă; munca noastră însă numai astfel va avea rezultatul dorit, dacă cei din partea cealaltă ne vor aprecia francheţa după merit, se vor încrede în bunele noastre intenţiuni şi ne vor ajuta, unde trebue să ne ajute. În interesul Statului. Trebue.

*

Cele vre-o câteva cuvinte, isvorîte din inimă, pe cari le-am rostit în numele maghiarimei în Camera română, în semn de ultim adio dela sublimul suflet al lui Valeriu Branisce, au avut ecou în multe organe de publicitate. Mărturisesc, că mai pe neașteptate m'a surprins comunicatul, apărut în fruntea revistei *Parlamentul*, în a cărui cadre colegul deputat Iteanu, șeful organizației liberale din județul Treiscaune, mă somează, ca – fidel trecutului meu – să pun la cale, la braț cu dânsul, o mișcare serioasă în interesul aprofundării apropierii româno-maghiare.

Din orice parte ar veni o astfel de provocare, n'aș lăsa-o fără răspuns. Răspund deci și d-lui deputat Iteanu cu aceeaș francheță, pe care o pretinde deopotrivă importanța chestiunei și natura mea.

Dacă nu mă înșel, colegul Iteanu a condus în vara trecută faimoasa „alegere" din județul Treiscaune. Desigur, dânsul cunoaște mai bine mijloacele, cari au adus „victoria" listei liberale, și cari au dat rezultatul, că – după adeverirea urnelor – Maghiarilor din Treiscaune nu le-a trebuit nenea Iosif Sándor, ci un oarecare corifeu liberal, – e indiferent, cum îl cheamă.

Întreb cu iubire pe d-l deputat Iteanu, dacă dânsul consideră în praxă, ca cel mai potrivit mijloc al înfăptuirei apropierii româno-maghiare, această „technică" electorală, teribilă și defăimătoare a tuturor conștiințelor omenești?

Prefectul din Treiscaune, desigur îl cunoaște bine pe colegul Iteanu. Îi cunoaște și faptele din trecut. Oare din cauza aceasta îl ține în capul județului, înfruntând pe fiecare om cu bun simț, pentrucă dânsul ar fi cel mai chemat a se pune în serviciul neprihănit al sfintei cauze a apropierii?

Dar să vorbesc și de timpul, ce a urmat după apariția articolului din chestie: *Cuvântul* a publicat o știre despre o întrunire a partidului liberal, în care tocmai d-l deputat Iteanu s'a plâns contra influinței crescânde a membrilor minoritari din parlament, pretinzând totodată ca de aci înainte, orice dorință minoritară să fie cenzurată de șeful organizației liberale.

E foarte bine, dacă plângerea aceasta va fi auzită de elementele cu judecată severă contra fraților maghiari, după a căror părere reprezentanții maghiarimei sunt numai niște examinatori ai buricului, mojici trândavi. Însă totuș nu sunt atât de lași, sau niște omuleți leneși de ici-colea, dacă o capacitate li-

berală pronunță contra lor o astfel de plângere. Ei bine, dar unde rămâne apropierea preconizată de colegul Iteanu?

Cea mai mare autoritate a partidului liberal, e d-l ministru de interne Duca. Cuvântul d-sale de predilecție – spre a strânge opoziția în colț – e „echivoc", adecă cu două înțelesuri, aș putea zice: cu două fețe. Rog foarte mult pe d-l deputat Iteanu, să-și pună la inimă cuvântul șefului și înainte de toate să părăsească „echivocurile". După aceea vom mai vorbi și despre apropiere.

Dr. Iosif Willer.

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Fortsetzung.)

VI.

Die religiöse Freiheit.

1. Alle Einwohner ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft sind berechtigt, öffentlich und privat jede Art von Bekenntnis und Religion frei zu üben, insoferne diese nicht mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten unvereinbar ist.

2. Aus der Übung der Religion dürfen niemandem irgendwie geartete rechtliche und tatsächliche Nachteile erwachsen und es geniesst jedermann gegen solche Nachteile den Schutz der staatlichen Gerichte und Behörden.

3. Niemand darf von Staatswegen zu irgendwelchen religiösen Handlungen gezwungen werden.

4. Den Angehörigen aller Religionsbekenntnisse ist die Einhaltung ihrer Fest- und Feiertage zu ermöglichen, ohne dass ihnen hieraus irgendwelche rechtliche und tatsächliche Nachteile erwachsen dürfen.

5. Die Angehörigen aller Religionsbekenntnisse sind berechtigt, ihre religiösen Feste, Aufzüge, Prozessionen, Wallfahrten und sonstige Veranstaltungen unter den in Abs. 1. erwähn-

ten Voraussetzungen öffentlich abzuhalten und es darf in ihrer Abhaltung, sowie in jeder Betätigung religiöser Eigenart, Sitte und Gewohnheit weder ein feindlicher Akt gegen den Staat noch gegen ein anderes Religionsbekenntnis erblickt werden.

6. Die Angehörigen aller Religionsbekenntnisse haben das Recht, sich zur Pflege des Gottesdienstes und des religiösen Lebens in autonome Körperschaften zusammenzuschliessen, welche sich selbst verwalten. Die Errichtung, Verwaltung und Leitung von religiösen, sozialen, humanitären Anstalten und von Schulen und Erziehungsanstalten aller Art steht ihnen, bezw. den religiösen autonomen Körperschaften im Rahmen der allgemeinen Gesetze zu, wobei keine religiöse Gemeinschaft im Staate grössere Rechte haben darf als eine andere.

7. Auf dem Gebiete des religiösen Lebens (Abs. 1–6) besteht die vollständige Sprachenfreiheit; dies gilt auch für die in Abs. 6. genannten Institutionen unter der daselbst erwähnten Einschränkung. Die in Abs. 6. erwähnten autonomen Körperschaften dürfen auch auf religiös-nationaler Grundlage gebildet werden.

8. Die einzelnen Religionsgenossenschaften und ihre Einrichtungen haben gegenüber dem Staate und gegenüber den autonomen Gebietskörperschaften Anspruch auf einen ihrer verhältnismässigen Zahl entsprechenden Anteil an den Voranschlägen.

BEGRÜNDUNG.

Die religiöse Freiheit, mit deren allmäligem Siege als Folge der französischen Revolution der dem nationalen Kampf zeitlich vorausgehende konfessionelle Kampf geendet hat, ist nur noch in einigen Staaten Osteuropas, in Teilen Asiens und Afrikas ein Problem geblieben, während sie in dem übrigen Europa, in Amerika und Australien wohl vollkommen zum Durchbruch gelangt ist. Sie muss jedem Kulturmenschen als selbstverständlich gelten. Manche Schwierigkeiten ergeben sich aus dem vielfach noch ungelösten Probleme des Verhältnisses der Kirchen zum Staate, wobei in katholischen Staaten die besondere Stellungnahme, die die in der Institution des Papsttums gipfelnde katholische Kirche zu dieser Frage einnimmt, eine Rolle spielt. Auch die kleinsten religiösen Splitter haben ein Recht auf autonome Organisation; hier besteht ein Unterschied in der Stellung der

nationalen und der religiösen Minderheiten zum Staate: während die *Möglichkeit* besteht, dass Angelegenheiten der nationalen Minderheiten im modernen Staate wenigstens grösstenteils vom Staate zur Zufriedenheit der Minderheiten besorgt werden, ist dies bei Angelegenheiten religiöser Art naturgemäss nicht der Fall. Eine besondere Beachtung verdienen die in einigen Gebieten Osteuropas herrschenden Verhältnisse, wo konfessionelle Gegensätze in Verbindung mit solchen nationalen Charakters vorkommen. Dass alle Konfessionen einen verhältnismässigen Anspruch auf Beteilungen an den öffentlichen Voranschlägen haben, entspricht dem Grundsatze der Gleichberechtigung.

VII.

Die sprachliche Freiheit.

1. Unbeschadet der in anderen Punkten erwähnten sprachlichen Rechte haben alle Einwohner ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft das Recht, ihre und jede andere Sprache öffentlich und privat, mündlich, schriftlich und in Druckwerken zu gebrauchen.

2. Aus dem Gebrauch irgend einer Sprache dürfen niemandem irgendwie geartete rechtliche und tatsächliche Nachteile erwachsen und es geniesst jedermann gegen solche Nachteile den Schutz der staatlichen Gerichte und Behörden.

3. Niemand darf von Staatswegen im öffentlichen und privaten Leben zu dem Gebrauche irgend einer Sprache gezwungen werden. Hiedurch erleiden die Vorschriften keine Einschränkung die gemäss Punkt VIII. für den Gebrauch der Sprache mit den öffentlichen Ämtern im weitesten Sinne getroffen werden.

4. Die gemäss Abs. 1–3 umschriebene Sprachfreiheit gilt insbesondere auch im Geschäftsverkehre bezüglich der inneren und äusseren Aufschriften auf den Geschäfts- u. Büroräume und der Aufschriften der in den Handel gelangender Waren, bei der Führung der Geschäftskorrespondenz und der Handelsbücher, bei den Rechnungen, Preisverzeichnissen sowie bei der Reklame.

5. Die Angehörigen aller Sprachgemeinschaften haben das Recht, ihre nationalen Feste, Aufzüge, Belustigungen und sonstigen Veranstaltungen öffentlich abzuhalten, soweit sie mit der

öffentlichen Ordnung und den guten Sitten nicht unvereinbar sind und es darf in ihrer Abhaltung, sowie in jeder Betätigung national-sprachlicher Eigenart, Sitte und Gewohnheit weder ein feindlicher Akt gegen den Staat, noch gegen eine andere Nationalität erblickt werden.

BEGRÜNDUNG.

Die Grundsätze über die sprachliche Freiheit schliessen sich eng an die Grundsätze über die religiöse Freiheit an. Besonders zu beachten sind nur die Grundsätze über die sprachliche Freiheit im Geschäftsverkehr; auf diesem Gebiete haben in vielen Staaten schwere Beeinträchtigungen der nationalen Minderheiten stattgefunden. Die nationale Autonomie ist nur scheinbar ein Gegenstück zur religiösen Autonomie und wird in Punk XIX. behandelt.

VIII.

Die öffentlichen Ämter und ihre Sprache.

1. Unbeschadet der Einführung einer offiziellen Sprache ist allen Staatsbürgern sprachlicher Minderheiten dort, wo sie entweder einen nennenswerten, möglichst niedrig anzusetzenden Bruchteil der Bevölkerung bilden, oder, wo historische, wirtschaftliche, kulturelle und andere Erwägungen dies rechtfertigen, das Recht zuzubilligen, mit allen staatlichen Gerichten, Ämtern, Behörden, Anstalten und Unternehmungen in ihrer Sprache zu verkehren, Eingaben an sie in ihrer Sprache zu richten und Erledigungen in ihrer Sprache zu erhalten, sowie mündlich in ihrer Sprache mit ihnen zu verhandeln.

2. In der territorialen Selbstverwaltung gilt der Grundsatz, dass sich die Selbstverwaltungskörper ihre offizielle Sprache selbst bestimmen; jedoch ist allen Staatsbürgern, die innerhalb des Gebietes des Selbstverwaltungskörpers eine Minderheit darstellen, die entweder einen nennenswerten, möglichst niedrig anzusetzenden Bruchteil der Bevölkerung bildet, oder, wo dies historische, wirtschaftliche, kulturelle und andere Erwägungen rechtfertigen, mag diese Minderheit dem die Mehrheit im Staate bildenden Volke oder einem anderen Minderheitsvolke angehören, das Recht zuzubilligen mit allen Ämtern, Behörden, Anstalten und Unternehmungen des Selbstverwaltungskörpers in ihrer Sprache zu verkehren, Eingaben an sie in ihrer Sprache

zu richten und Erledigungen in ihrer Sprache zu erhalten, sowie mündlich in ihrer Sprache mit ihnen zu verhandeln. Den einer Minderheit innerhalb des Gebietes des Selbstverwaltungskörpers angehörigen, in deren Vertretungen gewählten Personen ist der Gebrauch ihrer sowie einer anderen in dem Selbstverwaltungskörper zugelassenen Sprache nebst dem Gebrauche der offiziellen Sprache des Selbstverwaltungskörpers zu gestatten. Den gewählten Vertretern jener Minderheiten, die innerhalb des Gebietes des Selbstverwaltungskörpers einen höheren Hundertsatz bilden, sind über dieses Mindestmass hinausgehende Sprachenrechte zuzubilligen. Die in diesem Punkte angeführten Grundsätze können nur dort eine Einschränkung erleiden, wo deren Durchführung wegen der Kleinheit der Gebiets-Körperschaften und der damit im Zusammenhange stehenden Unmöglichkeit der Forderung der Kenntnisse anderer Sprachen als der offiziellen Sprache der Gebietskörperschaft seitens der gewählten und beamteten Funktionäre auf Schwierigkeiten stösst. Eine Bevorzugung der offiziellen Sprache des Staates als solcher greift bei der sprachlichen Regelung in den Selbstverwaltungen nicht Platz.

3. Die in den Punkten 1. und 2. angeführten Grundsätze geiten nicht nur für öffentliche Stellen erster Instanz, sondern auch für öffentliche Stellen höherer Ordnung und nicht nur für Gerichte und staatliche Verwaltungsbehörden im engeren Sinne, sondern auch für Gemeinde- und andere Ämter der Selbstverwaltung örtlichen und berufsmässigen Charakters, sowie auch für jene staatlichen, Gemeinde- und Privatunternehmungen, auf welche die Bevölkerung durch ihren monopolähnlichen Charakter angewiesen ist (z. B. Eisenbahn, Post u. Telegraph, Strassenbahnen, Elektrizitätswerke, Zwangsversicherungen u. dgl.)

4. Die äussere Bezeichnung der unter 1., 2., u. 3. genannten Stellen, deren Wirksamkeit sich auf ein Gebiet erstreckt, für das die unter 1. und 2. angeführten Voraussetzungen zutreffen, sowie ihre öffentlichen Kundmachungen erfolgen in sämtlichen, bei ihnen zugelassenen Sprachen.

5. Alle sprachlichen Minderheiten im Staate haben das Recht darauf, dass die Verlautbarungen der Gesetze und allgemein giltigen Verordnungen auf Staatskosten auch in ihrer Sprache erfolgen.

6. Abgesehen von dem unter Punkt III. Abt. 2 angeführ-

ten Rechte haben die Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion e n Recht darauf, dass ihre Angehörigen in den öffentlichen Diensten jeder Art und jeder Kategorie, und zwar in völlig gleichberechtigter Weise und soweit möglich, nach ihrer verhältnismässigen Stärke vertreten sind. Hierbei empfiehlt es sich, die Angehörigen der Minderheiten im öffentlichen Dienste und in den unter 3. angegebenen Diensten tunlichst derart zu verwenden, dass sie im Interesse der Minderheit, der sie selbst angehören, tätig sind.

BEGRÜNDUNG.

Die Staatsbürger, die den sprachlichen Minderheiten angehören, haben dort, wo sie in grösserer Zahl beisammen wohnen, ein natürliches Recht darauf, mit allen Gerichten, Behörden, öffentlichen Anstalten und Unternehmungen des Staates in ihrer Sprache zu verkehren. Dasselbe gilt für sprachliche Bevölkerungsgruppen, die auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, auf dem sonst das Recht gilt, die Amtssprache selbst zu bestimmen, in der Minderheit sind u. zw. gleichmässig, mögen diese Bevölkerungsgruppen zum Mehrheitsvolke oder zu einem Minderheitsvolke im Staate gehören. Ein ebenso natürliches Recht ist das Recht der sprachlichen Minderheiten im Staate, die Gesetze und Verordnungen, nach denen sie sich richten sollen, in ihrer Sprache zu vernehmen. Das Recht der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion durch ihre Angehörigen innerhalb des öffentlichen Dienstes vertreten zu sein, fliesst schon aus dem Grundsatze der staatsbürgerlichen Gleichheit. In den meisten Staaten bleibt aber die Zahl der Angehörigen der Minderheiten im Staatsdienste tief unter ihrem Hundertsatze zurück; daher empfiehlt sich die Aufstellung der Forderung, dass der Anteil der Staatsangestellten der Minderheiten im Staatsdienste ihrem Anteile an der Bevölkerung entspreche. Dass die Staatsangestellten der Minderheiten zunächst in jenen Amtsstellen verwendet werden sollen, deren Zuständigkeit die Angehörigen der betreffenden Minderheit unterstehen, ist vom Standpunkte der Gerechtigkeit, allenfalls auch der sprachlichen Befähigung, geboten.

BIBLIOTECA JUDEȚEANĂ
P-41.013-15
P.2216

IX.

Geographische- und Personennamen.

1. Die geographischen Bezeichnungen und Personennamen (Vor- und Zunamen) unterliegen keiner gewaltsamen Abänderung aus politischen und nationalen Gründen von Staatswegen.

2. Der Staat hat die Pflicht, das geheiligte Recht jeder Sprache, für geographische Begriffe (Länder, Flüsse, Gebirge, Städte, Gemeinden u. s. w.) eigene Bezeichnungen zu entwickeln, zu achten. Soweit sich der amtliche Verkehr, besonders der Eisenbahn- und Postverkehr in einer Minderheitensprache abwickelt, müssen die in der Minderheitensprache geschichtlich entwickelten Bezeichnungen geographischen Charakters gebraucht werden und es dürfen insbesondere aus dem Gebrauche dieser Bezeichnungen seitens der Privatparteien keine wie immer gearteten Schwierigkeiten und Rechtsnachteile erwachsen.

3. Jeder Mensch hat ein Recht auf seinen Namen (Vor- und Familiennamen); insbesondere liegt die Gebung und der Gebrauch des Vornamens in dem Willen jedes Menschen, bzw. seiner gesetzlichen Vertreter und dieses Recht ist auch vom Staate und von den die Geburtsmatriken führenden Ämtern zu achten; der in den Matriken aufgenommene Vorname ist unübersetzbar. Wo eine Sprache nach ihren Regeln für das weibliche Geschlecht Abweichungen von den Familiennamen entwickelt, kann dies nur für Angehörige der betreffenden Sprachengemeinschaft gelten; weibliche Angehörige einer Sprache, in der diese Abweichungen nicht üblich sind, haben ebenso ein absolutes Recht auf dem Gebrauch ihres unveränderten Namens wie Angehörige einer Sprache, in der diese Abweichungen üblich sind, ein absolutes Recht auf den Gebrauch ihres gemäss ihrer Sprache abgeänderten Namens.

4. Amtliche Abänderungen geographischer Bezeichnungen sollen nur im Falle äusserster Dringlichkeit und nur im Geiste der Sprache, bzw. der Sprachen der Bevölkerung der betroffenen Gebiete und niemals gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung der betroffenen Gebiete erfolgen. Hiedurch werden die in Absatz 2 dargelegten Grundsätze nicht berührt, soweit der Gebrauch der früheren geographischen Bezeichnungen seitens der Bevölkerung in Betracht kommt.

BEGRÜNDUNG.

Die nationalen Minderheiten hängen mit besonderer Liebe an den in ihrer Sprache üblichen Bezeichnungen geographischen Charakters. Die gewaltsame Änderung solcher Bezeichnungen und deren Umbenennung in die Sprache der Mehrheit ist weder für den Staat noch für die Mehrheitsnation notwendig und förderlich. Insbesondere zeigt die Betrachtung der Tatsachen, dass geographische Bezeichnungen besonders in Ländern, in denen mehrere Völker wohnen, in verschiedenen Sprachen verschieden lauten; hier hat der Staat nicht, wie dies in den meisten Staaten mit Minderheitenkämpfen geschieht, gewaltsam einzugreifen, sondern sich den überkommenen Namensgebungen auch im amtlichen Verkehre anzupassen, ja es ist im Gegenteil im Interesse des internationalen Verkehres gelegen, dass die von den einzelnen Nationen in ihren Sprachen herausgebildeten Bezeichnungen geographischen Charakters nicht gewaltsam unterdrückt werden. Zu gewaltsamen Änderungen der Familiennamen hat bisher nur das faschistische Italien gegriffen. Wohl aber ist es vielfach strittig geworden, ob überhaupt Übersetzungen der Vornamen in eine andere Sprache berechtigt sind; am richtigsten scheint es, den in die Matriken aufgenommenen Vornamen für absolut unübersetzbar zu erklären. Der Satz über die Veränderung von Zunamen beim weiblichen Geschlechte hat nur in den Staaten Bedeutung, wo slawische mit nichtslawischen Völkern beisammen wohnen; es erscheint gerecht, der Slawin ein absolutes Recht auf ihren abgeänderten Namen (in ihrer und in der nichtslawischen Sprache) zu gewähren, der Nichtslawin aber ein absolutes Recht auf ihren nicht abgeänderten Namen.

X.

Militär.

1. Die im Verband der bewaffneten Macht befindlichen Angehörigen der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion haben den Anspruch in ihrem auf die Angehörigkeit zu einer Minderheit beruhenden Gefühlen nicht gekränkt zu werden und sie haben ein Recht auf Wahrung und Schutz ihrer nationalen, sprachlichen und religiösen Eigenart.

2. Unbeschadet der Einführung einer einheitlichen Kommandosprache hat die militärische Ausbildung insbesondere in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht für Angehörige von sprachlichen Minderheiten in ihrer Sprache zu erfolgen. Die Ausbildung hat durch Offiziere und Unteroffiziere zu geschehen, die ihre Sprache beherrschen und soweit es möglich ist, ihrer Abstammung (Nationalität) sind.

3. In Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht sind die Angehörigen nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion über ihren Wunsch nach Möglichkeit in eigenen militärischen Abteilungen zu vereinigen.

4. Die den religiösen Minderheiten angehörigen Personen der bewaffneten Macht haben das Recht an den Fest- und Feiertagen ihrer Konfession dieselben Erleichterungen im Dienste zu geniessen wie die der Mehrheit angehörigen Personen der bewaffneten Macht an den Fest- und Feiertagen ihres Religionsbekenntnisses.

BEGRÜNDUNG.

Das in den Verbänden der bewaffneten Macht notwendige straffe Verhältnis der Disziplin kann besonders in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht leicht zu bedenklichen, vielfach begreiflichen Misstimmungen psychologischer Art innerhalb der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion dem Staate und der Mehrheit gegenüber führen. Die im militärischen Verbande dieser Staaten befindlichen Angehörigen der Minderheiten haben einen Anspruch auf Wahrung ihrer Eigenart u. Sprache. Trotzdem die allgemeine Wehrpflicht geeignet ist, im Falle von kriegerischen Verwickelungen des Staates unter Umständen schwere Gewissenskonflikte bei den Angehörigen der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion hervorzurufen, kann in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht wohl nicht gefordert werden, dass Angehörige der Minderheiten vom Militärdienst frei bleiben. Die Lösung dieses Problemes wird erst mit der Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung seine Lösung finden müssen. Vorläufig muss es allfälligen Vereinbarungen zwischen einzelnen Staaten vorbehalten bleiben, hier mildernd einzugreifen.

XI.

Das Wahlrecht und seine Ausübung.

1. Alle Wahlgesetze in die Vertretungen der Gemeinden, Bezirke, Gaue und Provinzialvertretungen, in die parlamentarischen Körperschaften und aller öffentlich-rechtlichen Vertretungen, mögen sie allgemeinen oder speziellen Charakter (Berufs-, Standes- und dgl. Vertretungen) haben, müssen tunlichst derart abgefasst sein, dass jeder Stimme dasselbe Mass des Einflusses auf die endgiltige Zusammensetzung der betreffenden Körperschaften zukommt. Es muss sonach auch bei Wahlen, die nicht auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vorgenommen werden, die Gewähr dafür bestehen, dass zahlenmässig die nationale bezw. religiöse Zusammensetzung der Gewählten der nationalen bezw. religiösen Schichtung der Wähler dann entsprechen kann, wenn die Wahlen nur nach nationalen bezw. religiösen Gesichtspunkten vor sich gehen.

2. Jede Art von künstlicher Konstruktion der Wahlgesetze und der Wahlkreise, die die Absicht verfolgt oder zur Folge hat, den Einfluss der Minderheiten zu vermindern, ist unter allen Umständen verpönt.

3. Die Zusammenstellung der Wählerlisten muss einwandfrei erfolgen und die hieraus fliessenden Rechte unter richterlichen Schutz gestellt sein.

4. Die Freiheit und Geheimhaltung der Wahl für jeden Wähler ist unter allen Umständen zu gewährleisten.

5. Das aktive und das passive Wahlrecht darf von der Kenntniss der Sprache der Mehrheit der Bevölkerung des Staates nicht abhängig gemacht werden.

6. Bei der Einteilung der Wahlkreise ist auf den unter 1. erwähnten Anspruch der Minderheiten besonders dort Rücksicht zu nehmen, wo die Siedlungsverhältnisse der Minderheiten dies erheischen und zwar derart, dass die Tatsache, dass eine Minderheit zerstreut siedelt, nicht als Vorwand dienen darf, ihr eine Vertretung unmöglich zu machen.

7. Wo die Wählerschaft durch ihre Vertreter an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen teilnimmt, ist in dem Falle einer national oder religiös gemischten Wählerschaft bei der Auswahl dieser Vertreter auf die Minderheiten besonders Rücksicht zu nehmen.

8. Ohne das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit verhältnismässiger Vertretung unter Wahrung der unter 1 – 6 angegebenen Grundsätze als das einzige Wahlrecht zu erklären, das am besten geeignet ist, den berechtigten Wünschen der Minderheiten zu entsprechen, wird es auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen auf das Wärmste zur Einführung empfohlen.

BEGRÜNDUNG.

Gute Wahlgesetze in sämtliche öffentlichrechtliche Vertretungskörperschaften sind nicht nur eine der notwendigen Voraussetzungen für ein demokratisches Staatswesen überhaupt, sondern auch eine der Vorbedingungen für eine gerechte, die Minderheiten zufriedenstellende Vertretung in ihnen. Die Erfahrungen vor und nach dem grossen Kriege beweisen, dass die Minderheiten durch die verschiedensten Massnahmen der Wahlgesetze selbst, noch häufiger aber durch ihre Durchführung in der Praxis in nahezu keinem Staate eine ihrer zahlenmässige Stärke entsprechende Vertretung in den verschiedenen öffentlichrechtlichen Körperschaften zu erlangen vermögen. Wahlkreiseinteilung (Wahlkreisgeometrie), Unzukömmlichkeiten bei der Zusammenstellung der Wählerlisten, Schwierigkeiten bei der Anmeldung von Kandidaten, Einschränkung der Wahlfreiheit, gesetzliche uud ungesetzliche Missbräuche bei der Stimmenzählung und Zuweisung der Mandate, Forderung des Nachweises der Kenntniss der Staatssprache bei Kandidaten und sogar bei Wählern sind die wichtigsten Momente, die diese Misstände bewirken.

(Fortsetzung folgt.)

„Der kulturelle Staat“
„Statul cultural“.

Einige Bemerkungen zu zwei Abhandlungen des Universitäts-Professors C. Radulescu-Motru, betitelt „Der kulturelle Staat“ („Statul cultural“, Scrisul Românesc Anul I. No. 3. 1928.) und „Die kulturelle Propaganda und die Politik“ („Propaganda culturală şi politică“, Revista de Filosofie Vol. XIII. No. 1. 1928.)

Von: **Dr. Erwin Pick.**

Herr Professor C. Radulescu-Motru ist ein prominentes Mitglied der Averescu Partei und wurde auch als zukünftiger Kultusminister dieser Partei vielfach genannt. Da er auch Mitglied der Rumänischen Akademie ist, so übt er auf die geistige Bewegung des Landes grossen Einfluss aus. Es ist daher von grosser Wichtigkeit seine Einstellung zu kulturellen Problemen kennen zu lernen.

Die Redaktion.

Im ersten Aufsatz übergibt Professor Radulescu-Motru seiner Leserschaft ein neues Ideengebilde der sozialpolitischen Wissenschaften: den kulturellen Staat. Er setzt dabei voraus, dass die zwei Komponenten des neuen Ideengebildes, nämlich Kultur und Staat, bereits hinlänglich bekannte, ja sogar ihres wissenschaftlichen Duftes bereits verlustige Begriffe sind. Demgegenüber stellt der Verfasser die neue Verbindung der beiden Begriffe, als eine neue brauchbare Formel, nicht nur der Wissenschaft sondern auch der praktischen Politik, dar.

Bevor ich aber auf dieses neue Ideengebilde eingehe, kann ich es mir aus methodologischen Gründen nicht versagen darauf hinzuweisen, dass der Verfasser erstens zwei Begriffe als wissenschaftlich in einer Weise geklärt hinstellt, wie sie eben durchaus nicht sind. Zur Bekräftigung dieser meiner Behauptung muss ich dann zweitens den Nachweis zu liefern versuchen, dass eben der Verfasser selbst diese zwei Begriffe in einer Weise interpretiert, der man nicht gleichgültig zustimmen kann und so von zwei falschen Prämissen ausgehend zu einer unhaltbaren Konklusion kommt, oder wenigstens diese Konklusion auf ein Gebiet beziehen zu können glaubt, wo diese Konklusion dann gänzlich unhaltbar wird.

Der Verfasser kennzeichnet den Staat als die Institution,

die die Ordnung im sozialen Leben sichert. Er stellt den Staat als etwas Ursprüngliches dar, als den organisierten und zentralisierten Willen eines Volkes. Das Kriterium der Gewalt und die organisierte Form dieser Gewalt, die Macht, fällt also in dieser Konstruktion ganz weg, ist jedenfalls bei der Entstehung des Staates nicht mitbestimmend. Der Staat wäre also demnach eine absolute Kategorie.

Demgegenüber hat die neuere wissenschaftliche Forschung diese Konstruktion, als eine Kinderfibel, verworfen. Der Staat ist keine Urform menschlichen Zusammenlebens, sondern nur eine Form, die bereits andere Vorboten und gewiss noch andere Nachfolger haben wird. Franz Oppenheimer sagt darüber folgendes: „Wir nennen Staat nicht das Sein Sollende, sondern das Seiende, nicht das Ideal, sondern das historische Gebilde, jene Mischform, die aus Gewalt entstanden sich mit der Vernunft in Gestalt des Rechtes, der Machtregelung, vermählte." (System der Soziologie I. S. 393.) Dieselbe Ansicht sehen wir auch bei Gumplowicz (Die soziologische Staatsidee), bei Ferdinand Tönnies (Gemeinschaft und Gesellschaft) und bei Ratzenhofer (Die soziologische Erkenntnis) vertreten. Schon die Tatsache allein, dass es im Laufe der Geschichte unzählige Formen des Staates gab und, dass zwischen zwei Staatsformen, wie zum Beispiel der Feudalstaat und der konstitutionelle Rechtsstaat, ein ungeheurer Unterschied und unzählige Variationen gibt, mag darauf hinweisen, dass der Staat keine Urform des menschlichen Zusammenlebens ist. Die Entwicklung der Staatsformen zeigt aber auch deutlich den Weg, den die staatliche Entwicklung im Laufe der Geschichte nahm. Ein neuer Humanismus ist im Entwickeln, der die Reaktion des 19. Jahrhunderts aus dem Wege räumen wird. Das vergangene Jahrhundert kannte nur das Individuum, insoweit es ein Mitglied irgend einer Gruppe war. Das Jahrhundert der Psychologie fasst das Individuum als solches auf und indem es sein Ich in den Vordergrund des Interesses stellt, lockern sich allmählich die Bande, die das Individuum nur mit Aufopferung seines Ichs in einem grösseren Rahmen fassen. Man muss dabei garnicht der Marxschen Staatsverneinung oder der Oppenheimerschen Freibürgerschaft huldigen, sondern nur jene Entwicklungstendenz ins Auge fassen, die uns zeigt, dass die Souveränitätsrechte des Staates allmählich eingeschrenkt werden. Der Völkerbund zeugt

dafür was die Aussenbeziehungen des Staates betrifft und Erscheinungen wie die Organisationsfreiheit, Eindringen der Kollektivität in die Wirtschaftsverfassung zeugen für die Entwicklung der inneren Beziehungen.

Diese Entwicklung scheint der Verfasser zu sehen und da ihm der Staat als eine Urform menschlichen Zusammenlebens vorschwebt — und dazu noch ein möglichst absoluter Staat, dessen Macht unter allen Umständen zu wahren ist, — so versucht er die abnehmende Souveränität des Staates auf anderen Gebieten zu erweitern, um so diesen Verlust noch möglichst zu überkompensieren.

Hier knüpft Professor Radulescu-Motru an die Kultur an. Auch bei diesem Begriff setzt der Verfasser voraus, dass sich jedermann über diesem Begriff im reinen ist, als wäre die Sache wissenschaftlich überhaupt nicht umstritten, oder wenigstens inzwischen unzweifelhaft geklärt. Er versteht unter Kultur die Begabung des Menschen, die ihn gesellschaftlich, moralisch und produktionsfähig gestaltet. Die Kultur ist demnach eine Stütze der Ordnung und als solche bildet sie einen wesentlichen Bestandteil des Staates. Wie weit stimmt diese Ansicht?

Zunächst soll betont werden, dass nicht nur in der Sprache der Laien, sondern in ganz erheblichem Masse auch in der Sprache der Wissenschaft zwei Begriffe verwechselt werden. Diese zwei Begriffe sind: Kultur und Zivilisation. Es ist also methodologisch unrichtig diese Begriffe als völlig geklärt voraus zu setzen. Es gibt zwar Wissenschaftler wie Paul Barth, der in seinem Buche „Die Philosophie der Geschichte als Soziologie" (S. 378 VII. Aufl.) eine ähnliche Definition gibt wie Professor Radulescu-Motru. Diese Definition ist aber nicht stichhältig, denn sie versieht die Kultur mit einem physischen und die Zivilisation mit einem psychischen Vorzeichen. Demgegenüber versteht der grösste Teil der neueren Soziologen unter Zivilisation sowohl das physische als auch psychische Verhältnis das Menschen gegenüber seiner Umgebung und unter Kultur eine innere Fähigkeit des Individuums sich über das rein egoistische Interesse zu erheben und hier schöpferisch zu wirken. Das Individuum mit seinem Ich-Interesse, das sich also auf sich selbst bezieht, lebt im Staate vereinzelt, aber viele nebeneinander. Insoweit es ihr Ich-Interesse erfordert streben sie nach Fortschritt und Entwicklung, die durch das Verbundensein in irgend einem Verband,

allen Mitgliedern dieser Gruppe zugute kommen. Die vielen Einzelleistungen, die aus der Not des Einzelnen, aus seinem Ich-Interesse entwachsen, werden durch dem die Macht ausübenden Staate im allgemeinen Interesse weiter verwertet. Aus diesem Grunde gehen Arbeitsteilung und Zivilisation nebeneinander.

Demgegenüber bildet das Wir-Interesse des Menschen die Grundlage einer jeden Kultur. Dieses Wir-Interesse wirkt sich in schöpferischen, seelischen Qualitäten des Menschen aus, ist nur auf das Individuum basiert, hat also mit Arbeitsteilung gar nichts zu tun. Aus diesem Grunde hat auch Kultur mit Arbeitsteilung fast gar keinen inneren Zusammenhang. Ein Zusammenhang besteht nur zwischen Zivilisation und Arbeitsteilung, die dann durch den Staat umspannt werden, welcher Staat aber keine Kultur umspannen vermag. Ein Beispiel mag dies illustrieren. In einem Lande ist das Radio unbekannt. Die Führer des Staates, bevor sie die Einführung des Radios gestatten oder nicht gestatten, müssen sich zunächst selbst Rechenschaft darüber geben, worum es sich dabei handelt. Der Grad ihrer inneren Beurteilungsfähigkeit einer solchen Angelegenheit, wie es das Radio zum Beispiel ist, hängt von ihrer inneren Kultur ab, von dem Entwickeltsein ihres Wir-Interesses. Die Tatsache der Verbreitung einer technischen Errungenschaft wie es das Radio ist, zeugt für die zivilisatorische Stufe einer Gruppe, ist also ein äusseres Merkmal. In diesem Falle ist natürlich die Zivilisation sogar von der Kultur innerlich bedingt, wie es ja letzten Endes in jedem Falle so ist, denn Kultur ist das Innere und daher Primäre, wogegen Zivilisation mehr eine äussere, technische und daher sekundäre Kategorie ist. Die Fortschritte der praktischen Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft, der sozialen Struktur und der Organisation sind zivilisatorische Faktoren und vererben sich von Generation auf Generation, wobei immer eine höhere zivilisatorische Stufe entsteht. Wie aber Alfred Weber erklärt, „hat die kulturelle Formung mit Zweckmässigkeit und Nützlichkeit gar nichts zu tun, sie quillt aus einem Seelischen, ist seelische Verarbeitung und Formung des Daseinsstoffes". Hendrik de Man schreibt in seinem Buche „Zur Psychologie des Sozialismus" (Seite 186): „Die Kultur einer Zeit ist nichts anderes als der Ausdruck eines Weltgefühls in bestimmten Formen, deren Gesamtheit der Stil der Zeit ist." „Das soll heissen, dass die künstlerischen Anschau-

ungsformen und die sittlichen, philosophischen und religiösen Anschauungen einer Zeit, deren Kulturinhalt bestimmen."

Um diesen Punkt noch mehr zu unterstreichen, mag hier noch ein Zitat angeführt werden. Alfred Weber schreibt in seinem Buche „Ideen zur Staats und Kultursoziologie" (S. 39), dass es „eine der grössten Flachheiten der letzten Zeit war, dass man Kultur und naturales Leben verwechselt hat und von Kulturentwicklung sprach, wenn nur das naturale Leben verbessert wurde, wenn man mit Explosivmaschinen durch die Luft zu fliegen anfing und im Krieg mit Lebensgefährlichen Bazillen immer neue Siege erfocht". „Dinge und Erfolge die mit Recht uns berauschen konnten", die aber „alle noch nichts weiter als ein nur naturalistisches neues Dasein, ein von innen her noch gänzlich ungeformtes, innerlich noch nicht an irgendwelche letzten Prinzipien angehängtes und noch nicht in irgend einer Weise von innen her über sich selbst herausgehobenes haben". „Dann aber erst, wenn das erfolgt, wenn das Leben von seinen Notwendigkeiten und Nützlichkeiten zu einem über diesen stehendem Gebilde geworden ist, erst dann gibt es Kultur".

Ich hoffe damit nachgewiesen zu haben, dass Professor Radulescu-Motru von zwei unrichtig aufgefassten Begriffen ausging. Und wie bei zwei falschen Prämissen die Konklusion, so ist bei ihm auch das neue Ideengebilde, der Staat als Kulturinspirator und Schöpfer, unrichtig, denn auf kulturellem Gebiete — Kultur in unserem Sinne — hat der Staat keine eigentliche Aufgabe zu erfüllen. Die Mission des Staates besteht einzig und allein darin, jenen Zustand herbeizuführen, dass jeder Staatsbürger innerhalb der Grenzen des Staates seiner Arbeit ungestört nachgehen kann. Diese Aufgaben bestehen in der geordneten Verwaltung, im Verkehrswesen, Justiz, Wehrmacht, Polizei, Sozialpolitik, Finanzwesen, insoweit auch auf diesem Gebiet das Vordringen der wahren Kultur den Staat nicht weiter in seiner Tätigkeit zurückdrängen wird.

Kultur schafft nur das schöpferische Individuum, das in seiner kulturellen Tätigkeit einer Organisation wie der Staat nicht untergeordnet werden kann. „Es gibt keine andere Formen sachlich objektiv entladener Kultur als das Kunstwerk und die Idee und keine anderen produktiven Träger als den Künstler und den Propheten". (Weber) Der Kulturelle Staat ist also meines Erachtens eine „contradictio in adiecto" und als solche

nicht berufen die Gewissensfreiheit irgend eines Staatsbürgers in der geringsten Weise anzutasten oder gar einzuengen. Die Souveränität des Staates, die als Folge einer Entwicklungstendenz im Abnehmen ist, kann nicht zur gleichen Zeit durch eine kulturelle Souveränität ergänzt oder repariert werden. Der Staat hat nur eine zivilisatorisch-technische Mission, aber keine kulturelle. Oder glaubt der Verfasser, dass man künstlerische und prophetische Naturen staatlich-obrigkeitlichen Einwirkungen unterordnen kann ohne ihre Genialität und Erruptivität zu vernichten? Ich glaube es nicht!

Staat heist immer Gewalt und Macht, und noch niemals gab es einen Staat ohne Parteien. Der Verfasser sagt aber selbst (S. 63. Propagandă cultură şi politică), dass Parteien das Kulturideal mit dem Parteiideal vermengen. Das Kulturideal eines Staates wäre dann das Parteiideal. Er führt hier sogar als Beispiel Russland an, dem er vorwirft (und dies mit vollem Recht), dass es keine kulturelle Autonomie duldet. Wozu dann aber dieser Vorwurf? Wozu verlangt der Verfasser Autonomie, wo doch Autonomie Unabhängigkeit vom Staate bedeuten soll.

Der kulturelle Staat kann also bei nüchterner Betrachtung der beiden Grundbegriffe und ihrer Berührungsflächen auf diesem Wege nicht begründet werden. Die innere Schwäche dieser Konstruktion ersieht man aber schon daraus, dass der Verfasser zu Hilfmittel greift, die auf einem ganz anderen Gebiete liegen und darum besonderes Interesse verdienen. Der Verfasser schreibt in seinem Aufsatz „Der kulturelle Staat" (Seite 4), dass es in Europa heute nur mehr Nationalstaaten gibt und, dass der Nationalstaat, wenn er gleichzeitig ein kultureller Staat ist, natürlich nur die nationale Kultur gestattet.

Die meisten Staaten des heutigen Europa sind alles, nur keine Nationalstaaten, denn nicht der Name, beziehungsweise der Verfassungsparagraph ist hier von Bedeutung, sondern die Zusammensetzung der Bevölkerung. Man kann dies zwar bestreiten, den gegenteiligen Beweis zu erbringen dürfte allerdings schwerer fallen. Ich verweise in diesem Zusammenhange nur auf Staaten wie Polen, Frankreich, Jugoslavien, Rumänien, Italien, Tschechoslovakei, Estland, Lettland und die Schweiz.

Wenn man sich allerdings einer solchen Behauptung gegenüber findet, dann darf man auch nicht staunen, wenn der Verfasser „d'un coeur leger" die These aufstellt, dass im Rahmen

des kulturellen Staates die Gewissensfreiheit nicht existieren kann, oder jedanfalls nur in dem Masse inwieweit diese die kulturelle einigkeit des kulturellen Staates gestattet. Also limitierte Gewissensfreiheit. Eine merkwürdige Verbindung der Worte: limitas und libertas.

Wir sehen wie Professor Radulescu-Motru sich in einem Zirkel bewegt, dem er nur entrinnen kann, wenn er ein neues Element in die Diskussion wirft: die nationalen Minderheiten, womit er dann zu seinem eigentlichen Thema gelangte. Der Vergewaltigung der kulturellen Freiheit soll nämlich nunmehr nicht mehr allein der einzelne Mensch Widerstand leisten, sondern die organisierten nationalen Minderheiten, als Gruppen. Da unseres Erachtens aber eine wie immer geartete Beeinträchtigung der kulturellen Freiheit zu verwerfen ist, so ist die Einbeziehung der nationalen Minderheiten in diesem Zusammenhang absolut irrelevant (wenn auch bezeichnend), denn es kann sich hier prinzipiell nur um die Einzelperson handeln, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zur Mehrheitsnation oder zu irgend einer nationalen Minderheit. Auch der extremste Nationalist der Mehrheitsnation wird, wenn er nur unserem Kulturbegriff zustimmt, die Beschränkung seiner kulturellen Freiheit nicht gestatten, ohne damit mit dem Staate in einem sonstigen Konflikt geraten zu wollen. Nachdem sich aber auch die nationalen Minderheiten aus gleichwertigen Staatsbürgern zusammen setzen, warum soll also das Recht der kulturellen Gewissensfreiheit diesen Individuen vorenthalten werden können? Dies umsomehr als „die Souveränität im Laufe des Jahrhunderts zum Kollektivbregriffe wurde" (Walter Rathenau: Der neue Staat S. 3.)

Es besteht hier ohne Zweifel ein innerer Widerspruch, dem sich auch der Verfasser nur schwer wird verschliessen können. Er sieht sich auch veranlasst für die Konstruktion des kulturellen Staates einen Ausweg zu finden und findet diesen Ausweg in der Dezentralisation der kulturellen Funktionen. Er schlägt die Gründung örtlicher kultureller Institutionen vor, die ihre Wirkung von hier aus besser werden zur Geltung bringen können. Man wird wohl dem Verfasser darin zustimmen können, dass eine Dezentralisation solcher Institutionen von grossen Vorteilen sein kann. Unverständlich ist es nur, warum die Dezentralisation dieser Institutionen es verhindern sollte, dass der kulturelle Staat mit der Gewissensfreiheit in Konflikt gerät, da ein

kausaler Zusammenhang nicht ersichtlich ist. Eine Erklärung ist nur so zu geben, – und der Verfasser deutet sie am Schlusse seiner Abhandlung an – dass durch die Versetzung kultureller Institutionen in die entferntesten Gebieten des Staates und in die Zentren der nationalen Minderheiten, den letzteren viel eher die Möglichkeit gegeben wird ihre nationale Kultur abzustreifen und die durch den kulturellen Staat dargebotene mehrheitsnationale Kultur aufzunehmen. Denn, will der Verfasser die Verbreitung seiner nationalen Kultur in Gebieten gesichert sehen, wo diese bisher nicht in dem verdienten Masse durchdringen konnte und diese Kultur auch den nationalen Minderheiten bekannt und zugänglich machen, so wird man ihm nur zustimmen können, da Völker die zusammen leben, eben durch wahre Kultur und deren Kenntnis sich näher kommen. Einer anderen Meinung sind wir dabei nur was die Aufgabe des Staates betrifft, denn der Staat kann zwar die generelle Kultur fördern, nicht aber eine spezifische Kultur schaffen. Der Staat kann sich zur Aufgabe stellen eine jede, wie immer geartete Kultur seiner weitgehendsten materiellen Unterstützung teilhaftig werden zu lassen, ist aber nicht dazu berufen irgend eine Kultur zu bestimmen. Eine Generation also, die aufwächst, ohne Gelegenheit zu haben, die Werke ihrer nationalen Kultur kennen zu lernen wird allerdings dann dem kulturellen Staate keine Gelegenheit geben, mit der Gewissensfreiheit in Konflikt zu geraten, da ihr die Gewissensfreiheit schon früher genommen wurde. Der Konflikt ist also doch nicht zu vermeiden, denn staatlich autorisierte Kultur und Gewissensfreiheit sind zwei Dinge, die sich nur vergewaltigen aber nicht vereinigen lassen. Wer zu sehen vermag, wird auch hier den geschlossenen Zirkel vorfinden.

Der Staatsbegriff des Verfassers war vor Jahren vielleicht noch umstritten, ist aber heute schon bestimmt überwunden. Was der Verfasser unter Kultur versteht scheint eher Zivilisation zu sein, insoweit diese nämlich in der Form der Intellektualisierung erscheint. Auf der einen Seite behauptet der Verfasser, dass die Gewissensfreiheit im kulturellen Staate nur insoweit bestehen kann, als sie vom Staate toleriert, das soll bedeuten, gutgeheissen wird. Dies ist doch letzten Endes ein Moment der Zentralisation. Auf der anderen Seite heisst es wieder („Der Kulturelle Staat" Seite 8), „dass ein Zentralmotor der Kultur eines Staates das denkbar Absurdeste ist." „Im ersten

Satz wird die Kultur der Gewissensfreiheit entledigt, im zweiten Satz hingegen ist die Gewissensfreiheit ein immanenter Bestandteil der Kultur. Hic Rhodus, hic salta!"

Viel plausiebler klingen die Ausführungen des Verfassers in seinem Aufsatz über die kulturelle Propaganda und die Politik, insoweit man nämlich keinen Vergleich zwischen den Sätzen dieser Abhandlung und der Erstgenannten erstrebt. Für den ersten Moment glaubt man, dass durch die Ausführungen in diesen Aufsatz die Sätze des ersten Aufsatzes sollen erläutert und auch gemildert klingen. Nun datiert aber der erstgenannte Aufsatz vom Januar, der zweite hingegen ist früheren Ursprungs. Damit ist also nichts. Der zweite Aufsatz kann aber auch schon aus dem Grunde den ersten nicht mildern, denn im zweiten Aufsatz (Propagandă culturală şi politică) werden Befürchtungen ausgesprochen, für welche der erste Aufsatz die Lösung geben soll: den kulturellen Staat. Diese Lösung ist aber – wie wir zeigen konnten – voll innerer Widersprüche und daher nicht gerade die brauchbarste Lösung. Professor Radulescu-Motru behauptet weiter, dass das Durchdringen der öffentlichen Meinung mit dem Gedanken der Separierung der nationalen Kultur vom Staate, das wichtigste Bestreben des Deutschtums ist, um die entrissenen deutschen Minderheiten der deutschen Kultur zu bewahren. Diese Behauptung würde einer Kritik schwer Stand halten können, denn speziell das Deutschtum konnte auch ohne Zuhilfenahme dieser Konstruktion seine Kultur überall bewahren.

Das Deutschtum mag diese Konstruktion erfasst haben und sich ihrer bedienen, erfunden wurde sie aber nicht durch das Deutschtum und gewiss nicht jetzt und nicht zu diesem Zwecke. Die Literatur der Soziologie bietet ein fast unübersehbares Material, worin mit Leichtigkeit fest zu stellen ist, dass der Staat eben kein Urphänomon ist und wie jede soziologische Grupierung den Keim der ewigen Veränderung und der Vergänglichkeit in sich trägt.

Wer mit einem gewissen Scharfblick symptomatische Erscheinungen zu beurteilen vermag, der wird auch bei dem Staate Entwicklungstendenzen feststellen können und sich dann ihrer bedienen. Das ist der Grund warum viele Menschen das Funktionsgebiet des Staates nicht im Wachsen sondern im Zusammenschrumpfen sehen und diesen Staat mit der kulturellen Funktion nicht verknüpft wissen wollen. Denn das Primäre ist doch die Kultur, die in diesem Moment schon absolut und suprasozial ist.

Mulţămită d-lui Anghelescu.

De **Aurel Váradi.**

Mărturisesc sincer, că la şedinţa Consiliului Reprezentanţei Bisericei Unitare, în care s'a desbătut chestia onorurilor funebre a fericitului Episcop Ferencz József, mi-am exprimat părerea, că *nu e necesar* să comunicăm d-lui Dr. Anghelescu, ministrul instrucţiunei publice, ştirea încetării din viaţă a primului nostru Păstor. Recunosc, că părerea aceasta mi-a fost greşită.

D-l Dr. Anghelescu, ministrul instrucţiunei publice, a trimis adecă — în legătură cu comunicarea cazului de doliu — Consiliului Reprezentanţei Bisericei Unitare, un astfel de răspuns telegrafic, care nu e permis să-l ignorăm, dimpotrivă trebue să-l considerăm, ca ceva demn de amintire veşnică. Răspunsul d-lui ministru Anghelescu, pe lângă condolenţele exprimate Bisericei asupra decesului bătrânului Episcop, relevează totodată, că fericitul defunct „a fost totdeauna un bun cetăţean român". Pentru această recunoaştere, i-se cuvine d-lui ministru Anghelescu mulţămită din partea minorităţilor.

Episcopul unitar Ferencz József nici odată nu şi-a negat maghiarismul înfocat, dimpotrivă, când din deosebita îndurare a lui Dumnezeu, i-s'a dat prilejul să-şi serbeze jubileul de 50 ani ai activităţii episcopeşti, şi-a mărturisit deschis recunoştinţa în faţa Domnului; recunoştinţă pe care de aceea o simte către Atotputernicul, pentrucă l-a creiat Maghiar. Dacă d-l ministru Anghelescu îl consideră totuş pe defunctul Episcop, cetăţean român bun, prin aceasta recunoaşte, că şi pe lângă sentiment maghiar pronunţat, poate fi cineva bun cetăţean român şi că nici pe departe nu e necesar, ca pentru recunoaşterea acestui fapt, să-şi nege originea, degradându-se la jalnica ceată a renegaţilor.

Pentru aceasta, mulţămită d-lui Anghelescu.

Episcopul Ferencz József, ca conducătorul Bisericei sale, a stat de pază şi la adânci bătrâneţe cu stăruinţă neclintită, cu zel viguros şi credinţă neînfrântă în dreptatea cauzei, reprezintată de dânsul, apărând autonomia Bisericei sale. Despre aceasta ne stau ca mărturie numeroasele adrese, decorate cu numele său, pe cari le-a trimis guvernului. Prin recunoaşterea d-lui Anghelescu, că Episcopul Ferencz József a fost un bun cetăţean român, se exprimă concepţia corectă, că atât persis-

tarea pe lângă drepturile, ce ni-se cuvin, cât şi punctul de vedere critic, bazat pe respectarea legilor, nu e în contrazicere cu datorinţele cetăţeneşti ale Statului; iar dacă cineva se opune eventualelor samavolnicii a guvernului şi a organelor sale, încă n'a încetat să fie bun cetăţean român.

Şi pentru aceasta, mulţămită d-lui Anghelescu.

Apropiindu-se către sfârşitul vieţii, Episcopul Ferencz József a îndemnat pe faţă şi de repetite ori pe credincioşii săi la solidaritate, la jertfă şi la alipire către credinţa strămoşească şi cultura naţională maghiară. Şi totuş pentru faptele acestea, pătrunse în opinia publică, a primit — poate dela cel mai competent în cauză — recunoaşterea, că a fost un bun cetăţean român. Prin urmare, alipirea către credinţa strămoşească şi cultura naţională, nu e în contrazicere cu concepţia cetăţeniei române. Aceasta o constată telegrama de condolenţă a d-lui ministru Anghelescu, adresată Bisericei unitare.

Şi pentru aceasta, mulţămită d-lui Anghelescu.

Şi deoarece mulţămita din şirele întroducătoare am accentuat-o ca „mea culpa", repetându-mi accentuat mărturisirea, tot odată îmi aduc aminte de judecata îndeobşte neplăcută, cu care a primit, la timpul său, opinia publică minoritară de pretutindeni, declaraţia despre asimilare a d-lui Mello Franco. Şi atunci am cugetat, că e o anumită greşală în judecarea cam pripită a declaraţiei d-lui Mello Franco. Când d-l Mello Franco a propus ca scop asimilarea minorităţilor în schimbul drepturilor garantate în tratatele internaţionale, de bunăseamă nu s'a gândit la aceea, că ar fi de dorit, ca minorităţile să se despartă de fiinţa lor, să-şi nege cultura şi să şi jertfească limba maternă. *Înaintea sa a planat numai icoana idealului de Stat.* A unui astfel de Stat, care prin faptul, că asigură egalitatea drepturilor pe seama cetăţenilor săi, punându-şi ca scop principal validitarea domniei dreptului, procură astfel pe seama fiecăruia conştiinţa sigură, că nu poate fi în detrimentul rassei, religiei şi deosebirei de clasă: creiază acea armonie a sufletelor, acea unitate a sentimentelor, care „asimilează" cu mult mai sigur, decât orice ordonanţă ministerială şi orice violenţă administrativă. Această asimilare nu înseamnă meşteşugita nimicire a diferitelor limbi, ci dimpotrivă ridicarea cetăţenilor, fără deosebire de limbă, în sfera unui ideal mai înalt. Minorităţilor, *ca atare,* le trebue acest ideal mai înalt al asigurării drepturilor

din tratatele internaţionale, care să servească scopului, şi nu asuprirea bazată pe discutabila concepţie a neîncrederii singuraticelor minorităţi.

Ca cetăţeni ai Statului ne putem uni şi trebue să ne unim în scopul progresării intereselor Statului, cari ne îmbrăţişează sânul; dar nu ne putem uni nici odată cu veriga de fier a unei astfel de nizuinţi uniformizate, care ne aranjează paturi à la Procuste, pentru ca celor cari nu se pot acomoda în cadrele înguste, să li se ciunteze picioarele, după exemplul faimosului bandit din mitologia greacă.

Toate acestea urmează cu o logică firească din telegrama d-lui ministru Anghelescu, dându-mi subiectul acestui articol, şi tocmai din cauza aceasta i-se cuvine mulţămita cea mai deplină.

Cluj, Februarie 1928.

L'Union des Associations pour la Société des Nations et les Minorités Nationales.*)

Il y a exactement huit années, c'est-à-dire presque dès son origine, que l'Union des Associations la S. D. N. a commencé à consacrer aux Minorités Nationales une partie notable de son activité. Les deux premières Assemblées (Paris, 21—26 janvier 1919), et Londres (11—13 mars 1919) ne s'étaient guère préoccupées que de préparer des suggestions ou des amendements en vue du Pacte, que la Conférence de la Paix s'apprêtait alors à incorporer dans les traités. A ce moment, l'unique souci des Associations était d'organiser une paix qui assurât au monde une longue stabilité, au lendemain de l'immense catastrophe qui venait d'ébranler le monde civilisé. En d'autres termes, les Associations ne se préoccupèrent à l'origine que de problèmes d'ordre proprement international. Au surplus, ne se demandaient-elles même pas s'il y aurait lieu pour elles de prolonger leur existence au delà de la conclusion des traités?

Mais les lacunes de ces traités et les insuffisances mêmes du Pacte ne devaient pas tarder à démontrer que la tâche de

*) Paru dans „Les Minorités Nationales" Bulletin. Première Année No 1. 1928.

faire l'éducation de l'esprit public était loin d'être achevée; à vrai dire, elle commençait à peine. Les Associations pour la S. D. N. se décidèrent donc non seulement à durer, mais à se grouper de façon organique et, dès la troisième Assemblée (Bruxelles, 1—3 décembre 1919), qui consacra la création de l'Union Internationale, celle ci se trouva en face du problème des Minorités nationales, que les traités avaient en principe résolu de faeon très satisfaisante et originale, mais qui, dans l'application, allait se heurter à d'inextricables difficultés.

Le procès-verbal, assez sommaire, de l'Assemblée de Bruxelles, n'a pas consigné le détail des débats des Commissions ni de l'Assembée même; mais il nous apprend que l'Assemblée sur le rapport de la première Commission, adopta, par 11 voix contre 1 et une abstention, une proposition de l'Association Suédoise, ainsi conçue:

„La Société des Nations est invitée à formuler, aussitô que possible, les principes pouvant garantir aux nationalités comprises dans le territoire de chaque Etat, l'égalité civile, la liberté religieuse et le libre usage de leur langue."

Il est intéressant de noter que le Président de cette première Commission n'était autre que le Président actuel de la Commission des Minorités de l'Union. Ainsi s'affirma dès la première heure l'activité de cet infatigable avocat des Minorités, à la fois généreux et prudent. Le rapporteur était un autre ami fidèle de l'Union, M. Jean Hennessy, membre de la Chambre Française des Députés.

Il ne semble pas que la quatrième Assemblée (Milan, 12-16 octobre 1920) ait abordé à aucun moment les questions de Minorités. La raison en est sans doute que l'application des traités de Minorités et l'activité de la Société des Nations en ce domaine en étaient encore à la période d'organisation et de tâtonnements. Il convenait d'attendre les résultats de cette grande expérience, pour savoir quel serait le rendement des textes juridiques et de la procédure prévue par la Conférence de la Paix.

Il n'en fut pas de même de la cinquième Assemblée (Genève, 7-11 juin 1921). La troisième Commission de cette Assemblée, presidée par Sir Willoughby Dickinson, se trouvait déjà investie de la mission qu'elle gardera jusqu'à ce jour: „Droits des Minorités ethniques et religieuses". Elle avait aussi à son ordre du jour „L'Egalité des Races". Dès cette date, les Associa-

tions, mieux organisées qu'à leur origine, avaient pris l'habitude d'adresser à l'avance au Secrétariat de l'Union des propositions destinées à être discutées en Assemblée. Or, les Associations de quatre pays: Grande-Bretagne, Hongrie, Pologne et Russie, présentaient d'importantes résolutions. Les deux premières se trouvaient même d'accord pour signaler l'insuffisante application des garanties prévues par les traités et pour demander la création, à côté du Conseil de la S. D. N., d'une „Commission permanente", spécialement chargée d'instruire les plaintes des Minorités. Cette proposition fut adoptée, ainsi qu'une seconde demandant, sinon la généralisation des traités de Minorités à tous les pays, du moins l'observation „dans tous les pays quels qu'ils soient" des „principes généraux impliqués dans les traités pour la protection des Minorités". C'était déjà, en germe, la célèbre résolution adoptée en 1922, par la troisième Assemblée de la S. D. N.

*

Jusqu'à cette date, cependant, l'Union s'était bornée à émettre des voeux de principe: elle n'était pas encore entrée dans le vif des difficultés. C'est quelques mois plus tard, à Vienne, à la session d'automne 1921 du Conseil général, que l'Association autrichienne présenta un important mémoire, signalant l'inexacte observation par certains Etats des stipulations des traités en faveur des Minorités [1]). De son côté, Sir Willoughby Dickinson fit part au Conseil des observations qu'il venait de recueillir au cours d'un voyage dans l'Europe centrale. Ce voyage l'avait amené à entrer en relations personnelles avec les représentants d'un grand nombre de Minorités et il avait pu se convaincre sur place que l'application des traités de 1919 laissait, aussi bien parmi les majorités que parmi les minorités, d'amers ressentiments. Les majorités supportaient avec impatience les obligations qui semblaient porter atteinte à la souveraineté de l'Etat national; les minorités se plaignaient non sans âpreté de se voir chicaner l'exercice de leurs droits, et parfois même d'être soumises à des traitements exceptionnels et rigoureux. En conséquence, le rapport demandait au Conseil de décider la création d'une Commission spéciale, dont les membres seraient désignés par le Bureau et qui soumettrait un rapport à la prochaine Assemblée. Cette création fut décidée le 15 octobre, et la pro-

[1]) Procés-verbal, pp. 36-36.

position autrichienne fut d'emblée inscrite à l'ordre du jour de la nouvelle Commission. Le jour même, le Bureau se réunissait en séance spéciale, constituait la Commission et désignait pour la présider Sir Willoughby Dickinson. Le signataire du présent article fut également désigné comme Secrétaire de la Commission.

En 1923, l'Assemblée de Vienne modifia la composition de la Commission et décida que désormais y figureraient les délégués désignés par les Associations elles-mêmes ; mais la Commission ainsi remaniée a constamment renouvelé sa confiance à son Président et à son Secrétaire.

*

L'activité de la Commission des Minorités a été naturellement critiquée, soit au sein de l'Union, soit au dehors. Mais personne ne conteste que cette activité n'ait été considérable. Les dimensions réduites de ce Bulletin ne permettent pas de faire ici l'historique complet de ces travaux ; mais peut-être n'est-il pas sans intérêt de dresser la liste complète des séances de la Commission et de donner une indication sommaire des principaux sujets abordés.

I. *Session de Bruxelles,* 19 20 janvier 1922.

La Commission eut pour base de ses premiers travaux un rapport général préparé par le Secrétaire sur la situation des Minorités des pays suivants :

Belgique, Allemagne, Esthonie, Lettonie, Pologne, Tchécoslovaquie, Autriche, Hongrie, Italie, Yougoslavie, Roumanie, Macédoine, Albanie, Grèce, Turquie. Une importante discussion s'engagea sur les données de ce mémoire.

II. *Session de Munich,* 19 21 avril 1922.

La Commission eut sous les veux une nouvelle édition du rapport du Secrétaire, remaniée à la suite de la discussion de Bruxelles, et un rappor juridique du Prof. Aeby (Fribourg) sur les droits des Minorités. En outre, la Commission entendit pour la première fois des exposés directs de représentants des Minorités : Allemands et Hongrois de Tchécoslovaquie, Hongrois de Transylvanie, Hongrois et Allemands du Banat, etc.

III. *Session de Bâle,* 17-19 février 1923.

La Commission eut pour base de ses travaux un rapport du Prof. Th. Ruyssen sur les Minorités nationales de l'Empire Ottoman, et un autre de M. O'Molony, Secrétaire adjoint de l'Union, sur les Minorités du Proche-Orient.

IV. *Session de Zürich*, 10-12 avril 1923.

La Commission aborda pour la première fois la question de la procédure en matière de Minorités, sur la base d'un rapport de M. le Sénateur La Fontaine.

V. *Session de La Haye*, 11 octobre 1923.

La Commission s'occupa principalement de déterminer le règlement de sa propre activité. Elle fut également saisie d'un mémoire relatif à la Minorité ukrainienne dans la Galicie Orientale.

VI. *Session de Zürich*, 29-30 janvier 1924.

Cette session fut particulièrement laborieuse. La Commission eut sous les yeux:

1° Un rapport de son Président sur l'avis consultatif émis par la Cour permanente de Justice Internationale au sujet de la réclamation des colons allemands de Pologne;

2° Un rapport du Secrétaire sur la documentation relative aux droits des Minorités;

3° Un rapport de M. O'Molony sur la situation actuelle des Minorités en Turquie et en Grèce;

4° Un rapport de l'Association allemande sur la situation de la minorité allemande en Danemark;

5° Quatre mémoires de l'Association allemande de Tchécoslovaquie sur la minorité allemande de ce pays;

6° Un mémoire envoyé par les hommes de confiance des partis allemands du Tyrol méridional;

7° Un rapport du Prof. Kyrof sur la Minorité bulgare de Macédoine;

8° Un rapport du Secrétaire sur le „Numerus Clausus" en Pologne et en Hongrie.

VII. *Session de La Haye*, 19 20 mars 1924.

La Commission prit connaissance:

1° De la deuxième édition du rapport du Président sur l'Avis consultatif de la Cour de La Haye;

2° Du rapport de l'Association danoise en réponse au mémoire allemand sur la minorité allemande en Danemark;

3° D'un rapport remanié plus étendu du Prof. Kyroff sur les émigrés de Macédoine;

4° D'un rapport du Sénateur Brabec en réponse aux quatre mémoires de la Minorité allemande de Tchécoslovaquie;

5° D'un rapport du Prof. Aulard sur le „Numerus Clausus".

VIII. *Session de Lyon*, 27 juin 1924.

La Commission eut sous les yeux un mémoire de l'Association de l'Ukraine occidentale sur la minorité ukrainienne en Galicie. En outre, elle discuta le rapport du Prof. Aulard sur le „Numerus Clausus".

Ajoutons que c'est à Lyon que fut constituée la Commission mixte pour l'étude de la procédure en matière de Minorités, commission composée de membres de la Commission juridique et de la Commission des Minorités.

IX. *Session de Bruxelles*, 10 11 février 1925.

Documents étudiés:

1° Rapport de l'Association hongroise sur la codification du droit des Minorités;

2° Proposition de la même Association sur l'indigénat dans les Etats successeurs. Ce document a été le point de départ des travaux ultérieurs de la Commission sur la „Staatlosigkeit";

3° Mémoire de l'Association bulgare sur la Minorité bulgare en Dobroudja;

4° Rapport du Secrétaire sur l'état actuel du „Numerus Clausus";

5° Mémoire de M. O'Molony sur les émigrés de Macédoine en Bulgarie.

X. *Session de Varsovie*, 4 juillet 1925.

1° Discussion du mémoire bulgare sur la situation de la Minorité bulgare en Dobroudja;

2° Première discussion sur la Minorité allemande du Tyrol.

XI *Session de Lausanne*, 27 29 octobre 1925.

1° Discussion sur la Minorité bulgare en Dobroudja;

2° Rapport du Secrétaire général sur la situation de la Minorité slave de Macédoine;

3° Discussion sur la situation de la Minorité allemande du Tyrol méridional;

4° Création d'un comité spécial pour l'étude de la „Staatlosigkeit".

XII. *Session de Genève*, 7 8 mars 1926.

1° Project de créer un Bulletin des Minorités édité par l'Union;

2° Project du Prof. Cosentini sur la procédure à suivre au sein de l'Union en matière de Minorités nationales;

3° Rapport du Dr. Junghann sur la première conférence des Minorités de Genève (octobre 1925);

4° Rapport du Président sur l'avenir des Minorités nationales;

5° Rapport du Secrétaire sur la loi d'autonomie culturelle en Esthonie;

6° Rapport du Secrétaire sur l'accord polono-juif de 1925;

7° Voeu tendant à la conclusion d'un emprunt en faveur des émigrés en Bulgarie.

XIII. *Session de Londres* (26 juin) *et d'Aberystwyth* (1er et 2 juillet 1926).

1° Discussion du rapport du Président sur l'avenir des Minorités nationales;

2° Observations du Secrétaire sur les Minorités dans les Balkans;

3° Rapport de la Fédération i'alienne sur l'état des pourparlers engagés entre les Associations majoritaires et minoritaires du pays;

4° Mémoire de l'Association hellénique sur la renonciation de certaines minorités non musulmanes de Constantinople aux droits que leur confèrent les traités.

XIV. *Session de Salzbourg*, 4 octobre 1926.

1° Proposition de Sir Walter Napier tendant à la création par la S. D. N. d'un Tribunal chargé de régler les contestations en matière de „Staatslosigkeit";

2° Discussion des observations du Secrétaire sur les Minorités des pays balkaniques;

3° Rapport du Prof. E. Bovet sur la rédaction du futur Bulletin des Minorités;

4° Rapport de l'Association juive en Bulgarie sur le repos dominical obligatoire à Salonique.

XV. *Session de Bruxelles*, 23 février 1927.

1° Décision définitive en faveur de la création du Bulletin des Minorités;

2° Discussion de la situation de la Minorité allemande du Tyrol;

3° Rapport du Dr. Medinger sur la seconde conférence des Minorités de Genève (août 1926);

4° Situation de la secte nazaréenne en Yougoslavie.

XVI. *Session de Berlin*, 27 mai 1927.

1° Situation de Juifs en Roumanie;

2° Reprise de la discussion sur la Minorité allemende du Tyrol;

3° Information relative à la secte nazaréenne en Yougoslavie ;

4° Minorité bulgare en Dobroudja.

XVII. *Session de Sofia*, 10-11 octobre 1927.

1° Reprise de la discussion sur la Minorité allemande du Tyrol ;

2° Exposé de M. Argyropoulos sur les Minorités non-musulmanes de Constantinople ;

3° Discussion du nouveau rapport de Sir Walter Napier sur la „Staatslosigkeit" ;

4° Rapport du Président sur l'activité générale de l'Union en matière de Minorités.

Il faut ajouter, pour être complet, que les sous-comités créés par la Commission des Minorités ont déployé une activité continue, qui a abouti à des résultats positifs.

Le *Comité mixte pour l'étude de la procédure* s'est réuni à Lyon au moment de la huitième Assemblée (1924), à Londres le 15 octobre 1924, à Bruxelles le 10 février 1925, enfin, le 26 octobre 1925, à Lausanne. où il adopta un projet très complet de procédure „de lege lata", condensant méthodiquement les éléments de procédure déjà adoptés et appliqués par le Secrétariat et le Conseil de la S. D. N. à l'égard des pétitions des Minorités. Ce premier travail terminé, le Comité a décidé d'entreprendre la rédaction d'un projet tout différent „de lege ferenda", énonçant les améliorations qu'il y aurait lieu de poursuivre en matière de procédure. Cette nouvelle étude a été abordée à Aberystwyth, juillet 1926, à Salzbourg, le 30 septembre 1926, à Berlin, mai 1927, enfin, à Budapest. le 5 octobre 1927. De ces travaux est issu un projet très complet de procédure „de lege ferenda", qui sera soumis à l'Assemblée de 1928.

Enfin, le *Comité pour l'étude de la »Staatlosigkeit«* s'est réuni à Genève, le 7 mars 1926, sous la présidence de Sir Walter Nepier. Il a adopté un projet fort important de résolution, qui a été sanctionné par l'Assemblée d'Aberystwyth. Les résultats espérés de cet effort n'étant pas réalisés, la question a été reprise par la Commission même des Minorités, à sa session de Sofia.

•

Les discussions de la Commissions des Minorités et de ses divers Comités ne constituent encore que des travaux d'approche Chaque année, ces travaux ont été résumés dans un rapport d'ensemble dont le Président, Sir Willoughby Dickinson, a con-

stamment assumé la rédaction, et qui a été présenté aux Assemblées succesives. Il faudrait entrer dans le détail de ces rapports et des résolutions qui en sont issues pour définir exactement la politique de l'Union en matière de Minorités. Force nous est de nous en tenir aux indications les plus essentielles.

C'est à l'origine surtout que l'Union a cherché à caractériser les principes généraux dont s'inspire son activité. On peut même dire que dès l'Assemblée qui suivit la création de la Commission des Minorités, celle de Prague (1922), l'Union avait posé un système de principes si précis et si sains, qu'elle n'a guère eu depuis qu'à les rappeler et à en préciser certains point. Elle demandait:

a) Que tous les Etats fussent priés d'assumer à l'égard de leurs Minorités les mêmes obligations que celles qui sont énoncées dans les traités de Minorités;

b) Que le Conseil de la S. D. N. acceptât la mission de s'assurer si les obligations prévues par les traités sont observées et, en cas contraire, que la Cour permanente de Justice Internationale fût saisie des cas de violation;

c) Que, dans certains cas, les Minorités fussent admises à jouir d'une autonomie limitée, compatible avec la sécurité et l'unité de l'Etat;

d) Que le Conseil constituât une Commission permanente chargée de faire enquête sur les plaintes des Minorités et de présenter régulièrement un rapport au Conseil;

e) Que dans les régions où les Minorités linguistiques constituent une proportion considérable de la population, la langue de la minorité fût employée dans tous les actes officiels, concurremment avec la langue de l'Etat;

f) Que l'instruction fût donnée dans la langue maternelle;

g) Enfin que les traités fussent appliqués avec toute la générosité et la modération possibles.

L'année suivante (1923) une nouvelle série de résolutions a été votée par l'Assemblée et communiquée à la S. D. N. Ces résolutions rappelaient celles de l'année précédente, mais on y ajoutait que la protection des Minorités devait avoir comme condition le loyalisme des Minorités à l'égard de l'Etat. L'Assemblée proposait, en outre, l'institution de „Commissions mixtes" des différentes nationalités et certaines mesures spéciales pour la protection des Minorités en Turquie. Elle attirait l'attention sur

les effets produits par certaines législations agraires au détriment des Minorités ; elle suggérait d'appliquer des méthodes plus exactes pour le recensement des Minorités ; enfin, elle signalait la condition douloureuse des membres des Minorités exilés ou empêchés de retourner sur leur sol natal.

En 1924, l'Union a fait une étude approfondie de l'interprétation donnée par la Cour permanente de Justice au sujet de l'affaire des Colons allemands de Pologne et elle a saisi cette occasion pour signaler l'intérêt qu'il y aurait à multiplier les appels à la Cour permanente en matière de Minorités.

En 1925, l'Assemblée a pris connaissance des travaux des Comités sur la Procédure et sur la „Staatlosigkeit". D'autre part, elle a attiré l'attention du Conseil de la S. D. N sur les inconvénients qui résultent de l'insuffisante publicité donnée à l'activité du Conseil et du Secrétariat en matière de Minorités.

En 1926, l'Assemblée a adopté le code de procédure „de lege lata". Un important débat s'est livré sur la politique qui a paru s'affirmer dans certains Etats, tendant à absorber les Minorités contre leur gré dans la nationalité de la majorité, et une résolution a été adoptée rappelant à la Société des Nations les principes adoptés par son Assemblée en 1922, recommandant aux Etats qui ne sont pas liés par les traités, d'avoir à l'égard de leurs Minorités les mêmes égards que ceux qui sont prévus par les actes internationaux.

Enfin, en 1927, l'Union a soumis à la S. D. N. un projet défini concernant la situation des „Staatlose" dans les Etats successeurs.

Cette énumération pourra paraître bien aride ; elle aura du moins l'avantage de montrer en termes précis que l'Union a consacré à la situation des Minorités non seulement une part importante de ses travaux, mais que ceux ci, dépassant les théories générales et les voeux de principes, ont serré de près les problèmes concrets et cherché à proposer des solutions précises.

Quelle est maintenant la méthode suivie par l'Union dans l'étude des questions minoritaires et, en particulier, á l'égard des différends qui surgissent entre majorités et minorités ? Quels sont les résultats que l'on peut enregistrer au terme de ces huit années d'efforts continus ? C'est ce qu'on s'efforcera de déterminer dans un prochain article.

TH. RUYSSEN.

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

II.

Der Gang der deutschen Siedlungen im Szatmár schloss nicht mit dem Tode des Grafen Alexander Károlyi. Sein Sohn Franz, nach dessen Tode Anton und Josef, sowie dessen Nachkommen gaben den Schwaben Raum zu weiterer Ausbreitung. Die Zahl der ausländischen Ansiedler nimmt jedoch stetig ab. Die Agenten des Grafen Franz Károlyi bringen zwar in geringer Anzahl Siedler aus dem Ausland, nach seinem Tode kommen sie aber nur noch sporadisch. Der Grund dessen ist in äusseren Erscheinungen zu suchen.

Mittlerweile entstand der Siedlungspolitik der Familie Károlyi ein mächtiger Konkurent: als erster der Wiener Hof, der nun endlich das Bevölkern der südlichen Landstriche in Angriff nahm. Diese Besiedlung ergab sich auch aus dem Volksüberschuss Deutschlands. Anfangs ging sie eher spontan als planmässig vor sich, doch das Siedlungspatent Maria Theresias von 1763 steckt einer wohldurchdachten Siedlungspolitik die Richtschnur. Die sechziger und siebziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts sind besonders bewegt in der Geschichte der ungarländischen Kolonisationen. Zu der Zeit kamen etwa 5400 vorherrschend deutsche Familien in die südlichen Gegenden.

Die Abnahme der ausländischen Siedler im Szatmárgebiete wurde auch berührt durch das Manifest der Zarin Katharina, welches in der nämlichen Zeit mit der Sicherung aller möglichen Privilegien und Begünstigungen das Volk deutscher Länder in ihr Reich lockt und sogar die Kosten der langen Reise übe nimmt. Somit war das Agio des deutschen Kolonisten mit einemmal sehr hoch und es ist begreiflich, dass auf Szatmár nur noch wenige entfallen.

Die Siedlungspolitik der gräflichen Familie konnte sich daher nur mehr auf die Erstarkung der vorhandenen schwäbischen Siedlungsgemeinden stützen und schuf mittels planmässiger Ausnützung des Volksüberschusses die heutige Gemeindeverzweigung der schwäbischen Kolonien des Szatmárgebietes.

Die folgende Station der Siedlungsarbeit war die Volksvermehrung von Nagykároly In Nagykároly gab es nach der erfolglosen Siedlung von 1712 lange Zeit keine Schwaben. Manche Spur lässt wohl darauf schliessen, dass sich dort Handwerksleute niedergelassen hatten, doch sind diese Spuren keine bleibenden. Die ersten sicheren Daten vom Wiedererscheinen der Schwaben stammen vom Jahre 1734. Die Matrickelbücher

der Stadt reichen bis ins Jahr 1734 zurück. Diesen ist zu entnehmen, dass von 1734 bis 1749 verstreut beiläufig 114 erwachsene Schwaben sich in Nagykároly niederliessen.

Graf Franz Károlyi dachte im Jahre 1750 an das planmässige Besiedeln von Nagykároly. Seine Agenten bringen von 1750—51 113 ausländische Schwaben dorthin. Auch nach dem Tode Franz Károlyi's von 1760 bis 1774 siedeln sich noch zeitweise 103 ausländische Familien da an. Grösstenteils ergibt sich aber diese Siedlung aus der schwäbischen Bevölkerung der umliegenden Dörfer als natürliche Folge der Anziehung des Zentrums auf die Umgebung.

Über den jahrzehntelangen Verlauf der Nagykárolyer Schwabensiedlungen erteilt geschichtliche Aufklärung die Conscription von Nagykároly aus dem Jahre 1774. Laut dieser waren in Nagykároly 18 ständig gebundene Leibeigene und 372 mit freiem Siedlungsrecht (Bauern), 347 Häusler und 148 Einwohner. Von den 372 Bauern mit freiem Siedlungsrecht waren 231 Schwaben, von den 347 Häuslern 121. Die Gesamtzahl der schwäbischen Bauern u. Häusler war somit 352, beiläufig 40% der damaligen Einwohnerzahl von Nagykároly.

Auf die Zeit des Grafen Franz Károlyi fällt auch die Besiedlung der Gemeinde Turterebes im Komitat Ugocsa, welche im Jahre 1745 die ersten Schwabeneinwohner bekommt. In kurzen Zeiträumen werden die Gemeinden Valláj, Szakasz, Tasnád, Gilvács, Kálmánd und Királydarócz besiedelt. Graf Anton Károlyi setzt die Arbeit fort und legt in den Jahren 1758 bis 1791 den Grund zu acht deutschen Siedlungen. Diese sind: Krasznasándorfalu, Mérk, Krasznaterebes, Nagyszokond, Szinfalu, Alsóhomoród, Barlafalu und Szaniszló. An den Namen des Grafen Josef Károlyi und seiner Nachkommen knüpfen sich die Besiedlungen der Gemeinden Zajta, Józsefháza, Nántü, Csomaköz, Kisdengeleg, Nagymadarász, Mezőterem und endlich im Jahre 1815 Tasnádszántó.

Alle diese Siedlungen sind das Resultat lokaler Ausbreitung. Ihre Einwohner gehen aus der Bevölkerung der Nachbardörfer hervor und es kommen wenig ausländische Siedler hinzu. Nur in die Gemeinden Turterebes, Alsóhomoród, Szinfalu, Barlafalu und Szaniszló gelangen fremde in erwähnenswerten Truppen.

Von diesen, ebenso wie von den Nagykárolyer Siedlungen fehlen genaue Daten, weshalb sich der Forscher mit den Aufzeichnungen der betreffenden Pfarrämter und den zeitweiligen Conscriptionen begnügen muss.

Zur Übersicht des historischen Bildes der Siedlungen geben wir in der folgenden Tabelle die Daten der Siedlungen in chronologischer Reihenfolge und jene der zeitweise abgehaltenen Conscriptionen.

Lauf. Nummer	Name der Gemeinde und Jahreszahl der ersten schwäbischen Siedlung		Zahl der Siedler										Anmerkung
			Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	
1	Csanálos 1712	Jahr	1717 C.		1723 u. 1726 C.		1731 C.		1742 C.				
		Famil.	65		10	76		92*		105			*Darunter 8 Witw
2	Fény 1720	Jahr	1720 C.		1723 u. 1726 C.		1729 C.		1742 C.				
		Famil.	28		50	58		78		80			
3	Nagymajtény 1720	Jahr	1723 u. 1726 C.		1731 C.		1742 C.						
		Famil.	102	55		118		117					
4	Erdőd 1726	Jahr	1726 C.		1732 U. L.		1736 U. L.		1737 * C.		1745 U. L.		*Hier sind auch ungarische kath sche Familien
		Famil.	53		6		12	24	22	71		37	
5	Béltek 1730	Jahr	1730 C.		1733 C.		1738 U. L.		1745 U. L.				*Darunter 5 Witw
		Famil.		47	18	47		76 *		87**			**D runter 10 W
6	Kaplony 1734	Jahr	1735 C.		1742 C.								
		Famil.	7	16		35							
7	Mezőpetri 1740	Jahr	1742 C.		1747 C.								
		Famil.		44		47							
8	Nagykároly 1712	Jahr	1734—1749 U. L.		1773 C.		1774 C.						*In der Zahl der inlä schen Siedler ist auch der ausländischen kömmlige inbegriffen. denen keine separa Daten vorhanden si Siedler von 1712 sind einigen Jahren na Csanálos übersied
		Famil.	114		16	215*		352*					
9	Turterebes 1745	Jahr	1763 U. L.		1774 U. L.								
		Famil.	15	15	35	15							
10	Valláj 1749	Jahr	1749* U. L.		1766 C.								*Hier waren au 10 ungarische F milien
		Famil.		40	4	62							
11	Szakasz 1749	Jahr	1770 C.		1786 U. L.								
		Famil.	6	35		44							
12	Tasnád 1750	Jahr	1774 U. L.										*Die Zahl der Inlän ist unbekannt, übers aber jene der Ausl Die Einwohner dies Gemeinde haben die milien Bánffy und gebracht
		Famil.	38	*									
13	Gilvács 1751	Jahr	1760 U. L.		1766 C.								
		Famil.	9	23	3	32							
14	Kálmánd 1752	Jahr	1760 U. L.		1766 C.								
		Famil.	8	40	8	60							
15	Királydarócz 1753	Jahr	1760 U. L.										
		Famil.	9	44									

Erklärung.

Die in der dritten senkrechten Rubrik mit „Familie" bezeichneten sind in manchen F auch Witwen und kinderlose erwachsene Männer.

Die Bezeichnung C. in der vierten senkrechten Rubrik bedeutet den Ursprung der D aus der Conscription, dagegen die mit den Buchstaben U. L. bezeichneten Daten aus Urb und anderen Namenslisten entnommen sind.

Name der Gemeinde und Jahreszahl der ersten schwäbischen Siedlung		Zahl der Siedler										Anmerkung
		Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	Aus dem Auslande gekom.	Ältere Siedler od. Übersied.	
asznasándorfalu r Zeitpunkt der en schwäbischen dlung ist unbekannt)	Jahr	1767 C.		1770 U. L.		1774 C.						Die Zahl der ausländischen Ankömmlinge ist unbekannt
	Famil.		62*	22	33	4	50					
Mérk 1772	Jahr	1773 U. L.		1774 C.*								*Zu dieser Zeit waren in Mérk zusammen 55 Bauern, 7 Häusler und 4 Einwohner
	Famil.		9	1	15							
rasznaterebes 1772	Jahr					1775 C.*						*In Krasznaterebes waren damals insgesamt 84 Bauern, 2 Häusler, 13 Einwohner
	Famil.					1	8					
Nagyszokond 1779	Jahr	1779— 1794 U. L.										
	Famil.	6	52									
Szinfalu 1780	Jahr	1780 C.		1781— 1799 U. L.*								*Schwäb. Siedler von Szinfalu schlossen einen in ungarischer Sprache verfast. Vertrag mit der gräfl. Fam.
	Famil.	7	28	17	67							
Alsóhomoród 1781	Jahr	1781— 1800 U. L.*										*Diese Gemeinde hat in 1779 ausschliesslich rumänische Bewohner mit 28 Bauern
	Famil.	32	48									
Barlafalu 1784	Jahr	1785— 1799 U. L.										
	Famil.	17	53									
Szaniszló 1786	Jahr	1788 U. L.		1786— 1792 U. L.*		1800— 1802 U. L.*						*Von der derzeitig. Anzahl der aus der Nachbargem. hinzugekommen. Siedler haben wir keine Daten
	Famil.		40	15	?	8	?					
Zajta 1794	Jahr	1794 U. L.										
	Famil.	4	24									
Józsefháza 1794	Jahr	1794 U. L.		1795 U. L.		1796 U. L.		1798 U. L.		1808 u. 1809 U. L.*		*Während dieser Zeit übersiedeln noch Viele aus den benachbarten schwäbischen Dörfern
	Famil.		3	1			5		4	7	?	
Nántú 1795	Jahr	1795— 1817 U. L.										
	Famil.	3	63									
Csomaköz 1795	Jahr	1795— 1799 U. L.										
	Famil.	3	65									
Kisdengeleg 1800	Jahr	1800— 1820 U. L.										
	Famil.		9									
Nagymadarász 1801	Jahr	1810— 1816 U. L.										
	Famil.	5	37									
Mezőterem 1810	Jahr	1810— 1816 U. L.										
	Famil.	5	37									
Tasnádszántó 1815	Jahr	1834 U. L.										
	Famil.	2	33									

Richtigstellung.

In unserer ersten Mitteilung auf Seite Nr. 24 in der 10. Reihe ist statt 98, 108 zu lesen und in der 11. Reihe statt 152, 157 zu lesen. Auf Seite 25 ist der zweite Absatz folgend zu lesen: Diese Zahl wird erhöht durch die Ansiedler der Gemeinde Béltek. Erdöd hatte laut d. Conscription v. 1726 53 Landwirte, die mit Ausnahme von 6 im Jahre 1730 nach Béltek übersiedelten. Durch lokale Verschiebungen kamen zu dieser Zahl noch 18 Landwirte nach Béltek, so das dadurch im Jahre 1731 in Béltek und Erdöd zusammen 71 schwäbische Landwirte wohnten.

Mit dem Jahre 1815 hört der Verlauf der Siedlungen nicht nur im Szatmárer Komitat sondern im ganzen Lande auf. Scheinbar waren die Lücken, welche das völkerarme soziale Leben des Landes in wirtschaftlicher Hinsicht nachteilig beeinflussten, endlich ausgefüllt. Wenigstens dachte der grösste Siedler, der Wiener Hof so über die Sache, weil er in die südliche Gegend immer seltener Ansiedler bringt, bis er endlich im Jahre 1829 auch offiziell die Siedlungen einschränkt. Die bisherigen Resultate sind daher als endgültige zu betrachten.

Im Szatmárgebiet verkünden zu Anfang des XIX. Jahrhunderts 31 schwäbische Dörfer mit beiläufig 2000 Leibeigenen und 8000–10000 Einwohnern das gelungene Siedlungswerk der Familie Károlyi.

Hier wuchs neben dem blüchenden wirtschaftlichen auch ein neues Kultusleben. Die traditionell katholisierende Politik der gräflichen Familie trägt reiche Früchte. Der Reihe nachwerden röm. kath. Kirchen erbaut und neue katholische Pfarren gegründet.

Die Bevölkerung, die bishin protestantischen oder griechisch-katholischen Charakter hatte, erhielt jetzt stark römisch-katholisches Gepräge.

Doch was geschah mit den hier gebliebenen alten ungarischen Leibeigenen? Geschichtliche Daten bestärken, dass in allen Gemeinden, wo schwäbisches Volk sich ansiedelte, vor der Besiedlung ungarische Leibeigenen in geringer Zahl die schweren Kriegsjahre überlebten. Die Gemeinden Béltek, Valláj, Mérk, Kálmánd, Zajta, Gilvács, Józsefháza z. B. sind unseren Daten gemäss nur entvölkerte Dörfer, die aber nicht ganz verödet waren. Die neuen Siedler mögen auch anderwärts mehr oder weniger ungarische Bevölkerung gefunden haben. Geschichtliche Beweise ihres Vorhandenseins besitzen wir in Nagykároly, Erdőd und Mezőpetri. Wahrscheinlich hatten die Gemeinden Turterebes, Tasnád, Tasnádszántó, Királydarócz, Szaniszló, Józsefháza und Csomaköz auch ungarische Einwohner. Die ungarischen Volkszählungen des XIX. Jahrhunderts, ja sogar rumänische Volkszählung von 1920 finden in diesen Gemeinden mehr oder weniger zahlreiche ungarische protestantische Bevölkerung. Wahrscheinlich waren deren auch welche in anderen Dörfern, aber, wie das Beispiel von Mezőpetri zeigt, fielen sie dem Kolonisationsplan der Grafenfamilie zum Opfer.

Diese Erscheinung war zu jener Zeit auch in anderen Teilen des Landes bemerkbar. Die ungarisch-slovakische Sprachsgrenze, die ehedem in der Richtung Nyitra–Léva und davon nördlich stand, verschob sich aus demselben Grund um 30–40 Km. südlich gegen die Donau und im Osten drang die ungarisch-rumänische Sprachsgrenze um bedeutendes in die ungarische Ebene vor. (Fortsetzung folgt.)

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Dr. Carl Georg Bruns: «Minderheitenrecht als Völkerrecht.»

(Ergänzungsheft 2 zu Band XIV. der „Zeitschrift für Völkerrecht" 1928. Breslau.)

Wer sich mit dem Völkerrecht und seinen Problemen beschäftigen will, muss zunächst in zwei Fragenkomplexen sich selbst, seinem ureigensten Ich, Rechenschaft abgeben, um dadurch zu sehen, ob bei ihm die Voraussetzungen zum richtigen Verständniss dieser und ähnlicher Probleme vorhanden sind. Der erste Fragenkomplex liesse sich mit einem Satz kennzeichnen: „Genus humanum unum et idem est in orbis terrarum". Wer diesem Satz innerlich fernsteht und nicht sieht, dass darin der ganze Ideengehalt des menschlichen Daseins enthalten ist, wird selbstverständlich für völkerrechtliche Fragen wenig Verständniss übrig haben. Der zweite Fragenkomplex würde sich dann auf die Intensität und Richtung des Rechtsbewusstseins beziehen, um so den erstgenannten ethischen Komplex auch juristisch zu unterbauen. Erst wenn diese zwei Punkte geklärt sind, kann man an die einzelnen Probleme herantreten.

Das Gebäude des Völkerrechts erfuhr durch den Ausgang des Weltkrieges *und durch das Vordringen des Minderheitenproblems in Mittel- und Osteuropa* eine besondere Ausdehnung. Wenn es vor dem Kriege noch zweifelhaft war, ob das Minderheitenrecht ein spezielles Vertragsrecht ist, oder aber ein Bestandteil der Völkerrechtsordnung, so wurde es nach dem Kriege immer klarer nachweisbar, dass die Entwicklung des Völkerrechts das Minderheitenrecht logisch umspannen musste.

Der Verfasser führt aus, dass in den Friedensverträgen keineswegs neue völkerrechtliche Grundsätze dekretiert wurden, sondern nur Grundsätze des europäischen öffentlichen Rechtes auch auf diesem Gebiete weiter ausgebaut wurden und findet den Zweck der Minderheitenverträge darin, dass durch sie „die Sicherstellung gewisser allgemeiner Grundsätze der europäisch-abendländischen Rechtsordnung gegen die destruktiven Tendenzen des Nationalitätenkampfes" erfolgen soll. Denn es handelt sich zunächst nicht so sehr darum, ob zur Regelung der Minderheitenrechte bereits konkrete Rechtsbestimmungen vorhanden sind, Verträge oder Gewohnheiten, sondern viel mehr darum, dass es „principes généraux" des Minderheitenrechtes gibt, die einen inhärenten Bestandteil des Völkerrechtes bilden und die besagen, dass die zwei Grundrechte des Menschen, Freiheit und Gerechtigkeit, durch seine Zugehörigkeit zu einen Staatsverband mittels mehrheitsnationaler Beschlüsse nicht angetastet werden können.

Allerdings sieht man häufig den Versuch der Einschränkung der Begriffe: Freiheit und Gerechtigkeit. Aber auch hier zeigt die Rechtsentwicklung des letzten Jahrzehntes bedeutende Fortschritte, da erstens bestimmte Rechtssätze aufgestellt wurden, die durch den Völkerbund und den internationalen Gerichtshof interpretiert werden sollen. Leider hinkt diese Organisation am Mangel der Vollzugsgewalt und vielmehr noch daran, dass der Völkerbund (richtiger Staatenbund) eben durch seine Organisation als Kriegsliquidator seine Aufgabe vielmehr in der Wahrung des Weltfriedens sieht, als im Siege der Gerechtigkeit. Der Verfasser verkennt nicht die Schwierigkeiten, die bei der Bestimmung der Gerechtigkeit entstehen, denn die von irgend einem Gesetz bestimmte Gleichheit, als Voraussetzung der Gerechtigkeit, lässt sich nur an dem Gerechtigkeitsideal messen, ist also zunächst subjektiver Natur. Man sieht dabei wieder, dass das Rechtsbewusstsein auch hier, wie bei dem Prinzip des Treu und Glaubens von ausschlaggebender Bedeutung ist und es ist die vornehmste Kulturmission unseres Zeitalters dieses Rechtsbewusstsein ethisch zu unterbauen und dann emporzuheben. Bei entsprechender Fundierung dieses Rechtsbewusstseins wird auch die Zuerkennung der Rechtssubiektivität der Minderheiten durchdringen und sie werden als das betrachtet, was sie sind: eine soziologische Einheit, eine soziologische Kollektivität.

Wie weit nun objektive oder subjektive Merkmale die Zugehörigkeit zu einer soziologischen Kollektivität bestimmen, scheint heute — wie der Verfasser richtig bemerkt — keine Frage mehr zu sein. Der Rassebegriff wurde wissenschaftlich-nachweislich unhaltbar und da das ganz subjektive Bekenntniss die Zugehörigkeit zu einer nationalen Kollektivität bestimmt, so ist es selbstverständlich, dass eine staatlich behördliche Bestimmung hier nicht am Platze ist und mit dem Prinzip der Freiheit in Widerspruch käme.

Der Verfasser berührt auch die Frage der Staatsouveränität. Es ist selbstverständlich, dass die Souveränität des Staates kein starres und umwandelbares Rechtsgebilde sein kann. Dem Souveränitätsgedanken wird kein Abbruch getan, wenn Teile dieses Rechtes einer Staatengemeinschaft übertragen werden, Rechte die entsprechend der geltenden Grundsätze nicht mehr in die Kompetenz des Staates fallen, deren der Staat also garnicht verlustig werden kann, da er auf sie keinen Anspruch mehr erheben konnte.

Der Verfasser sagt an einer Stelle, dass der Nationalstaat nicht rechtlich dekretiert werden kann, wenn er soziologisch nicht vorhanden ist. Diesen Satz könnte man variieren, indem man sagt, dass man erst Minderheitsrechte dekretieren wird können, bis jenes Rechtsbewusstsein im Menschen vorhanden sein wird, jene Kulturstufe erreicht sein wird, die solche Normen als einen Schritt zur Höherentwicklung der Menschheit verstehen und werten lernen wird. Hier leistet das Buch wertvolle Dienste.

Dr. Erwin Pick.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. MARTIE / MARS / MÄRZ 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 3

Chestia învățământului secundar în România.

Discursul d-lui Iosif Willer, rostit în ședința Camerei din 13 Martie.

Onorată Cameră!

De mai multe ori s'a afirmat în contra noastră acuzația, că noi, minoritarii, suntem opoziționiști de principiu fiecăruia act de guvernare, fiecăruia proiect de lege, — și că niciodată nu suntem dispuși de a recunoaște intențiunile măcar cele mai bune, faptele, măcar cele mai vrednice ale conducătorilor națiunii majoritare. Deci, prind cu oarecare bucurie, aș putea să zic, cu satisfacție ocaziunea, să dezmint în legătură cu actualul proiect de lege al învățământului secundar, această caracterizare tendențioasă a atitudinei noastre.

Nu spun, domnilor, că actualul proiect de lege ne mulțumește pe deplin, din contra, avem mai multe objecțiuni serioase, considerarea cărora voi cere accentuat, — însă avem să recunoaștem, că proiectul este rezultatul unui studiu profund, muncii vrednice de mai mulți ani și în privința aceasta trebuește să laudam acest agreabil contrast cu uzul binecunoscut al legislației noastre, care din cauza proiectelor nepregătite, inundează viața noastră publică cu legi prea pripite. Proiectul domnului ministru Angelescu vorbește pentru autorul. Recunoaștem hărnicia și preciziunea ministrului nostru de instrucție, dar găsim totodată spiritul uniformizării si al disciplinei severe, cam militaristice. Simțim în mai multe articole și averziunea atât discutată în contra concepției minoritare a epocei moderne de astăzi. Insă în ce privește chestiunea minoritară, am impresia, că d-l ministru se bazează pe preocupări si informațiuni cu

totul greşite şi vom fi fericiţi, dacă reuşim să aderăm la clarificarea reciprocă a ideologiei noastre.

Este necontestabil, că soartea şcolilor minoritare depinde în prima linie dela legea asupra învăţământului particular. Directiva însă o dă actualul proiect şi de aceea avem să ne ocupăm cu acesta nu numai în general, ci şi din punctul de vedere minoritar.

In capitolul 3. întâlnim mai multe expresiuni, cari nu sunt deajuns de precize şi vor da iarăşi ocazie pentru interpretaţiuni abuzive. Ultimul alineat al art. 10. vorbeşte despre şcoli „cu populaţie minoritară *importantă*", iar art. 11. despre regiuni „cu populaţiune minoritară în număr *precumpănitor*". „Important" şi „precumpănitor" sunt expresiuni prea elastice, deci vor putea fi interpretate după bunul plac.

Cu mult mai importantă este dispoziţia acestui articol asupra înfiinţării secţiunilor cu limbă minoritară. Proiectul spune, că „în aceste secţiuni vor fi primiţi numai elevi de aceeaşi naţionalitate şi a căror limbă maternă este aceeaş cu limba de predare a secţiunii respective". Iată, iarăşi am ajuns la vecinica dispută a noastră cu ministerul de instrucţie. Punctul de vedere al d-lui ministru este, că noi am maghiarizat o mulţime de cetăţeni de „altă origină etnică", (ca să folosesc intenţionat nefericita expresiune a ultimului recenzământ caraghios) şi D-sa ambiţionează demaghiarizarea acestor săraci indivizi. Fiindcă n'am avut legături prea amicale, este lucru firesc, că condamnaţi în prima linie politica vechei Ungarie. Vă întreb însă domnilor, unde există o ţară, care a fost cu tot ferită de atari proceduri de desnaţionalizare? Pruşii sunt slavi germanizaţi. In Franţa diferitele provincialisme ne arată popoarele, din cari — printr'o procedură de gallicizare, s'a compus naţiunea franceză. Dar să vorbim de ţara noastră: dacă am analiza originea etnică a celor mai pronunţaţi români de astăzi, oare toţi se pot lăuda de a fi descendenţi ai lui Traian sau Decebal? Şi în vechea Ungarie, credeţi, că din diferite motive nu s'au romanizat foarte multe familii de origine pur maghiară? Procedura de desnaţionalizare a durat mai multe decenii, chiar veacuri. Doriţi însă să renaţionalizaţi imediat, printr'o politică şcolară imposibilă, prin analiza sângelui. Oare până la ce grad merge această analiză a sângelui? Avem cazuri deplorabile, unde autoritatea şcolară nu s'a îndestulat nici cu originea maghiară a *bunicului*. Moşul a fost

deja preot reformat, tutuş s'a expulzat elevul din şcoala maghiară, cu motivarea, că dânsul nu este maghiar. Bănuesc d-lor, că naţiunea stăpânitoare ar trebui să abzică de foarte mulţi fii distinşi ai săi, dacă această analiză laboratorică s-ar introduce şi în şcolile vechiului Regat.

Ştiu, că cea mai delicată parte a chestiunii acesteia este problema evreilor maghiari. Nici odată n-am avut pretenţia, să vorbim în numele acelor evrei, cari afirmă de a fi o naţionalitate separată, cum este teoria sioniştilor. Nu vorbim în numele acelor evrei, cari au o altă limbă maternă, decât cea maghiară. Insă d-l Filderman a dezvoltat în şedinţa comisiunii de învăţământ foarte cuminte, că evreii din vechiul Regat, cu toate, că nu au origina românească şi sunt după terminologia tratativelor de pace o «*o minoritate de religie*», totuş, prin tradiţiile comune, prin limba pe care au adoptat-o, s'au romanizat pe deplin şi se consideră veritabili români. Declaraţia domnului Filderman a fost primită cu mare plăcere. Insă logica nu cunoaşte preocupările şovinizmului. Nu puteţi să ne refuzaţi o teză, pe care aţi primit-o când a corăspuns gustului D-voastre. Până când evreii domnului Filderman vor fi consideraţi ca români, nici decum nu vom renunţa noi, maghiarii, de evrei, cari în decursul veacurilor au trăit cu noi, s'au maghiarizat cu totul şi cari nu vorbesc nici acasă o altă limbă, decât cea maghiară.

Ca să terminăm tema naţionalităţii, rog pe d-l ministru, să găsească o soluţie definitivă, o normă, care ar mulţumi tot aşa minorităţile, cât şi interesele Statului. Domnia sa condamnă sistemul de desnaţionalizare al Ungariei şi nu observă, că este pe calea să comită o greşeală cu mult mai gravă. Pentrucă nu numai în vechea Ungarie, dar nicăiri în lumea întreagă nu a existat vre-un stat, unde autoritatea superioară şcolară a clasificat în mod absolut samovolnic naţionalitatea cetăţenilor. Simţul naţional este tot aşa de sfânt, ca şi religia şi nu înţeleg, cum poate să se impună cuiva prin deciz ministerial o naţionalitate, cu care nu simte nimic comun. Şi chiar pentru aceea, că naţionalitatea este o chestie a simţământului şi a conştiinţei, nu găsesc altă soluţie împăcătoare, decât primirea declaraţiunilor părinţilor interesaţi.

Acest articol conţine mai o nedreptate evidentă, dispunând, că secţia minoritară „se poate înfiinţa numai în cazul când se va înscrie un număr de minimum 50 de elevi de clasă în gim-

naziu şi de 40 de elevi de clasă în cursul superior". Iar art. 13. spune, că „efectivul unei clase secundare nu poate trece de 50 elevi în clasele ciclului inferior şi de 40 în clasele ciclului superior". Deci, ce este aici maximum, se aplică în contra noastră ca minimum. Va să zică: lasciate ogni speranza, o secţie minoritară nici odată nu se va înfiinţa. Vă mulţumim, domnilor curtoazia, că prin această dispoziţie legală doriţi să cruţaţi şcolile noastre minoritare, V'aş ruga însă, că nici în statistice să nu funcţioneze atât de multe şcoli de stat şi secţiuni „cu limbă de predare maghiară".

Am să mă ocup şi cu dispoziţiunile speciale şi anume, cu materile de studiu. Domnilor, în ce priveşte limbile, cari ar fi de predat în şcolile secundare, trebue să faceţi o distincţie între şcolile de stat şi particulare. Vă rog, să luaţi în considerare, că elevul unei şcoli maghiare are să înveţe în primul rând limba statului. Pentru a corespunde cu perfecţie în privinţa aceasta, ar fi necesar să declaraţi numai ca facultativă pentru şcolile minoritare, limba elină. Tot în interesul învăţământului limbii române, rog atâta înlesnire pentru şcolile minoritare, că susţinătorii de şcoli să aibă dreptul de a alege ca limbă facultativă cea germană, sau engleză.

Despre programa de învăţământ vorbeşte actualul proiect cu mult mai puţin, decât cel al dlui fost ministru Petrovici, de aceea nici nu suntem în stare de a face o conparaţie serioasă. Nu ştim, ce rol va avea de pildă filozofia în programă, pe care, cum spune art. 30, ministerul „va alcătui." Totuş, am să fac cel puţin atâta observaţie, că proiectul Petrovici a dezvoltat mai pe larg acesta programă, am fi avut deci posibilitatea să o controlăm aici, în parlament. Un regulament ministerial însă, se sustrage firesţe de critica reprezentanţilor naţiunii.

Actualul proiect face deosebiri între profesori şi maeştri. Nu văd destul de clar, ce consecinţe va avea această distincţiune în ce priveşte poziţiunea maeştrilor, însă ştiu, că maeştrii sunt chiar şi astăzi elementele quasi subalterne ale corpului didactic. Adevărat, că fiecare ţigan îşi laudă calul propriu, totuş am să vă rog, să-mi permiteţi de a accentua rolul important al profesorului de muzică la educaţia sufletească a elevilor. Muzicantul este un artist, alesul lui Dumnezeu, care face studii teoretice şi practice grave şi îndelungate. Un elev al conservatorului, cu pregătire liceală, care îşi câştigă diploma, nu merită

să fie tratat ca un element inferior. Stau departe de intenţia să jignesc maestrul de caligrafie, de dexteritate sau educaţie fizică, totuş este evident, că un artist de muzică are o altă pregătire şi altă influenţă asupra educaţiunii elevilor, propun deci să recunoaşteţi maeştrilor de muzică rangul celorlalţi profesori.

Am menţionat deja, că pentru noi, minoritarii este cu mult mai importantă legea învăţământului particular, decât actualul proiect şi în interesul superior de stat rog pe d-l ministru, să găsească ocazie cu cât mai curând, pentru a lua sub revizie învăţământul particular. In ce priveşte acest proiect asupra învăţământului secundar teoretic: îmi rezerv dreptul să vă propun amendamente la desbaterea articolelor respective. Sperând, că d-l ministru va lua în consideraţie observaţiunile mele, declar că — pentru baza discuţiunii parţiale — primesc proiectul d-lui ministru de instrucţie.

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Fortsetzung.)

XII.

Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Briefgeheimnis, Recht der freien Meinungsäusserung, wissenschaftliche Forschung und Kunst.

1. Den Angehörigen der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion ist die Freiheit der Presse und des Briefgeheimnisses, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäusserung, die wissenschaftliche Forschung und die Verkündung ihrer Ergebnisse, sowie die Kunst in demselben Ausmasse zu gewähren wie den Angehörigen der Mehrheit.

2. Diesbezügliche Einschränkungen seitens der Staatsgewalt dürfen nirgends im ganzen Staatsgebiete mit der Verschiedenheit der Sprache der Minderheiten begründet werden.

3. Die Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion haben auch als solche ein Recht auf öffentliche Kundgebungen und auf die Verwendung von Farben und von Abzeichen, sowie auf das Singen von Liedern, welche ihre Zugehörigkeit zu ihrer Nationalität und Konfession andeuten, vorausgesetzt, dass diese nicht gegen den Staat und die Mehrheit gerichtet sind.

4. Es genügt nicht, dass diese Rechte in den Grundgesetzen enthalten sind, sondern sie müssen auch von den Organen der Staatsverwaltung in loyaler und weitherziger Weise zur Anwendung gebracht werden.

BEGRÜNDUNG.

Die der demokratischen Auffassung vom Staate entspringenden Rechte der Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit des Briefgeheimnisses und der freien Meinungsäusserung, der wissenschaftlichen Forschung und der Kunst sind notwendige, wenn auch keineswegs die einzigen Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Lage der Minderheiten. Die Erfahrung lehrt, dass in vielen Staaten diese Freiheitsrechte zwar gesetzlich, vielfach sogar verfassungsgesetzlich verbürgt sind und dem Mehrheitsvolke gegenüber tatsächlich in vollem Ausmasse gehandhabt werden, dass jedoch die Minderheiten im Genusse dieser Bürgerrechte beträchtlich verkürzt werden, wobei häufig die Tatsache der sprachlichen Verschiedenheit den staatlichen Organen die willkommene Handhabe zu Verkürzungen dieser Rechte bietet. Auf diesen Gebieten ist jede Minderheit auf dem ganzen Staatsgebiete dem Mehrheitsvolke gleichgestellt. Berechtigte Beschwerden erheben zahlreiche Minderheiten gegen Verbote von Abzeichen, Farben und Liedern, die ihnen als Betonung ihrer nationalen bzw. religiösen Eigenart lieb und teuer sind.

XIII.

Privatanstalten humanitärer, sozialer und kultureller Art.

1. Die Angehörigen der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion haben gleich den Staatsbürgern der Mehrheit das Recht, humanitäre, soziale, kulturelle und wissenschaftliche Anstalten auf ihre Kosten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen und in ihnen ihre Sprache frei

zu gebrauchen. Auch der Verkehr zwischen den Anstalten dieser Art der einzelnen nationalen Minderheiten vollzieht sich in ihrer Sprache.

2. Die Angehörigen dieser Minderheiten haben das Recht, dass aus dem Staatsvoranschlage und aus den Gemeinde- und anderen öffentlichen Voranschlägen für ihre humanitären, kulturellen, sozialen und wissenschaftlichen Anstalten und Zwecke, Beträge in der auf sie nach ihrer Bevölkerungszahl entfallenden verhältnismässigen Höhe zugewendet werden.

3. Eine allfällige Verstaatlichung ganzer Zweige des humanitären, sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens soll soweit möglich nur mit Zustimmung der nationalen und sprachlichen Minderheiten erfolgen und darf auf keinen Fall unmittelbar oder mittelbar zur Verringerung der nationalen und sprachlichen Einflusssphäre der Minderheiten im Staate verwendet werden.

4. Soweit Staats-, Gemeinde- und andere öffentliche Mittel für Zwecke der Wissenschaft, Literatur, Musik, darstellende und bildende Kunst bereitgestellt werden, haben die Angehörigen der nationalen und sprachlichen Minderheiten, bezw. die von ihnen erhaltenen Anstalten einen Anspruch auf die ihrer verhältnismässigen Anzahl entsprechenden Quotenteile.

5. Die in den Absätzen 1—4. enthaltenen Grundsätze erfahren in jenen Staaten und auf jenen Gebieten, für die gesetzlich die nationale Autonomie besteht, insoweit eine Abänderung, als gesetzliche Vorschriften über die nationale Autonomie gelten. (Punkt XIX).

BEGRÜNDUNG.

Die ideale Lösung der humanitären, sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen u. s. w. Fragen im Interesse der Minderheiten ist zweifellos die Autonomie; von ihr handelt Punkt XIX. Aber auch dort, wo sie nicht durchgeführt ist, bezw. nicht durchgeführt werden kann, muss für die Minderheiten ein zufriedenstellendes Leben auf den genannten Gebieten sichergestellt werden, die im modernen Staate in immer steigendem Ausmasse neben das religiöse Leben der Bürger getreten sind.

XIV.

Unterrichtswesen.*)

1. Minderheiten nach Abstammung (Nationalität) und Sprache haben das gleiche Recht auf die Errichtung und Erhaltung von Elementarschulen aus Mitteln des Staats- oder Gemeindevoranschlages oder anderer öffentlicher Voranschläge wie die Mehrheit im Staate. Die Organisation der Elementarschulen hat derart zu erfolgen, dass auf 20 schulpflichtige Kinder der betreffenden Abstammung (Nationalität) und Sprache, die im Umkreise von 4 Km. vom Standorte der Schule wohnen, eine einklassige Schule und für je weitere 30 Kinder in dieser Schule eine weitere Klasse zu errichten ist. Kindern, welche ausserhalb dieses Umkreises wohnen, darf die Aufnahme in dieser Schule nicht verweigert werden, es sei denn, dass im Umkreis von 4 Km. von ihrem Wohnsitze eine gleichsprachige Schule besteht. Die Auflassung von Minderheitsschulen und Klassen darf nur dann erfolgen, wenn die Anzahl der die Schule oder Klasse besuchenden Kinder dauernd unter die eben genannten Zahlen herabsinkt. Vor Durchführung der Auflassung einer solchen Schule oder Klasse muss durch genaue Erhebungen (Überprüfung der Ursachen des Rückganges, Beobachtung der Geburtenstatistik u. a.) festgestellt werden, ob der Rückgang des Besuches nicht bloss eine vorübergehende Erscheinung ist.

2. Die Freiheit der Eltern bzw. der für die Erziehung des Kindes verantwortlichen Personen, aus eigenem Willen zu bestimmen, welche nationale Schule ihre Kinder zu besuchen haben, darf nicht beschränkt werden. Nur in dem Falle, wenn innerhalb des in Ziffer 1 genannten Umkreises keine öffentliche oder private Schule der Minderheit besteht, oder wenn die Eltern bezw. die für die Erziehung des Kindes verantwortlichen Personen die Kinder nicht in eine weiter entfernte gleichnationale öffentliche oder private Schule schicken oder für ihren häuslichen Unterricht Sorge tragen, kann auf Kinder der Angehörigen einer Minderheit nach Abstammung (Nationalität) und Sprache ein Zwang zum Besuche einer andersnationalen Schule ausgeübt werden.

*) Unter Mitarbeit des Sekretärs des parlamentarischen Schulausschusses der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei, Herrn *Dr. Walther Beck-Managetta* zustande gekommen.

3. Jeder Minderheit nach Abstammung (Nationalität) und Sprache muss an der Verwaltung ihrer öffentlichen Schulen ein entsprechender Anteil gewährt werden.

4. Der Unterricht in Schulen einer bestimmten Nationalität muss durch Lehrpersonen gleicher Nationalität und Sprache in einer dem national-geistigen Charakter des Volkes entsprechenden Weise und nach solchen Lehrplänen und unter Benützung solcher Lehrbücher erfolgen, dass hiedurch der nationalen Eigenart und der nationalen Erziehung des Kindes kein Abbruch geschehe.

5. Für die Heranbildung von Lehrpersonen für Elementarschulen von Minderheiten nach Abstammung (Nationalität) und Sprache sind eigene Unterrichtsanstalten aus öffentlichen Mitteln zu errichten; auch für sie gelten die Bestimmungen des Abs. 4. Bei an Zahl geringen Minderheiten sind Befähigungsnachweise zum Lehrberufe, die im Stammlande erworben wurden, anzuerkennen. (Punkt XVI. Abs. 4.)

6. Die Errichtung von Privatschulen steht jeder Minderheit nach Abstammung (Nationalität) und Sprache frei.

7. Der Staat darf sein Aufsichtsrecht über die Schulen der nationalen Minderheiten nur durch Aufsichtsorgane ausüben, die Angehörige dieser Minderheit sind.

8. Der häusliche Privatunterricht ist gestattet, unterliegt jedoch der staatlichen Aufsicht im Rahmen der allgemeinen Unterrichtsordnung.

9. Für alle Minderheiten nach Abstammung (Nationalität) und Sprache sind auch mittlere und höhere Lehranstalten nach ihrem Bedürfnisse und nach ihrer zahlenmässigen Stärke aus öffentlichen Mitteln zu errichten. Die Bestimmungen der Abs. 2, 1. Satz, 3, 4 und 7 dieses Punktes gelten auch für diese Lehranstalten.

10. Die Absätze 1–8 gelten sinngemäss auch für Schulen konfessioneller Minderheiten, die gleichzeitig auch sprachlich von den Schulen der Minderheit verschieden sein können.

BEGRÜNDUNG.

Das grundlegende Streben jeder Minderheit nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion ist auf die Erhaltung ihrer Eigenart nicht nur für sich, sondern auch für ihre künftigen Geschlechter gerichtet. Die Erhaltung dieser Eigenart in

aller Zukunft ist aber nur durch die schulmässige Erziehung der Jugend gewährleistet. Die berechtigte Forderung jeder Minderheit geht somit dahin, ihrer Jugend einen ihre Eigenart wahrenden Unterricht zu ermöglichen und die Anerkennung dieser Forderung ist eine geheiligte Pflicht jedes Staates. Insbesondere erblicken die nationalen und sprachlichen Minderheiten ihr höchstes Gut in der Erhaltung, in der Entwicklung und in dem Ausbau ihrer nationalen und sprachlichen Kultur. All dies kann nur durch eigene Schulen, durch gleichnationale Lehrer und nur im Geiste der betreffenden Nation und Sprache gewährleistet werden. Daher muss die Minderheitsschulgesetzgebung so eingerichtet sein, dass für tunlichst alle Kinder der Minderheitsangehörigen die Möglichkeit besteht, den Unterricht in ihrer Muttersprache zu geniessen. Der alte Streit, ob das entscheidende Moment dafür, welche Schule das Kind besuchen soll, unbedingt die nationale Zugehörigkeit des Kindes sein soll oder ob der Willen der Eltern bezw. der für die Erziehung des Kindes verantwortlichen Personen hiefür massgebend zu sein hat, wurde nach langen gründlichen Erwägungen im letzteren Sinne entschieden, trotzdem eine Reihe gewichtiger Gründe für die erste Meinung spricht. Doch erschien es dem demokratischen Geiste der Zeit entsprechend, dem Willen der Eltern den Vorrang vor staatlichen Zwangsbestimmungen einzuräumen. Dass es dieser demokratische Zeitgeist gebieterisch fordert, dass sich der Wille der Eltern unberührt von staatlicher Einflussnahme durchzusetzen vermag, wird hiebei als selbstverständlich angenommen. Dass Kinder von Angehörigen nationaler Minderheiten die Schule des Mehrheitsvolkes besuchen, soll ebenso nur in Ausnahmsfällen vorkommen wie der umgekehrte Fall. Doch soll die Befolgung der ethisch richtigen Forderung „Jedes Kind in die Schule seines Volkes" nicht staatlich erzwungen werden, sondern dem freien Willen freier Menschen entspringen.

XV.

Wirtschaftliche Gesetzgebung und ihre Durchführung.

1. Die wirtschaftliche Gesetzgebung darf weder eine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der Minderheiten und deren wirtschaftliche Organisationen nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion gegenüber den Angehörigen des

Mehrheitsvolkes vorsehen, noch darf sie in ihren Tendenzen dahin zielen, die einzelnen Angehörigen einer Minderheit, ihre Gesamtheit und die den Angehörigen einer Minderheit ganz oder vorwiegend gehörigen wirtschaftlichen Organisationen in irgend einer Richtung zu schädigen.

2. Die wirtschaftliche Gesetzgebung darf unter gar keinen Umständen zu Entnationalisierungszwecken missbraucht werden, sie hat vielmehr bei Unterlassung jeglicher Sondergesetzgebung, durch die Ausnahmszustände für die Angehörigen der Minderheiten rechtlich oder tatsächlich herbeigeführt werden oder durch die Verwaltungsbehörden herbeigeführt werden können, die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen im materiellen Daseinskampfe für alle Bürger zu schaffen.

3. Im bürgerlichen Recht, im Verwaltungsrecht, im Handels-, Gewerb-, Steuer- und Bergrechte, insbesondere im Enteignungsverfahren, sowie in der sozialen und Arbeitergesetzgebung dürfen die Angehörigen der Minderheiten rechtlich und tatsächlich nicht schlechter gestellt sein, als die Angehörigen des Mehrheitsvolkes.

4. Der Schutz des Privateigentums ist den Angehörigen der Minderheiten rechtlich und tatsächlich in demselben Ausmasse zu gewährleisten, wie den Angehörigen des Mehrheitsvolkes. Enteignungen dürfen nur erfolgen, wenn es das allgemeine Wohl erfordert und es muss in solchen Fällen volle Entschädigung geleistet werden.

5. Agrarreformen dürfen nicht zur Folge haben, dass Grund und Boden in grösserem Umfange aus dem Eigentum von Minderheitsangehörigen in das Eigentum von Angehörigen des Mehrheitsvolkes übergeht als dies umgekehrt der Fall ist. Bei der Zuteilung von Grund und Boden an Landanwärter ist der nationale Charakter des betreffenden Gebietes zu wahren und bodenansässigen Bewerbern der Vorzug einzuräumen.

6. Die schon aus der Gleichheit der Staatsbürger sich ergebende Zugänglichkeit aller Stände und Berufe für alle Bürger ohne Unterschied der Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion darf weder durch Vorschriften allgemeiner Art noch durch das tatsächliche Vorgehen der Verwaltungsbehörden eingeengt und beschränkt werden. Unbeschadet jener Fälle in denen die Ausübung gewisser Berufe von dem Besuche bestimmter Schulen abhängig ist (vgl. Punkt XVI Abs. 4), gilt dies insbe-

sondere bezüglich jener Berufe, zu deren Ausübung eine staatliche Prüfung vorgeschrieben ist, in welchen Fällen Vorsorge zu treffen ist, dass diese Prüfung auch in den Sprachen der Minderheiten abgelegt werden kann.

7. Auf jenen Gebieten des Wirtschaftslebens auf denen dem Staate eine Einflusssphäre zusteht, z. B. bei Erteilung von Berechtigungen auf dem Gebiete des Ackerbaues, des Gewerbes, der Industrie, insbesondere des Börsen-, Bank-, Aktien-, Versicherungs- und Verkehrswesens, dürfen die der Staatsverwaltung zustehenden Rechte nicht dazu missbraucht werden, durch Verweigerung von Berechtigungen, durch zwangsweise Bestimmung des Sitzes der Unternehmungen, durch Zwang auf die Zusammensetzung der Vorstände und der Beamtenkörper und durch aufgezwungene sprachliche Vorschriften u. dgl. den Einfluss der Mehrheitsnation zu Ungunsten der Minderheiten künstlich zu fördern und zu vermehren.

8. Die direkte und indirekte Aufforderung zum wirtschaftlichen Boykott von Angehörigen der Minderheiten ist verboten und unter gerichtliche Strafsanktion zu stellen.

9. Auf jenen Gebieten, auf denen der Staat selbst als Unternehmer auftritt (insbesondere bei den Monopolen), auf denen er durch Errichtung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in die Privatwirtschaft eingreift und auf denen er durch Errichtung von Zwangsorganisationen die freie wirtschaftliche Betätigung beschränkt, müssen die Minderheiten in gleichem Ausmasse Berücksichtigung finden wie das Mehrheitsvolk; dies gilt in gleicher Weise bezüglich der Anstellung von Beamten, Angestellten und Verschleissern aller Art, bezüglich des Sprachengebrauches der betreffenden Ämter, Organe, Unternehmungen, Organisationen, Körperschaften und Verschleiss-Stellen und bezüglich der ökonomischen Seite der Betriebe.

10. Die Durchführung der in den Absätzen 1 – 9 genannten Grundsätze muss nicht nur dem Buchstaben entsprechen, sondern auch tatsächlich erfolgen und dergestalt dem Geiste nach den Grundsätzen der international gewährleisteten rechtlichen und *tatsächlichen* Gleichstellung der Angehörigen der Minderheiten entsprechen.

BEGRÜNDUNG.

In einer Reihe von Staaten mit Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion wurden eine

Reihe von Gesetzen erlassen und Verwaltungsmassregeln getroffen, weche, obgleich gewöhnlich in äusserlich einwandfreier Form erlassen, geeignet waren, die Angehörigen der Minderheiten in wirtschaftlicher Hinsicht ausschliesslich oder in hervorragendem Ausmasse zu treffen, ja es sind in einer Reihe von Staaten solche Gesetze und Verwaltungsmassnahmen von der öffentlichen Meinung und in zahlreichen Kundgebungen seitens des Mehrheitsvolkes geradezu als Mittel bezeichnet worden, die Minderheiten wirtschaftlich zu schädigen, ihren Einfluss auf wirtschaftlichem Gebiete auf Kosten der Mehrheit zu verringern und insbesondere entnationalisierend zu wirken. Hieraus ergibt sich, dass die Gleichstellung der Angehörigen der Minderheiten besonders auf wirtschaftlichem Gebiete geradezu die wichtigste Voraussetzung für die zufriedenstellende Lage der Minderheiten in den einzelnen Staaten ist, ja dass die national-kulturelle Freiheit, die als ethische Forderung für die Beziehungen der Völker Anerkennung gefunden hat, ohne sie mehr oder weniger wertlos ist. Deshalb wurde dieser Punkt besonders detailliert dargestellt, ohne allerdings seiner mannigfachen Erscheinungsformen wegen alle Punkte erschöpfen zu können, bezüglich derer nach den gemachten Erfahrungen, Bedrückungen und Drangsalierungen der Minderheiten in den einzelnen Staaten stattgefunden haben.

XVI.

Verkehr mit dem Stammlande.

1. Den Wechselbeziehungen kultureller, wirtschaftlicher, religiöser, sportlicher und anderer Art der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten mit ihrem Stammlande und stammverwandten Ländern sind die tunlichst geringsten Schwierigkeiten zu bereiten.

2. In dieser Richtung ist den Minderheiten soweit als möglich eine privilegierte Stellung einzuräumen (Pass- und Verkehrserleichterungen, Bezug von Büchern, Lehrmitteln usw.)

3. Konfessionellen Minderheiten kann eine Unterordnung unter die religiösen Oberbehörden des Stammlandes, soweit sie sich geschichtlich entwickelt hat, nicht verwehrt werden.

4. Bei Ausübung von Berufen und Gewerben durch Angehörige nationaler und sprachlicher Minderheiten sind Befähigungsnachweise, die im Stammlande erworben werden, nach Möglichkeit anzuerkennen, falls im eigenen Staate keine Mög-

lichkeiten der Ausbildung in der Sprache dieser Minderheit bestehen; dies gilt insbesondere für Lehrpersonen und für Absolventen von Fach- und Hochschulen, wenn im eigenen Staate keine solchen mit der Unterrichtsprache der betreffenden Minderheit bestehen.

BEGRÜNDUNG.

Die Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion sind naturgemäss durch Beziehungen kultureller, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, religiöser und anderer Art mit ihrem gleichnationalen, gleichsprachigen und gleichreligiösen Stammlande verbunden und es kann sich häufig ein gedeihliches Eigenleben dieser Minderheiten ohne enge Wechselbeziehungen zu ihrem Stammlande gar nicht entfalten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

III.

Ethnografische und örtliche Lage. Statistik.

In die historische Vergangenheit der ethnografischen Insel des Szatmárgebietes fügt sich gleichsam wie der Stein eines Mosaikbildes die soziale Gegenwart mit ihrem bestehenden Rahmen. Die sogenannten statischen Faktoren des sozialen Nebeneinanderlebens sind der Schauplatz, die ethnografische Lage und Umgebung sowie die Statistik.

Der uns interessierende Landstrich, der südliche Teil des Szatmárkomitates ist von Norden durch die Szamos bewässert, in der Mitte fliesst die Kraszna hindurch. Zum grösseren Teil fällt er in die nordöstliche Ecke der ungarischen Tiefebene und trägt auch alle Merkmale des Tieflandes an sich. Hier wechseln Sandhügel und die fruchtbare Fläche des ehemaligen Ecseder Moores ab. So ist die äussere Ansicht des Nagykárolyer Bezirkes und ein Teil des Erdőder Bezirkes gestaltet. Weiter ostwärts, über Erdőd hinaus, am Ostrand des Erdőder Bezirkes

ändert sich das Bild. Hier erheben sich die sanften, bewaldeten Hügelwellen des Buchengebirges (Bükkhegység).

In einem vierzig Km. langen und zwanzig Km. breiten ziegelförmigen Flächenraum, in zwei lose mit einander zusammenhängenden Gruppen breiten sich die blühenden Dörfer der Szatmárer Schwabensiedlungen aus. Im Westen an die Nyirség angelehnt liegen in von Norden gegen Süden fortlaufender Linie die Gemeinden *) Mérk, (Valláj), Csalános, Mezőfény, Csomaköz, Szaniszló und Mezőpetri. In Berührung mit diesen steht: Nagykároly, das Zentrum und nördlich davon Kaplony und Kálmánd. Isoliert im Süden als einzelne Punkte liegen: Mezőterem und Érdengeleg. Vom Zentrum gegen Osten als kleines Gruppengebilde finden wir: Nagymajtény, Gilvács und die schon zum Erdőder Bezirk gehörige Gemeinde Krasznaterebes. Von dieser südwärts wieder als einzeln stehender Punkt Királydarócz.

An der Ostseite dieses rechteckigen Flächenraumes, teilweise schon an den Vorgebirgen des Buchengebirges (Bükkhegység) wo die vorherrschende ethnografische Färbung schon ins Rumänische neigt, liegen in nordsüdlicher Richtung aneinandergereiht: Nagymadarász, Erdőd, Szakasz, Nagyszokond, Krasznasándorfalu und Krasznabéltek. Am Südrand, angrenzend an das Szilágyer Bezirk liegt wieder ein isolierter Flecken: Nántü, während am Gegenpol dem nördlichsten Punkt des Erdőder Bezirkes Szinfalu und Alsóhomoród eine abseits stehende Gruppe bilden.

Als ganz alleinstehende, verstreute Einheiten gelten im Ugocsaer Bezirk Turterebes, im Szatmárer Bezirk (Zajta), im Szinérváraljaer Bezirk Józsefháza und Barlafalu und im Tasnáder Bezirk des Komitates Szilágy Tasnádszántó und Tasnád.

Und wie gestaltet sich die ethnografische Umgebung? Hier am Kreuzungspunkt von Ost und West liegen zwei vom Norden nach dem Süden parallel laufende Linien, die ungarische und rumänische Sprachsgrenze. Zwei Völker, zwei Kulturen, zwei einander kaum verstehende Welten stehen sich hier gegenüber. Doch ist diese Sprachsgrenze keine starre Linie, sie verläuft allmählich in eine Übergangszone und das ethnografische Bild zeigt hier auch keine ständigen, sondern zeitweise wechselnden Züge.

*) Die in Klammern befindlichen Ortsnamen beziehen sich auf zu Ungarn gehörige Gemeinden.

Die Gemeinden Pete, Szatmárgörbed, Szamosdob z. B. hatten in der Mitte des vorigen Jahrhunderts noch ungarische Volksmehrheit, heute ist die rumänische Volksrasse griechisch-katholischer Konfession in Mehrheit, während die protestantische ungarische Volksrasse zur Minderheit zusammengeschmolzen ist. Ende des vorigen Jahrhunderts gab es in Batiz nur rumänische, in Sárfalu gleichzeitig nur ruthenische Bevölkerung, heute sind hier durchgehends ungarische Einwohner. Sárköz, Sárköz-Ujlak waren im Jahre 1773 ungarische Orte, Nagypeleske zur selben Zeit ruthenisch. Im Jahre 1830 war Sárköz und Sárköz-Ujlak ungarisch und slowakisch, weil die damalige Grundherrschaft, die Baronen Vécsey inzwischen slowakisches Volk ansiedeln liessen. Nagypeleske war zur selben Zeit vollkommen ungarisch, ebenso wie heute alle diese Dörfer durchwegs ungarisch sind.*)

Weiter südlich im Nagykárolyer Bezirk ist das ethnografische Bild ebenfalls schwankend. Kismajtény ist heute ein rumänisches Dorf, zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war es ein ungarisches. Domahida war ursprünglich eine rumänische Gemeinde, seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat dort das Ungartum die Mehrheit. Zwischen diese zwei rivalisierenden Sprachsgrenzen fügen sich die lose zusammenhängenden Gruppen der schwäbischen Siedlungsgemeinden ein. Die Karakteristik der Übergangszone, das Polyglotte ist auch hier unvermeidlich.

Von den 31 mit Schwaben besiedelten Gemeinden sind Csanálos, Kálmánd, Mezőfény, Alsóhomoród und Krasznasándorfalu einheitlichen Rassenursprunges. Hie und da gibt es zwar auch hier einige Bewohner ungarischer oder rumänischer Herkunft, ihre Zahl ist aber im Verhältnis zur Gesamtzahl der Gemeindebevölkerung so unbedeutend, dass deren Anwesenheit den einheitlichen Rassentypus dieser Gemeinden nicht beeinflusst.

Relative oder absolute deutsche Rassenmehrheit ist in den Gemeinden: Csomaköz, Gilvács, Kaplony, Mezőpetri, Mezőterem, Nagymajtény, Béltek, Nagyszokond, Szakasz und Szinfalu. Ungarische Rassenmehrheit (absolute oder relative) herrscht in Nagykároly, Turterebes, Tasnád und Erdőd. Rumänischer Rassenmehrheit (relativ oder absolut) erfreuen sich Érdengeleg,

*) Siehe das Werk Paul Balogh's „A népfajok Magyarországon", die Statistik von Alex. Fényes und den in Wien 1773 erschienenen, einer Ortsnamenliste gleichenden „Lexikon."

Szaniszló, Királydarócz, Krasznaterebes, Nagymadarász, Nántü, Barlafalu, Józsefháza, Tasnádszántó.

Die ethnografische Umgebung ist im Nagykárolyer Bezirk vorherrschend ungarisch. Überwiegend ungarische Gemeinden füllen die Lücken im Netz der schwäbischen Kolonistendörfer aus. Orte mit ungarischer Rassenmehrheit sind ausser den unter den schwäbischen Siedlungsdörfern erwähnten noch Börvely, Iriny, Érendréd, Bere, Gencs und Érkörtvélyes. Von diesen ist Bere, Börvely und Iriny sogar der rumänischen Volkszählung gemäss monoglott.

Im Nagykárolyer Bezirk gibt es Einwohner rumänischer Rassenabstammung, nach der rumänischen Volkszählung sogar in Mehrheit. Ein Teil derer, vielleicht der grössere, teilt das Los der schwäbischen Sprachsinsel und spricht heute nur mehr ungarisch. Der andere Teil entfällt auf einige kleinere Dörfer am östlichen Rand des Bezirkes. Benachbart ist dieser Landstrich im Norden vom Csengerer Bezirk, westlich von der Nyirség, in beiden ist das ungarische Element bodenständig und dicht vertreten. Im Süden, der Érmihályfalvaer Bezirk des Bihárkomitates ist auch ungarisch, ja im Tasnáder Bezirk des Szilágyer Komitates wettstreitet die ungarische Bevölkerung mit der beiläufig gleich zahlreichen rumänischen um die Mehrheit.

Anders ist die ethnografische Umgebung im Erdőder Bezirk. Stockungarisch sind ausser den schon erwähnten: Erdőd, Hirip, Dobra und Géres, die zwei letzteren sind monoglott. Dazwischen liegt eine Reihe von rumänischen Dörfern. Der benachbarte Bezirk Szatmárnémeti im Norden ist vorherrschend rumänisch, weiter östlich die Bezirke Nagybánya, Szinérváralja und Nagysomkut haben dichte rumänische Bevölkerung. Im Süden weist der Szilágycseher Bezirk des Komitates Szilágy ebenfalls rumänische Volksmehrheit auf.

*

Nach konsequenter historischer Betrachtung der Schwabenfrage in Szatmár bei sozialwissenschaftlicher Beleuchtung, gelangten wir notwendigerweise zur statistischen Perspektive dieser Frage. Denn, nehmen wir an, dass die heutige Lage das Resultat geschichtlicher Entwicklung ist, so kann uns allein ein statistisches Bild die heutige Sachlage zuverlässig vergegenwärtigen.

Wie ein soziales Spiegelbild, das plastische Gesicht der Gegenwart wiedergebend, reflektiert die Statistik selbst auf die

Vergangenheit und beleuchtet logisch auch dunkle Punkte des Gewesenen. Doch wohin führte uns eine Kette statistischer Folgerungen, wenn die Ziffern falsch sind und wenn das aus den statistischen Formeln zusammengefügte Spiegelbild trügt? Denn in den Händen des Soziologen und Historikers ist die Statistik allein der Behelf zur Feststellung der Wahrheit und nichts weiter. Der Politiker aber, verleitet durch Tagesprobleme und politische Devisen, ist leicht versucht, die Waffe der Zahlen seinen Zwecken gemäss zuzurichten, sie gewissen Interessen der Staatsgewalt, wirtschaftlichen oder Klasseninteressen unterzuordnen.

Solche Gedanken beschäftigen den Geschichtsforscher nach Durchsicht der offiziellen Ausgabe der rumänischen Volkszählung vom Jahre 1920, dem „Dicţionarul". Dieser stellt fest, dass im Szatmárer Komitate und dem dazugerechneten Ugocsaer Bezirk 36.250 deutsche Einwohner sind, während die ungarische Volkszählung von 1910. im selben Landstrich nur 7250 Deutsche vorfindet.

Darüber sind wir von vornherein im Klaren, dass der, zwischen den zwei Volkszählungen abgelaufene Zeitraum viel zu gering ist, als dass solch wesentliche Änderung im physischen Bestand einer Volksgruppe, deren mehr als fünffache Vermehrung glaubwürdig wäre.

Viel eher ist anzunehmen, dass eine politischen Zielen dienende Hand die statistischen Daten seinem speziellen Zweck entsprechend geordnet, umgeformt und gruppiert hat; entweder leiteten den ungarischen Statistiker politische Gründe, die Zahl der Deutschen im Szatmárer Komitat so gering zu setzen, oder hatte der rumänische Statistiker ein Interesse daran, die Deutschen hier so zahlreich zu berechnen.

Diese zweierlei Statistik in Bezug auf die nationale Zugehörigkeit vertritt zwei so grundverschiedene Standpunkte, verfolgt zweierlei methodische Prinzipien, so dass ein gemeinsames Resultat nie erzielt werden kann.

Die ungarische Statistik geht vom Prinzip der geschichtlichen Methodik aus und gelangt am Wege der Entwickelungsgeschichte zum nationalen Gedanken als seelische Einheit. Die Szatmárer Einwohner schwäbischer Abstammung und besonders deren junge Generation, die ausser ihren schwäbischen Namen

alles Andere in die ungarische kulturelle- und Schicksalsgemeinschaft verweist, konnten demgemäss als Ungarn gelten.

Da kam aber die rumänische Statistik. Diese hatte im Jahre 1920 das Prinzip der Rassenabstammung (originea etnică) wohl tatsächlich angewendet, aber erst im Jahre 1927 ausgesprochen. Die rumänische Statistik befolgt also in der Frage der nationalen Zugehörigkeit die naturwissenschaftliche Methode, verwirft das seelische Moment aus dem Begriff der Nation total und drängt so den Inhalt der Nation rein zwischen rassenbiologische Schranken. Demgemäss ist der Szatmárer Schwabe, wenn er auch seelisch noch so sehr ungarisch empfindet und keine andere Sprache spricht als nur ungarisch, Einwohner schwäbischer Rasse und kann nie als Ungar gelten.

Es ist eine andere Frage, inwiefern die starre Anwendung dieser rassenbiologischen Methode und die unbegreifliche Vernachlässigung des seelischen Momentes beim heutigen Stand der soziologischen Wissenschaft objektiver Kritik standhält. Oberflächliche soziologische Prüfung weist schon darauf hin, dass der Begriff *Rasse* vor der heutigen Soziologie unbekannt ist; die Rasse hat vor dem Soziologen keine wissenschaftliche Bedeutung. Schon zufolge seiner Exaktität hat dieser Begriff im Bereich der abstrakten Sozialwissenschaften nichts zu suchen, er gehört vielmehr in die zum exakteren Wissenschaftszweig gehörige Biologie.

Es ist Tatsache, dass, was wir in biologischem Sinne Rasse nennen, nichts mit den äusseren und inneren Merkmalen zu tun hat, womit die Völker nach Nationalität klassifiziert werden. In Europa gibt es überhaupt keine reine Rasse und die ungarischen, deutschen, rumänischen etc. Völker sind nicht Rassen, sondern ungarische, deutsche, rumänische etc. Nationen, deren Ganzes nicht auf biologischen, sondern seelischen Elementen ruht.

H. G. Wells*) bestätigt diese Tatsache mit folgender prägnannter Bemerkung: „Eines dürfen wir aber nicht vergessen: dass die Menschenrassen sich derart mischen, trennen, zusammenballen und verschmelzen, wie die Wolken. Die Menschenrassen verzweigen sich nicht vom Stamme, wie die einander nie berührenden Zweige eines Baumes. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass die Menschenrassen sich bei jeder gün-

*) Die Geschichte der Welt. A short history of the world.

stigen Gelegenheit wieder und immer wieder mischen. So verschonen wir uns vor vielen Enttäuschungen und Vorurteilen. Es gibt keinen schwankenderen Begriff, als das Wort „Rasse", und keinen, worauf soviel einfältige Verallgemeinerungen beruhen, wie auf diesem.

Die rumänische Statistik kümmert sich aber recht wenig um all dieses. Von ihrem Standpunkt war allein die politische Zweckmässigkeit massgebend und sie preist sich glücklich, mit ihrer biologischen Methode im Szatmárgebiet – vorläufig freilich erst am Papier – die Expropriation von 30.000 ungarischen Seelen ermöglicht zu haben.

*

Dieses Verfahren trug bis jetzt wenigstens einen wissenschaftlichen Schein; doch auch dieser verschwindet, wenn wir bei detaillierter Durchsicht der Zahlengruppen nach einzelnen Gemeinden die Richtlinien wahrnehmen, womit die technische Durchführung der Volkszählung vor sich ging. Die Rasse kann die Frage der nationalen Zugehörigkeit und des nationalen Bewusstseins nicht entscheiden; umso unverständlicher ist es vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, die Rasse mit der Konfessionsfrage zu verquicken und in Zusammenhang zu bringen. Dies tut die rumänische Statistik; denn die Verteilung der Bevölkerung des Szatmárkomitates im Jahre 1920 gemäss ihrer nationalen Zugehörigkeit stimmt in manchen Fällen vollkommen, in einigen mit geringen Abweichungen, in meisten Fällen aber annähernd mit den konfessionellen Daten der ungarischen Volkszählung vom Jahre 1910 überein.

*

Um Übersicht zu gewinnen, bedienen wir uns der folgenden statistischen Tabelle über die schwäbischen Gemeinden im Szatmárgebiet. Mérk, Valláj und Zajta fehlen von der Tabelle, da diese Gemeinden zu Ungarn gehören. Die Daten der ungarischen Volkszählung vom Jahre 1910 und der rumänischen im Jahre 1920 sind vergleichsweise nebeneinandergestellt. Zur Ergänzung des statistischen Bildes ist die konfessionelle Verteilung der Bevölkerung in 1910 und die Zahl der deutschsprechenden römisch Katholischen im selben Jahre auch angegeben.

Name Gemeinde	Gesammt-Einwohner		Im Jahre 1910 waren			Im Jahre 1920 waren			Juden	Laut Konfession waren im Jahre 1910						Unter den R.-kath. sprechen deutsch
	1910	1920	Ungarn	Rumänen	Deutsche	Ungarn	Rumänen	Deutsche		R. kath.	Ref.	Gr. kath.	Gr. orient.	Izr.	Aug. ev.	im J. 1910
álos	1748	1790	1727	2	19	29	128	1594	—	1594	29	125	—	—	—	355
akõz . . .	2175	2267	2170	5	—	155	712	1367	33	1367	155	619	1	33	—	827
igeleg . . .	1429	1413	716	699	13	262	848	297	6	295	283	802	1	48	—	154
cs	663	663	647	9	—	37	131	491	4	498	32	127	—	1	5	379
ánd	1072	1228	1058	—	4	4	—	1224	—	1059	4	9	—	—	—	5
ny	1937	2018	1933	4	—	312	318	1388	—	1388	312	236	—	1	—	274
fény	1770	1784	1748	—	22	13	47	1724	—	1724	13	33	—	—	—	65
petri	1455	1518	1455	—	—	—	142	1375	1	1373	33	49	—	—	—	1187
terem . . .	2339	2129	1953	362	12	—	772	1357	—	1546	74	712	—	—	7	1312
majtény . .	1894	1732	1809	23	62	45	269	1415	—	1579	45	269	—	—	—	775
károly . . .	16078	15294	15772	216	63	3337	2938	5932	2571	5932	3500	3893	25	2491	230	571
szló	4822	4592	3485	1273	60	710	2099	1599	184	1826	703	2099	2	185	7	349
omoród . .	933	917	120	57	749	21	58	766	64	768	22	56	—	87	—	756
l	3602	3722	3434	133	35	1775	1057	828	—	2139	366	921	—	173	3	1090
darócz . .	2633	2544	1698	930	2	586	1003	819	134	904	586	999	—	140	4	85
nabéltek . .	2245	2487	2158	57	30	896	501	1070	20	1670	54	480	—	40	1	1284
nasándorfalu	592	673	49	19	524	—	18	632	23	530	—	31	1	30	1	518
naterebes .	1531	1498	770	585	169	70	710	655	21	719	38	731	1	41	1	470
madarász . .	1851	1812	432	1412	7	17	1491	205	40	307	17	1491	—	36	—	50
szokond . .	677	707	127	69	481	15	88	585	19	548	15	88	—	26	—	507
. . . . .	930	925	352	483	93	40	526	330	29	374	39	481	—	35	1	134
sz	859	846	122	192	525	1	236	566	13	580	5	254	—	19	1	531
lu	1127	996	125	226	772	23	185	752	24	841	2	249	—	35	—	787
falu . . .	1553	1453	422	1129	2	44	1055	354	—	324	10	1149	—	70	—	264
háza . . .	1420	1237	1040	380	—	194	647	363	22	401	353	647	—	19	—	4
tyehuta . .	532	498	179	235	110	12	270	210	—	249	4	278	—	—	1	179
ebes . . .	3792	3468	3774	10	5	2432	782	—	254	2160	595	782	—	250	—	137
d	5030	5263	4763	236	26	3744	1135	7	371	1683	1592	1069	2	669	14	89
dszántó . .	2459	2355	1168	1279	7	383	1371	519	82	552	403	1411	—	91	2	9
	69148	67829	55206	10025	3792	15157	19537	28424	4915	34930	9284	20090	33	4520	278	13147

Demgemäss weist die Tabelle in den 29 Szatmárer Gemeinden, wo schwäbische Einwohner geschichtlich nachweisbar sind im Jahre 1910, 3782, in 1920, 28.524 deutsche Einwohner aus.

Beim ersten Überblick der statistischen Daten sehen wir die technischen Kunstgriffe klar, womit die rumänische Statistik die Zahlen zusammenstellte. Die konfessionellen Daten der ungarischen Statistik von 1910 ergaben die Grundlage. Von dieser ausgehend ergibt sich aus den röm.-katholischen Seelen des Jahres 1910 die Rubrik der Deutschen für 1920, aus den griechisch Katholischen wurden Rumänen und die Protestanten allein blieben Ungarn.

Csanálos z. B. zählte im Jahre 1910. 1594 röm. kath. Seelen, Csomaköz 1367, Kaplony 1388, Mezőfény 1724, Nagykároly 5932. Genau ebensoviel deutsche Bewohner zeigt uns die rumänische Statistik von 1920 an. In Mezőpetri, Alsóhomoród und Krasznasándorfalu ist, von einigen unansehnlichen Abweichungen abgesehen, der selbe Fall.

Mit dem selben Verfahren geriet die Zahl der Protestanten in den Gemeinden Csanálos, Csomaköz, Kálmánd, Kaplony, Mezőfény, Nagymajtény, Királydarócz, Nagymadarász und Nagyszokond in Jahre 1920. in die Rubrik der Ungarn.

Und um das Bild zu vervollständigen, gerät die Zahl griechisch-katholischen Seelen der Gemeinden Csanálos, Nagymajtény, Szaniszló, Nagymadarász, Nagyszokond, Józsefháza und Turterebes im Ausweis von 1920. in die Rubrik der Rumänen.

Diese Tatsachen kritisch betrachtend, können wir nur von der protestantischen Volksgruppe Szatmárs mit annähernder Gewissheit die nationale Zugehörigkeit feststellen. Würde die rumänische Statistik die ungarischen Daten nicht gar so unwissenschaftlich benützen, so wäre in dieser Hinsicht der Schein der Zuverlässigkeit noch entschuldbar. Aber auf diese Weise? Ist es nicht ganz unwahrscheinlich, anzunehmen, dass bei der protestantischen Bevölkerung von 9 Gemeinden während 10 Jahren keinerlei Veränderung, Zuwachs oder Verminderung zu verzeichnen wäre?

Ganz anders stellt sich die Sache der griechisch-katholischen Bevölkerung. Darin widerspricht schon die Geschichte der Methode der rumänischen Statistik, denn die griechisch-katholische Konfession bedeutet im Szatmárgebiet nicht auch unbedingt rumänische Rassenabstammung. (Fortsetzung folgt.)

Pétition „du Deutscher Volksbund" de la Haute Silésie polonaise concernant la création d'une école primaire dans le district scolaire de Biertutowy.

Le Conseil de la Société des Nations a ajourné l'examen de la pétition du „Deutscher Volksbund" jusqu'à ce que la Cour permanente de Justice internationale ait rendu sa décision sur la requête du Gouvernement allemand du 2 janvier 1928, en vue d'une interprétation des dispositions de la Convention germano-polonaise, et notamment des articles 106 et 131, sur lesquels quant au fond la requête se base apparemment, comme l'avait demandé le Gouvernement polonais dans les observations au sujet de la pétition qu'il a adressées à la Société des Nations en date du 1-er mars 1928.

Il convient de relever qu'avant de s'adresser directement au Conseil de la Société des Nations conformément à l'article 147 de la Convention de Genève du 15 mai 1922 sur la Haute Silésie, le „Deutscher Volksbund" avait adressé à l'Office polonais de Minorités de Katowice, le 29 décembre 1926, un appel au Conseil de la Société des Nations au sujet de la même affaire en vertu de la procédure prévue par les articles 149 et 157 de la Convention de Genève. Ces articles ont la teneur suivante :

„*Article 149*: En ce qui concerne l'application et l'interprétation des dispositions de la présente partie par les autorités administratives qui reçoivent des ordres par la voie hiérarchique, les personnes appartenant à une minorité pourront, conformément aux dispositions qui suivent, soumettre pour examen une pétition à l'Office des minorités de leur Etat. Celui-ci transmettra, conformément aux stipulations spéciales contenues dans les articles suivants, ces pétitions au Président de la Commission mixte pour avis. Dans le cas où les pétitionnaires ne seraient pas satisfaits de la solution donnée à l'affaire par l'autorité administrative, ils pourront faire appel au Conseil de la Société des Nations.

Article 157: L'appel au Conseil de la Société des Nations prévu à l'article 149, devra être adressé à l'Office des minorités. Celui-ci en obtiendra la transmission au Conseil par le Gouvernement".

Le pétitionnaire relève dans sa pétition qu'il n'a pu obtenir de réponse sur le sort de cet appel lorsqu'il a posé la

question à l'Office des minorités de Katowice, ce qui l'a engagé à s'adresser directement au Conseil en vertu de l'article 147. Le Gouvernement polonais relève dans ses observations que s'il n'a pas cru devoir jusqu'à présent transmettre l'appel en question au Conseil ce n'est pas qu'il veuille aucunement modifier le fonctionnement de la procédure normale prévue par la Convention de Genève pour l'examen des pétitions de minorités, mais parce qu'il a estimé que la question faisant l'objet de la pétition ne saurait être utilement examinée par le Conseil en ce moment. Il est évident, quel que soit le bien fondé de l'opinion du Gouvernement polonais, que cela ne saurait le dispenser de l'obligation de transmettre la pétition au Conseil, qui est seul juge de l'opportunité de l'examen de la pétition. Le Gouvernement polonais paraît s'en être rendu compte, d'où sa déclaration „qu'il ne veut aucunement modifier le fonctionnement de la procédure normale prévue par la Convention de Genève pour l'examen des pétitions des minorités".

Relevons avec satisfaction que M. Urrutia, représentant de la Colombie au Conseil de la Société des Nations et rapporteur dans cette question, a cru devoir insister sur ce point: „Je dois constater, dit-il textuellement dans son rapport, que le Gouvernement polonais se rend pleinement compte de l'importance que présente, pour le fonctionnement normal du système de protection des minorités institué par la Convention de de Genève en Haute Silésie la prompte transmission au Conseil des appels formulés par la minorité en vertu des articles 149 et 157 de ladite Convention". M. Urrutia a proposé „que le Conseil prenne acte de cette déclaration du Gouvernement polonais". Le Conseil adopta la proposition du rapporteur et décida l'ajournement de l'examen de la question. M. von Schubert qui représentait le Gouvernement allemand au Conseil déclara accepter le rapport en ajoutant qu'il désirait faire ressortir qu'il concevait les articles 149 et 157 de la Convention de Genève, ainsi que le rapport, comme comportant l'obligation pour les Gouvernements polonais et allemand d'assurer, sans aucune exception, la prompte transmission des appels formulés par les minorités.

Äusserungen zum Kultusgesetz im rumänischen Senat.

Seit einiger Zeit wird das innerpolitische Leben Rumäniens durch die Diskussionen um das neue Kultusgesetz im Senat in ständiger Erregung gehalten. Es handelt sich dabei um ein fundamentales Gesetz, das im Anschluss an das mit dem Heiligen Stuhl in Rom abgeschlossene Konkordat, das Verhältnis der verschiedenen religiösen Gemeinschaften zum Staate und umgekehrt, zu regeln berufen sein soll. Es handelt sich also dabei nicht um die Trennung des Staates von der Kirche, sondern darum, die griechisch-orientalische Orthodoxie als Staatskirche anerkannt zu sehen. Der neue Gesetzentwurf sieht eine weitgehende Reglementierung der minderheitlichen Kirchen seitens des Staates vor und sichert auch in absolut innerkirchlichen Angelegenheiten ein Einspruchsrecht dem Staate zu, ein Recht in einem Masse, das die überlieferte Autonomie dieser Kirchen geradezu illusorisch macht. Die Angelegenheit hätte im Parlament nicht viel Staub aufgewirbelt, wenn die Kategorie der minderheitlichen Kirchen sich nur auf die nationalen Minderheiten beziehen würde. Dem ist aber nicht so, denn ein bedeutender Teil des Rumänentums in Siebenbürgen und Banat gehört der griechisch-katholischen Kirche zu und wird durch dieses Gesetz ebenfalls hart in seiner kirchlichen Autonomie getroffen. Zu erwähnen wäre dann noch, dass der grösste Teil der national-zaranistischen Partei (nationale Bauernpartei) in Siebenbürgen sich aus griechisch-katholischen Rumänen zusammensetzt, so dass auch der bedeutendste Teil dieser politischen Opposition durch das neue Kultusgesetz im Wege seiner minderheitlichen Kirche getroffen wird.

Es ist also selbstverständlich, dass die Vertreter des griechisch-katholischen Rumänentums in erster Reihe den neuen Gesetzentwurf bekämpfen und dem rumänischen Staate das Recht absprechen, sich zu Gunsten der griechisch-orientalischen Orthodoxie in die innerkirchlichen Angelegenheiten der minderheit-

lichen Kirchen, also auch in die der griechisch-katholischen rumänischen Kirche, einzumengen. Die Kampfstellung der griechisch-katholischen rumänischen Kirche einerseits und die scharfen Ausfälle der griechisch-orientalischen Staatskirche andererseits weisen darauf hin, dass es sich last not least um den Katholizismus handelt, dem die Orthodoxie nicht verzeihen kann, dass er einen grossen Teil des Siebenbürger Rumänentums dem westeuropäischen Christentum zugewendet hat und damit angeblich die Einigkeit des Rumänentums und die Hegemonie der Orthodoxie gebrochen hat.

Nur so lassen sich die mit keinerlei sachlichen Argumenten stützbaren Ausfälle erklären, die seitens der führenden Persönlichkeiten der Orthodoxie im Senate vernehmbar waren und die ein eigenartiges Licht auf die Mentalität der rumänischen Orthodoxie werfen, eine Mentalität, die in westeuropäischer Relation befremdend wirken muss.

Es sollen bei dieser Gelegenheit hier nur einige Sätze wiedergegeben werden, die gelegentlich der weitgehenden Diskussionen im Senate gefallen sind und die eine so deutliche Sprache sprechen, dass ein Kommentar sie nur schwächen könnte.

Am 17. März sagte der griechisch-orientalische Bischof *Ciorogariu* unter anderen: „Die Grundidee des kanonischen Rechtes ist die päpstliche Theokratie, die die ganze Erde beherrschen will. Kann unser nationales Leben von diesem Gesetzesbuch aus reguliert werden? Die höchste kirchliche Behörde ger griechisch-katholischen Kirche ist in Rom und besteht aus Kardinälen. Zweihundertachtunddreissig Jahre sind verflossen, seit die griechisch-katholische Kirche Rom unterstellt ist, es gab aber noch keinen einzigen rumänischen Kardinal und erst jetzt wurde interveniert, dass der rumänische Staat für die Katholiken des Landes einen Kardinal erwirken soll. Die orthodoxe Kirche ist eine echte rumänische Kirche. Unsere Zerteilung in zwei Kirchen bringt eine Zersplitterung des Rumänentums mit sich. Nach Genf, das von uns einen Verzicht auf einen Teil unserer Souveränität verlangt, kommt der Papst, der auch einen Teil unserer nationalen Souveränität verlangt. Wenn wir weiter so nachgeben, wohin kommen wir dann mit unserer nationalen Souveränität?“

Universitätsprofessor *Bogdan-Duică* sagte am selben Tage im Senat unter anderen: „Die Angelegenheit, die wir heute hier bekämpfen wollen, beschäftigte jene Gebiete (Siebenbürgen-Banat) schon seit dem Jahre 1000. Es ist der geschichtliche Prozess des Vordringens des Katholizismus, der auf neun Jahrhunderte zurückgeht und der sich nicht entfalten konnte, ohne auch viele unserer Brüder zu erfassen. Der Gesetzentwurf des Herrn Ministers Alexander Lapedatu bezweckt die Erfassung dieser alten siebenbürgischen Strömung und ihre Anpassung an das vergrösserte Mutterland. Der Gesetzentwurf stellt eine Schranke zwischen unserem Lande und jener Länder auf, von wo diese schädlichen Bewegungen auf die Seele unseres Volkes ausgehen. Mit statistischen Daten lässt sich nachweisen, dass die griechisch-katholische Kirche in den Komitaten Mármaros, Szatmár und Szilágy die Vielsprachigkeit förderte und bei der Entnationalisierung des dortigen Rumänentums kräftig mitwirkte. Ich spreche hier als Geschichtsforscher und kann auf Grund verschiedener Dokumente nachweisen, dass der griechisch-katholische Glaube zur Schwächung unseres Volkes beigetragen hat. Der Fehler der griechisch-katholischen Kirche liegt darin, dass sie intransigent auf der Basis einiger kanonischen Rechtsätze beruht, die mit der Wirklichkeit gar nichts gemeinsam haben und dass sie nur als ein Widerhall des westlichen Katholizismus gelten kann."

Pfarrer *Turcu* äusserte sich am 19. März im Senat wie folgt: „Die Patriarchen der Orthodoxie verstanden es in erster Reihe die nationalen Führer des Volkes zu sein, deren geistliche Führer sie waren und erst dann hielten sie das Volk jener Kirche treu, an deren Spitze sie standen. Die Päpste dagegen hatten als Ergebnis ihrer Politik Ergebnisse, die an Grausamkeit weit das übertrafen, was man sich von den ärgsten heidnischen Führern vorstellen konnte. Die glorreichste Figur im Kampfe zur nationalen Vereinigung Mihai Viteazul war das Opfer der Katholiken, die ihn verrieten, obwohl er sie vor grossen Gefahren schützte. Die Annahme des katholischen Glaubens seitens vieler siebenbürger Rumänen war das Werk der Magyaren, die das rumänische Volk entzweien wollten."

Pfarrer *Ciuhandu* sagte am 20. März unter anderen folgendes: „Der Baptismus versuchte gerade dort Fuss zu fassen,

wo die orthodoxe Kirche gegen die griechisch-katholische und römisch-katholische Kirche die schwersten Kämpfe auszufechten hatte. Es ist wahr, dass das Ministerium die Lage der Sekten geordnet hat, diese Sekten entwickeln aber auch weiterhin die grösste Tätigkeit über jene Rechte hinaus, die ihnen gewährt wurden. Das gefährdetste Bistum Arad unternahm zwar eine Gegenoffensive gegen diese kräftigste Sekte, hatte aber nicht die erhoffte Wirkung, da ihr Sanktionen fehlen und sie von den Behörden nicht genügend energisch unterstüzt wurde. Die Baptisten benutzten in ihrer Propaganda die Bezeichnung „Kirche" und „Kult", obwohl dies ihnen untersagt ist, da sie nur die Bezeichnung „baptistisch-religiöse Vereinigung" führen können. Die Baptisten gingen in starker Verwegenheit so weit, die orthodoxe Kirche zu beleidigen, wofür sie dann auch den Gerichten ausgeliefert wurden. Die Mehrzahl ihrer Prediger sind Fremde und hielten ihre Predigten in ungarischer Sprache, obwohl dies ihnen untersagt war. Nun konnte man feststellen, dass die Gendarmarie dabei ihre Pflicht nicht erfüllte, ja sogar die Baptisten unterstützte.

Wenn man dann gegenüber der Baptisten Massnahmen traf, so wurden wir vor der ganzen Welt denunziert, wir hätten ihre Ausrottung beschlossen und wurden ärger als die Barbaren dargestellt. Die siebenbürgische orthodoxe Kirche will gegen die Sekten vorgehen und verlangt von der Regierung eine strenge Kontrolle der Sekten."

Am 21. März sagte der Arader orthodoxe Bischof *Comșa* im Senat: „Der Gesetzentwurf enthält das grösste Entgegenkommen und die grösste Freiheit, die irgend jemand den Minderheitskirchen gewähren kann. Jeder Kultus besteht aus unzähligen Akten der Ehrerbietung Gottes. Es sind aber bei uns Vereinigungen, deren Hauptziel nicht die Ehrerbietung der Göttlichkeit ist, sondern die Zersetzung unserer Orthodoxie. Die baptistischen Propagandisten sind nicht von der Idee erfüllt sich zu Gott zu erheben, sondern haben minderwertigere Ziele. Ich würde es gerne sehen, dass die Baptisten nur von tiefen religiösen Gefühlen beherrscht sind, konnte aber bisher dafür garkeinen Beweis irgendwo erblicken. Ein französischer Schriftsteller schrieb über den Baptismus, dass dieser den Barbarismus des Orients aufleben lassen will und dass die letzte Festung des Westens unsere Orthodoxie bildet. Ich verstehe, dass die

Sekten, die direkt vom Heidentum zum Christentum bekehrt wurden, heidnischen Beeinflussungen noch unterliegen, da die Seele dieser nicht leicht jene Gefühle verlieren kann, von welchen sie bisher beherrscht wurden. Wir verstehen aber nicht den Baptismus in Rumänien, wo der Baptismus ein exotisches Gebilde ist. Eine Erklärung kann nur in der Politik gesucht werden.

Am 22. März erklärte der Clujer orthodoxe Bischof *Ivan:* Seit zehn Jahren werden von Staatsgeldern katholische Schulen, Pfarren und katholische Kirchen aufrecht erhalten, die nicht einmal im ehemaligen Ungarn diese Unterstützung genossen haben. All diese benützen aber ihre Einkünfte um irredentistische Propaganda gegen den rumänischen Staat zu betreiben. Ich will auch einige Worte über jenes Folterinstrument sagen, das ich lieber gar nicht gesehen hätte: das Konkordat. Durch dieses Konkordat werden die übrigen Kirchen gestärkt, denn 4 Millionen Minderheiten haben 17 kirchliche Organisationen, wogegen wir Rumänen nur 18 kirchliche Organisationen besitzen. Ich glaube, all diese Bisttümer wurden zu Unrecht aufgestellt, da man nur das Geld unserer rumänischen Bauern raubt, die ungeheure Steuern zahlen müssen, um diese Gehälter bezahlen zu können."

*

Die oben angeführten Äusserungen lauten in rumänischer Sprache folgendermassen:

Cuvântarea P. S. S. Episcopul Ciorogariu.

Ideia fundamentală a lui „Corpus juris canonicii" este teocraţia papală, care aducea întreg pământul sub puterea Papei. Poate regula viaţa noastră internă acest cod de legi catolice?

Ar urma azi, ca toate averile uniţilor să capete o concentrare pe care n'au avut'o sub habsburgi.

Să vedem şi latinitatea dv. Colegiul suprem al bisericii unite este la Roma şi e format din cardinali. Timp de 238 ani dela Unire n'a fost nici un cardinal român şi aţi intervenit acum, ca statul să obţină prin concordat un cardinal pentru catolicismul din România. Biserica ortodoxă este neaoş românească.

Impărţirea noastră în două religii, aduce desmembrarea românismului şi fără această împărţire, n'am fi fost siliţi să dăm naştere la aceste discuţii. După Geneva, care ne cere să renunţăm la o parte din suveranitatea naţională vine Papa, care ne cere şi el o parte din această suveranitate. Dacă am ceda mereu, — unde am ajunge cu suveranitatea noastră?

Cuvântarea d-lui Prof. Bogdan Duică.

Chestiunea pe care o atacăm azi, cuprinde o problemă care dăinueşte în ţinuturile acestea încă de pe la anul 1000. Un proces de 9 veacuri a penetraţiei catolicismului nu s'a putut desfăşura fără ca să nu lase urme asupra unor fraţi ai noştri.

Proiectul d-lui Al. Lapedatu are menirea să prindă vechile curente ardeleneşti şi să le adapteze patriei mărite.

Proiectul pune graniţă între ţara noastră şi ţările de unde vin influenţele străine dăunătoare asupra sufletului poporului.

. . . . . .

Produce date statistice spre a arăta că biserica unită ne-a adus în Maramureş, Satmar, Sălaj, etc. poliglotismul şi a contribuit puternic la desnaţionalizarea românilor localnici.

Eu sunt aici în calitate de istoric şi bazat pe documente pot dovedi că religia greco-catolică a contribuit la slăbirea neamului.

. . . . . .

Greşala uniţilor este, că stau intransigenţi pe baza unor canoane care nu mai au nimic comun cu realitatea şi că se socotesc un simplu ecou al catolicismului apusean.

Cuvântarea d-lui părinte Turcu.

Patriarhii au înţeles să fie mai mult agenţii naţionalismului popoarelor, pe care le păstoreau decât să fie slujitori ai bisericilor ai căror şefi erau. Papii, prin politica lor au dus la rezultate care depăşesc prin cruzime, tot ce s'a putut imagina chiar de cei mai răi dintre prinţii păgâni.

Cea mai strălucită figură a faptelor pentru întregirea neamului, Mihai Viteazul, a fost victima catolicilor care l-au trădat după ce el îi scăpase din grele primejdii.

D-sa crede că unirea unei părţi dintre românii ardeleni cu biserica catolică este opera maghiarilor, cari au căutat să rupă pe români în două.

Cuvântarea d-lui părinte Ciuhandu.

Baptismul a încercat să câştige teren tocmai acolo unde biserica ortodoxă era slăbită, din cauza luptelor ce avusese să ducă împotriva uniţilor şi catolicilor. E drept că ministerul a reglementat apoi situaţia sectelor, dar ele continuă să-şi desfăşoare activitatea dincolo de drepturile acordate. Episcopia Aradului, cea mai lovită, a dus o contra ofensivă, din cele mai viguroase împotriva sectelor, însă n'a avut efectele dorite din cauza lipsei de sancţiuni şi a lipsei de energie a autorităţilor.

Baptiştii au făcut uz în propaganda lor de titulatura de „biserică" şi „cult", deşi li-se interzisese aceasta, dându-li-se dreptul să-şi spună numai „asociaţie baptistă religioasă"... In îndrăzneala lor baptiştii mergeau până la insultarea bisericii ortodoxe, dar pentru aceasta au fost daţi în judecată. Predicatorii lor erau majoritatea străini şi ţineau cuvântările lor în ungureşte,

deşi aveau ordine contrare, s'a constatat apoi că jandarmeria nu-şi făcea datoria faţă de ei, ba chiar îi încuraja. Dacă se luau însă măsuri împotriva lor, ne denunţau lumii întregi că am decretat exterminarea lor şi eram prezentaţi mai rău decât barbarii.

Biserica ortodoxă ardeleană a reacţionat împotriva sectelor, cerând guvernului să ia măsuri şi să ţină sectele sub strânsă supraveghere.

Cuvântarea P. S. S. Episcopul Comşa al Aradului.

Arată că legea de faţă constitue maximul de generozitate şi de libertate, pe care îl poate oferi cineva bisericilor minoritare.

. . . . . .

Cultul e format dintr'un ansamblu de acte prin care se aduce închinare lui Dumnezeu.

Sunt însă la noi asociaţii care nu au ca ţintă principală închinarea faţă de Divinitate, ci tind mai mult la desfiinţarea ortodoxiei noastre. Aceste vrăjmaşe asociaţii sunt sectele religioase.

Propagandiştii baptismului sunt cuprinşi, nu de ideia de a se ridica spre D-zeu, ci au alte scopuri mai puţin avuabile. Am dori să vedem că baptiştii sunt stăpâniţi numai de sentimente religioase adânci, dar până azi nu ne-au dat nici o dovadă de acest fel. Un scriitor francez ocupându-se de baptism spune că sub el tinde să reînvie barbaria orientului şi că ultima fortăreaţă a occidentului o formează ortodoxismul nostru.

Înţelegem că influenţe de păgânism să se fi păstrat în sânul sectelor care treceau dela păgânism direct la creştinism, pentrucă sufletul cuiva nu se leapădă aşa de uşor de sentimentele care l-au stăpânit până atunci. Dar nu ne putem explica deloc baptismul în România, unde este o floare exotică. Dacă s'ar găsi o explicaţie acea ar trebui căutată în politică.

Cuvântarea P. S. S. Episcopul Ivan al Clujului.

A arătat că de 10 ani se susţin, — din visteria Statului, — şcoli, canonici şi biserici catolice, bani cu cari nu se ajutau aceste biserici nici pe vremea ungurilor. Aceştia însă, folosesc veniturile lor pentru propaganda iredentistă contra Statului român.

Dar, să spunem şi câteva vorbe despre instrumentul acela de tortură, pe care mai bine nu l-aş fi văzut, care este Concordatul. Prin el se întăresc bisericile celelalte, căci 4 milioane de minoritari au 17 organizaţii bisericeşti, iar noi românii avem numai 18 organizaţii bisericeşti.

Credem, că toate aceste episcopii nu era drept să fie înfiinţate, căci se face un jaf în banii ţăranilor români, cari trebuie să plătească biruri, cu cari să acopere lefurile acelea.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Unsere Bibliografie.

Am 24. Januar vorigen Jahres suchte mich Jakob Robinson Advokat in Kaunas mit folgenden Zeilen auf: „Vor allen Dingen muss ich aber meiner Überraschung darüber Ausdruck geben, dass wir alle, nicht Ungarn, keine Ahnung haben von der ausserordentlichen Arbeit, die auf dem Gebiete des Minderheitenproblems von Ihren Stammesgenossen geleistet wird. Ganz zufällig erhielt ich das Minderheiten-Vade mecum von Baranyai. Trotz meiner sehr geringen ungarischen Kenntnisse, konnte ich doch auf Grund einer oberflächlichen Durchsicht des Inhaltes dieses Werkes zur Überzeugung gelangen, dass wir es hier mit einer erstklassigen Arbeit zu tun haben, die kaum ihresgleichen hat. Es ist traurig, dass die allermeisten von dieser Arbeit keine Ahnung haben. Noch mehr aber war ich überrascht, als ich bei dem Studium des am Ende des Buches vorhandenen bibliographischen Teiles anlangte. Ich wurde von ihr so sehr impressioniert, dass ich mir vorgenommen habe an das Studium des Ungarischen heranzutreten."

Nach diesen einleitenden Zielen berichtet Herr Robinson, er wolle die ganze Bibliografie des Minderheitenproblems zusammenstellen; dann bittet er, ich möge ihm sämtliche Nummern der *Magyar Kisebbség* und der *Glasul Minorităţilor* zur Verfügung stellen ebenso wie alle meine Studien und Artikel, die dieses Problem behandeln.

Ich lernte Herrn Jakob Robinson am ersten Minderheitenkongress in Genf im Oktober 1925 kennen. Seine bei dieser Gelegenheit abgehaltene, umfassendes Wissen und weiten Horizont verratende Rede, liess die geplante Bibliografie als ein wertvolles Werk erwarten. Und doch fühle ich es nun, nach Empfang des Buches „Das Minoritätenproblem und seine Literatur" *)

*) Das Minoritätenproblem und seine Literatur. Kritische Einführung in die Quellen und die Literatur der europäischen Nationalitätenfrage der Nachkriegszeit, unter besonderer Berücksichtigung des völkerrechtlichen Minderheitenschutzes. Allgemeiner Teil. Von Jakob Robinson, Rechtsanwalt in Kaunas (Litauen). Gross-Oktav. 265 Seiten. 1928. Verlag von Walter de Gruyter & Co. Berlin und Leipzig. M. 9·—.

als Pflicht meine freudige Überraschung zu verkünden, dass unsere Minderheitenliteratur solch einen Schatz gewann.

Den Wert und Inhalt menschlicher Ideale und Ziele kann man auch danach ermessen, welche und wie viele Köpfe sich mit ihnen befasst haben und noch befassen.

Hohe Ideale und Ziele haben eine grosse Literatur und jede Literatur mehr oder weniger vollkommene Bibliografie.

Es ist daher natürlich, dass jene, die dem universellen Minderheitsgedanken als internationalrechtlich geschützter Idee dienend auf zehnjährige Vergangenheit zurückblicken eine womöglich vollständige Bibliografie beanspruchen, um auch damit bezeugen zu können: fast kein Bestreben, keine Idee übte auf den Geist der Kulturwelt in verhältnismässig so kurzer Zeit solche grosse Wirkung aus, wie die ihrige.

Wir Ungarn können mit Stolz feststellen, dass an der ersten bibliografischen Zusammenstellung dieser neuen Literatur unsere Nationsbrüder mitgearbeitet haben.

In der Ausgabe der Ungarischen Gesellschaft Für Aussenpolitik erschien die erste solche Zusammenstellung und im Werk Zoltan Baranyai's diejenige, worüber sich Robinson im obigen Brief so anerkennend äussert.

Ausser diesen erwähnt und erläutert Robinson noch die von Ruyssen, Fouques-Duparc, Steinmetz, Arrowsmith und die in dem „Jidischen Sammelbuch" enthaltene.

Diese alle muten uns primitiv an im Vergleich zu dem Werk, welches nun Robinson uns vorlegt.

Die russische, lettische, litauische, polnische, ukrainische, tschechische, deutsche, dänisch-norwegische, schwedische, holländische, französische, italienische, katalanische, rumänische, spanische, bulgarische, englische, hebräische und jidische Sprache versteht dieser ausgezeichnete Advokat so weit, dass er sämtliche in diesen Sprachen erscheinenden Werke liest, (die ungarische Sprache begann er auch zu lernen) somit ist er zweifellos berufen, eine polyglotte Bibliografie zusammenzustellen, worin nicht nur das Material aufgezählt ist, sondern dem wissenschaftlichen französischen System gemäss („bibliographie raisonnée") zugleich die einzelnen Werke kurz erläutert. Dadurch hat der Leser a priori die Möglichkeit, sich zu vergewissern, ob er im erwähnten Werk auch das gesuchte Material findet.

Robinson verspricht in seiner Einleitung die Erläuterungen

mit grösster Sachlichkeit zu behandeln und wertloses Material lieber gar nicht aufzunehmen, als darüber strenge Kritik zu üben.

Nach den bisher erwähnten obigen Bibliografieen legt der Verfasser uns jene Ausgabenserien (Schriftenserien) vor, die unser Problem eingehend behandeln und unsere Literatur um fünfzehn Studien bereichert haben, danach zählt er die Zeitschriften auf. Diese sind folgende: *Nation und Staat*, erscheint in deutscher Sprache seit September 1927 in Wien. Redakteur: Br. Üxküll-Güldenband (Deutscher). *Glasul Minorităților*, erscheint seit 1923 in Lugos in rumänischer Sprache, seit 1925 mit rumänischen, deutschen und französischen Artikeln. Redakteur: Elemér Jakabffy (Ungar). *Kulturwille*, erscheint seit Mai 1925 in Berlin in deutscher Sprache. Redakteur: Jan Skala-Lužičan (Pole). *Natio*, erscheint polnisch, deutsch, französisch und englisch seit 1. Jänner 1927 in Warschau. Redakteure: seitens der Ukrainer Michal Czerkowski, seitens der Juden Isack Grünbaum, seitens der Deutschen Erwin Hasbach, seitens der Weissrussen Fabian Jeremicz und Daniel Olseyko. *Sprawy Narodowościowe*, erscheint in Warschau seit Jänner 1927 in polnischer Sprache Redakteur: St. J. Paprocki (Pole). Ferner die Interessen einzelner Nationalitäten vertretend das *Bulletin du Comité des Délégations Juives*, erscheint seit 1919 in Paris. *Der Auslanddeutsche*, erscheint seit 1918 in Stuttgart. *Magyar Kisebbség*, erscheint seit 1922 in Lugos. *Ostland*, erscheint seit 1926 in Hermannstadt. *Bulletin du Bureau de minorités russes à Genève*, erscheint seit 1927 in Genf. *Deutsche politische Hefte*, erscheint seit 1921 in Hermannstadt.

Robinson führt danach die Studienquellen des Minderheitenproblemes an; dieser Abschnitt ist wahrhaft verblüffend, weil daraus hervorgeht, welch riesiges Material derjenige durchstudieren muss, der diese Frage gründlich kennen will.

Ferner gibt er uns Bericht über alle Beschlüsse und Äusserungen (Resolutionen, Memoranden, Reden) der Interparlamentarischen Union, der International Law Association und der Minderheitenkongresse, welche im Interesse der Lösung des Problemes gebracht, geschrieben oder verlautbart worden sind.

Danach erst befasst er sich mit den übrigen Werken und Studien, deren Aufzählung und kurze Erläuterung nahezu 200 Seiten beansprucht.

Die ganze Literatur jedes einzelnen Minderheitsproblemes bekommen wir in diesem einzigartigen Werk in abgesonderter

Gruppierung. Um dies vor unseren Lesern zu beglaubigen, führen wir im folgenden wörtlich jenen Absatz an, worin Robinson die Literatur bekanntgibt, die sich hinsichtlich der rumänischen Minderheitsangelegenheiten auf die Kolonisten- und Religionsminderheitenfrage bezieht:

i) Minderheitenschutz in Rumänien:

aa) Ungarische Kolonisten:

1. Documents communiqués au Secrétariat de la S. d. N. par le Ministère des Affaires Etrangères de Roumanie (betr. religiöse Minderheiten, Schulen der nationalen Minderheiten, Landenteignung in Transylvanien), J. O. 1923, IX. S. 1065 bis 1070.

2. Petition Ungarischer Farmer im Banat und in Transylvanien, J. O. 1925. VII. S. 1000–1012. (S. auch Suppl. Report VI, Assembly, S. 16–17, Rapport VII, S. 50–52, Rap, Suppl. VII, S. 26.)

3. Bemerkungen der Rumänischen Regierung, J. O. 1925. VII. S. 1012–1014 (revised text J. O. 1925. XI. S. 1585–6).

4. Bericht Mello Franco und Verschiebung. II. VI. 25, J. O. 1925. VII. S. 891.

5. Diskussion, Erklärung Titulescu, Bericht Mello Franco und Annahme des Berichts (5. XI. 25), XXXV., J. O. 1925. X. S. 1341–1352.

6. Statistische Daten über die Lage der ungar. Kolonisten. J. O. 1925. X. S. 1456–1459.

7. Bericht Mello Franco, II. XII. 25 (XXXVII), über Verteilung von 700.000 Goldfranken zwischen den ungarischen Kolonisten (J. O. 1926, IX. S. 331–332).

8. Annahme des Berichtes Mello Franco durch den Rat (XXXVII, II. XII. 25), J. O. 1926, II. S. 160—161.

9. Note des Generalsekretärs, 16. VI. 26, betr. die Verteilung von 700.000 Fr. unter den ungar. Siedlern, J. O. 1926. VIII. S. 1084–87.

bb) Religiöse Minderheiten in Rumänien:

1. Petition der katholischen, reformierten und unitarischen Kirchen betr. Privatschulwesen in Rumänien und die Bemerkungen der Regierung. J. O. 1926, VI. S. 741–742.

2. Schreiben Lord Robert Cecil an Duca (J. O. 1926, VI, 742).

Vgl. auch:

Klein, Gustav, Dr.: Die Klage der ungarischen Kolonisten beim Völkerbunde – DPHGR, Jahrg. V. 1925, H. 11–12, S. 5–8, 4°.

Die Petition der Kolonisten des Ardeal und Banat an den Völkerbund – rumänisch: Glasul Minorităţilor, III, 1925, H. 4–6, S. 16–25 (zum Bericht Mello Franco's. Jakabffy Elemér: La conclusiile d-lui Mello Franco, Glasul Minorităţilor, Anul III, H. 10, S. 5–10).

Balázs, Andrei, Dr.: Paşii făcuţi de bisericile ardelene la Geneva (Glasul Minorităţilor, IV, 1926, H. 1–2, S. 15 bis 22), – behandelt die Klage der Minderheitenkonfession in Siebenbürgen.

Pétition des Colons Hongrois du Banat et de la Transylvanie (Glasul Minorităţilor, IV, 1926, H. 1–2, S. 33–46).

Protection des Minorités en Roumanie. Observations du Gouvernement roumain à la pétition supplémentaire des églises réformées, unitaire et catholique de Transylvanie au sujet de loi roumaine sur l'enseignement privé, Genève, Imp. Atar 1925, 163 p.

Georges de Lukács: La Roumanie et les optants hongrois, (Revue de Hongrie XXIX, S. 53–58).

Ladislas de Buza: L'Affaire des Colons Hongrois du Banat et de la Transylvanie devant la S. d. N. (Revue de Hongrie XXXIV, S. 101 bis 112).

Ich glaube, schon mit dieser Vorführung bewiesen zu haben, dass im Gebiet der Minderheitsliteratur noch kein Werk entstand, welches mühsamere Zusammenstellung beansprucht hätte und grösser angelegt wäre, als die Bibliografie Jakob Robinsons, widmet sie doch solchen Detailfragen auch viel Aufmerksamkeit.

Es ist ein wahrhaft erhebendes Gefühl, schon so weit gelangt zu sein. Darum bitten wir jeden, der im Dienste des universellen .Minderheitsgedanken steht, dies Werk anzuschaffen, weil damit nicht nur seine Kenntnisse erweitert, sondern unser Glaube an die Zukunft gestärkt wird.

Elemér Jakabffy.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. APRILIE / AVRIL / APRIL 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 4

Zwiespältige Mentalität.

Ein Beitrag zur Charakteristik der nationalen Krise.

von **Dr. Ewald Ammende**

Generalsekretär der europäischen Nationalitäten-Kongresse.

In der kürzlich erschienenen ersten Nummer des Bulletins für Minderheitenfragen der Völkerbundligenunion — es soll jetzt regelmässig herausgegeben werden — macht der Vizepräsident der Union, Sir Willoughby Dickinson, die Feststellung, dass infolge der offenen Erklärung von Seiten der italienischen Regierung, das Vorgehen gegen die Deutschen und Slowenen Italiens sei auf eine „Italienisierung" gerichtet, heute eine Krise in der Nationalitätenfrage bestehe. Er charakterisierte sie mit den folgenden Worten: „Wenn solch eine Politik tatsächlich in Wirkung bleibt, so muss sie zu Revolten und Kriegen führen". Sir W. Dickinson hat in der ihm eigenen mutigen Weise hier das zum Ausdruck gebracht, was auf dem dritten Genfer Nationalitätenkongress den Inhalt einer an den Völkerbund gerichteten Kundgebung bildete. Auch damals wurde der Standpunkt vertreten, dass infolge der brutalen Entnationalisierung in Italien heute eine Krise für den Frieden in Europa und speziell für den Völkerbund bestehe.

Bekanntlich hat der Völkerbund auf seiner dritten Vollversammlung im Herbst 1922 in Form einer Resolution den Wunsch geäussert, alle Staaten, die Mitglieder des Bundes sind, also auch solche, für die keine Schutzverträge bestehen, sollten ihren Minderheiten freiwillig die gleichen Rechte einräumen, wie das in den Verträgen vorgesehen ist. Die Grundsätze des Minderheitenrechtes schienen damit ein für allemal zu

den Postulaten des Völkerbundes erhoben. Obwohl diese Resolution auch von Italien gebilligt und anerkannt worden war, setzt die italienische Regierung sich heute, wie man weiss, in der konsequentesten Weise über ihre Bestimmungen hinweg. Ja, sie stellt dem Grundsatz von der nationalen Toleranz ihre eigene These gegenüber – die des Rechtes eines jeden grossen Volkes, seine Minderheiten im Interesse der Einheitlichkeit seiner nationalen Kulturgestaltung kurzerhand zu entnationalisieren. Dabei steht gerade Italien – und darin liegt das Bezeichnende – soweit es sich um die eigenen Volksgenossen im Auslande und nicht etwa die Minderheiten im eigenen Lande handelt, selbst auf dem Boden jener Grundsätze der dritten Völkerbundsversammlung. Es verlangt, dass diese Angehörigen seines Volkes, ganz gleich wo sie leben – in Jugoslavien, Malta, Frankreich oder Tunis – die unbedingte Garantie für ihre national kulturelle Entwicklungsfreiheit erhielten. Dafür nur einige Beispiele:

Auf die Artikel des Berichterstatters des „Manchester Guardian" über die Bedrückung der Deutschen in Südtirol hält das römische „Giornale d'Italia", ein Blatt, das wie alle italienischen Zeitungen Sprachrohr des Faschismus ist, dem englischen Blatt nichts anderes als die „Verengländerung" der italienischen Bevölkerung auf Malta entgegen. Doch noch charakteristischer ist ein anderer Fall. Bekanntlich leben im Süden Frankreichs – von den französischen Kolonien ganz abgesehen – viele Hunderttausende von Italienern. Frankreich wünscht nun, dass diese vielfach bereits seit Generationen dort ansässigen und daher bodenständigen Italiener in den französischen Staatsbürgerverband übertreten. Wohl um nicht inkonsequent zu erscheinen, verlangt Italien demgegenüber für seine Volksgenossen in Frankreich nicht etwa „Minderheitenrechte", sondern, dass sie italienische Staatsbürger bleiben sollen. Im praktischen Nutzeffekt läuft das darauf hinaus, dass Italien hinsichtlich seiner im Auslande bodenständig gewordenen Volksteile ganz bedeutend weitergehende Kontrollrechte und Zusammenhänge beansprucht, als es irgendeinem anderen Staat in Bezug auf seine Konnationalen je getan hat. Dass es sich hier formal um Fremden – und nicht um Minderheitenrecht handelt, ändert am Wesen der Sache gar nichts. In den demnächst zwischen Italien und Frankreich stattfindenden Verhandlungen soll diese Ange-

legenheit einen besonderen Verhandlungsgegenstand bilden. Es ist von Interesse, wie Senator Dr. Benedetto Cirmeni nun den italienischen Standpunkt im einflussreichsten Blatte eines mit Italien befreundeten Landes („Pester Lloyd" vom 12. Jänner 1928) motiviert. Er äussert: „Es begreift sich von selbst, dass jeder freie und unabhängige Staat absolut Herr im eigenen Haus ist, mithin kein fremder Staat Einsprache gegen eine Aktion erheben kann, die darauf abzielt, dass die in Frankreich und seinen Kolonien ansässigen fremden Staatsangehörigen französische Staatsbürger werden sollen." Cirmeni beweist nun, dass es sich hier für Frankreich um einen Ausnahmefall handelt. „Wollen wir von dem viel missbrauchten Argument der Brüderlichkeit, der gemeinsamen Abstammung, der religiösen und Gefühlsgemeinschaft und dem ganzen übrigen Zubehör der „lateinischen Schwesternschaft" absehen", – schreibt er – „doch sollte man sich darüber nicht so leicht hinwegsetzen, dass Italien im Weltkriege Frankreich bei zwei Gelegenheiten gerettet hat, – einmal durch seine Neutralitätserklärung bei Kriegsbeginn, die Frankreich in die Lage versetzte, sich mit seiner ganzen bewaffneten Macht gegen Deutschland zu werfen und das andere Mal durch den Eintritt Italiens in den Krieg in einem für die Ententeheere kritischen Zeitpunkt." Aus dieser Feststellung ersieht man: Italien, das zu Hause die Angehörigen fremder Völker, obwohl sie dort bereits seit Jahrhunderten leben, aufs konsequenteste entnationalisiert, verlangt unter der fadenscheinigen Motivierung, dass alle in Frankreich lebenden Italiener zwecks Wahrung ihrer national kulturellen Individualität, auch wenn sie dort schon lange bodenständig sind, italienische Staatsbürger bleiben sollen.

Hier haben wir es mit einem geradezu klassischen Fall jener zwiespältigen Mentalität zu tun, die für die eigenen Volksgenossen im Auslande an Rechten alles fordert, gleichzeitig aber die Existenz von nationalen Minderheiten im eigenen Staate nicht dulden will. Studiert man die Geschichte der Kriegs und Vorkriegsjahre, so wird man feststellen müssen, dass diese Art von Mentalität, die am besten durch den Satz: „Was mir erlaubt ist, ist den anderen verboten" charakterisiert wird, gewissermassen die Grundlage des Vorkriegsimperialismus und entsprechend einer der wesentlichsten Gründe zur Vergiftung der Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten und -völkern war.

Leider besteht diese zwiespältige Mentalität heute nicht nur in Italien, sondern bis zu einem gewissen Grade auch in den meisten anderen europäischen Ländern. Gewiss, nirgends anderwärts geht heute eine so offen und mit allen Mitteln konsequent durchgeführte Unterdrückung der Minderheiten vor sich, als in Italien, aber – und darüber sollte nicht mehr geschwiegen werden – die Zahl der Staaten, die es über sich gebracht haben, ihren Nationalitäten eine in der Tat befriedigende Kultur- und Organisationsmöglichkeit zu geben, etwa wie Estland durch die Kulturautonomie, ist immer noch eine sehr kleine. Das gilt speziell auch von denjenigen Staaten und Völkern, die mit Rücksicht auf ihre im Auslande lebenden Volksgenossen in einem ganz besonderen Masse am Minderheitenproblem interessiert sind. Wohl fordern sie für diese auswärtigen Volksangehörigen die allerweitgehendsten Rechte, in der praktischen Durchführung dieser Grundsätze bei sich zu Hause wollen sie – gelinde ausgedrückt – meist nur langsam vorwärtsschreiten. Immer wieder treten, oft allerdings infolge von lokalen Schwierigkeiten in den Grenzgebieten, Hemmungen ein, die erfahrungsgemäss nur unter Aufbringung einer grossen Energie überwunden werden können. Dass dieser Zustand – das Fordern nach aussen hin und das Versagen im Innern – die Entwicklung zur allgemeinen Regelung des Nationalitätenproblems im hohen Masse aufhält, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden, denn es fehlt jetzt der Ansporn zu seiner Lösung, ein Ansporn, der vielleicht von einer entscheidenden Wirkung wäre.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich denn auch, warum dem Zustandekommen der Genfer Nationalitätenkongresse eine grosse, praktische Bedeutung beizumessen ist. Vielleicht das Wertvollste an ihnen ist eben die Tatsache, dass sich auf ihnen die Delegierten der allerverschiedensten völkischen Gruppen zu einer Arbeits- und Interessengemeinschaft verbunden haben – einer Gemeinschaft, die für die Anerkennung der nationalen Entwicklungsfreiheit kämpft, diesen speziell auch, soweit es sich um die eben erwähnte zwiespältige Mentalität der Stammvölker handelt. Schreiber dieser Zeilen kann es Dank seiner Stellung inmitten aller nationalen Gruppen bestätigen, dass sämtliche am Kongress beteiligte Minderheiten diesen Standpunkt auch ihren Muttervölkern gegenüber in der allerkonsequentesten Weise vertreten. Gerade darum ist er hier

zur Feststellung berechtigt, dass die Stellungnahme der Minderheiten und ihrer Führer, wenn sie wirksam sein soll, auch von der öffentlichen Meinung der Mehrheitsvölker unterstützt werden müsste. Der Kampf gegen die zwiespältige Mentalität der Vorkriegsjahre, den die Nationalitäten heute führen, bedarf eben einer moralischen Unterstützung aller jener, die es ernst mit einer Verständigung zwischen den Staaten und Völkern Europas meinen. Man sollte sich nur vergegenwärtigen, dass die Herbeiführung eines Umschwunges in der soeben charakterisierten Mentalität vielleicht bedeutsamer ist, als das Zustandekommen der vorteilhaftesten Wirtschaftsabkommen unserer Tage. Wozu es kommen muss, wenn der gegenwärtige Zustand der Ungelöstheit des Nationalitätenproblems auch weiterhin bestehen bleibt, wird man am allerbesten aus dem folgenden Beispiel ersehen: In einem der südosteuropäischen Staaten müssen in Anbetracht des Umstandes, dass im Nachbarlande ein Entnationalisieren der dort lebenden Volksgenossen erfolgt, Tausende von Rekruten täglich aus ihren Lehrbüchern lernen, dass das betreffende Nachbarland ein Feind ist, von dem es die unterdrückten Brüder zu befreien gilt. Dieses nur ein Beispiel. Sollte man sich da noch wirklich wundern, wenn es trotz der internationalen Beschwichtigungsmethoden in irgendeiner Ecke Mittel- oder Osteuropas plötzlich zu brennen beginnt?

Das Streben zur Aufgabe der zwiespältigen Mentalität – zur loyalen Lösung des Nationalitätenproblems, wie die Genfer Nationalitätenkongresse es verkörpern, liegt somit zweifellos im Interesse aller europäischen Staaten und des friedlichen Ausgleiches zwischen ihnen. Es verdient daher auch die Unterstützung aller jener, die sich ehrlich nach einem Frieden des Kontinentes sehnen.

Chestia cultelor în România.

– Discursul d-lui Elemer Gyárfás în Senat la 21 Martie 1928 –

Domnule președinte, domnilor senatori! Înainte de ce aș intra în examinarea și desvoltarea chestiunilor, cari sunt în legătură strânsă cu proiectul de lege de față, cred că e datoria mea cavalerească ca să fac o declarațiune în numele tuturor minorităților, fără deosebire de confesiune și de naționalitate.

Domnilor senatori, dela întrarea noastră în viața publică a României, am găsit și am simțit totdeauna din partea ministerului cultelor o bunăvoință netăgăduită și necontestată. Aceasta trebue s'o recunoaștem.

După iscălirea tratatului de pace, când d-l Goga a fost titularul ministerului Cultelor, s'a inaugurat la acest departament un regim, care este hotărît binevoitor față de noi, regim care a fost menținut și prin urmașii d-sale, domnii miniștrii Banu, Lapedatu și Goldiș. În adevăr, toți acești domni miniștrii, cât și colaboratorii lor, totdeauna s'au ocupat cu deplină bunăvoință și încredere cu chestiunile noastre. Pe când, pe de altă parte, din partea ministerului Instrucțiunii Publice am suferit în nenumărate rânduri nespus de mult, încât am fost nevoiți odată să cerem chiar sprijinul și să alergăm la Liga Națiunilor. (Întreruperi.)

O voce: Rău ați făcut!

D-l P. Gârboviceanu: Nu vă supărați, dacă vă întrerup. D-l ministru al Cultelor nu se poate amesteca în biserică, iar domnul ministru al școalelor trebue să se amestece în școală. (Aplause).

D-l Elemer Gyárfás: Îmi pare foarte rău, d-le Gârboviceanu, că trebue să declar, că pe când pe deoparte am avut totdeauna deplină bunăvoință din partea ministerului Cultelor, tratamentul nostru din partea ministerului Instrucțiunii Publice și în politica școlară este și astăzi atât de greu și de ofensător, încât cu inima foarte tristă îl putem suporta și nu știm nici astăzi, cum să ne apărăm față de acest procedeu.

D-l P. Gârboviceanu: Din 19 puncte cerute de dumnealor — eu, care am fost în delegațiune, o pot spune — 17 puncte au fost admise și dumnealor s'au declarat mulțumiți.

D-l Elemer Gyárfás: D-le Gârboviceanu, dați-mi voie. Eu nu vreau ca acum, la discuțiunea legii cultelor, să mă ocup prea mult cu chestiunea școlară. Va veni legea învățământului secundar, când voi avea ocaziune să vă arăt, că plângerile noastre în această chestiune sunt pe deplin întemeiate.

Domnilor senatori, trebue să recunoaștem și faptul, că în pregătirea acestei legi — și dacă nu la început, totuș mai târziu — am fost ascultați și că d-l ministru al Cultelor ne-a dat prilejul să expunem cerințele noastre și că întrucât a fost cu putință, cerințele noastre au fost luate în considerare.

Dar totuş această bunăvoinţă nu a fost suficientă ca să se rezolve toate problemele noastre şi să fie alcătuit un proiect de lege, care să fie satisfăcător.

Domnilor senatori, am situaţiunea foarte grea, că sunt singurul reprezintant politic al minorităţilor maghiară şi germană, şi prin urmare sunt silit să expun vederile tuturor cultelor, cultului protestant, cât şi a catolicilor din nouile ţinuturi. Prin urmare, voiu expune mai întâi punctele de vedere minoritare generale, şi după aceea voiu expune ca reprezentant al bisericei catolice din Transilvania, din încredinţarea organizaţiunii noastre de acolo, şi câteva puncte de vedere, cari privesc numai catolicismul.

D-l P. Gârboviceanu: Dar d-l Dr. Makkai pe cine a reprezentat ieri?

D-l Elemer Gyárfás: D-l Dr. Makkai este reprezentantul oficios al bisericei calvine şi a fost încredinţat din partea celorlalte culte protestante să facă o declaraţiune comună. Şi eu sunt încredinţat din partea tuturor cultelor minoritare să expun vederile lor pe terenul politic al chestiunei.

D-l Elemér Gyárfás: Domnilor Senatori, am spus că cu toată bunăvoinţa d-lui ministru al Cultelor, nu s'a putut face o lege satisfăcătoare, şi anume din patru motive:

Mai înainte au fost deja aduse, şi au fost deja stabilite câteva principii în Constituţiune şi în legea de organizaţiune bisericească a bisericei ortodoxe, care principii, au împedecat, ca această lege să fie înfăptuită aşa, cum am fi dorit noi. *Principiul egalităţii lipseşte din această lege* şi trebue se lipsească, fiindcă Constituţiunea face distinţiuni între culte declarând pe unul dominant, iar pe celalalt ca având prioritate.

Al doilea motiv pentru care această lege nu ne îndestulează, este *lipsa de încredere* care se vede în acest proiect. Acest punct de vedere a fost eri desvoltat de către episcopul Makkai. Această lipsă de încredere faţă de noi a avut ca consecinţă ca acest proiect să fie saturat cu măsuri poliţieneşti, întroducându-se aci un regim pur poliţienesc.

Al treilea motiv cu care a trebuit să luptăm, au fost *influenţele şi tendinţele extremiste*, pe care le-am văzut atât în comisiunele Senatului, cât şi zilele trecute aici în şedinţă, pe

larg desvoltate în faţa onoratului Senat în vorbirea părintelui Ciuhandru şi reprezentate în mod pasionant de d-l Turcu.

Al patrulea motiv care a împedecat alcătuirea unei legi satisfăcătoare a fost *nerespectarea trecutului istoric şi nerespectarea drepturilor istorice câştigate.* Această mentalitate a fost exprimată prin d-l Prim ministru Vintilă Brătianu, cu cuvintele: „noi nu suntem moştenitorii orişicui". Eu cred că fiecare dintre noi este moştenitorul cuiva, şi că trebue să se ţină seamă de trecutul lui.

Domnilor Senatori, zilele trecute s'au discutat aci foarte mult *raporturile dintre stat şi biserică.* În ceiace priveşte aceste raporturi, se cunosc mai multe sisteme dintre care trei sunt mai importante.

Primul sistem este sistemul *bisericii de stat* care a existat aci în vechiul Regat. Acest sistem a existat şi în Rusia ţaristă. El este aplicat şi astăzi în Anglia şi acest sistem a existat până la războiul mondial şi în Austria. Pe lângă acest sistem, care mai există în unele ţări, biserica este a statului. Ea are tot sprijinul statului şi prin puterea statului se menţine. Ea are preponderanţă faţă de celelalte biserici.

Cel de al doilea sistem este cel al *statului laic.* D-l prim ministru Vintilă Brătianu, are o ideologie pe care o repetă foarte des: „România este un stat laic". Această ideologie vine din Franţa, unde s'a declarat pentru prima oară laicismul statului.

Această ideologie a fost aplicată şi în Italia înainte de Mussolini. Acuma Mussolini, care cunoaşte bine scopurile şi necesităţile ţărei sale, abandonează acest sistem.

Al treilea sistem, este *sistemul nostru ardelean cu bisericele sale istorice.* Aceasta nu este sistemul statului laic. Statul n'a rupt legăturile sale cu bisericele, ci el le recunoaşte şi pe temeliile acestor biserici doreşte să-şi clădească întregul său sistem.

Eu cred că şi statul român nu trebue să fie nici aconfesional, dar nici nu trebue să aibă biserică de stat. El trebue să fie creştin şi se stea pe temelia şi pe temiul cultelor istorice, aşa cum stă scris şi pe stema României: „nihil sine Deo".

Prin urmare acest sistem al statului laic trebue abandonat odată pentru totdeauna.

Domnilor Senatori, spre a pricepe această concepţiune ardeleană, cu diferite biserici recunoscute trebue să cunoaştem desvoltarea religioasă a Ardealului.

D-l Elemér Gyárfás: Precum ştiţi dv. toţi, dela 1000 până 1540, în Ardeal, care era atunci parte intregantă a Ungariei, a existat o singură biserică, aceia catolică.

D l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Era şi biserică ortodoxă, dar nu era recunoscută.

D-l Elemér Gyárfás: Despre aceasta voi vorbi mai târziu, şi cred că şi Înalţii Prelaţi uniţi vor arăta că după concepţia noastră, chiar şi biserica românească era atunci catolică. (Protestări pe băncile clerului ortodox.)

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Eram schismatici. În toate documentele suntem socotiţi ca atari.

I. P. S. S. Mitropolitul Ardealului, Nicolae Bălan: Acceptaţi versiunea istorică în chestiunea aceasta, domnule senator!

D-l Elemér Gyárfás: Eu vorbesc numai despre minorităţile germane şi maghiare, nu vorbesc despre români, căci cred că sunt alţii mai chemaţi decât mine să vorbească în această chestie.

În anul 1540 a murit ultimul rege independent, Ioan Zapolya, şi atunci s'a întrodus protestantismul în Ardeal, care tot odată cu moartea acestui rege, a devenit independent de Ungaria. Să întrodusese luteranismul mai înainte, după aceia calvinismul şi în sfârşit unitarismul.

Germanii din Ardeal au adoptat confesiunea luterană iar maghiarii au adoptat mai întâi confesiunea calvină, după aceia au trecut în majoritate la unitari, şi în sfârşit au rămas cei mai mulţi calvini.

Această eră a ţinut dela 1540 până la 1605, adică 64 de ani, până când confesiunea protestantă s'a răspândit în Ardeal şi s'a aşezat acolo. În 1604 au ajuns pe tronul Ardealului principii protestanţi şi atunci a venit o eră, care a ţinut 86 de ani, până la 1690, când principii Ardealului erau fără deosebire, toţi de religie calvinistă, şi când această biserica a fost considerată, dacă nu ca biserică dominantă, însă ca biserică marei majorităţi a Ardealului, pe când saşii au adoptat luteranismul, iar o parte destul de însemnată din maghiari, mai ales secuimea, a rămas credincioasă bisericei sale strămoşeşti catolice.

În 1690 au întrat Habsburgii din Ardeal şi au preluat imperiul asupra Ardealului. Cu preluarea imperiului în 1690 s'a iscălit un contract numit „diploma leopoldianum", în care contract imperatorii austriaci au recunoscut starea de fapt, care

era în Ardeal în chestiune religioasă şi s'au obligat că nu vor turbura această stare de fapt şi vor respecta drepturile câştigate ale patru bisericilor recunoscute.

Am auzit ieri plângeri multe, că s'ar fi făcut violenţe din partea guvernelor faţă de populaţia românească din Ardeal, şi anume din partea Habsburgilor, şi d-l. senator Ciuhandu spunea: că ungurii le-au făcut. Trebue să stabilesc faptul că nu noi ungurii ci guvernul austriac din Viena a protejat atunci în câteva locuri, şi nu chiar în modul cel mai blând tendinţa de recatolizare şi că nu numai români au fost închişi la Kufstein, dar şi un mare număr de maghiari a suferit acolo, iar generalul Bucov a dărâmat nu numai bisericele româneşti, ci tot el a fost acela, care a ucis o mulţime de secui în jud. Ciuc.

Aceasta a fost situaţiunea în Ardeal până la 1867 când s'a înfăptuit unirea Ardealului cu Ungaria. Odată cu declararea acestei uniri Ungaria, legislaţia ungară a recunoscut, precum a recunoscut şi Habsburgii în 1690, drepturile bisericiilor recunoscute istorice...

D-l Elemér Gyárfás: ... drepturile istorice, recunoscute ale bisericilor Ardealului şi egalitatea între aceste biserici.

P. S. S. Episcopul de Roman, Lucian Triteanu: Afară de aceia ortodoxă.

D-l. Elemér Gyárfás: Mă rog, drepturile bisericii ortodoxe au fost recunoscute în 1791. prin art. de lege Nr. 60, care spune din cuvânt în cuvânt, că: biserica orientală neunită de rit grec, care a fost până acum o biserică tolerată, se intăreşte în exerciţiul liber, pe baza acestui articol, aşa că toţi credincioşii acestei biserici să fie dependenţi de episcopi şi aşa mai departe.

Domnilor senatori, în această desvoltare istorică, se vede că cultele istorice sunt concretizările evenimentelor şi desvoltărilor istorice, precum şi dispoziţiilor, necesităţilor sufleteşti şi tradiţiilor strămoşeşti.

Cari sunt consecinţele acestei desvoltări istorice a cultelor din Ardeal? Eu aşi dori să vă atrag atenţiunea asupra următoarelor patru consecinţe:

Intâiu este aceia, că prin această desvoltare istorică *fiecare cult s'a întărit pe bazele sale strămoşeşti, fiecare cult are autonomia sa strămoşească, are drepturile sale câştigate şi asigurate de veacuri.*

A doua consecinţă a fost o *toleranţă reciprocă* şi un respect reciproc între credincioşii diferitelor culte; iar pe de altă-parte, d-lor senatori, un devotament şi o afecţiune tradiţională care de altfel este în strânsă legătură cu susceptibilitatea şi sensibilitatea faţă de orice vătămare.

A treia consecinţă, este *un interes viu şi din partea laicilor pentru chestiunile bisericeşti* şi participarea lor efectivă în toate manifestaţiile vieţii bisericii, ceiace este necunoscut aci în vechiul regat.

A patra consecinţă, este o distincţiune absolut clară a rolului bisericii şi a cultului în viaţa publică şi privată. Noi, dincolo, nu confundăm niciodată viaţa publică şi viaţa privată, cu biserica şi cu cultul. Noi facem o distincţiune absolut clară şi nu introducem nimic în viaţa privată a familiilor, nu introducem acele diferenţe care ne despărţesc în chestiunile bisericeşti şi nici în viaţa publică noi nu introducem această diferenţă, ci respectăm totdeauna credinţa unora şi altora.

Domnilor senatori, în cursul desbaterilor la această lege, am văzut cum neînţelegerile în această chestiune au ca sursă împrejurarea, că dvoastră aci, în vechiul regat, aţi avut până acum, până la întregirea ţării, o singură biserică şi prin urmare în concepţiunea dvoastră *confesiunea şi naţionalitatea sunt identice*, pe când în realitate ele *sunt două lucruri foarte distincte.*

Noi dincolo în Ardeal, am făcut întotdeauna *o distincţiune foarte clară între confesiune şi naţionalitate.* Ca să luăm de pildă biserica catolică — şi aci nici nu vreau să vorbesc de biserica catolică de rit grec, ci numai de biserica catolică de rit latin, care are un milion şi jumătate de credincioşi — când se vorbeşte aci de biserica catolică toată lumea crede că este o expoziţură a tendinţelor ungureşti, ceeace este greşit, deoarece biserica catolică, ca şi în toată lumea, aşa nici în Ardeal nu este o biserică naţională, astfel încât nici credincioşii bisericii catolice din Ardeal nu aparţin nici unei singure naţionalităţi, ci se împărţesc în două părţi: o parte sunt maghiari, altă parte sunt germani şi afară de aceste două mai sunt şi de altă naţionalitate.

D-l Elemer Gyárfás: ... Slovaci, Italieni şi alţii.

În ceeace priveşte protestanţii, sunt între ei cam 700.000 Maghiari, iar restul de 300—400.000 sunt Germani.

În ceeace priveşte împărţirea naţionalităţilor, Maghiarii se

împart cel puțin în patru confesiuni: catolici, reformați, unitari, evanghelici. Germanii se împart în două confesiuni. Sunt: catolici și luterani. Prin urmare dincolo noi facem o distincțiune clară între confesiune și naționalitate. Nu le confundăm nici odată una cu cealaltă. Știm foarte bine, că *confesiunea e una, iar naționalitatea, limba și cultura este altceva.* Dacă dv. priviți această chestiune cum este în realitate, cred că aceste împrejurări vă vor liniști, că de exemplu nu se poate imagina ca biserica catolică din Ardeal să fie o expoziturá a tendințelor iredentiste maghiare, pentrucă această biserică unește în sânul ei cel puțin tot atâți Germani, cât și Maghiari.

Aceasta este situațiunea și cu protestanții. Germanii nu pot întreprinde prin bisericile protestante aici, o mișcare pangermanistă, pentrucă între ei sunt o mare parte de Maghiari.

D-l I. Grădișteanu: Calvinii sunt exclusiv Maghiari.

D-l Elemer Gyárfás: Într'adevăr, calvinii sunt exclusiv Maghiari, dar Maghiarii nu sunt exclusiv calvini. Știm bine, că în chestiunile, cari privesc limba și cultura noastră, trebue să conlucrăm cu calvinii, cu luteranii. Când e vorba de credința noastră, de chestiunile bisericii, trebue să conlucrăm cu catolicii de alte naționalități.

În aceste puncte am dorit să vă arăt punctele generale, cari privesc pe minorități în această lege.

Scopul legii este reglementarea cultelor minoritare. Or, domnilor, pe lângă punctele noastre de principii, pe cari le-a desvoltat, s'a dovedit în cursul desbaterilor din comisiuni, că nu s'a luat în seamă în mai multe puncte *nici cerințele, asupra cărora toate cultele minoritare au fost de acord.* Prin urmare, partdul maghiar și german, ca reprezentanți politici ai acestor minorități, cari sunt în acelaș timp și credincioși ai cultului catolic, și tuturor cultelor protestante, nu pot primi această lege.

În ceeace privește acum *chestiunile speciale a catolicilor,* eu știu prea bine, că înalții Prelați greco-catolici vor răspunde demn la toate chestiunile, cari s'au ridicat aici. Totuș cred, că este datoria mea să răspund și eu la câteva obiecțiuni, cari s'au făcut aici în chestiunea catolicismului.

Când am vorbit mai înainte despre religia străveche a Ardealului, am cutezat să spun, că după părerea mea credința străveche a Românilor nu ar fi putut să fie alta, decât cea catolică și cred că neavând nici o competință în contestarea suc-

cesiunii din Dacia Traiană, cred că n'au putut fi acei succesori ai lui Traian, când au trecut la creştinism, n'au putut avea altă credinţă, decât cea catolică. Prin urmare, credinţa cea mai veche...

D-l Elemér Gyárfás: Cea mai veche a românilor dacă acceptăm succesiunea Daciei Traiane, n'a putut fi alta decât catolică. (Intreruperi, sgomot.)

Cred că Inalţii Prelaţi greco-catolici vor desvolta această chestiune cu mai multă competenţă.

P. S. S. Pimen, Mitropolitul Moldovei şi Sucevei: Aţi luat în discuţie o chestiune prea grea pentru dv. Lăsaţi să o rezolve alţii. (Aprobări.)

P. S. S. Episcopul Iuliu Hossu: Are dreptate; şi d-l Iorga spune. (Sgomot.)

D-l Elemér Gyárfás: Domnilor senatori, zilele trecute s'a vorbit aci foarte mult despre unirea românilor care s'a făcut la anul 1700. Chestiunea acesta va fi desigur expusă şi desvoltată de către Inalţii Prelaţi greco-catoliçi. Eu ca minoritar şi ca maghiar doresc să stabilesc numai un singur fapt. *S'a spus aci cum că trecerea românilor la catolicism s'a făcut sub influenţa maghiară.*

Contest domnilor, şi eu care m'am ocupat de această chestiune din copilăria mea, ştiu foarte bine că nu maghiarii, ci *guvernul Habsburgic din Viena, a influenţat această trecere şi nu a fost un interes maghiar, ci adresat chiar în contra maghiarilor, ca să aibă în poporul român din Ardeal, o armă în contra maghiarilor de acolo.*

Părintele D. Turcu: Bela Husar nu era ungur?

D-l Elemér Gyárfás: Nu suntem aşa departe. Suntem de abia la 1700. (Ilaritate.)

Domnilor senatori, nu mă ocup mai departe de această chestiune, pentrucă socotesc că nu este bine să facem aci un proces istoric. Este vorba numai să rezolvăm problema noastră actuală şi concordatul.

Când vorbim de chestiunea catolicismului, trebue să discutăm în primul rând chestiunea actualului concordat. Aci s'a spus...

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Să-mi daţi voe. Eu cred că dv. nu ar trebui să cădeţi în greşala acelor, care au discutat concordatul. Să discutăm acum legea noastră

şi când va veni rândul concordatului, îl vom discuta atunci. Eu nu vă împiedic, dar vă atrag numai atenţiunea.

D-l Elemér Gyárfás: Aş dori, d-le Ministru, să lămuresc numai două puncte.

S'a spus aci că concordatul ar fi o *ştirbire a suveranităţii.* Domnilor senatori, în toate statele s-au încheiat concordate fără ca să fi gîndit cineva că aceasta poate fi o ştirbire a suveranităţii.

Trebue să ridicăm chestiunea, *cui foloseşte acest concordat?* Dacă dv. citiţi broşura, scrisă de d-l Vasile Goldiş, veţi vedea din această broşură, că *concordatul* făcut şi iscălit de d-l Goldiş *foloseşte singur, exclusiv, numai statului şi poporului român.* (Intreruperi.)

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Eu cred că ambelor părţi.

D-l Elemér Gyárfás: Convingerea mea este d-le ministru, că biserica catolică a adus în acest concordat sacrificii foarte însemnate.

D-l Al. Lapedatu, ministrul cultelor şi artelor: Aceasta este o altă chestiune.

D-l Elemér Gyárfás: Eu cred că Vaticanul şi Roma au fost motivaţi că să facă sacrificiile acestea enorme pentru alcătuirea concordatului, de împrejurarea, că Vaticanul a ştiut că Marele Rege Ferdinand al României a dorit că încă în viaţa lui să fie iscălit acest concordat. Vaticanul a dorit să facă un pas de loialitate şi de prietenie faţă de acest mare rege, când cu mari jertfe a semnat acest tratat.

D-l General Al. Averescu: Să-mi daţi voie să vă întrerup pentru stabilirea adevărului. Defunctul rege nu s'a amestecat deloc în această chestiune, care privea exclusiv guvernul.

I. P. S. S. Pimen, Mitropolitul Moldovei şi Sucevei: Foarte preţioasă este această declaraţiune a d-lui general Averescu, fostul preşedinte de consiliu.

D-l Elemér Gyárfás: Noi suntem informaţi, că Vaticanul cunoscând inima evlavioasă a defunctului rege, a făcut tot posibilul ca acest tratat de mare importanţă, să fie iscălit încă în viaţa lui...

D-l General Al. Averescu: Concordatul a fost început în 1921 când nici nu erea vorba de boala Regelui.

D-l Elemér Gyárfás: D-lor senatori eu nu vreau să întru în detaliile Concordatului. Eu vreau să constat numai dela această

tribună că Biserica catolică a făcut mari sacrificii în interesul concordatului şi noi numai atunci putem consimţi la sacrificiile impuse prin acest concordat, dacă vom vedea că această regulamentare are ca consecinţă, liniştea sufletelor, dacă ne asigură prietenia şi bunăvoinţa Bisericii ortodoxe şi a statului şi ne garantează o desvoltare paşnică, căci altfel acest concordat nu are nici un scop şi toate sacrificiile şi jertfele sunt inutile.

I. P. S. S. Mitropolitul Bălan al Ardealului, Banatului şi ţinuturilor ungurene, locuite de români: Noi nu vedem nici un sacrificiu din partea Vaticanului!

D-l Elemér Gyárfás: Inalt Prea Sfinte, noi din partea noastră, dacă doriţi am putea dovedi ce sacrificii mari am făcut, mai ales noi catolicii din Ardeal şi ce sacrificii ne-au fost impuse prin acest concordat.

D-l P. Gârboviceanu, raportor: Desfiinţarea unei Eparhii. Atât.

D-l Elemér Gyárfás: Vă rog să credeţi domnilor senatori, că este pe deplin neîntemeiată, campania contra catolicismului care s'a desfăşurat în această incintă. Tradiţiunile apostolice ale ambelor biserici, credinţa lor aşa de înrudită încât e aproape identică cu biserica ortodoxă, ar sili pe aceste biserici să lucreze mână în mână. S'a obiectat aici din partea d-lui senator Ciuhandu că biserica catolică doreşte să fie în România un bastion către Ost. Eu cred că dacă această dorinţă a bisericii catolice există, ea este pe deplin justificată. Aici în Ardeal, biserica catolică a fost şi în trecut un bastion contra Turcilor şi faţă de primejdia care ameninţă acum din răsărit întreagă cultura apuseană, cred că este foarte întemeiat dacă creiem aici, printr'o înţelegere frăţească a acestor biserici cu tradiţii apostolice, un bastion către răsărit împotriva bolşevismului. Căci primejdia este comună, domnilor senatori. Atât bolşevismul cât şi ateismul comuniştilor, cari se dovedesc nu numai în Rusia sovietică, unde copiii în şcoală nici nu aud numele lui Dumnezeu, dar dacă ne ducem în Apus, unde comuniştii nu au puterea întreagă în mână, dar au influenţă hotărâtoare în politica şcolară, vedem fapte, ca acestea, pe cari le am aici relatate în detalii într'un ziar din Viena, unde sunt 5000 de învăţători în oraş numai, cari sunt ateişti şi cu prilejul unei sărbători bisericeşti ca să arate aceşti învăţători ateişti şi bolşevişti în ce măsură au putut influenţa deja pe copiii, cari vor forma genera-

țiunile viitoare, au făcut o contraprocesiune în care au participat 67.000 de copii.

D-l Teofil Lupu: Aceasta este influența socialistă, comunistă: o lecțiune pentru noi!

D-l Elemér Gyárfás: Noi am văzut aceste tendințe în timpul revoluțiunii când socialiștii au eșit pe stradă și au insultat pe preoții, cari erau în procesiune și suntem foarte îngrijorați că se va introduce și aici.

Pe de altă parte vedem răspândirea sectelor diferite și față de aceste primejdii comune toate cultele istorice trebuie să-și dee mâna și să înceteze orice luptă între dânsele. Trebuie făcută lupta în contra imoralității, lupta pentru armonia socială și lupta pentru armonia între diferitele națiuni.

D-l I. Grădișteanu: Foarte bine!

D-l Elemér Gyárfás: Acei cari duc o campanie pasionată în contra influenței binefăcătoare a catolicismului, stăpâniți de o antipatie oarbă, păcătuiesc după părerea mea, în contra intereselor superioare ale Statului Român și împedecă și îngreunează ca biserica catolică cu legăturile sale internaționale și cu rugăciunile a patru sute milioane de credincioși să îmbrățișeze interesele poporului român și să le reprezinte . . .

D-l Elemer Gyárfás: . . . și să-l apere în fața opiniei publice străine și mondiale. Domnilor senatori, noi sperăm că viitorul ne va justifica. Noi sperăm, că conducătorii poporului român vor înțelege, că noi, minoritățile – astăzi încă odată odioși, sau puțin prețuiți . . .

I. P. S. Mitropolitul Moldovei și Sucevei, Pimen: Nu este adevărat!

D-l D. Th. Arțăreanu, vice-președinte: Ați făcut o afirmație necontrolată.

D-l Elemer Gyárfas: Atunci, vă rog să mă iertați, căci nu am vrut să spun ceva ofensător, ci am vrut să spun, că opinia publică românească nu cunoaște rolul, ce putem îndeplini în acest stat, noi, cari dorim să fim un legământ prețios și scump între statul român și popoarele apusene.

Sperăm, că conducătorii statului nostru nu vor tinde să restrângă cercul nostru de activitate și activitatea bisericilor noastre, ci vor tinde, ca bisericile noastre să desfășure întreagă puterea lor binefăcătoare, de care cu un singur cuvânt blând,

împăcător, rostit din gura unui arhiereu iubit şi stimat, face incontestabil mai mult pentru consolidarea statului, decât toţi agenţii de siguranţă şi toţi revizorii d-lui Anghelescu (aprobări.)

Domnilor senatori, având în vedere că, cu toată bunăvoinţa d-lui ministru, proiectul actual nu încorporează această dorinţă a noastră, cu durere declar, că nu vom putea vota acest proiect.

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Fortsetzung.)

C)

Erhöhter Minderheitenschutz.

XVII.

Voraussetzungen.

1. Die unter B) aufgestellten Grundsätze bilden das Mindestprogramm, dessen ausnahmslose Verwirklichung in allen Staaten, in denen Minderheiten wohnen, unbedingt anzustreben ist.

2. Nationale und sprachliche Minderheiten,

a) welche entweder allein oder zusammen mit anderen Minderheiten in dem betreffenden Staate zahlenmässig eine derartige Stärke erreichen, dass die Gewährung eines erhöhten nationalen und sprachlichen Minderheitsschutzes der Natur nach gerechtfertigt ist;

b) welche in geographisch gesonderten Siedlungsgebieten geschlossen leben, in denen die Angehörigen der Mehrheitsnation ihrerseits nur eine nationale andersprachliche Minderheit bilden;

c) welchen, sei es als Ganzes, sei es in einem bestimmten Teil des Staatsgebietes (Provinz, Bezirk, Stadt) durch geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Gründe eine erhöhte Bedeutung zukommt;

d) welche notorisch auf einer wesentlich höheren Stufe menschlicher Kultur stehen, als die Mehrheitsnation des Staates,

können sich mit den unter b) aufgestellten Grundsätzen

nicht zufriedenstellen und haben Anspruch auf ein erhöhtes Ausmass von Minderheitenrechten.

3. Erreicht eine nationale oder sprachliche Minderheit allein oder zusammen mit anderen nationalen und sprachlichen Minderheiten in einem Staate eine derartige zahlenmässige Stärke (vgl. Abs. 2 a), dass die Vorherrschaft einer Sprache nicht mehr gerechtfertigt ist, hat an Stelle des international gewährleisteten nationalen und sprachlichen Minderheitsschutzes die international gewährleistete Gleichberechtigung aller oder einiger Nationen und Sprachen im Staate zu treten (Nationalitätenstaat).

4. Einen Anspruch auf erhöhten Minderheitenschutz haben auch starke religiöse Minderheiten unter den Voraussetzungen des Abs. 2, soweit diese Voraussetzungen sinngemäss für religiöse Minderheiten zutreffen können.

5. Eine Regelung dieser besonderen Fälle eines erhöhten Minderheitsschutzes kann nicht allgemein in gleicher schematischer Weise erfolgen und ist in einzelnem Falle unter Rücksichtnahme auf die besonderen Umstände zu regeln (vergl. Punkt XVIII.)

BEGRÜNDUNG.

Der gegenwärtige internationale Rechtszustand stellt nicht nur die Minderheiten in einzelnen Staaten unter Minderheitsschutz, während die Minderheiten in anderen Staaten nicht geschützt sind, sondern er kennt keine gradmässigen Unterschiede dieses Minderheitsschutzes. Diese nur scheinbar demokratische Auffassung steht nicht nur mit den tatsächlichen Grundlagen und Voraussetzungen, wie sie in den einzelnen Staaten bestehen, in offenkundigem Gegensatze, indem sie grundverschiedene Verhältnisse in mechanisch gleicher Weise behandelt, sondern widerspricht auch den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichheit und ist nicht geeignet, dauernde Zufriedenheit unter den betroffenen Minderheiten hervorzurufen und somit eine geeignete Grundlage für einen dauernden Weltfrieden zu gewährleisten. Hier muss individuell vorgegangen werden. Das Verständnis hiefür muss erst allmählig in den regierenden Schichten der einzelnen Staaten zum Durchbruch gelangen, doch muss auch der Völkerbund in dieser Richtung – wenn auch mit gebotenem Takte – vorgehen.

XVIII.

Richtlinien.

Im Hinblicke auf Punkt XVII Abs. 5 werden folgende Richtlinien aufgestellt, in denen sich der erhöhte Minderheitenschutz unter Berücksichtigung der besonderen Fälle (Punkt XVII Abs. 3, allenfalls 4) zu bewegen haben wird:

1. *Sprachenfragen.*

In Staaten oder in bestimmten Teilen von Staaten, wo die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, empfiehlt es sich, die Sprache der Minderheit entweder in gewissen Richtungen mit der offiziellen Sprache für gleichberechtigt zu erklären, oder überhaupt von der Einführung einer offiziellen Sprache abzusehen. Bei Erweiterungen des Geltungsgebietes der Minderheitssprache ist auf ihre Zulassung bei dem Verkehre der öffentlichen Stellen untereinander, sowie darauf Rücksicht zu nehmen, dass bei Angestellten gewisser öffentlichen Stellen, bei denen die Kenntnis der offiziellen Sprache nicht notwendig ist, von dieser abgesehen werden kann. Ähnliche Vorschriften empfehlen sich analog zu Gunsten der offiziellen Staatssprache und anderer Minderheitensprachen bezüglich jener territorialen Selbstverwaltungskörper, in denen eine Minderheitssprache zur offiziellen Sprache erklärt wird.

2. *Beamtenangelegenheiten.*

In Staaten oder in bestimmten Teilen von Staaten, wo die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen zutreffen, empfiehlt es sich gesetzlich festzulegen, dass die nationale oder sprachliche Minderheit einen Anspruch auf Anstellung eines ihrer zahlenmässigen Stärke entsprechenden Hundertsatzes von gleichnationalen Beamten und Angestellten der einzelnen Kategorien habe, wobei nähere Bestimmungen über deren Sprachkenntnisse und in der Richtung zu treffen sind, dass die Angehörigen der Minderheiten im öffentlichen und quasi öffentlichen Dienste im Interesse der Angehörigen dieser Minderheiten verwendet werden.

Ähnliche Vorschriften empfehlen sich analog zu Gunsten der Angehörigen der offiziellen Staatssprache und anderer Minderheitensprachen bezüglich jener territorialen Selbstverwaltungskörper, in denen eine Minderheitensprache zur offiziellen Sprache erklärt wird.

3. *Sprachengebrauch im Parlamente.*

In Staaten, in denen die im Punkte XVII Ziffer 2 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, muss den Abgeordneten der nationalen Minderheiten im Parlamente nicht nur gesetzlich die Möglichkeit garantiert werden, in ihrer Sprache oder in der Sprache einer anderen Minderheit zu sprechen, sondern die Geschäftsordnungen müssen Vorkehrungen in der Richtung treffen, dass den der offiziellen Sprache unkundigen Parlamentariern aus dieser Unkenntnis kein wie immer gearteter Nachteil erwachse. Dies hat bezüglich starker sprachlicher Minderheiten zur Folge, dass die Abgeordneten dieser Minderheiten wenn sie als Berichterstatter fungieren, ihre Sprache oder die Sprache einer anderen starken Minderheit gebrauchen können, sowie dass auch parlamentarische Minister dieser Minderheiten im Parlamente sich ihrer Sprache oder der Sprache einer anderen starken Minderheit bedienen können. In diesen Fällen ist das sprachliche Bedürfnis der Abgeordneten der offiziellen Sprache durch Dolmetsche zu befriedigen. In Nationalitätenstaaten (Punkt XVI Abs. 3) kann die Vorzugsstellung einer Sprache im Parlamente nur mit Zustimmung der den anderen Nationalitäten (Sprachen) angehörigen Parlamentariern festgelegt werden.

4. *Militär.*

Die Bestimmungen über die Ausbildung der Wehrpflichtigen durch gleichnationale Offiziere und Unteroffiziere (Punkt X Abs. 2) und über ihre Vereinigung in eigene militärische Abteilungen (Punkt X Abs. 3) haben in Staaten, in denen die in Punkt XVII Abs. 4 erwähnten Voraussetzungen vorliegen, unter allen Umständen zu gelten.

5. *Territoriale Autonomie.*

Vgl. Punkt XIX Abs. 5 und 8.

6. *Personale Autonomie.*

Vgl. Punkt XIX Abs. 6, 7 und 8.

D)

Die rechtliche Durchsetzung des Minderheitenrechtes und seine Garantien.

XIX.

Der innerstaatliche Rechtschutz. Nationale Autonomie.

1. Die rechtliche Durchsetzung des Minderheitenrechtes ist in erster Linie ein Problem der Gesetzgebung der *einzelnen Staaten.*

2. Die Grundsätze eines gesunden Minderheitenrechtes, insbesondere die grundsätzliche Gleichstellung der Angehörigen von Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion mit den Angehörigen des Mehrheitsvolkes ist in die Gesetzgebung und, wenn die Gesetzgebung des Staates eine besondere, nur unter erschwerten Formen abänderliche Verfassungsgesetzgebung kennt, in diese aufzunehmen; dies gilt insbesondere bezüglich jener Bestimmungen minderheitenrechtlicher Natur, durch die der Staat völkerrechtlich verpflichtet ist.

3. Der Rechtsschutz der einzelnen Bürger gegenüber allen Verwaltungsbehörden durch unabhängige Verwaltungsgerichte ist zu gewährleisten.

4. Die Gesetzgebung hat Vorsorge zu treffen, dass die aus dem Verhältnisse der Mehrheit und der Minderheiten entstehenden Streitigkeiten auf dem Boden des Staates in gemeinsamer Beratung und Arbeit bei Wahrung vollständiger Gleichberechtigung geschlichtet werden. Diesbezüglich wird auf die durch die Interparlamentarische Union wiederholt gegebenen Anregungen auf Einsetzung von *paritätischen Kommissionen* verwiesen. Ihre Einrichtung und Einordnung in das innerstaatliche Recht wäre dann eine der wichtigsten Aufgaben der einzelnen Staaten.

5. Wo es die Siedlungsverhältnisse der Minderheiten gestatten, insbesondere in dem im Punkt XVII Abs. 2 lit. *b*) erwähnten Falle, sind durch nationale Abgrenzung der Gerichts- und Verwaltungsbezirke niederer und höherer Ordnung Gebiete zu schaffen, die mit der weitesten, mit der Einheitlichkeit der Staatsverwaltung vereinbarten Selbstverwaltung auszustatten sind und in denen die Angehörigen der Minderheiten innerhalb der

allgemeinen Gesetze ihre Eigenart entfalten können (*Territoriale Autonomie*); die Bevölkerungsgruppen, die in diesen Gebieten Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion bilden, insbesondere die Minderheit, die im Staate selbst zur Mehrheit gehört, sind in diesen Gebieten ebenso zu schützen, wie die Minderheiten in den übrigen Gebieten des Staates.

6. In anderen, als in den im Abs. 5 erwähnten Fällen, insbesondere aber in den Fällen des Punktes XVII Abs. 2, lit. *a)*, *c)* und *d)* empfiehlt sich, auf den Gebieten der kulturellen und sozialen Verwaltung die Einrichtung von Verwaltungsmassnahmen auf gesetzlichem Wege, welche bewirken, dass diese Verwaltungsaufgaben für die Minderheiten nach Abstammung (Nationalität) und Sprache, allenfalls auch für die Minderheiten nach Religion, abgesondert von der Mehrheit im Staate besorgt werden; dies kann beispielsweise auf dem Gebiete des Unterrichtswesens dadurch erzielt werden, dass die öffentlichen Schulvoranschläge national geteilt und dass die Unterrichtsbehörden national gegliedert werden, allenfalls, dass die zentrale Unterrichtsbehörde durch Errichtung nationaler Abteilungen ausgestaltet wird, wobei an der Spitze dieser nationalen Abteilung Staatssekretäre stehen können, die bei den Beratungen des Ministerrates über kulturelle und Unterrichtsfragen der betreffenden Minderheit Sitz mit beratender Stimme im Ministerrate haben (*Personale Autonomie im uneigentlichen Sinne*).

7. Die im Abs. 6 bezeichneten Ziele können auch dadurch erreicht werden, dass die dort erwähnten Verwaltungsaufgaben der Gesamtheit der Angehörigen der betreffenden Minderheit durch Organe, die die Angehörigen dieser Minderheit selbst wählen, zur Besorgung überlassen werden. (*Personale Autonomie im eigentlichen Sinne*). Dies ist in erster Linie dadurch zu erzielen, dass die Gesamtheit der Angehörigen der betreffenden Minderheiten zu Zwangskörperschaften öffentlichen Rechtes zusammengefasst werden (*Nationaler Kataster*).

8. Die gleichzeitige Anwendung der in den Absätzen 5, 6 und 7 erwähnten Grundsätze in ein und demselben Staate ist je nach den Siedlungsverhältnissen der einzelnen Minderheiten und je nach den einzelnen Zweigen der kulturellen und sozialen Verwaltung nicht ausgeschlossen.

9. Jede gesetzliche Regelung des Minderheitenrechtes hat im Einvernehmen mit den berufenen Vertretern der Minderheit,

auf die sie Bezug haben soll, zu erfolgen. Insbesondere darf jedwede Art der nationalen Autonomie nur mit Zustimmung der offenkundig erwiesenen Mehrheit der Angehörigen der betreffenden Minderheit zur Durchführung gelangen.

BEGRÜNDUNG.

Trotzdem bisher die Erfahrungen einer Einigung zwischen Mehrheit und Minderheit auf dem Boden der einzelnen Staaten nicht gerade vielversprechend sind (als Ausnahmen zu erwähnen wären hier die Beispiele von Finnland und Estland), müssen alle Bemühungen auf das Zustandekommen solcher Einigungen gerichtet sein; gerade auf dem Boden des eigenen Staates vollziehen sich solche Einigungen in dem Zeichen jener Stimmungen, die eine restlose Bereinigung der Minderheitenprobleme verbürgen (Punkt XXI). Diesen Einigungen gegenüber hat das Einschreiten internationaler Stellen (Punkt XX) den Charakter einer Ultima ratio. Zu den einzelnen Absätzen ist zu bemerken: Die Pflicht zur Aufnahme der in den bisherigen Minderheitenverträgen und Staatserklärungen niedergelegten Bestimmungen materiellrechtlicher Natur in die Verfassungen der einzelnen Staaten ist in diesen Verträgen und Erklärungen vorgesehen; dasselbe empfiehlt sich auch für andere gesetzliche Bestimmungen minderheitenrechtlicher Natur. Die Einrichtung von sog. paritätischen Kommissionen, die die Interparlamentarische Union zu wiederholten Malen empfohlen hat und die die Bereinigung von minderheitenrechtlichen Streitigkeiten auf heimatlichem Boden unter Ausschaltung des Mehrheitsprinzipes zum Grundgedanken haben, ist zweifellos überaus empfehlenswert; leider ist der Gedanke bisher theoretisch nicht genügend durchgearbeitet worden und wird auch in den einzelnen Staaten je nach den jeweils geltenden Grundsätzen des Verwaltungsrechtes nur in völlig verschiedener Weise verwirklicht werden können. Die Durchführung der territorialen Autonomie stösst theoretisch auf geringe Schwierigkeiten, wohl aber in den meisten Staaten auf den grössten Widerstand der Mehrheitsvölker; durch die allenfalls in den einzelnen Verwaltungsgebieten „zurückbleibenden" Minderheiten entstehen ausserdem gewisse, allerdings leicht zu überwindende Schwierigkeiten. Demgegenüber ist die personale Autonomie zwar verhältnismässig leichter erreichbar – wie das Beispiel Estlands erweist – birgt aber gewisse Schwierigkeiten

rechts-technischer Art in sich. Die Gegenüberstellung der beiden Begriffe: personale Autonomie im „eigentlichen" und „nicht-eigentlichen" Sinne (die Aufstellung des letzteren Begriffes wird wohl manche Anfechtung erfahren) hat nur den Zweck, darzutun, dass die Ergebnisse der personalen Autonomie zum grossen Teile auch ohne Einrichtung des nationalen Katasters und der Erhebung der Minderheit zur Rechtssubjektivität zu erreichen sind. Die Erfahrungen, die man in Estland mit dem nationalen Kataster und der auf ihn aufgebauten nationalen Kulturautonomie gemacht hat, rechtfertigen noch keineswegs, dass diese Einrichtungen überall anzustreben sind. Die grosszügige Friedensliebe der Esten einerseits, die ausserordentliche Opferwilligkeit der deutschen und der jüdischen Minderheit dieses Staates andererseits sind dort Voraussetzungen, die kaum irgendwo anderwärts vorhanden sind. Fehlt aber eine dieser beiden Voraussetzungen, birgt der Kataster nicht geringe Gefahren für die Minderheiten in sich (Terror bei der Aufnahme in ihn, berechtigte oder unberechtigte Angst seitens der Angehörigen der Minderheiten, sich öffentlich zu deklarieren, finanzielle Belastung). Der letzte Absatz ist durch gewisse Vorkommnisse in Polen und gewisse Bestrebungen in Deutschland als notwendig erkannt worden. (Fortsetzung folgt.)

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen über die deutsche Frage in Ungarn.*)

Ich bin ganz der Meinung des Herrn Abgeordneten Turi – begann der Ministerpräsident am 17. April im Abgeordnetenhaus jenen Teil seiner Rede, der über die Minderheitsfrage handelte – wenn er die These aufstellt, dass zwischen dem Minderheitsgedanken und der Frage der Revision ein Zusammenhang besteht. Die Friedensverträge sind nämlich – so hat er seine These konstruiert – im Jahre 1919 im Zeichen des nationalen Selbstbestimmungsprinzipes abgeschlossen worden und das Minoritätsprinzip musste eben als ein Korrektivum vertraglich garan-

*) Übersetzung des „Sonntagsblatt"-es des offiziellen Organes der Deutschen in Ungarn.

tiert werden, als man vom Selbstbestimmungsprinzip abgewichen war. Das heisst, der Schutz der Minderheiten musste zur Verpflichtung gemacht werden für diejenigen, zu deren Gunsten das nationale Selbstbestimmungsprinzip verletzt worden ist. Daraus folgte, dass sich der Revisionsgedanke, falls die Minderheitsrechte nicht respektiert werden, mit gesteigerter Kraft melden muss, weil ja, wenn diese wichtige Vertragsbestimmung unerfüllt bleibt, die Grundlage, auf der die Friedenskonstruktion aufgebaut ist, schwankend werden muss. Das ist nun zweifellos richtig. Und gleichfalls richtig ist es, dass wir unter allen Umständen eine Minderheitspolitik befolgen müssen, wie wir sie von unseren Nachbarn erwarten und fordern, weil es offenkundig ist, dass Ungarn für sich nur Regeln aufstellen kann, auf deren Einhaltung von seiten der Nachbarstaaten zu bestehen sein gutes Recht ist. Ich glaube, dass die Politik der ungarischen Regierung in dieser Hinsicht kongruent ist mit den Verträgen, die wir unterschrieben haben, aber auch mit den Traditionen, von denen beseelt, Ungarn das Nationalitätengesetz im Jahre 1868 geschaffen hat. Ich glaube ferner, dass die Verordnungen, die die Regierung in dieser Hinsicht erlassen hat und in denen zum Teil der Sprachengebrauch geregelt wird, zum Teil aber kulturelle Bestimmungen enthalten sind, in vollem Masse mit dem Geiste harmonisieren, der im 68er Gesetz zur Wirklichkeit geworden ist, und mit dem Geiste, den wir von den Staaten fordern, die über ungarische Minderheiten herrschen.

An dieser Stelle muss ich auch der Gegensätze gedenken, die in der jüngsten Vergangenheit zwischen dem Herrn Dr. Bleyer und anderen Abgeordneten aufgetaucht sind. Ich kenne die Tätigkeit des Herrn Abgeordneten Bleyer aus der Zeit während des Krieges, der Revolution, nach der Revolution und als er Minister war, ich weiss, dass er der ungarichen Staatsidee treu gewesen ist, und wenn auch in gewissen Einzelheiten gewisse Unterschiede zwichen seiner und meiner Auffassung bestehen, so ist das nicht Grund genug, um seinen guten Glauben und seine ehrliche ungarische Gesinnung in Zweifel zu ziehen. Die Angriffe, deren Zielscheibe er war, halte ich für unwürdig. Ich bitte daher die Abgeordneten, sich solcher Angriffe in der Zukunft zu enthalten, weil sie sich mit der Mentalität Bleyers nicht decken. Herr Abgeordneter Bleyer sprach über nationalistische Führer der Vorkriegszeit – er hat u. a. auch Paul Mudrony

erwähnt – die, weil sie die Durchführung des Nationalitätengesetzes gefordert hatten, als Agitatoren gebrandmarkt worden sind und schliesslich, dank der Beschuldigungen, die gegen sie erhoben worden sind, Forderungen gestellt haben, die sie vielleicht sonst niemals erhoben hätten. Es wäre gefährlich, wenn wir die gleichen Methoden anwenden würden, denn das würde zur völligen Vergiftung, nicht aber zur Lösung der Frage führen. Dabei muss aber auch Abgeordneter Bleyer verstehen, dass die Nervosität und die Gereiztheit des ungarischen Publikums begreiflich ist. Denn, haben auch die Vertreter der Nationalitäten in der Vorkriegszeit öffentlich nichts anderes gefordert, als die Durchführung des Nationalitätengesetzes, so hatten sie vielfach auch weit darüber hinausgehende Ziele, wie das der Weltkrieg erwiesen hat. Das öffentliche Leben Ungarns hat gewisse traurige Erfahrungen nach der Richtung hin gemacht, dass gewisse Leute die von ihnen verfolgten Ziele verbergen und verhüllen können und die imstande sind, diese Ziele in gefällige Formen zu kleiden und so darzustellen, als ob sie nicht weitergingen, als mit der Einheit des ungarischen Staates und der politischen Auffassung, in der wir alle übereinstimmen, vereinbart werden könnte. Es ist demnach verständlich, dass die öffentliche Meinung Ungarns in diesem Belange leicht gereizt werden kann, dass unsere öffentliche Meinung in dieser Beziehung misstrauisch ist, dass sich auf dem Gebiete unserer öffentlichen Meinung Erscheinungen wiederholen, deren Augenzeugen wir in der Vergangenheit waren.

– Ich bin überzeugt, dass sich derartige Erscheinungen nicht wiederholen werden, ist doch die politische Lage eine ganz andere, und namentlich das Deutschtum, von dem hier die Rede ist, bildete stets eine treue Stütze der ungarischen Staatsidee. Dieses Deutschtum hat seine Anhänglichkeit an die ungarische Staatsidee nicht nur in Zeiten bewiesen, da mit Hilfe von Phrasen die Augen der Nation ausgewischt werden mussten, sondern auch in den allerschwersten Zeiten, während des Weltkrieges und der Revolutionen. Andererseits darf aber nicht gefordert werden, dass unbefugte Hände an diese Frage rühren, denn es ist sehr leicht, diese Fragen zu vergiften und zwei Teile der Nation, die aufeinander angewiesen sind, einander gegenüberzustellen, statt zusammenzuhalten, die Sache vorwärtszubringen und alle jene Fragen zu lösen, die gelöst werden müssen.

Aus diesem Grunde ersuche ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, den Bestrebungen der Regierung gegenüber eine gewisse Geduld an den Tag zu legen, die wir bona fide befolgen und von deren Gutgläubigkeit sich auch der Herr Abgeordnete überzeugt hat. Müssen wir doch grosse Schwierigkeiten überwinden, die sich im praktischen Leben ergeben und die unmöglich von einem Tag auf den anderen gelöst werden können.

– Der Herr Abgeordnete Bleyer wünscht ein rascheres Tempo bei der Lösung der auf die Nationalitäten bezüglichen Schulfrage. Ich will in diesem Belange nur die Ziffern anführen, aus denen hervorgeht, dass im letzten Jahre dennoch ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen ist. Nach den auf den Monat Mai des Jahres 1927 bezüglichen Daten existieren in Ungarn im Rahmen der deutschen Minderheit 48 Schulen des Typs A, 63 Schulen des Typs B und 308 Schulen des Typs C. Zum näheren Verständnis will ich nur bemerken, dass im Schultyp A die Unterrichtssprache deutsch ist und ungarisch als Unterrichtsgegenstand figuriert. Typ B ist eine gemischtsprachige Schule, in der ein Teil der Gegenstände ungarisch, ein anderer deutsch unterrichtet wird. Typ C ist die Schule, in der die Unterrichtssprache ungarisch ist und das Deutsche als Gegenstand unterrichtet wird, namentlich Schreiben, Lesen und Rechnen. Nach den Daten des Schuljahres 1927/28 weisen die Typen bereits eine Veränderung auf. Die Zahl der Schulen Typ A beträgt auch noch heute, wie im Jahre 1927, 48, allein die Schulen Typ B sind von 63 auf 98 gestiegen, während der C-Typ von 308 auf 289 gesunken ist, was soviel bedeutet, dass in 35 Schulen der deutsche Unterricht eingeführt wurde, zum Teile nicht nur als Unterrichtsgegenstand, sondern auch als Unterrichtssprache. Der Herr Abgeordnete Bleyer hat u. a. behauptet, dass die Schule Typ C nicht zweckentsprechend ist, und obwohl er es nicht sagt, glaube ich dennoch, dass er diese Kategorisierung der Typen nicht liebt. Die Regierung muss jedoch daran festhalten, und zwar aus folgenden Gründen: Unsere deutschsprachigen Mitbürger leben unter verschiedenen Verhältnissen. Ein Teil wohnt in rein deutschsprachigen Gemeinden, und kommt daher schwerlich in die Lage, mit Anderssprachigen in Berührung zu treten, was sich namentlich auf den einfachen Landwirt oder Arbeiter bezieht. Ein anderer Teil des Deutschtums lebt gemeinsam mit Ungarn, so dass in der einen Gemeinde das Ungartum,

in der anderen das Deutschtum in der Mehrheit und Deutschtum und Ungartum aufeinander angewiesen sind. Schliesslich lebt noch das Deutschtum in gewissen Teilen vollständig verstreut als minimale Minderheit unter der ungarischen Mehrheit. Wenn wir nun diesen Umstand berücksichtigen, so müssen wir feststellen, dass die verschiedenen Schultypen aufrechterhalten werden müssen. Ich nehme den Standpunkt ein, dass wir in diesem Belange unseren deutschsprachigen Mitbürgern ihre Freiheit lassen sollen, worunter ich verstehe, dass die Behörde im Interesse des ungarischen Unterrichts sich jedweden einseitigen Einflusses enthalte, allein einzelne andere Individuen mögen auch diese Bevölkerung in Ruhe lassen. Ich glaube, dass wir nach beiden Seiten die Freiheit schützen und verteidigen müssen. Ich erkenne an, dass man in diesem Belange nicht immer in den Verfügungen eine glückliche Hand bekundet hat, die von einzelnen Behörden durchgeführt worden sind.

Abgeordneter Rothenstein (Soz.): Man müsste die Behörden instruieren!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Ich glaube nicht, dass irgendjemand behaupten könnte, dass ich nicht bestrebt gewesen wäre, diese Dinge wiedergutzumachen. Ich muss allerdings den Herrn Abgeordneten Bleyer bitten, dahin zu wirken, dass sich in dieser Frage keine illegitimen Einflüsse geltendmachen, denn das gegenseitige Verstehen zwischen Deutschtum und Ungartum wird dadurch keineswegs gefördert. Wenn der Herr Abgeordnete Bleyer den Schultyp C von dem Gesichtspunkte aus bemängelt, dass die ungarische Sprache bereits in der ersten Klasse nicht die Unterrichtssprache sein kann, da das Kind des Ungarischen noch nicht mächtig ist und ihm alles in der Muttersprache erklärt werden muss, so stimme ich darin mit dem Herrn Abgeordneten überein. Ich halte jedoch den Typ C nicht dort für zweckentsprechend, wo der deutsche Jüngling kein Wort ungarisch versteht, sondern vielmehr dort, wo Ungarn und Deutsche leben.

– Der Herr Abgeordnete Bleyer berücksichtigt vielleicht nicht in vollem Masse die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Gesetzes in den Weg gestellt haben. Gibt es doch in Ungarn keine Eintypenschulen. Es gibt staatliche, kommunale und konfessionelle Schulen, und ausserdem eine Reihe von Schulerhaltern. Die von der Regierung ausgegebenen Verord-

nungen beziehen sich in erster Reihe auf die staatlichen und Kommunalschulen, wo sie auch durchgeführt werden. Weniger ist dies bei den konfessionellen Schulen der Fall, bezüglich deren der Staat nur das Kontrollrecht hat und bis zu einem gewissen Grade auch die Initiative ergreift, ohne dass er in der Lage wäre, in diesen Schulen so zu verfügen, wie z. B. in den staatlichen. Schon dieser Umstand verursacht gewisse Schwierigkeiten, denn wir haben oft die Erfahrung gemacht, dass die Erhalter der konfessionellen Schulen nicht die Politik befolgen wollen, die ihnen von der ungarischen Regierung empfohlen wird, und trotz aller Überredungskünste . . .

Abgeordneter Rothenstein: Also, ein Staat im Staate!

Rufe rechts: Gerade so wie die Gewerkschaften!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Es gibt auch Privatschulen. Auch die Gewerkschaften erhalten Schulen.

Abgeordneter Kabók: Der Besuch dieser Schulen ist aber nicht obligatorisch!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Die Herren Abgeordneten mögen zuerst die Konsequenzen des Schlagwortes ableiten, dass ein Staat im Staate nicht geduldet werden darf.

Abgeordneter Malasits: Die konfessionellen Schulen bilden einen Staat im Staate!

Ministerpräsident Graf Bethlen: Die bestehenden Schwierigkeiten sind keineswegs unüberbrückbar und ich bin überzeugt, dass es gelingen wird, diese Frage zur allgemeinen Zufriedenheit zu lösen, wozu allerdings eine gewisse Zeit erforderlich ist, denn die Regierung will diese Frage nicht mit Gewalt, sondern durch Überredung in taktvoller Weise lösen. Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass in den meisten Gemeinden ungeteilte Volksschulen existieren. In Ungarn gibt es insgesamt etwa 6300 Volksschulen, von denen 3000 ungeteilt sind, was beweist, wie rückständig wir noch auf diesem Gebiete sind und wie schwer es ist, in einer solchen Schule, die von ungarischen und deutschen Schülern besucht wird, den Unterricht nach Nationalitäten zu organisieren. Im Übrigen sind alle Vorbedingungen für kulturelle Autonomie gegeben, was auch aus der sub Zahl 4800 erlassenen Verordnung ersichtlich ist, denn § 19 dieser Verordnung besagt, dass die Minoritäten Kulturvereine gründen, Spenden zur Erhaltung ihrer Schulen sammeln und Schulen errichten und aufrechterhalten können, selbstverständlich innerhalb

des Rahmens der Gesetze des Staates. Eine autonomistische Regelung des Schulgesetzes würde für die deutschsprachige Bevölkerung eine schwere Belastung bedeuten. Eine solche Regelung ist aber auch vollständig überflüssig, schon weil sie in den gemischtsprachigen Gemeinden überhaupt nicht durchgeführt werden könnte. Die in der erwähnten Verordnung empfohlene Lösung ist also viel besser und zweckmässiger. Im Rahmen einer kulturellen Autonomie können aber auch die übrigen Probleme nicht gelöst werden. Unter solchen Umständen ersuche ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, dieses Schlagwort, das aus einem Lande stammt, wo man sich mit solchen Fragen niemals befasst hat, und das vielleicht dort angebracht sein mag, fallen zu lassen. In Ungarn aber, wo diese Frage einen historischen Hintergrund hat, dürfen wir keine Experimente anstellen, die sich vielleicht in der Theorie sehr schön ausnehmen, im praktischen Leben aber nicht angewendet werden können. Schliesslich bitte ich den Herrn Abgeordneten Bleyer, Hand in Hand mit der Regierung an die Lösung der Fragen zu schreiten. Ich glaube, dass jeder ungarische Politiker, der Einsehen hat, die Notwendigkeit empfindet, dass dieses der Lösung harrende Problem taktvoll gelöst werden muss, aber nicht um den Preis von Kämpfen, die die Situation nur verschlimmern, niemals aber zu einer befriedigenden Lösung führen können.

Observări la constatarea cea mai nouă a d-lui Alexandru Vaida.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

D-l Alexandru Vaida, fost ministru-president şi unul dintre conducătorii Partidului Naţional Ţărănesc, are la activul său o astfel de carieră politică, luptând pentru cauza naţiunei sale cu un devotament atât de desinteresat, încât persoana d-sale e înconjurată de respect şi din partea adversarilor politici.

Acest respect însă, nu ne poate reţinea de a nu supune unei critici obiective anumite fapte politice şi declaraţiuni ale d-lui Alexandru Vaida.

D-l Alexandru Vaida nu pentru prima oară face declaraţiuni politice surprinzătoare.

Ne aducem încă bine aminte, că la vre-o câteva luni după ruşinoasa cădere din scaunul de ministru-president, d-l Vaida a strigat adversarilor săi din Cameră:

În luna Martie 1922, la o adunare de partid, ţinută în Cluj, iarăş a zis, că: „hotărîrea neînduplecată a masselor doritoare de progres,
este, să scuture şi jugul liberalilor, dupăcum s'au eliberat şi de sub jugul Maghiarilor".

Aceste declaraţiuni într'adevăr au putut trezi în noi presupunerea, că d-l Alexandru Vaida consideră pe Maghiari politiceşte mai onorabili, decât Românii din Regat cu mentalitate liberală. Noi, Maghiarii, am simţit din aceste declaraţiuni o anumită simpatie, desmeticindu-ne însă din fantazia noastră nu peste mult faimosul articol al d-lui Vaida, pe care l-a scris în luna Iunie 1926, în ziarul *Patria*, după alegerile averescane, şi în care, între altele, a arătat, că în România-Mare, sub umbra tricolorului maghiar şi sub ocrotirea jandarmului român, d-l Béla Barabás a avut privilegiul, să insulte pe „Valahii proşti", accentuând totodată, că jandarmul român a înroşit cu sânge românesc pământul României-Mari, numai ca să învingă domnii Szele, Barabás, Tornya, contele Bethlen etc.

D-l Alexandru Vaida acum iarăş a scris în numărul de Paşti al *Patriei* un astfel de articol, care ne întăreşte convingerea, că nici d-sa nu ia în serios situaţia şi chestia minoritară, ci, tratându-le cu puţin cinism, când vorbeşte despre situaţia minorităţilor, constatările d-sale nu provin din cunoştinţe serioase, ci sunt menite numai a produce un efect oarecare.

În amintitul ziar, sub titlul „Naţiunea Dominantă", d-l Al. Vaida încearcă anume să ne dovedească, că aici, în România, aparţinătorii minorităţilor naţionale, au o soartă mai bună, decât membrii „Naţiunei Dominante", dacă aceştia sunt partizanii Partidului Naţional Ţărănesc, ba chiar — am putea zice — ne invidiază posibilitatea, că putem merge cu plângerile noastre înaintea Societăţii Naţiunilor.

Aşa se vede, că d-l Alexandru Vaida îşi uită, că un astfel de articol, producător de efect, ne jigneşte sentimentele, sau poate în genere nici nu atribue vre-o importanţă faptului, că cuvintele d-sale ne ofenzează.

Căci doară şi d-l Vaida ştie prea bine din viaţa de toate zilele, că pe cel schilav şi rănit îl doare, dacă i-se zice, că e frumos şi tare; îl doare pe sărăcitul, care a avut parte de o soartă mai bună, dacă cu ironie şi acum îl numim bogat.

Noi însă nu meritäm la nici un caz, ca atunci, când întreaga lume ne vede nedreptăţile, un bărbat de stat român serios, să ne batjocurească, numai spre a produce un anumit efect.

Pentrucă numai batjocura şi nu cuvântul convingător isbucneşte către noi, din articolul d-lui Vaida, căci nu poate fi convingerea d-sale, că în România minorităţile într'adevăr au o soartă mai bună, decât membrii „Naţiunei Dominante", cari nu aparţin Partidului Liberal şi astfel sunt lipsiţi de avantajele administraţiei puterii de stat.

Căci doară nimic nu e mai simplu, decât a vedea clar în această chestiune. Referitor la aceasta, e tocmai deajuns numai cunoaşterea câtorva date.

Să luăm, de exemplu, următoarele:

Partidul Maghiar, care e singurul reprezintant oficios al maghiarimei din România întreagă, a avut până acum 3 presidenţi. Baronul Jósika Samu, Ugron István şi contele Bethlen György.

Să constateze d-l Vaida, ce fel de locuinţe au concesionat autorităţile pe seama acestor 3 presidenţi, în decursul timpului cât au presidat?

Baronul Jósika Samu a fost stingherit în 3 odăi mici ale palatului propriu; d-l Ugron István, pe întreagă durata presidenţiei sale, a avut o odăiţă în Cluj; contele Bethlen György a fost stingherit, în vila proprie, iarăş numai în 3 odăi, având întrare numai pe treptele dindărăt.

Dacă d-l Vaida ar face o comparaţie între locuinţele conducătorilor Partidului Naţional Ţărănesc şi a celor amintiţi mai sus, imediat va constata o oarecare deosebire între situaţia conducătorilor de partid.

Or, dispoziţiunile reformei agrare au atins şi pe cei trei presidenţi ai Partidului Maghiar. D-l Al. Vaida ne-ar îndatora foarte mult, dacă ar aminti 3 persoane din conducerea Partidului Naţional Ţărănesc, din a căror proprietate agricolă reforma agrară ar fi luat procentual tot atât, cât a luat dela conducătorii Partidului Maghiar.

Dorim numai o constatare procentuală, cu toate că ştim,

că între membrii conducători ai Partidului Național Țărănesc se află și de aceia, cari *au* atâta pământ, cât d-l Bethlen György, ori cât a *avut* d-l Ugron István.

Dar să vedem soarta instituțiilor bancare. Să compareze d-l Vaida reescontul, ce-l primește băncile cu caracter maghiar, dela Banca Națională, cu reescontul acordat băncilor aparținătoare sferei de influință a Partidului Național Țărănesc. Cu un exemplu putem servi deja. Să compareze d-l Vaida reescontul băncii *Victoria* din Arad, care tocmai acum a dat de năcaz, cu reescontul celorlalte institute bancare, cu caracter minoritar. Conform bilanțului din anul 1926, *Victoria* a primit dela Banca Națională în acest an un reescont de 63,700.000 Lei cu 6%, adecă 200% a capitalului societar; în direcțiunea băncii se află somitățile Partidului Național Țărănesc, în frunte cu d-l Stefan Cicio-Pop. Față de aceasta, celelalte 8 instituții bancare din Arad, cu caracter minoritar, au primit laolaltă numai un reescont de 10,200.000 Lei, adecă 8% a capitalului societar. Și din această comparare poate constata d-l Vaida, că „Națiunea Dominantă" e față de noi într'adevăr „Națiune Dominantă", chiar și când se află în opoziție.

Că de ce fel de sprijin beneficiază mica industrie maghiară și mica industrie română național-țărănistă, din partea Societății Naționale de Credit Industrial, d-l Vaida încă o poate ușor constata. In jud. Solnoc-Dobâca, unde cu ocazia ultimelor alegeri, Partidul Național Țărănesc a obținut 66% de voturi, Societatea amintită a lichidat pe seama micilor industriași 2 milioane Lei. In jud. Bistrița-Năsăud, unde 57·8% dintre alegatori au votat cu Partidul Național Țărănesc, 2 milioane Lei; în jud. Alba de jos, unde 59% din voturi au fost date pentru Partidul Național Țărănesc, 5 milioane Lei. Și față de acestea, micii industriași din jud. Ciuc n'au primit nici un ban, iar cei din jud. Odorhei precis tot atâta.

Sau poate dintre agricultori e mai favorizat de soartă Maghiarul, decât Românul național-țărănist? Iată, atât de pronunțat național-țărănista Comunitate de avere din Bistrița-Năsăud, a fost scutită de expropriere, bunurile private din Ciuc însă au fost expropriate și o mare parte din teritoriu s'a și distribuit deja între nemaghiari.

Dar încă deosebirea între coloniști!

Nici nu mai vorbesc despre faptul, că Maghiarul, ca ***colonist,***

peste tot nici n'a primit pământ, însă foarte mulți Români național-țărăniști au obținut și câte 16 jugăre de membru. Nu mai vorbesc nici despre aceea, că dela coloniștii maghiari, (desconsiderând cu desăvârșire prețul de cumpărare, complect achitat de dânșii), au expropriat din mica lor proprietate partea de peste lotul-tip. Dimpotrivă, îi atrag atenția d-lui Alexandru Vaida asupra faptului, că de exemplu în jud. Severin, în comuna maghiară Igazfalva, au fost luați în tabloul celor îndreptățiți la împroprietărire numai 2·68% dintre locuitori, în comuna maghiară Bodófalva 6·28%, iar în comuna maghiaro-germană Bethlenháza numai 2·91%; dimpotrivă, locuitorii comunelor pronunțat național-țărăniste din împrejurimea acestor comune maghiare, au fost luați în tablou în Hezeriș 22·68%, Cliciova 17·92%, Leucușești 20·27%. Și îndreptățiții la împroprietărire din comunele maghiare, se plâng de geaba. Când s'au compus tablourile, li-s'a spus îndreptățiților, cari și-au terminat stagiul militar: „nu vă luăm în tablouri, pentrucă tatăl vostru are destul pământ". Însă când tablourile din vorbă au devenit valide, atunci au expropriat dela părinți partea de peste 5 jugăre, astfel că acum se află nu numai o singură familie, în care tatăl are 3 băeți, cari și-au terminat serviciul militar – deci sunt îndreptățiți la înproprietărire – și i-a rămas numai 5 jugăre de pământ.

De sigur, și d-l Vaida știe, că locuitorii comunei Hărău din jud. Hunedoara, sunt în majoritatea lor absolută, aderenți însuflețiți ai Partidului Național Țărănesc. În hotarul acestei comune, înainte cu zeci de ani, economii maghiari din Deva au cumpărat 117 jugăre de izlaz, pe care deasemenea l-au stăpânit zeci de ani. Cu ocazia reformei agrare, s'a expropriat dela economii maghiari din Deva atât pământ, cât a fost numai posibil, ba chiar și mai mult, izlazul din Hărău însă, a fost lăsat în proprietatea și stăpânirea lor. Țăranii din Hărău nu s'au sinchisit mult de decisia comitetului agrar, ci au ocupat pur și simplu proprietatea Maghiarilor. Atunci economii maghiari s'au adresat din nou Justiției, care a dispus reîmproprietărirea lor. După aceasta, economii maghiari au încercat să-și folosească pământul. Au ispășit amar acest fapt, pentrucă unul dintre ei, Molnár Péter, a fost ucis și înecat în Mureș, iar ceilalți au fost bătuți aproape mortal de către țăranii din Hărău. Au trecut doi ani dela această întâmplare, și de altfel atât de agila Siguranță,

Poliție și Parchet, nici până în ziua de azi n'a arătat vre-un rezultat în cauză. Economii maghiari din Deva s'au adresat din nou Justiției, care după desbateri îndelungate, a decis, acum pentru a treia oară, reîmproprietărirea lor. După aceasta s'a întâmplat, că factorii administrativi competenți, — referindu-se la un pretins ordin mai înalt — au declarat, că la caz de lipsă, cu forță armată vor zădărnici executarea sentinței judecătorești.

E necesar să mai continuăm?

*

La 29 Novembrie 1912, d-l Alexandru Vaida a rostit un mare discurs în parlamentul maghiar. În acest discurs, între altele, a declarat următoarele:

„Coloniștii maghiari sunt tocmai ca planta dintr'o odaie încălzită, pe care o poți ținea sub sticlă, îi poți da în permanență o temperatură corespunzătoare, ca să se desvolte; poporul nostru însă e ca bradul sălbatic dela munte și să mă credeți, când va veni rândul liberei concurențe, noi vom ieși învingători asupra acelora, cărora le-a stricat alintarea guvernului".

Aceste cuvinte de aceea aș dori să le amintesc d-lui Alexandru Vaida, spre a-l ruga, să aibă încredere în convingerea-i proprie, ce a propagat-o în trecut; să stea ca bradul sălbatic dela munte, mândru și puternic, și între sărmanele plante din odaia încălzită, care de mult nu sunt ținute sub sticlă; să fie mândru și de cuvintele sale, și să nu mai facă atât de cinic astfel de declarații batjocuritoare, cari încetul cu încetul, ne face să credem, că în situația schimbată, și d-sa a devenit un brădișor corcit.

Die erste grosse Zusammenkunft des Ungartums mit seinen Stammesverwandten nach dreitausend Jahren.

Von: **Dr. Stephan v. Csekey,**
ord. Professor der Universität Dorpat,
Direktor des Ungarischen Wissenschaftlichen Instituts in Dorpat.

Ein ausserordentlich interessantes und vom kulturellen Standpunkte aus bei weitem kein bedeutungsloses Ereignis wird sich in kurzer Zeit in Ungarn abspielen. Am 10. Juni 1928. wird der *III. finnisch-ugrische Kulturkongress* vom ungarischen Kultus- und Unterrichtsminister Grafen Kuno *Klebels-*

berg eröffnet. Das aus Finnland und Estland, die nach dem Weltkrieg ihre Selbständigkeit errungen haben, ferner aus der Reihe der auf dem Gebiete Sowjetrusslands lebenden finnisch-ugrischen Völker mit etwa achthundert Teilnehmern zu rechnen ist, kann ruhig behauptet werden, dass das Ungartum seit dem Verlassen der Urheimat nie mit einer so grossen Anzahl seiner Stammesverwandten zusammengekommen ist. Das Zeitalter, in dem das finnisch-ugrische Urvolk in seiner sich zwischen den Flüssen Kama, Oka und Bjelaja von der Mittelwolga bis zum Uralgebirge erstreckenden Urheimat beisammen lebte, wird auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Forschungen auf etwa zweieinhalb- bis dreitausend Jahre angesetzt. Seither hat jener Volkssplitter, aus dem sich nach jahrhundertelangen Gestaltungen und langwierigen Wanderungen das Ungartum entwickelte, südwestlich von der Urheimat ein beständiges Staatsgebilde gegründet, während die Finnen und Esten, die sich ihre urheimatlichen Sprach- und Rasseneigenschaften reiner bewahrt hatten, in Nordosteuropa festen Fuss gefasst haben.

Ein wunderliches gemeinsames Schicksal wurde in Europa den finnisch-ugrischen Völkern zuteil. Vom Gesichtspunkte der Zukunftsaussichten unserer Rasse ist es vielleicht nicht ohne Interesse, zu bedenken, dass das europäische Gebiet Russlands am Anfang des IX. Jahrhunderts grösstenteils von finnisch-ugrischen Völkern bewohnt war. Wohin sind sie alle diese Völkerschaften geraten, wann sind sie verschwunden? Sie wurden teils durch den Mongolensturm vertrieben, teils von der Slawenflut aufgesogen. Es ist, als würde auf diese Frage durch das ungarische Einkindersystem und die Unfruchtbarkeit der finnisch-estnischen Rasse eine Antwort gegeben. Die rassig und geistig hervorragenden finnisch-ugrischen Völker (Liven, Kuren usw.), die tapfer in ewigen Kämpfen standen, wurden vom Slawentum, welches hinsichtlich der Rasse und der Kultur unbedeutender, aber zahlenmässig überlegen war, verdrängt. Von der Geschichte wurde den Finnen und Esten in Nordeuropa dieselbe grosse Aufgabe gestellt, wie den Ungarn in Mitteleuropa. Sie dienten Jahrhunderte hindurch Asien gegenüber als Schutzwälle der germanisch-romanischen Zivilisation in Europa.

Der grosse Gelehrte der Völkerkunde, Friedrich *Ratzel,* schrieb in der ersten Auflage seiner weltberühmten „Völkerkunde" (Leipzig und Berlin 1885–88, 2. Aufl. 1894–95) die

folgenden bedeutsamen Worte: „Wenn von den grossen Völkerfamilien unseres Erdteils die Rede ist, spricht man meist nur von Germanen, Romanen und Slawen. Dass die Wissenschaft in Europa eine vierte Gemeinschaft geschaffen hat, die Völker der finnischen Familie, darf heute nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Der Gedanke des alten Zusammenhanges finnischer Völker wird seine Wirkung auf das allgemeine geistige Leben der Stämme, die sie umfasst, nicht verfehlen. Träger dieser Idee sind die Finnen, Esten und Magyaren, die drei zivilisiertesten dieser Familie ...“ (2. Aufl. Bd. II. S. 749.)

Ein Menschenalter ist verflossen, seit *Ratzel* diese Worte schrieb, und doch ist die Zusammengehörigkeit der drei finnisch-ugrischen Völker nicht Gemeingut der europäischen öffentlichen Meinung geworden. Der Grund dafür ist aber vor allen Dingen in uns selbst zu suchen. Die Vergangenheit sollte uns lehren, dass es höchst notwendig ist, zuerst uns und unsere Kultur gegenseitig kennen zu lernen, und dann dafür Sorge zu tragen, dass der hohe Stand unserer Kultur und unsere Wechselbeziehungen auch von den anderen Völkern der Kulturgemeinschaft anerkannt werden. Der einzige aufsteigende Weg kleiner Völker ist vorgezeichnet durch das seelische Gleichgewicht, den geistigen Wert und die Kulturgrösse. Ihre Zukunft hängt von geistigen und moralischen Bedingungen und von der Tatsache ab, inwiefern sie infolge der Einschaltung in die allgemeine europäische Kultur durch ihre spezifischen Werte nachzuweisen vermögen, dass sie auch in den Weltrelationen ein hochwertiges Leben zu entfalten imstande sind.

Als ausserordentliche Manifestation des Gesagten wünscht die diesjährige grosse Kulturbewegung der finnisch-ugrischen Völker zu dienen. Vom 20–22. Juni 1921 wurde in Helsingfors, der Hauptstadt Finnlands, der erste *Allfinnische Pädagogenkongress* abgehalten, der schon damals in Wirklichkeit zum Feste der verwandten Völker erhoben und zum ersten finnisch-ugrischen Kongress umgestaltet worden war dadurch, dass an diesem ausser Finnen und Esten fünf ungarische Delegierte mit aktiver Mitarbeit teilnahmen. Drei Jahre darauf versammelte er sich schon als *II. finnisch-ugrischer Kulturkongress* in Reval (Tallinn), der Hauptstadt Estlands, am 19–21. Juni 1924. Dieser hatte schon siebzig Teilnehmer aus Ungarn; und während von den in die Sowjets eingekeilten finnisch-ugrischen Völkern am

ersten Kongress nur ein zürjenischer Lehrer erschienen war, hatten 1924 auch die Ingermanländer, Karelier und Zürjenen ihre Vertreter abgesandt. Anlässlich des zweiten Kongresses hat Paul Graf *Teleki,* der als Vertreter der ungarischen Regierung erschienen war, im Namen seiner Regierung den *III. finnisch-ugrischen Kulturkongress* zur Tagung im Jahre 1927 nach Budapest eingeladen. Dieser wurde aber wegen der allgemeinen Parlamentswahlen in Finnland, die in den ersten Julitagen stattgefunden haben, auf den Sommer dieses Jahres verschoben.

Ein alter Traum unserer nordischen Brüder wird in Erfüllung gehen, wenn sie aus der Heimat der weissen Sommernächte ihre Scharen in gedrängten Reihen in das Land ihrer heissblütigen südlichen Stammesbrüder entsenden werden. Einst, nicht einmal so lange zurück, zur Zeit ihrer Knechtschaft sehnte sich ihre Seele nur geheim nach dem Vaterlande grösserer Kultur, der ungarischen Nation. Heute werden die befreiten Stammesvölker von dem gepeinigten, zerfleischten Ungarn an die Brust gedrückt. In seiner heutigen Einsamkeit muss das Ungartum jede ihm gereichte Hand entgegennehmen, sollte sie auch von einem noch so kleinen Volke dargeboten werden. Wenn man in Erwägung zieht, dass in unserem Rechtsstreite vor dem hypokritischen Rat des Völkerbundes vor kurzem die Vertreter eben derjenigen Staaten (Deutschlands, Italiens, Polens und Finnlands) es gewagt haben, von unserem Recht Zeugenschaft abzulegen, die durch das Gefühlsband der Freundschaft an uns geknüpft sind, dann ist es klar, dass das Kultur- und Gefühlsband auch politischen Wert besitzt.

Ungarn soll das Möglichste tun, um den Glauben unserer finnisch-ugrischen Stammesbrüder an die uralte und überlegene Kultur des Ungartums nicht zu erschüttern. Im Gegenteil: sie sollen die überzeugende Kraft der ungarischen Kulturüberlegenheit nach dem fernen Norden und Osten Europas heimbringen. Einen grossen Fehler des Ungartums stellte jene Erstarrung und Zurückgezogenheit dar, die es auch infolge der unglücklichen Ehe mit Österreich vor der innigeren Geistesberührung mit der grossen Welt abgeschlossen hat. Es gilt schon als geschichtliche Lehre, dass dieser Umstand eine der Ursachen bildete, weshalb wir von dem Areopag in Trianon mit einem so schweren Urteil belangt worden sind. Die Finnen und Esten sind rührige Völker, verwandt mit den legendären Wikingern.

Sie leben in den germanisch-slawischen Grenzgebieten als Puffervölker. Auf ihren Territorien treffen die Kulturen verschiedenen Alters und verschiedener Völker zusammen. Die in Ungarn gesammelten Erfahrungen werden von ihnen in ferne Länder und zu verschiedenen Völkern mitgenommen.

Seitens der ungarischen Regierung und Gesellschaft sind grosse Vorbereitungen im Gange zur angemessenen Veranstaltung des Kongresses. Der Vorsitzende und die Seele des Ausschusses ist Professor Paul Graf *Teleki*, Ministerpräsident a. D., dessen Persönlichkeit selbst schon eine Garantie des Erfolges ist. Nachdem er am zweiten Kongress in Reval teilgenommen hat, hat er persönlich inbetreff derjenigen Erfordernisse Erfahrungen sammeln können, die einen solchen Kongress in Wirklichkeit zu einem erfolgreichen und grosszügigen erheben. Aus dem ausserordentlich reichen und vielseitigen Programm sollen einstweilen folgendes erwähnt werden. Am Vormittag des 10. Juni wird die Eröffnung des Kongresses, am Nachmittag ein Volksfest auf der Margareteninsel unter Teilnahme von Gesangschören und Orchestern aus Ungarn, Finnland und Estland usw. und am Abend ein Bankett stattfinden. Am 11 – 13. Juni werden vormittags die Tagungen der vier Sektionen (allgemeine Bildungs und wissenschaftliche; pädagogische; volkswirtschaftliche; Literatur- und Kunstsektion) in der Art abgehalten werden, dass die gleichsprachigen von den ungarischen, finnischen und estnischen Vorträgen zeitlich nicht zusammenfallen und auf diese Weise von allen Interessenten angehört werden können. Ungarischerseits werden Vorträge von den tüchtigsten Vertretern je eines Faches, um allen zugänglich zu sein – hauptsächlich in deutscher Sprache – gehalten. An den Nachmittagen sind Besichtigungen von Museen, Galerien und Ausstellungen, sowie Ausflüge in die nähere Umgebung, abends Aufführungen in der Oper und in Theatern und Konzerte geplant. Am 13. nachmittags wird die Schlusssitzung des Kongresses erfolgen, und am folgenden Tage beginnen die weiteren Ausflüge: in die drei Universitätsstädte, in die Bükk, nach Lillafüred und Diósgyőr, nach dem Plattensee, nach den Bergwerken in der Umgebung von Pécs, nach der Puszta von Bugac und Hortobágy, nach der Weingegend von Nagykőrös und Kecskemét, nach Szolnok, in dessen Umgebung, in Rákóczifalva, wo ein Levente- und Volksfest veranstaltet wird. Das Programm auf dem Lande verspricht besonders abwechslungsvoll zu sein infolge der Opferwilligkeit und der traditionellen Gastfreundschaft der ungarischen Städte und Gemeinden.

Ebenfalls ist dem unermüdlichen Eifer des Grafen *Teleki* jenes Sammelwerk zu verdanken, welches im Umfange von 340 Seiten und mit unzähligen künstlerischen Bilderanlagen im Verlage der Königlich Ungarischen Universitätsdruckerei über Finnland und Estland in prachtvoller Ausstattung erschienen ist. Die inhaltsreichen Artikel dieses Sammelwerkes wurden teils von in Finnland und Estland tätigen oder früher tätig gewesenen Gelehrten, teils von solchen Fachmännern verfasst, – lauter Ungarn, – die auf Grund ihrer persönlichen Erfahrungen mit den dortigen Verhältnissen gut bekannt sind. Dieses, eine Lücke ausfüllende Werk trägt zur Erkenntnis der Brüdervölker ausserordentlich viel bei und erhöht das Interesse für den Kongress zu Hause in gesteigertem Masse. Diesem Zwecke will auch jener bescheidene Band dienen, der vom Verfasser dieser Zeilen unter der Überschrift „Északi irások" (Nordische Schriften) im Verlage Studium zum Kongress erscheinen wird, ferner seine Broschüren: „A kisebbségi kulturautonómia Észtországban" (Die Kulturautonomie der Minderheiten in Estland) von der Franklin-Gesellschaft herausgegeben und „A finn és észt jogrendszer" (Das finnische und das estnische Rechtssystem) im Verlage der „Magyar Közigazgatás" (Ungarische Verwaltung) und endlich jener Sammelband von 500 Seiten, der in deutscher, estnischer und französischer Sprache unter der Überschrift „Aus den Forschungsarbeiten der Mitglieder des Ungarischen Wissenschaftlichen Instituts in Dorpat" (Bibliotheca Hungarico Estica Nr. 7–10) anlässlich des Kongresses in dieser nordischen Universitätsstadt herausgegeben wird. Ausserdem bemühten sich die Mitglieder des Ungarischen Instituts in Dorpat durch verschiedene Artikel, die in Ungarn, in den von Ungarn abgetrennten Gebieten der Sukzessionsstaaten, in Amerika, in Finnland und Estland erschienen sind, die Kulturbeziehungen zwischen Ungarn und den Brüdervölkern zu stärken.

Zutreffend wurde es in Reval anlässlich des zweiten Kulturkongresses in einer Tischrede vom Grafen *Teleki* hervorgehoben, dass diese imposante Manifestation des finnisch-ugrischen Selbstbewusstseins nicht von Politikern oder volkswirtschaftlichen Faktoren, sondern von Gelehrten und Pädagogen ausgelöst worden ist, und ihre Wurzel tief in den Seelen der Völker sitzt. Der bleibende Wert und die ausserordentliche Bedeutung des III. finnisch ugrischen Kulturkongresses in Budapest wird gerade darin liegen, dass er als Pfeiler der zwischen den vor drei Jahrtausenden geschiedenen Brüdervölkern zu erbauenden Brücke dienen wird, welche weder von der politischen Opportunität, noch dem wirtschaftlichen Interesse, sondern ausschliesslich von dem Gefühl der höheren Geisteskultur und der Rassenzusammengehörigkeit gespannt wird.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. MAI / MAI / MAI 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 5

Reflexii
la solia Principesei Cantacuzino.

Principesa Cantacuzino, cea mai proeminentă somitate a mişcării feminine din România, a publicat înainte cu vre-o câteva zile în ziarul *Lupta* un remarcabil articol, în care şi-a exprimat convingerea, că ţara noastră e bolnavă, forţele se macină în desbinările politice interne, în loc ca preocuparea principală a fiecăruia să fie concentrată spre apărarea frontierelor. Prietinii sinceri ai României vorbesc cu îngrijorare despre situaţia politică internă. După afirmaţia Principesei Cantacuzino, un politician francez i-a declarat următoarele:

„Înţelegeţi odată, că situaţia actuală va deveni tragică. Zi de zi ne sosesc protestări singuratice şi colective, cari dovedesc că situaţia e abnormală; D-Voastră treceţi printr'o criză, de luni de zile. Situaţia aceasta trebue sistată, pentrucă jocul, care continuă, are consecinţe atât pentru D-Voastră, cât şi pentru pacea Europei. Situaţia e de aşa fel, că chiar şi prietenii D-Voastră sunt obosiţi de atâtea sfaturi date, văzând că îndemnurile lor nu sunt luate în considerare".

Noi simţim însă, că încetul cu încetul nu numai prietinii externi, dar chiar şi aceia, cari pătrunşi fiind de sentimente ideale, ar face tot posibilul, ca în interiorul ţării să se întroneze adevărata consolidare şi armonia sufletelor, ei bine şi aceştia încep să obosească, dând atâtea sfaturi.

Că mulţi dintre aceştia, cât de intenziv încearcă să le comunice celor competenţi nobilul lor sentiment sufletesc şi cugetarea sublimă, de care sunt animaţi, nimic nu documentează mai evident, decât scrisoarea Doamnei Irena P. Gulácsy, una

dintre cele mai remarcabile scriitoare maghiare din Ardeal, pe care a adresat-o Principesei Cantacuzino atunci, când D-Sa a făcut unele declarații în legătură cu chestia optanților. La timpul său, scrisoarea aceasta a fost publicată fragmentar în ziarele maghiare; noi o publicăm însă în întregime, spre a arăta Principesei Cantacuzino — în legătură cu declarația D-Sale mai recentă — că eventual și D-Sa poartă vina, dacă țara noastră se află într'o situație atât de tristă.

Sans colère? N'est-ce pas?

De **Irena P. Gulácsy.**

Doamnă, sper, ba știu chiar, că veți primi aceste rânduri ale scrisorii mele, din simpla cauză, că v'o trimit în plic recomandat: București, Calea Victoriei 224.

Căci de ce n'am continua, iac'așa pe hârtia albă de tipar, înegrită cu litere tipografice, acel schimb de idei, pe care l-am întrerupt, în sala cavalerilor din pomposul D-Voastră palat, după vizita de acum 2 ani? N'am motiv să mă dau în lături, pentrucă D-Voastră ați fost cea dintâi, care v'ați îndreptat pașii spre mașinile rotative, și aveți tot dreptul, căci unor astfel de convorbiri nu le strică nimic publicitatea.

Fără supărare... Și acum repet tot aceea, ce am zis cu ocazia ultimei noastre întâlniri: Doamnă, D-Voastră sunteți o admirabilă gospodină; dispuneți de un caracter bărbătesc sobru; sunteți o damă de societate fascinătoare; la masa de prelegeri sunteți deadreptul o personalitate excelentă; dispuneți de tot ce e frumos și bun, ce numai o damă superioară poate avea, însă... Însă pentru noi, femeile maghiare din România și în general pentru muritorii părtași de soartă minoritară, totuși nu e recomandabil să ne prăvălim în suita cercului magic al D-Voastră. Fotoliile D-Voastră sunt extrem de moi, sufletele noastre însă, sunt extrem de obosite, pentruca din împreunarea acestor două circumstanțe, să nu se întâmple vre-o nenorocire. Noi trebue să priveghiem, dacă voim, ca energiile noastre înghețate să nu adoarmă în eternitatea mortală.

Da, repet ceeace am accentuat în sala de arme a pomposului D-Voastră lăcaș, învremece cavalerii cu platoșă din două

evuri medievale, își scoteau încet ochii din orbită, stând riguros de post în decursul convorbirei noastre: Deabia e posibilă speranța unei relațiuni amicale între D-Voastră și noi! Nu tocmai din cauza că, după părerea D-Voastră, numai D-Voastră sunteți elementul autohton al acestei țări, iar noi suntem numai niște venetici în umbra puterii de stat, (căci aceasta, la urma-urmelor, s'ar egaliza prin dreptul nostru de moștenitori ai gliei ardelene), ci e anevoios, pentrucă cercul D-Voastră bogat, îndestulat, împodobit și trenat, îl desparte o lume întreagă de concepția poporului nostru, cu straiță de cerșitor la gât, și după care în loc de nori de matasă, înoată praful spulberat de soartă. Înfăptuirea legăturilor interne intime se lovește de obstacole, fiindcă între sentimentele D Voastră și ale noastre, se mai află deschisă astăzi o astfel de prăpastie, pe care n'o putem trece, nici pe lângă cele mai frumoase cuvinte, nici cu cea mai afabilă curtoasie și nici cu serbătoririle cele mai fastuoase.

D-Voastră vă contemplați viitorul printr'un *tulle-anglais* dublat al optimismului și șovinismului, noi vedem eclipsa solară a sorții noastre și fără sticlă înegrită. D-Voastră nu ne credeți, că am avea nevoi serioase: noi însă gemem sub ele. D-Voastră considerați îngrijorarea noastră ca nemotivată, noi însă flămânzim și ne mistuim în forțată desconsiderare, lipsiți de inimi înțelegătoare, în pragul aspru al inimilor închise, înlănțuiți la păretele ergastului minorităților.

Da, Doamnă, să ne aducem aminte.

Cu ocazia ultimei noastre întâlniri, cam acestea V'am răspuns la cercetările D-Voastră, când în interesul copiilor noștri, a școalelor noastre, a grădinilor de copii și a liberei activități a instituțiilor noastre filantropice, am încercat cheia norocului în lăcătul ruginit al sorții. Nimeni nu ne poate acuza de nesinceritate. Cu francheța obligatorie, pe care nu putem și nici nu-i permis s'o jertfim pentru o benchetuire sau curtoasie, am desfășurat înaintea D-Voastră toate mizeriile noastre, solicitându vă sprijinul și intervenția.

Nu contest o clipă, că D-Voastră ne-ați ascultat cu pacienă. Ne-ați promis chiar că, dacă am avea de fapt nedreptăți, acestea vor fi sanate prin intervenția D-Voastră, și în timpul cel mai scurt ne veți raporta, aici la noi, despre rezultatele obținute. Însă accentul principal a rămas executarea precisă a programu-

lui festiv. Muzica a continuat mai departe şi vai, aşa cred, că numai gustul ceaiului nostru a devenit amar.

Timpurile ne-au justificat pesimismul.

Iată, Doamnă, au trecut de două ori douăsprezece luni, de când ridicându-mi puţin sprâncenele şi oftând din greu, ne-am despărţit, şi totuş copii noştri se macină neschimbat sub greutăţi insuportabile, micuţii noştri din grădinile de copii neschimbat declamează papagaliceşte nişte poezioare, scrise într'o limbă, pe care n'o înţeleg. Porţile şcoalelor noastre şi de atunci încoace se trântesc cu sgomot în zăvorul uşei, spre a nu mai fi deschise. Instituţiile noastre, în mod paralizat, şi pe mai departe, îşi târăsc aripile frânte. Deasupra fundaţiunilor noastre bisericeşti, răsună sinistru clopotul muribunzilor şi organele administrative nici astăzi nu se poartă, faţă de noi, mai cu mănuşi, decât înaintea acelor frumoase promisiuni. Doamnă, să privim în jurul nostru şi să recunoaştem, că într'adevăr nu s'a făcut în interesul nostru nimic, absolut nimic.

Afară de vre-o câteva scrisori de politeţă, în care V'aţi adus aminte de neînvierea Paştelor noastre, de Crăciunul nostru negru şi de doi ani noui trişti, nici n'am mai auzit glasul D-Voastră, superior şi metalic. Numai acum l-am auzit iarăş, pe neaşteptate, şi nu tăinuiesc, am fost lovită până în oase. Nu aici, nu la noi, unde V'am aşteptat să ne documentaţi dreptatea noastră; nu dela piedestalul mesei, unde ne-aţi pus în vedere îndeplinirea promisimilor, ci dintr'o depărtare foarte mare, din Geneva, — unde se păstrează castronul cu zeamă subţire al năcazurilor minoritare, — în ziarul *Journal de Genève*, în ale cărui coloane spirituale, în mod miraculos V'aţi întors în contra noastră.

Doamnă, aţi scris în acest ziar un articol, în care cu o uşurinţă uimitoare aţi dat la o parte chestia şcoalelor minoritare, atât de înveninată de ani de zile şi de bunăseamă devenită, după atâta timp, cam plictisitoare, pentruca să recurgeţi la alta. La chestia proprietăţii de pământ a Maghiarilor din Ardeal, cari au fost nevoiţi să renunţe la cetăţenia română şi cărora, sub titlul reformei agrare şi al exproprierei, li-s'au luat pământurile. Să vedem, Doamnă, ce scriaţi în acest articol! Afirmaţi, în primul rând, că în România nici nu există chestia optanţilor. După aceasta declaraţi, că reforma agrară a lovit deopotrivă pe fiecare proprietar din România. Că reclamaţia optanţilor ma-

ghiari are un neastâmpărat scop curat politic, a cărui tendință secretă este, abolirea tratatelor de pace și trepanarea sistemului de securitate, ceeace îndeamnă la protest întreaga Europă.

Vai, Doamnă, ce dureroasă desiluzie e pentru noi, părerea ce o aveți despre reforma agrară! Cât de des e iarăș acel *tulle-anglais*, prin care priviți mizeriile noastre! Sunt de impresia, că neluând în considerare nimic, n'ar fi fost permis să greșiți cu loviturile vechi, adecă să recurgeți iarăș la modul de asemănare atât de nefast, ca înainte cu 2 ani, când ați voit să dovediți, că dispozițiile, cari ne nefericesc temporar, sunt valabile deopotrivă atât peste Predeal, cât și dincoace. Doar D-Voastră trebue să știți, începând dela întrevederea noastră, că această afirmație e diametral opusă cu starea adevărată. Că în țara aceasta, după cotitura Oltului, trăiesc într'adevăr astfel de cetățeni de rangul al doilea, cari sunt loviți de toate ilegalitățile. Dar chiar dacă aș fi uitat — în sgomotul muzicei și al linguriților — să vă atrag atenția asupra acestui fapt, permiteți-mi, Doamnă, să vă servesc în chestia reformei agrare din Vechiul Regat și Ardeal, cu vre-o câteva explicări și dovezi obiective.

Firește, nu vreau să vorbesc despre procesul optanților, pentrucă în această chestie nu mă amestec. Dar trebue să vorbesc despre reforma agrară, care a ruinat clasa proprietarilor rămași aici, și care reformă — după părerea D-Voastră — a lovit deopotrivă și pe proprietarii din Vechiul Regat.

Eroare cardinală! Cei împuterniciți cu executarea dispozițiilor legii, au aruncat normele, dupăcum au voit. Chiar și legea însaș a lărgit colosal deosebirea dintre regățeni și ardeleni, dintre Români și Maghiari. A fixat anume cantitatea de pământ, ce a fost permis să se exproprieze în Vechiul Regat, până când în Ardeal pământurile Maghiarilor s'au măsurat, claie peste grămadă, producând o adevărată plutocrație în locurile vechi și desamăgind chiar și pe aceia, cari au așteptat o nivelare socială dela această dispoziție. Vă pot servi imediat cu un exemplu semnificativ din nemărginită apropiere. Cu exemplul moșiei de 10.400 jugăre din Aleșd, a contelui Zichy, care fără expropriere legală, prin formula simplă de: „na! și ține-o", și-a schimbat stăpânul, numai cu deosebirea, că în castelul din Gégény, după plecarea contelui, de aci înainte d-l George Mateescu va fi boierul...

Mai departe! La exproprierile din Vechiul Regat s'au re-

stituit prețurile de evaluare a pământului, potrivit timpului, adecă prețurile de după războiu, până când în Ardeal au rămas în vigoare micile prețuri derizorii din 1913. Faptul acesta, Doamnă, nu servește spre o mai pronunțată dovedire a celor afirmate în articolul D Voastră.

Dar mai e și altceva!

În Vechiul Regat a fost permisă numai exproprierea pământului marilor proprietari, în Ardeal însă, n'au fost cruțați nici proprietarii mijlocii și nici micii proprietari.

Cum? Aceasta e egalitate?

E adevărat, că moșiile bisericești și călugărești din Vechiul Regat, au fost expropriate mai de demult, cu ocazia primei reforme agrare; însă Statul totuș sprijinește din abundanță bisericile sale ortodoxe, până când dela cele maștere ia într'una, fără să dea ceva în schimb. Deși din veniturile bunurilor și fundațiunilor bisericești confiscate, am susținut instituții, orfelinate, școli, muzee etc.

Cum? Egalitate?... Doamnă, nu vi-s'ar putea trimite ziarul favorit la Geneva? Pagubă. Pentrucă atunci ați fi putut ceti, abuzurile rușinoase ce le au comis tocmai în timpul ultim, doi agronomi din județul Dolj, atât față de Stat, cât și față de țărani și proprietari. E adevărat, «*non olet.*» E adevărat, agronomii au fost arestați. E adevărat, D-Voastră cu dialectul vioi ce-l posedați, imediat ați putea inversa dovada, că iată și în aces caz e vorba de Vechiul Regat. Eu însă sunt nevoită, totuș, să vă privez de acest *tulle-anglais*, atrăgându-vă atenția asupra faptului, că: dacă în Vechiul Regat s'a avântat de mult, îndrăsneala gospodarilor, oare până unde va merge încumetarea vre-o câtorva aici, la noi? Câți panamiști, câți cavaleri ai noroculuĭ, și câte societăți anonime n'au speculat pielea optanților maghiari?! Câti inși n'am prădat la noi pământul spre alte scopuri, decât cele pe cari le-a prevăzut legea? Ca să nu merg prea departe, amintesc cele întâmplate cu moșia arhiducelui Iosif, de 40.000 jugăre din Chișinău. Câte parcele de pământ roditor n'au rămas părăginite în baza principiului, că mai bine să le bată grindina, decât să ajungă pe mâna Maghiarilor? Și dacă aceasta n'ar fi adevărat, dacă n'am avea destăinuiri relativ la căutarea căii „egalității", oare pentru ce s'a cenzurat, înainte cu doi ani, romanul modestei mele persoane, în care m'am ocupat cu aplicarea practică și consecințele reformei agrare dela noi?

Ş'apoi prin părţile noastre, chiar şi caracterul optanţilor a fost judecat cam curios. La noi a fost considerat ca optant fiecare, dacă din vre-o cauză familiară oarecare, a fost nevoit să părăsească ţara, chiar şi numai pe 1–2 luni. Tot atunci în Vechiul Regat a fost normativă durata de 5 ani a petrecerii în străinătate. Cred, că şi aceasta e o diagramă cu deosebiri esenţiale, dimpreună cu constatarea, că în Basarabia cei îndreptăţiţi din părţile acelea au primit deja o despăgubire, rămânând numai vre-o câţiva optanţi ruşi în suspensie, neregulaţi. Nici aceasta nu dovedeşte, caşicând principiul tratamentului egal ar fi fără vre-o rămăşiţă şi neînfrânt.

Or, articolul D-Voastră, Doamnă, mai conţine şi un punct cu mult mai ghimpos. Anume, unde caută pretutindeni politica, mânile cari de zeci de ani, în mod declarat, au luat parte activă la amestecarea cărţilor diplomaţiei înalte, şi cari mâni tot atunci, fără perdea, acuză deadreptul cu rothermerism şi cu răsturnarea ordinei Statului, pe Maghiarii ardeleni, păgubiţi de două ori.

O, Doamnă, pentruce aţi lăsat să-şi scoată limba, prin vârful condeiului, hidra noastră veşnică, cu o sută şi unul de capete, când ne-am luptat deja cu o sută, şi respirând ceva mai liniştit, am început să sperăm în trista alinare a doliului regal, fiind recunoscuţi atât de bine, şi crezând că, în sfârşit, n'avem să ne mai temem de acest monstru? De ce pocniţi tocmai D-Voastră, cnutul adânc despicător al iredentismului, pe spatele nostru muşcat de răni? D-Voastră, Doamnă, către care ne-am ţinut inimile atât de aproape, înaintea căreia ne-am descoperit toate năcazurile, toate suferinţele, udându-vă covoarele cu lacrimile noastre?

E oarecumva de înţeles, dacă de pe buzele bărbaţilor isbucneşte şicanarea, sau când pumnii bărbaţilor vâjâie biciul deasupra noastră! Or, din partea D-Voastră, Doamnă, care ne cunoaşteţi atât de bine, această faptă este nespus de tristă... Să-mi permiteţi a vă trimite şi în viitor câte-un cuvânt pe hârtia albă, înegrită cu litere tipografice...

– *Sans colère, n'est ce pas?*... Fără supărare, nu-i aşa? Doamnă, de pe eterna faţă a Feminei, strigă trăsătura crudă; în degetele fine ale gingaşei mânuţe femeeşti, împodobită cu *tulle-anglais*, nu se potriveşte biciul grosolan, producător de răni pe seama popoarelor.

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Fortsetzung.)

XX.

Internationaler Rechtschutz.

1. Der *Völkerbund* hat den Schutz aller Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion unter Ergänzung seiner Satzung (Art. 26. der Völkerbundsatzung) *zu seiner Aufgabe* zu erklären. Die Staaten, die noch nicht zu Minderheitenschutz verpflichtet sind, verpflichten sich durch dem Völkerbunde gegenüber abzugebende Erklärungen. Solange eine solche allgemeine Regelung nicht zu erzielen ist, hat der Völkerbund dahin zu wirken, dass möglichst viele Staaten, die noch nicht durch Verträge bezw. Staatserklärungen minderheitenschutzrechtlich verpflichtet sind, ihm gegenüber solche Erklärungen abgeben.

2. Der Völkerbund hat dahin zu wirken, dass zwischen Staaten, in denen wechselseitige Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion leben, *Sonderverträge* über ein erhöhtes Ausmass von minderheitenschutzrechtlichen Bestimmungen abgeschlossen werden.

3. Der Völkerbund bezw. der Rat des Völkerbundes hat eingehende, *materiellrechtliche Leitsätze* auszuarbeiten, welche für ihn bei der Ausübung des Minderheitenschutzes, soweit dieser bezüglich der einzelnen Staaten besteht (Abs. 1.), als Richtlinien gelten werden.

4. Der Völkerbundrat setzt eine ständige Kommission für Minderheitenfragen ein, dem das Weltminderheitenamt untergeordnet ist (Punkt II. Abs. 3. und Abs. 7. dieses Punktes).

5. Der Völkerbund bezw. der Rat des Völkerbundes hat ein genaues *Reglement* zu beschliessen, welches genaue Vorschriften des Verfahrens enthält, die bei Minderheitenschutzangelegenheiten zur Anwendung zu gelangen haben. Dieses Reglement hat Bestimmungen darüber zu enthalten, wer für die Minderheiten bezw. aus dem Kreise der Minderheiten berufen ist, Beschwerden in Minderheitenangelegenheiten zu überreichen und welche Bedin-

gungen diese Beschwerden erfüllen müssen. In den Fällen des Punktes XIX. Abs. 5. und 7. sind die dort genannten Vertretungskörper bezw. Organe als zur Überreichung von Beschwerden berechtigt anzusehen. Ein Entwurf eines solchen Reglements des Völkerbundrates ist im Anhange I. abgedruckt.

6. Der Völkerbund hat eine Änderung der Satzung des Ständigen *Internationalen Gerichtshofes* zu beschliessen, nach der den Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion in jenen Staaten, die minderheitenschutzrechtlich verpflichtet sind (Abs. 1.) eine beschränkte Parteifähigkeit vor diesem Gerichtshofe eingeräumt wird; ein Entwurf einer solchen Abänderung der Satzung ist im Anhange II. abgedruckt. Ausserdem bleiben die Bestimmungen von Staatsverträgen und Staatserklärungen, sowie die Bestimmungen eines allfälligen vom Völkerbundrate gem. Abs. 5. zu beschliessenden Reglements über die Zuständigkeit dieses Gerichtshofes in Geltung.

7. In welchen Fällen sich der Völkerbundrat bei der Behandlung von Minderheitenfragen der Minderheitenkommission und des Weltminderheitenamtes (Punkt II. Abs. 3.) bedient, hat dieser im Allgemeinen in dem in Abs. 5. erwähnten Reglement und im Einzelnen festzusetzen.

8. Die Überreichung von Minderheitenbeschwerden beim Völkerbundrate und die Teilnahme an seinen Verhandlungen in der Eigenschaft als Partei, Zeuge, Sachverständiger, Anwalt oder in welcher Eigenschaft immer kann von dem Staate, dem der Betreffende als Staatsbürger angehört, nicht als illoyaler Akt angesehen werden (Punkt XXI. Abs. 2.) und kann niemals als Anlass zu einem Einschreiten strafrechtlicher, politischer und disziplinarrechtlicher Art gegen den Betreffenden genommen werden.

9. Ein wie immer gearteter Verzicht einer Minderheit auf Rechte, die ihr auf Grund der Satzung des Völkerbundes, sowie auf Grund von Staatsverträgen oder Staatserklärungen zustehen oder in Zukunft etwa zustehen könnten, ist rechtlich ohne Wirksamkeit. Versuche seitens der Regierungen und der Mehrheiten, die Minderheiten zu Verzichterklärungen solcher Art zu veranlassen, sind verboten.

BEGRÜNDUNG.

Abgesehen von der Mangelhaftigkeit und Unvollkommenheit der *materiell*-rechtlichen Bestimmungen der bisherigen

Rechtsquellen des internationalen Minderheitenschutzes (Verträge, Staatserklärungen) haben es zwei Umstände bewirkt, dass die völkerrechtliche Seite der Lösung des Minderheitenproblemes bisher nicht gelungen ist, nämlich die Tatsache, dass *nur ein Teil* der bestehenden *Minderheiten* überhaupt völkerrechtlich geschützt ist und die weitere Tatsache, dass die *Verfahrens-Bestimmungen*, die einerseits in den erwähnten Rechtsquellen, andererseits in den Resolutionen des Völkerbundrates enthalten sind, *mangelhaft*, *unvollkommen* und *unzweckmässig* sind und allen *modernen Grundsätzen* eines auf der Erforschung der materiellen Wahrheit hinzielenden *Verfahrens widersprechen*. Deshalb und dadurch, dass schon die Aufrollung einer Minderheitenfrage ausschliesslich in die Hand der Delegierten der in dem Völkerbundrate vertretenen Mächte gelegt ist, fehlen alle Garantien für die Durchführung des Minderheitenrechtes. *Gerade die Frage der wirksamen Garantien des Minderheitenrechtes ist aber die wichtigste des ganzen Problemes, ohne deren zufriedenstellende Lösung sämtliche Bemühungen jeder Art vollkommen vergeblich sind*: Hier liegt der Kernpunkt des ganzen Problemes.

E)

Die psychologischen Grundlagen der Problemlösung.

XXI.

1. Die endgiltige Lösung des Weltminderheitenproblemes zur allgemeinen Zufriedenheit aller Staatsmehrheiten und Staatsminderheiten ist eine gebieterische Forderung der gesamten gesitteten Menschheit, die ein Lebensinteresse daran hat, dass die ungelösten Minderheitenprobleme, die im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit eine dauernde und ernste Gefahr für den Weltfrieden bilden, vollkommen und restlos bereinigt werden. Beruhend auf den Verschiedenheiten der Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion entspringen die Minderheitenprobleme den edelsten Regungen und tiefempfundenen Überzeugungen der beteiligten Massen und sind daher psychologischer Natur, mögen sie auch häufig im Verlaufe der Ereignisse zu unedlen, habsüchtigen Bestrebungen missbraucht werden. Daraus folgt, dass auch die Wege, die zur Lösung dieser Probleme führen, nicht nur rechtlicher, sondern auch psychologischer Art sind.

2. Die *Minderheiten* nach Abstammung (Nationalität),

Sprache oder Religion, die vielfach gegen ihren ausgesprochenen Willen einem ihnen nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion fremden Staate einverleibt wurden, deren Schicksal somit vielfach aus wirtschaftlichen, historischen, geographischen, strategischen und anderen Gesichtspunkten – unter Verletzung der strengen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes bestimmt wurde, haben schon aus diesen Gründen einen Anspruch auf Gewährung des Höchstausmasses des im einzelnen Falle möglichen Minderheitenschutzes. Sie haben insbesondere ein geheiligtes Recht, in ihren nationalen und religiösen Gefühlen jeder Art geschützt und in keiner wie immer gearteten Weise gekränkt zu werden. Dieser Anspruch richtet sich sowohl gegen die Staaten und ihre sämtlichen Organe, als auch gegen die Staatsmehrheiten. Als Gegenleistung hiefür haben sie die Pflicht der Loyalität gegenüber dem Staate, dem sie angehören, wobei das Wort Loyalität nicht nur nach seiner grammatikalischen Auslegung im Sinne lediglicher Befolgung der Gesetze aufzufassen ist.

3. Die *Staaten*, denen Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion eingegliedert sind, haben die Pflicht in Würdigung der in Absatz 3 angeführten Umstände das Recht dieser Minderheiten auf das Höchstausmass des im einzelnen Falle möglichen Minderheitenschutzes anzuerkennen und ihr Vorgehen gegenüber den Minderheiten darnach einzurichten. Infolgedessen haben sie die Pflicht, diesbezügliche Bestimmungen in ihre Gesetzgebung aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Verwaltung nach dem Wortlaute und im Geiste dieser Bestimmungen geführt werde. Auch ihr Verhalten den Minderheiten gegenüber muss loyal in dem in Abs. 2. umschriebenen Sinne sein. Als Gegenforderung hiefür haben sie das Recht, von ihren Minderheiten eine gleiche Loyalität zu verlangen.

4. Die *Mehrheiten* im Staate haben die Pflicht, den Minderheiten anständig zu begegnen, ihre nationalen und religiösen Gefühle zu achten, sie in keiner wie immer gearteten Weise zu kränken und sie in der Ausübung ihrer Minderheitenrechte in keiner Weise zu behindern.

5. Über die Minderheiten, die Staaten und die Mehrheiten hinaus ist es eine Pflicht der *gesamten gesitteten Menschheit*, für den allmäligen Abbau der Gegensätze zwischen den Mehr-

heiten und den Minderheiten in den einzelnen Staaten zu arbeiten und zu wirken und gegen die Bedrückungen der Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache und Religion einzutreten.

6. Misshelligkeiten, die in einzelnen Staaten zwischen dem Staate und der Mehrheit einerseits, den Minderheiten andererseits bestehen, können nur schrittweise, durch eine wahrhaftig liberale Ausgestaltung des Minderheitenrechtes und durch dessen grosszügige Durchführung in der Praxis einerseits, durch eine Eingewöhnung der Minderheiten in den Staat und ein allmählich sich immer loyaler und staatstreuer gestaltendes Verhalten der Minderheiten andererseits ausgeglichen werden, wobei es Sache des Staates ist, den Minderheiten als dem schwächeren Teile die Hand zur Versöhnung zu bieten.

7. Nur wenn diese Misshelligkeiten nicht auf heimischen Boden bereinigt werden können, ist es Sache des Völkerbundes nach den für ihn bestehenden Bestimmungen (Punkt XX.) mit dem gebotenen Takte; erforderlichenfalls aber auch mit der gebotenen Energie einzugreifen. Dies ist eine der vornehmsten Aufgaben des Völkerbundes.

BEGRÜNDUNG.

Zweck dieses Punktes ist festzulegen, dass eine Lösung des grossen Minderheitenproblemes nicht nur ein rechtliches, sondern in erster Linie ein psychologisches ist. Ohne Abbau des Hasses zwischen den Mehrheiten und den Minderheiten ist seine Lösung nicht möglich. An diesem grossen Werke, das für die gesamte Welt ein Werk der Friedensbewahrung ist, mitzuarbeiten, ist Sache der ganzen gesitteten Menschheit. Einige Staaten erheben gegen ihre Minderheiten nach Abstammung (Nationalität), Sprache oder Religion den Vorwurf, dass sie eine gegen den Staat und seinen Bestand gerichtete Haltung einnehmen und geben der Meinung Ausdruck, dass nur loyale Minderheiten Anspruch auf Schutz ihrer Eigenart überhaupt bezw. auf eine besondere Ausgestaltung des Minderheitenschutzes erheben können; demgegenüber begründen die Vertreter der Minderheiten allfällige illoyale Vorgänge auf Seite ihrer Angehörigen mit dem minderheitenfeindlichen Verhalten und den hiermit im Zusammenhang stehenden Bedrückungen der Regierungen: Nur gegenseitige Loyalität von Staat u. Mehrheit einer-

seits und Minderheiten andererseits kann zum Ziele führen. Endlich muss festgestellt werden, dass die Minderheitenprobleme in erster Linie Probleme der einzelnen Staaten selbst sind; erst, wenn die Lösung auf heimatlichen Boden nicht gelingt, ist es Sache des Völkerbundes, einzugreifen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

IV.

In dem Siedlungswettstreit seitens der benachbarten Völker, wodurch das ethnografische Bild des Szatmárgebietes im XVIII. Jahrhundert so bunt wurde, nahm auch das ruthenische Volk griechisch-katholischer Religion aus den Maramaroser Bergen Anteil. Diese ruthenischen Schwärme drangen bis an die Westgrenze des Szatmárkomitates vor. Sie schmolzen aber alsbald ins Ungartum ein und heute erinnert nichts mehr an ihre ruthenische Vergangenheit, bloss der Umstand, dass die Bevölkerung sie wegen ihrer griechisch-katholischen Religion „Russen" nennt. Adorján, Kissár, Lázári, Mikola, Nagypeleske, Sárköz, Sárközujlak, Turterebes *) haben entweder teilweise oder durchwegs magyarisierte ruthenische Bevölkerung. Ihrer bisherigen Methode gemäss schrieb die rumänische Statistik diese wieder zur rumänischen Bevölkerung dazu, wie aus den Daten der vordem dargestellten Tabelle, bezüglich der Gemeinde Turterebes hervorgeht. Die 782 Einwohner griechisch-katholischer Religion dieser Gemeinde finden wir im Jahre 1920 schon in der Rubrik der Rumänen, obwohl mit Ausnahme eines geringen Bruchteiles hier geschichtlich nachweisbar weder heute noch in der Vergangenheit Rumänen zu finden sind.**)

*) Siehe das Werk „Magyarország vármegyéi és városai", im Band Szatmár Komitat.

**) Das im Jahre 1773 in Wien erschienene lexikonartige Ortsnamenverzeichnis stellt auf Seite 283 über die Gemeinde Turterebes fest: „Principaliter in eadem viget linqua hungarica, ruthenica" (in der Gemeinde herrscht die ungarische und ruthenische Sprache).

Die Unlogik der rumänischen Statistik hinsichtlich ihrer Folgerungen nach Nationalität und Religion ist bei der römisch-katholischen Bevölkerung noch auffallender. Diese Folgerungen sind hier am wenigsten stichhältig; denn im Szatmárgebiete von römisch-katholischer Religion auf deutsche Abstammung zu schliessen ist ebenso unrichtig, wie von griechisch-katholischer Religion auf rumänische Abstammung.

Das Komitat Szatmár samt dem Bezirk Ugocsa besass in 1910 laut ungarischer Volkszählung rund 60.000 römisch-katholische Einwohner, also beiläufig ein Fünftel der Gesamteinwohnerzahl des Komitates. Diese katholische Volksmenge verteilt sich territorial in erster Linie auf die Städte. Grössere Massen davon entfallen auf die Nagykárolyer und Erdőder Bezirke, das heisst dorthin, wo die Bevölkerung schwäbischer Abstammung ist. In grösserer Zahl finden wir römisch-katholische Einwohner auch in einigen Dörfern der Bezirke Szatmárnémeti und Ugócsa und ausserdem gibt es kaum eine Gemeinde des Szatmárkomitates besonders im Westen, wo nicht römisch-katholische Seelen in grösseren oder kleineren Gruppen zu finden wären.

Hinsichtlich der nationalen Struktur dieser römisch-katholischen Volksgruppe von 60.000 Seelen, besitzen wir ein geschichtliches Positivum: die schwäbische Bevölkerung ist fast ausnahmslos römisch-katholisch.

Die Gesamtzahl dieser ist aber, wie aus der oben angeführten Tabelle ersichtlich, nur 28.472. Die restlichen 31.000 Seelen betreffend, haben wir das geschichtliche Negativum: Rumänen gibt es unter ihnen gar keine, oder höchstens hie und da eins-zwei.

So bleibt uns die Wahl zwischen Ungarn und Deutschen, allenfalls auch Slaven. Diese lokalen Umstände begünstigen natürlich stark das Verlangen, um jeden Preis „einheimsen" zu wollen. Bei den verschwommenen Rassengrenzen eröffnet sich der Fantasie ein weites Feld. Diese kennt dann derart keine Grenzen, dass sie nicht glauben will, es gäbe im Szatmárgebiet Katholiken, die nicht deutschen oder schwäbischen Ursprunges sind.

Demgegenüber besitzen wir geschichtliche und statistische Daten darauf bezüglich, dass fast in jeder Gemeinde des Szatmárkomitates, die schwäbischen Siedlungsgemeinden nicht ausgenommen, Katholiken ungarischer Abstammung zu finden sind.

Geschichtliches Faktum ist, dass, als Graf Alexander Károlyi im Jahre 1737 das katholische Volk Erdőd's konskribierte, er hier 11 ungarische Familien fand. Und diese geschichtliche Spur ist nicht alleinstehend. Unerforschtes geschichtliches Terrain wären die Kataster- und Leibeigenen-Konskriptionen, verschiedene Verteilungslisten, kirchliche Matrikel usw., wo es lohnend wäre, diese Spur zu verfolgen.

Das nächste und greifbarste Material hiezu finden wir unzweifelhaft in den kirchlichen Matrikeln. Nach den darin befindlichen ungarisch klingenden Namen können wir mit logischer Sicherheit auf die ungarische Abstammung ihrer Träger folgern. Die Matrikelbücher einzelner Gemeinden reichen bis in die dreissiger und vierziger Jahre des XVIII. Jahrhunderts zurück, in ein Zeitalter, wo es noch keine nationale Idee im heutigen Sinne gab und die Magyarisierung der Namen sinnlos war. Es ist geradezu überraschend, wie diese Matrikelbücher (Geburts-, Eheschliessungs und Sterbe-Matrikel) schon in den ersten Jahren über zahlreiche ungarische Namen berichten. Den Nagy-Károlyer römisch-katholischen Eheschliessungs-Matrikeln gemäss, welche bis 1750 reichen, haben von 1750 bis 1852 498 Bräute mit ungarischen Namen schwäbische Männer geehelicht. In Csanálos, Csomaköz, Kaplony, Mezőfény, Mezőpetri, Gilvács, Érdengeleg, Alsóhomoród und Krasznasándorfalu steigt die Zahl solcher ungarischer Bräute auf mehrere Hundert.*)

*) Das historische Bild, welches wir bieten wollen, wäre unvollständig, würden wir an dieser Stelle nicht wenigstens auszugsweise das Resultat einer sorgsamen Datensammlung anführen. Die „Magyar Kisebbség" veröffentlichte im V. Jahrgang 1926 von No. 9 fortlaufend, unter dem Titel „A szatmárvidéki asszimilációhoz" die Liste der, in den röm.-kath. Pfarrämtern geführten Eheschliessungsmatrikeln von 18 schwäbischen Siedlungsgemeinden. Diese Liste enthält die Namen jener Bräute mit ungarischen Namen, die seit dem Zeitpunkt der schwäbischen Siedlungen Ehen mit schwäbischen Männern eingingen.

In den Eheschliessungsmatrikeln von Nagykároly finden wir von 1750 bis 1852 — wie schon erwähnt — 498 ungarische Bräute. Von diesen heirateten schon in 1750 Elisabeth Vásárhelyi, in 1759 Elisabeth Király, in 1761 Elisabeth Dési, in 1763 Helene Tóth und Elisabeth Molnár, in 1764 Anna Maria Mátyási, in 1765 Maria Győrfi, in 1766 Maria Farkas, in 1768 Anna Varkóczy, in 1776 Christine Kovács, in 1777 Elisabeth Fedák, in 1778 Anna Puskási und Maria Gyönge, in 1780 Therese Ökrös und Klara Gyula, in 1781 Therese Tóth und Anna Zetényi, in 1782 Katharina Szallay, in 1783 Katharina Kovács, Maria Szilágyi, Katharina Bartha, Rosa Balogh, in 1784 Therese

Und dies sind jene Dörfer, die wir gegenüber einer anderen Gruppe mit dem Buchstaben „A" bezeichnen, wo die rumänische Statistik die katholische Bevölkerung summarisch, oder höchstens mit Ausnahme von ein-zwei Seelen erbarmungslos zu Deutschen erklärt, trotzdem auf Grund der Matrikelbücher in Nagykároly allein die Zahl der Katholiken ungarischer Abstammung 1500 belaufen musste. Mit den übrigen Gemeinden zusammen mag ihre Zahl bis zu 2000 steigen.

Das Vorhandensein ungarischer Katholiken beweisen noch die Matrikelbücher der römisch-katholischen Pfarrämter in einer anderen Gruppe schwäbischer Siedlungsgemeinden, die wir nun zum Unterschied von der früheren „A" Gruppe mit „B" bezeichnen. Diese sind: Erdőd, Krasznabéltek, Szakasz, Király-

Ökrös, in 1786 Maria Balázs, in 1787 Eva Orosz, in 1788 Magdalene Ámon, in 1789 Barbara Mátyás, Elisabeth Bálint und Barbara Fazekas, in 1790 Barbara Vedres, in 1791 Katharina Tóth, Katharina Ecsedi, Justine Nagy, in 1792 Maria Török, Maria Puskás, Elisabeth Cseh, Susanna Daróczy, in 1794 Rosalie Cseh, in 1796 Elisabeth Visolai, in 1797 Anna Lőrincz und Maria Ámon, in 1799 Elisabeth Szabó und Therese Pék. Folglich hatte in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts in Nagykároly jährlich durchschnittlich eine ungarische Braut deutschnamigen Mann geehelicht. Leider ist aus den erwähnten Daten der „Magyar Kisebbség" nicht feststellbar, wie viele Bräute ungarischen Namens ungarische Männer geheiratet haben. Hätten wir auch darüber Aufschluss, so bekämen wir an Hand der statistischen Erfahrung ein annähernd zutreffendes Bild davon, wie viele Ungarn in der ersten Zeit der schwäbischen Siedlungen in Nagykároly existierten.

In der Gemeinde Nagymajtény, wo die rumänische Statistik von 1920 insgesamt 45 Ungarn feststellt, heirateten schon im Jahre 1778 Anna Nográdi, in 1780 Therese Margit, in 1783 Maria Herceg, in 1784 Maria Domokos und Anastasie Bálintffi, in 1787 Maria Bocski und Elisabeth Zsoldos, in 1788 Maria Révai, Maria Zsoldos und Katharina Zsoldos, in 1789 Maria Kádár, in 1794 Maria Váradi, Ursula Zsoldos und Maria Zsoldos, in 1797 Auguste Zsoldos, in 1798 Helene Zsoldos. In 22 Jahren heirateten folglich 14 ungarische Mädchen deutschnamige Männer. Ist dies allein nicht ein Beweis dessen, dass in der ersten Zeit der deutschen Siedlungen in diesen Gemeinden Ungarn wohnten? Somit kann man die Feststellung, im Jahre 1920 hätte es dort bloss 45 Ungarn gegeben, wahrhaftig nicht ernst nehmen. Oder betrachten wir Turterebes, wohin die ersten schwäbischen Siedler im Jahre 1745 ankamen und in einem Ausweis vom Jahre 1763 dort im Ganzen 30 schwäbische Familien waren. Diese Zahl vergrösserte sich erst in 1774 wesentlich; und dennoch schliessen in 1755 Maria Csorda, in 1761 Helene Molnár, in 1772 Katharina Sütő, in 1773 Anna Erdélyi Ehen mit Männern deutscher Abstammung.

Brauchen wir sprechendere Beweise dafür, dass in den sogenannten schwäbischen Dörfern zur Zeit der Siedlungen auch schon Ungarn lebten?

darócz, Nántü, Nagymadarász, Szinfalu, Nagyszokond, Krasznaterebes, Kálmánd, Mezőterem, Nagymajtény, Szaniszló, Barlafalu, Szelistye, Józsefháza und Tasnádszántó. Ihre Gesamtzahl mag beiläufig 3000 ausmachen.

Dies ist die Gruppe jener Gemeinden, deren Volkszählung im Jahre 1920 gewissenhafter durchgeführt wurde und deren technische Ausführung sich nicht auf die mechanische Benützung der konfessionellen Daten der ungarischen Volkszählung von 1910 beschränkte. Wegen konsequenter Beibehaltung der biologischen Methode war man aber gezwungen, aus der Rubrik der Deutschen jene Katholiken auszulassen, deren ungarisch klingende Namen auf ungarische Abstammung schliessen liess. Infolgedessen verminderte sich in der Gruppe dieser Gemeinden, mit Ausnahme von Kálmánd, Barlafalu und Nagyszokond die Zahl der deutschen Einwohner gegenüber der Zahl der Katholiken gemäss der ungarischen Volkszählung von 1910, obzwar logisch vorauszusetzen ist, dass, wenn jeder Katholik tatsächlich deutsch ist, – wie dies das Grundprinzip der rumänischen Statistik feststellt, – diese Zahl seit 1910 steigen musste.

Was könnte dieses Plus der katholischen Bevölkerung des Szatmárgebietes anders sein, als Ungarvolk? Ausser den röm. katholischen Matrikelbüchern haben wir also parallel auch statistische Beweise dafür, dass in der B. Gruppe dieser schwäbischen Siedlungsgemeinden rassenechte ungarische Katholiken leben. Eine Ausnahme bilden Kálmánd, Barlafalu und Nagyszokond, wo die Zahl der Katholiken von 1910 geringer als die der Deutschen von 1920 ist, wodurch die Möglichkeit ausgeschlossen ist, das Rassengefüge der Katholiken hier statistisch klären zu können.

Dieselbe Lage ist in Turterebes und Tasnád, welche Gemeinden wir C. Gruppe nennen wollen. Dort verfällt die rumänische Statistik offenbar aus Versehen in's andere Extrem und belässt ihrer Methode zuwider, sämtliche Katholiken als Ungarn, obwohl deren bedeutender Bruchteil deutscher Abstammung ist, heute aber, ob alt oder jung, alles nur mehr ungarisch spricht.

Die nach Ausnahme der Gemeinden Kálmánd, Barlafalu und Nagyszokond zurückbleibenden 14 Gemeinden der B. Gruppe sind in vergleichsweiser Tabelle:

Name der Gemeinde	Zahl der deutschen Bevölkerung in 1920	Zahl der kath. Bevölkerung in 1910	+ kath. Bevölkerung
Erdőd	828	2139	1311
Királydarócz	819	904	85
Krasznabéltek . . .	1070	1670	600
Krasznaterebes . . .	655	719	64
Nagymadarász . . .	205	307	102
Nántü	330	374	44
Szinfalu	752	841	89
Szakasz	568	580	12
Mezőterem	1357	1546	189
Nagymajtény	1415	1579	164
Szaniszló	1599	1826	227
Józsefháza	363	401	38
Szelestyehuta . . .	210	249	39
Tasnádszántó . . .	519	552	33
Zusammen .	10690	13687	2997

Diesem Ausweis gemäss ist in 14 schwäbischen Siedlungsgemeinden eine rund 3000 Seelen zählende Masse von Katholiken, die selbst die wenig skrupulöse rumänische Statistik nicht in die Rubrik der Deutschen eingliedern kann. Zeugt dieser Überschuss von 3000 Katholiken nicht für solche ungarischer Abstammung?

Und wenn dem so ist, so können wir als statistisches Faktum feststellen, dass in diesen 14 ausgesprochen schwäbischen Siedlungsgemeinden, deren katholische Bewohner schwäbischer Abstammung in 1920 insgesamt 10.690 Seelen ausmachten, 3000 solche Katholiken leben, deren ungarische Abstammung unzweifelhaft ist. Im Zahlenverhältnis ausgedrückt wären das etwa 28%. Dieser Prozentsatz sinkt um Einiges, wenn wir die übrigen 15 schwäbischen Siedlungsgemeinden mitrechnen, welche zuverlässiger statistischer Daten ermangeln und wir folglich nur auf beiläufige Berechnungen auf Grund kirchlicher Matrikelbücher angewiesen sind. Diesen Fall angenommen, wäre in Nagykároly und den Gemeinden Tasnád und Turterebes der Prozentsatz über 28, in den übrigen 12 Gemeinden hingegen bliebe er darunter.

Der übersichtliche Vergleich zwischen den Daten der konfessionellen Statistik von 1910 und der Nationalitäten-Statistik

von 1920 zeigt uns ein getreues Spiegelbild des Rassengefüges der katholischen Bevölkerung von 29 schwäbischen Siedlungsgemeinden. Denn obzwar diejenige von 1920 die ungarische Seelenzahl um 2000 verkürzt hat, schreibt sie wieder in Turterebes und Tasnád beiläufig ebensoviele auf Kosten der Schwaben den Ungarn zugute. Nachdem die Statistik von 1910 in den 29 schwäbischen Gemeinden rund 35.000 Katholiken und die von 1920 ebendort 28.000 Schwaben zählt, ergibt sich ein statistisch beglaubigtes Plus von 7000 Katholiken ungarischer Abstammung. Mithin ist die mit Vorliebe verkündete Behauptung der deutschen Minderheitsorgane offizieller und halboffizieller Art widerlegt, es gäbe in den Schwabengemeinden des Szatmárgebietes keine katholische Bevölkerung ungarischer Abstammung.

Die rumänische Statistik bekräftigt eben das Gegenteil desselben und kann trotz ihrer veralteten Methode, Mangelhaftigkeit und Vorurteile nicht umhin, mit dem Streiflicht der Wahrheit dem ungarischen Standpunkt beizupflichten.

*

Anders ist die Lage in den nichtschwäbischen Gemeinden des Nagykárolyer und Erdőder Bezirkes sowie in den übrigen Gemeinden der Bezirke Szatmárnémeti und Ugocsa. Diese Gebiete durchstöbert die rumänische Statistik alle und wo immer sie die geringste katholische Bewohnerschaft findet, wird diese dem Deutschtum zugeführt. In dieser Hinsicht vollbringt man eine wahre statistische Inquisition; unbekümmert um die geschichtliche Vergangenheit wird deutsche Bevölkerung auch dort festgestellt, wo weder gegenwärtig Deutsche leben, noch in der Vergangenheit jemals deutsche Bevölkerung war.

Laut rumänischer Statistik wohnen Deutsche in den unter I.–IV. angeführten Gemeinden:

I. Im Bezirk Nagykároly:

Domahida	45
Érendréd	60
Érkörtvélyes	116
Gencs	88
Iriny	66
Kismajtény	45
Reszege	97
Deutsche zusammen	517

II. Im Bezirk Erdőd:

Gyöngy	126
Hirip	11
Deutsche zusammen	137

III. Im Bezirk Szatmárnémeti:

Kakszentmárton	31
Kissár	40
Lázári	432
Mikola	278

Nagykolcs	17	Szamoskrassó	41
Nagypeleske	153	Szatmárudvari	149
Óvári	59	Vetés	139
Pettyén	18	Deutsche zusammen	3090
Pusztadarócz	78	*IV. Im Bezirk Ugocsa:*	
Sándorhomok	48		
Sárköz	903	Batarcs	250
Sárközujlak	459	Halmi	610
Szamosdara	206	Nagytarna	106
Szamosdob	39	Deutsche zusammen	966

In all' diesen Gemeinden, Batarcs und Nagytarna ausgenommen, stimmen die Zahlen entweder vollkommen überein mit denen der ungarischen konfessionellen Zählung von 1910, oder gleichen denselben fast ganz. Das Endresultat ist 4710 Einwohner, die zufolge besonderer Gunst der rumänischen Statistik die Zahl der Deutschen vermehrten.

Wahr ist, dass von den unter I.–IV. angeführten Gemeinden allein in Batarcs Deutsche leben. Diese sind neueste Siedler, welche um 1900 aus Galizien kamen und deren Zahl die rumänische Statistik mit 250 feststellt.

Katholiken schwäbischer Abstammung, aber nur mehr ungarisch sprechend, gibt es noch in Nagytarna, Halmi, Turcz, Ugocsakomlós, Reszege und Hirip und in kaum erwähnenswerter Zahl in einigen Gemeinden der Bezirke Szatmárnémeti, Erdőd und Nagykároly.

In den übrigen Gemeinden der Tabelle I.–IV. fehlt jede geschichtliche Spur, die das Dasein von Schwaben und somit die Erhebungen der rumänischen Statistik bestätigen könnte.

Weder die Siedlungsurkunden, noch die in 1773 in Wien erschienene lexikonartige Ortsnamenliste, noch die Statistik von Alexius Fényes aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, noch die ungarischen statistischen Daten späterer Zeit wissen hier über Deutsche zu berichten.

Folglich ist diese katholische Bevölkerung nicht nur sprachlich, sondern auch von Geblüt ungarisch. Dies bestätigen die römisch-katholischen kirchlichen Matrikel mit reichlichen Daten. Ausserdem ist allbekannt, dass die Bewohner von Gyöngy Tabakpflanzer aus dem Heveser und Jászer Landstrich sind und vom Bistum dorthin berufen wurden. Die Katholiken von Sárköz und Sárközujlak bilden eine Ausnahme, denn diese sind

slovakischer Abstammung; die einstigen Grundherren dieser Gemeinden, die Familie Vécsey brachte sie zu Ende das XVIII. Jahrhunderts dorthin. Heute sprechen sie aber auch nur mehr ungarisch.

Das Gesagte zusammenfassend: die deutschen Bewohner von Batarcs abgerechnet, hat die rumänische Statistik die Zahl der Szatmárer Schwaben um 4460 solche Einwohner vermehrt, deren grösster Teil (beiläufig 4000) weder sprachlich noch bezüglich ihrer Abstammung etwas mit den Schwaben gemein haben.

Im „Dicţionarul" ist die Zahl der Deutschen des Szatmárkomitates 36.250. Nach Richtigstellung der Additionsfehler bleiben davon nur 34.967. Die obigen 4460 abgerechnet, sinkt diese Ziffer schon auf 30.500.

Aber auch diese können wir nicht als endgültig betrachten. Wir müssen uns nämlich mit den übrigen drei Stadt-Centren des Szatmárkomitates beschäftigen, mit Szatmár, Nagybánya und Felsőbánya. Im ersten teilt die Volkszählung von 1920. 385, im zweiten 1200 und im dritten 496 Seelen der Rubrik der Deutschen zu.

Die deutsche Bewohnerschaft von Szatmár ist unbedeutend und ändert wenig an den bisher festgestellten statistischen Proportionen.

In Nagybánya gab es im Jahre 1910. 175, in Felsőbánya 19 Deutsche. Deutsch sprechende Katholiken waren zur selben Zeit am erstgenannten Ort 584, am Letzteren 86.

Ein Vergleich unter den zweierlei statistischen Resultaten lässt uns sofort deren Gegensatz ins Auge springen. In Nagybánya kann es keine 1200 Deutsche geben, wenn die Zahl der deutschsprechenden Katholiken 584 beträgt sowie in Felsőbánya 496, zumal dort nur 86 deutsch sprechen. Das Resultat von 1920. ist selbst dann nicht annehmbar, wenn wir die Seelen evangelischer Konfession zu den deutschsprechenden dazuzählen. Solche gibt es in Nagybánya 144, in Felsőbánya 14. Denn wenn wir beachten, dass von dieser Zahl noch die rassenechten, intellektuellen Ungarn evangelischer und katholischer Religion abziehen, die deutsch sprechen und in Städten, wie Nagybánya und Felsőbánya doch einige Hundert ausmachen, so gelangen wir beiläufig zum statistischen Resultat von 1910.

Die Übertreibung der 1920-er Statistik ist daher offenbar und unbegründet; weder biologische, noch, was ja auf eins

herauskommt, die Namen analysierende Methode kann diese rechtfertigen.

Wir begnügen uns daher nicht mit den seitens der rumänischen Statistik uns belassenen Ziffer von 1200 resp. 496 Deutschen. Die Städte Nagybánya und Felsőbánya sind alte deutsche Gründungen aus dem Mittelalter. Im XIII. Jahrhundert, unter der Herrschaft der Árpáden war der Zeitpunkt ihrer Gründung. Natürlicherweise gibt es unter ihren Bewohnern viele Deutschnamige, wahrscheinlich sogar mehr, als solche mit ungarischen Namen. Alldas ändert aber nichts an der ungarisch-nationalen Zugehörigkeit der deutschnamigen Bevölkerung dieser zwei Städte, deren Ungartum mindestens so alt und geschichtlich so berechtigt ist, wie das Deutschtum des preussischen Volkes — slavischer Abstammung.

Diese zwei Städte liegen übrigens weit abseits von den schwäbischen Siedlungen des Szatmárgebietes, deren wirtschaftliche Interessen und gesellige Verbindungen eher nach Szatmár und Nagykároly gerichtet sind. Ihre verschiedene geschichtliche Vergangenheit würde das geschichtliche und statistische Bild der Schwabenfrage in Szatmár nur verwischen, weshalb wir es für richtiger betrachten, die zwei Städte aus dem Komplex der schwäbischen Assimilationsfrage ganz auszuschliessen.

Damit vermindert sich aber die Gesamtzahl der Deutschen im Komitat um weitere 1700 Seelen und sinkt auf 29.000, wodurch wir wieder und zwar zum drittenmal die Zahl der schwäbischen Einwohner der 29 schwäbischen Siedlungsgemeinden erreichen, welche laut unserer Tabelle 28.472 ausmacht. Und nachdem in den Bezirken Avas, Nagysomkut und Nagybánya*) in Diasporen lebende Deutsche vorkommen, deren Zahl gemäss der rumänischen Volkszählung kaum ein Hundert ausmacht, können diese getrost unbeachtet bleiben. Somit können wir als *statistisch und historisch beglaubigtes Faktum annehmen, dass*

*) In diesen Bezirken zählt die Statistik von 1910 noch rund 1600 deutsche Seelen. Wohin diese in 1920 gerieten, darüber könnte allein das rumänische statistische Amt Aufschluss geben; aus ihren Mitteilungen ist es aber nirgends zu entnehmen. In der Rubrik der Ungarn suchen wir dieselben umsonst, wie der Fall Avasfelsőfalu beweist. Dort waren im Jahre 1910. 184 Deutsche, in 1920 kein Einziger. Die Zahl der Ungarn ergab in 1920. 117, doch ist diese durch die 158 Seelen protestantischer Religion dieser Gemeinde gedeckt.

im Szatmár–Nagykárolyer Gebiet 28000–29000 Bewohner schwäbischer Abstammung leben.

Mit Hilfe eines Zirkels ist diese Zahl noch abrundbar. Wenn wir die statistischen Vergrösserungen noch dazurechnen, indem wir die Szatmárer, Nagybányaer und Felsőbányaer Deutschen, sowie die in Diasporen in anderen Szatmárer Gemeinden lebenden Deutschen, ausserdem die Hadader (Komitat Szilágy) und die Ujpalotaer (Komitat Bihar) dazuschlagen, kann diese Zahl bis zu 30.000–31.000 vergrössert werden. Doch ist diese Ausdehnung des Kreises, der Felsővisó und Borsa mit seinen 4000–5000 Deutschen umfasst, nichts anderes als eine Täuschung. Dieser grosse 150 km. umfassende Kreis wäre andererseits bis Arad und Pankota dehnbar und könnte mit demselben Recht um die mehrere Tausend ausmachenden hier lebenden Deutschen gesteigert werden, um die Zahl der Nagykárolyer Schwaben zu vermehren.

*

Wenn es auch im Szatmárgebiet 30.000–31.000 Einwohner deutsch-schwäbischer Abstammung gibt, so heisst das noch nicht, dass diese heute alle Deutsche sind. Die ungarische Statistik von 1910. fand in 29 Gemeinden des Satmárkomitates insgesamt 13.147 deutschsprechende Katholiken. Seitdem vergingen wieder 18 Jahre, während welcher in den Reihen der deutschsprechenden älteren Generation naturgemäss Viele dahinstarben. Die ihr nachfolgende jüngere Generation vermehrt die Zahl der deutschsprechenden schwerlich.

Diese Verminderung inbegriffen, nähern wir uns vermeintlich der statistischen Wahrheit, wenn wir die noch deutschsprechenden Seelen schwäbischer Abstammung auf 10.000 schätzen. Diese Voraussetzung beweist auch der Umstand, dass die schwäbische Propaganda gezwungen ist, sich der ungarischen Sprache zu bedienen, um in der Gegend von Szatmár verstanden zu werden. Ihre Pressprodukte sind entweder durchwegs ungarisch, oder dem Schein zuliebe spaltenweise auch deutsch. Diese 10.000 heute noch schwäbisch Sprechenden bilden jene Maximalgrenze, bis wie weit die schwäbische Propaganda im Szatmárgebiet erfolgreich vordringen kann; doch dient jede Vorstellung, es gäbe dort 40.000, 50.000, ja sogar 70.000 Schwaben, nur dazu, das Los einiger Tausend ehrsamer Familien zu verbittern, ihre kulturellen Interessen und die Zu-

kunft ihrer jungen Generation zum Spielball eines unseligen politischen Handels zu machen.*)

*) Die einheimischen deutschminderheitlichen Blätter und ihnen folgend auch die ausländische deutsche Presse hatten dank der rumänischen Statistik die Szatmárer Schwaben kaum erst entdeckt und schon deren Zahl zu ihren Gunsten abgerundet. Ihre Presseartikel berichten fortwährend von 40.000 Szatmárer Schwaben, statt der statistisch nachgewiesenen 36.260, woraus sich nach Richtigstellung der Additionsfehler 34.637 ergeben. Aber bald ist ihnen auch diese Zahl zu gering und sie schreiben 50.000.

Dr. I. Straubinger stellt in dieser Hinsicht den Rekord. In seinem in Stuttgart erscheinenden, die Frage detailliert erläuternden Werk verkündet er uns schon 70.000 Schwaben. Kein Wunder. Der ehrsame Schriftsteller gebraucht einen so mächtigen Zirkel, der ein 150 km. betragendes Gebiet umfasst und Felsőviso und Borsa mit ihren 5000 deutschen Einwohnern enthält. Ausserdem ist er mit der rumänischer Statistik auch nicht zufrieden. Er durchstöbert 47 Gemeinden der Szatmárgegend und macht sich, den Informationen des Nagykárolyer „Gauamt" gemäss ein alleinstehendes willkürliches statistisches Bild von den Szatmárer Schwaben zurecht, welches getreulich jenen Geist widerspiegelt, der diese Frage um jeden Preis über die gebührenden Grenzen spannen will.

Wir gelangen zu einem interessanten Ergebnis, wenn wir die statistische Schätzung des „Gauamt" den diesbezüglichen rumänischen Daten von 1920. gegenüberstellen, weshalb wir dieselben im Folgenden wiedergeben.

Laufende Zahl	Name der Gemeinde	Zahl der schwäbisch. Bewohner der Gemeinde laut rumän. Volkszählung v. 1920	Zahl der schwäbisch. Bewohner der Gemeinde gemäss der Schätzung des Nagykárolyer „Gauamt"	Laufende Zahl	Name der Gemeinde	Zahl der schwäbisch. Bewohner der Gemeinde laut rumän. Volkszählung v. 1920	Zahl der schwäbisch. Bewohner der Gemeinde gemäss der Schätzung des Nagykárolyer „Gauamt"
1	Nagykároly	5932	5000	25	Szaniszló	1599	2000
2	Csalános	1594	1800	26	Zsjta Gehört zu Ungarn		600
3	Kaplony	1388	1600	27	Józsefháza	363	700
4	Csomaköz	1367	1600	28	Nántü	330	500
5	Mezőfény	1724	1900	29	Kisdengeleg	297	400
6	Nagymajtény	1415	2000	30	Mezőterem	1357	1800
7	Erdőd	828	2600	31	Tasnádszántó	519	500
8	Krasznabéltek	1070	1900	32	Szatmár	385	3000
9	Mezőpetri	1375	1600	33	Hadad	548	600
10	Valláj Gehört zu Ungarn		1900	34	Ujpalota	489	500
11	Turterebes	—	2200	35	Kisszokond	—	50
12	Szakasz	566	800	36	Nagytárna	106	250
13	Madarász	205	550	37	Batarcs	250	400
14	Tasnád	7	2000	38	Ujtasnád	?	200
15	Gilvács	491	800	39	Szinérváralja	—	400
16	Kálmánd	1224	1250	40	Nagybánya	1232	1200
17	Királydarócz	819	1200	41	Felsőbánya	496	500
18	Sándorfalu	632	700	42	Kapnikbánya	—	400
19	Mérk Gehört zu Ungarn		1400	43	Laposbánya	—	300
20	Krasznaterebes	655	1000	44	Nagypeleske	153	80
21	Nagyszokond	585	700	45	Ujhuta oder Szelestye	210	250
22	Szinfalu	752	1100	46	Oláh-Gyürüs	7	60
23	Alsóhomoród	766	900	47	Érkörtvélyes	116	50
24	Barlafalu	354	600			32206	51840

Wie hieraus ersichtlich, steht die Schätzung des „Gauamt", mit Ausnahme einiger Fälle in jeder Gemeinde um einige Hundert, manchmal auch Tausend über den offiziellen Daten der rumänischen Statistik. So bringt sie 51.840 Seelen zusammen, gegenüber den offiziellen 32.206.

Wegen Raummangels ist es uns nicht möglich, uns über diese offenbar eine Täuschung bezweckenden Daten auszubreiten, darum beschränken wir uns nur auf einige besondere Fälle.

1. Das „Gauamt" stellt in Erdőd 2600 schwäbische Einwohner fest. In 1910. war die Zahl der sämtlichen Katholiken 2193; abgesehen davon, dass es in Erdőd geschichtlich und statistisch nachweisbar auch Katholiken ungarischer Abstammung gab, fragen wir, woher und aus den Angehörigen welcher Religion das „Gauamt" die bis zur Zahl 2600 erforderlichen 500 Schwaben nimmt?

2. Laut offizieller rumänischer Statistik hat Turterebes 2432 ungarische Einwohner, deutsche gar keine. Dem „Gauamt" nach sind dort 2200 Schwaben, Ungarn nur wenige.

In Wahrheit berichtet der im Zeitalter Maria Theresia's erschienene lexikonartige Ortsnamenregister, in Wien im Jahre 1773. erschienen, von der Gemeinde Turterebes nur über ungarische und ruthenische Einwohner und erwähnt die Deutschen, vielleicht wegen ihrer geringen Zahl gar nicht, obwohl seit 1745. hier Schwaben sind.

Nach Paul Balogh's Werk „Népfajok Magyarországon" gelangen wir zum gleichen Ergebnis, denn er nennt die Gemeinde laut Feststellung der Statistik Alexius Fényes im Jahre 1830 total ungarisch.

3. In der Stadt Szatmár stellt die rumänische Statistik 385 Deutsche fest, während das „Gauamt" 3000 sucht. Laut Statistik Alexius Fényes' sind die dortigen Einwohner echte Ungarn, von Deutschen geschieht keine Erwähnung.

Wir bemerken, dass die Schätzung des „Gauamt" fast in jeder Gemeinde die Zahl der in 1910. dort festgestellten Katholiken d. h. derjenigen Konfession, übersteigt die bei Bestimmung der Seelenzahl der Schwaben allein in Betracht kommt. Diesen Überschuss kann man nicht mit der natürlichen Vermehrung erklären, entweder, weil in vielen Gemeinden infolge des Krieges gar keine ist, oder wenn, keine so zahlreiche.

Darum sind wir berechtigt zu fragen: hat der sehr geehrte Verfasser des „Gauamt" bei seinen Schätzungen überhaupt eine Statistik in der Hand gehabt? Wir bezweifeln es, denn sonst hätte er so viel Vorsicht bezeugt, nicht die Zahl der dortigen Katholiken zu übersteigen. So hängt sein Werk aber in der Luft und verliert jede Realität und zugleich allen statistischen Wert.

(Fortsetzung folgt.)

Affaire relative aux écoles minoritaires allemandes en Haute-Silésie polonaise.

A la date du 26 avril 1928, la Cour permanente de Justice internationale a, en audience publique, rendu son arrêt en l'affaire relative à l'admission des enfants dans les écoles minoritaires de Haute-Silesie polonaise.

L'origine de l'affaire, selon l'exposé des faits qui figure dans l'arrêt de la Cour, est la suivante :

Après le partage de la Haute-Silésie entre l'Allemagne et la Pologne, effectué conformément au résultat du plébiscite prévu dans le traité de Versailles, une convention fut signée entre les deux États voisins en vue de régler la situation dans la province partagée. Cette convention contenait, entre autres clauses, des dispositions destinées à assurer la protection des minorités de race, de langue et de religion dans les deux parties de la Haute-Silésie, quelques stipulations importantes étant consacrées à l'enseignement public. Aux termes de ces dernières, des écoles de minorité devaient être créées et l'on y devait admettre les enfants dont la langue – conformément aux déclarations faites par les personnes reponsables de leur éducation – était la langue de la minorité. Les autorités devaient s'abstenir de toute vérification ou contestation quant à l'exactitude de ces déclarations. La même interdiction s'appliquait au point de savoir si une personne appartenait ou non à une minorité. Les dispositions dont il vient d'être question se trouvent contenues dans les articles 74, 106 et 131 de la convention ci-dessus mentionnée.

En 1926, les autorités polonaises prirent certaines mesures en vue de vérifier si des enfants, dont l'admission dans les écoles ou classes allemandes de minorité avait été demandée, devaient, à juste titre, fréquenter ces écoles ou classes ; à la suite de cette enquête, plus de 7.000 enfants furent exclus des écoles de minorité. Une plainte à ce sujet ayant finalement été adressée au Conseil de la Société des Nations, conformément aux dispositions de la Convention germano-polonaise, le Conseil adopta une résolution par laquelle il recommandait au Gouvernement polonais de ne pas insister sur les mesures

prises en vue d'exclure des écoles de minorité certaines catégories des enfants dont il vient d'être fait mention. Mais le Conseil estimait qu'il nétait pas opportun d'admettre dans lesdites écoles les enfants qui ne parlaient que le polonais. Le Conseil indiqua les mesures qu'il considérait comme propres à assurer l'application équitable de sa résolution.

Quelques mois plus tard, le Conseil eut de nouveau à s'occuper de la même question, du point de vue de l'applicabilité à une certaine catégorie d'enfants de la résolution mentionnée ci-dessus. A cette occasion, le représentant de l'Allemagne, déclarant que le Conseil se trouvait en présence d'un différend de nature juridique, annonça son intention de soumettre l'affaire à la Cour permanente de Justice internationale, afin d'obtenir de cette dernière une interprétation des dispositions pertinentes de la Convention relative à la Haute-Silésie. Le Conseil prit acte de cette déclaration et, un mois plus tard, la Cour était saisie de la requête sur laquelle elle vient de statuer.

La requête et le mémoire, présenté par l'Allemagne à l'appui de celle-ci furent dûment communiqués au Gouvernement polonais. Ce dernier déposa un contremémoire contenant des conclusions, quant au fond, relatives à la requête du Gouvernement allemand. Dans le cours ultérieur de la procédure écrite, cependant, le Gouvernement polonais, estimant que la Cour n'était pas compétente pour statuer sur la requête allemande et que celle-ci n'était pas recevable, souleva expressément une exception d'incompétence et d'irrecevabilité.

La requête allemande, de l'avis de la Cour, contient les trois thèses suivantes :

1. Les articles 74, 106 et 131 de la Convention de Genève accordent à toute personne la liberté sans restriction de déclarer, selon sa propre conscience et sous sa responsabilité personnelle, qu'elle appartient ou non à une minorité de race, de langue ou de religion, sans devoir se soumettre, sous quelque forme que ce soit, à une vérification, contestation, pression ou entrave de la part des autorités ;

2. Lesdits articles accordent aussi à toute personne la liberté sans restriction de choisir la langue d'enseignement et l'école correspondante pour l'élève ou l'enfant de l'éducation duquel elle est responsable – également sans devoir se sou-

mettre, sous quelque forme que ce soit, à une verification, contestation, pression ou entrave de la part des autorités ;

3. Toute mesure discriminatoire (any measure singling out) au préjudice des écoles minoritaires est incompatible avec l'égalité de traitement garantie par les articles 65, 68, 72-§ 2 et par le préambule du titre II.

Le Gouvernement polonais, de son côté, demandait à la Cour de débouter le Gouvernement allemand et subsidiairement, de donner des articles cités une interprétation différente de celle qui figurait dans les thèses allemandes. La Pologne estimait, en outre, qu'au même titre que les articles invoqués à l'appui des deux premières thèses du Gouvernement allemand l'article 69 de la Convention devait également être pris en considération.

Pour ce qui est de l'exception d'incompétence soulevée par la Pologne, la Cour est arrivée à la conclusion que cette exception n'est pas admissible. La requête allemande se fondait sur l'article 72 de la Convention relative à la Haute-Silésie, article aux termes duquel la Pologne agrée que tout différend sur des questions de droit ou de fait visant les articles qui précèdent sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice internationale. Le Gouvernement polonais soutenait que la Cour n'était pas compétente pour connaître du présent différend en vertu de cet article, parce que les dispositions dont les conclusions allemandes sollicitaient l'interprétation étaient non des articles qui précédaient mais des articles qui suivaient l'article 72. Le Gouvernement allemand, pour sa part, faisait valoir – invoquant l'article 38 du Règlement aux termes duquel toute exception préliminaire sera proposée au plus tard dans le contre-mémoire, – que l'exception polonaise avait en tout cas été présentée trop tard pour que la Cour pût en tenir compte.

La Cour, sur ce point, ne partage pas l'opinion du Gouvernement allemand car elle estime que ledit article règle le cas seulement où le défendeur demanderait une décision sur l'exception avant toute procédure ultérieure sur le fond. Mais elle estime également, d'autre part, que la Cour, dont la juridiction dépend toujours de la volonté des parties, est compétente dans toutes les affaires où sa juridiction est admise par ces dernières. Cette acceptation toutefois ne dépend pas de l'accomplissement de formalités quelconques, telles que, par

exemple, l'établissement d'un compromis soumettant le différend à la Cour. L'acceptation, selon l'avis de la Cour, peut résulter également de déclarations expresses faites postérieurement au dépôt unilatéral d'une requête, et même de simples actes établissant ce consentement de façon concluante ; la Cour estime que, lorsqu'un Gouvernement entre dans la discussion du fond d'une affaire, son attitude doit être considérée comme une manifestation non équivoque de sa volonté d'obtenir une décision sur ladite affaire. En outre, le consentement résultant d'une volonté ainsi exprimée ne peut, dans le cours ultérieur de la procédure, être retiré sauf dans des circonstances tout à fait particulières, dont la Cour ne constate pas l'existence en la présente affaire. La Cour conclut donc que le Gouvernement polonais a implicitement accepté sa compétence pour statuer quant au fond sur toutes les thèses du Gouvernement allemand, dont la dernière en outre est considérée par la Cour comme rentrant dans la compétence conférée à cette dernière par l'article 72 de la Convention de Genève, car elle se réfère aux articles 65 et 68 de cette Convention, c'est-à-dire aux articles qui précèdent l'article 72.

Examinant ensuite l'exception d'irrecevabilité soulevée par la Pologne, la Cour conclut également qu'elle est inadmissible : la Pologne, en effet, invoquait que l'objet du différend avait déjà été réglé par la décision du Conseil de la Société alors que, de l'avis de la Cour, sa juridiction et celle du Conseil aux termes de la Convention relative à la Haute-Silésie sont d'ordres différents. La Cour observe, en outre, que le Conseil, ainsi qu'il l'avait déclaré, n'entendait point régler la question de droit soulevée dans les circonstances qui ont été rappelées plus haut.

La Cour, étant donc arrivée à la conclusion qu'il lui incombe de statuer quant au fond sur les diverses thèses du Gouvernement allemand, procède ensuite à l'examen de celles-ci. Elle s'occupe en premier lieu de la divergence de vues entre l'Allemagne et la Pologne quant au point de savoir si l'appartenance à une minorité de langue est une question d'intention ou de fait. La Cour estime que la Pologne est fondée à interpréter les dispositions de la Convention relative à la Haute-Silésie en ce sens qu'il s'agit là réellement d'une question de fait. Mais elle ajoute qu'il se rencontre, en Haute-Silésie notamment, un grand nombre de cas où la réponse à cette

question ne ressort pas clairement des simples faits. Tel est peut-être bien, de l'avis de la Cour, le motif pour lequel la Convention, tout en exigeant des déclarations conformes à la situation de fait, interdit toute vérification ou contestation quant à l'exactitude de ces déclarations. La Cour se rend compte des difficultés auxquelles pourrait donner lieu cette interprétation ; mais elle estime que les parties les ont délibérément préférées à celles qui se produiraient si les autorités avaient le pouvoir de vérifier ou de contester la véracité des déclarations.

De même à propos de la deuxième thèse du Gouvernement allemand qui a été exposée plus haut, la Cour conclut que le Gouvernement polonais a raison d'estimer que la déclaration, destinée à indiquer la langue d'un élève ou d'un enfant, doit être une simple déclaration de fait n'admettant pas la liberté de choisir. Mais ici encore, elle ajoute que, dans l'appréciation des faits, un élément subjectiv peut à bon droit intervenir plus particulièrement dans les cas où les enfants parlent à la fois l'allemand et le polonais, ou bien ne possèdent pas une connaissance suffisante de l'une ou l'autre de ces deux langues.

Sur un point de détail la Cour estime que la Convention de Genève ne contient rien de contraire à la thèse avancée par le Gouvernement polonais, mais contestée par le Gouvernement allemand, savoir qu'une condition en vue de l'admission des enfants dans les classes de minorité existantes serait une déclaration relative à la langue maternelle desdits enfants. La Cour, notamment, ne voit là rien de contraire au principe d'égalité de traitement posé par la Convention.

Enfin, à l'égard de la troisième thèse du Gouvernement allemand, la Cour se borne à établir qu'il ne paraît pas exister sur ce point de divergence d'opinion entre les deux Gouvernements : il n'est donc pas nécessaire que la Cour statue sur cette thèse.

Le dispositif de l'arrêt est ainsi conçu :

1° Qu'il y a lieu de rejeter les exceptions, soit d'incompétence, soit d'irrecevabilité, soulevées par le défendeur ;

2° Que les articles 74, 106 et 131 de la Convention germano-polonaise du 15 mai 1922 relative à la Haute-Silésie accordent à tout ressortissant la liberté de déclarer, selon sa conscience et sous sa responsabilité personnelle, qu'il apartient ou non à une minorité de race, de langue ou de religion, ainsi

que de déclarer quelle est la langue d'un élève ou d'un enfant de l'éducation duquel il est légalement responsable ;

Que lesdites déclarations doivent porter sur ce que leur auteur estime être la situation de fait concernant le point en question et que la liberté de déclarer quelle est la langue d'un élève ou d'un enfant, tout en comportant, le cas échéant, une certaine latitude d'appréciation des circonstances, ne constitue pas une faculté illimitée de choisir la langue dans laquelle l'enseignement doit être donné et l'école qui y correspond ;

Que, cependant, la déclaration visée par l'article 131 de la Convention, ainsi que la question de savoir si une personne appartient ou non à une minorité de race, de langue ou de religion ne sont pas soumises, sous quelque forme que ce soit, à une vérification, contestation, pression ou entrave de la part des autorités.

3° Qu'il n'y a pas lieu de statuer sur la partie de la conclusion du demandeur d'après laquelle toute mesure discriminatoire au préjudice des écoles minoritaires est incompatible avec l'égalité de traitement garantie par les articles 65, 78, 72, alinéa 2, et par le préambule du titre II de la partie III de la Convention.

L'arrêt de la Cour a été adopté par huit voix contre quatre, MM. Huber, Nyholm, Negulesco et Schücking n'ayant pu se rallier à ses conclusions.

La Roumanie, État polyglotte.

(Communication du Hebdomadaire «Le Cri des peuples», No. I.)

„Nous ne sommes qu'une immense paralysie surveillée par des gendarmes".
Professeur IORGA.

Depuis que, par l'adjonction de nombreuses provinces, la petite Roumanie est devenue grande, c'est-à-dire depuis près de dix ans, les gouvernements s'essaient en vain d'organiser un recensement sérieux de la population. Le besoin est pourtant urgent.

Le vieux royaume a rapporté de la guerre un riche butin: la Transylvanie, le Banat, la Bukovine, la Bessarabie. État de

130.000 kilomètres carrés et de 8,000.000 d'habitants à son entrée dans la tourmente, en 1916, la Roumanie en est sortie avec un gain de 170.000 kilomètres carrés et de 10 millions d'habitants. Elle a aujourd'hui 300.000 kilomètres carrés et 18 millions d'habitants.

Le succès a dépassé tout ce qu'avaient rêvé les nationalistes roumains les plus exaltés. Les événements les avaient servis à merveille.

Mais la joie ne fut pas sans mélange. Les provinces annexées n'étaient pas habitées seulement par des Roumains. De fortes minorités y vivaient, aussi vieilles que le peuple roumain et, en général, plus avancées du point de vue économique et culturel. Sans exception, les classes régnantes des populations devenues minoritaires avaient tenu pendant des siècles sous leur domination les masses roumaines, composées presque entièrement de paysans.

Mais combien étaient-elles, ces minorités passées, en même temps que les pays qu'elles habitaient, sous le pouvoir du gouvernement de Bucarest ? La guerre avait provoqué des changements et des déplacements. Il importait d'en déterminer l'importance et de faire le dénombrement. Les autorités roumaines le tentèrent une première fois en 1922. Elles firent une estimation sommaire de la population et de sa composition ethniqne. Mais, n'étant basée que sur des appréciations arbitraires, cette évaluation ne put servir à rien et on n'en fit pas état. En 1926, on tâcha de faire un recensement d'après toutes les règles de l'art. Mais, au dépouillement, on s'aperçut que ce travail ne valait pas plus que l'estimation de 1922, et on l'abandonna. Il paraît qu'on s'occupe maintenant à Bucarest d'arranger un nouveau recensement. On espère que, cette fois-ci, on pourra obtenir des résultats satisfaisants.

En attendant, et faute de mieux, on est obligé de recourir aux recensements faits avant la guerre par les Hongrois, les Autrichiens et les Russes. Il va sans dire que les nationalistes roumains mettent en doute la sincérité de ces statistiques. Ils disent que les Hongrois, en particulier, avaient, par toutes sortes de moyens, augmenté le nombre des leurs et réduit d'autant celui des Roumains. Ils n'ont certainement pas tort. Mais on peut affirmer dès maintenant en toute tranquillité que, à l'occasion des futurs recensements, les Roumains feront exactement

ce qu'ils reprochent aux Hongrois d'avoir fait quand ceux-ci étaient les maîtres.

Cependant, tout cela n'empêche pas qu'on sache à quoi s'en tenir sur la composition ethnique de la Roumanie. Même les Roumains les plus chauvins admettent 3 millions et demi d'habitans appartenant à des minorités nationales et religieuses. En réalité, celles-ci sont au nombre de 4 millions et demi, ou même 5 millions. Personne, en Roumanie, ne nie qu'il y ait un million et demi de Hongrois (ceux-ci disent qu'ils sont plus), près d'un million d'Allemands, près d'un million de Juifs, quatre jusqu'à cinq cent mille Bulgares, autant d'Ukraniens ; ensuite des Russes et toutes sortes de populations diverses en plus petit nombre.

Seulement, quand on arrive à l'addition, les nationalistes roumains retranchent un million ou un million et demi. Ils espèrent ainsi faire accepter la théorie d'une Roumanie constituant un État unitaire du point de vue national. Ils font, pour le compte de la Roumanie, la même opération qu'avaient faite, avant eux, pour le compte de la Hongrie, les nationalistes magyars. Avant la guerre, ceux-ci s'en allaient répétant partout que la Hongrie était un pays nationalement unitaire.

Mais la Roumanie d'aujourd'hui, comme la Hongrie d'hier, est un pays polyglotte et polyethnique. Les minorités que la Roumanie a incorporées en si grand nombre vivent, pour la plupart, en masses compactes sur des territoires définis et présentent de ce fait, ainsi que de celui de leurs langues, de leurs croyances et de leurs cultures différentes, tous les caractères des peuples à part.

A Versailles, on a cru qu'on pouvait les mettre à l'abri des persécutions et des tentatives d'assimilation forcée, en faisant prendre à la Roumanie, comme à d'autres pays qui étaient dans le même cas, des engagements formels en leur faveur et en leur accordant la protection de la Société des Nations. La Roumanie signa le traité sur les minorités, mais elle ne l'appliqua pas. Elle n'en est pas d'ailleurs à sa première signature répudiée. On n'a qu'à rappeler l'article 44 du traité de Berlin sur les droits des juifs.

Ceux qui connaissaient le pays savaient bien qu'elle n'appliquerait pas le traité sur les minorités. Comment pourrait-il en être autrement ? Une politique telle que la définissent les

traités sur les minorités suppose tout de même une société un peu plus évoluée socialement, politiquement et intellectuellement. Ce n'est pas le cas de la Roumanie. Si cela avait été, on n'aurait pas eu besoin de lui imposer un traité spécial pour la défense des minorités. En le lui imposant, malgré tout ce que l'on savait d'elle, on devait s'attendre à ce que le but ne soit pas atteint. On ne pouvait honnêtement demander aux gouvernements roumains qui ne se sont jamais fait connaître autrement que par l'étroitesse de leur esprit réactionnaire, par la brutalité de leurs moyens de répression et par leur intolérance, de faire preuve, dans leurs rapports avec les minorités, d'une compréhension plus large de la nouvelle situation. En les obligeant de signer le traité sur les minorités, les grandes puissances leur ont demandé au fond de franchir d'un coup plusieurs échelons, de se hisser â des hauteurs de vues auxquelles ils n'étaient pas préparés, et, ce qui est plus grave, de se dépouiller un peu de leurs privilèges, et de partager, dans une certaine mesure, le pouvoir avec des intrus, avec les chefs d'autres races. Rien ne pouvait être plus étranger et plus contraire à l'état de choses existant en Roumanie, plus en dehors de la réalité politique et sociale de ce pays, que le traité des minorités.

Pour pouvoir bien juger de la situation, il faut tenir compte du fait, d'importance fondamentale, que la Roumanie d'après-guerre est gouvernée par les mêmes classes, les mêmes méthodes et les mêmes hommes que la Roumanie d'avant-guerre. C'est toujours la même féodalité agraro-bancaire, nationaliste, chauvine, qui détient le pouvoir.

Mais elle le détient moins facilement qu'avant la guerre. Le pays est ruiné. Il manque de capitaux, et la féodalité qui le gouverne, voulant exploiter les immenses richesses naturelles qu'il contient à son seul profit, ne voyait pas d'un bon œil la finance étrangère qui voulait venir lui faire concurrence. Le résultat a été désastreux. L'économie roumaine dépérissait chaque jour davantage. Le gouvernement Bratiano, qui représente l'oligarchie agraro-bancaire, et qui s'était montré adversaire des capitaux étrangers, a dû renoncer pour le moment à sa xénophobie intéressée, et commencer à courir le monde pour l'obtention d'un emprunt.

De l'aveu des meilleurs spécialistes roumains, la grande majorité de la population, tant majoritaire que minoritaire, vit

dans de très mauvaises conditions économiques. La pauvreté est très grande. Il n'y a pas de numéraire et le taux de l'argent est monté à 30 – 40%. Les paysans paient même 50 – 60%.

L'expropriation et le partage des terres n'ont pas donné les résultats escomptés. En dehors du fait qu'on a laissé subsister une grande propriété encore assez importante, que l'expropriation a été accompagnée par d'innombrables abus et que des centaines de milliers de paysans sont restés sans terre, il reste que, même ceux qui en ont reçu, ne peuvent pas, faute de moyens financiers, les mettre en valeur.

Mais la Roumanie n'est pas seulement en face de problèmes économiques et financiers très difficiles ; elle doit résoudre aussi des problèmes administratifs, scolaires, etc., que ses gouvernements ne parviennent même pas à acheminer vers un commencement de solution. La rapacité annexioniste de la classe régnante roumaine a fait que le pays est entouré de presque tous les côtés par des États ennemis, d'où la nécessité d'une forte armée et d'énormes dépenses militaires.

Nous ne sommes qu'une immense paralysie surveillée par des gendarmes, a dit M. Iorga, homme politique roumain de centre-droit.

M. Iorga a dit cela le 2 septembre 1927, à Brasso, ville transylvaine. Depuis lors, la paralysie s'est aggravée, et la gendarmerie a augmenté ses effectifs. A l'heure actuelle, il y a plus de 45.000 gendarmes répandus dans tout le pays et jusqu'au moindre village.

La surveillance ne se limite pas à la gendarmerie. A côté de celle-ci on trouve la Sûreté (la "Sigourantza") qui a pris un développement extraordinaire, et a introduit l'espionnage partout.

Tel est le milieu dans lequel vivent les minorités. Elles partagent, il est vrai, le sort de la majorité paysanne et ouvrière roumaine, qui est, elle aussi, très opprimée, mais elles ont à souffrir, en outre, parce que minorités. Les autorités roumaines les suspectent, et font tout ce qu'elles peuvent pour entraver le libre exercice des droits que leur accorde le traité sur les minorités dans le domaine de l'école, du culte et de la pratique de la langue maternelle.

Les gouvernements de Bucarest, qui, très nationalistes, poursuivent la chimère d'une Roumanie nationalement unitaire, ne peuvent pas avoir une attitude amicale envers les minorités.

Niant le caractère polyglotte du pays, ils tendent forcément vers une politique d'assimilation des peuples non roumains. Cette politique, à son tour, mène a l'isolement des minorités dans une opposition haineuse, à l'irrédentisme. Mais de cela nous reparlerons une autre fois.

Dans ce premier article nous avons voulu montrer, dans de très larges traits, le cadre dans lequel se pose le problème des minorités en Roumanie. Nous aurons à revenir sur beaucoup de choses que nous n'avons pu indiquer aujourd'hui que très sommairement et comme une entrée en matière.

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Dr. Roos: Politik und Gewaltpolitik in Elsass-Lothringen.

Erst vor einigen Tagen wurde der Kolmarer Prozess gegen führende Persönlichkeiten der elsass-lothringischen Autonomiebewegung mit deren Verurteilung beendet. Der Prozess fand Widerhall in der ganzen Kulturwelt und lenkte in einem Masse das Intresse der Menschheit auf das elsass-lothringische Problem, das von der anklagenden Behörde sicherlich nicht erstrebt wurde. Man beging dabei den grundsätzlichen Fehler eine im heimatlichen Boden und Volksgeist verankerte Bewegung mit einigen ihrer Führer zu identifizieren, als wäre die Bewegung des elsass-lothringischen Heimatbundes eine von oben inspirierte Aktion im Werden, ein Baum ohne Wurzel. Zur Entkräftigung der oben genannten Irrmeinung soll das genannte Buch dienen, das sich an die öffentliche Meinung der Kulturwelt wendet um Gehör für die eigene Sache zu finden.

Man mag über dieses Buch verschiedenen Urteils sein und sehr viele Sätze nicht unterschreiben können, aber eine Tatsache, die in diesem Buche besonders zum Ausdruck kommt, wird darin unumstösslich festgestellt: die Autonomiebewegung wurzelt tief in der Seele des elsass lothringischen Volkes, entspringt einem inneren unverwüstbarem Bedürfnis und liegt in der geraden Linie der weltgeschichtlichen Entwicklung. Diese These, die in dem Buche besonders zum Ausdruck kommt, wird eben durch den Ausgang der letzten Kammerwahlen in Frankreich besonders bekräftigt, da eben die zwei Hauptangeklagten des Kolmarer Autonomistenprozesses als Abgeordnete des elsass-lothringischen Volkes in die Kammer entsendet wurden.

Leider steht das Minderheitenproblem nicht vereinzelt da und es gibt fast gar kein Land des neuen Europas, das durch

dieses Problem nicht berührt wird. Dies bezieht sich natürlich in erster Reihe auf die Staaten Mittel- und Osteuropas. Alle Blicke der in diesen Staaten lebenden nationalen Minderheiten richten sich daher schon lange nach Westeuropa, von wo man die Anregung zur Lösung des eigenen Problems erwartet. Nicht in letzter Reihe dachte man dabei an Frankreich, an den Beschützer der kleinen Völker, an das Land der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit, das nach zähem Kampf das verlorene Elsass Lothringen wieder in sich aufnehmen konnte. Es wäre nichts natürlicher gewesen, dass das Ursprungsland einer jeden Freiheitsbewegung und ein kultureller Initiator ersten Ranges nicht schon bei der ersten Gelegenheit sich als etwas entpuppt, das mit seinen fundamentalen Prinzipien nicht zu vereinen ist. Frankreich verfolgt aber in Elsass Lothringen eine Politik, die eher dafür zeugen könnte, dass es in wesentlichen Punkten vom neuen Zeitgeist keine Kenntnis nimmt und sich damit ausserhalb geschichtlicher Entwicklungstendenzen stellt. Ja es beweist eben mit dieser Politik, dass es aus der Geschichte des letzten Jahrhundertes nichts gelernt hat. Die absolute Staatssouveränität gehört der Geschichte an und eine unbarmherzige Zentralisation heterogäner Elemente liegt nicht in der Linie der Entwicklung, deren Gesetze sich nicht vergewaltigen lassen, denn sie sind Produkte geistigen Schaffens und als solche Ausdrucksmittel soziologischer Bedürfnisse, denen man sich anpassen muss, um nicht durch sie untergraben zu werden.

Dr. Roos spricht in seinem Buche wiederholt klar aus, dass die Autonomiebewegung in Elsass-Lothringen keine separatistische Bewegung ist, denn das Problem Elsass-Lothringen war bei seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich ebensowenig gelöst, wie es heute durch seine einfache Zugehörigkeit zu Frankreich gelöst ist. Die Bewegung der nationalen Minderheiten erfuhr in den letzten Jahrzehnten eine wesentliche Änderung in ihrer geistigen Struktur. Eben der Ausgang des Weltkrieges und die Erscheinungen der Nachkriegszeit weisen deutlich darauf hin, dass das Problem der nationalen Minderheiten nicht durch Verschiebungen in der staatlichen Zugehörigkeit zu lösen ist. Das Problem verschob sich insoweit, dass es sich nunmehr um die Wahrung geistiger Güter, national-kultureller Güter handelt. Das Spiel geht um die Seele soziologischer Einheiten, kleineren aber wertvollen Formats, die ebenso Bestandteile der universellen Kultur sind und darin eben durch ihre spezifische Kultur keinen Fremdkörper bilden, durch deren Vernichtung die Gesamtkultur keinen Schaden erleiden würde.

Die Bewegung der nationalen Minderheiten erstrebt die Schaffung eines Rahmens innerhalb dessen sich jede Nation entsprechend ihrer Fähigkeiten in vollster Harmonie entwickeln kann. Dies ist aber keinesfalls ein Selbstzweck der nur den

Bedürfnissen der nationalen Minderheiten entspricht und vieleicht den Interessen irgend einer Mehrheitsnation widersprechen könnte, sondern ist die neue Erkenntnis, die sich auch alle Mehrheitsnationen zu eigen machen werden, weil sie eine höhere Stufe des menschlichen Zusammenlebens darstellt.

Man wird dem Verfasser daraus keinen Vorwurf machen können, dass er zur Unterstreichung seiner Behauptungen sich einer Methode bedient, die besonders krasse Fälle grell beleuchtet und dabei oft über das Ziel schiesst. Es liegt in der Eigenart solcher Schriften „zur Lehr und Wehr", dass sie geneigt sind einen schärferen Ton dort anzuschlagen, wo kühle Nüchternheit viel überzeugender wirkt. Dennoch wird die Schrift ihr Ziel nicht verfehlen und ihren Weg machen, um auf einen wunden Punkt am Körper des sowieso kranken Europas hinzuweisen. Besonders aufschlussreich sind jene Punkte, die auf die inneren Gegensätze im Volke Elsass-Lothringens hinweisen und uns zeigen, wie der Kompetenzgegensatz zwischen Staat und Nation, wie die Krise der absoluten Staatssouveränität noch durch zahlreiche anderen Gegensätze, die der Weltanschauung, der parteipolitischen Einstellung und durch soziale Gegensätze kompliziert werden.

Man wird daraus zu dem Schlusse kommen, dass hier noch ein weiter Weg zu gehen ist und dass ein Ausgleich stattfinden, eine gemeinsame Plattform gefunden werden muss, wo sich das Volk Elsass-Lothringens einigen kann, um die eigene Sache zum Siege verhelfen zu können. Hoffentlich wird Frankreich den richtigen und einzig möglichen Weg der Erkenntnis finden und das elsass-lothringische Problem in wahrem Sinne seiner Staatsprinzipien, Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit lösen können. Es würde damit auch dem universellen Minderheitsproblem dienen und dieses einer ersehnten Lösung näher bringen. *Dr. Erwin Pick.*

Hebdomadaire: Le Cri des peuples.

Die rasche Entwicklung des universellen Minderheitsgedankens war dadurch bestärkt, dass den Förderern und Helfern dieses Gedankens, die in den verschiedenen Ländern den nationalen Minderheiten wenigstens jene Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten sichern wollten, die ihnen seitens des Völkerbundes festgelegt waren; seit Jahren bedeutende deutsche, englische und schweizerische Weltpressorgane beistehen. Ausserdem dienen der Idee Fachzeitschriften in deutscher, polnischer und ungarischer Sprache, die Lage der Minderheiten gründlich bekanntgebend. Bisher zeigte die französische Presse am wenigsten Sinn für diese Frage – anfangs vielleicht wegen gänzlicher Unkenntnis derselben, später weil sie grösstenteils vom nationalen Chauvinismus durchdrungen, die Rechtfertigung der Elsass-

Lothringer Fragen in der Anerkennung der nationalen Minderheitsrechte wahrnahm.

Wir Minderheitsnationen können daher die neue Zeitschrift freudig begrüssen, die unter Leitung Bernard Lecache' am 30. Mai in Paris erschien und unter Anderem folgende Mitarbeiter in Aussicht stellt: G. Bernard Shaw, H. G. Wells, Albert Einstein, Nitti, Panaït Istrati, Stefan Zweig etc. Redaktor Lecache kündet uns seinen Standpunkt bei der Verfassung seiner Zeitschrift folgendermassen an:

Il y a deux façons de concevoir un journal.

Ou bien l'on considère que le papier, l'encre, la rotative, sont foction d'une industrie, que le journaliste est un manœuvre besognant à compte ferme pour une entreprise à gros rendement.

Ou bien l'on se borne à publier Le Cri des Peuples.

Il a vingt-quatre pages, vingt-quatre petites pages. Il paraît sans bruit ni scandale. Bien des gens, parmi ceux qui l'achèteront, lui trouveront des faiblesses. Peut-être ne l'aimeront-ils pas. C'est possible. Nous nous résignons d'avance aux critiques. Nous supporterons le blâme.

On aura le droit de nous railler, pas celui de nous plaindre.

Le Cri des Peuples nous a déjà payés de nos peines.

En le créant, nous ne savions pas qu'il pourrait vivre. Nous avions quelques francs en poche.

Nous avons trouvé, en quelques semaines, des concours admirables, des collaborateurs illustres. On nous les a accordés parce que nous savions ce que nous voulions.

Nous avons dit:

— Il faudrait composer, chaque semaine, une sorte de géographie sentimentale du monde.

„Il faudrait comprendre et connaître le monde pour nous mieux connaître et comprendre.

„Il faudrait dépasser nos frontières, chercher les peuples à travers les nations, restituer aux peuples leur indépendance et leur dignité, les défendre, les libérer".

C'est ainsi, sur ce plan, que nous avons bâti.

Le Cri des Peuples a réuni toutes les minorités nationales, philosophiques et religieuses du monde entier.

Il leur offre, sans distinguer entre elles, sa tribune, son appui, sa diffusion.

Il leur offrira bientôt son influence et sa force.

*

Ce journal, nous aurions voulu le placer sous l'invocation de Jules Vallès et de Séverine.

Ils ont lancé Le Cri du Peuple. Mais il n'y a pas de lois, en France, pour la protection du souvenir. Quelqu'un a ramassé le titre et l'a mis dans sa brocante.

Le Cri des Peuples n'oubliera pas Vallés. Et vous, Séverine, vous serez, chaque semaine, notre drapeau!

*

Faits comme nous sommes, volontaires et lucides, avertis de l'ignorance des uns, de l'hostilité des autres, nous allons travailler.

Les peuples nous attendent, peuples mineurs, peuples éternellement vaincus, éternellement souffrants, parents pauvres des Balkans ou de Galicie, martyrs de Wilno ou de Kichinau, Swarajistes de l'Inde, Egyptiens, Irlandais, Juifs enfermés dans leurs ghettos, Catalans irréductibles, noirs de la Louisiane ou d'Afrique . . .

Des peuples nous espèrent, sur la terre entière.

Ils espèrent en nous et en vous. Surtout en vous. Les mauvais traités, les politiques d'aventures, les ont écrasés.

Nous allons charrier la peine des hommes, propager la plainte des nations opprimées.

Notre but est simple.

Nos moyens, pour l'atteindre, sont restreints.

Aucun parti, nulle organisation philosophique ou confessionelle ne nous subventionnent.

Nous sommes libres, mais pauvres.

Nous ne tendons pas la main. Nous prévenons loyalement nos amis, nos lecteurs, nos adversaires euxmêmes.

Le Cri des Peuples, si on l'aime, vivra.

Diese uns in einigen Beziehungen sympathische Stellungnahme steigert noch der Umstand, dass wir schon in der ersten Nummer gründliche und eingehende Informationen über die rumänische Lage erhalten, die unserem Leserkreise beweisen, dass der „Cri des peuples" auch Ausrufer unserer Lage sein will.

Ungewohnt ist uns, neben dem ernsten Inhalt dieser Zeitschrift Karrikaturen zu finden, die nicht besonders geschmackvoll und noch weniger künstlerisch wertvoll sind. Inwiefern das französische Publikum diese beansprucht, können wir nicht beurteilen, wir unsererseits würden dieselben entschieden weglassen.

Der „Cri des peuples" erscheint jeden Mittwoch, Preis einer Nummer ist 75 C., Redaktion ist in Paris 33, Rue J. J. Rousseau, Administration Paris 4, Rue Lentonnet.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. IUNIE / JUIN / JUNI 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 6

Două declarații.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

Săptămâna trecută, printr'o întâmplare ciudată, m'am întâlnit cu doi politiciani marcanți. Unul e membrul parlamentului jugoslav, celălalt ministrul Estoniei. Am discutat cu ambii timp mai îndelungat și astfel am primit răspuns la multe din întrebările mele, precum și vre-o câteva observări foarte interesante.

Când m'am interesat despre scenele monstruoase din parlamentul jugoslav, deputatul din vorbă mi-a declarat următoarele:

„Insultele, potopul expresiunilor grosolane defăimătoare, pălmuirile și alte acte de violență, n'au avut asupra mea nici odată un astfel de efect, ca scena, în care rolul principal l-a jucat Svetozar Pribicsevics.

Acest conducător de partid, care pe vremuri a ocupat un loc și în parlamentul maghiar, înainte cu vre-o câteva săptămâni, spumegând de mânie, a insultat sistemul de guvernământ din Belgrad, până ce unul dintre deputații guvernamentali l-a apostrofat, zicându-i: „Dacă aceasta vă este părerea despre noi, de ce ați venit aici?" Pribicsevics i-a răspuns: *«Aceasta n'o știu nici eu!»*

Însă deabia a exprimat cuvintele acestea, și Pribicsevics a devenit palid și tăcut, iar în întreaga sală a fost vre-o câteva momente o liniște atât de consternantă, cum n'am mai văzut nici odată. Că mai târziu a isbucnit iarăș furtuna, având loc și unele explicări, aceasta m'a interesat ceva mai puțin, însă efectul produs de consternarea momentană a acelei declarații sincere, mă va urmări totdeauna."

*

Față de ministrul Estoniei, înainte de toate mi-am exprimat bucuria, că mi-s'a dat ocazie să cunosc pe bărbatul de stat

al țării, care a codificat autonomia minorităților naționale, asigurând astfel — între toate statele Europei — naționalităților sale cea mai deplină libertate culturală.

Ca răspuns la cuvintele mele, d-l ministru mi-a declarat următoarele:

Într'adevăr, am constatat în întreaga Europă, că țara mea e cunoscută mai ales prin măsura legislativă, care a acordat autonomie culturală minorităților noastre naționale. Prin aceasta am atras atenția lumei asupra noastră și astfel mă bucur, că am făcut acest pas.

*

Când din întâmplare mi-s'a dat să aud, într'o singură zi, două declarații politice atât de interesante, am fost pătruns de un sentiment calmant și încurajător:

Iată, în statul, unde soarta minorităților naționale poate e cea mai tristă, s'a aflat chiar și dintre elementul susținător de stat o persoană, de pe a cărei buze a isbucnit cuvântul amar al adevărului, pentrucă simte, că dintr'un regim de guvernământ, unde s'au respectat cele mai elementare drepturi omenești, a ajuns într'un astfel de stat, în care aceste drepturi sunt desconsiderate în mod brutal; în schimb, unde e asigurată libertatea culturală a minorităților naționale, ministrul acestei țări a putut constata în întreaga Europă, că interesul plin de respect al națiunilor, s'a îndreptat spre patria sa, deoarece prin acest fapt s'a deschis un drum nou progresului ideilor omenești.

Das System der direkten Steuern Rumäniens als ein Kampfmittel der minderheitsfeindlichen Politik.

Von **Dr. Ladislaus Fritz.**

Der Angriff richtet sich nicht nur gegen unsere moralischen Werte, Schulen und Kulturinstitutionen, sondern auch gegen unsere materiellen Güter. Die Bodenreform richtete die landwirtschaftliche Bevölkerung unseres Minderheitsvolkes zugrunde, und zur Verarmung unserer Kaufleute und Gewerbetreibenden eignet sich am besten der Steuerhebel. Die Minderheitszeitungen sind

fast täglich gezwungen, sich mit den Steuerbeschwerden der ungarischen Bevölkerung der Komitate Csik, Háromszék und Udvarhely zu beschäftigen. Dieser Steuerdruck trägt in nicht geringem Masse dazu bei, die Auswanderungsbewegung besonders bei den Minderheitsnationen zu fördern, wie dies aus der Auswanderungsstatistik klar ersichtlich ist.[1])

In den einzelnen Artikeln der Tageszeitungen sind die materiellen Opfer der den Minderheiten angehörenden Steuersubjekte mit positiven Daten nur ungenügend belegt, unvergleichlich wertvollere Daten liefert dafür die Statistik der direkten Steuern des Finanzministeriums.[2])

Es ist selbstverständlich, dass diese Steuerstatistik die „zweitrangigen" minderheitlichen Staatsbürger nicht besonders behandelt, aber die gesonderten Daten der einzelnen Komitate sind dazu geeignet, ein annähernd genaues Bild der steuerlichen Belastung des in den Komitaten Csik, Háromszék und Udvarhely kompakt zusammenlebenden Ungarntums zu liefern.

*

Zunächst soll auf Grund der Veröffentlichungen des Finanzministeriums das Gesamtbild der in den Jahren 1924–26 ausgeworfenen direkten Steuern dargestellt werden, um daraus die entsprechenden Schlüsse ziehen zu können.

Laut den summarischen Daten der im Anhang veröffent-

[1]) Von den im Zeitraume vom 1 Oktober 1922 bis zum 31. Dezember 1922. nach Übersee ausgewanderten 6225 Personen waren nur 20% Rumänen, wogegen 80% dieser Auswanderer den ethnischen Minderheiten des Landes angehörten, undzwar 2445 Deutsche, Sachsen und Schwaben (39%), 1541 Ungarn (24·6%) und der Rest von 36·4% verschiedene Nationalitäten. Diese Daten entstammen der einzigen amtlichen Veröffentlichung des Innenministeriums, Generaldirektion für Statistik, erschienen im Amtsblatt No. 30 vom 10. Mai 1923., Seite 1255—63 unter dem Titel „Statistica emigrărilor din România".

[2]) Die Veröffentlichung des Finanzministeriums – „Statistica impozitelor directe pe anii 1925 şi 1926." — ist insoweit mangelhaft, als sie von den durch das direkte Steuergesetz vom 22. Februar 1923 (Lege pentru unificarea contribuţiunilor directe şi pentru unificarea impozitului pe venitul global) eingeführten 8 direkten Steuern, die Kapitalzinssteuer (impozitul asupra veniturilor valorilor mobiliare) und die Gehaltssteuer (impozitul pe salarii) völlig unbeachtet lässt. Sie ist aber auch sonst mangelhaft, da sie nicht die Endsumme der einzelnen Steuerarten zieht und die, auf die einzelnen Landesteile entfallenden Steuersummen der verschiedenen Steuern nur in absoluten Zahlen bringt, obwohl hier eine Verhältniszahl viel prägnanter wäre. Bei der Einzelbehandlung der verschiedenen Steuerarten stossen wir auf verschiedene Unvollkommen-

lichten Tabelle wuchs die Summe der in ganz Rumänien durch die Besteuerungskommissionen ausgeworfenen direkten Steuern von 3 Milliarden 599 Millionen im Jahre 1924 um 2·4% (88 Millionen) im Jahre 1925 und um weitere 3% (114 Millionen) im Jahre 1926. Diese Steigerung von über 200 Millionen belastet merkwürdigerweise nicht das Altreich, da dort die Steuersumme sank (im Jahre 1925 um 1.2% oder 28·4 Millionen, im Jahre 1926 wieder um 0.7% oder 16·6 Millionen, zusammen um 1.9% oder 45 Millionen), sondern trifft in erster Reihe und am stärksten die durch den Friedensvertrag an Rumänien angeschlossenen neuen Provinzen, am ärgsten aber Siebenbürgen. Siebenbürgen bezahlte an direkten Steuern im Jahre 1924 868 Millionen, im Jahre 1925 mit 11% (97 Millionen) und im Jahre 1926 mit weiteren 11.2% (108 Millionen) mehr. In zwei Jahren erhöhte sich also der Steuerdruck um 205 Millionen.

Den erhöhten Steuerdruck gegenüber den drei ungarischen Komitaten Csik, Háromszék und Udvarhely können wir mit nachstehenden Daten nachweisen:

Die Summe der direkten Steuern
im Komitate *Csik* betrug im Jahre 1924 Lei 15,752.447
„ „ 1925 „ 18,239.579
„ „ 1926 „ 18,964.723

woraus für 1925 eine 15·7%, für 1926 eine 4%, zusammen 19·7% betragende Steuererhöhung ersichtlich ist.

heiten. So sind bei der Grundsteuer die Güter zwischen 50—100 Joch nicht ersichtlich, sondern diese sind in der Gruppe der Güter von 50—250 Joch bzw. Hektar zu finden. Bei der Grund- und Haussteuer werden nur die besteuerten Häuser und Felder ausgewiesen Bei der Körperschaftssteuer (Unternehmungssteuer) wird nur die Zahl der Gewerbetreibenden und der Kaufleute angeführt, wogegen die Aktiengesellschaften zahlenmässig nicht ausgewiesen werden, sondern nur ihr Einkommen.

Trotz dieser tiefgehenden Fehler leistet uns die Statistik der direkten Steuern des Finanzministeriums sehr grosse Dienste und da wir jetzt auch schon die Daten für das Jahr 1926. besitzen, so bietet sich uns die Gelegenheit Vergleiche der Jahre 1924, 1925 und 1926 anzustellen. Vom Jahre 1923 stehen uns nur die Daten von 9 Monaten zur Verfügung, da das Direktesteuergesetz erst am 1. April 1923 in Kraft trat. Die Daten der Grund- und Haussteuer stehen uns nur vom Jahre 1923 zur Verfügung, da diese Steuer für 5 Jahre festgestellt wird und die Daten des laufenden Jahres, wo eine neue Steuerveranlagung stattfindet, stehen uns noch nicht zur Verfügung. Von der Grundsteuer (Bodensteuer) wissen wir nur soviel, dass das für das Jahr 1927 im Dezember 1926 votierte Finanzgesetz die Verdreifachung der im Jahre 1923 ausgeworfenen Steuer vorsieht.

Die Summe der direkten Steuern
im Komitate *Háromszék* betrug im Jahre 1924 Lei 20,570.157
„ „ 1925 „ 21,891.544
„ „ 1926 „ 26,607.487
woraus für 1925 eine 1·5%, für 1926 eine 22·4%, zusammen 23·9% betragende Steuererhöhung ersichtlich ist.

Die Summe der direkten Steuern
im Komitate *Udvarhely* betrug im Jahre 1924 Lei 10,641.840
„ „ 1925 „ 11,137.732
„ „ 1926 „ 12,299.735
woraus für 1925 eine 4·6%, für 1926 eine 10·4%, zusammen 15% betragende Steuererhöhung ersichtlich ist.

Die gesammten direkten Steuer dieser drei ungarischen Komitate – worin die schwere Kapitalzinssteuer und Gehaltssteuer nicht enthalten sind – betrug demnach:

im Jahre 1924 Lei 46,964.444
„ „ 1925 „ 51,268.855 (9% Steigerung)
„ „ 1926 „ 57,871.945 (12.6 „).

In den zwei Jahren zeigt sich also eine Steigerung von Lei 10,907.501, also um 21·6%.

Nachdem es mittels der Bodenenteignung gelang, in diesen drei Komitaten [1]) die ungarische Grundbesitzerklasse zu verar-

[1]) *N. Istrate*, der Subdirektor des Bukarester statistischen Zentralamtes führt in seiner Arbeit «*Indicatorul* comunelor din Ardeal şi Banat» die Daten der drei ungarischen Komitate wie folgt an:

Csik:	Gebiet: 4476	km.²;	Bevölkerung:	122.069,	wovon 92·22%	Ungarn
Háromszék:	„ 3554	„ ;	„	: 131.807,	„ 80	„	„
Udvarhely	„ 2971	„ :	„	: 130.636,	„ 95·2	„	„
Zusammen	11001	„ ;	„	: 384.512.			

Demgegenüber ist das Gebiet Siebenbürgens 101.447 km², die Bevölkerung beträgt 5.471.388, wovon 24·73%, rund gerechnet 25%, Ungarn sind. Aus diesen Daten ist ersichtlich, dass das Gesammtgebiet dieser drei ungarischen Komitate 10·7% der Oberfläche der neuangeschlossenen Gebiete ausmacht. Die Bevölkerung beträgt 7% der Gesammtbevölkerung der neuangeschlossenen Gebiete und 28% der ungarischen Minderheit. Mangels einheimischer Daten müssen wir uns bezüglich der Beschäftigung der Bevölkerung auf den Band 48 der Ungarischen Statistischen Mitteilungen beziehen (Seite 27) wonach:

im Komitate Csik 72·1% der Bevölkerung sich mit Landwirtschaft, 14% mit Gewerbe und 2% mit Handel beschäftigt. Im Komitate Háromszék beschäftigen sich 67·4% mit Landwirtschaft, 18·9% mit Gewerbe und 1·8% mit Handel. Im Komitate Udvarhely beschäftigen sich 76·2% der Bevölkerung mit Landwirischaft, 11·4% mit Gewerbe und 1·9% mit Handel.

men, so belastet der Staat die Klasse der Kaufleute und Gewerbetreibenden mit solch' ungeheuren Steuern, dass der blühende Handel und das Gewerbe dieser drei Komitate dem Niedergange entgegengeht.

Auf diesem Gebiet zeigt das Wirken der Steuerschraube folgendes Bild:

Die Steuer der Kaufleute und Gewerbetreibenden inklusive der Unternehmungen (Körperschaften) betrug:

im Komitate *Csik*

im Jahre 1924 Lei 6,301.560
„ „ 1925 „ 8,033.461 (ein Plus von 27·5%)
„ „ 1926 „ 8,335.218 („ „ „ 3·7 „)

stieg also in zwei Jahren um 31·2%, wo zur gleichen Zeit im Altreich die Körperschaftssteuer mit 130 Millionen (11%) sank und in ganz Siebenbürgen nur um 24·6% stieg,

im Komitate *Háromszék*

im Jahre 1924 Lei 7,286.262
„ „ 1925 „ 7,726.673 (ein Plus von 6%)
„ „ 1926 „ 10,523.416 („ „ „ 36 „)

stieg also in zwei Jahren um 42%,

im Komitate *Udvarhely*

im Jahre 1924 Lei 3,639.042
„ „ 1925 „ 3,848.047 (ein Plus von 5·6%)
„ „ 1926 „ 4,747.565 („ „ „ 23 „)

stieg also in zwei Jahren um 28·6%.

In allen drei ungarischen Komitaten überragt die Steigerung die Siebenbürger Durchschnittssteigerung von 24·6%.

Viel auffallender ist die unterschiedliche Besteuerung der ungarischen Minderheit am Gebiete der Gesamteinkommensteuer (Globalsteuer).

Auch an der Globalsteuer setzt Jahr für Jahr der Steuerhebel an, wobei auch die ungarische Minderheit die Zeche bezahlt. Im ganzen Lande betrug in den Jahren 1924–1926 die Erhöhung der Globalsteuer 31·3%, davon entfiel auf das Altreich nur 28·4%, auf Siebenbürgen dagegen 72%. Aber auch diese letztere Ziffer erscheint gering gegenüber der Steigerungsziffer der drei ungarischen Komitate.

Die Globalsteuer betrug

im Komitate *Csik*

im Jahre 1924 Lei 977.202

„ „ 1925 „ 1,720.239 (Steigerung von 76%)

„ „ 1926 „ 1,721.185,

im Komitate *Háromszék*

im Jahre 1924 Lei 1,202.703

„ „ 1925 „ 1,717.919 (Steigerung von 43%)

„ „ 1926 „ 2,864.805 („ „ 67%)

in zwei Jahren also eine Steigerung von 110%,

im Komitate *Udvarhely*

im Jahre 1924 Lei 478.805

„ „ 1925 „ 632.662 (Steigerung von 32%)

„ „ 1926 „ 978.068 („ „ 54·5%

in zwei Jahren also eine Steigerung von 86·5%.

Ebenso überragt den Siebenbürger Durchschnitt die Besteuerung der freien Berufe, der Handwerker und der sonst keiner anderen Steuer unterliegenden Personen in den drei ungarischen Komitaten, da der Siebenbürger Durchschnitt von 36·5% (Steigerung) in den drei Komitaten Csik, Háromszék und Udvarhely mit 59% Steigerung weit überholt wird.

Demgegenüber ist es interessant zu vermerken, dass die Kopfsteuer (impozit minimal), welche der § 54 des Steuergesetzes auf alljene Personen bezieht, die sonst gar keiner Steuer unterliegen (mit Ausnahme der Frauen) und welche Steuer 10 Lei pro Jahr beträgt, nur im Altreich eine Steigerung von 7·3% aufweist, wogegen die Steuereinnahmen aus dieser Steuer in Siebenbürgen um 16·5% sanken. Das Sinken dieser Steuer ist besonders deutlich in den drei ungarischen Komitaten: im Komitate Csik um 78%, im Komitate Háromszék um 9·2% und im Komitate Udvarhely um 11·1%. Dies kann als Zeichen dafür dienen, dass die auf höheren Befehl mit unerbittlicher Strenge arbeitenden Steuerkommissionen von hingebungsvollem Verständnis durchdrungen sind.

Die geschilderten Zahlen und die der nachstehenden Tabelle sprechen dafür.

(Aus dem Ungarischen übersetzt von Dr. Erwin Pick.)

Landesteil	Jahr	Grundsteuer	Haussteuer	Körperschaftssteuer u. Ergänzungsteuer dazu
		Steigen oder Sinken im Vergleiche		
Rumänien	1924	761,402.060	384,640.172	1,695,775.501
	1925	761,402.060	384,640.172	1,698,777.290 (+0·1%, 3 Mil.)
	1926	761,402.060	384 640.172	1,689,911.909 (−0·5%, 8·7 Mil.)
Altreich	1924	354,275.326	248,535.238	1,174,387.872
	1925	354,275.326	248,535.238	1,112,749.618 (−5%, 62 Mil.)
	1926	354,275.326	248,535.238	1,044,892.033 (−6%, 68 Mil.)
Siebenbürgen	1924	249,713.758	89,394.331	375,618.316
	1925	249,713.758	89,394.331	433,206.495 (+13%, 57·6 Mil.)
	1926	249,713.758	89,394.331	483,616.353 (+11·6%. 50·4 Mil.)
Komitat Csik	1924	5,502.941	1,406.643	6,301.560
	1925	5,502.941	1,406.643	8,033.461 (+27·5%, 1·7 M.)
	1926	5,502.941	1,406.643	8,335.218 (+3·7%, 0·3 Mil.)
Kom. Háromszék	1924	7,481.236	1,683.272	7,286.262
	1925	7,481.236	1,683.272	7,726.673 (+6%, 440 Taus.)
	1926	7,481.236	1,683.272	10,523.416 (+36%, 2·8 Mil.)
Kom. Udvarhely	1924	4,685.746	721.963	3,639.042
	1925	4,685.746	721.963	3,848.047 (+5·6%, 200 Taus.)
	1926	4,685.746	721.963	4,747.565 (+23%, 0·9 Mil.)

Steuer der freien Berufe	Kopfsteuer	Globalsteuer	Summe
zum Vorjahre in % und absoluten Ziffern			
293,893.340	4,216.606	459,664.062	3,599,537.741
317.188.288 (+7·9%, 23.3 Mil.)	4,131.543 (−2%, 85 Taus.)	521,211.752 (+13·3%, 62 Mil.)	3,687,351.046 (+2·4%, 88 Mil.)
347,095.590 (+9·4%, 29·9 M.)	4,029.118 (−2·4%, 0·1 M.)	613,875.082 (+18%, 93 Mil.)	3,801,033.931 (+3%, 113·6 Mil.)
174,441.068	1,925.053	352,481.455	2,306,046.012
182,606.362 (+4·6%, 8·1 M.)	2,045.472 (+6·2%, 0·1 M.)	377,350.123 (+7%, 25 Mil.)	2,277,562.139 (−1·2%, 28·4 M.)
190,612.600 (+4·3%, 8 Mil.)	2,068.188 (+1·1%, 23 Taus.)	420,535.207 (+11·4%, 43 M.)	2,260,918.592 (−0·7%, 16·6 M.)
74,054.717	1,772.411	77,624.037	868,177.570
83,319.317 (+12·5%, 9·2 M.)	1,620.275 (−8·5%, 152 Taus.)	107,559.360 (+38%, 30 Mil.)	964,813.536 (+11%, 96·6 M.)
105,111.625 (+26%, 21·8 M.)	1,492.645 (−8%, 128 Taus.)	143,739.045 (+34%, 36 Mil.)	1,073,067.757 (+11·2%, 108 M.)
1,491.159	72.942	977.202	15,752.447
1,541.133 (+3·3%, 50 Taus.)	35.162 (−52%, 38 Taus.)	1,720.239 (+76%, 743 Taus.)	18,239.579 (+15·7%, 2·5 M.)
1,972.625 (+28%, 431 Taus.)	26.111 (−26%, 9 Taus.)	1,721.185 (+0%, 946 Lei)	18,964.723 (+4%, 725 Taus.)
2,868.037	48.647	1,202.703	20,570.157
3,233.933 (+12·7%, 366 Taus.)	48.511 (−0·2%, 136 Lei)	1,717.919 (+43%, 515 Taus.)	21,891.544 (+1·5%, 321 Taus.)
4,010.663 (+24%, 777 Taus.)	44.095 (−9%, 4.416 Lei)	2,864.805 (+66·7%, 1·1 M.)	26,607.487 (+22·4%, 4·9 M.)
1,065.258	51.226	478.805	10,641.840
1,202.929 (+12·8%, 138 Taus.)	46.385 (−9·4%, 4841 Lei)	632.662 (+32%, 154 Taus.)	11,137.732 (+4·6%, 496 Taus.)
1,466.241 (+22%, 263 Taus.)	45.558 (−1·7%, 827 Lei)	978.068 (+54·5%, 345 Taus.)	12,299.735 (+10·4%, 1·16 M.)

The Catolic Times și L'Indépendance Roumaine.

În numărul din 13 Aprilie al ziarului *The Catolic Times*, s'a rezervat un loc părintelui Hlinka, cunoscutul conducător al Slovacilor, spre a acuza în articolul său maghiarimea detrunchiată din Slovensco și Rusinsco, pentrucă nu se poate împăca cu soarta actuală, deși dispune de tot, ce numai îi dorește inima.

Ziarul *L'Indépendance Roumaine*, într'unul din ultimele numere, a publicat un articol întitulat: „Minoritățile și reviziunea." Chestiunea aceasta o desbate în legătură cu politica maghiară. Politica maghiară – scrie ziarul amintit – în timpul mai apropiat, poate înregistra trei succese: aplanarea fără dificultăți a contrabandei mitralierelor, decizia din Martie, adusă în procesul optanților și în sfârșit aducerea pe tapet a tratatului de pace din Trianon. Pe lângă toate succesele diplomatice, aceste rezultate sunt păgubitoare pentru poporul maghiar, care a ajuns astfel pe o cale, la a cărei capăt va afla numai desiluzii. Societatea Națiunilor a răsfățat guvernul contelui Bethlen, însă pe lângă toată răsfățarea, guvernului maghiar nu i-a succes să obțină dela Geneva vre-o încurajare în chestia minorităților. Or, agitațiile acestea au produs bănuiala statelor succesoare față de minorități, bănuială care apasă cu multă greutate asupra lor, înveninând legăturile cu națiunea majoritară, și nedispărând bănuiala aceasta nici astăzi pe deplin. Precum s'a mărit măsura acestor agitații, cu atât mai neplăcută a devenit situația minorităților, astfel, că în urma nizuințelor de ameliorare a situației minorităților, tocmai aceste grupuri de popoare au devenit victimele ocrotitorilor lor.

*

În consecință, până când Maghiarii din Slovensco și Rusinsco – după părerea părintelui Hlinka – înoată în fericire, până atunci – după *L'Indépendance Roumaine* – suntem noi, minoritățile statelor succesoare, victimele politicei unui stat străin, care a deșteptat în noi neîncrederea.

Față de autorii ambelor articole – pe lângă constatarea contrazicerei evidente – am avea câte-o întrebare. Cătră părintele Hlinka aceasta: Cum e posibil, că maghiarimea din Slovensco și Rusinsco dispune de tot ce-i dorește inima, iar partidul său totuș s'a adresat prin nenumărate memorande cătră

„opinia publică din lumea întreagă", tocmai din cauza brutalităților grosolane ale imperialismului ceh?

Iar pe autorul articolului din *L'Indépendance* îl întrebăm următoarele: Dacă într'adevăr ni-s'a înrăutățit situația numai din cauza neîncrederei ce a trezit-o în noi, politica recentă a Ungariei, oare când a fost anul sau luna, în care ne-a fost soarta mai bună, având parte de un tratament plin de încredere și conform principiilor egalității cetățenești? Și oare de ce se plâng Sașii astăzi mai mult, ca oricând, câtă vreme despre dânșii nu se poate afirma, că ar sta în vre-o legătură oarecare cu politica guvernului maghiar?

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes.

Von **Dr. Leo Epstein**

Sekretär der Deutschen Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik.

(Schluss.)

Anhang.

I.

Entwurf eines Verfahrens des Völkerbundrates in Minderheitenangelegenheiten. (Angenommen in der gemischten Kommission der Union der Völkerbundligen in ihrer Sitzung in Salzburg am 30. September 1926.)

Einleitende Bestimmungen.

Art. 1. Die Verpflichtungen eines Staates, die sich auf die auf seinem Gebiete lebenden Minderheiten nach Abstammung, Sprache und Religion beziehen, können sich gründen:

a) auf einen von diesem Staate abgeschlossenen Vertrag;

b) auf eine von diesem Staate dem Völkerbunde gegenüber abgegebene und vom Rate anerkannte Erklärung.

Art. 2. Der Völkerbund, unter dessen Garantie die auf den Schutz der Minderheiten bezüglichen Verpflichtungen gestellt sind, ist berufen, gegen jede Verletzung oder Gefahr einer Verletzung dieser Verpflichtungen Hilfe zu gewähren.

Art. 3. 1. Das zur Sicherstellung dieses Schutzes berufene Organ des Völkerbundes ist der Rat.

Der Ständige Internationale Gerichtshof hat in den Fällen der in den Art. 25., 35. u. 36. angeführten Minderheitenfragen einzugreifen.

2. Der Präsident des Rates ernennt zwecks Verwirklichung der Bestimmungen dieses Reglements ein Ratskomitee (im weiteren Dreierkomitee genannt). Dieses Komitee besteht aus drei Mitgliedern des Rates, die vom Präsidenten erwählt werden. Eines dieser drei Mitglieder ist der Präsident selbst, es sei denn, dass er gemäss dem folgenden Absatze ausgeschlossen ist.

3. Kein Mitglied des Dreierkomitees darf Angehöriger des beteiligten Staates sein.

Art. 4. 1. Der Rat sucht eine gütliche Bereinigung der Beschwerden der Minderheiten durch wohlwollende, offiziöse Mitteilungen an die beteiligten Parteien zu erzielen.

2. In den Fällen, in denen ein auf eine Minderheit bezüglicher Beschwerdenfall zwischen Staaten auftaucht, zwischen denen ein Schlichtungs- oder Schiedsvertrag besteht, lenkt der Rat die Aufmerksamkeit der beteiligten Staaten auf die Möglichkeit sich des in diesem Vertrage vorgesehenen Verfahrens zu bedienen.

Art. 5. Der Rat ist mit einer Verletzung oder einer Gefahr einer Verletzung der auf den Minderheitenschutz bezüglichen Verpflichtungen rechtmässig befasst:

1. Wenn ein Ratsmitglied die Aufmerksamkeit des Rates auf sie lenkt.

2. Wenn eine Petition gemäss diesem Reglement überreicht wird.

Einleitung des Verfahrens im Falle der Ergreifung der Initiative durch ein Ratsmitglied.

Art. 6. 1. Jedes Ratsmitglied hat das Recht, die Aufmerksamkeit des Rates auf eine Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung der den Minderheitenschutz betreffenden Verträge oder Erklärungen zu lenken. Es ist wünschenswert, dass das Mitglied des Rates, das dessen Aufmerksamkeit hierauf lenkt, gleichzeitig eine detaillierte Denkschrift vorlegt.

2. Eine Abschrift der Denkschrift wird dem beteiligten Staaten übermittelt.

3. Der beteiligte Staat wird aufgefordert, seine Bemerkungen zu machen und alle Beweise in einer angemessenen, von

dem Präsidenten des Rates zu bestimmenden Frist zu überreichen. Abschriften sämtlicher derart überreichten Urkunden werden allen Mitgliedern des Völkerbundes übermittelt.

Art. 7. Das Dreierkomitee bereitet die Angelegenheit vor und erstattet durch ein von dem Komitee bestelltes Mitglied als Berichterstatter dem Rate Bericht.

Art. 8. Das Recht, den Völkerbundrat in Angelegenheit des Minderheitenschutzes zu befassen, steht zu:

a) jedem Mitglied des Völkerbundes;

b) jeder der betreffenden Minderheit angehörige Gesellschaft oder Körperschaft;

c) jedes öffentliche Organ und jede Gemeinschaft, die ihren Sitz in dem beteiligten Staate haben, sowie jede internationale Vereinigung, die sich satzungsgemäss mit Minderheitenfragen beschäftigt. Der Rat kann jeder anderen Petition dieselbe rechtliche Wirksamkeit zuerkennen.

Art. 9. Die Petition muss von dem Ueberreicher gefertigt sein. Sie hat zu enthalten:

a) die Bezeichnung des Staates und der beteiligten Minderheit;

b) die Bezeichnung des verletzten oder bedrohten Rechtes;

c) die Darstellung der den Grund der Petition bildenden Tatsachen;

d) die darauf bezüglichen Urkunden und Beweisstücke.

Art. 10. Um diesem Verfahren unterworfen zu werden:

a) müssen die Petitionen den Minderheitenschutz zum Gegenstande haben;

b) sie dürfen nicht das Ersuchen zum Gegenstande haben, die politische Zugehörigkeit der Minderheit zu dem Staate, deren Teil sie bildet, aufzuheben;

c) sie dürfen nicht einer anonymen oder schlecht unterrichteten Quelle entstammen;

d) sie dürfen nicht Angaben enthalten oder Vorkommnisse anzeigen, die schon vorher Gegenstand einer diesem Verfahren unterworfenen Petition gebildet haben;

e) sie dürfen nicht in verletzendem Tone abgefasst sein. Der Generalsekretär übermittelt eine Abschrift mit allen bezüglichen Urkunden und Beweisstücke dem beteiligten Staate.

Art. 11. Der Präsident des Rates entscheidet über die Zulässigkeit der Petition; wenn er sich für die Unzulässigkeit ent-

scheidet oder wenn der beteiligte Staat, die Zulässigkeit bestreitet, wird die Frage von dem Rate entschieden, der mit einfacher Stimmenmehrheit entscheidet, ohne hiebei die Stimme des beteiligten Staates zu berücksichtigen.

Die Einwendungen der Unzulässigkeit muss spätestens in der Denkschrift geltend gemacht werden, die der beteiligte Staat als Antwort auf die Mitteilung der Petition überreicht.

Art. 12. Der beteiligte Staat verfügt über eine Frist von zwei Monaten, um seine Bemerkungen zu übermitteln. Diese Frist kann von dem Rate verlängert werden, wenn der beteiligte Staat darum ersucht und wenn die Umstände dies als notwendig erscheinen lassen. Die Bemerkungen des beteiligten Staates werden dem Petenten mitgeteilt, der seinerseits das Recht hat, seine Replik innerhalb einer angemessenen, vom Präsidenten festgesetzten Frist einzubringen. Der beteiligte Staat kann mit einer Duplik innerhalb einer vom Präsidenten festgesetzten Frist antworten.

Art. 12. a) Die Abschriften von allen derart überreichten Urkunden werden allen Mitgliedern des Völkerbundes übermittelt.

Art. 13. Die Petition und die anderen Urkunden werden durch das Dreierkomitee überprüft, das einen Bericht an den Rat erstattet. In dringenden Fällen wird eine ausserordentliche Ratssitzung einberufen. Der Bericht des Rates wird durch den Berichterstatter des Dreierkomitees erstattet.

Verfahren in der Hauptsache.

Art. 14. Der Berichterstatter ersucht den Generalsekretär die beteiligten Parteien aufzufordern, ihren Anwalt bekanntzugeben.

Art. 15. Die Anwälte können von den auf die Angelegenheit bezüglichen Akten Kenntnis nehmen und sich von allen Urkunden Abschriften ausfolgen lassen, Erklärungen und Bemerkungen machen und ihre Anträge stellen.

Art. 16. Der Berichterstatter des Dreierkomitees erstattet im Rate Bericht und beantragt allenfalls die Art und Weise der Beweisführung. Der Rat entscheidet über diesen Antrag mit Stimmenmehrheit; die Stimme des beteiligten Staates wird bei dieser Mehrheitsberechnung nicht gezählt.

Art. 17. Das Beweisverfahren enthält insbesondere die Prüfung aller die Angelegenheit betreffenden Urkunden, die Einvernahme der Zeugen, die Namhaftmachung und Einvernahme

der Sachverständigen, den Lokalaugenschein und alle anderen Massnahmen, die der Rat für geeignet erachten wird, um den Tatbestand festzustellen und die Rechtsfragen zu klären.

Art. 18. Die Zeugen sind verpflichtet die Wahrheit zu sagen; die Sachverständigen sind verpflichtet, ihr Gutachten nach besten Wissen und Gewissen, vollständig und ohne Rückhalt abzugeben. Die Zeugen werden vereidigt oder geben eine feierliche, den Gesetzen ihres Staates entsprechende Erklärung ab.

Art. 19. Der Lokalaugenschein kann nur mit Zustimmung des beteiligten Staates stattfinden.

Der Rat kann eine Sonderkommission ernennen, die den Lokalaugenschein vornimmt.

Die Zusammensetzung dieser Kommission ist dem freien Ermessen des Rates vorbehalten. Nichtsdestoweniger dürfen ihr Angehörige des beteiligten Staates nicht angehören.

Art. 20. Die Kommission zur Vornahme des Augenscheines trifft alle ihr zweckmässig erscheinenden Verfügungen; die Anwälte werden in angemessener Weise zugezogen.

Die Anwälte haben das Recht, ihre Bemerkungen zu machen und können den Zeugen und den Sachverständigen ihnen zweckmässig erscheinende Fragen stellen.

Art. 21. Das Beweisverfahren ist binnen der kürzesten Zeit und jedenfalls binnen 6 Monaten von dem Tage an zu beenden, an dem der Rat mit der Angelegenheit befasst worden ist.

Diese Frist kann durch den Rat im Falle besonderer Umstände verlängert werden.

Art. 22. Nach Beendigung des Beweisverfahrens erstattet der Berichterstatter in öffentlicher Sitzung Bericht. Die Anwälte der beteiligten Parteien werden in angemessener Weise beigezogen.

Art. 23. Nach Erstattung des Berichtes erteilt der Präsident den Anwälten zur Vorbringung ihrer Bemerkungen und Formulierung ihrer Anträge das Wort.

Art. 24. In jedem Stadium der Angelegenheit kann der Rat eine Ergänzung des Beweisverfahrens oder nachträgliche Aufklärungen oder jedwede Verfahrensmassregel verfügen. Allenfalls vernimmt er die Zeugen und Sachverständigen.

Art. 25. In jedem Stadium der Angelegenheit kann der Rat ein Gutachten des Gerichtshofes über jeden Streitpunkt ein-

holen. Er ist hiezu verpflichtet, wenn er über eine Rechts- oder Tatfrage nicht *einer* Meinung ist.

Art. 26. In jedem Stadium der Angelegenheit kann der Rat mit Stimmenmehrheit, wobei die Stimme des beteiligten Staates nicht gezählt wird, verfügen, welche Schutzmassnahmen als vorläufige zu verfügen sind.

Art. 27. Die Sitzung des Rates ist öffentlich, es sei denn, dass der Rat den Ausschluss der Öffentlichkeit verfügt.

Der Rat kann in jedem Stadium des Verfahrens die Veröffentlichung der Angelegenheit mit allen zusammenhängenden Tatsachen und Beweisstücken anordnen.

Art. 28. Die Durchführung des Verfahrens hindert nicht das Recht des Präsidenten, im Einvernehmen mit der Mehrheit der Ratsmitglieder, wobei die Stimme des beteiligten Staates nicht mitzählt, den Anwälten zwecks Versöhnung der Parteien wohlwollende, offiziöse Mitteilungen zugehen zu lassen.

Art. 29. Wenn die Vorbereitung beendet ist, bemüht sich der Rat vor allem eine gütliche Vereinigung zwischen den Beteiligten zu erzielen.

Schlägt dieser Versuch fehl, fasst der Rat mit Stimmenmehrheit die endgiltige Entscheidung, wobei die Stimme des beteiligten Staates nicht mitgezählt wird.

Art. 30. Die gütliche Bereinigung oder die Entscheidung des Rates sind endgiltig.

Die beteiligten Parteien sind verpflichtet, sich ihnen in loyaler Weise zu unterwerfen.

Der Rat überwacht die Durchführung und trifft zu diesem Zwecke allenfalls alle erforderlichen Massnahmen.

Art. 31. Eine Abschrift des Protokolles über die gütliche Bereinigung oder die Entscheidung des Rates wird den Beteiligten durch den Generalsekretär übermittelt.

Die gütliche Bereinigung oder die Entscheidung werden durch den Rat stets veröffentlicht.

Art. 32. Das Verfahren bezüglich eines bereits geprüften Falles kann nicht wieder aufgenommen werden, es sei denn, dass eine zur Zeit der letzten öffentlichen Sitzung unbekannte neue Tatsache hervorkommt.

Das Bestehen und die Bedeutung der neuen Tatsache werden von dem Völkerbundrat mit einfacher Stimmenmehrheit

geprüft, wobei die Stimme des beteiligten Staates bei dieser Mehrheitsberechnung nicht mitgezählt wird.

Art. 33. Die Einwendung der rechtskräftig entschiedenen Sache, kann nicht geltend gemacht werden, wenn es sich um eine Tatsache handelt, die später eingetreten ist als irgend eine Entscheidung, mag diese Tatsache auch Verletzungen derselben oder ähnlicher Art zum Gegenstande haben.

Art. 34. Weder die Ueberreichung einer Petition, noch die Aussage oder die Teilnahme als Zeuge oder Sachverständiger, noch das Eintreten als Anwalt, noch irgend eine Teilnahme auf Grund irgend eines Rechtstitels kann als illoyaler Akt gegenüber dem beteiligten Staate angesehen werden.

Die Personen, die in diesen Eigenschaften an dem Verfahren teilgenommen haben, können weder zivil- noch straf-, noch disziplinarrechtlich in irgend einer Weise verfolgt werden, es sei denn, der Rat entscheide, diese Personen hätten ernstlich die in Art. 18. auferlegte Pflicht verletzt.

Gerichtliches Verfahren.

Art. 35. Der ständige internationale Gerichtshof erstattet in Minderheitenangelegenheiten in den in Art. 25. vorgesehenen Fällen ein Gutachten.

Art. 36. Der ständige internationale Gerichtshof fällt in Minderheitenangelegenheiten eine Entscheidung:

a) in den durch die geltenden Verträge vorgesehenen Fällen;

b) In den Fällen, in denen die Staaten durch ein gemeinsames Uebereinkommen ihnen eine Angelegenheit zwecks Entscheidung übertragen.

Schlussbestimmungen.

Art. 37. Der jährliche von dem Völkerbundrate der Völkerbundversammlung zu erstattende Bericht hat ein Verzeichnis aller Interventionsfälle des Rates zu enthalten und wird in jedem Falle feststellen:

1. das Datum der Ueberreichung der Eingabe oder der Petition;

2. die Angabe des Verfassers der Eingabe oder Petition;

3. den Gegenstand des Ersuchens;

4. Das Datum und die Anordnung der Entscheidung über die Zulässigkeit;

5. die von dem Rate allenfalls getroffenen vorläufigen Massnahmen;

6. das allenfalls während des Verfahrens erstattete Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes;

7. das Datum der Anordnung der gütlichen Bereinigung, oder der, sei es durch den Rat, sei es durch den Gerichtshof getroffenen endgiltigen Entscheidung.

Art. 38. Die Staaten können vereinbaren, dass alle Streitigkeiten, die eine Verletzung oder eine Gefahr einer Verletzung der Lage der Minderheiten betreffen, einem Schiedsrichterkollegium oder einem anderen von dem ständigen internationalen Gerichtshof verschiedenen Organe oder internationalem Gerichte übertragen werden.

Art. 39. Die schlechte Behandlung einer Minderheit nach Abstammung, Sprache oder Religion, zu deren Gunsten kein Vertrag oder keine Spezialerklärung von der Art der in Art. 1. dieses Reglements erwähnten besteht, können nicht Gegenstand eines Einschreitens im Sinne dieses Reglements sein; wenn aber eine schlechte Behandlung zu seiner Kenntnis gebracht wird, behält sich der Rat vor, dem beteiligten Staate freundschaftliche Vorstellungen zu machen.

Art. 40. Die Bestimmungen dieses Reglements beschränken in keiner Weise den Art. 11 des Paktes.

II.

Änderungen des Statutes des Ständigen Internationalen Gerichtshofes.

Art. 34. 1. Als Partei vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe können auftreten Staaten, Mitglieder des Völkerbundes und ethnische, sprachliche und religiöse Minderheiten, die auf territorialer oder personaler Grundlage körperschaftlich organisiert sind und deren Schutz der Völkerbund übernommen hat.

2. Die in Absatz 1. erwähnten Minderheiten können jedoch nur zu dem Staate, dessen Bestandteil sie sind, in ein Prozessrechtsverhältnis treten. Diese Voraussetzungen entscheidet im Streitfalle der Völkerbundrat als prozessuale Vorfrage.

Art. 35. 1. Der Gerichtshof steht den Mitgliedern des Völkerbundes und den im Anhange zur Satzung erwähnten Staaten offen.

2. Die Bedingungen, unter denen er anderen Staaten und den in Art. 34 genannten Minderheiten offen steht, setzt unter Aufrechterhaltung besonderer Bestimmungen geltender Verträge der Völkerbundrat fest, und zwar so, dass unter keinen Umständen für die Parteien irgend eine Ungleichheit vor dem Gerichtshofe bestehen kann.

3. Wenn ein Staat, der nicht Mitglied des Völkerbundes ist, oder eine in Art. 34 erwähnten Minderheitenpartei in einem Rechtsstritte ist, bestimmt der Gerichtshof den Anteil an den Kosten des Gerichtshofes, den diese Partei zu tragen hat.

Art. 62. Absatz 2 wird durch folgenden Satz ergänzt: Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die in Art. 34 erwähnten Minderheiten.

Art. 63. Absatz 3 (neu) lautet: Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich nicht auf die in Artikel 34 erwähnten Minderheiten.

BEGRÜNDUNG.

Durch diese wenigen Abänderungen bezw. Zusätze kann der Ständige Internationale Gerichtshof auch den Minderheiten zugänglich gemacht werden, allerdings nur jenen, die entweder auf persönlicher Grundlage (personale Autonomie) körperschaftlich organisiert sind (Punkt XIX Abs. 7), wie z. B. die Minderheiten nach dem esthländischen Kulturautonomiegesetze oder jenen, die auf einem national abgegrenzten Verwaltungsgebiete siedeln (Territoriale Autonomie vgl. Punkt XIX Abs. 5), z. B. das karpathorussische Gebiet der Tschechoslowakei oder die nach der finnländischen Verfassung vorgesehenen Minderheits-Verwaltungsgebiete.

Die Ungarn in der Weltwanderung.

Ein statistischer Ueberblick.)*

Vom Univ.-Dozenten **Dr. Imre Ferenczi.**

I.

Betreffend die überseeische Auswanderung aus Ungarn stehen uns nebst der Aus- und Rückwanderungsstatistik der heimischen Behörden („A") die Mitteilungen der staatlich genehmigten Schiffahrtgesellschaften („B") und endlich die Zahl der

*) Diese Studie erschien auch im „Pester Lloyd" vom 27. Mai 1928.

in den wichtigsten Einwanderungsländern (9) ausgeschifften Ungarn zur Verfügung („C").

Tabelle I.

Ueberseeische Auswanderung aus, und Rückwanderung nach Ungarn 1921 bis 1927.

	A		B	C
	Ausw.	Einw.	Ausw.	Einw.
1921	1218	1709	6004	–
1922	1701	1022	5544	6240
1923	1935	222	5087	6569
1924	673	323	1710	3486
1925	1530	309	3519	5025
1926	2790	400	5856	7105
1927	3171	555	5586	–
Total .	13018	4540	33306	

Gewöhnlich werden die Einwanderer nach ihrer Staatsangehörigkeit, in einzelnen Zielländern jedoch nach ihrem letzten dauernden Aufenthaltsort, beziehungsweise nach der Nationalität in ethnischem Sinne (Sprache) (Vereinigte Staaten, Kuba), endlich nur nach letzterem Gesichtspunkte erhoben (Kanada seit 1. April 1925).

Tabelle II.

Ueberseeische Auswanderung von Ungarn nach der Statistik der Bestimmungsländer 1922 bis 1926.

	1922	1923	1924	1925[1])	1926
Argentinien	296	335	256	238	304
Brasilien	–	826	996	787	563
Kanada	5	162	1107	2590[2])	5182
Kuba	–	–	–	229	109
Mexiko	–	–	–	43	–
Neuseeland	–	1	–	3	4
Palästina	33	–	31	34	69
Südafrika	–	–	1	1	–
Vereinigte Staaten (nach dem Lande des letzten Aufenthalts)	5906	5245	1095	803	874
Nach Nationalität	–	–	–	997	1086
	6240	6569	3486	5725	8191

Insgesamt (1922 bis 1926): 30.211.

[1]) 1925 ins Land gekommene Ungarn (Einwanderer und Reisende).

[2]) Ohne dem ersten Vierteljahr.

Es geht aus obigen Statistiken hervor, dass die Auswanderung aus Ungarn nach einem Tiefpunkt im Jahre 1924 (Quotengesetz der Vereinigten Staaten) nun wieder höhere Zahlen aufweist (Kanada). Nicht nur nach der Passtatistik, sondern auch nach der Statistik der Transportgesellschaften betrug die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten und Kanada (im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926: 643, beziehungsweise 2746) weniger als nach den unvollständigen Einwanderungsstatistiken (924, beziehungsweise 2959); für Südamerika ist die Transporterhebung ganz unzureichend, Jahresdurchschnitt 305, wir müssen der indirekten Statistik Brasiliens und Argentiniens Glauben schenken (1147). Die höheren Zahlen der Einwanderungsländer lassen sich in letzterem Falle auf die geheime Auswanderung, und im Falle von Kanada auf die Schwierigkeit zurückführen, die ungarischen Staatsbürger von den aus den Nachfolgestaaten ausgewanderten Stammesangehörigen zu unterscheiden. Auch die für die Vereinigten Staaten angeführten zweierlei Statistiken weisen aus letzterem Grunde ziemlich bedeutende Unterschiede auf. Erst im Jahre 1927 wird in unserer Transportstatistik einer kleinen Anzahl (35) Auswanderer Erwähnung getan, die nach Australien gingen; noch geringer ist die Zahl derjenigen, die nach anderen Staaten auswanderten (19). Dies will jedoch nicht bedeuten, dass eine staatliche Anzahl von Ungarn nicht nach dem nahen und fernen Osten, nach Afrika und bis in die entferntesten Inseln des Stillen Ozeans auswanderten. Fanden wir doch sogar Ungarn in der Einwanderungsliste Französisch-Guyanas verzeichnet.

Zu richtiger internationaler Beurteilung des Ausmasses der überseeischen Aus- und Rückwanderung aus Ungarn können wir gelangen, wenn wir den jährlichen Wanderungsverlust (Ueberschuss der Auswanderung über die Rückwanderung) mit der Bevölkerungszahl vergleichen. Dieser betrug nach 10.000 Einwohnern im Durchschnitt der Jahre 1920–1924 und in den Jahren 1925, beziehungsweise 1926 4, und 4, beziehungsweise 6 Personen, während die betreffenden Verluste für Italien 27, 10 und 12, für Grossbritannien 33, 19 und 25, hingegen für die Tschecho-Slowakei 7, 3 und 6, für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen für 1924–1926: 8, für Rumänien 1926: 12 Personen waren. Das heutige Gebiet Ungarns war übrigens auch vor dem Kriege der von der Auswanderung am wenigsten

betroffene Landesteil, denn dieser verlor im Jahresdurchschnitt 1905–1913 nur 23 Bewohner gegenüber dem Wanderungsverlust Vorkriegsungarns von 35, und jenem der abgetrennten Gebiete von 43 Personen.

Die kontinentale Auswanderung war nach Friedensschluss auch nur einige Jahre von Bedeutung und weist eine stark sinkende Tendenz auf. Diesbezüglich stehen uns keine nationalen Erhebungen, hingegen einzelne sporadische indirekte Daten der Nachbarländer (Oesterreich 1924: 847, Rumänien 1922: 1431, 1926: 442 Einwanderer [gegen 1299 Rückwanderer nach Ungarn], Tschecho-Slowakei 1922–1926: insgesamt 5518, 1922: 2687, hingegen 1926: 47 Einwanderer) zur Verfügung. Aus diesen Ziffern geht nicht klar hervor, eine wie grosse Anzahl von gelernten Arbeitern (Maschinen-, Tischler-, Bau-, Bekleidungs-, Vervielfältigungsgewerbe usw.) und Handelsangestellten, zum Teil geheim, nach den Nachbarstaaten gingen, die eine nationale Industrie grosszuziehen beabsichtigen. Nach Frankreich wanderte seit 1921 eine grosse Anzahl Bergarbeiter aus. Während nach der Volkszählung vom 6. März 1921 die Zahl der in Frankreich anwesenden und erwerbstätigen Ungarn 630 betrug, war die Zahl der Fremden dieser Nationalität nach der Aufnahme des Ministeriums des Innern vom 7. März 1926 schon 13.579. Andererseits zog auch die ungarische Industrie Vorarbeiter und gelernte Arbeiter (Textil-, Glas- und auch namentlich Bergarbeiter („Liptaken") besonders aus der Tschecho-Slowakei 1922: 894, 1923: 4144, 1924: 1785, 1925: 1077, 1926: 380 heran. In den letzten Jahren wurde in allen kontinentalen Ländern nach dem Beispiel Englands, zuletzt auch von Frankreich, ein strenges Genehmigungsverfahren zum Schutze des Inlandarbeitsmarktes eingeführt und dieses System gegenseitig so streng in Kraft gesetzt, dass im Gegensatz zu dem noch immer regen Warenverkehr die Aus- und Einwanderung zwischen Ungarn und den Nachbarländern auf ein an mittelalterliche Zustände erinnerndes Minimum zurückgeschraubt worden ist. Seither ist die Statistik der kontinentalen Wanderungen genau geworden.

II.

Unter dem Einfluss des Vorschlages der Arbeitskonferenz vom Jahre 1922 wurde die Wanderungsstatistik in den Nachbarstaaten nach überseeischer und zum Teil nach kontinentaler Richtung besonders gut und einheitlich ausgebaut, und so ist es

auch möglich, über die Verteilung ihrer Aus- und Rückwanderer nach Nationalität (im ethnischen Sinne des Wortes) Angaben zu machen.

Tabelle III.

Auswanderung der „Magyaren" aus den Nachfolgestaaten:

	Königreich der Serben, Kroaten, Slowenen, Überseeische Auswanderung	Rumänien Übers.	Rumänien Kontinent.	Tschecho-Slowakische Republik Übers.	Tschecho-Slowakische Republik Kontinent.
		Auswanderung			
1922	259	—	—	1669	
1923	1169	—	—	814	329
1924	4218	—	—	367	795
1925	3082	—	—	405	361
1926	1563	1388	9	919	274
	10291			2505	1759
				5933	

Seit 1924 spielte auch in den Nachfolgestaaten nicht mehr die Auswanderung der „Magyaren" (im Jahre 1926: aus Rumänien 133, aus der Tschecho-Slowakei 243) nach den Vereinigten Staaten, *sondern aus Rumänien und Jugoslawien nach Brasilien, von der Tschechoslowakei (483), Rumänien (309) und namentlich von Jugoslawien nach Kanada die Hauptrolle.* Während in Kanada, wie erwähnt, die Ungarn nach ihrer nationalen Herkunft in ethnischem Sinne erhoben werden, werden sie in Brasilien nach Staatsangehörigkeit vermerkt. Daher die überraschende Zahl *der «rumänischen» Einwanderer (1924: 6340, 1925: 5561 und 1926: 17.829). Nach der modernen rumänischen Grenzstatistik betrug die Auswanderung nach Brasilien im letzteren Jahre insgesamt 15.467, in welcher Zahl jedoch 750 «Magyaren» und 1798 Deutsche figurieren; die eigentlichen Massen der brasilianischen Auswanderer waren jedoch Bulgaren (8679), Russen (2313) und Ukrainer (1539), während die Anzahl der der Rumänen nur 2 betrug.*

Nach der tschechoslowakischen Nationalitätenstatistik (1921) betrug *das Verhältnis der Ungarn* auf den abgetrennten Gebieten 20·9 Prozent, nach der ungarischen Volkszählung von 1910 30·4 Prozent, die Zahl der Auswanderer ungarischer Nationalität aus der Slowakei hingegen im Durchschnitt der Jahre 1924—1926 (564) zu der Gesamtzahl der Auswanderer der Slowakei (6028) nur 9·36 Prozent. Nebenbei bemerkt, lieferte die Slowakei das Grossteil (69 Prozent) der Auswanderer der tschecho-

slowakischen Republik (8689). Für Rumänien müssen wir uns begnügen, das Verhältnis der „Magyaren" zu der Gesamtzahl der Auswanderer hervorzuheben, die einen Pass erhalten haben. Auf Grund dieser Statistik, deren Daten übrigens mit jenen der Grenzstatistik nahezu zusammenfallen, stehen uns nur die Daten für das Jahr 1926 zur Verfügung. Nach dieser Statistik fielen von der Gesamtauswanderung Rumäniens (17.671) 28·2 Prozent auf Siebenbürgen (4977). Zwischen den Auswanderern dieser Provinz betrug das Verhältnis der Ungarn (1650) 33·1 Prozent, jenes der Deutschen (1478) 29·7 Prozent, und endlich das der Juden, die aber grösstenteils ungarisch und zum geringen Teil deutsch sprechen (945) 19 Prozent, während die in der Vorkriegszeit überwiegende Auswanderung der Rumänen selbst auf ein Minimum (359) von 7·2 Prozent zurückgegangen ist. Die Auswanderung aus dem alten Königreich ist überhaupt geringfügig (918); die grösste Auswanderung weist Bessarabien auf (9936). Die Auswanderungsstatistik Jugoslawiens endlich ist nach Nationalitäten in ethnischem Sinne und nach Provinzen gegliedert; eine Verbindung der beiden gibt es nicht. Das Verhältnis der ungarischen Auswanderer für die Jahre 1924–1926 (2954) zu dem Durchschnitt der Gesamtauswanderung (15.989) betrug 18·5 Prozent, während jenes (3534) der Deutschen (Schwaben) 22·1 Prozent und der Serben, Kroaten und Slowenen (9132) 57·1 Prozent war. Es liegt keinem Zweifel ob, dass die Auswanderung der Ungarn und Deutschen aus der von Ungarn abgetrennten Woiwodina erfolgte, deren Beteiligung (4785) an der Gesamtauswanderung im Durchschnitt der Jahre 1924–1926 29·9 Prozent ausmachte. Unter den Serben, Kroaten und Slowenen hatten die Serben eine unbedeutende Rolle, da die Auswanderung aus Kroatien und Slavonien (5429) zu der Gesamtauswanderung 33·95 Prozent war und der übrige Teil weit überwiegend auf Dalmatien und Slowenien fiel. Ebenso wie die Tschechen zum Teil nach der Slowakei, die Rumänen, auch aus dem alten Königreich, nach Siebenbürgen wanderten, fanden die überschüssigen Bewohner Altserbiens infolge der entsprechenden Verfügungen der Bodenreform Ansiedlungsmöglichkeiten in den abgetrennten Gebieten Ungarns und sind daher viel weniger zur Auswanderung gezwungen.

Noch anschaulicher wird die Verschiebung der Auswanderung zu ungunsten der Ungarn, wenn wir auch die Rück-

wanderung mit in den Kreis unserer Beobachtung ziehen. Die Rückwanderung nach Vorkriegsungarn hat (1905–1913) 27·0 Prozent der amerikanischen Auswanderer betragen, sie ist jedoch in der Nachkriegszeit im allgemeinen viel geringer geworden. Die Schranken der Einwanderungsgesetzgebung schufen für die einmal zugelassenen Einwanderer ans Wunder grenzende Arbeits- und Lebensverhältnisse. Doch betrug das Verhältnis der überseeischen Rückwanderer nach der „Slowakei" im Jahre 1926 (moderne Grenzstatistik) zu jener der Auswanderer nur 2·2 Prozent, während es in „Böhmen" noch 8·8 Prozent war. Während die Serben, Kroaten und Slowenen im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926 im Verhältnis von 41·5 Prozent der Auswanderer in die Heimat zurückkehrten, kamen von den Deutschen (Schwaben) nur 13·95 Prozent, von den Magyaren aber nur 6·5 Prozent nach Jugoslavien zurück. Nach der rumänischen Grenzstatistik (1926) endlich war das Verhältnis der rückkehrenden Ungarn zu den Auswanderern 7·9 Prozent, der Juden 9·42 Prozent, der Deutschen sogar nur 5·7 Prozent, während von den Rumänen 160·7 Prozent in ihre Heimat zurückwanderten, d. h., es kehrten 524 Rumänen zurück, demgegenüber die Auswanderer nur 326 betrugen. Gegenüber der überaus gesteigerten Auswanderung der übrigen Nationalitäten kehren demnach auch die älteren Bestände dieser Auswanderer heim. Im Vorkriegsungarn war hingegen das Prozentverhältnis der aus der Union zurückkehrenden ungarischen Staatsbürger in den Jahren 1910–1911 und 1912–1913 nach ihrer Muttersprache: Ungarn 37·8, Slowaken 27·1, Rumänen 9·7, Kroaten-Slowenen 9·0.

Ein namhafter Verlust von Ungarn als Folge kontinentaler Auswanderung kommt nur für die Tschecho-Slowakei in Betracht. Den von der Slowakei nach den europäischen Ländern ausgewanderten 3480 Personen standen im Jahre 1926 nur 1889 (54·28 Prozent) Rückwanderer (Passtatistik) gegenüber. Die Ungarn der Slowakei dürften in noch grösserem Prozentsatz als die übrige Bevölkerung im Ausland geblieben sein. Heute handelt es sich eben auch bei der kontinentalen Auswanderung nicht nur um Saisonarbeiter, wie in der Vorkriegszeit, sondern vielfach um industrielle und landwirtschaftliche Elemente, die sich dauernd niederlassen. Vor dem Kriege stiegen jährlich etwa 100.000 slowakische Schnitter in die unga-

rische Tiefebene zur Ernte herab. Heute gehen – ausser den obengenannten Auswanderern – 8000 bis 15.000 Erntearbeiter auf Grund besonderer Wanderungsabkommen in Gruppen ohne Pässe nach Oesterreich und Deutschland. Nach letzterem Lande wurden übrigens in diesem Jahre versuchsweise wieder 600 Saisonarbeiter auch aus Ungarn selbst gesandt.

Wenn wir die überseeische Auswanderung aus Ungarn in den Jahren 1921–1927 auf nur 40.000 und von den Nachfolgestaaten auf nur 30.000 schätzen (Rumänien 15.000, Jugoslawien 10.000, Tschecho-Slowakei 5000), die Rückwanderung hingegen auf 7000 Personen (5000 nach Ungarn und 2000 nach den neuen Staaten), *so stehen wir einem Verlustsaldo von rund 60.000 Ungarn gegenüber.* Zu diesem muss (soweit man mit Rücksicht auf die sehr unsicheren Grundlagen etwas sagen kann) ein Auswanderungsüberschuss von 25.000 kontinentalen Auswanderern aus Ungarn und etwa 10.000 aus den abgetrennten Gebieten hinzugezählt werden. Diesem Menschenverlust von 95.000 – mit den Juden 100.000 – Ungarn an das Vorkriegsausland steht in Ungarn selbst ein geringer Fremdenüberschuss und ein bedeutendes Plus infolge der Flüchtlingseinwanderung gegenüber, so dass die Wanderungsbilanz des heutigen Staatsgebietes im ganzen kaum mit einem quantitativen Bevölkerungsverlust schliessen dürfte. Nur wurde die rationelle Berufsgliederung durch die Wanderungen auch dort arg gestört.

Minorités en Roumanie.

I. – Question des colons de race hongroise du Banat et de la Transylvanie.

Die „Section d'information" des „Secrétariat de la Société des Nations" veröffentlichte unlängst die zweite Ausgabe ihrer Broschüre über „La Protection des Minorités de Race, de Langue et de Religion." In dieser zweiten Auflage finden wir die hier im Wortlaut abgedruckten Mitteilungen über diejenigen Fragen, welche den Völkerbund in Hinsicht auf die nationalen Minderheiten Rumäniens beschäftigten.

Des fermiers de race hongroise, sujets roumains établis dans un certain nombre de villages du Banat et de la Transylvanie adressèrent, au début de l'année 1925, à la Société des Nations une pétition dans laquelle ils déclarent qu'en vertu de certaines stipulations de la législation roumaine, ils étaient me-

nacés d'être privés d'une partie de leur colonie ou expropriés avec une indemnité insuffisante et d'une manière plus radicale que les autres sujets roumains.

Cette question fut portée devant le Conseil à la demande des représentants du Brésil, de la Grande-Bretagne et de la Suède, qui avaient été désignés pour examiner la pétition des colons.

La question qui se posait pour le Conseil, à propos de cette pétition, était de savoir si l'application aux colons des stipulations de l'article 10 de la loi agraire pour la Transylvanie, et de l'article 2 § 1 de la loi du 25 octobre 1921, était entièrement conforme au Traité roumain de minorités, et notamment à la stipulation d'après laquelle les ressortissants roumains appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants roumains.

L'article 10 de la loi agraire stipule que

„Les lots des colons établis après le 1er janvier 1885 seront expropriés jusqu'à la limite du lot fixé dans la région respective en vue de l'attribution de terres aux bénéficiaires nommés dans l'article 92."

Les pétitionnaires prétendaient que cette stipulation constituait une exception à la règle générale appliquée aux autres propriétaires cultivant leurs propres terres et qu'elle ne frappait que des personnes appartenant à la minorité hongroise.

L'article 2 de la loi de 1921, déclare sans valeur les actes concernant les biens d'État, conclus après le 1er décembre 1918 par le Gouvernement hongrois ou par ses organes, dans les territoires transférés de la Hongrie sous la souveraineté roumaine. Les pétitionnaires affirmaient que, de cette façon, leur droit de propriété acquis depuis de longues années pouvait se trouver annulé sans aucune indemnité.

Au cours de la sessions de mars 1925, le Représentant de la Roumanie donna l'assurance au Conseil que le Gouvernement roumain allait surseoir à toutes mesures de nature à modifier le *statu quo* en ce qui concerne la propriété de ces colons, jusqu'à ce que le Conseil fût à même d'exprimer une opinion définitive sur la question de fond. Le Conseil décida alors de renvoyer l'examen de l'affaire à sa prochaine session. Dans l'intervalle, le Comité du Conseil se livra, en collaboration avec

M. Titulesco, à un examen approfondi de la question. Le Gouvernement roumain, fournit au Comité une documentation abondante sur tous les points.

Le Représentant de la Roumanie expliqua que la stipulation de l'article 10 avait été necessaire parce que, malgré l'expropriation de la grande propriété, il n'y avait pas, dans la région en question, une superficie suffisante pour satisfaire le droit de tous ceux qui étaient appelés à bénéficier de l'expropriation. Il ajouta que, pour l'attribution des lots formés avec les terres expropriées soit aux grands propriétaires, soit aux colons, il n'était fait aucune distinction quant à la nationalité des bénéficiaires; que l'application de l'article 10 laissait aux colons expropriés une étendue de terres supérieure, parfois même de beaucoup supérieure, au lot-type de la région et que les colons expropriés étaient laissés en possession de leur maison d'habitation, de leurs plantations et de toutes les installations de la ferme. En ce qui concerne la loi sur l'invalidation des actes relatifs aux biens dans les territoires attachés à la Roumanie, le Représentant de la Roumanie affirma qu'elle n'avait affecté en rien la situation des colons qui avaient acquis leurs biens d'une façon régulière et pouvaient prouver qu'ils avaient acquitté leurs annuités aux organes compétents; qu'au reste, les annulations qui avaient eu lieu en vertu de la loi n'avaient entraîné aucune dépossession de 1918 à 1925, date à laquelle les pétitionnaires portèrent plainte. Il souligna le fait qu'un nombre considérable de colons pourraient être entièrement privés de leurs colonies avec les maisons et autres installations, si le Gouvernement roumain exerçait contre eux le droit de rachat tel qu'il a été établi dans les contrats. Il déclara d'ailleurs qu'il n'entrait nullement dans les intentions du Gouvernement roumain de se prévaloir de ce droit tant qu'il ne serait pas porté atteinte à l'article 10 de la loi agraire.

De l'examen du tableau statistique fourni par le Gouvernement roumain, il ressortit que le nombre de colons intéressés était de 2.300 environ, que la surface totale des colonies en question était de 42.000 jugars, qu'on avait exproprié de cette surface et qu'on se proposait d'exproprier en vertu de l'article 10 de la loi sur la réforme agraire, en tout, 24.000 jugars, soit environ 60% de la surface totale.

Le Gouvernement roumain reconnut que le cas des colons

sujets aux mesures prévues à l'article 10 de la loi agraire devait être considéré, par suite de la situation géographique de leurs propriétés, comme exceptionnel. Tenant compte de cette situation, le Gouvernement roumain proposa au Conseil, sans modifier l'article 10 de la loi agraire qui devait recevoir pleine exécution, d'offrir aux colons frappés par cette clause, une indemnité humanitaire qui, sans avoir aucune connexion avec le prix d'expropriation, leur donnât un témoignage matériel de l'intérêt que le Gouvernement roumain portait à leur situation particulière. L'indemnité ainsi offerte par le Gouvernement roumain s'élevait à la somme de 700.000 francs-or, à répartir entre les colons conformément à des arrangements à faire d'accord avec le Gouvernement roumain.

Le Conseil estima que cette solution pratique de la question était plus favorable aux intérêts des colons et à la pacification de la population directement intéressée qu'une décision juridique annulant l'article 10 de la loi agraire. En conséquence, le Conseil accepta la proposition du Gouvernement roumain.

Par la suite les arrangements pratiques en vue de la répartition de l'indemnité parmi les colons intéressés furent conclus d'accord entre le Comité du Conseil et le Représentant de la Roumanie. Le Conseil les approuva le 11 décembre 1925.

Quelques modifications de détail à ces arrangements furent introduites ultérieurement sur la proposition du Gouvernement roumain avec l'approbation du Comité.

Depuis lors, le Gouvernement roumain a fait connaître à plusieurs reprises au Secrétaire général l'état de la répartition de l'indemnité entre les colons intéressés. Ces informations ont été communiquées aux Membres du Conseil.

II. — Pétition des Églises catholique, réformée et unitaire de Transylvanie au sujet de l'instruction privée.

Les églises catholique, réformée et unitaire de Transylvanie ayant adressé à la Société des Nations au mois de mai 1925 une pétition au sujet de l'instruction privée, un Comité composé des Représentants au Conseil de la France, de la Grande-Bretagne et du Japon fut chargé, conformément à la résolu-

tion du 25 octobre 1920, de l'examiner avec les observations du Gouvernement roumain.

Bien que cette question n'ait pas été portée devant le Conseil, il a paru utile d'en faire mention ici parce qu'à la demande du Comité de minorités et du Représentant de la Roumanie, le procès-verbal de la délibération finale du Comité a été inséré au *Journal officiel* de la Société des Nations et que la documentation présentée par le Gouvernement roumain a fait l'objet d'une publication.

La pétition des Églises avait trait à un projet de loi sur l'instruction privée en Roumanie. Elle contenait de nombreux détails sur la situation qui serait faite par le Gouvernement roumain aux écoles hongroises de Transylvanie.

Le Comité du Conseil tint plusieurs réunions au cours desquelles il eut l'occasion d'entendre les explications verbales fournies par le Représentant de la Roumanie sur certains points. En outre, le Comité, par l'intermédiaire de la Section des minorités du Secrétariat, signala à plusieurs reprises au Gouvernement roumain des points qui lui paraissaient mériter une considération particulière et sur lesquels il désirait avoir des précisions.

Le Gouvernement roumain, dans ses observations, ne se borna pas à examiner la question de savoir si le projet de loi était conforme au traité de minorités; il inséra en outre dans ses observations les résultats d'une enquête minutieuse, entreprise de sa propre initiative, sur chacun des cas concrets indiqués par les auteurs de la pétition.

Le Comité estima que le texte définitif de la loi, qui avait été discuté par le Gouvernement roumain avec les Représentants des Églises ainsi qu'avec les Représentants des autres minorités du pays, ne contenait aucune stipulation sur laquelle les Membres du Conseil représentés au sein du Comité dussent attirer l'attention du Conseil.

Le Comité exprima son ferme espoir qu'une détente se produirait dans les relations entre le Gouvernement roumain et les minorités et qu'une politique généreuse de la part du Gouvernement rencontrerait de la part des minorités une franche volonté de collaboration et un sincère sentiment de loyauté (1).

Der oberschlesische Schulstreit und das ungarländische Minderheitenrecht.

Von **Dr. Georg Oszvald.**

I.

Das rechtliche Neuland des Minderheitenschutzes ist jüngst um ein bedeutendes Ereignis reicher geworden. Vor Monatsfrist hat der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag, betreffend die Auslegung gewisser minderheitsschulrechtlicher Bestimmungen des deutsch-polnischen Vertrages über Oberschlesien, auf die Klage der deutschen Regierung sein Urteil gefällt.

Die politische Vorgeschichte dieser Entscheidung, die uns nunmehr im authentischen französischen Urtext vorliegt *), darf ich wohl als bekannt voraussetzen. Ich beschränke mich auf eine kurze Zusammenfassung, wobei ich nicht so sehr auf die Einzelfragen des Oberschlesischen Schulstreites und auf den konkreten Fall Gewicht zu legen wünsche, als vielmehr auf die Hauptereignisse von grundsätzlicher Bedeutung für die Fortentwicklung des Minderheitsvölkerrechtes. Weiters möchte ich in den Rahmen dieser Ausführungen einige rechtsvergleichende Bemerkungen einfügen aus dem Bereiche des geltenden ungarländischen Minderheitenrechtes.

Das deutsch-polnische Oberschlesien-Abkommen vom 15. Mai 1922 (kurz: auch Genfer Abkommen) enthält, wie die in den Pariser Vororten geschlossenen sogen. Minderheitsschutzverträge ausser den minderheitsrechtlichen Bestimmungen, eine Reihe anderer, zumeist wirtschafts- und verkehrsrechtlicher Klauseln. Abgesehen von dieser inhaltlichen Aehnlichkeit unterscheidet sich jedoch das Genfer Abkommen von den übrigen Minderheitsschutzverträgen durch das Eingehen auf die Regelung von Detailfragen. Während beispielsweise der für das übrige Gebiet Polens geltende polnische Minderheitsschutzvertrag sämtliche kulturelle Fragen in drei kurzen Artikeln erledigt, sind im Oberschlesien-Abkommen der Regelung des Schulproblems al-

*) Recueil des Arrêts. No. 12. Droits de Minorités en Haute-Silésie. (Ecoles Minoritaires). Publ. de la Cour Permanente de Justice Internationale. Serie A. No. 15.

lein nicht weniger als siebenunddreissig Artikel gewidmet. Doch selbstredend nicht in diesem äusserlichen, quantitativen Unterschiede liegen die Vorzüge dieses Abkommens, sondern in einigen hochwichtigen grundsätzlichen und organisatorischen Bestimmungen, die in den übrigen Minderheitsschutzverträgen nicht enthalten sind. So im Grundsatz, nach welchem den Behörden versagt ist, Erklärungen bezüglich der völkischen Zugehörigkeit nachzuprüfen oder zu bestreiten. Dieser Grundsatz ist auch in Hinsicht auf die Sprache der Schüler und ihres Unterrichtes zu beobachten. Er wurde zugleich der Kern- und Kristallisierungspunkt des oberschlesischen Schulstreites.

Im Jahre 1926 leiteten die Behörden in Polnisch-Oberschlesien eine Untersuchung ein zwecks Ueberprüfung des Rechtstitels der in den dortigen deutschen Minderheitsschulen eingeschriebenen Schüler. Das Ergebnis war, dass rund 7000 Einschulungen als ungültig erklärt wurden, zumeist mit der Begründung, die Muttersprache der betreffenden Schüler sei nicht die des Unterrichtes. Zu Beginn des Schuljahres 1926/27 wurden diese Schüler aus den deutschen Minderheitsschulen ausgeschlossen.

Der deutsche Volksbund für Polnisch-Oberschlesien wandte sich an das dortige Minderheitenamt. Der Präsident der gemischten Kommission, an dem die Klage weitergeleitet wurde, äusserte sich in seiner Stellungnahme vom 15. Dezember 1926 dahin, lediglich der Willen der Eltern (Erziehungsberechtigten) sei massgebend in der Frage der Einschulung in Minderheitsschulen.

Der polnische Wojwode stützte sich hingegen starr auf den Wortlaut des Oberschlesien-Abkommens und verfocht die These, das Genfer Abkommen gewährleiste bloss eine Erklärung betreffend die Muttersprache der Schulkinder, nicht aber die freie Wahl der Unterrichtssprache, beziehungsweise der entsprechenden Schule.

Im Frühjahr 1927 befasste sich auch der Völkerbundrat mit der Streitfrage. Als politische Körperschaft liess sich der Rat – ganz richtig – auf die Prüfung der Rechtsfrage nicht ein, zumal er dies zu tun lediglich durch Einholung eines Gutachtens (avis) des Ständigen Internationalen Gerichtshofes befugt gewesen wäre. Er zog es aber vor, sich auf die praktische Seite des Streites zu beschränken. Ihrem Wesen nach stellt die Re-

solution vom 12. März 1927 eine Aufforderung an die polnische Regierung dar, die für ungültig erklärten Einschulungen polnischer Kinder in deutsche Minderheitsschulen gelten zu lassen, allerdings mit gewissen Ausnahmen. Der Völkerbundrat bestellte überdies einen schweizerischen Schulfachmann, dem übertragen wurde, die deutsche Sprachkenntnis der in deutsche Minderheitsschulen eingeschriebenen Kinder zu überprüfen. Diese praktische Massnahme ändert durchaus nichts an der Tatsache, dass sich der Völkerbund keineswegs grundsätzlich der Zulassung andersprachiger Kinder in deutsche Schulen verschlossen hat. Im Gegenteil: aus der Resolution lässt sich eher die Missbilligung einer hermetischen Sprach- und Schulsperre zwischen verschiedensprachigen Völkern herauslesen.

II.

Am 2. Januar 1928 brachte die deutsche Regierung die eingangs erwähnte Klage beim Ständigen Gerischtshof im Haag ein. In seiner Entscheidung vom 26. April 1928 gibt der Gerichtshof nach einer äusserst gründlichen, rund 50 Druckseiten umfassenden Begründung eigentlich bloss eine Paraphrase der heissumstrittenen Bestimmungen des Oberschlesien-Abkommens. Die erste dieser Bestimmungen, Art. 74 besagt, dass „die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden dürfe". Art. 106 bestimmt, dass „eine Minderheitsschule einzurichten ist auf den Antrag eines Staatsangehörigen, der von den Erziehungsberechtigten von wenigstens 40 staatsangehörigen Kindern einer sprachlichen Minderheit unterstützt wird". Laut Art. 131 bestimmt ausschliesslich die Erklärung des Erziehungsberechtigten, was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist. Diese Erklärung darf von der Schulbehörde weder nachgeprüft noch bestritten werden".

Der einschlägige Teil des Haager Urteils lautet wie folgt: „Die Artikel 74, 106 und 131 des Deutsch-Polnischen Abkommens von 15. Mai 1922 über Oberschlesien gewähren jedem Staatsangehörigen die Freiheit, nach seinem Gewissen und unter seiner persönlichen Verantwortlichkeit zu erklären, ob er zu einer sprachlichen oder religiösen Minderheit gehört oder nicht, wie auch zu erklären, welches die Sprache eines Schülers oder eines Kindes ist, für dessen Erziehung er von dem Gesetz die Verantwortung trägt. Diese Erklärungen müssen sich beziehen

auf das, was ihr Urheber im fraglichen Punkt als tatsächliche Lage ansieht. („... estime être la situation de fait ...") Die Freiheit, zu erklären, welches die Sprache eines Schülers oder eines Kindes ist, bedeutet, obgleich sie gegebenenfalls einen gewissen Spielraum in der Abschätzung der Umstände gewährt, nicht eine unbeschränkte Möglichkeit die Sprache, in der Unterricht gegeben werden soll und die entsprechende Schule zu wählen. Indessen unterliegt die Erklärung, auf die der Artikel 131 des Genfer Abkommens abzielt, und ebenso die Frage, ob eine Person zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit gehört oder nicht, keiner Nachprüfung, Bestreitung, keinem Druck und keiner Beeinträchtigung von seiten der Behörden in irgendwelcher Form".

Die Entscheidung des Haager Gerichtshofes bewegt sich auf der Mittellinie zwischen der deutschen und der polnischen Grundthese. Deutscherseits wurde vor dem Gerichtshof die Ansicht verfochten, dass die Entscheidung der Frage, ob eine Person einer Minderheit angehöre oder nicht, lediglich dem subjektiven Willen der betreffenden Person überlassen werden müsse, und dass dementsprechend die Erziehungsberechtigten hinsichtlich Unterrichtssprache und Schule freie Wahl haben, dass ferner die diesbezügliche Erklärung keiner Nachprüfung und Bestreitung, keiner Beeinträchtigung von seiten der Behörde unterliege. Der polnische Standpunkt lässt sich dahin zusammenfassen, dass die Frage der Zugehörigkeit zu einer Minderheit eine Tatsachenfrage sei, es müsse daher – um Missbräuchen vorzubeugen – zugelassen werden, dass die Erklärungen bezüglich der sprachlichen Zugehörigkeit und der gewünschten Unterrichtssprache auf ihre objektive Richtigkeit nachgeprüft werden können.

Auf dem mehrspurigen Pfad, – der durch buntes, im Farbenspiel psychologischer, soziologischer und rechtswissenschaftlicher Begriffsmischung schillerndes Buschwerk führt und sich um das doppeldeutig – dunkle Dickicht der Ausdrücke wie „Wille", „Willenserklärung", „Tatsachenfrage" usw. schlängelt, – schwenkt das Urteil, zumal bei der Auslegung von Artikel 131., augenscheinlich zur deutschen Auffassung hinüber. Was jenes von dieser und beide von einer mehr überzeugenden Lösung der grundsätzlichen Fragen trennt, ist eben die obenangedeutete Verquickung auseinanderstrebender begrifflicher Ausgangspunkte. Es würde sich verlohnen die Irrfahrten der Urteils-

begründung im einzelnen zu verfolgen. Wir müssen uns aber wegen Raummangels diesen lehrreichen Weg versagen.

III.

Statt dessen sei es mir gestattet, einige rechtsvergleichende Bemerkungen aus dem Bereiche des ungarländischen Minderheitenschulrechtes an dieser Stelle einzuschalten. Wie dem Genfer-Abkommen, so dient auch der ungarländischen Regelung der Minderheitenschulfrage die Willenserklärung der Erziehungsberechtigten als Grundlage. Die Ähnlichkeit der leitenden Grundsätze springt ins Auge. Selbst in äusserlichen Detailfragen ist sie vorhanden. Hier wie dort erfolgt die Einführung der Minderheitssprache als Sprache des Unterrichtes auf Wunsch, bzw. Antrag von den Erziehungsberechtigten 40 schulpflichtiger, staatsangehöriger Kinder.

In einem wesentlichen Punkte unterscheidet sich aber die oberschlesische Regelung von der ungarländischen. Wohl gewährt auch erstere die Freiheit des Bekenntnisses zur Minderheit, die freie Schulwahl ist jedoch im Wortlaute des Genfer Abkommens nur mittelbar enthalten. Demgegenüber gestattet der ungarische Gesetzartikel XXX vom Jahre 1921 jedermann, das seiner Pflege empfohlene schulpflichtige Kind in eine beliebige öffentliche Schule seines Wohnortes oder in jeder anderen Gemeinde ohne Rücksicht auf den staatlichen, konfessionellen, oder sonstigen Charakter der Schule einzuschreiben. Diese Bestimmung war bereits im Schulgesetz vom Jahre 1868 enthalten, Sie fand seither und findet auch heute überall ungehinderte Anwendung. Es genügt auf die evangelischen deutschen Schulen der Siebenbürger Sachsen hinzuweisen, in denen zahlreiche andersgläubige und anderssprachige Schüler ungestört Unterricht erhielten. Römisch-katholische und protestantische Söhne der „magyarischen Tyrannen" besuchten orthodoxe und griechisch-katholische Minderheitsschulen mit rumänischer Unterrichtssprache usw.

Die oben erwähnte allgemeine Bestimmung fand ihre minderheitrechtliche Bekräftigung und Ergänzung im Art. 16 der ungarländischen Minderheitsverordnung vom Jahre 1923, worin den sprachlichen Minderheiten die freie Wahl der Schule ohne Rücksicht auf Unterrichtssprache und Charakter derselben zuerkannt wird.

Würde das Genfer Abkommen ähnliche Bestimmungen

enthalten, so wäre das Urteil des Ständigen Gerichtshofes höchstwahrscheinlich anders ausgefallen. Vielleicht hätte sich das dänische Mitglied des Gerichtshofes D. G. Nyholm dann nicht veranlasst gesehen, ausser in der Zuständigkeitsfrage auch in der sachlichen Streitfrage nach dem Notbehelf des Sondervotums zu greifen. Im IV. Abschnitt dem sich auch der deutsche nationale Richter Professor Schücking angeschlossen hat, deutet der Richter Nyholm sehr richtig den hervorstechenden Widerspruch im Urteil des Gerichtshofes an: die durch die Willenserklärung bezweckte Wahl der Unterrichtssprache sei nicht unbeschränkt, wiewohl die Erklärung selbst von seiten der Behörde nicht nachgeprüft werden dürfe. Wie reimt sich eine Beschränkung der Willensäusserung mit ihrer Unantastbarkeit?

Treffende Argumente führt Nyholm für das deutscherseits verfochtene subjektive Zugehörigkeitsprinzip an, einen Grundsatz, dem allein die nötige Geschmeidigkeit innewohnt, den besonderen sprachlichen Verhältnissen Oberschlesiens Rechnung zu tragen. Wir stimmen auch dem gedanklichen Ausgangspunkt seiner Ausführungen zu, wonach das Urteil in der Streitfrage, ob Artikel 131 des Genfer Abkommens im subjektiven (deutsche These) oder objektivem (polnische These) Sinne auszulegen sei, keine vollauf befriedigende Lösung gibt.[1])

Immerhin erblicken wir ein verheissendes Zeichen für die günstige Entwicklung des zwischenstaatlichen Minderheitenschulrechtes darin, dass eine der wichtigsten Rechtsfragen dieses Problemkreises, wenn auch zunächst nicht restlos gelöst, so doch in die Linie des kulturellen Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen gerückt wurde. Dem Ausgang des zähen Kampfes um dieses Unterpfand allen geistigen Fortschrittes, den die Deutschen in Oberschlesien mit scharfgeschliffener geistiger Waffe führen, sehen wir mit grossem Interesse entgegen, nicht nur unserer mit dem deutschen Standpunkt übereinstimmenden rechtlichen Auffassung wegen, sondern auch darum, weil es sich hier um eine grundsätzliche Frage des Minderheitenproblems handelt, um eine Frage, die alle Minderheitsnationen berührt, deren Angehörigen das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung vorenthalten wird.

[1]) „La réponse que donne l'arrêt à la question de savoir si la déclaration de l'article 131 est de caractère subjectif ou objectif paraît conçue dans des termes qui n'arrivent pas à résoudre le problème d'une manière satisfaisante". (A. A. O. S. 62.)

IV.

Und nun noch eine Frage, die abseits zu stehen scheint, von den Obenerörterten, zumal das Haager Urteil diese Frage – im dispositiven Teil – kurz erledigt. „Es liegt kein Anlass vor, – heisst es im Punkt 3 des Urteils – über den Teil des klägerischen Antrages zu entscheiden, laut welchem jede unterschiedliche Massnahme zum Nachteil der Minderheitsschulen [1]) unvereinbar ist mit dem im ... Artikel 68. des Genfer Abkommens vorgezeichneten Recht auf Gleichheit der Behandlung". Die Begründung des Urteils ist schon mitteilsamer und klingt im folgendem Schlussatz aus: „Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass eine allgemein feindselige Haltung von seiten der Behörden gegenüber den Minderheitschulen, eine Haltung, die sich in mehr oder weniger willkürlichen Handlungen äussern würde, unvereinbar ist mit dem im Artikel 68. festgelegten Prinzip". [2]) Wie lautet dieser Grundsatz? Seine Fassung ist wörtlich übereinstimmend mit Artikel 9. des sogenannten rumänischen Minderheitsvertrags vom 9. Dezember 1919. [3]) Dieser Artikel besagt: „Die rumänischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, sollen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Sicherheiten geniessen, wie die übrigen rumänischen Staatsangehörigen". Geniessen sie diese nicht, so ist dies eben ein Zustand, welcher – nunmehr auch nach der Feststellung einer minderheitsvölkerrechtlichen Stelle vom Range des Ständigen Gerichtshofs im Haag – mit dem Prinzip der Gleichheit der Behandlung nicht vereinbar ist.

Zur Behandlung der Minderheiten auf gleichem Fusse mit der Mehrheit hat sich, im Trianonvertrag (III. Teil. VI. Abschnitt, Artikel 58), auch Ungarn verpflichtet. Das ungarländische Min-

[1]) Im authentischen Text des deutschen Klageantrages, der in englischer Sprache abgefasst ist, und im englischen Text des Urteils lautet diese Wendung, wie folgt: „... any measure singling out the minority schools to their detriment..." a. a. O. S. 5. u. 47.

[2]) „La Cour est d'avis qu'une attitude générale d'hostilité de la part des autorités à l'égard des écoles minoritaires, attitude qui se manifesterait par das actes plus ou moins arbitraires, n'est pas compatible avec le principe de l'article 68". a. a. O. S. 45.

[3]) Für die Tschecho-Slowakei und für das Königreich S. H. S. siehe Art. 8. der mit diesen Staaten am 10. September 1919 geschlossenen sog. Minderheitsschutzverträge.

derheitenrecht hat diesem Grundsatz restlos Rechnung getragen: Die auf die Schulfrage bezügliche Bestimmung lautet wie folgt: „Dass das Recht der Erhaltung von Schulen aller Stufen, nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, den Gemeinden, den Kirchen, den zu solchem Zweck gebildeten Vereinigungen und Privatpersonen zusteht, dürfen diese in den von ihnen erhaltenen Lehranstalten die Muttersprache ihrer Bewohner, Gläubigen, Mitglieder ew. ihre eigene Muttersprache als Sprache des Unterrichts frei benützen. Solchen Anstalten darf – wofern sie den gesetzlichen Bestimmungen ansonst entsprechen – das Öffentlichkeitsrecht nicht verweigert werden; hinsichtlich der Bedingungen der staatlichen Unterstützung sind sie auf völlig gleichem Fusse zu halten mit den nichtstaatlichen Anstalten, in denen das Ungarische die Unterrichtssprache ist". [1])

Ich schliesse mit einer Frage: Wie ist es um das Öffentlichkeitsrecht und um die staatliche Unterstützung der Minderheitsschulen in den sog. Nachfolgestaaten, den Nachbarländern Ungarns, bestellt?

Ja, wenn verstummte Schulen reden könnten!...

[1]) Ungarländische Minderheitsverordnung Zahl 4800 v. J. 1923. §. 17.

Die Union der Völkerbundligen und der ungarische Völkerbundliga-Verein Rumäniens.

Gelegentlich des im Oktober 1926 in Salzburg abgehaltenen Kongresses der Union der Völkerbundligen wurde der erste Versuch unternommen, bezüglich gewisser, die ungarischen Minderheiten berührenden Fragen zwischen den jugoslavischen und rumänischen Ligen einerseits und der ungarischen Federation andererseits eine Vereinbarung zu treffen. Dieser Versuch blieb zwar erfolglos, führte aber dennoch dazu, dass gelegentlich der Tagung der Minderheitssektion der Union der Völkerbundligen am 20. Februar 1927 in Brüssel der Führer der ungarischen Abordnung Julius Pekár feststellen konnte, die logische Folge der am Kongress zum Ausdruck gekommenen Äusserungen der jugoslavischen und rumänischen Abordnung wäre es, sowohl in Rumänien, als auch in Jugoslavien den

nationalen Minderheiten erlaubt werden solle, Ligasektionen zu gründen. Die in den respektiven Ländern bereits bestehenden Sektionen müssten dann mit diesen neuen Sektionen ein Übereinkommen treffen. Dies wäre umso natürlicher, als in Italien, Dänemark und in der Tchechoslovakei bereits solche nationalminderheitliche Ligen existieren. Auf diese Äusserung Pekárs erwiderte der rumänische Delegierte Pangrati: wenn die Minderheiten Rumäniens die Gründung solcher Ligen für zweckmässig hielten, die rumänische Liga diese in ihren Bestrebungen unterstützen würde (verrais d'un oeil favorable).

Diese Äusserung, aber auch die durch Minister Duca verkündeten und gegenüber dem Auslande besonders betonten Schlagworte machten es zur moralischen Pflicht der führenden Persönlichkeiten der ungarischen Minderheit, den „Ungarischen Völkerbundliga-Verein" zu gründen. Als Beispiel dazu diente der „Ungarische Völkerbundliga-Verein" in der Tschechoslovakei, dessen Satzungen – mutatis mutandis – als entsprechend übernommen wurden. Der Ungarische Völkerbundliga-Verein Rumäniens entstand so am 14. Mai 1927 in Székelyudvarhely, verfasste seine Satzungen, wählte seine Leitung und unternahm sogleich die erforderlichen Schritte, um entsprechend der rumänischen Rechtsordnung als juristische Person anerkannt zu werden.

Laut Gesetz verleiht die juristische Persönlichkeit, auf Grund des Gutachtens der respektiven Minister der kompetente Gerichtshof, wobei der Bescheid des Ministers für den Gerichtshof verpflichtend ist. Das heisst also, wenn dem Minister die Gründung irgend eines Vereines nicht genehm ist, so entsteht der Fall, dass trotz des § 29 der Verfassung, der das freie Versammlungsrecht zusichert, der Minister die Anerkennung des Vereines verweigern kann.

Innenminister Duca erklärte des öfteren: Rumänien erachte es als seine Pflicht, die Bestimmungen der Friedensverträge einzuhalten. Der Minderheitsvertrag anerkennt aber ausdrücklich das Vereinsrecht der Minderheiten. Der Innenminister Duca versprach des öfteren den ungarischen Minderheitsabgeordneten im Parlament, die in dieser Angelegenheit bei ihm vorsprachen, er werde der Gründung dieses ungarischen Vereines keine Schwierigkeiten entgegenstellen. Trotz alldem war er es, der im Januar dieses Jahres, nach einem Jahr Stillschweigen es dringend notwendig fand, dem Klausenburger

Gerichtshof die Weisung zu geben, den ungarischen Verein nicht anzuerkennen.

Nachdem bei der Brüsseler Tagung der Minderheitssektion der Union der Völkerbundligen der Wunsch zum Ausdruck kam, die Entwicklung der ungarischen Ligen weiter zu verfolgen, so ist es möglich, dass die traurige Lage unserer Liga auch bei der jetzt in Haag tagenden Kommission zur Sprache kommen wird. Die Generalversammlung der Union der Völkerbundligen wird nämlich am 29. Juni in Haag eröffnet, die Minderheitssektion beginnt ihre Sitzungen am 2. Juli.

Um diese Kommission entsprechend zu informieren, fährt der Präsident des Ungarischen Völkerbundliga-Vereines Professor Arthur Balogh nach Haag, nach dessen Rückkehr wir unseren Lesern mitteilen können werden, ob wir, die Mitglieder der ungarischen Minderheit Rumäniens, auch auf diesem Gebiete in einer Weise behandelt werden, wie dies sonst in keinem Lande geschieht.

Un discours de M. de Brouckère.

Sur la protection des minorités.

Acceptant l'invitation de l'Union des groupes d'étudiants socialistes de l'université de Cologne, le sénateur socialiste belge, M. de Brouckère, parla sur les questions concernant les minorités européennes. Les étroites relations entre les nations et le socialisme lui servirent de point de départ. Il formula la notion de nation, en se référant aux différentes théories, comme l'expression de la volonté d'un groupe d'hommes de mener une vie commune. Chaque peuple, vivant sur le territoire d'un autre peuple, doit avoir un certain droit garanti par la protection d'une organisation au-dessus des États, la Société des Nations. Une revendication élémentaire du droit des minorités est la jouissance de droits égaux dans l'État et un libre exercice de la religion. Il est plus difficile de garantir aux minorités leurs droits économiques, menacés habituellement, non point par les lois, mais par les mesures particulières des autorités. La Justice doit être organisée partout dans le monde par haine commune contre la guerre, non point pour changer les frontières, ce qui provoque le danger de nouvelles guerres, mais pour rendre invisibles ces frontières par une protection internationale efficace.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. IULIE–AUGUST / JUILET–AOUT / JULI–AUGUST 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 7-8

Reflexii la depunerea jurământului Episcopului unitar.

De **Aurel Váradi.**

Reprezentanța oficioasă a unitarilor ardeleni, în număr de vre-o 65 mii de suflete: Consistorul general, în ședința extraordinară ținută la 20 Mai a. c. în Turda, a ridicat în locul decedatului Episcop Ferencz József, pe d-l Dr. Boros György, primsecretar consistorial, și prin faptul alegerii unanime, a primit sancțiunea Înaltei Regențe, însărcinată cu exercitarea drepturile regale, în urma cărei sancțiuni noul Episcop al unitarilor în 26 Iulie a putut depune și a și depus solemnul jurământ de fidelitate.

Actul depunerii jurământului de fidelitate a fost totdeauna un fapt de o deosebită importanță, însă jurământul de fidelitate al Episcopului Dr. Boros György a stârnit un interes general cu atât mai mult, fiind d-sa primul, dintre Episcopii maghiari, care a depus acest jurământ sub vigoarea nouei legi a cultelor. Depunerea jurământului de fidelitate în fața Suveranului, a fost dealtfel totdeauna o datorie a nou aleșilor Episcopi unitari, cari atât înainte de 1848, cât și după schimbarea dreptului constituțional din 1867, prin faptul depunerii jurământului, au avut drept de membru în legislația, care era chemată să dispună asupra afacerilor bisericești. Prin schimbarea imperiului, acest drept încă a fost sistat de constituția României; cu toate acestea, Biserica unitară s'a supus fără indignare în fața datoriei impuse, căzută în sarcina Episcopului, în urma dispozițiilor legilor constituționale. Credem, că această supunere – chiar dacă nici n'ar merita vre-o recunoștință deosebită – totuș revendică pretențiunea, ca organele Statului să o înregistreze ca dovadă

eclatantă a respectării legilor, recunoscând prin aceasta excelentele calităţi de totdeauna ale unitarismului.

Progresul istoric al bisericei unitare, ne documentează, că unitarii n'au voit nici odată să rămână îndărăt la îndeplinirea *bine pricepută* a datorinţelor lor către Stat. *Dar tocmai pentrucă au priceput bine importanţa datorinţelor cerute de Stat*, totdeauna au dorit să unifice respectul legii cu stricta persistare a dreptului cuvenit. Statul l-au considerat ca organismul destinat să realizeze ideea dreptului şi tocmai de aceea s'au împotrivit totdeauna faţă de excesele ilegale ale puterii de stat. Au făcut aceasta fiind convinşi, că prin apărarea dreptului şi a dreptăţii, îndeplinesc un lucru plăcut lui Dumnezeu.

Din punctul de vedere al ideii de stat, a doua însuşire valoroasă a Bisericii unitare, în decursul progresului istoric, a fost totdeauna sentimentul animat faţă de nizuinţele culturale universale. Poate chiar cugetarea isvorîtă din micimea lor, i-a îndemnat pe unitarii ardeleni, să aducă astfel de jertfe pentru promovarea civilizaţiei, cari nu odată au trecut deadreptul peste puterile lor materiale. E caracteristic, în această privinţă, că până la întrarea în vigoare a epocei constituţionale din 1867, Biserica unitară din Ardeal a susţinut patru şcoli secundare, cu toate că a fost biserica cea mai mică, în ce priveşte numărul credincioşilor, şi cea mai săracă în bunuri materiale. Între aceste şcoale se află „particula" din Trăscău, care a dat culturei maghiare — între alţii — pe Kriza János; au trecut deja 50 ani dela sistarea acestei şcoli, transformându-se nu peste mult şi şcoala secundară din Turda. Însă liceele din Cluj şi Cristur, augmentate materialiceşte şi intelectualiceşte, după rezistarea multor furtuni, prin edificiile lor monumentale, dau dovadă, că spiritul, care a avut un rol atât de preponderant la păstrarea nivelului vechei culturi ardelene, nu s'a schimbat nici mai târziu. Pe urma generaţiilor unor Blandrata, Dávid Ferenc şi Karádi Pál, au călcat, în decursul veacurilor, noui şi iarăş noui generaţii, rămânând însă câte ceva după fiecare, ceeace documentează, că faţă de recerinţele civilizaţiei universale, unitarii ardeleni totdeauna au simţit şi şi-au îndeplinit datoria.

Cu deosebire e bătător la ochi acest fapt în viaţa intelectuală din anii 1850—60. Caşicum ar fi simţit fiecare unitar, că faţă de oprimarea forţată a vieţii naţiunei maghiare, culegerea şi conservarea comorilor spirituale, ridică fortăreaţa cea mai

nebiruită. După polyhistorul Brassai şi în spiritul său, a urmat între unitarii ardeleni o concurenţă impozantă. Nu se află în ţară o ramură cu caracter ştiinţific, care să nu fie cultivată cu mult zel şi cald avânt, de vre-unul dintre ei. Jakab Elek şi Kővàry László au arat încetişor câmpia istoriei. Kriza János adună „florile minţii poporului săcuiesc", Ferencz József şi Simén Domokos, prin activitatea lor literară bisericească, produc o vie senzaţie şi profundă impresie, atât în cadrele confesiunei lor, cât şi afară de acestea. Orbán Balázs, acest înfocat maghiar neaoş, dar totodată magnat democrat cu vederi europene, a călătorit prin locurile Săcuilor, cu o exemplară perseveranţă, pentru ca să descrie mai târziu în mod emoţionant de frumos şi bogat, părţile ardelene sud-estice, locuite de „urmaşii Hunilor". Halmágyi Sándor şi Nagy Lajos au aprins făclia muzei literare, a cărei strălucire luminează peste piscurile munţilor ardeleni, deasupra cărora — înaintea lor — a luminat spiritul tragicului Szent-Iványi Mihály şi a răsunat buciumul lui Székely Sándor.

Şi când s'au ivit zorile vieţii constituţionale, deschizându-se un teren mai larg de activitate, locul celor obosiţi de muncă a fost ocupat de o nouă generaţie, care cu multă însufleţire şi ambiţie a luat pe umeri greaua misiune, aflându-se un Murányi Farkas Sándor, Rédinger Géza în literatură; Derzsi Károly, atât de apreciat de Englezii înrudiţi în confesiune, Kovács János şi Péterfy Dénes în teologie; Kozma Ferenc şi Váradi Károly în pedagogie; Székely Ferenc în literatura juridică, cari toţi laolaltă au corespuns pe deplin menirei lor.

D-l Dr. Boros György, reprezentantul acestor calităţi universale valoroase ale unitarismului, s'a urcat ca un simbol în scaunul episcopesc. La spatele d-sale poate arăta un trecut remarcabil. În activitatea publică şi-a exprimat totdeauna respectarea serioasă a legilor ţării, sentimentul onorabil al dreptului şi o concepţie mai sublimă faţă de importanţa proeminentă a culturei. Vedem o încurajare în faptul, că guvernul, dându-şi consimţământul de aprobare al alegerii, a fost în clar cu aceasta şi îndrăsnim să sperăm chiar, că activitatea aşteptată dela Episcopul Dr. Boros — fiind armonică cu trecutul d-sale — se va bucura de aceeaş înţelegere din partea organelor oficioase, dupăcum s'a dovedit serioasă şi demnă de recunoştinţă aprobarea alegerii d-sale ca episcop. Cu această înţelegere trebue

să se întâlnească şi atunci, când respectul serios al legii, sentimentul firesc al dreptului şi concepţia nobilă a importanţei civilizaţiei, ca însuşiri unitare tradiţionale, îl vor pune pe Episcopul Dr. Boros la barieră, pentru a-şi apăra autonomia Bisericei şi drepturile străvechi ale poporului său.

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

V.

Geschichtliche Skizze über die Assimilation des Szatmárgebietes.

Die Völkerwanderung, welche die im XVIII. Jahrhundert von der türkischen Herrschaft frei gewordenen ungarischen Landstriche, hauptsächlich das grosse ungarische Tiefland mit fremdem, grösstenteils ausländischen Volk überflutete, war nur eine Phase jener völkerpolitischen Umwandlung, welche die Bewohnerschaft des Landes damals durchmachte. Die immanenten wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte der ungarischen Gesellschaft, bestärkt durch die ethnische Wirkung ungarisch-historischen Bodens, weisen uns den einer Einheit zustrebenden Weg des hier angesiedelten Völker-Konglomerates. Und wir, dieses Entstehen einer Einheit nunmehr aus historischer Perspektive betrachtend, erkennen mit Betroffenheit, welche gefahrvolle Klippen die ungarische Zukunft vor anderthalb Jahrhunderten auf ungarischem Boden zu umgehen hatte.

Die Volkszählung unter Kaiser Josef II. im Jahre 1787 hielt zwar im Sinne damaliger Zeiten die sprachliche Gruppierung der Völker als ganz nebensächlichen Umstand und beachtet sie auch gar nicht; doch aus anderen vorhandenen Daten können wir mit ziemlich zuverlässiger Genauigkeit die Zahl der ungarisch sprechenden Bevölkerung feststellen.*) Wir er-

*) Die auf das damalige Ungarn bezüglichen statistischen Daten des Jahres 1787, sowie die von 1850 und die daraus gezogenen Folgerungen entnahmen wir dem Werk Oskar Jászi's „A nemzeti államok kialakulása és a nemzetiségi kérdés."

hielten das Ergebnis, dass nicht einmal ein Drittel der Landbevölkerung ungarisch sprach. Rund 2,300.000 ungarisch sprechende standen einer Zahl von 5,700.000 anderssprachigen gegenüber, wovon 2,900.000 ausländische, überwiegend deutsche Einwanderer waren.

Nach neunhundertjähriger ungarischer Vergangenheit gelangten wir also dorthin, dass diese Gestaltung der Bevölkerung die Frage der ungarischen Hegemonie in eine kritische Lage versetzte und es verlauteten Meinungen (Martin Kollár), die von der Möglichkeit des Aussterbens der ungarischen Sprache redeten.

Und diese Lage ergab sich damals, als im Westen Europa's der französischen Gesellschaft die grosse, historische Revolution bevorstand, deren Kräfte aus der Tiefe des nationalen Selbstbewusstseins wuchsen und welche später die Flamme des nationalen Selbstbewusstseins unter die noch nicht erwachten Völker Europa's warf.

Diese Reife zum Selbstbewusstsein näherte sich aber gefährlich dem Zeitpunkt, der die Möglichkeit einer unbewussten Assimilation ausschliesst, welche in der Geschichte der europäischen Völker und deren Entwicklung zu Nationen bisher eine so bedeutende Rolle spielte.

Und nun, in der zwölften Stunde, bezeugt uns der Lebenswille der ungarischen Kultur und der ungarischen Gesellschaft eine so mächtige verbindende Kraft, die wahrhaftig Wunder wirkt.

Die Volkszählung von 1850 findet von den 11,364.000 Gesamteinwohnern des Landes 5,000,000 Ungarn gegenüber den nur 6,364.000 anderssprachigen Einwohnern.

Die Prozentzahl stieg also binnen 63 Jahren von 29% auf 44% und bei den Ungarn und Nichtungarn das gleiche Vermehrungsverhältnis vorausgesetzt, bedeutet das soviel, dass während diesem Zeitraum beiläufig 1,700.000 fremdsprachige in die Masse des ungarischen Nationskörpers einschmolzen. Und dies geschah zu einer Zeit, wo es nicht nur gar keine Verbindungen der künstlichen oder gar gewaltsamen ungarischen Assimilation gab, sondern im Gegenteil: die ungarfeindlichen Bestrebungen des Wiener Kaiserhofes waren jener politische Faktor, der in den dreissiger und vierziger Jahren des XIX. Jahrhunderts die unerbittliche Verneinung des hinter dem politischen

Wahlspruch des Liberalismus stehenden ungarischen nationalen Selbstbewusstseins waren.

Dieses glänzende Resultat stellte gerade die Statistik jener österreichischen Regierung fest, deren Tätigkeit die ungarische Geschichte als das traurigste reaktionäre Zeitalter kennt und wovon das voreingenommenste Urteil nicht behaupten kann, der ungarische Standpunkt sei begünstigt worden.

In den Rahmen dieses allgemeinen geschichtlichen Bildes fügt sich die partikuläre Erscheinung der schwäbischen Assimilation des Szatmárgebietes ein. Eben dieser organische geschichtliche Zusammenhang zwischen dem Ganzen und seinen Teilen machte die Bekanntgabe der allgemeinen Sachlage zur Notwendigkeit, denn nach dem Ganzen kann man die Teile beurteilen. Wenn irgend ein Landstrich historischen ungarischen Bodens das gute und böse Schicksal des Vaterlandes teilte, so ist dies wahrlich das Szatmárkomitat.

Die der Schlacht bei Mohács folgende Anarchie, der Wettstreit der Oligarchen, die Grenzstreitigkeiten des ungarischen Königs und der Siebenbürger Fürsten, die Türkenherrschaft, die Kurutzenkämpfe waren alle Abschnitte der ungarischen Geschichte, deren Schauplatz zum grossen Teil auch das Szatmárkomitat war. Und die das Land überflutenden Siedlungen führten, – wie wir gesehen haben, – diesem Komitat auch neue, fremde Elemente zu.

Wir gelangen also mit der geschichtlichen Logik in keinen Konflikt, wenn wir auf die Möglichkeit hinweisen, dass auch diese Landteile nicht vom Assimilationsfieber verschont blieben. Schon im frühesten Stadium der schwäbischen Siedlungen können wir Erscheinungen beobachten, die unter der Wirkung der Assimilation entstanden. Den ersten Stoss gab hiezu die isolierte Lage und die ethnografische Umgebung, woraus sich die Notwendigkeit der Erlernung der ungarischen Sprache ergab. Die Siedler erfahren und fühlen, dass sie gezwungen sind mit ihren Nachbarn, Gutsverwaltern, mit behördlichen Personen, ja oft selbst mit ihrem Gutsherrn ungarisch zu sprechen, wie z. B. der erste Siedlungsherr Graf Alexander Károlyi bis zu seinem Tode die deutsche Sprache nich erlernen konnte. Sie sehen, wie wenig sie bei ihren amtlichen oder privat-geselligen Veranstaltungen mit der schwäbischen Sprache erreichen, denn ausserhalb ihrer Ortschaft, oft sogar im eigenen Dorfe kommen

sie mit ihrer Muttersprache allein nicht weit, wenn daselbst auch Ungarn wohnen. Bei der Geschichte der Ansiedlungen beobachteten wir zwar, dass dieses gemeinsame Wohnen oft das Gelingen der Ansiedlung gefährdete, weshalb die Siedler es auch tunlichst zu vermeiden trachteten. Doch war dies in vielen Fällen unvermeidlich und in den schon dargelegten statistischen Tabellen finden wir eine Menge schwäbischer Siedlungsgemeinden, wo die schwäbische Bevölkerung mit den Ungarn gemeinsam lebte. Érdengeleg, Kaplony, Szaniszló, Erdőd, Királydarócz, Béltek, Józsefháza, Tasnád, Turterebes und Tasnádszántó waren diese gemischt ungarisch und deutsch bewohnten Orte. In diesen ging die Assimilation am ehesten vor sich und wie wir aus allem bisher erwähnten sehen und noch sehen werden, gelangte sie hier auch ins vorgerückteste Stadium. Die ethnografischen Daten des Lexikon *) vom Jahre 1773 geben dieser logischen Feststellung reellen Grund. Demgemäss war in den Gemeinden Kaplony und Turterebes die ungarische Sprache die führende, auch in Tasnád mag derselbe Fall gewesen sein. Dieses Dorf des Komitates Szilágy gehört zwar zu Siebenbürgen, somit finden wir keine darauf bezüglichen Daten im Lexikon, nach den erwähnten Beispielen ist aber das Los der isoliert wohnenden Schwaben in dieser Gemeinde mit vorherrschend ungarischer Bevölkerung nicht anders denkbar.

Von diesen drei Siedlungen ist die von Kaplony die älteste; Turterebes und Tasnád sind um ein Jahrzehnt jünger. Nach kaum 30–40-jähriger Dauer ihrer Ansiedlung sind sie daher schon stark in der Assimilation drin, so dass schon im Jahre 1773 in Amtskreisen festgestellt wird, dass die Siedler grösstenteils schon ungarisch sprechen.

In der Geschichte der damaligen Assimilation nimmt Nagykároly eine eigenartige Stellung ein. Zufolge ihrer Lage, Grösse und wirtschaftlichen Bedeutung war diese Stadt zum Mittelpunkt

*) Dieses Werk ist ein lateinisches lexikonartiges Ortsnamenverzeichnis, auf Verordnung des Statthaltereirates in 1772—73 verfasst. Der Titel ist: Lexicon Universorum Regni Hungariae Locorum Populorum. Es enthält sämtliche Städte und Gemeinden des engeren Ungarn in alfabetischer Reihenfolge, mit Ausnahme derer von Siebenbürgen, vom Partium und des Banates. Ein Fragepunkt darin lautet: „Quae principaliter in singulis linqua vigeat?" worunter wir wertvolle Daten über die in den Gemeinden gebräuchliche Sprache erhalten, zugleich Aufschluss gebend über die nationale Verteilung der damaligen Bevölkerung des Landes.

der schwäbischen Siedlungen berufen. Trotzdem deren schwäbische Bewohner relativ bedeutend waren, erreichten sie doch niemals die Mehrheit.

Die Konskription der Leibeigenen von 1774 setzt die Verhältniszahl der schwäbischen Leibeigenen, Häusler und Freiwohnenden auf ungefähr 40, während die anderen hauptsächlich Ungarn waren. Nach dem Misslingen der ersten schwäbischen Siedlung erhält Nagykároly seine schwäbischen Einwohner hauptsächlich aus dem Bevölkerungsüberschuss der angrenzenden schwäbischen Dörfer und die späteren Siedler kommen auch nur in kleineren Gruppen und mehr-minder grossen Zwischenräumen hinzu. Diese langsame Aufsaugung und Einwanderung ermöglicht es, dass das stätische Ungartum die Verschmelzung der fremden Volkselemente verträgt. So können wir verstehen, dass das Lexikon seinerzeit im Zusammenhang mit der Volkszählung des Jahres 1774 von Nagykároly feststellt, dass die herrschende Sprache der Bevölkerung die ungarische ist. Es hat den Anschein, als ob die Angaben der Leibeigenenkonskription und des Lexikons nicht übereinstimmen würden. Die Konskription der Leibeigenen beruht jedoch auf dem Prinzip der Abstammung, was damals in den Anfangsjahren der Kolonisation auch begreiflich war. Diese Tatsache schliesst jedoch die Richtigkeit der Feststellung des Lexikons nicht aus, wonach die herrschende Sprache die ungarische ist. Folglich kann sowohl der eine als auch der andere im Rechte sein.

Der erste, vom geschichtlichen Standpunkt Aufmerksamkeit verdienende Abschnitt der Assimiliation hat also in vier Gemeinden, darunter in dem städtischen Mittelpunkt selbst dem ungarischen Element einen bedeutenden Raumgewinn gesichert.

Danach wissen wir bis 1842 nichts über das Geschick der schwäbischen Assimiliation in Szatmár, zu welcher Zeit die Geographie von Elek Fényes erschien, welche auch mit annähernder Pünktlichkeit ethnographische Angaben enthält. Elek Fényes stand kein systematisches statistisches Material zur Verfügung; zu seiner Zeit waren die einzigen amtlichen Stellen der ethnographischen Daten nur die Pfarrämter. Die kirchlichen Matrikeln derselben geben jedoch bloss über die Religion der Bevölkerung ziffermässig Aufschluss. Die Nationalität der Gläubigen war vom kirchlichen Standpunkt aus nicht wichtig, weshalb Elek Fényes diesbezüglich bloss auf die annähernde

Schätzung der betreffenden Geistlichen angewiesen war. Aus diesem Grunde bietet seine Geographie bloss Material von allgemeinen ethnographischen Beziehungen, hervorhebend, zu welcher Nationalität die Einwohner der betreffenden Gemeinde oder Stadt gehören. Bei den gemischt bevölkerten Ortschaften ist das Zahlenverhältnis der Verteilung der Nationalität der Einwohner aus der Reihenfolge abzuleiten, in welcher die einzelnen Nationalitäten angegeben sind. Mitunter findet man jedoch auch Bemerkungen mit näheren Umschreibungen, welche das Verhältnis pünktlicher angeben. So z. B. auch die auf Nagykároly bezügliche, welche feststellt, dass die Einwohnerschaft hauptsächlich aus Ungarn, weniger aus Deutschen, Juden, Rumänen und Russen besteht. Diese Geographie, obwohl sich ihre ethnographischen Daten bloss sehr im allgemeinen bewegen, gibt trotz dem ein ziemlich verlässliches Bild des damaligen Standes der Assimiliation im Szatmárgebiet.

Es ist daraus ersichtlich, dass dieselbe in den verflossenen 70 Jahren in mächtigem Tempo fortgeschritten ist. Auf deren Fortschritt konnte auch die in jener Zeit einsetzende gesellschaftliche und politische ungarische Wiedergeburt Einfluss ausüben, welche die bereits in Mentalität mit den Ungarn verschmolzene Szatmárer schwäbische Bevölkerung mit sich gerissen hat; denn die, dieser Wiedergeburt folgenden gesellschaftlichen und politischen Bewegungen schufen gemeinsame Berührungspunkte zwischen den in langem Zusammenleben aneinander gewöhnten zwei Völkern.

Diese Bewegung war nämlich der Kampf des ungarischen Volkes gegen den Absolutismus und als solcher konnte er nur im Gemüte der schwäbischen Bevölkerung Sympathien auslösen, es gab ja noch Gemeinden, deren im Aussterben befindliche ältere Generation den bitteren Geschmack des Despotismus seines alten Vaterlandes noch nachfühlte. Andererseits befand sich im politischen Programm des ungarischen Liberalismus auch die Aufhebung der Leibeigenschaft, wodurch die ideologischen Beziehungen nun auch einen reellen wirtschaftlichen Grund erhalten. Wenn nun bisher nur die isolierte Lage die Szatmárer Schwaben zur Aneigung der ungarischen Sprache bewog, so sind jetzt schon jene psychologischen und wirtschaftlichen Bedingungen gegeben, welche, da sie zum Ausbau der seelischen Einheit geeignet waren, zur Assimiliation führten.

Es ist daher begreiflich, dass unter dem gemeinsamen Einfluss der psychologischen und sozialpolitischen Faktoren die Geographie von Elek Fényes von weiteren sieben Gemeinden berichtet, wo die Assimiliation mehr-minder ausschlaggebende Resultate ergab.

Das ungarische Element erhält dem deutschen gegenüber in Csomaköz, Érdengeleg, Szaniszló, Királydaróc und Tasnádszántó die Mehrheit, weiters entwickelt sie sich zur starken Minderheit in Erdőd. Über Krasznabéltek finden wir die Bemerkung in der Geographie, dass es ein *sich magyarisierender Marktflecken ist.* Mit diesem neueren Resultat erhöhte sich die Zahl der in den Strom der Assimiliation geratenen schwäbischen Gemeinden im Jahre 1842 auf elf.

Bei dieser geschichtlichen Beleuchtung erscheint jene Einstellung zweifelhaft, welche die Assimiliation als künstliches Anhängsel der im Jahre 1867 beginnenden ungarischen Ära, als Ergebnis der gewaltsam magyarisierenden Schulpolitik, oder im besten Falle als statistisches Geflunker betrachtet. Das Jahr 1867 hat nichts zu tun mit dem Hervorrufen der Szatmárer Assimilation, da sie dort bereits vorhanden war, es hat dieselbe von seinem Rechtsvorgänger, dem öst. Absolutismus übernommen, welcher nicht einmal mit seinem Machtspruch deren gewohnten Gang hintanhalten konnte. Was jedoch die Schulpolitik und Statistik betrifft, so wird derjenige, der die ungarische Geschichte nur annähernd kennt, damit im Reinen sein, dass im XVIII-ten und in der ersten Hälfte des XIX-ten Jahrhunderts, welche Zeit die ausgiebigste Epoche der Assimiliation war, von zielbewusster ungarischer Schulpolitik keine Rede war und es eine amtliche ungarische Statistik überhaupt nicht gab.

Das war wohl eine ungarische Ära, doch nicht von oben geschaffen, sondern der Tiefe des gesellschaftlichen Lebens der Völker des Landes entsprossen und nicht wie eine Treibhauspflanze, sondern gleich einer mit Sturm und Widerwärtigkeiten kämpfenden Eiche.

Das Zeitalter Elek Fényes' war der Vorabend des nahenden Sturmes, welcher bald gegen die eben entstehende ungarische Ära heraufzog. Im Jahre 1848 kam der Freiheitskampf mit seinem glorreichen und tragischen Ablauf und das Schwabenvolk des Szatmárgebietes teilte getreulich den Ruhm und die

Trauer mit dem ungarischen Volk in diesen bedeutungsvollen Tagen.

Es bedeutet das gänzliche Versagen des Abstammungsprinzipes einesteils, das machtvolle Durchdringen des Ausbaues seelischer Einheit andererseits, wenn wir beobachten, dass der im Zeichen des ungarischen nationalen Selbstbewusstseins anhebende Freiheitskampf imstande war, das schwäbische Volk zu revolutionieren, während der darauffolgende deutsche Absolutismus bei ihm kein nationales Selbstbewusstsein hervorrufen konnte. Die im Jahre 1850 vollzogene geschichtlich bedeutungsvolle österreichische Volkszählung bekräftigt auch zahlenmässig diesen parallelen ideologischen Fortschritt der Assimilation. Dieses Ergebnis hinsichtlich des ganzen Landes erwähnten wir schon, leider vermissen wir auf die schwäbischen Gemeinden des Szatmárgebietes bezügliche Details. Nach den vorhergehenden Ereignissen schliessend, steht es aber unzweifelhaft fest, dass das dortige Ergebnis mit dem des ganzen Landes im Einklang war.

(Fortsetzung folgt.)

Numai spre a nu fi luați în seamă!

De **Desideriu Teleky.**

Rar de tot apare vre-un manual didactic atât de tendențios și nejustificat, ca lucrarea despre istoria artelor, al cărei autor e d-l Ovidiu Tafrali, profesor universitar din Iași.

Titlul complect al cărții este: Manual de istoria artelor, dela renaștere până în zilele noastre.

Preocuparea autorului apare bătătoare la ochi mai ales, când tratează relațiile maghiaro-române.

Noi, Maghiarii, ne-am obișnuit deja cu faptul, că în noua noastră patrie, suntem judecați cu dispreț suveran, deasemenea am mai constatat, de un timp cam îndelungat, că în școlile noastre cultura maghiară și orice manifestare spirituală mai remarcabilă a națiunei maghiare, se mușamalizează intenționat. Nu voiesc domnii guvernanți, ca progresarea poporului maghiar — în orice direcțiune ar fi — să fie observată și aici, la noi. Tinerimea maghiară din România e privată tendențios de posibilitatea cunoașterei amănunțite a istoriei, literaturei și civilizației

maghiare, pentruca nu cumva să iasă la iveală, că şi spiritul naţiunei maghiare progresează în fruntea culturei mondiale.

Iar cartea d-lui Ovidiu Tafrali, serveşte tocmai acest scop tendenţios.

Şi deoarece noi nu acuzăm numai, ci voim să şi documentăm afirmaţiile noastre, în cele de mai jos vom arăta părtinirea răutăcioasă şi imperfecţia manualului didactic al autorului.

Înfăţişarea părtinitoare a faptelor, trebue să o timbrăm ca reacredinţă, deoarece e imposibil, ca un profesor universitar — ale cărui cunoştinţe despre artele din Europa sunt destul de vaste — să nu ştie, că în Ungaria din vecinătate, afară de Munkácsy Mihály şi László Fülöp, se mai află mulţi pictori, artişti de primul rang, cari sunt foarte consideraţi în străinătate. Aceşti artişti talentaţi, chiar dacă i-am privi prin sticla micşorată a ochelarilor, trebue să-i vadă fiecare om civilizat.

În tomul voluminos de 571 pagini, d-l Tafrali se ocupă amănunţit mai ales cu arhitectura şi sculptura italiană şi franceză; aminteşte în această privinţă Germania, Belgia, Spania, Olanda, Rusia, Grecia, ţările scandinave, Austria, Statele-Unite, Anglia şi, firesţe, şi România; însă despre teritorul ardelean al ţării noastre, precum şi despre Ungaria, nu face nici o amintire, ca şi când în aceste locuri nici n'ar exista vre-un monument sau edificiu public, demn de considerare din punct de vedere artistic.

Or, dacă autorul a aflat de bine să eternizeze în fotografie chiar şi simplul balcon cu coloane al unei case boereşti din Paşcani, şi dacă arhitectura din România e reprezintată prin colonadele, în stil rusesc, dela pridvorul mănăstirei Hurez şi loggia palatului din Mogoşoaia, atunci ar fi putut aminti şi catedrala din Alba-Iulia, construită după gustul estetic românesc; biserica, în stil pur gotic, din piaţa principală a Clujului; biserica neagră din Braşov; cetatea din Hunedoara, restaurată de un artist maghiar, precum şi o sumedenie de astfel de edificii publice, cari pot servi spre mândrie oricărui stat cultural.

Dintre bisericile Ungariei, ar fi putut să amintească mănăstirea străveche din Pannonhalma, al cărei grup de edificii, aranjate estetic în formă de fortăreaţă, merită atenţiune. Din punct de vedere arhitectonic, e o creaţie valoroasă renumita biserică din Fóth, mai departe biserica benedictină din Jaák, zidită în secolul XIII; catedrala din Eger, edificată în stil roman;

bazilica cu cupolă din Esztergom, a cărei somptuozitate e admirabilă; catedrala budapestană din Lipótváros; biserica de încoronare a lui Matia din Budavár și, în sfârșit, biserica în stil maghiar modern din Kőbánya, zidită de Lechner Ödön.

Dintre impozantele edificii publice ale Ungariei, (amintind numai o parte din Budapesta), ar fi trebuit menționat Parlamentul gotic, capodopera cea mai splendidă a lui Steindl Imre, care a costat 30 milioane coroane aur; apoi palatul justiției, de Hauszmann Lajos; grandiosul bastion al pescarilor, de Schulek Frigyes; Opera reg. maghiară și Casa de baie din Margitsziget, de Ybl Miklós; muzeul agronomic din Városliget și noul palat al bursei, de Alpár; și, în sfârșit, nu se poate trece cu vederea nici somptuosul palat regal din Buda, care încă e o splendoare arhitectonică monumentală, cu renume mondial.

Ba chiar și în orașele provinciale ale Ungariei se mai află astfel de edificii artistice similare, în fața căror genii creatoare chiar și d-l Ovidiu Tafrali ar trebui să se închine.

Or, acest domn profesor universitar, probabil, ar dori ca cetitorii și elevii săi să-și imagineze Maghiarii și astăzi tot ca locuitori barbari din colibe, cari își înmoaie carnea sub șeaua calului, sau cel puțin ca niște oameni, cari pe terenul artelor stau sub nivelul țărilor balcanice.

D-l Ovidiu Tafrali nu ia în considerare nici sculptorii maghiari. Nu-i amintește nici măcar cu un singur cuvânt. Pentru d-sa nu există Huszár Adolf, Zala György, Ferenczy István și Strobl Alajos, reprezintanții tendinței clasicismului, precum nu există nici Fadrusz János.

Despre Fadrusz János — acest geniu binecuvântat de Dumnezeu — care în urma monumentelor Mariei Terezia din Pozsony și a lui Matei Corvinul din Cluj, se poate asemăna cu marii maeștrii ai renașterii, d-l Tafrali păstrează o tăcere profundă; amintește însă pe Burcă, Dimitriu-Bârlad, G. Dimitriu, Jalea, Severin, Brâncuș și alți sculptori români, mai puțin cunoscuți.

Recunoaștem cu plăcere, că Costin Petrescu e într'adevăr un portretist foarte bun și un artist de fresce bizantine; tablourile colorate ale lui Nicolae Grigorescu ne încântă, ba chiar și Stefan Luchian ne atrage atenția cu câte o compoziție; însă când afară de acești trei, mai sunt amintiți Ionel Ioanid, Ioan

Papp de Szathmári, Ioan Steriade, Eustate Strenescu, Teodor Palladi, Stefan Popescu, Octav Băncilă, Ressu, Kimon Loghi, Popovici, Bassarabescu, Marin H. Georgescu, Băeşu, Bălţatu, Briese, Cosmovici, Molda, Stoica, Sârbu, Schweitzer-Cumpănă, Poitevin-Scheletti, — ei bine, n'avem nimic în contră, — dar oare e o judecată echitabilă, ca în acest timp manualul şcolar al d-lui Tafrali, să amintească dintre pictorii artişti maghiari numai pe Michel Lieb, recte Munkácsy, şi pe László Fülöp, dedicându-le numai vre-o câteva rânduri apreciabile ?

Dar d-l Tafrali nu indică precis nici măcar capodoperile lui Munkácsy. Tabloului „Făcătorii de scamă", îi dă acest titlu: Scenă din răsboiul maghiar al anului 1848. Autorul manualului nu vorbeşte nimic despre admirabilele lucrări ale lui Munkácsy: Requiemul lui Mozart, Vifor la pustă şi Ecce Homo, neamintind nici ultimu-i tablou: Ocuparea patriei.

Din lucrările acestui pictor maghiar, cu renume mondial, d-l Tafrali nu reproduce nici măcar un singur tablou, câtă vreme manualul din vorbă e decorat cu peste o mie de ilustraţii, între cari chiar şi o „natură moartă", fără valoare, de pictorul Luchian.

D-l Ovidiu Tafrali procedează tot atât de nedrept şi faţă de pictorii ardeleni, pe cari deasemenea îi ignorează. Cu toate că Maghiarii, Românii şi Saşii din Ardeal, încă dispun de astfel de artişti talentaţi, dupăcum sunt regăţenii amintiţi mai sus.

Tot ca reavoinţă trebue să calificăm şi neglijarea atât de vinovată a d-lui profesor Tafrali, că dintre rândurile artiştilor pictori maghiari a înlăturat intenţionat pe Zichy Mihály, fost pictor la Curtea Ţarului rusesc şi grafician de primul rang; a trecut cu vederea pe Szinnyei Merse Pál, primul pictor maghiar plein air; apoi pe Benczur Gyula, Vastagh György, Juszkó Béla, pictori de animale renumiţi; Margitai Tihamér, Körösfői-Krisch Aladár, Grünwald, Rippl-Rónai, Csók, Mednyánszky. Dintre cei vechi pe Barabás Miklós, Keleti Gusztáv, Lotz Károly, apoi pe portretiştii din secolul XVIII, Mányoki şi Kupeczky.

Din toate acestea constatăm, că manualul didactic al d-lui Ovidiu Tafrali este extrem de neechitabil faţă de arta maghiară.

Această lucrare e nefolositoare, atât ca lectură, cât şi ca manual didactic, pentrucă în loc de a da cetitorului o icoană generală clară, despre arta serioasă şi de valoare a fiecărui popor cult, din antipatie politică şi de rassă, sau chiar din aro-

ganţă şovinistă, abandonează pur şi simplu, prin tăcere mulcomă, talentele proeminente şi, în consecinţă, cu renume mondial, a căror menţionare – aşa se vede – jeneză în mod forţat naţionalismul bolnăvicios al autorului.

Or, dacă d-l profesor Tafrali totuş a aflat de bine să scrie manualul didactic amintit – din care trebue să înveţe laolaltă mai ales tinerimea maghiară şi română, precum şi generaţiile viitoare de artişti – ei bine, d-sa – dacă era nepreocupat – ar fi adus un preţios serviciu nu numai ştiinţei, ci şi înţelegerii sufleteşti a acestor două popoare, urmând apoi, în mod firesc, adevărata prietenie. Prin cunoaşterea reciprocă a comorilor spirituale ale acestor două rasse învecinate, s'ar fi înfrăţit chiar şi sufletele înstrăinate deocamdată. Aceasta însă n'a avut-o în vedere d-l Tafrali.

Ba d-sa a uitat, că prin dispreţuirea atât de vinovată a creatorilor artei plastice maghiare, ruşinea nu o supoartă poporul maghiar, ci elevii artişti, cari nu vor avea nici măcar o palidă idee despre arta maghiară, atât de admirată în Europa întreagă. Firește, pentru cunoştinţele atât de unilaterale ale elevilor, ruşinea va cădea – la urma-urmelor – tot asupra d-lui profesor Tafrali, care chiar şi în crângul divin al artelor, şi-a vârît grosolana măciucă a urei de rassă.

Den Kompetenten zur gefälligen Beachtung.

Nachfolgend veröffentlichen wir den Artikel Jakob Bleyer's, des gewesenen Ministers, Budapester Universitätsprofessors und Abgeordneten, des Führers der deutschen Minderheit Ungarns. Er erschien im offiziellen Organ dieser Minderheit im „Sonntagsblatt" am 1. Juli laufenden Jahres.

Seinerzeit* gaben wir die Beschwerden der deutschen Minderheit in Ungarn bekannt, die ebenfalls Jakob Bleyer im ungarischen Abgeordnetenhause hervorbrachte. Wir gaben auch den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten wieder** unsererseits mit grösster Aufmerksamkeit die Geschehnisse ver-

* In der Zeitschrift „Magyar Kisebbség" No. 8. von 15. April 1928.
** In derselben Zeitschrift No. 9. von 1. Mai 1928. und in der „Stimme der Minderheiten" No. 4. (Aprilheft).

folgend, fühlten wir doch: diese könnten auf unser Schicksal ebenso wie auf das der universellen Minderheitsgedankens entscheidend wirken. Wir betonen in Wort und Schrift fortwährend, wir erwarten von seiten der ungarischen Soziätät und Regierung in gleicher Weise verständnisvollste Politik gegenüber den Minderheiten des Landes. Unserer Ansicht nach ist es Ungarns Pflicht seinen Nachbarstaaten ein Beispiel zu geben, damit die Behandlung umso krasser hervorspringt, welche wir zu erdulden haben.

Hoch erfreut erfahren wir den Beweis von seiten des berufensten Faktors, dass dieser unser Wunsch sich verwirklicht.

Es erfreut uns das Beispiel dessen zu sehen, dass man die Minderheiten nicht nur vertrösten, sondern deren Führer betreffs ihrer wichtigsten Fragen ruhig erhören, mit ihnen ernst Verhandeln und die Angelegenheiten der Minderheiten ehrlich erledigen muss.

Der Lösung der deutschungarischen Frage entgegen.

Von: **Jakob Bleyer.**

In den letzten Wochen fanden sowohl im Ministerpräsidium als auch im Unterrichtsministerium eingehende Besprechungen und verschiedene Fachkonferenzen statt, in denen über die Fragen des muttersprachlichen Unterrichts, des Gebrauchs unserer deutschen Muttersprache bei den Behörden, der ungehinderten Tätigkeit des „Ungarländischen Deutschen Volksvereins" usw. beraten wurde. Im Bewusstsein der Verantwortung stelle ich mit freudiger Genugtuung fest, dass nunmehr ein festes System und ein bestimmtes Nacheinander in die Lösungsarbeit bezüglich unserer deutsch-ungarischen Frage gebracht werden. Auf diese Weise kommt eine Durchführung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen zustande, die allerdings nur eine schrittweise – eine andere ist gar nicht denkbar! – aber zugleich eine organische, also von Konjunktur und Zufälligkeiten unabhängige sein wird.

Der wichtigste Teil der Gesamtfrage ist selbstverständlich die Schulfrage; sie ist der eigentliche Kern aller sprachlichen

und nationalen Minderheitenprobleme. Um sie lösen zu können, ist vor allem notwendig, dass für eine in sprachlicher und pädagogischer Beziehung entsprechend vorgebildete Lehrerschaft gesorgt werde. Einiges ist in dieser Richtung auch schon bisher – in den letzten Jahren – geschehen, und zwar in dem Sinne, dass in einigen Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, sogenannten Präparandien, deutsche Sprachkurse abgehalten werden, in denen die deutsche Sprache von Haus aus mehr oder weniger beherrschende Zöglinge in der Kenntnis der deutschen Schriftsprache weitergebildet werden. Namentlich ist dies der Fall an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt des I. Bezirkes und an der staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalt des II. Bezirkes von Budapest, weiterhin an der staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalt und an der r.-kath. Lehrerbildungsanstalt in Raab (Györ), an der r.-kath. Lehrerbildungsanstalten in Kalocsa und Fünfkirchen (Pécs) und schliesslich an der evang. Lehrerbildungsanstalt in Ödenburg (Sopron). Nunmehr wird dieser Sprachkurs durch einen zweiten, ebenfalls deutschsprachigen Kurs ergänzt, in welchem die Zöglinge einerseits eine didaktisch-methodische Ausbildung in der Richtung erhalten, wie deutschsprachige Kinder in pädagogisch-psychologisch richtiger Weise sowohl in der deutschen Muttersprache als auch in der ungarischen, also einer für sie fremden Sprache mit dem möglich besten Erfolg unterwiesen werden können und sollen, andererseits aber in die allerwichtigsten Erscheinungen der deutschen Literatur, dann ganz besonders in die Geschichte – von der Ansiedlung an – und in die volkskundlichen Eigenheiten des deutschungarischen Volkes eingeführt werden. Die Zöglinge, die diese Kurse mit Erfolg beendigen, erhalten die amtliche Befähigung, in den deutschsprachigen Schulen der verschiedenen Typen zu unterrichten, beziehungsweise an solchen Schulen angestellt zu werden. Es wird ihnen natürlich auch Gelegenheit gegeben werden, den deutschsprachigen Unterricht durch Besuch deutschsprachiger Schulen – solche gibt es entweder in den oben angeführten Städten selbst (Ödenburg) oder doch in ihrer Umgebung – praktisch kennen zu lernen.

Es ist darum nötig, dass unser Volk seine Kinder in entsprechender Anzahl in diese Lehrer- und Lehrerinnenpräparandien schicke, um dadurch den Nachwuchs deutscher Lehrer zu sichern!

Dies alles bringt natürlich erst für die Zukunft eine Besserung, es ist aber unumgänglich notwendig, dass auch für die Gegenwart, die ja die Frage in brennender Form aufgeworfen hat, gesorgt werde. Die heute aktive Lehrerschaft, soweit sie in deutschen Gemeinden und namentlich in den konfessionellen Schulen dieser Gemeinden tätig ist, beherrscht zwar, mit wenigen Ausnahmen und mit grösserer oder geringerer Vollkommenheit, die deutsche Sprache – ist sie doch zum grössten Teil schwäbischer Abstammung! – aber sie hatte seinerzeit keine Ausbildung für die speziellen Aufgaben in unseren deutschsprachigen Schulen erhalten und auch keine Gelegenheit gehabt, sich geschichtliche und volkskundliche Kenntnisse bezüglich des Deutschungartums zu erwerben. Darum wurde an massgebender Stelle beschlossen, für die aktiven Lehrer zwecks sprachlicher, didaktischer und geschichtlich-volkskundlicher Fortbildung unter der Leitung tüchtiger Fachkräfte Sommerkurse einzuführen. Bereits in diesem Sommer wird ein solcher Kurs, an dem eine grössere Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen teilnehmen wird, abgehalten werden.

Es ist weiterhin eine Entschliessung erbracht worden, dass für die praktische Lehrerschaft zwei Leitfaden verfasst und herausgegeben werden, die in dem oben erwähnten zweiten Kurs in den angeführten Präparandien auch als Lehrbücher benützt werden: in dem einen sind die methodischen Richtlinien niedergelegt, die sowohl bei dem muttersprachlichen als auch bei dem ungarisch-sprachigen Unterricht in den verschiedenen Typen zu befolgen sind, im zweiten wird das Material in entsprechender didaktischer Formung geboten werden, das im volkskundlichen und geschichtlichen, sowie auch im literarischen Unterricht unserer deutschsprachigen Schulen verwertet werden soll.

Was nun die Frage der Verteilung der drei Typen betrifft, so wurde bereits im vorigen Jahr bestimmt, dass jährlich etwa 40–50 Schulen mit Typ C in solche mit Typ B, umgestaltet werden, so dass schliesslich der Typ C nur in solchen kleineren Gemeinden bestehen bleibt, die eine gemischt- (ungarisch- und deutsch-) sprachige Bevölkerung haben und wo wegen der geringen Zahl der Schüler nur eine einzige ungeteilte Schule, also mit einer einzigen Lehrkraft, aufrechterhalten werden kann. Diese Bestimmung wurde bereits im verflossenen Schuljahr gel-

tend gemacht und wird auch im nächsten und in den folgenden Schuljahren durchgeführt werden. Um bezüglich der Zahl und Verteilung der Typen klar zu sehen, wird demnächst eine Liste veröffentlicht werden, in der genau verzeichnet ist, welchen Typen die Schulen der einzelnen Gemeinden mit entsprechender deutscher Bevölkerung derzeit angehören.

Einer dringenden und gründlichen Lösung harrt auch die Frage der Schulbücher. Sie war infolgedessen Gegenstand wiederholter umfassender Beratungen, die zu einer Festsetzung der Zahl, des Umfanges und Preises, sowie der inneren Einrichtung und äusseren Ausstattung der notwendigen Bücher führten. Unter Rücksichtnahme auf die verschiedenen Schultypen werden etwa 12–13 Schulbücher verfasst und, soweit begründet, mit Staatsunterstützung herausgegeben werden. Von diesen wird das deutsche Lesebuch der Schule mit Typ C auch mit einem Abriss der Rechenkunst in deutscher Sprache versehen sein, so dass auch die Schüler der Schulen mit Typ C – ausser der Religion – nicht nur deutsch lesen und schreiben, sondern auch deutsch rechnen lèrnen, was bisher bei Typ C nicht der Fall war. Durch die angedeuteten Verfügungen des Unterrichtsministeriums wird es endlich möglich sein, die aus früheren Zeiten noch vorhandenen und sowohl in methodischer als auch sachlicher Hinsicht gänzlich veralteten Bücher zu beseitigen und in jeder Beziehung einwandfreie moderne Bücher unseren deutschsprachigen Schulen zur Verfügung zu stellen. Die allerwichtigsten, namentlich die Fiebeln und – so weit irgend möglich – auch die deutschen Lesebücher sollen bereits für den Herbst fertiggestellt werden; die übrigen aber, wie auch die erwähnten beiden Leitfaden, werden im Laufe des kommenden Schuljahres hergestellt werden, so dass am Beginn des Schuljahres 1929/30 der gesamte Bedarf an Schulbüchern für unsere deutschsprachigen Schulen vorrätig sein wird.

Der Herr Unterrichtsminister hat sich im übrigen bereit erklärt, in Bezug auf die Ausgestaltung und Einrichtung des deutschsprachigen Unterrichts die Vorschläge des „Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins" jederzeit wohlwollend entgegenzunehmen, einschlägige Anregungen in Erwägung zu ziehen und überhaupt die beratende Mitarbeit des Vereins als erwünscht und zweckdienlich anzuerkennen. Zu diesem Behufe wird der Volksbildungsverein in seinem Schosse einen Schul-

ausschuss bilden, mit der Bestimmung, sich der angedeuteten Aufgabe zu widmen. Auch hat der Herr Unterrichtsminister im Rahmen seines Ministeriums eine Stelle geschaffen, bei der die einzelnen Fäden der einschlägigen Schulfragen zusammenlaufen und der faktischen Lösung, beziehungsweise der praktischen Durchführung entgegengeleitet werden. Von hier aus wird auch für eine entsprechende Beaufsichtigung und Direktive des deutschsprachigen Unterrichts in den einzelnen Schulen Vorsorge getroffen werden.

In Bezug auf den „Ungarländischen Deutschen Volksbildungsverein" muss anerkannt werden, dass die Anfeindungen gegen den Verein im letzten Vereinsjahr nachgelassen haben und dass die Hindernisse, durch welche die Vereinstätigkeit gehemmt wurde, wesentlich geringer geworden sind. Fast überall konnte ungestört gearbeitet werden. Darüber hinaus ist mit Bestimmtheit zu erhoffen, dass sich die bei der Lösung der deutsch-ungarischen Sprach- und Kulturfrage nunmehr eingeschlagene folgerichtige Linie dahin auswirken wird, dass die Auffassung und Zielsetzung der Regierung auch unten, in den behördlichen und sonstigen intelligenten Kreisen, richtig verstanden und der ganzen Tragweite nach eingeschätzt werden wird. Es ist zu erwarten, dass diese Kreise die ehrlichen Bemühungen des Vereines nicht weiter misstrauisch bekämpfen, sondern auch ihrerseits fördern, ja durch ihre Mitarbeit unterstützen werden.

Was schliesslich die deutschen Sprachkenntnisse bei den unteren Instanzen, die mit unserem deutschsprachigen Volke unmittelbar verkehren, anbelangt, so bringt der Herr Ministerpräsident gerade dieser Frage ein lebhaftes, menschlich-billiges Verständnis entgegen. Sämtliche Ministerien, in deren Wirkungsbereich diese Frage eine Rolle spielt, befassen sich mit ihr und es ist anzunehmen, dass nicht nur keine Beamten mehr in deutschsprachigen Gegenden ohne entsprechende Kenntnis der deutschen Sprache angestellt werden, was in den letzten Jahren ohnehin vermieden wurde, sondern dass auch die früher ernannten und namentlich aus den abgetrennten Gebieten versetzten Beamten sich entweder die deutsche Sprache ausnahmslos aneignen oder aber durch solche Beamten ersetzt werden, die die deutsche Sprache genügend beherrschen.

Wir haben trotz aller Klagen, die wir immer wieder un umwunden erhoben, und trotz allen Drängens, das auf die Be-

schleunigung der praktischen Durchführung der bezüglichen Gesetze und Verordnungen gerichtet war, stets verkündet, dass wir dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Bethlen aufrichtiges Vertrauen entgegenbringen können. Dieses Vertrauen ist unseres Erachtens durch das, was oben dargelegt und der Öffentlichkeit mit Genehmigung der massgebenden Stellen zur Kenntniss gebracht wurde, vollauf gerechtfertigt. Wir sind von der Zuversicht erfüllt, dass Graf Bethlen wie andere lebenswichtige Fragen unseres Vaterlandes, so auch die unserige, zwar mit Vorsicht, aber auch mit Weitblick endgültig und beispielgebend lösen wird. Das bedeutet für uns Deutschungarn das höchste Gefühl des Glückes, es ist aber zweifellos auch eine folgenreiche Tat im Dienste der ungarischen Zukunft. Namentlich im Dienste der ungarischen Minderheiten in den abgetrennten Gebieten und dadurch wohl auch aller nationalen Minderheiten Europas.

Denkschrift der Bulgarischen Friedens- und Völkerbunds-Vereinigung* über die Lage der bulgarischen Minderheiten in der südlichen Dobrudscha.

In Erfüllung der Aufgabe, für den Frieden und die Annäherung der Völker zu arbeiten, hat die bulgarische Friedens- und Völkerbunds-Vereinigung schon wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen, sich mit der Lage zu befassen, die im Jahre 1913 durch die Einverleibung der südlichen Dobrudscha in den rumänischen Staat für die dort ansässigen Minderheiten geschaffen wurde.

In ihren an den „Internationalen Verband der Völkerbunds-Vereinigungen“ ** bestimmten Darlegungen aus den Jahren 1924, 1925 und 1926 hat die bulgarische Vereinigung nie aufgehört, die Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Folgen zu lenken, die

* Association bulgare pour la paix et la S. d. N.

** Union Internationale des Associations pour la Société des Nations.

sich für die Bevölkerung Bulgariens wie auch Rumäniens, und endlich für die wechselseitigen Beziehungen der beiden Staaten ergeben könnten.

Die Bevölkerung der Gegend, die sich der ihr einst verbürgten Rechte beraubt sieht, ist ausserordentlich unzufrieden; sie sieht sich gelähmt in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit; ihr Gedeihen ist gehemmt; die Verarmung ist allgemein und ein Sinken des kulturellen Niveaus ist die unausbleibliche Folge: dies alles treibt die Bevölkerung zur Auswanderung.

Die in der südlichen Dobrudscha geschaffene Lage hat ihre unmittelbare Rückwirkung auf die Stimmung in Bulgarien, und dies nicht etwa einzig und allein aus dem Grunde, weil jene Gegend vom politischen Standpunkte betrachtet, bis zum Jahre 1913 ein gleiches Schicksal mit diesem Lande hatte: der Zustrom der Flüchtlinge aus der Dobrudscha, deren Zahl sich gegenwärtig kaum unter 40.000 belaufen dürfte und die zumeist Beihilfe und Ackerboden benötigen, bildet eine der schwersten Lasten für den bulgarischen Staat, der sein Budget bereits mit einer Special-Anleihe belastet hat, um den Flüchtlingen zu helfen; dieser Zustrom von Flüchtlingen lastet auch auf der bulgarischen Landesbevölkerung, der man einen Teil ihres Grundbesitzes entzieht, um damit die neu Angekommenen zu beteilen. Endlich empfinden es auch die Handwerker und überhaupt die Arbeiterklasse; denn der Wettbewerb nimmt zu und das Gespenst der Arbeitlosigkeit wird von Tag zu Tag drohender, infolge der ausgiebigen Arbeitskraft, welche — die proletarischen Flüchtlinge liefern.

Die Unzulänglichkeit des verfügbaren Bodens und die Arbeitslosigkeit, die täglich infolge des unaufhörlichen Zustroms von Flüchtlingen zunehmen bis zu einem Grade, woraus für Bulgarien ein soziales Problem von ganz besonderer Schärfe entstand, dies ist eine der Hauptursachen der tiefen Unzufriedenheit, die sich in diesem Lande in den Herzen der Volksmassen seit den Kriegen entwickelt, sich seither wiederholt in Form innerer Kämpfe geäussert hatten und in Bolschewisierung auszuarten drohen.

Diese Lage in der südlichen Dobrudscha ist wohl kaum günstig für eine friedliche Entwicklung Rumäniens überhaupt; denn das Vorhandensein einer Wunde nährt unter den Feinden

dieses Landes Bestrebungen, die für seine Ruhe im Innern und für seine territoriale Integrität gefährlich werden könnten.

Alle diese verdriesslichen Folgen würden vermieden, wenn man sich im Siedlungsgebiet der Bewohnerschaft jener Gegend entschlösse die Rechte zu achten, die in den Verträgen bezüglich des Minderheitenschutzes vorgesehen und den minoritären Bevölkerungsteilen gewährleistet sind, sowohl durch das Internationale Recht und die Rumänische Verfassung, als auch durch den in dieser Hinsicht in den anderen Ländern angenommenen Rechtsvorgang.

Wir sind in der Erfüllung unserer Aufgabe verpflichtet, über die Verhältnisse in der südlichen Dobrudscha die Wahrheit festzustellen und besonders hervorzuheben, dass man den Minderheitsvölkern nicht jene Rechte zukommen lässt, die gegenwärtig bezüglich der völkischen Minderheiten als ein juridisches Mindestmass zu betrachten sind. Die gleiche Missachtung kann bezüglich gewisser natürlicher Menschen- und Bürgerrechte beobachtet werden. Unabhängig davon sei auf diesem Gebiete die absichtliche Erschwerung der Auswirkung einiger billiger, in den Gesetzen enthaltenen Verfügungen festgestellt, ja man kann sogar jedem Gesetz widersprechenden Gewaltakten solcher Art beiwohnen – dass die bezüglich der völkischen Minderheiten geltenden Verwaltungsgrundsätze – sei es vom Standpunkte des Rechtes, sei es von dem der Tatsachen – einen Ausnahmszustand bedeuten, in allem, was sich auf den allgemeinen Rechtszustand bezieht, noch mehr aber in Hinblick auf das internationale Recht und im allgemeinen auf die Minderheitsrechte das gewohnte Mass weit überschreitend.

Den kulturellen Rechten der Bevölkerung – die Berechtigung, ihre eigenen Kirchen und Schulen zu besitzen, in denen sie Gottesdienst und Unterricht in ihrer Muttersprache abhalten kann, ferner das Recht Bibliotheken und eine eigene Presse zu unterhalten – wurde nicht strenge Rechnung getragen, wenn sie nicht gar vollständig unberücksichtigt blieben.

Zur Zeit der Besetzung des Gebietes durch Rumänien im Jahre 1913, verfügte jenes über eine freie Organisation des nationalen Unterrichts, der in der Muttersprache – bulgarisch oder türkisch – erteilt wurde, ferner über eine rumänische Schule für die wenigen Einwohner rumänischer Zunge. Die bulgarische Bevölkerung verfügte damals über folgende Unter-

richtsanstalten: 2 vollständige Lyzeen mit 23 Professoren und 444 Schülern in Silistria und Dobritsch, 10 Progymnasien (höhere Primarschulen) mit 72 Professoren und 1856 Schülern und 498 Primarschulen mit 597 Lehrern und 16.597 Schülern.

Alle diese Primarschulen und höheren Primarschulen – bulgarische, türkische und andere – wurden von autonomen Schulkomitees geleitet, die unmittelbar von der Bevölkerung gewählt wurden und juridische Personen bildeten. Sie bezogen Unterstützungen vom Staate und den Gemeinden und hatten überdies Einkünfte aus Liegenschaften, die durch grossmütige Spender erworben und dem Zwecke gewidmet worden waren. Fast alle diese Schulanstalten verfügten über eigene Gebäude, die in diesem dem Fortschritt sehr zugetanen Lande den Stolz der Dörfer bildeten. Sie stammten von Schenkungen oder waren durch freiwillige Bemühungen der Bevölkerung selbst errichtet worden. Beinahe überall besass die Schule eine Bibliothek und einen bescheidenen Lesesaal. Von dieser ganzen Schulorganisation, die die Bevölkerung in ihrer bewunderungswürdigen Begeisterung für Bildung und Belehrung geschaffen hatte, besteht nicht mehr die geringste Spur. Alle Baulichkeiten nnd Liegenschaften sind vom rumänischen Staat beschlagnahmt, die Lehrer verjagt und ausgeschieden worden. In Dörfern mit ausschliesslich bulgarischer Bevölkerung sind nur rumänische Schulen errichtet worden. In der ganzen Gegend sieht man heute als Ersatz der bulgarischen Schulen, deren es nicht unter 700 gab, nur mehr vier Schulen in Tätigkeit (in Silistria, Dobritsch, Baltschik und Kavarna), in denen der Unterricht in bulgarischer und rumänischer Sprache abgehalten wird. Selbst für die ganz Kleinen ist die rumänische Sprache als verpflichtend erklärt worden. Diese Schulen werden von Privaten erhalten. Der Staat, wie auch die rumänischen Funktionären ausgelieferten Gemeinden verweigern jedwede Beihilfe. Der Staat, der den ehemaligen bulgarischen Schulen ihr ganzes Vermögen entzogen hat, verweigert jetzt den Schulausschüssen, die die wenigen noch bestehenden Anstalten leiten, selbst die Anerkennung als juridische Personen. Die Anstrengungen der 4 bulgarischen Schulen, Beihilfen von Seiten des Staates und der Gemeinden zu erhalten, sind vergeblich geblieben. Desgleichen ist der bäuerlichen bulgarischen Bevölkerung, trotz aller Versuche, das Recht verweigert worden, ihre Schulen dort wiederzueröffnen, wo der Unterricht in der Muttersprache abzuhalten war.

Diese Haltung Rumäniens widerspricht den Verpflichtungen, die Rumänien laut Artikel 10 des Minderheiten-Vertrages, wie auch den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts, zu einer ganz anderen Behandlung der minoritären Bevölkerung verpflichten.

Dasselbe Schicksal wie die Schulen haben die Kirchen zu erdulden. Von 68 bulgarischen Kirchen bleiben nur einige, und dies in Dörfern, wo noch nicht der rumänische Pfarrer erschienen ist, um den Platz des bulgarischen Priesters einzunehmen. Die Angelegenheiten der Kirchen wie auch die der Moscheen wurden zur Zeit der bulgarischen Herrschaft durch autonome und gewählte Kollegien verwaltet. Diese hatten die Eigenschaft juridischer Personen, und die Unterhalts-Auslagen wurden gedeckt durch Schenkungen, durch Zuschüsse des Staates und der Gemeinden, endlich aus Einkünften der den Kirchen gehörenden Gebäuden und Liegenschaften. Diese Verhältnisse der Kirchen und der Schulen bestanden in der Gegend schon zur Zeit der türkischen Herrschaft. Aus jener Zeit stammt auch die Anerkennung der Freiheit des Unterrichtes und des Kultus, die das bulgarische Volk nach einem hartnäckigen Kampf errungen hatte. Aber eine im Gesetz vom 1-ten April 1914 enthaltene Verfügung über die Organisation der Provinz hat diese Freiheiten unterdrückt. Der Staat hat auf alle den Schul- und Kirchen-Ausschüssen gehörenden Mobilien und Immobilien seine Hand gelegt, unter dem Vorwande die Schulen und die Kirchen bedürften keiner besonderen Hilfsquellen mehr da der Staat es übernähme, für die Kosten ihres Unterhaltes aufzukommen. Das wahre Ziel, das bei dieser Massnahme ins Auge gefasst wurde, war, die Schulen, wie auch die Kirchen der Minderheiten aller Hilfsmittel zu entblössen. Tatsächlich sah man bald darauf die rumänischen Autoritäten nicht nur für die Einsetzung der rumänischen Pfarrer und Lehrer Grundstücke zuweisen, sondern solche auch den nunmehr rumänisch gewordenen Schulen und Kirchen verleihen.

Es ist klar, dass die Schulanstalten und die Kirchen durch diese Massnahmen zu Werkzeugen der Romanisierung umgeschaffen wurden. Statt der Annäherung der Völker und der Milderung der Sitten zu dienen, wurden sie durch den Staat im umgekehrten Sinne verwendet, indem er sie für die Verwirklichung der Endziele seiner antiminoritären Politik verwenden wollte.

Das Los, das die bulgarischen Bibliotheken in den Städten und Dörfern traf, wo sie seit der Zeit der Türkenherrschaft bestanden, war, dass sie alle verschwinden mussten, während die Bücher rücksichtslos vernichtet wurden. Überdies wurde jeder Versuch, neue Büchereien zu gründen, unmöglich gemacht, besonders in den Dörfern, wo schon die Zulassung eines bulgarischen Buches als ein Akt von „Irredentismus" gebrandmarkt wird. Desgleichen ist die Zulassung von Zeitungen aus Bulgarien unterbunden, und die Veröffentlichung von Zeitungen in bulgarischer Sprache in der Gegend selbst wird als eine der gefährlichsten Unternehmungen betrachtet. Die zwei bestehenden unabhängigen Blätter in bulgarischer Sprache, sind fortwährend allen möglichen Behinderungen ausgesetzt, die ihnen seitens der Behörden in dem Grade bereitet werden, dass ihre Lage immer schwieriger wird.

Als im November 1927 Pogroms stattfanden, deren Opfer die Bevölkerung jener Gegend waren, und die erwähnten Blätter darauf bestanden, den Gewalttaten werde ein Ende bereitet und die Züchtigung der Schuldtragenden verlangten, wurde das Lokal der Schriftleitung des in Silistria erscheinenden „Nov Glass" am 7. Dezember 1927 geplündert. Die Bureauräume des in Dobritsch erscheinenden „Courier" erlitten am 15. Dezember 1927 dasselbe Schicksal. Das Personal der Zeitung wurde einer regelrechten Bastonade unterworfen und das Blatt unter eine überaus strenge Zensur gestellt. Einer der Schriftleiter dieser Zeitungen wurde mit dem Tode bedroht. Dann musste er sich von der Zeitung zurückziehen, um sein Leben zu retten. Die Weiterführung dieser Blätter ist an und für sich ein Wagnis, obwohl deren Haltung durchaus loyal ist und den in Kraft stehenden Gesetzen dieses Landes entspricht.

Besonders schwere Schläge sind gegen das „Besitzrecht" der Bevölkerung gerichtet worden. Vergebens verkündet der Artikel 110 des „Organisations-Gesetzes für die Neue-Dobrudscha" vom 1. April 1924 die Respektierung der zur Zeit der Geltung der bulgarischen Gesetze erworbenen Eigentums-Rechte. Tatsache ist, dass man in keinem Lande Europas eine völkische Minderheit findet, deren gesetzlich erworbenen Eigentums-Rechte so wenig respektiert werden, wie jene der minoritären Bevölkerung in der südlichen Dobrudscha.

Vergebens erklären die anerkannten Fachleute des inter-

nationalen Rechtes das Eigentumsrecht als ein derart ursprüngliches, grundlegendes und natürliches Recht, dass es ihnen widerwärtig erscheint, erst noch in Erinnerung zu bringen, dass es den Minderheiten der angegliederten Bevölkerungen gegenüber zu respektieren wäre.

Der rumänische Staat benützt und schafft überdies noch die verschiedensten Möglichkeiten, um die überkommenen Rechte der Bevölkerung zu schmälern:

1. Er erlässt Gesetze, deren Geltung sich auf das gesamte Königreich erstreckt; die Anwendung dieser Gesetze erfolgt jedoch in einseitiger Art; die Verfügungen bezüglich der Beschlagnahme des Privateigentums oder der Enteignung unbeweglicher Güter kommen nur bei gewissen Bevölkerungskategorien in Betracht, hiebei sind jene Gesetze ausgeschlossen, die die Verwendung herrenloser Grundstücke für die Beteilung solcher Familien vorsieht, die keine Gründe haben.

2. Er beruft sich auf Ausnahmsgesetze.

3. Er wendet ein Ausnahmsverfahren an.

4. Die behördlichen Organe erlauben sich Willkürakte, ja selbst Privatpersonen unter Duldung seitens der Behörden.

Die Agrarreform ist in der südlichen Dobrudscha dieselbe wie für Rumänien. In Rumänien hat sie eine tiefe geschichtliche wie auch soziale Grundlage. Sie trachtet eine schmerzliche Frage, die in diesem Lande bezüglich der landwirtschaftlichen Verhältnisse besteht, in dem Sinne zu lösen, dass jene Bauern mit Ackerboden beteilt werden, die solchen nur in ungenügendem Masse besitzen, und dass hiezu die Gründe verwertet werden, die juridischen Personen (dem Staat, den Gemeinden, der Krone) gehören, ferner die grossen Domänen mit über 100 Ha. Bodenfläche. Dieser grosse Besitz hat, wie die Nachforschungen rumänischer Gelehrter, gediegener Kenner der rumänischen Vergangenheit, festgestellt haben, seinen geschichtlichen Ursprung und verdankt seine Entstehung einer Zwangsenteignung, die durch die vornehme und besitzende Klasse Rumäniens im XVIII. und XIX. Jahrhundert zum Nachteil der Bauern durchgeführt wurde, – der Vorfahren gerade jener Bauern, die der rumänische Staat heute durch seine Agrarreform in freie Grundbesitzer umzuwandeln trachtet, indem er ihnen den Boden als volles Eigentum rückerstattet, der ihnen seinerzeit genommen wurde und den sie nie zu bearbeiten aufgehört hatten. Diese

Gutmachung einer durch die führenden Schichten Rumäniens an den Bauern begangenen Ungerechtigkeit lässt die Agrarreform vom geschichtlichen Standpunkte gerechtfertigt erscheinen. Die Begründung, sie eine soziale Reform nennen zu dürfen, liegt darin, dass sie die übergrossen Grundbesitze (Latifundien) unmöglich macht, in Hinkunft die Bauernaufstände, (wie solche im Jahre 1907 stattgefunden hatten), verhindert, endlich den Bauer inniger an den Boden fesselt, den er bisher bloss als Halbpächter bearbeitet hatte. Nun ist aber in der südlichen Dobrudscha eine Rechtfertigung der Agrarreform vom historischen Gesichtspunkte unmöglich, da sich dort der Bodenbesitz unmittelbar von dem Grundsatze ableitet, dass der Boden demjenigen gehören soll, der ihn bearbeitet. Ebenso fehlt es an einer Begründung dieser Reform vom sozialen Standpunkte; denn einerseits bestehen dort keine „Latifundien", da der Boden seinerzeit verhältnismässig nach Grundsätzen der Billigkeit verteilt worden war; anderseits hat der Staat bis heute nicht einmal einen Fussbreit Erde für die Beteilung eines in der südlichen Dobrudscha ansässigen Bauern verwendet, der über keinen oder über einen der Bodenfläche nach ungenügenden Anbaugrund verfügt, nicht einmal in den Dörfern, wo zahlreiche proletarische landwirtschaftliche Arbeiter leben. Gleichzeitig aber verteilt der Staat, der dort weite Bodenflächen erworben hat, in eben jenen Dörfern die Gründe, entgegen dem Gesetze über die Agrarreform, nur an rumänische Ansiedler, z. B. neu Eingewanderte, Beamte, Militärpersonen u. s. w. unter offenkundiger Nichtbeachtung gerade jenes Elements, dem ausschliesslich die Vorteile des Gesetzes zukommen sollten, da nur dieses das Recht hatte Gründe zu bekommen, die durch Anwendung des Agrargesetzes verfügbar wurden. Dieses Element – die seit jeher im Lande ansässigen Bauern, die keine Gründe oder nur in ungenügender Menge besassen – wird vernachlässigt, sobald es den Minderheiten angehört, wiewohl das Gesetz über die Agrarreform in dieser Hinsicht keinen Unterschied macht.

Mithin erweckt die Agrarreform in der südlichen Dobrudscha, die dem äusseren Anschein nach den Charakter einer Massregel zur Schaffung einer grösseren sozialen Gerechtigkeit haben soll, durch die einseitige und tendenziöse Art ihrer Anwendung den Eindruck einer Ausnahmsmassregel aus der Nach-

kriegszeit. Unter dem Vorwand einer Bodenreform wird in Wirklichkeit eine Beschlagnahme des Grundbesitzes der eingesessenen Bewohner des Landes vorgenommen, der unter verschiedene Kategorien von Rumänen verteilt wird, um die Gegend zu rumänisieren und die eingeborene Bevölkerung zu verjagen, nachdem ihr vorher die Güter ganz oder fast ohne Entgelt enteignet wurden.

Man kann auch beobachten, dass in der ganzen Gegend die Agrarreform keinen rumänischen Grundeigentümer in Mitleidenschaft zieht, sondern dass sie ausschliesslich auf der bulgarischen und türkischen Bevölkerung lastet.

Das Gesetz über die Bestätigung der auf den Grundbesitz Bezug habenden Urkunden vom 22. April 1924, das derzeit in Kraft ist, bietet noch schwerere Anzeichen einer aus den Zuständen der Nachkriegszeit entsprungenen Ausnahms-Massregel, die einer Beschlagnahme nahekommt. Mit Recht stellt der Generalsekretär der Internationalen Völkerbunds-Vereinigungen, Herr Professor Th. Ruyssen in seinem Bericht vom 19. Juni 1926 fest, dass dieses Gesetz eine wahrhaftige Verzweiflung unter der Bewohnerschaft der südlichen Dobrudscha hervorgerufen habe, obgleich er nicht einmal in der Lage war, sich einen vollständigen Begriff über die Schwere des Schlages zu machen, den dieses Gesetz enthielt, noch über die Art, wie es angewendet würde.

Wir haben dieser Frage mehrere Seiten in unserer Denkschrift vom Jahre 1925, sowie auch in unserer im Jahre 1926 erschienenen, „Die Tragödie von Staro Selo" betitelten Broschüre (Seiten 24–33) gewidmet; aber wir fühlen uns trotzdem verpflichtet, einige neue Bemerkungen hinzufügen, mit Rücksicht auf die ganz besondere Wichtigkeit der Frage.

In der Absicht, sich die Möglichkeit zu sichern, der Bevölkerung der südlichen Dobrudscha so viel als irgend möglich Boden zu entziehen, hat der rumänische Gesetzgeber versucht, den Anschein zu erwecken, als ob er der Ansicht wäre, die Besitzverhältnisse dort im Jahre 1913 wären, vom Gesichtspunkte des Rechtes betrachtet, identisch mit denen in der nördlichen Dobrudscha in 1878, also in der Zeit, da Rumänien von der Türkei diese Provinz im Austausch gegen drei Distrikte im südlichen Bessarabien erhalten hatte.

Die Annahme, in der südlichen Dobrudscha bestehe tat-

sächlich eine „Mirie" * genannte Form des Grundbesitzes, war willkürlich. In der Türkei selbst hatten sich seit dem Jahre 1878 die Besitzverhältnisse derart entwickelt, dass trotz der religiösen Grundlage des Unterschiedes zwischen den Besitzformen „Mirie" und „Mulk", die wesentlichen Kennzeichen dieses Unterschiedes im Jahre 1913 fast gar nicht mehr bestanden, und das neue türkische bürgerliche Gesetzbuch anerkennt formell nur einen einheitlichen, absoluten Besitz, ohne dass diese Vereinheitlichung der Systeme den Besitzern, deren Eigentumsrecht ein mehr oder weniger beschränktes war und worauf sich der Ausdruck „Mirie" bezieht, irgend welches Opfer auferlegte, oder die Notwendigkeit irgend welcher Bestätigung erforderte. In der Türkei selbst hatte der Staat im Jahre 1878 nicht das Recht, der Bevölkerung ein Drittel der mit „Mirie" bezeichneten Gründe wegzunehmen, um sie in Besitztümer mit der Bezeichnung „Mulk" zu verwandeln; auch konnte er nicht die Tatsache des Besitzes oder gesetzlich erworbener Rechte übersehen. Trotz dieser Tatsachen ordnete der rumänische Staat dem Gesetze vom 1. April 1914 gemäss eine allgemeine Bestätigung der Urkunden an und sprach sich selbst alle Gründe zu, deren Eigentümer keine regelrechten Urkunden nachweisen konnten, die ihr Eigentumsrecht festgestellt hätten. Selbst Jene, denen es gelang, ihr Recht dadurch zu beweisen, dass sie es auf Urkunden von guter und vorgeschriebener Form stützten, sahen sich durch den Staat eines Drittels ihres Besitztums entäussert, unter dem Vorwande, dass der Grund einen Besitz von der Gattung „Mirie" darstelle und hiedurch in ein absolutes Eigentum umgewandelt würde. Dieses Gesetz wurde später der Gegenstand wohlbegründeter Kritiken, sogar von Seite seines Verfassers M. E. Zamphiroglon, eines ehemaligen Deputierten, der seinen Irrtum erkannte und ihn eine „juridische Ungeheuerlichkeit" nannte. Ebenso wurde er von einer grossen Zahl unparteiischer rumänischer Juristen und Politiker kritisiert, unter denen sich u. a. nachstehende Herren befanden: Gr. Petrescu, ein zum Barreau von Constanţa gehöriger Rechtsanwalt; Cornel Botez, Mitglied des Kassationshofes; N. Petrescu-Comnen, ehemaliger Deputierter, gegenwärtig Diplomat; I. Cămărăşescu, ehemaliger Minister; N. Georgescu-Vâlcea, ehemaliges Magistrats-

* Bedingter Besitz, der dem Besitzer die Nutzniessung zugesteht, während der reine Besitz von Rechtswegen dem Staate gehört.

mitglied; Theodor Toscheff, ein zum Barreau von Dobritsch gehöriger Rechtsanwalt u. s. w. Endlich wurde das Gesetz doch als ein Irrtum betrachtet und abgeschafft durch das Gesetz vom 26. April 1921, das den Nichtbestand eines Besitztums „Mirie" in der südlichen Dobrudscha im Jahre 1913 anerkennt. Hingegen wurde das früher erwähnte Gesetz wieder in Kraft gesetzt durch das Gesetz vom 22. April 1924, das die Fehler in der Regelung der Besitzfrage, wie sie im Jahre 1914 angeordnet wurde, noch verstärkte durch die Regelung der Besitzfrage, wie sie in 1914 verfügt wurde.

Es wird von rumänischer Seite festgestellt, die Bestätigung der Urkunden würde sich durch die Tatsache als notwendig erweisen, da sonst in der südlichen Dobrudscha zahllose Fälle missbräuchlicher Aneignung solcher Gründe zu verzeichnen sein würden, die Leuten gehört hatten, die während des Krieges verschwunden sind. Ein ähnliches Argument ist auch Herrn Th. Ruyssen gegenüber vorgebracht worden, der es wiedergibt. Nun, dieses Argument ist wohl in höchstem Grade fragwürdig. Wie verlautet, sind Fälle von rechtswidriger Aneignung vorgekommen, hingegen könne man die Verallgemeinerung nicht bis zum Punkte treiben, zu behaupten, dass allen Grundbesitzern der gute Glaube mangelte, während doch das rumänische bürgerliche Gesetzbuch, wie die Gesetzbücher aller Länder den Grundsatz aufstellen, dass der rechtmässige Besitz den guten Glauben zur Voraussetzung habe. Man kann nicht in allen Fällen ein Sonderverfahren ersinnen; mithin hat hier der rumänische Gesetzgeber, wie ja auch die Gesetzgeber anderer Länder, für solche Fälle das normale Verfahren vorgeschrieben: die Besitzklage und die Zurückforderung (Revindication). Desgleichen sieht das Gesetz vor, wenn es in solchen Fällen zusteht, etwas in der Sache zu unternehmen und es ist nicht Aufgabe des Staates, dies zu tun; er spricht sich also ungerechtfertigter Weise das Recht der Revindication zu und missbraucht es. Das rumänische Recht weist mit genügender Klarheit die Wege, die gegen die bewusst unrechtmässigen Besitzer einzuschlagen sind: wie soeben erwähnt, die Besitzklage und die Revindication seitens der hiezu Berechtigten, nicht aber einen vollkommen ausnahmsweisen und über die gewöhnlichen Verhältnisse weit hinausgehenden Weg auf dem Gebiete des allgemeinen Rechtes, auf den man angewiesen ist

und der eine tiefgreifende Störung allen Handels und Wandels auf allen Gebieten im Lande hervorrufen muss, eine verhängnisvolle Störung, deren Folgen für die eingeborene Bevölkerung schmerzlicher sind als die einer Revolution. Dies ist keine Übertreibung. Der ausgezeichnete Rechtsanwalt und Staatsmann Take Ionescu, dem niemand in Rumänien die Autorität und die Kompetenz absprechen wird, hatte im Jahre 1914 in der Kammer in Bukarest erklärt, dass „die Bestätigung der Urkunden bezüglich des bäuerlichen Grundbesitzes in der südlichen Dobrudscha einer sozialen Katastrophe (Kataklysmus) gleichkomme". Nun, es wird leicht sein, sich einen Begriff zu machen von der Wirkung dieser Bestätigung, dass man nicht einer einzigen dieser Bestätigungen in der südlichen Dobrudscha die Verwirklichung folgen liess und dass jene, die derzeit im Sinne des Gesetzes vom 22. April 1924 vorgenommen wird, in der zeitlichen Reihenfolge die dritte ist. Aber nicht genug an dieser Tatsache. (Die erste wurde in 1914 im Sinne des Gesetzes vom 1. April 1914 begonnen, jedoch während des Krieges aufgegeben; die zweite begann 1921 im Sinne des Gesetzes vom 26. Juni und wurde 1922 unterbrochen; endlich kam jene, die gegenwärtig im Zuge ist.) Die Bestätigung, an der gegenwärtig gearbeitet wird, ist unter allen bisherigen vom gesetzlichen Standpunkte die schwerwiegendste und ist von den schwersten Angriffen gegen die durch die Bevölkerung erworbenen Rechte begleitet. Wie die amtlichen Autoritäten zugestehen, sind die Bestätigungen noch nicht beendet. Vorläufig hat sich der Staat schon 295.000 Ha d. h. beinahe die Hälfte der Gesamtausdehnung der in Betracht kommenden Gründe im Lande angeeignet.

Wir wollen weder die schweren Unbilligkeiten aufzählen, die dieses Gesetz enthält, noch die der Verfassung und den rumänischen Gesetzen widersprechenden Verfügungen, noch andere Verfügungen, die in das bisherige Verfahren Neuerungen hineintragen, uns offenbarend, dass wir einer im feindseligen Sinne beeinflussten Enteignungsmassnahme gegenüber stehen, die eine noch immer vom Geiste des Krieges geleitete Massregel darstellt, die einen Schlag führen soll sowohl gegen wohlerworbene Rechte, als auch gegen die allgemeinen rumänischen Gesetze, die rumänische Verfassung, die Minderheiten-Verträge, endlich auch gegen das internationale Recht, soweit sich dieses mit den Grundsätzen befasst, die sich auf die Respektierung des Eigentums beziehen.

Eine Bestätigung des Eigentums, die nur das Recht Jener anerkennen will, die sich im Besitz von Urkunden befinden, jedoch Alle ausschliesst, die deren zwar keine aufweisen können, aber einen ruhigen, friedlichen und allgemein bekannten Besitz haben, widerspricht dem rumänischen bürgerlichen Gesetz, das von der Voraussetzung ausgeht, jeder *Besitzer*, der im guten Glauben ist, (bona fide) sei auch als *Eigentümer* zu betrachten bis zum allfälligen Beweis des Gegenteils.

Die mit der Durchführung dieser Bestätigungen betrauten Kommissionen sind in einer Weise zusammgesetzt, die in offenbarem Widerspruche zu den verfassungsmässigen Einrichtungen stehen. Der Staat ist in denselben durch Funktionäre vertreten. Da er nun selbst Partei ist, hat er alles Interesse daran, die Gesuche der Bittsteller zurückzuweisen.

Das Gesetz anerkennt nicht die Wirkung einer Erwerbung im Wege der Verjährung in Sachen des Eigentums, obwohl diese nicht nur durch das rumänische bürgerliche Gesetzbuch, sondern auch durch die ottomanischen Gesetze anerkannt war.

Das Gesetz anerkennt nicht die Wirkung einer Erwerbung im Wege der Verjährung in Allem, was einen Besitz in einem durch die Eigentumsakten festgelegten Umfange betrifft. Sie erkennt dem Besitzer immer nur den geringsten Umfang zu. Wenn sich ein Unterschied ergibt zwischen dem einst wirklich besessenen Umfange, der in den Eigentums-Akten angegeben ist, und jenem, der in den Verzeichnissen des Fiscus eingetragen ist, erkennt der Staat dem Besitzer in allen nur den kleineren Umfang zu, und eignet sich ungerechterweise den Rest an.

Das Gesetz vom 22-ten April 1924 betreffs der Bestätigung der Eigentumsrechte enthält nicht weniger als 17 Verfügungen, die alle auf die Aneignung von Gründen bulgarischer und türkischer Bauern durch den rumänischen Staat, ohne jedwede Entschädigung, hinausgehen.

Nachstehend seien nur einige „exempli gratia" angeführt.

Der Staat eignet sich an:

1. Ein Drittel von allen Gründen, unter dem Vorwande, sie wären Gründe, der Kategorie „mirie". Als zu dieser Kategorie gehörig werden alle Gründe betrachtet mit Ausnahme jener, die durch Privatpersonen vom bulgarischen Staat unmittelbar erworben wurden;

2. Alle Grundstücke und Wälder, die den Dörfern, Ge-

meinden, Bezirken, Schulen, Kirchen, Moscheen und Wohltätigkeits-Anstalten gehört hatten;

3. Die Weiden und die unbebauten Gründe, die seit urdenklichen Zeiten den Bauern gemeinsam gehört hatten;

4. Die Gründe, die Jenen gehört hatten, die es unterlassen haben, innerhalb der gesetzlich festgesetzten Frist von drei Monaten Erklärungen abzugeben, obwohl Einige nicht einmal die Zeit gehabt hätten, dies rechtzeitig zu erfahren.

5. Die Gründe, die Jenen gehört hatten, die wohl Erklärungen abgegeben hatten, denen es aber nicht möglich war, die Akten und die vorgeschriebenen zehn Certifikate beizubringen, oder deren Schriftstücke als nicht der Vorschrift entsprechend befunden wurden. Man weiss, dass in jener Gegend der Krieg die Zerstörung von ganzen Dörfern verursacht hat, wodurch zahlreiche Urkunden und andere Schriftstücke verschwunden sind. Anderseits hatte der rumänische Staat selbst im Jahre 1914 die Vorlage der Dokumente (Eigentums-Urkunden) gefordert, und die Bevölkerung konnte nicht in ihren Besitz wiedereintreten; denn durch die rumänische Regierung gelegentlich ihres Rückzuges in 1916 an Russland überlassen, wurden sie nicht mehr ihrem Volke zurückgegeben. Jene also, die infolge der Tatsache der rumänischen Regierung in jenem Lande vorübergehend an Russland gekommen waren, sind durch das Gesetz verurteilt, ihren Besitz an den rumänischen Staat zu verlieren.

6. Die Gründe Jener, die es in ihren Erklärungen unterlassen haben, irgend welchen der zahllosen, auf die Darlegung und Inventarisierung des Besitzes sich beziehenden Formalitäten Genüge zu leisten.

7. Alle Gründe, die von den Eigentümern veräussert wurden im Laufe des Zeitabschnittes von 28. VI. 1913, dem Datum der rumänischen Besetzung, bis zur endgiltigen Bestätigung. Diese Bestimmung wird nicht verfehlen die Öffentlichkeit zu überraschen. Der Staat eignet sich Gründe an, und verpflichtet den Verkäufer, dem Käufer den erhaltenen Preis rückzuerstatten! Also der Verkäufer, der doch im guten Glauben war, verliert das Grundstück und den Preis... Diese Bestimmung ist rückwirkend, und die dadurch betroffenen Kaufverträge wurden vor rumänischen Gerichten abgefasst!

8. Jedes Gebiet, das die im Eigentumsakt festgelegten

Grenzen überschreitet, selbst dann, wenn der Eigentümer zu seinen Gunsten sich auf die Erwerbung durch Verjährung beruft.

Alle Gründe, deren Besitz sich nicht auf eine schriftliche Urkunde stützt, wenngleich es bekannt ist, dass es sich um einen Fall von Verjährung im Sinne der von den bulgarischen Gesetzen geforderten Bedigungen handelt u. s. w.

In diesen Chicanen der Bevölkerung gegenüber geht der Staat so weit, im Sinne des Punktes 120. des betreffenden Gesetzes zu verfügen, dass im Falle der Veräusserung von Gründen – was nur gestattet wird, wenn die urkundliche Bestätigung vollzogen ist (im entgegen gesetzten Falle geht der Staat, wie weiter oben erwähnt, mit der Beschlagnahme vor) – der Preis nicht durch den Käufer dem Verkäufer ausgezahlt werden darf, sondern in der Staatskasse hinterlegt wird, und der Verkäufer wird sein Geld erst ein Jahr später beheben können, falls er in der Zwischenzeit nicht ausgewandert ist. Man gibt sich den Anschein, als ob der Verkauf von Gründen ein Vergnügen wäre und nicht etwa bloss vorgenommen würde, um einen dringenden Geldbedarf zu befriedigen.

Das Ergebnis, das durch die mehrfach erwähnte Bestätigung angestrebt wird, widerspricht nicht nur dem Gesetze, sondern die Folgen werden in letzter Hinsicht sein, dass die Bevölkerung sehen wird, wie ihr mindestens 70% ihrer Gründe ohne jedwede Entschädigung entäussert werden, und dies alles ohne Rücksicht auf bereits geleistete oder noch zu leistende Zahlungen – die sich bis zu Hunderttausenden von Lei erheben, und dies nur zu dem Zwecke, um Rechte zu verteitigen, die der Staat ungerechterweise anficht. Infolge all dieser quälenden Beunruhigungen wird die Landwirtschaft vernachlässigt und die Bevölkerung hat die Lust zu Verbesserungen in der Wirtschaft verloren, zu denen es ihr übrigens auch an Hilfsquellen mangelt. Die Prophezeihung des dahingeschiedenen Take Ionescu, dass die Bestätigung einer sozialen Katastrophe (Kataklysmus) gleichkomme, hat sich mithin als unbedingt richtig erwiesen.

Aber hier endigen die Ungerechtigkeiten, deren Opfer das Volk ist, noch nicht. Zu Grunde gerichtet, ist es den Wucherern ausgeliefert, deren unersättliche Gier zu ermessen unmöglich ist. Die Besetzung durch Rumänien hat alle bulgarischen Creditinstitute genötigt zu liquidieren, während die rumänischen

Banken sich weigern, dem eingeborenen Element zu helfen. In dieser Weise wird dieses Volk sichtbar und wissentlich in die Hände der Wucherer getrieben, die häufig Interessen verlangen, deren Zinsfuss 1000% erreicht, oder wie ein Ausdruck im lokalen Idiom es nicht ohne Ironie ausspricht: – ein Para für einen Piaster per Tag, d. h. 2½ Prozent per Tag!

Die Bestätigung der Staatsangehörigkeit bildet anderseits wieder eines der zahllosen Mittel zur Beugung der Rechte der Bevölkerung. Gemäss dem internationalen Rechte werden alle bulgarischen Staatsangehörigen des in Rede stehenden Gebietes durch dessen Angliederung rumänische Staatsangehörige, ohne irgend eine Formalität erfüllen zu müssen. Statt dessen fordert der rumänische Gesetzgeber nun schon zum dritten Male die Bestätigung der Erwerbung der Staatsangehörigkeit, die stets von endlosen Formalitäten, von Spesen und Demütigungen für die Bevölkerung begleitet ist. Um die Staatszugehörigkeit festzustellen, wird ein willkürlicher und umständlicher Vorgang eingehalten. Aus all diesen Gründen befindet sich gegenwärtig eine grosse Anzahl der bodenständigen Bewohner in der Kategorie der „vaterlandslosen" Leute, die sich durch diese Tatsache dem sicheren Ruin geweiht sehen: sind es ehemalige Beamte, so wird ihnen in Bulgarien das Recht verweigert, ein öffentliches Amt zu versehen oder ein Ruhegehalt zu beziehen, da sie Bulgarien als rumänische Staatsangehörige betrachtet, was sie doch durch die Tatsache der Annexion werden sollten. Rumänien seinerseits erkennt ihnen keinerlei Rechte zu; denn trotz der Annexion gelang es ihnen nicht, das Wohlwollen der Kommission für Angelegenheiten der Staatszugehörigkeit zu erwerben, die eben für diesen Zweck eingesetzt ist. Handelt es sich um Landwirte, so ist ihre Lage kaum eine bessere: Rumänien wird ihnen auf Grund der Agrarreform alle Gründe, die sie besitzen, enteignen und ihnen eine unbedeutende Entschädigung zugestehen, die kaum 1% des wirklichen Wertes der Gründe entspricht, und die nicht einmal genügt, um die Honorare der Advokaten zu zahlen, während wieder Bulgarien ihnen berechtigterweise die Zuweisung von Gründen, die sie als Flüchtlinge beanspruchen, verweigern könnte, da der bulgarische Staat sie ja nicht mehr als bulgarische Staatsangehörige betrachtet. Wenn sich die Einen oder die Andern entschliessen, in ihrer Heimat, der Dobrudscha, zu verbleiben, so setzt sie ihre Eigen-

schaft als „Apatridis" (Heimatlose) jeden Augenblick der Gefahr einer Ausweisung aus, auf Grund eines Dekretes, das jedes unbedeutende Polizeiorgan gegen sie erlangen kann, dem sie gelegentlich verweigert hätten, seinen Launen Genüge zu leisten.

Aus der Reihe der ungesetzlichen Massnahmen, die auf der Bevölkerung lasten, seien noch einige angeführt.

Die Frohnarbeiten, über die allgemein geklagt wird, sind ein Missbrauch, den sich jedes behördliche Organ in den Dörfern erlauben kann, – und wäre es das unbedeutendste in der administrativen Stufenleiter – indem es die bulgarischen und türkischen Bauern zwingt, unentgeltlich die verschiedensten Dienste zu leisten, wie den Transport von Holz oder von Möbeln, wie auch jede Art von Feldarbeiten und in erster Linie die Felder zu bearbeiten, die den Beamten und den öffentlichen Angestellten gehören, einschliesslich der Gendarmen, Feldhüter, Lehrer, Priester, ja selbst der Ansiedler. Obwohl dadurch offene Kritiken in der Presse und selbst im Parlament hervorgerufen wurden, gehen die Frohnarbeiten nichtsdestoweniger weiter; denn Jene, die daran interessiert sind, haben die höheren Behörden hinter sich, die ihnen in allen Fällen Schutz gewähren, wenn es sich darum handelt, einen an der bodenständigen Bevölkerung begangenen Gewaltakt zu verschleiern.

Die Willkür der Beamten und der öffentlichen Angestellten äussert sich in Missbräuchen, Bestechungen, Roheiten, Bastonnaden, ja selbst in Prozessen, die durchaus auf Erfindung beruhen, um von der Bevölkerung Geld zu erpressen, häufig bis zu Hunderttausenden von Lei und noch mehr!

Häufig wird zu mehr oder weniger sinnreichen Verfahren Zuflucht genommen: beispielsweise verpachtet man Gründe, die dem Staat gehören, an die Beamten um einen lächerlich geringen Preis; diese wieder überlassen sie der örtlichen Bevölkerung, jedoch um einen zehn- bis zwanzigmal höheren Pachtschilling, obwohl das Gesetz vorschreibt, dass die Nutzung dieser Gründe nur landwirtschaftlichen Arbeitern überlassen werden kann, dann solchen Genossenschaften, die jene Familien umfassen, die im Dorfe keinen Grundbesitz haben. Ebenso überlassen die Behörden manchmal „ohne hiezu ein Recht zu haben, einer einzigen Person die ausschliessliche Befugnis, den Handel mit gewissen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu vermitteln, z. B. Wolle, Eier, Lämmer, Hornvieh u. dergl. – was

der Schaffung eines ungesetzlichen Monopols, zum grossen Nachteil der Bevölkerung, gleichkommt. Requisitionen werden im ganzen Lande unter Bezahlung geradezu lächerlicher Preise vorgenommen; die persönliche Würde des Bürgers wird nicht geachtet; seine Freiheiten bei Ausübung seines Wahlrechts werden mit Füssen getreten; als Vertreter im Parlamente werden dem Lande oft Leute aufgedrängt, die in der Gegend und deren Einwohnern vollkommen fremd sind – dies alles trägt dazu bei, die in der südlichen Dobrudscha eingerichtete Verwaltung als im höchsten Grade ungerecht und den Interessen der eingeborenen Bevölkerung schädlich empfinden zu lassen.

Es gibt keine Massnahme, bis zu der vom Staate angeordneten Beschlagnahme (Sequestrierung) der Vermögen, Interessen und Rechte der bulgarischen Staatsangehörigen in Rumänien, die der Staat im Sinne des Artikels 177 des Vertrags von Neuilly festhalten und liquidieren kann, was nicht in der südlichen Dobrudscha für die Bevölkerung den Charakter einer Plackerei annähme und sie dadurch materiellen Verlusten aussetzte. Man ist in dieser Gegend mit der Beschlagnahme von Vermögen in grosser Zahl gegen Personen vorgegangen, die rumänische Staatsangehörige sind, mit dem einzigen Zweck, ihnen Schaden zu verursachen und ihnen Ungelegenheiten zu schaffen . . . die Verwalter gewisser beschlagnahmter Güter haben sich wahrhaftigen Plünderungen hingegeben. Am 3-ten März 1927 wurde die rumänische Regierung diesbezüglich in der Deputiertenkammer interpelliert. Der Interpellant hat die Tatsache erhoben, dass ein Besitz von 243 Ha um 5250 Lei pro Jahr in Pacht gegeben wurde, d. s. 22 Lei pro Ha, zu einer Zeit, da der normale Pachtschilling 1000 Lei pro Ha betrug! Desgleichen ist festgestellt worden, dass ein Zwangsverwalter (Sequester-Verwalter), ein Advokat, den ihm zur Verwaltung übergebenen Grund an einen Beamten, den Oberarzt des Bezirkes, weiter vermietet hatte – wo doch den Staatsbeamten die Nutzung von Grundstücken untersagt ist, – und in der Folge war der Verwalter Mitteilhaber des Arztes geworden . . . man hat in gleicher Weise festgestellt, dass der Vertrag den Behörden bekannt war, und trotzdem ist er nicht ungültig erklärt worden; auch wurden Jene, die den Missbrauch begangen hatten, nicht bestraft, nicht einmal nach der Interpellation.

Dieser Fall, weit entfernt davon, eine Ausnahme zu sein, bildet eher die Regel; er liefert einen Beweis, dass in jener Gegend auch die Sequestrationen zu einer Massnahme zur Verarmung und Unterdrückung der dortigen Bevölkerung umgeschaffen worden sind.

Die *Kolonisation* bildet gleichfalls ein Mittel, die friedliche Entwicklung der südlichen Dobrudscha zu stören. Es ist bewiesen, was übrigens selbst die rumänischen Behörden durch amtliche Erhebungen festgestellt haben, dass der bei der Besiedlung der südlichen Dobrudscha eingehaltene Vorgang die Interessen der bodenständigen Bevölkerung in einer Weise verletzt, die geeignet ist, ihr das Leben unmöglich zu machen. Es gibt in der südlichen Dobrudscha freien Boden in genügender Menge für die Niederlassung von Ansiedlern ohne Schädigung der eingesessenen Bewohner. Nichtsdestoweniger kommt es vor, dass den Ansiedlern Plätze zugewiesen werden, die in räumlicher Hinsicht entschieden nicht genügen. Die Ansiedler richten sich in den Wohnräumen der bisherigen Bewohner häuslich ein, die nun genötigt sind, sich in die Ställe und Speicher zurückzuziehen und so die Diener der Kolonisten zu werden.

In der Broschüre „Die Tragödie von Staro-Selo" (Seiten 46–51) haben wir dargelegt, in welcher Art die Besiedlung der südlichen Dobrudscha vor sich geht und was sie bedeutet. Sie bildet eines der zahllosen Mittel, um die Bevölkerung systematisch zu beunruhigen und ihnen so das Leben immer mehr zu erschweren. Warnungen, dass eine in dieser Art durchgeführte Kolonisation zu den bedauerlichsten Verwicklungen führen könnte, sind wiederholt vorgebracht worden, ohne dass irgend eine Massnahme getroffen worden wäre. Die seitens der neuen Ansiedler täglich verübten in hohem Grade unbilligen Handlungen haben nicht einen Augenblick nachgelassen, um endlich im Sommer und im Herbst des vergangenen Jahres jedes Mass zu überschreiten.

Im Sommer 1927 haben die Ansiedler aus verschiedenen Dörfern, im Einvernehmen mit den Beamten, unter Vorschützung verschiedener Vorwände der Bevölkerung einen Teil der bereits angebauten Felder in gewaltsamer Weise entrissen, ohne dass die Behörden es für nötig erachtet hätten, einzuschreiten. Die ureingesessene Bevölkerung war genötigt, ihr Saatgut von den pflichtvergessenen Beamten, rückzukaufen. Im Dorf Aydemir,

im Bezirk Silistria, wo die Bevölkerung behufs Verhinderung der Wegnahme der Felder den Schutz der Justizbehörden anrief, griffen die macedo-rumänischen (kutzo-walachischen) Bauern aus dem Dorfe Frachari mit der Waffe in der Hand die behördlichen Organe an und verwundeten mehrere Personen, darunter einen rumänischen Beamten und eine Frau. Es muss festgestellt werden, dass die Fälle von Gewalttätigkeiten und von Missbräuchen aller Art, die an der eingeborenen Bevölkerung verübt wurden, immer unbestraft geblieben sind. Was aber noch bedauerlicher ist, und was zu verkünden wir gleichfalls für unsere Pflicht halten, damit man klar die Ursachen erkenne, die zu den Konflikten vom vergangenen November geführt haben, das ist der Umstand, dass an Stelle von strengen Strafmassnahmen zu diesen tadelnswerten Handlungen sogar seitens gewisser Kreise geradezu ermutigt wurde, besonders seitens der intellektuellen und chauvinistischen Kreise des Landes. Die rumänischen Kreise, die genauestens unterrichtet waren über Alles, was sich zwischen den Dörfern Frachari und Aydemir zugetragen hatte, haben nicht nur die vollkommene Straflosigkeit der Verbrecher erreicht, wie es übrigens jedesmal in diesem Lande der Fall gewesen ist, wenn es sich um Rumänen handelt und die Verletzten Bodenständige, also Bulgaren oder Türken waren: diesesmal gelang es aber sogar eine hohe Persönlichkeit als Bundesgenossen zu gewinnen, den Sohn des verstorbenen I. I. Bratiano, den damaligen Conseilspräsidenten M. G. I. Bratiano, Universitätsprofessor zu Jassy und Deputierten. Er besuchte einige Tage nach dem Zwischenfall das Dorf Frachari, und weit entfernt davon, in einem Interview (siehe „Universul" vom 8. VIII. 1927) nur mit einem Wort das durch die Einwohner begangene Verbrechen zu brandmarken, lobte er vielmehr deren Vorzüge, insbesondere ihren „vehementen Patriotismus".

In dem beklagenswerten Verhalten des Sohnes des Conseilpräsidenten haben alle verbrecherischen Elemente eine nicht einmal sonderlich bemäntelte Ermutigung gesehen. Was sich dann in der südlichen Dobrudscha im Monate November zutrug, war nur eine natürliche Folge.

Der Berichterstatter einer einflussreichen, in Sophia erscheinenden Tageszeitung, der diese unzulässige Stellungnahme verzeichnet, gibt sich einigen Betrachtungen hin, die uns bezeichnend erscheinen für das, was in der südlichen Dobrudscha vorgeht:

„Der Besuch von M. G. Bratiano in Frachari konnte nicht verfehlen, ihm den Vorgang zu enthüllen, der in dieser Räuberhöhle, in diesem Nest des Verbrechens seinen Ursprung hat. Wenn einst die Gerechtigkeit in der Dobrudscha triumphiert, und wir haben die feste Überzeugung, dass es ein Weltgewissen gibt, das an Stärke und Grade zunehmen wird, diese Gerechtigkeit gegen die Minderheit, deren Rechte in Europa noch am meisten verkannt werden, erzwingen zu können, dann wird man die Möglichkeit haben, die Verbrechen und die schreienden Ungerechtigkeiten gegenüber der örtlichen Bevölkerung kennen zu lernen, die eigentlich die Grundlage der Kolonisation in jener Gegend bilden. So ist Frachari Dank der Plünderungen, den aufgezwungenen Frohnarbeiten und den Gewaltakten entstanden. Dieses Dorf wurde auf einem Grund erbaut, der der eingeborenen Bevölkerung weggenommen wurde. Die Häuser wurden durch die mit Gewalt zur Arbeit und zu den nötigen Transporten gezwungenen Bauern der Umgebung unentgeltlich erbaut. Frachari lebt auf Kosten jener Bevölkerung, der die Felder genommen wurden. Es wird dastehen als ein Sinnbild der schreienden Ungerechtigkeiten und der Gewaltakte in der südlichen Dobrudscha. Und während das durch die Bewohner von Frachari gelegentlich der Plünderung von Aydemir vergossene Blut noch rauchte, erachtete es der Sohn des Conseilspräsidenten des Landes für angemessen, die Tatkraft und den „vehementen" Patriotismus in diesem Wespennest zu loben! Kann man sich eine beklagenswertere Verirrung vorstellen ?"

Diese Darstellung bedarf wohl keines Kommentars. Die Straflosigkeit der Ungerechtigkeiten, und sogar die Belobung der Verbrechen konnte wohl nicht anders denn als Ermutigung dienen. Auch hören die empörendsten Ungerechtigkeiten auf Kosten der bodenständigen Einwohner nicht auf und die Kette verlängert sich ins Unermessliche. Die eingeborenen Bewohner verarmen, verzweifeln und wandern als Proletarier aus, teils nach Bulgarien, teils in die Türkei.

Die im Laufe des Monates November 1927 begangenen Gewaltakte, die Gegenstand von Klagen sowohl beim „Völkerbund", als auch bei der „Internationalen Völkerbunds-Vereinigung" waren, sind bezeichnend für die Art der Herrschaft in jenen Gegenden.

Eben war eine amtliche rumänische Untersuchung zum

Abschluss gebracht worden, die Gelegenheit gegeben hatte, eine ganze Reihe von Gewaltakten und schweren Ungerechtigkeiten festzustellen, die durch die Kolonisten begangen worden waren. Es war festgestellt worden, dass eine grosse Anzahl dieser Ansiedler in den Häusern der Landesbewohner eingenistet waren, die von jenen wie Knechte behandelt wurden und gegen die die ärgsten Willkürakte verübt wurden. Die Kommission beschränkte sich auf die Verfassung einer Meldung; aber Bestrafungen wurden auch diesmal nicht vorgenommen.

Kaum hatte die Kommission die Gegend verlassen, begann gegen die ortseingesessene Bevölkerung eine Reihe von Gewaltakten. Wie bei der Schlächterei von Staro Selo im Jahre 1926 konnten auch diese Gewalttaten keine Rechtfertigung in dem stets einwandfreien Verhalten der eingeborenen Bevölkerung finden.

Wir geben hier die Beschreibung wieder, die wir in einer an den Völkerbund in Genf gerichteten Mitteilung gemacht haben.

„Am 2-ten November l. J. war im Dorfe Kotschina (Bezirk Silistria) das Gerücht verbreitet, dass ein Kolonist namens Tanas, durch Räuber getötet und in zehn Stücke zerschnitten worden ist. Das Gerücht hat sich im ganzen Bezirk verbreitet, und die eifrigsten Verbreiter waren die Agenten der rumänischen Geheimpolizei, der Mehrheit nach Macedo-Rumänen (Kutzo-Walachen.) In Wahrheit verhielt sich die Sache ganz anders: der unglückliche Tanas und ein Türke Selim Arab, Agent der Geheimpolizei, beide Jäger, sind mit Gewehren bewaffnet in den Wald in der Nähe des Dorfes auf die Jagd gegangen. Da sie ohne Erlaubnis jagten und ein Geräusch hörten, fürchteten sie, durch die Waldhüter auf frischer Tat ertappt zu werden und die Wilderer ergriffen die Flucht. Der Türke kam im Dorfe an und sagte niemand ein Wort. Als er nach nicht allzulanger Zeit genötigt wurde, sich über das Schicksal seines Jagdgenossen zu äussern, erzählte er, sein Kamerad müsse verwundet oder wohl gar getötet worden sein, und er hätte ihn verlassen, um nicht auch von den Waldhütern ertappt zu werden. Ob er die Wahrheit gesprochen hat, ist eine andere Frage. Wahr ist jedoch, dass man auf Grund seiner Angaben im Walde den genannten Tanas gefunden hat, noch lebend, aber bereits in Agonie, am Fusse verwundet und die Wunde mit einem Hasenfell verbunden. Kurz darauf verschied der Unglückliche ohne Aufklärungen geben zu können.

Die tendenziös entstellte Nachricht von seinem Tode war das Signal zu Ausschreitungen gegen die ganze Bevölkerung, die an die schrecklichsten Tage der türkischen Baschibozuks erinnerten.

Ungefähr 70—80 bis an die Zähne bewaffnete macedo-rumänische (kutzo-walachische) Kolonisten begaben sich in die benachbarten Dörfer. Im Dorfe Kasimir verhaften sie die ganze männliche Bevölkerung, die im Dorfe gefunden werden konnte; die Hände werden gefesselt; sie schleppen sie in das Haus des Bertula Hadschi Kara, legen sie auf den Boden und schlagen sie grausam mittels eines Pfahles. Die Bande hat im Hause alles gestohlen, was sie wegschleppen konnte. Sie hat auch Nahrungsmittel Brot, Käse, Fleisch, Hühner und Wein zusammengerafft und hat sich zu Tische gesetzt. Nachdem sie genug gegessen und getrunken, hat sie die Opfer einer neuen Bastonnade unterworfen. Unter den Geprügelten in diesem Dorfe können wir folgende Namen nennen: J. T. Tchavuchef, Dimitrie Colef, Sabi Anghelof, Marine Velicof, Ivan Petcof und Colu H. Gheorgief. Der Bauer Dimitrie Colif ist besonderen Martern unterworfen worden: er wurde gefesselt, die Füsse und Fäuste wurden zusammengebunden und dann wurde er an einem Baume mit den Füssen, den Kopf nach unten, aufgehängt. Unter seine Nase hat man mit Petroleum begossenes Stroh gelegt und angezündet. Der Aufgehängte machte alle Anstrengungen, um den Flammen zu entkommen, krümmte sich, schrie vor Schmerz und in der Angst vor dem Ersticken, ohne seine Peiniger erweichen zu können.

Desgleichen haben sich ähnliche Szenen im Dorfe Cotchina abgespielt, wohin sich die Bande begab. Unter den Geprügelten und Misshandelten in diesem Dorfe führen wir an: den Priester Balonche Chichcof, Marco Stoyanof, Jovco Dimitrof, Velico Hatchef, Ilia Tetchef, Dobri Pentchef, Marine Stoytchef, Balouche Pentchef Ghenof, Pentcho Stoef, Pawel Petrof, Jordan Iwanof, Nedko Jelesof, Kospodin Dimitrof, Kalin Jelesof, Kosta Bentschef, Iwan Pecf, Jovca Jetchef, der 70-jährige Jetchco Catalief. Man nahm ihnen Kleider, Möbel, Kupfergefässe, Bettdecken weg, lud alles auf Wagen und nahm den Weg gegen das Dorf Golebina.

Am Tage der Beerdigung des toten Kolonisten haben sich gegen 600 aus allen umliegenden Dörfern kommende bewaff-

nete Kolonisten versammelt. Es scheint, dass die Menge auf Befehl rekrutiert worden war, denn an ihrer Spitze befanden sich Führer wie Ciotti Alexandresco, Fatajoga und Traian Patrajan aus Silistria, Männer „mit Sack und Strick", zu gleicher Zeit Staatsangestellte und Vertrauensmänner des ehemaligen Präfekten, nunmehrigen Senators M. Tachko Poutcherea, selbst Macedo-Rumäne (Kutzu-Walache), ehemaliger Komitadschi aus Macedonien.

Diesmal beteiligen sich macedo-rumänische (kutzo-walachische) Kolonisten von Tataroman, Ouzundja-Orman, Ay-doudou, Bazirghian, Jala-Tchataldja, Szebama, Beymouchlar, Frachari u. s. w. Eine Gruppe von ungefähr 250–300 Personen bewegt sich gegen die Dörfer Babouc, Pandakli, Klein-Kaynardja, Gross-Kainardja, an der Spitze Ciotti Alexandrescu, und Andere, und kommen durch das Dorf Aydemir. Unmöglich, die Gräuelszenen zu beschreiben, die allerorten beim Durchzug dieser bewaffneten Horden stattfanden. Alle Männer denen sie begegneten, wurden grausam geprügelt, die Häuser ausgeplündert, die Weiber geschändet. Im Dorfe Aydemir waren die Misshandlungen besonders grausam und das Leben von zehn Personen, darunter das des Kaufmanns Ivan Betchevorof, ist nicht ausser Gefahr.

Nach dem Verlassen von Aydemir begibt sich die Horde in das Dorf Szebama und von dort nach Popina. Kaum, dass sie hier endlich hält, und dies nur Dank dem Gendarmerie-Postenführer, der den Landleuten gestattete, sich zu bewaffnen und den Angreifern Widerstand zu leisten. Die Menge begibt sich nun gegen Jala-Tchataldja und zerstreut sich.

Während dieser ganzen Zeit sind die Behörden von Silistria, obwohl sie über alles, was sich in den Dörfern zutrug, vollkommen im Laufenden waren, nicht eingeschritten, um den Ereignissen zuvorzukommen oder zeitgerecht die verbrecherischen Volksmengen aufzuhalten! Die Gerichtsbehörden haben auch nicht ihre Pflicht getan, obwohl sie seitens der Bevölkerung dringendst durch Gesuche darum gebeten und durch Rechtsanwälte hiezu aufgefordert worden waren.

Ähnliche Szenen sind auch im Bezirk Tuliacra vorgekommen, dann in den Dörfern Padureni, (Yala-Youtchonnanu) Chublu, Garguluc, und anderen. In Padureni haben die Kolonisten 22 Bauern geprügelt; deren Verwundungen waren tötlich.

Der Bauer Peter Todorof aus Gargaluc ist beinahe seinen Wunden erlegen. In diesem Bezirke benützten die Kolonistenbanden Automobile und alle Bauern, denen sie begegneten, mussten sich Roheiten gefallen lassen.

Wenn auch die Kolonisten in der südlichen Dobrudscha zum erstenmale als Banden erscheinen und gegen die den Minderheiten angehörige Bevölkerung mit Angriffen vorgehen, so ist es doch keineswegs das erstemal, dass die Minderheiten hier einer ungerechten und den Verträgen betreffs der Minderheiten widersprechenden Behandlung ausgesetzt sind.

Die ungerechte Verwaltung ist die Ursache, dass ganze Dörfer ohne männliche Bevölkerung sind, da diese, um den Verfolgungen zu entgehen, zur Auswanderung schreiten oder Zuflucht in den Städten und in – den Wäldern suchen musste. Wir führen als Beispiele die Dörfer Beliza, Denizler, Viskioy, Ouzvundji-Orman, Hodja-Kioy an, in denen fast nur mehr Frauen und Kinder verbleiben. Ebenso verhält es sich in mehreren türkischen Dörfern z. B. Charmankioy, Atkioy. Es gibt sogar vollständig ausgewanderte Dörfer! Die Felder bleiben unbebaut, das Elend der Bewohnerschaft ist unbeschreiblich. In Bulgarien wieder gestaltet die Einwanderung das Leben in den Dörfern schwierig und erhöht die infolge der grossen Zahl von Flüchtlingen ohnehin schon sehr fühlbare Arbeitslosigkeit.

Wir müssen in Erinnerung bringen, dass die Straflosigkeit, deren sich bis heute alle Jene erfreut haben, die sich gegen die Minderheiten vergangen haben, die verbrecherischen Elemente, ohne Unterschied ihrer gesellschaftlichen Stellung, geradezu ermutigt. Noch sind Jene nicht bestraft worden, die sich gegenüber der minoritären Bevölkerung in den Dörfern Staro-Selo, Malka-Kaynardjia, Alfatar, Kavourga, Denizler, Belitza, Popina u. s. w. begangenen Verbrechen, Gewalttätigkeiten und Erpressungen zu Schulden kommen liessen.

Der durch Rumänien am 9-ten November 1919 unterzeichnete Vertrag über den Minderheitenschutz sichert den Minderheiten alle bürgerlichen und politischen Rechte zu, also einschliesslich der persönlichen Freiheit, sowie der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums. Wir sehen uns genötigt, festzustellen, dass diese Rechte der minoritären Bevölkerung in der südlichen Dobrudscha nicht gesichert sind, und

diese Feststellung kann ohne Weiteres durch eine amtliche Untersuchung (Enquête) in den Orten nachgeprüft werden, wie auch durch das Studium der Ausnahms-Gesetzgebung, der die Provinz unterworfen ist.

Wir halten uns nicht auf bei den Eingriffen bezüglich des öffentlichen Unterrichtes, des Kultus u. s. w. Wir lenken die Aufmerksamkeit auf die *Eingriffe* in jene Rechte, die man überall als *natürliche Rechte* betrachtet!"

Durch die Untersuchung, die durch hohe rumänische Amtspersonen vorgenommen wurde, ist es gelungen, noch viel mehr festzustellen als die in dem vorerwähnten kurzgefassten Bericht erhobenen Tatsachen. So konnte insbesondere die Vergewaltigung zweier Mädchen, sowie der Frau eines Priesters festgestellt werden, welch letzterer in besonders grausamer Weise Prügel bekam.

Indessen sind die an der Bevölkerung verübten Grausamkeiten durch die an den Völkerbund gemeldeten Tatsachen noch keineswegs erschöpft. Die Dörfer haben noch zahlreiche andere Gewalttaten erdulden müssen und selbst den Städten bleiben sie nicht erspart.

In Silistria wurde die Verlagsanstalt, in der die in bulgarischer Sprache erscheinende Zeitung „Nov Glas" gedruckt wurde, belagert und verwüstet. Das selbe Schicksal erlitt in Dobritsch die Druckerei und die Schriftleitung des bulgarischen Blattes „Kurier". Und doch hatten diese beiden unabhängigen Organe stets eine durchaus korrekte und loyale Haltung beobachtet.

Es muss noch einmal unterstrichen werden, dass keine Bestrafung diesen Ausschreitungen folgte. Der „Kurier" von Dobritsch glaubt in diesem Stand der Dinge schwere Gefahren für die Zukunft feststellen zu müssen.

„Man äusserte nicht das mindeste Zeichen von Reue, nicht den geringsten Willen, sich zu bessern und die Massen der macedonischen Kolonisten in die Wege der Gesetzlichkeit, der Ordnung und der Ruhe zu weisen. Keinerlei Schritt wurde unternommen zu Gunsten der verhöhnten, gequälten und die ärgsten Leiden erduldenden Bewohner. Im Gegenteil, der Treue zu unserer erhabenen Aufgabe, tatkräftig die Rechte und Freiheiten der rumänischen Bürger zu verteidigen, zum Trotz sind uns verboten, selbst ohne das mindeste Kommentar den rohen

Angriff zu verzeichnen, deren Gegenstand die Druckerei und die Bureaux unserer Genossin von Silistria, des „Nov Glass" waren. Stehen wir denn ausserhalb des Gesetzes ?„

Die Untersuchungs-Kommission soll sich in Versicherungen ergangen haben, dass sich Ereignisse dieser Art nicht wiederholen würden. Aber welchen Wert können Versicherungen haben, wenn das System selbst aufrecht bleibt ? Gerade angesichts einer solchen Möglichkeit sehen die Verträge bezüglich des Minderheiten-Schutzes ein ganzes Bündel von Rechten vor und gewährleisten den Minderheiten alle bürgerlichen und politischen Rechte, deren sich die Mehrheitsbevölkerung erfreut. Insolange diese Rechte in der Dobrudscha nicht zur Gänze respektiert werden, und insolange sie die einheimische Bevölkerung nicht als eine verwirklichte Tatsache betrachten kann, solange werden die besten Bestrebungen vornehmer Seelen unfruchtbar bleiben.

Die täglichen Ereignisse in der Dobrudscha beweisen von selbst die Richtigkeit dieses Gedankens: Gleich nach der Abreise der Untersuchungs-Kommission, die die Vorgänge vom 29-ten November 1927 studiert hatte, konnte man neue Gewaltakte, sowie willkürliche Heranziehung zu Frohndiensten feststellen. Wir begnügen uns damit, zwei typische Fälle in Erinnerung zu bringen. Es sind die folgenden:

Der vorerwähnte Gioti Alexandresco, eine der in der an den Völkerbund gerichteten Klage erwähnten Personen, ist einer der Führer, die in der Gegend von Silistra die Pogroms organisiert haben. Sobald er die Abreise der Untersuchungs-Kommission erfuhr, versammelte er gegen dreissig bulgarische Bauern und zwang sie durch Gewalt, für ihn unentgeltlich eine weite Fläche zu bearbeiten, auf der ein Weingarten angelegt werden sollte.

Die Gendarmen von Kotschina, wo gleichfalls eine Untersuchung vorgenommen worden war, und wo die abscheulichsten Akte von Vandalismus stattgefunden hatten, liessen die jungen Leute des Dorfes zusammenrufen, unterzogen sie einer regelrechten Bastonnade und liessen sie dann ziehen mit dem Befehl, jeder müsse einen Liter Wein und einen Liter Branntwein bringen, wenn sie weiterhin nicht mehr beunruhigt werden wollten.

Stets, wenn nach einer Zeit vorübergehender Beruhigung die ungerechten Handlungen nicht aufhören, wächst der Hass

wieder an und man sieht von neuem Bedrohungen aus früherer Zeit ihr Haupt erheben. Die Konflikte, die man seit 1918 sich vervielfältigen sieht, werden auch weiterhin das friedliche Leben der Bevölkerung in diesem Lande und die normale Entwicklung bedrohen, solange man sich nicht entschliesst, den nationalen Minderheiten ernstlich die Respektierung ihrer Rechte zu gewährleisten, indem man ihnen eine menschliche Existenz sichert.

Es erscheint mithin durchaus notwendig, in dieser Gegend solche Verhältnisse zu schaffen, die geeignet sind, der gegenwärtigen Lage mit Entschiedenheit ein Ende zu bereiten, einer Lage, die gefährlich ist und die schlimmsten Folgen befürchten lässt.

SCHLUSSWORT.

Da die Bulgarische Vereinigung in Betracht zieht, dass alle Anstrengungen bisher kein zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt haben;

da sie ferner sieht, dass die Bevölkerung der Südlichen Dobrudscha auch weiterhin einer Verwaltung unterworfen bleibt, die in keiner Weise übereinstimmt mit den Verträgen über die Minderheiten, noch mit den durch das internationale Recht anerkannten Grundsätzen über die den minoritären Bevölkerungen zuerkannten Rechte;

da sie endlich der Erwägung Raum geben muss, dass dieser Zustand der Dinge die Gefahr in sich birgt, den Ruin der Bevölkerung herbeizuführen, sowie dass er überhaupt dem Werk des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern schädlich ist:

schlägt sie vor, es möge beim Völkerbund erwirkt werden, dass dieser entsprechende Massnahmen treffe, um für die Südliche Dobrudscha eine Verwaltung zu erreichen, die im Einklang steht mit den Verträgen über die Minderheiten und mit dem internationalen Recht.

Die tschechischen und ungarischen Protestanten in der Vergangenheit.

Die Evangeliker der Tschechoslovakei beschlossen gelegentlich ihrer Vollversammlung im Jahre 1923, wieder eine Versammlung in 1928 abzuhalten. Diese hielt der Verband der evangelischen Kirchen mit der Kostnická Jednota gemeinsam. Bei der eröffnenden Sitzung am 4. Juli waren 200 Delegierte aus allen Teilen der Tschechoslovakei erschienen, ebenso wie der reformierte Bischof Elemér Balogh in Vertretung der reformierten Kirche, der in grosszügiger Begrüssungsrede einen geschichtlichen Überblick über das Verhältnis der tschechischen und ungarischen Protestanten warf.

In dieser Ansprache gab der Bischof folgende interessante Ausführungen zum Besten:

Die Böhmen verloren ihre nationale Unabhängigkeit durch den unglücklichen Ausgang der Schlacht am weissen Berge. Wer sich die Zeit nimmt, möge untersuchen, inwiefern die Engländer und Franzosen den Böhmen gegen das Habsburgerhaus Hilfe leisteten. Ich weise nur auf einen Buchtitel hin: Fedus (sic!) Ungaro Bohemicum, anno salutis MDCXX. aprili mense Pragae . . . . nec non articuli a Serenissimo Dn. Dn. Gabriele Bethlen, ... Transylvaniae Principe, et ordinibus Ungariae unanimi consensu initi. Anno 1620. 18 februar. Cosmopoli 1620.

Dieses Buch enthält die Punkte des zwischen Bethlen und den Böhmen geschlossenen Bündnisses.

Infolge dieses Bündnisses sandte Bethlen den Böhmen siebentausend ungarische Soldaten zu Hilfe. Der Gewinn der Schlacht lag nicht an Bethlen, sondern in erster Linie am Böhmenkönig und dessen Schwiegervater, dem englischen König.

Nicht ungarische Hände gruben das Grab der böhmischen Freiheit!

Der Schlacht am weissen Berge folgte die Rache der Wiener Kreise, Todesurteile, Vermögens-Konfiszierungen in Menge. Die Produkte der böhmischen Litteratur wurden am Scheiterhaufen verbrannt. 185 Adelsstämme, 30.000 tschechische Familien flohen aus ihrem Vaterland, um wenigstens ihr Leben und ihren Glauben vor den österreichischen Tyrannen zu retten,

wenn schon Alles verloren war. Polen, Schlesien, Brandenburg und Holland nahmen die fliehenden Böhmen gastfrei auf und auch Ungarn kargte nicht in Ausübung dieser Gastfreundschaft.

Bethlen liess die Zahl von einer Dorfbewohnerschaft ausmachendem Böhmervolk in Alvinc ansiedeln, Georg Rákóczi bot ihnen auf seinen Gütern in Pucho und Lednic Unterkunft. Die Grundherren von Thurzó, Illésházy, Révay, Nádasdy, Nyári, Vizkeleti und andere übten auch Barmherzigkeit an den Flüchtlingen. Die Ungarn boten also den ins Unglück geratenen Böhmen Hilfe.

Dies stellte nicht ein ungarischer Historiker fest, aber keine geringere Autorität, als Johann Comenius Amos.

Während der Verfolgung der Böhmen äusserte sich die Sympathie der Ungarn ihnen gegenüber in rührender Weise. Im Jahre 1632 erschien in Karlsburg ein Buch, dessen Titel schon von edler Abstammung und Bestimmung zeugt. „Zu Trost der Wittenberger Akademie, der für ihre evangelische Religion Verfolgung leidenden Böhmen und Mähren, der ungarischen Nation zur Ehre ins ungarische übersetzt vom Hofprediger Stefan Tolnai des lobenswerten Siebenbürgerfürsten, hochgeborenen Herrn Georg von Rákóczi".

Dieses Buch galt den Böhmen zum Trost, unseren Ahnen und Vorfahren gereichte es ihrer Menschenliebe zur Ehre.

Die Berühmtesten dieser Flüchtlinge waren Johann Comenius Amos und Martin Drabik.

Auf dem Wege von Mähren, hielt Comenius in Nagyszombat (Tyrnau) Rast, bei welcher Gelegenheit er die protestantischen Geistlichen der Umgebung zusammenrief, welche auch alle aus Ehrfurcht vor dem Flüchtling an der Zusammenkunft teilnahmen. Comenius begann sich mit ihnen in ihrer „lingua nostra" zu verständigen, war aber überrascht zu erfahren, dass unsere ungarischen Priester ihn nicht verstanden. So begann er lateinisch zu sprechen, wonach er Verständnis fand.

Auch verstand Comenius natürlicherweise, dass die „lingua materna" der Ungarn nur die ungarische sein kann.

In Lednic (Trencséner Komitat) liess sich der tschechisch-mährische Geistliche Martin Drabik nieder, woselbst er die für ihn verhängnisvollen Prophezeiungen, die in seinem Werk „Lux in tenebris" „Licht in der Finsternis" erschienen, verfasste. Er

prophezeite nichts Geringeres, als den Sturz des Habsburghauses. Seine übrigen Voraussagungen hatten für ihn keine böse Rückwirkung, umso mehr aber die auf das Habsburghaus bezüglichen. Er wurde vor's Pressburger Blutgericht (delegatum judicium) gewiesen, welches ihn zum Tode verurteilte.

Auf dem Pressburger Hauptplatz, vor dem neben dem Rathaus befindlichen Brunnen liess man seine rechte Hand abhauen, weil er damit seine grauenhafte Voraussagung niedergeschrieben hatte, schnitt man ihm die Zunge ab, weil diese seine Bösartigkeit verkündete und haute man ihm den Hals ab, weil der seinen starren Kopf trug.

Seinen Leichnam taten sie auf den Karren für die Äser und führten ihn aus der Stadt. Ob er begraben wurde, oder ob ihn die Hunde frassen – keiner weiss es.

Martin Drabik wurde in Ungarn getötet, doch nicht von Ungarhand, sondern von den Dienern Wiens. Der Flüchtling Drabik starb in Ungarn, weil Wiens Rächerhand bis dorthin reichte und die Ungarn dagegen machtlos waren.

Solange Drabik lebte, fanden seine Weissagungen, obwohl sie Siebenbürgen begünstigten, vonseiten des Fürsten wenig Gehör aber durch Comenius verbreiteten sie sich bis nach Holland, ja sogar in die biedere Schweiz, wo diese auf unseren Züricher Priester Jakob Redinger solchen Eindruck ausübten, dass er seine Familie, Pfarre und Heimat verliess und Drabik nach langer Wanderschaft aufsuchte. Er trieb sich in Pressburg, Farkasd, Komárom, Ószöny, Érsekujvár, Esztergom, Ofen und Eszék herum. Hier musste er seine Wegrichtung wegen der türkischen Horden ändern und über Lippa, Schässburg, der Gegend von Kővár, über Szatmár, Kaschau, Zsolna gelangte er nach Lednice zu Drabik. Die Zusammenkunft Drabiks mit Redinger wirkte nicht ernüchternd auf Letzteren, der nach seiner Heimkehr vom Kanton Zürich im Armenhaus interniert wurde, wo er sein Leben mit umnachtetem Geist beschloss.

Es ist bekannt, dass in Prag studierende Zöglinge des Franziskanerordens den Hussitismus nach Ungarn, eigentlich der Bácska und besonders nach Slavonien brachten. Unsere in München und im Apor-Kodex aufbewahrten Sprachandenken stammen auch von solchen Mönchen. Die Ausrottung dieser Hussitenströmung unternahm der Gefährte Johann Kapistrans, Jakob Márkiai und vollführte sie auch mit solcher Grausamkeit,

dass die noch überlebenden Ungarn nach Siebenbürgen flohen. Jakob Márkiai verfolgte sie und erreichte auch sein Ziel – er rottete die Ungarn aus – wer noch laufen konnte, der lief nach der Moldau. Die erste ungarische Bibelübersetzung ist das litterarische Andenken dieser hussitischen Ungarn in der Moldau.

In der Geschichte der tschechisch-ungarischen Wechselwirkung sind folgende Daten noch unbekannt:

Albert Szenczi-Molnár besuchte, aus Heidelberg heimkehrend, in Prag den Baron Przech von Hoddiegova, dessen Söhne unter der Aufsicht eines ungarischen Lehrers (Filiczki) in Heidelberg gelernt hatten. Baron Przech bewirtete Albert Szenczi-Molnár hocherfreut und beschenkte ihn mit der von Benedikt Lorenz Nudozierinus im Jahre 1603 verfassten tschechisch-lateinischen Sprachlehre. Es ist nicht feststellbar, ob Albert Szenczi-Molnár tschechisch gelernt hat oder nicht, das Buch aber hielt er in Ehren. Unter den Bruchteilen seines Nachlasses im Komitat Vas fand ich dieses. Die Gemahlin Balthazar Batthyánys, des in Paris auf Studienreise gewesenen Grundbesitzers von Németujvár, die Protektorin der reformierten Christen von jenseits der Donau, war böhmischer Abstammung und hiess Eva Popel (Lobkowitz). In ihrem Nachlass fand ich auch die Bibel von Kralitz. Ebendort befindet sich auch die deutsche Bibel von Albert Szenczi-Molnárs Frau, die wahrscheinlich der Liederkomponist Frau Balthazar Batthány schenkte, als er „die Bibliothek in Németujvár durchstöberte."

So wurde die Kralitzer böhmische Bibel im Hofe des ungarischen Edelmannes geehrt.

Es steht fest, dass in Oberungarn im Jahre 1728, also in der heutigen Slovensko und Russinsko zwei reformierte Kirchengemeinden waren. Im Jahre 1914 stieg deren Zahl auf 8 (400%), zugleich ging der Prozentsatz der ungarischen reformierten Versammlungen um 43 zurück. Es ist daher sicher, dass die Slovaken nicht magyarisiert wurden.

Es ist nicht allgemein bekannt, dass die mährischen Kommunisten aus ihrem Vaterland vertrieben, in Ungarn Unterkunft fanden. (Z. B. Nagy Lévárd, Szobotist, Pritresd usw.) Hier lebten und arbeiteten sie in Eintracht. Einem deutschen Reisebeschreiber gemäss war ihre Ruhe durch nichts gestört, als „es war manchmal Streit unter ihnen um einige grössere Knödel." Die Ungarn störten sie nie. Ihre Nachkommen sind heute schon

nicht mehr Kommunisten. Ihre Sprache haben sie ganz verlernt, aber sie wurden aus Deutschen nicht Ungarn, sondern Slovaken. Mithin sind sie nicht magyarisiert worden.

Es ist bekannt, dass Josef II. ein Toleranz-Edikt erliess, worin er erlaubte und bestimmte, welche Religion seine Untertanen bekennen sollen. Diese Böhmen, die im Geheimen Anhänger der böhmisch-mährischen Bruderkirche blieben, erklärten sich nun grösstenteils offen zur reformierten Religion, weil das Duldungs-Patent die böhmisch-mährische Bruderkirche nicht anerkannte.

Nun musste auch für Priester gesorgt werden. Anfangs verschafften sie sich slovakische Geist iche Augsburger-evangelischer Konfession, doch erreichten sie mit diesen nicht viel. Nach langwierigen Erkundigungen wandten sie sich an Sárospatak, von wo sie endlich reformierte Jünglinge bekamen, die bereit waren, ihre Religion unter den Böhmen zu pflegen und zu verbreiten. Gerne würde ich die Namen dieser 160 aufzählen, doch aus Zeitmangel ist dies unmöglich.

Ich fand jene Urkunden, welche bezeugen, dass unsere ungarischen Ahnen in 1759 ein Stipendium sammelten, um aus dessen Zinsen den Schulunterricht armer slovakischer Schüler zu bestreiten, die ihre Prüfungen bestehend dann in den Versammlungen Gottes Wort in slowakischer Sprache verkünden könnten. Diese Urkunden befinden sich druckfertig in meinem Besitz.

Tatsache ist auch, dass die böhmisch-mährischen Schüler nicht gerne in Österreich studierten, sondern lieber nach Ungarn kamen, u. zw. die Augsburger-Evangeliker nach Pressburg (z. B. Palaczky), die reformierten nach Kecskemét.

Es gereicht der ungarischen Nation nicht zur Schande, dass viele dieser tschechischen und mährischen Schüler in Ungarn blieben und nicht nach Böhmen zurückkehrten. Sicherlich wurden sie geliebt und die böhmischen Jünglinge waren dankbar für diese ungarische Liebe.

Das Gesagte enthält Lob für die Ungarn. Die Ungarn taten den Böhmen nichts zuleide. Wie hätten sie ihnen auch etwas angetan, waren doch Beide Leidensgefährten unter der vielhundertjährigen österreichischen Tyrannei. Jetzt, da die österreichische Tyrannei aufgehört hat, erwarten wir Ungarn ruhigen Gemütes, dass die Tschechen sich dieser vergangenen

Tatsachen erinnern werden und sie eingedenk dieser, wenn auch der Geist der Konstitution es nicht erfordert, gerecht und dankbaren Herzens uns begegnen werden.

Darum und auf Grund dieser, bitte ich im Namen der Slovenskoer und Rusinskoer Kirche die Prager Mitglieder der Versammlung dahin zu wirken, dass unsere Lage Milderung, unsere Angelegenheiten günstige Lösung erlangen mögen.

Erwirkt es, dass unsere Kirchengesetze sanctioniert werden, unsere des Heimatsrechtes entblössten Lehrer, Priester und Brüder Heimatsrecht erreichen mögen.

Verfüget, dass uns ein eigenes Priester- und Lehrerseminar gesichert und alle nötigen Schulen vergönnt werden.

Lasst uns unsere expropriierten kirchlichen Güter zurückgeben und verhindert die Durchführung weiterer Expropriationen.

Wo aber Grund an Arme verteilt wird, dort mögen auch arme Ungarn bedacht werden. Es ist traurig genug, dass von dem Besitz Franz Rákóczi's II. 200.000 Joch an französische Kapitalisten abgegeben wurden, obwohl in Frankreich selbst viel unbebautes Land ist.

So wie Ihr diese und andere wahre, gerechte und billige Wünsche vor Euren Prager Brüdern und Behörden unterstützen und verwirklichen wollet, so möge Gott Euch segnen!

Bulletin publié par l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations.

Les lecteurs sont informés qu'il a été rédigé par l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations un rapport aux affaires des minorités, dont le troisième bulletin vient de paraître. Mais ce que nous voudrions leur faire remarquer, c'est, qu'il se trouve dans ce dernier bulletin des articles de deux personnalités compétentes sur les questions minoritaires, nous citerons en particulier MM. les professeurs Bovet et Ruyssen; par contre nous croyons remplir un devoir en attirant l'attention de nos lecteurs sur l'article suivant:

Pour une Commission Permanente des Minorités.

Dans son rapport sur la dernière session de notre Commission des minorités, M. Ruyssen a dit comment nous avons adopté, par 158 voix contre 22, une proposition allemande destinée à être soumise à l'Assemblée plénière de La Haye et ainsi

conçue: „L'Assemblée de l'Union Internationale des Associations pour la S. D. N. a l'honneur de suggérer à la Société des Nations la création d'une Commission permanente des Minorités".

Cette idée n'est pas nouvelle. Le 12 septembre 1921, le Prof. Gilbert Murray soumettait déjà à la IIe Assemblée la proposition suivante: „En vue de permettre à la Société des Nations de remplir effectivement la tâche qui lui incombe dans la garantie de la protection des minorités, l'Assemblée demande au Conseil de nommer une Commission permanente chargée de recevoir les plaintes adressées à ce sujet à la S. D. N. et de préparer un rapport, en procédant au besoin à des enquêtes sur place". Dans la suite, M. Gilbert Murray renonça à sa proposition, afin qu'on essayât d'abord le nouveau mécanisme du „Comité de trois" proposé par le Conseil; mais il disait expressément aussi: „Je ne désire aucunement blâmer qui que ce soit, mais le fait que l'on n'a rien fait jusqu'ici pour protéger les minorités ne nous permet guère d'envisager la situation avec assurance et confiance. La question des minorités est d'une importance absolument primordiale pour la S. D. N. L'Europe d'antan, telle qu'elle existait avant la guerre, présentait de nombreux éléments d'instabilité, dont le principal, le plus universellement reconnu, était précisément l'existence, dans plusieurs des grands Etats européens, de minorités mécontentes du régime auquel elles étaient soumises". (Actes de la IIe Assemblée, page 836).

La même idée était reprise en 1922, par le Baron Adelsward, devant l'Union interparlementaire, et l'année suivante, le 16 août 1923, la XXIe Conférence interparlementaire adoptait, après rapport de M. Usteri, une résolution qui demandait „l'institution auprès du Conseil d'une Commission permanente des questions des minorités, conformément aux principes suivants: 1° Une Commission permanente composée de trois membres sera nommée par le Conseil; 2° Les membres de la Commission doivent posséder une compétence spéciale en matière juridique et sociale. Ils ne peuvent siéger au Conseil de la S. D. N., ni exercer de fonctions auprès du Secrétariat de celle-ci. Etc., etc." (Compte rendu de la XXIe Conférence . . . page 28.) Au cours de la discussion, un parlementaire hollandais disait en parlant de certaines minorités: „Aurait-on pu traiter plus mal ces populations infortunées, s'il n'y avait pas eu de traités du tout?

hat *William Martin*, der seinerzeit an der Seite Wilson's in Paris wirkte, bei Eröffnung unseres Kongresses im "Journal de Genève" einen Leitartikel verfasst, worin er die Minderheitenkongresse als ganz begründet erachtet und es als unhaltbar erklärt, dass die Minderheiten mit formellen Beanständungen und bürokratischem Zopf des Rechtes entblösst wurden, ihre Klagen vor den Völkerbund bringen zu können. Er führt aus, manche Regierungen betrachten es als Vergehen, wenn die Minderheiten ihre Stimmen vor dem Völkerbund erheben. Doch sonderbar, gerade die Regierungen jener Völker benehmen sich so, die sich vordem am meisten der Unterdrückung beklagten. Als der Minderheitenschutz geschaffen wurde, – so schliesst er seine Ausführungen – wollte man den Frieden sichern, dessen sei man stets eingedenk.

Senator *De Monzie*, vordem Unterrichtsminister in Frankreich, befasst sich im „Journal de Genève" ebenfalls in einem Leitartikel mit dem Problem der Minderheiten. Darin bekundet er die Ansicht, der Völkerbund sei zur Lösung solcher Probleme ungeeignet. Im Optantenprozess, ebenso wie beim polnisch-litauischen Konflikt, war der Völkerbund so sehr unschlüssig, dass sein Ansehen dadurch schwer geschädigt war. Demgegenüber haben die Schiedsgerichte und der internationale Gerichtshof im Haag in internationalen Streitfragen wirksam gearbeitet. Heute liegen die Dinge so, dass die Bestimmung des Völkerbundes gefälscht wird. Darum müsse den Minderheiten die Möglichkeit gesichert werden, sich zur Erledigung der gegebenen Fragen an den Haag wenden zu können, womit ganz Europa geholfen wäre.

In gleichem Sinne sprachen unlängst auch *Lord Parmoor* und *Lord Cecil*.

Nachdem wir solche Stimmen hörten und zugleich bei der Versammlung der Interparlamentarischen Union in Berlin ähnliche Äusserungen erfuhren, ist es selbstverständlich, wenn auch der Minderheitenkongress sich verpflichtet fühlt, dem Vorgehen des Völkerbundes gegenüber aufs entschiedenste Stellung zu nehmen.

Auch wir mussten zum Ausdruck bringen, dass der Völkerbund bis zur Stunde uns leider nicht den Schutz angedeihen liess, den wir mit Recht von ihm erwarteten. Dies zu erklären war unsere moralische Pflicht und wir hätten schweres Versäum-

nis begangen, wären wir weiter auf dem Standpunkt gesitteten Abwartens verblieben.

Der erste diesbezügliche Beschluss des Kongresses war unzweifelhaft seine bedeutungsvollste Tat. Aber auch seine weiteren Beschlüsse bezeugen, dass diese Körperschaft mit würdevollem Ernst, in voller Kenntnis der europäischen Lage und mit dem Wunsch nach Frieden die wahren Interessen von vierzig Millionen Seelen vertritt.

Reflexii la constatarea d-lui ministru Stelian Popescu.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

Partidul liberal a afirmat în continuu, că în România nu există chestia minorităţilor, acum însă suntem năpădiţi la tot pasul cu declaraţiile guvernului, referitor la această chestie inexistentă. D-l primministru B ătianu, a declarat în Cameră şi în Senat, cu ocazia desbaterii stabilizării, că la toamnă va prezinta un proiect de lege, care reglementează „politica minoritară", iar acum afară de declaraţia d-lui Tătărescu, ni-s'a dat să citim în coloanele ziarului *Viitorul* şi o declaraţie a d-lui Stelian Popescu, ministrul justiţiei.

Conţinutul aproximativ al declaraţiei e următorul:

Guvernul a designat o comisie specială, spre studiarea problemei minoritare. În urma studierii aprofundate a comisiei, se va elabora un plan de directivă, care va sista diferenţele existente între noi şi minorităţi. Întreg complexul chestiei minoritare e foarte potrivit pentru aflarea soluţiilor satisfăcătoare, ca în viitor să putem evita orice frecări inutile, armonizând interesele şi nizuinţele contrare. Guvernul va elabora amintitul plan pe lângă respectarea tratatelor internaţionale, cerând însă ca şi minorităţile să le respecte la fel. Accentuez, că noi nu ne temem de disensiunile dintre Români şi minorităţi, căci doară numărul minorităţilor e disparent (?) faţă de massa omogenă şi compactă a românismului. Minorităţile se pot desvolta liber în toate direcţiunile. Le cerem numai bunăcredinţă şi respectarea legilor ţării. *Am dovedit aceasta şi prin toleranţa manifestată cu ocazia serbărilor societăţilor corale dela Sighişoara. Sub dominaţia maghiară, nici n'a putut fi vorbă despre astfel de manifestări similare.*

D-l ministru Stelian Popescu e în eroare, dacă crede, că în fosta Ungarie n'au avut loc impozante serbări culturale ro-

mânești. Poate nu strică, dacă îi atragem binevoitoarea atenţiune numai asupra vre-o câtorva, cari ne vin în minte pe neașteptate.

„Asociaţiunea pentru literatura şi cultura poporului român", şi-a ţinut în 18 şi 19 Septemvrie 1910 adunarea anuală la Dej, luând parte — după rapoartele oficiale românești — peste două mii de oaspeţi. Aici s'au rostit, între altele, de către președintele Andrei Bârseanu, următoarele cuvinte: „Dreptul, ca cineva să aspireze la cultura naţională proprie, e cel mai firesc drept al fiecărui popor. Şi dupăcum individul, a cărui existenţă e primejduită, are dreptul să se apere din toate puterile, tot astfel şi poporul, a cărui cultură e bruscată, e îndreptăţit să recurgă la toate mijloacele disponibile, spre a-şi apăra limba strămoşească, tradiţiile, obiceiurile, portul naţional, cântecele, dansurile, religia şi literatura naţională. Contestarea acestui drept înseamnă proclamarea principiului luptei de extirpare".

Tot aci, după discursul de deschidere, deputatul Dr. Teodor Mihali a declarat următoarele: „Această adunare, la care Românii sunt prezenţi în număr atât de impozant, e o manifestaţie solemnă a neclintitei noastre adesiuni faţă de cultura naţională românească. *Iar interesul amicabil al concetăţenilor maghiari, pe cari îi salutăm cu iubire în mijlocul nostru, e o dovadă, că ne apreciază nizuinţele culturale* şi că pregătesc timpul, când vor recunoaşte, că nizuinţele noastre culturale promovează bunăstarea ţării".

La 5 Martie 1911, s'a ţinut în Sibiiu matineul „Astrei", participând în număr mare atât scriitori români din Ungaria, cât şi din România. Au fost între alţii: Emil Gârleanu, Cincinat Pavelescu, Caton Theodorian, Dimitrie Nanu, Cornel Moldovan, Victor Eftimiu, Dinu Ramură, Atanasie Mândru şi d-şoara Maria Filotti dela Teatrul Naţional din Bucureşti. Toţi aceşti scriitori au cetit fragmente din operele lor literare. Va să zică, domnule ministru, amintiţii scriitori au avut liber parcurs în Ungaria de pe vremuri şi n'au păţit ca Móricz Zsigmond şi consoţii, în România zilelor noastre.

La 29 şi 30 Aprilie 1911 s'au adunat în Arad scriitorii români, precum şi un public foarte numeros din împrejurime, aranjându-se cu această ocazie o grandioasă serbare culturală. Că din ce cauză a fost ales tocmai Aradul, motivul l-a arătat d-l Octavian Goga prin următoarele cuvinte:

„Unde duşmanul e mai puternic şi mai aproape de noi,

acolo e primejdia cea mai mare. Noi vedem dușmanul și îi simțim limba otrăvită, de aceea am venit aci, să-i stăm în față cu cerbicie, pentruca cu puteri unite să-l învingem".

Și cu această ocazie, au sosit din România următorii scriitori: Pavelescu, Gârleanu, Nanu, Moldovanu, Ramură și Eftimiu, iar dintre scriitorii ardeleni: Goga, Agârbiceanu, Maior, Lupaș, Osvadă, Bornemisa, Tulbure etc. Aci a rostit d-l Cincinat Pavelescu, magistrat din Constanța, următoarele cuvinte: „Vă simțim bătaia sufletelor și astfel cu puteri întreite vă venim într'ajutor, pentruca să vă încurajăm în lupta, pe care o duceți. Vă simțim durerile, vă auzim plângerile și de aceea suntem aci, să vă mângâiem și să pregătim terenul legăturilor cu frații de dincolo, pentruca astfel să ne ajungem scopul: unirea tuturor Românilor, deocamdată culturalicește, mai târziu însă... bunul Dumnezeu se va îngriji și de noi".

Domnule ministru! Aș putea continua la infinit enumărarea faptelor din trecut, acum însă vă prezint numai cele întâmplate în decursul unui jumătate de an, întrebându-vă totodată: oare a auzit cineva asemenea glas la Sighișoara? Vorbit-au la fel măcar cât de puțin, domnii Inczédy-Joksman, Willer, Vásárhelyi, Nemes Elemér sau oricare altul?

Vedeți însă, domnule ministru, înainte cu 17 ani, un cetățean străin, magistrat în Constanța, a putut să vorbească astfel la... Arad.

Die Reden der Delegierten der ungarischen Minderheiten am Genfer Minderheitenkongress.

Abg. Géza v. Szüllő (Tschechoslovakai).

Mesdames et Messieurs!

Quant à l'occasion de la quatrième conférence des minorités nationales, j'ai l'honneur de Vous saluer ici, je passe en revue l'époque écoulée depuis notre première réunion et je désire soumettre à un examen, la question de savoir si notre activité a déjà porté des fruits, ou sera-t-elle efficace à l'avenir, car c'est de ceci que dépend notre conduite future. Est-ce la

peine de continuer notre lutte, ou bien devons nous retomber dans l'ancienne léthargie qui a causé notre oppression actuelle.

En récapitulant les évènements des quatre dernières années, je dois constater, qu'il est peut-être vrai que nos conférences répétées n'aient pas encore pu atteindre des résultats positifs, mais une chose a tout de même été obtenue et ceci est le réveil des remords de conscience de ceux qui autrefois tâchaient, par tous les moyens possibles, d'étouffer leurs propres consciences ainsi que celles des autres.

Il est certain que la grande tempête qui a balayé l'Europe a fait tomber beaucoup de fruits véreux des arbres, mais malheureusement je dois constater aussi, que les jardiniers du jardin ravagé se sont montrés incompétents. Car il ne suffit certainement pas de ramasser les fruits trouvés à terre, pour s'en faire de la bonne confiture, mais l'exploitation rationnelle du jardin exigeait encore que les arbres qui ont souffert, les branches qui ont été élagués, les feuillages qui ont été déchiquetés soient soignés avec amour et que tous les soutiens pouvant assurer la prospérité future, leur soient prodigués sans relâches.

L'ouragan européen une fois apaisé, la Société des Nations fut créée, cette institution qui incarne la plus sublime pensée humaine, l'établissement de la Paix en ce monde. La pensée est certainement très belle, mais je suis obligé de faire remarquer ici, que son corollaire est faux, car la Paix est le résultat d'un certain état, mais non pas la base de l'humanité. La Paix c'est l'immobilité, le silence mais là où il y a des masses vivantes, la Paix n'est qu'une conséquence ! La base fondamentale de la Paix humaine c'est la Justice, et tant qu'il n'y aura pas de Justice en ce monde, tant que la Justice ne sera pas à la base de toutes les actions humaines, tant que le faible ne possèdera pas autant de droits que le fort et que toutes disproportions physiques ne s'effaceront pas sur le terrain juridique, la Société des Nations dans sa constitution actuelle, n'arrivera jamais à améliorer l'ordre présent des choses et continuera toujours à être une institution pour la protection des forts qui nous oppriment !

Nous autres minorités, nous constatons et sentons à travers nos consanguins, que la Société des Nations n'est qu'un instrument au profit des forts, qui savent se servir de cette arme pour renforcer même l'oppression qu'ils font poser sur les

faibles. La Société des Nations dans sa forme actuelle, avec sa constitution d'aujourd'hui et tous ses mystères ne correspond nullement à la pensée démocratique qui fut sa créatrice. En examinant l'activité de la Société des Nations et en considérant les manifestations des éléments sociaux les plus distingués, nous sommes malheureusement contraints d'affirmer que la Société des Nations est forte envers les faibles et faible à l'égard des forts.

Les minorités nationales sont faibles, car elles manquent d'organisation !

J'accentue donc de nouveau, comme je l'avais fait à l'occasion de notre première réunion, que nous représentons une minorité intelligente de 40 millions d'âmes mécontentes ! Ce chiffre de 40 millions intelligentes doit donner à réfléchir au monde ! J'élève donc de nouveau ma voix et attire l'attention sur le fait qu'il n'y a en somme qu'un seul État qui traite ses minorités avec compréhension et ce sont les Soviets.

Les puissants du monde doivent réfléchir sur la question de savoir s'il est sage de précipiter dans le désespoir ceux qui, en se basant sur les lois, attendent en vain le rétablissement de leurs droits.

Je ne peux omettre de ne faire remarquer ici, le discours de niveau si élevé que M. Parmoor, un lord éminent de l'Angleterre, a prononcé, conformément aux traditions anglaises. Je désire lui exprimer d'ici nos remerciements, car c'est lui qui a attiré l'attention de son Pays sur ce que l'Angleterre, si elle a signé les traités assurant les droits de minorité, est aussi obligée à veiller au maintien réel de ces traités. Lord Parmoor ainsi que lord Cecil ont démontré à cette occasion que les traités minoritaires sont des traités internationaux, qui ne peuvent être mis de côté par aucun État signataire, même pour des raisons de souveraineté, car dans les contrats bilatéraux les mains des deux parties sont liées et si celui qui est lié par un contrat maintient ce contrat, ce n'est pas sa souveraineté qui faillit, mais c'est sa valeur morale qui se perd dans le cas où il ne maintient pas ce contrat !

Nous, qui sommes réunis ici, nous devons nous occuper sérieusement de démontrer devant la Société des Nations que jusqu'à ce que le mystère qui règne encore aujourd'hui dans cette institution, ne cesse pas, la Justice ne saura y être vic-

torieuse. C'est une chose tout à fait impossible que les délibérations aient lieu là à huis-clos, qu'on y délibère sur les différents griefs de manière que l'accusé soit absent, mais qu'il ait la faculté de se défendre. Il nous faut faire entendre notre voix, comme nous l'avons déjà fait, mais d'une manière plus efficace, afin que l'on crée dans les États membres de la Société des Nations des comités de parité et que l'on impose à cette institution l'obligation de démontrer publiquement le nombre des plaintes qui lui sont parvenues ainsi que les suites qui y ont été données. Il faut que nous ouvrions les yeux de ceux qui ont créé la Société des Nations, afin qu'ils comprennent que la Société des Nations d'aujourd'hui n'est qu'une institution s'efforçant à cacher qu'elle n'est pas capable de réaliser les buts pour lesquels elle a été formée.

Je sais très bien que ce que je viens de dire est de couleur très sombre, mais nous autres minorités, nous ne sommes pas réunies ici pour faire des entrechats selon les règles et étiquettes du menuet français mais pour avancer courageusement par nos propres forces sur le chemin de la Justice.

Il nous faut réunir toutes les données qui devront remuer des monts et rien n'est plus facile que de créer tout simplement une collection de données concrètes et de la faire parvenir à la Société des Nations, en la priant de rendre possible à l'aide du tribunal international, la victoire de la Justice. Si nous luttons pour la victoire de la Justice, alors nous posons les bases de la Paix du monde, et nous ne sommes pas des agitateurs révolutionnaires quand nous désirons le règne des principes du droit.

Je considère approprié de créer une organisation internationale dans notre propre sein, organisation qui réunirait les données et documents nécessaires. Créons cette organisation dans l'esprit qui a été récemment propagé à Paris, mais créons-là et continuons à travailler pour atteindre notre but; préparons la victoire de la Justice et déclarons courageusement que le devoir de la Paix actuelle n'est pas de maintenir les traités de paix sans aucun changement, mais de maintenir inaltérablement l'ancienne Justice!

Proclamons partout avec courage que: „non est Pax sine Justitia!"

Prof. Arthur v. Balogh (Rumänien).

Meine Herren!

Das Thema: „Die Lage der Nationalitäten und der Völkerbund" gehört zweifellos in die Reihe der Fragen, die wir mit der grössten Objektivität behandeln müssen.

Es wird niemand verneinen können, dass der Völkerbund eine internationale Institution darstellt, der eine sehr grosse politische Bedeutung zukommt. Wir dürfen nicht vergessen, dass durch diese Institution der grösste Zusammenschluss und die grösste Zusammenarbeit der zivilisierten Staaten geschaffen wurde, die je existierten. Die hohe politische Bedeutung dieses Bundes ist durch die Ziele dessen gegeben, die wir aus dem Preambel der Völkerbundssatzung entnehmen können. Diese sind: die Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und die Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit.

Unter den Mitteln, die zur Erreichung dieser Ziele dienen sollen, sind jene, für uns von besonderem Interesse und Wichtigkeit, laut welchen die Staaten die Vorschriften des internationalen Rechtes genau zu beobachten, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen peinlich zu achten haben.

Für uns, nationale Minderheiten, hat nämlich der Völkerbund dadurch eine besondere Bedeutung erhalten, dass die Minderheitenverträge unter die Garantie des Bundes gestellt wurden. Dadurch ist der Völkerbund zum Patron der religiösen, nationalen und sprachlichen Minderheiten geworden.

Im Sinne der Resolution des Rates vom 22. Oktober 1920. (Bericht Tittoni) bedeutet diese Garantie: erstens, dass die Bestimmungen der Minderheitenverträge unantastbar sind, d. h. sie können ohne die Zustimmung des Völkerbundrates nicht abgeändert werden. Zweitens bedeutet diese Garantie, dass für den Völkerbund die Verpflichtung besteht, ständig die Durchführung dieser Bestimmungen zu kontrollieren und dass der Rat die Pflicht hat, im Falle einer Verletzung der Verpflichtungen oder Gefährdung einer solchen, einzuschreiten.

Der internationale Schutz der religiösen und nationalen Minderheiten wurde nicht erst durch die Minderheitenverträge geschaffen. Er bildete schon früher ein Prinzip des internationalen Rechtes. Dieses Prinzip hat durch die Minderheitenverträge nur eine neuerliche Bekräftigung und eine grössere Aus-

dehnung seiner Anwendung erhalten. Der Minderheitenschutz wurde als solcher „Principe de Gouvernement", siehe die Begleitnote Clémenceaus aufgefasst, den die neuen und wesentlich vergrösserten Staaten nicht ausser Acht lassen können. Aus mehreren Stellen des Clémenceau'schen Briefes, aus der Haltung der alliirten und associirten Hauptmächte bei den Friedensverhandlungen ist klar herauszunehmen, dass der Minderheitenschutz eine wesentliche Bedingung der neuen territorialen Regelung bildete. Es kann der engste Zusammenhang zwischen beiden festgestellt werden. Dieser Zusammenhang wird auch in den Preambeln der Verträge klar ausgesprochen, wo die Staaten auch ihre dahinzielende Absicht erklären, allen Einwohnern des Staates für die Durchführung der Grundsätze der Freiheit und Gerechtigkeit eine sichere Garantie zu geben.

Mehrfache Äusserungen von Staatsmännern liegen vor uns, die befriedigende Lage der Minderheiten als eine Hauptbedingung der Friedensbewahrung hinstellen. Die Lage der Minderheiten wird aber wesentlich dadurch bestimmt, in welcher Weise der Völkerbund seine kontrollierende und den nötigen Schutz sichernde Tätigkeit ausübt.

Wir können unsere gerechtfertigte Unzufriedenheit nicht verhehlen, wir dürfen aber auch nicht alle Lücken und Unzulänglichkeiten des heutigen Minderheitenschutzes auf das Schuldkonto des Völkerbundes schreiben. Diese Lücken und Unzulänglichkeiten sind nämlich einerseits im materiellen Rechte, andererseits aber im Verfahren zu konstatieren. Die materiellen Bestimmungen der Verträge sind beschränkt. Der Kreis der gewährten Rechte ist eng gezogen. Für die Gewährleistung der freien kulturellen und nationalen Entwicklung der Minderheiten wurde nicht genügend gesorgt. Der grösste Fehler des heutigen Systems besteht aber darin, dass die Minderheiten nur Destinäre der Rechte, nicht aber deren Subjekte sind. Wir haben es mit zu Gunsten dritter Personen – in favorum tertii – gesicherten Rechten zu tun. Die Völkerrechtssubjektivität der Minderheiten – der einzelnen Personen so gut, als der Minderheiten als Ganzen – wurde nicht anerkannt. Die Minderheiten haben keine Klagelegitimationen. Gegenüber dem Rechte der Ratsmitglieder, die Aufmerksamkeit des Rates auf eine begangene oder drohende Verletzung der Vertragsverpflichtungen zu lenken, haben sie nur die Möglichkeit – la faculté – dazu.

Sie haben nicht das Recht, die Sache bei dem Rate anhängig zu machen, ihre Petitionen haben lediglich den Charakter einer „information pure et simple" (Bericht Tittoni) und sie werden im ganzen Laufe des Verfahrens nicht als Parteien behandelt.

Die nicht im Rate vertretenen Völkerbundstaaten haben nach Artikel 11, Absatz 2, der Satzung des Völkerbundes das Recht, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der den Frieden zu stören droht. Sie können sich dadurch der Sache einer Minderheit, die schlecht behandelt wird, annehmen. Aber auch ihre Beschwerden haben nicht die Rechtswirkung, dass der Rat sich mit der Angelegenheit befasse. Dies bildet gewiss einen sehr grossen Mangel des heutigen Minderheitenschutzes, dieser Mangel entsteht aber aus den Bestimmungen der Verträge. Wir können dafür den Völkerbund nicht verantwortlich machen, die Verantwortung tragen die Urheber der Verträge. Eine andere Frage ist aber jene: in welcher Weise der Völkerbund im Rahmen der Vertragsbestimmungen seine Pflicht zum Schutze der Minderheiten erfüllt.

Wir müssen leider feststellen, dass die Tätigkeit des Völkerbundes den Anforderungen eines wirksamen Minderheitenschutzes nicht entspricht, und zwar deshalb nicht:

1. weil die durch den Völkerbundsrat festgestellten Regeln des Verfahrens einen wirksamen Schutz nicht ermöglichen,

2. ausserdem wird aber nicht einmal im Rahmen dieser Regeln des Verfahrens ein entsprechender Schutz der Minderheiten vom Rate angestrebt.

Bei der Festsetzung der Verwahrungsnormen war der Rat durch die Bestimmungen der Verträge gebunden. Er sollte aber wenigstens die durch die Vertragsbestimmungen gegebenen Möglichkeiten ausnützen, um einen womöglich wirksamen Schutz der Minderheiten zu erreichen. Dieses ist aber nicht geschehen. Die Minderheiten sind durch die Regeln des Verfahrens einfach ignoriert. Die dem Rate am 10. Juni 1926 unterbreitete Note des Generalsekretariats enthält diesbezüglich sehr interessante Einzelheiten. Reichen sie eine Beschwerde ein, so können sie zwar ein „accusé de réception" vom Sekretariat erhalten. Was aber weiter geschieht, das wird in vollste Dunkelheit gehüllt. Nicht einmal darüber, ob die Beschwerde als annehmbar befunden wurde oder nicht, erhalten sie Mitteilung. „Das

Sekretariat – so lesen wir unter anderem in der erwähnten Note – muss in dieser Frage mit der grössten Behutsamkeit vorgehen, da es nicht befugt ist, den Beschwerdeführern mit Ratschlägen zu dienen, wie sie ihre Beschwerde einreichen sollen. Das Sekretariat – so lautet weiter die erwähnte Note – betrachtet sich auch dazu nicht befugt, den Beschwerdeführern das Resultat ihrer Beschwerde mitzuteilen." Sie werden nicht einmal als Zeugen angehört. Jede Berührung mit der Minderheit wird sorgsam vermieden, damit das Verfahren nicht den Anschein habe, die Minderheit sei als Partei anerkannt.

Dies scheint die grösste Sorge des Rates in Minderheitssachen zu sein. „Man muss, sagte der belgische Delegierte Hymans – in der Sitzung des sechsten Ausschusses am 16. September 1925. – mit der grössten Klugheit vorgehen, wenn es sich um Minderheitenfragen handelt. Da wir es auf der einen Seite mit einer Minderheit, auf der anderen Seite aber mit einem souveränen Staat zu tun haben und es wäre nicht leicht in einer Streitfrage den Ministerpräsidenten eines Staates und den Vertreter der Minderheit vor den Rat hierher zu zitieren".

Hatte der Rat das Verfahren durch neue Beschlüsse geregelt, so geschah dieses nicht im Interesse der Minderheiten. Die Petitionen werden heute nicht allen Mitgliedern des Völkerbundes, sondern nur den Ratsmitgliedern übermittelt (Ratsbeschluss vom 5. September 1923.) Diese Abänderung wurde folgendermassen begründet: „Eine grosse Zahl von Eingaben ist von so geringem Interesse, besonders nach Vorlage der Einwendungen des betreffenden Staates, dass es sich keineswegs lohnt, sie allen Völkerbundsmitgliedern bekannt zu machen. Es wird ferner durch die neue Resolution verhindert, dass die Einrichtung der Eingaben zu böswilliger Propaganda gegen ein Mitglied des Völkerbundes missbraucht wird". Der Ratsbeschluss vom 10. Juni 1925. enthält Beschränkungen bezüglich der Zusammensetzung des Dreierausschusses. Infolgedessen ist die Situation entstanden, dass die Minderheitenbeschwerden im Ausschusse von Engländern und Amerikanern beurteilt werden.

Stellt man im Bunde einen Antrag zur Verbesserung des Verfahrens, so wird dem Antragssteller sofort die Resolution des Rates vorgehalten: ita scriptum est, und die Antwort lautet immer, der Antrag stehe im Gegensatze zu den Resolutionen. Womit natürlich nichts gesagt wird, da die Resolutio-

nen nicht ein noli me tangere bilden und jederzeit abgeändert werden können.

Die Ratsmitglieder sind an die Weisungen der Regierungen gebunden. Es herrschen dabei politische Opportunitätserwägungen vor und dadurch wird der Völkerbund bei Erfüllung seiner übernommenen Verpflichtung gelähmt. Die ganze Minderheitenschutztätigkeit des Rates hat nicht den Charakter eines Rechtsganges, sondern den eines politischen Ausgleichsverfahrens, „einer politischen Vermittlung", wie in der ganzen Tätigkeit des Bundes das Politikum vorherrscht und das Recht nur eine sehr bescheidene Rolle erhielt. „Das Recht ist stark, hier kommt die Schmiegsamkeit – souplesse – zur Geltung", wie Larnaude treffend bemerkt. Auch der gewesene Direktor der Minderheitensektion: Herr Colban hat in seinem Bukarester Vortrag die Minderheitenschutztätigkeit des Völkerbundes als eine politische Tätigkeit bezeichnet. Recht und Politik sind aber zwei verschiedene Dinge. Werden Rechtsfragen politisch erledigt, so wird die Durchsetzung des Rechtes durch die Politik einfach unmöglich gemacht, das Recht wird in den Sumpf der Politik versenkt und begraben.

Über diese politische Handhabung der Minderheitenfragen enthält u. a. sehr interessante Mitteilungen der Ergänzungsbericht, welcher der sechsten Bundesversammlung unterbreitet wurde: „Sie – die Mitglieder des Dreierausschusses – können die mehr oder minder konziliante Haltung der interessierten Regierungen gegen die Minderheit, sowie die mehr oder minder loyale Haltung der den Minderheiten angehörigen Personen in Betracht ziehen! Sind dies juristische Gesichtspunkte?

Es kann uns daher nicht Wunder nehmen, wenn der Rat eine Verletzung der Verpflichtungen auch dann nicht konstatiert, wenn eine solche ohne Zweifel vorhanden ist. Die Ratsmitglieder machen den Rat auf eine begangene oder drohende Verletzung der Vertragsverpflichtungen nicht aufmerksam, weil sie dies als eine Plage, als eine unfreundliche Handlung gegen den betreffenden Staat betrachten. In einer Minderheitsbeschwerde wurde die ohne Zweifel vorliegende Verletzung der Verpflichtungen mit folgender „souplesse" konstatiert: „Es kann vielleicht ein Zweifel darüber obwalten, ob die Bestimmungen des Gesetzes nicht im Widerspruch mit den Bestimmungen des Minderheitenvertrages stehen. Doch die Versicherungen der Re-

gierung lassen die Befürchtungen der Minderheit als unbegründete erscheinen". Hauptsache ist und bleibt, dass die Regierungen nicht verletzt werden.

Das Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes wird sehr selten in Anspruch genommen. Um eine Entscheidung über Rechts- oder Tatfragen, betreffend die Bestimmungen der Verträge, wurde der Gerichtshof bis heute nicht in einem einzigen Falle angerufen. Die Entscheidung vom 26. April letzten Jahres bezieht sich bekanntlich nicht auf irgend einen der 5 Minderheitenverträge, sondern auf einen zwischen zwei Staaten abgeschlossenen Spezialvertrag, auf den deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien.

Die Bestimmungen der Verträge sind durch den betreffenden Staat als Grundgesetze anzuerkennen, d. h. diese Bestimmungen sollten in die Verfassungen der Staaten aufgenommen werden. Aber, die tschechoslovakische Republik ausgenommen, hat kein einziger Staat diese wichtige staatsrechtliche Garantie des Minderheitenrechtes in Kraft gesetzt, mit der Begründung, es sei unmöglich den Minderheiten „Privilegien" einzuräumen. Bei dem heutigen System des internationalen Minderheitenschutzes, wo die Minderheiten ihre Rechte nicht unmittelbar aus den Völkerrechtsnormen, sondern nur aus den jenen entsprechenden staatlichen Normen herleiten können, ist die Hauptbedingung des Minderheitenschutzes, dass das Völkerrecht durch die staatlichen Normen ins Leben getreten sei. Die ausserordentliche Wichtigkeit dieser Frage habe ich bereits bei der ersten Tagung unseres Kongresses hervorgehoben. Auch unser geehrter Vizepräsident, Herr Abg. Schiemann, hat in seiner auf dem zweiten Kongresse gehaltenen Rede auf die Notwendigkeit dessen, dass innerhalb der europäischen Staaten ein positives Recht des Volkstums geschaffen werden soll, hingewiesen. Der Völkerbund hat es aber bis heute nicht für nötig erachtet, die Staaten aufmerksam zu machen, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen sollen.

Den Minderheiten wurde in Erinnerung gebracht, dass sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber ihren Staaten haben und das Sekretariat wurde beauftragt, dem Rate behilflich zu sein in der Kontrolle dessen, wie die Minderheiten ihre Pflichten erfüllen. (Bundesversammlungresolution vom 21. Sept. 1922). Diese Resolution hat gar keinen Rechtsgrund, da die

Minderheiten ausser den allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten keine besonderen Pflichten haben. Diese Resolution war nur dazu gut, dass in manchen Staaten Strafsanktionen gefordert wurden gegen diejenige, die dem Rate unbegründete Klagen gegen die Staaten unterbreiten.

Die viel besprochenen Worte Mello Francos sind meines Erachtens nicht in dem Sinne zu verstehen, der Zweck der Minderheitenverträge sei die Assimilation der Minderheiten vorzubereiten. „Unité nationale" soll nur die „staatliche Einheit" bedeuten, mit welcher die Bewahrung des Volkstums nicht unvereinbar ist, da auch „Nationalität" in der französischen juristischen Terminologie „Staatsangehörigkeit" bedeutet. (Art. 2 der Verträge.) Übrigens hatte die achte Bundesversammlung in dieser Frage Klarheit geschaffen. Der ungarische Delegierte Graf Apponyi, erklärte nämlich auf die Äusserung Mello Francos bezugnehmend: „Wenn diese Worte das völlige Verschwinden der nationalkulturellen Individualität – das Ersetzen eines plötzlichen durch einen langsamen Tod – bedeuten sollten, so muss man gegen sie auf das Lebhafteste protestieren. Ich kann nur annehmen, dass der Rat dieses Wort „absorbieren" ausschliesslich als ein politisches Absorbieren im Sinne der loyalen Erfüllung aller Pflichten dem Staate gegenüber gemeint hat. Da die letzten Worte Apponyi's von Chamberlain mit Zeichen des Einverständnisses begleitet wurden, fügte Apponyi zu: Er sei glücklich, bei seiner Interpretation Zeichen des Einverständnisses von autoritativer Seite feststellen zu können. Es muss daher festgestellt werden, dass die vom Rate gutgeheissene Äusserung Mello Francos nicht in dem Sinne interpretiert werden kann, es wäre Zweck der Verträge, auf eine Absorbierung der Minderheiten hinzuwirken. Wir müssen gegen jede Berufung, die der Äusserung eine solche Bedeutung beilegen wollte, protestieren. So hat sich der Vertreter Griechenlands: Politis, in der Ratssitzung vom 4. Juni d. J. auf die Äusserung Mello Francos, trotzdem diese Auffassung erwähnterweise eine Widerlegung gefunden hat, in dem Sinne berufen, dass die Verträge eine Assimilierung der Minderheiten bezwecken. Was uns umsomehr wundern kann, weil wir Objektivität und bona fide in der Argumentation vorerst von den Gelehrten – Politis gilt dort als eine Autorität des Völkerrechtes – erwarten können. Es ist aber nicht zu vergessen, dass wir unter den unliebsamen Ge-

schenken der Nachkriegszeit auch die politisierende Wissenschaft bekommen haben, die bereits die merkwürdige These aufgestellt hatte, die Minderheitenschutzbestimmungen der Verträge seien für die betreffenden Staaten rechtlich gar nicht verpflichtend, die bindende Kraft der Verträge sei theoretisch unmöglich (selbstverständlich wegen der Souveranität) und praktisch bedeutungslos". Diese praktische Bedeutungslosigkeit wird uns durch die betreffenden Staaten leider tagtäglich demonstriert. Aber, dass die Grundnorm des Völkerrechtes künftighin so zu lauten hat: Pacta non sunt servanda, diese merkwürdige These müssen wir entschieden zurückweisen. Dies würde bedeuten, dass statt Recht und Gerechtigkeit – rohe Gewalt und Anarchie herrschen sollen.

Wir müssen nochmals betonen, dass die Minderheitenverfräge einen integrierenden Bestandteil der Friedensverträge bilden. Die Aufgabe des Völkerbundes kann nicht durch die Garantierung des heutigen territorialen Besitzstandes der Staaten (Artikel 10 der Satzung) als erschöpft betrachtet werden. Es ist nicht zu vergessen, dass dieser territoriale Besitzstand nur gegen die Garantie, dass der Völkerbund die Minderheiten gegen jedwede nationale Unterdrückung beschützen wird, den Staaten gesichert wurde. Der Völkerbund, dem die Grossmächte ihre Interventionsrechte übertragen haben, muss daher die Erfüllung der Verpflichtungen, die die Staaten in den Minderheitenverträgen übernommen haben, verlangen.

Durch die Minderheitenverträge sind die früheren Interventionsrechte einzelner Staaten aufgehoben und durch das Recht des Völkerbundrates ersetzt worden. Übt der Rat dieses Recht nicht aus, so sind die Minderheiten überhaupt nicht geschützt. Dies bedeute aber eine solche Abänderung in pejus des früheren völkerrechtlichen Rechtszustandes, welche wir nicht zulassen können. Nicht nur im Interesse der vierzig Millionen Menschen, die die arithmetische Einheit: „Europäische Minderheiten" ausmachen, – wir können dies auch im Interesse der Friedensbewahrung nicht zulassen, die doch als Hauptziel des Völkerbundes bezeichnet wurde. Durch das Vorhandensein von Garantien des Rechtes sind Rechtsverletzungen noch nicht ausgeschlossen. Aber die betreffenden Staaten würden ihren Verpflichtungen gewissenhafter entsprechen, wenn sie sehen würden, dass der Völkerbund eine strengere Kontrolltätigkeit ent-

faltet und nicht zögert, im Falle einer Verletzung der Verpflichtungen im Interesse der Minderheiten energisch einzuschreiten. Die Lage der Minderheiten hängt daher wesentlich davon ab, in welcher Weise der Rat seine Kontrolltätigkeit entfaltet und überhaupt von seiner Haltung gegenüber den Minderheiten.

Was das Letzterwähnte betrifft, sollten wir vom Rate überhaupt weniger misstrauisch behandelt werden, als dies bisher geschehen ist. Wird eine Beschwerde von der beteiligten Regierung als unbegründet bezeichnet, so wird die Minderheit vom Rate schon ungünstig beurteilt werden, obgleich sie keine Möglichkeit der Gegendarlegungen hat gegenüber der beteiligten Regierung. Die Minderheiten treiben keine irredentistische Politik, wenn sie nach Genf kommen. Sie treiben überhaupt nur eine Selbsterhaltungspolitik, gegen den chauvinistischen Nationalismus der Mehrheitsvölker. Dieses müsste beim Völkerbund endlich verstanden werden, damit nicht den Minderheiten nur Unzufriedenheit nährende, gegen die Konsolidierung der Staaten gerichtete böswillige Propagandaabsichten zugeschrieben werden.

Wir müssten im Interesse eines wirksameren Schutzes die entsprechende Abänderung der Verfahrensnormen verlangen. Wir können aber auf eine derartige Abänderung dieser Normen, dass die Minderheit nicht einfach Objekt des Verfahrens, sondern ein aktiver Teilnehmer dessen werden, heute leider nicht rechnen, weil dieses die Struktur der Verträge nicht erlaubt. Wir müssen aber das ganze heutige System des internationalen Minderheitenschutzes als vorübergehendes betrachten, nicht in dem Sinne, dass dieser Schutz nur einen provisorischen Charakter hatte, vielmehr in dem Sinne, dass dieses System nur eine Vorstufe der Rechtsentwicklung in der Richtung eines wirklichen, wirksamen Schutzes darstellt. Durch die Friedensverträge, durch die Satzung des Völkerbundes sind bereits wesentliche Neuerungen im internationalen Recht eingetreten. Dies berechtigt uns zu hoffen, dass in einem späteren Zeitpunkt auch die Minderheiten als Völkerrechtssubjekte anerkannt und eines wirklichen rechtlichen, nicht von politischen Opportunitätserwägungen abhängigen Schutzes teilhaftig werden.

Es kann aber auch schon heute, auch im Rahmen des heutigen Zustandes ein besserer Schutz erreicht werden, wenn nur der Wille dazu vorhanden ist. Wir verlangen eben diesen

ernsten Willen. Die Minderheiten sind in ihrem kulturellen, wirtschaftlichen Leben in den Hintergrund gestellt. Die meisten Staaten verharren noch heute in der Überzeugung, dass sie keine Minderheitenfrage haben. Dies ist aber ein sehr naiver Irrglaube. Soziologische Tatsachen können doch durch Machtworte nicht aus der Welt geschaffen werden. Die Minderheiten sind da und sie haben das Recht da zu sein, sie haben das Recht „zum Leben und Freiheit", weil dieses Recht ihnen auch durch die Verträge feierlich gewährleistet wurde.

Wir erwarten vom Völkerbund den ernsten Willen zur Durchsetzung des zugesicherten Rechtes. Den ernsten Willen, der der Idee der Gerechtigkeit Geltung verschafft und die Idee der Gerechtigkeit politischen Opportunitätserwägungen nicht aufopfert. Wir verlangen diesen ernsten Willen im Interesse der Minderheiten, im Interesse der Friedensbewahrung, aber auch im Interesse des Völkerbundes, der uns diesen ernsten Willen nicht verweigern kann ohne seine Daseinsberechtigung zweifelhaft zu machen und seine eigene Autorität zu untergraben.

Dr. Elemér v. Jakabffy (Rumänien).

Nach den grosszügigen Ausführungen der Herren Referenten bitte ich nun zaghaft um Gehör. Aber die Absicht, einen Gesichtspunkt heller zu beleuchten, ermutigt mich zu diesem Entschluss.

Bis vor dem Weltkrieg, betrachtete sozusagen jedes politische und kulturelle Organ der meisten Nationalitäten es als das Verteidigungsmittel ihrer nationalen Eigenheiten, ihre Nationsgenossen tunlichst von jener Kultur abzusondern, welche die führende Nation des Staates als die Ihrige betrachtet. Zur Bekräftigung meiner Behauptung könnte ich hunderte von Beispielen anführen, denn vor dem Weltkrieg verkündete die sogenannte Nationalitäten-Presse laut diese Haltung und verurteilte jene Nationalitäts-Individuen, die sich solchem Kulturboykott widersetzten.

Ich will nicht untersuchen, ob dieser vorkriegszeitliche Kulturboykott vom Standpunkt des Nationalitätenschutzes richtig oder verfehlt war, auch nicht, welchem Teil er mehr schadete, der Mehrheitsnation oder den Nationalitäten. Eins betone ich aber, und zwar dass dieser Kulturboykott der Nationalitäten den universellen Fortschritt der Kultur stark erschwerte.

Natürlicherweise zeigten diese Staatsregierungen, deren Nationalitäten die eigene Staatskultur boykottierten, der Kultur dieses fremden Staates gegenüber wenig Begeisterung, der die seinem Volke stammverwandten Nationalitäten in ihrer derartigen Haltung mindestens moralisch unterstützte.

Dies die Erklärung, warum im Osten Mitteleuropas die nationalen Kulturen vor dem Kriege einander so fremd gegenüberstanden, ja selbst noch heute anfeinden. Würde es nicht Jeder natürlich finden, dass ungarische Litteraten in den seltensten Fällen tschechische, serbische oder rumänische Werke übersetzten, solange in Ungarn vor Trianon in den Presseorganen der Nationalitäten zu lesen war, zum Beispiel einer der grössten Dichter der Rumänen wäre des Nationsverrates geziehen worden, weil er den Mut hatte die Werke des grössten ungarischen Dichters ins Rumänische zu übersetzen.

Geehrte Herren! Jedermann, der ernstlich für die Konsolidation Europas arbeitet, muss vor Allem den blinden Chauvinismus bekämpfen, der die durch Mitglieder anderer Nationen hervorgebrachten wahren Kulturwerte nicht achten will. Solange dieser Chauvinismus nicht besiegt ist und wir dem wahrhaft Schönen, künstlerisch oder wissenschaftlich Vollkommenen gegenüber voreingenommen sind, bloss weil es nicht unsere Stammverwandten geschaffen haben – solange bemühen wir uns umsonst, politisch die Harmonie zwischen Staaten und Nationen zustande zu bringen.

Die organisierten nationalen Minderheiten, die ihre Vertreter hieher entsenden, befinden sich auf der Grundlage der Loyalität. Diese wäre aber unvollkommen und einseitig, würden die Mitglieder der nationalen Minderheiten, die gesetzliche Konstitution nur jenes Staates achten, worin sie leben. Mit wohlverstandener Loyalität müssen sie auch die Kultur der Staatsvölker neben der Ihrigen ehren. Ich glaube, der Unterschied der zwischen uns und den Nationalitäten der Vorkriegszeit besteht, bestimmt uns eine neue Rolle. Wir sind bestimmt, Vermittler zwischen der Kultur zweier Völker, zweier Nationen zu sein, zwischen den in selbständigem Staate lebenden Stammverwandten und der nationalen Kultur unseres Staates.

Um dies vollbringen zu können, müssen wir mit beiden Kulturen bekannt werden und beide lieben lernen. Die dem Staate eigene nationale Kultur, dessen Bürger wir sind, ist leicht

uns anzueignen, es liegt nur an uns. Aber um diese Kultur liebzugewinnen, dazu sind auch entsprechende Beschlüsse und Taten Anderer erforderlich. In erster Linie müsste man uns nicht das Erlernen dieser Kultur als Sklavenpflicht fühlen lassen, dürften die Vertreter dieser Kultur uns nicht als Tyrannen gegenübertreten, sondern als berufene Apostel ihrer Mission, die keinen Irredentismus darin erblicken, wenn wir den Ausschuss ihrer Kultur – denn solchen gibt es bei jedem Kulturprodukt – nicht um teures Geld erwerben wollen.

Mehreren Nationalminderheiten ist es heute leider noch sehr schwer, die Kultur ihrer, im selbständigen Nationalstaat lebenden Brudernation kennen zu lernen. Sie sind von ihr getrennt durch polizeiliche Verfügungen der Staaten, Zensur, Einfuhrverbot, etc.

In manchen Fällen können wir dieses Einfuhrverbot noch begreifen. Es mag ja in den Staaten unserer Stammvölker Pressprodukte oder Kunstwerke geben – und gibt es auch – welche den Staat, worin wir leben, verletzen. Das Einfuhrverbot dieser, finden wir natürlich. Aber weil solche vielleicht ein Prozent der Pressprodukte oder Kunstwerke der betreffenden Staaten ausmachen, sollen wir nur zu ein bis zwei Prozent der Kulturwerke unserer Brudernation gelangen, die ausnahmsweise hereingelassen werden, die übrigen 97–98 Prozent, obwohl sie unseren Staat weder verletzen noch sonst gefährlich sind, sollen wir vermissen? Dies halten wir vom Standpunkt der universellen Kultur und unserer obenerwähnten erhabenen Sendung aus, als überaus schädlich. Ich werfe darum den Gedanken auf: liesse sich nicht Abhilfe an diesem traurigen Zustand finden? Könnten die Regierungen nicht sofort das Mass und die Möglichkeiten des Kulturverkehrs den wissenschaftlichen und kulturellen Faktoren anvertrauen? Wäre nicht in jedem Staate seiner Festigung gedient, wenn die wissenschaftlichen und Kunstakademien des Staatsvolkes gemeinsam mit wissenschaftlichen oder Kunstfaktoren der Minderheiten feststellen würden, welche Werke der ausländischen Kultur vom Gesichtspunkt der universellen Wissenschaft, Litteratur und Kunst Wert besitzen? Liesse man unter der moralischen Verantwortung der minderheitlichen Kulturorgane alles hereinkommen, was diese für annehmbar halten, erreichte man dadurch nicht, dass die Nationsbrüder der Minderheiten in ihrem Nationalstaat eben mit Rücksicht auf

diese moraliche Verantwortlichkeit von Verletzungen und Provokationen Abstand nähmen?

Meine geehrten Herren! Ich glaube diese Art wäre wirksamer, als allerhand polizeiliche Kontrolle. Dadurch wäre uns Minderheiten die Möglichkeit gegeben, gewissen Einfluss auf die Kultur des Staates unserer Brudernation auszuüben, welcher Einfluss wieder in unserem wohlverstandenen Interesse nur die Harmonie der Staaten untereinander verwirklichen wird und dies wäre jener schönste Beruf, auf den wir immer stolz sein könnten.

Dr. Ernst Flachbarth (Tschechoslovakei.)

Graf Hermann Keyserling, der bekannte deutsche Schriftsteller, der selbst Angehöriger einer nationalen Minderheit ist, liess vor einiger Zeit unter dem Titel „Das Spektrum Europas" ein Werk erscheinen, in welchem er in sehr interessanter Weise die bedeutendsten Charaktereigenschaften der wichtigsten Völker unseres Kontinentes hervorzuheben und ihre Bedeutung in Bezug auf die europäische Kultur zu kennzeichnen trachtete.

Das Bild, das Keyserling in seinem Werke verwendet, ist recht treffend und ist auch für die Lage der nationalen Minderheiten sehr instruktiv. Die menschliche Kultur ist einem farbenreichen Spektrum ähnlich, das aus vielen Farben besteht, deren Neben- und Durcheinander den strahlenden Glanz des Sonnenlichtes ergibt. Diese Farben sind die Kulturen der einzelnen Nationen, die von einander so ganz verschieden, in ihrer Gesamtheit die menschliche Kultur ergeben, die uns so lieb und teuer ist. Würde eine dieser Farben fehlen, würde eine dieser nationalen Kulturen vernichtet werden, so würde dadurch nicht nur die betreffende Nation, sondern auch die Menschheit beschädigt werden. Die Kulturen der nationalen Minderheiten aber sind jene Nuancen, jene Abstufungen, die die Kulturen der einzelnen Nationen miteinander verbinden und die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze und Unterschiede überbrücken.

Wie es in einem grossen Garten verschiedene Blumen gibt, von den schönsten Orchideen über die Rosen und Tulpen bis zu dem bescheidenen Veilchen und Gänseblümchen, so besteht auch der grosse Garten der menschlichen Zivilisation nicht nur aus der Bildung der grossen Völker, sondern auch aus denen der kleinen Nationen und der nationalen Minder-

heiten. Wird eine von ihnen vernichtet, so erleidet auch die allgemeine menschliche Kultur einen nimmer zu ersetzenden Schaden. Hätten wir einen Shakespeare, einen Molière, einen Goethe nicht, so wäre unsere Kultur unbedingt ärmer als jetzt und sie wäre es auch dann, wenn wir z. B. einen Sienkiewicz, einen Jókai nicht besässen. Was aber die Bedeutung der Kultur einer nationalen Minderheit anbetrifft, genügt es, auf das Beispiel Lenau's hinzuweisen, der auf dem Boden der deutschen Minderheit in Ungarn geboren, einer der bedeutendsten Lyriker der deutschen Literatur geworden ist. Nichtsdestoweniger würdigen viele Staaten die kulturelle Bedeutung ihrer Minderheiten inbezug auf die allgemeine menschliche Kultur nicht genügend, sondern sie trachten im Gegenteil oft auf die Vernichtung derselben. Eine nationale Minderheit kann ihre Kultur nur dann entwickeln, sie kann die latenten Kräfte nur dann entfalten, wenn ihre Verbindung mit der Kultur der Mutternation, in der sie wurzelt, nicht gestört und nicht gehemmt wird. Wenn man die Kultur einer nationalen Minderheit von der Kultur des Muttervolkes gewaltsam abschliessen will, wenn man den Staat mit einer chinesischen Mauer umgeben will, damit die Kultur des Muttervolkes keinen Einfluss auf die der nationalen Minderheit ausüben soll, so versündigt man sich nicht nur gegen diese Minorität, sondern man versündigt sich auch gegen die gesamte Menschheit.

Dies sind Wahrheiten, die uns allen selbstverständlich, sogar banal erscheinen. Man muss sie aber dennoch immer und wieder betonen, weil wir in einem Zeitalter leben, wo die Gespenster längstvergangener Zeiten erscheinen, um die Kultur der nationalen Minderheiten zu untergraben. Ich könnte hier viele Beispiele erwähnen. Ich könnte mit ämtlichen Akten und behördlichen Zahlen nachweisen, wie man in manchem Nachfolgestaate der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie die Kultur gewisser nationalen Minderheiten behandelt und wie man dieselben mit einer chinesischen Mauer von den geistigen Bewegungen des Muttervolkes abschliessen will. Die Werke von Dichtern, die im 17. Jahrhundert gelebt haben, dürfen in diese Staaten nicht eingeführt werden. Dichter, die heute leben und sogar Werke von Schriftstellern des Mehrheitsvolkes in ihre Sprache übersetzt haben, dürfen in den Städten der Minderheiten keine Vorträge halten und erhalten in vielen Fällen

nicht einmal die Einreisebewilligung. Bücher, die in den letzten Jahren im Lande des Muttervolkes erschienen sind, dürfen nur nach vorangegangener Zensur verbreitet werden. Alle Zeitungen, mit Ausnahme der wenigen, die der Regierung angenehm sind dürfen die Grenze nicht passieren. Schauspielern verbietet man, dass sie in den Zentren der Minorität ihre Kunst ausüben, nur weil sie Bürger eines Staates sind, in dem das Muttervolk die Mehrheit bildet. Die akademischen Diplome, die im Mutterlande erworben wurden, werden prinzipiell nicht nostrifiziert. Lehrer und Geistliche, die im Mutterlande ihre Ausbildung gewonnen haben, dürfen nicht in das Land kommen, um die fehlenden Kräfte der Minderheiten zu ersetzen.

Wir berufen uns oft auf die Paralelle, die zwischen der Entwicklung der bereits errungenen Glaubensfreiheit und der noch zu erringenden nationalkulturellen Freiheit besteht. Diese Massnahmen, die ich eben flüchtig erwähnt habe, erinnern uns aber an längst vergangene Zeiten der dunkelsten Reaktion. Zur Zeit Maria Theresia's und der heiligen Allianz dürften ungarische Studenten die ausländischen Universitäten nicht besuchen und es war verboten, die im Auslande erschienenen Bücher ins Inland einzuführen. Man wollte dadurch verhindern, dass jene geistige Bewegungen, die sich damals im Auslande regten, in die Heimat eindringen und die Volksseele beeinflussen mögen.

Doch diese Massnahmen haben sich als falsch erwiesen. Der neue Zeitgeist blieb bei den Grenzen nicht stehen, sondern drang allen Grenzpfählen zum Trotz in das Inland und hat hier das ganze staatliche und gesellschaftliche Leben umgewandelt. Auch die neuen Staaten werden mit ihren polizeilichen Massnahmen nicht verhindern können, dass die kulturellen Bewegungen des Muttervolkes über die Grenze dringen und ihren natürlichen Einfluss auf die Kultur der nationalen Minderheiten ausüben. Keine menschliche Kraft ist genug stark, um das zu verhindern und die Gewalt kann höchstens so viel erzielen, dass die in ihrer natürlichen Entwicklung gehemmten Kräfte eine Explosion des überheizten Kessels verursachen.

Es steht im Interesse nicht nur der nationalen Minderheiten, sondern auch im Interesse der Menschheit und der herrschenden Nation, dass die freie Verbindung der Kultur der nationalen Minderheit mit der Kultur des Muttervolkes nicht

gestört werde. Wer die nationalen Minderheiten daran verhindert, der schädigt die Kultur der Menschheit, deren Farbenprächtigkeit unbedingt ärmer wird, wenn eine Minderheit ihre Kultur nicht entfalten kann. Aber auch die herrschende Nation wird darunter leiden. Nicht nur dadurch, dass es die Antipathie der Minderheit gegen ihre eigene Kultur erweckt und dadurch den Staat schwächt, sondern auch dadurch, dass die nationale Minderheit als Verbindungsbrücke zwischen der Kultur ihres Muttervolkes und des Mehrheitsvolkes nicht mehr in der Lage ist, die zwei benachbarten Kulturkreise zu verbinden und eine Annäherung zwischen den beiden anzubahnen.

Eben im Interesse der allgemeinen menschlichen Kultur müssen wir gegen die früher erwähnten Massnahmen energischen Protest erheben. Solange die heutige Lage nicht vollständig aufgehoben wird, solange die Minderheiten der Irredenta verdächtigt werden, weil sie die Kulturwerte ihres Muttervolkes auch für sich beanspruchen, kann von einer neuen Organisation der kulturellen Zusammenarbeit der Nationen, wie sie z. B. die Commission pour la Coopération intellectuelle anstrebt, oder auch nur über eine institutionelle Unterstützung der Minderheitsvölker durch das Mutterland, wie sie mein Vorredner, Herr Professor Kurtschinsky, bei uns ganz fälschlich voraussetzt, ernstlich gar nicht gesprochen werden. Der Pen Club, diese grosse Vereinigung der bedeutendsten Litteraten Europas, hat schon einmal gegen die hier behandelten Beeinträchtigungen Stellung genommen. Es ist das Recht und die Pflicht aller Kulturmenschen, diesem Beispiel zu folgen und immer und wieder zu fordern, dass im Interesse der gesamten Menschheit die nationalen Minderheiten in der Entfaltung und Entwicklung ihres Geistes ebenso frei sein sollen, wie die Kirchen, deren religiöse Bücher auf der ganzen Welt zu verbreiten niemand zu verbieten es wagen würde.

Viața și organizația bisericii și școlii românești din Transilvania și Ungaria sub dominația ungară.

— Date culese din sursele românești. —

In opinia românească s'au răspândit foarte multe idei și păreri false, deseori cu tendință falsificate, despre viața și organizația școlară și bisericească a românilor din Transilvania și Ungaria de sub dominația ungară, asupra adevărului cărora unii politiciani români renumiți ar depune jurământ, când e vorba despre situația antebelică a fostei minorități române din Ungaria și postbelică a minorităților ungare din România.

Ținând seamă, că opinia românească primește cu rezervă datele și părerile de provinență ungară și că membri guvernului român și demnitarii administrației române își justifică de obicei măsurile administrative severe ce le iau față de minoritățile ungare cu fraza, că situația românilor de sub dominația ungară era mult mai grea; credem că servim înțelegerea și conciliația reciprocă publicând datele de mai jos, extrase din sursele competente românești.

Dl Dr. Onisifor Ghibu profesor la Universitatea din Cluj, înainte de război fost inspector al învățământului primar în Arhidieceza ortodoxă română a Transilvaniei, după izbucnirea războiului părăsindu-și locul natal din Ungaria, a trecut în România, unde a dus o propagandă fertilă contra Ungariei. In timpul acesta a scris și a editat în București în 1915 două cărți despre viața și organizația bisericească și școlară a românilor din Transilvania și Ungaria.

In cele ce urmează, dăm cuvânt cu cuvânt un extras al cărții dlui Dr. Onisifor Ghibu: Viața și organizația bisericească și școlară în Transilvania și Ungaria, întregindu-l cu un extras din: Școala românească din Transilvania și Ungaria scrisă deasemenea de dl Dr. Onisifor Ghibu, și cu alte date oficiale românești.

Prin publicarea acestor date dorim să punem bazele unui început de cunoaștere și judecată logică și obiectivă, cu speranța că prin cunoașterea adevărului glasurile urei și a vrăjmășiei vor înceta și vor fi înlocuite cu echitabilitatea reciprocă atât de binefăcătoare interesului țării.

Având în vedere că dl Dr. Onisifor Ghibu, prof. universitar, când şi-a scris lucrările amintite, a întrebuinţat toate mijloacele pentru ponegrirea Ungariei, la publicarea relaţiunilor dintre situaţia şcolară a românilor din Ungaria şi guvernarea ungurească, nici nu a putut fi obiectiv şi sincer; cu toate acestea, dintre sursele româneşti în prima linie lucrările dlui stau cel mai aproape de adevăr, căci în ele se vede că iubirea de adevăr a savantului şi specialistului nu a putut fi pretutindeni sufocată de nesinceritatea politicianizmului.

În cele de mai jos urmărim a ne ţine de împărţirea cărţilor amintite ale dlui Onisifor Ghibu, ca astfel să fie mai uşoară orientarea.

PARTEA I.

I. Biserica ortodoxă română (pag. 2–3).

„Congresul naţional-bisericesc" dela 1868. a făcut un „Statut organic", care prevedea două principii fundamentale liberale, ca baze ale organizaţiei bisericeşti şi anume: *autonomia bisericii şi sistemul constituţional reprezentativ.* Acest statut organic a fost înaintat corpurilor legiuitoare, cari l-au înarticulat între legile ţării la 1868. (art. I.) La 1869. împăratul Francisc Iosif I. a sancţionat şi astfel el a devenit baza pe care s'a constituit biserica ortodoxă română din Transilvania.

1. *Situaţia actuală a bisericii ortodoxe* (pag. 25).

Numărul credincioşilor, după statistica cea mai nouă dela 31 Dec. 1913. e următorul:

	Suflete	Din aceştia ştiu ceti şi scrie
In Arhidieceză	839.097	359.942 (44·90%)
Dieceza Aradului	405.254	159.395 (49·76%)
„ Orăzii mari	224.225	35.413 (16·95%)
„ Caransebeşului	406.724	? ?
	1,875.300	

2. *Contribuţii, subvenţii dela Stat* (pag. 26–28).

Statutul organic obligă pe credincioşii bisericii să suporte toate cheltuelile reclamate de trebuinţele bisericii şi ale şcoalei.

Pentru susţinerea personalului dela consistorii şi seminarii contribue şi statul cu anumite sume pe cari în parte le transpune direct consistoriilor, iar în mare parte le dă direct persoanelor, prin oficiile de dare. Astfel are ajutor dela Stat:

Arhidieceza Sibiului	68.400	coroane
Dieceza Aradului	40.000	„
„ Orăzii mari	37.000	„
„ Caransebeşului . . .	34.000	„
	179.400	coroane

3. *Parohiile* (pag. 28).

Numărul parohiilor în întreaga mitropolie:

In arhidieceza Transilvaniei	953	matre	347	filii
„ „ Aradului	312	„	128	„
„ „ Orăzii mari	276	„	71	„
„ „ Caransebeşului	326	„	43	„
Laolaltă	1867	matre	589	filii

Parohiile se împart în 3 clase, după numărul sufletelor. Parohia de clasa întâi numără peste 1000 suflete, cea de clasa II. 800, iar restul – clasa III.

4. *Pregătirea preoţimei* (pag. 32–34).

Pentru pregătirea preoţilor biserica ort. are trei seminarii: în Sibiu (Seminarul „Andreian", înfiinţat la 1811, numit după organizatorul lui, Andrei Şaguna), Arad (1812.) şi Caransebeş (1865.) Fiecare seminar are câte două secţii, una teologică, pentru pregătirea viitorilor preoţi, cealalta pedagogică, pentru pregătirea viitorilor învăţători. De fapt sunt două şcoli cu totul deosebite una de alta, având ambele un singur director şi un singur corp profesoral, o singură administraţie, un singur internat.

Durata cursurilor în secţia teologică e de trei ani, în cea pedagogică de patru. In secţia teologică la Seminarul din Sibiu se primesc numai absolvenţii de liceu, la Arad şi la Caransebeş se primesc şi absolvenţi de 6 clase de liceu sau de şcoală normală.

Materiile cari se predau în secţia teologică sunt, cu mici deosebiri, aceleaşi în toate trei seminarele, între ele limba şi literatura română cu 2 ore pe săptămână.

Elevii dau la finea fiecărui an examen din toate materiile în prezenţa unui comisar consistorial.

În cursul studiilor teologice elevii trebue să dea şi examen de şcoală normală.

5. *Alegerea preoţilor* (pag. 35).

Candidaţii de preoţi (clericii) trebue să ia în căsătorie fete ortodoxe. În caz că iau fete greco-catolice, trebue să plătească

la fondul general eparhial o sumă de 100 cor., iar dacă iau străine de neamul nostru — ceeace se întâmplă foarte rar — o sumă întreit de mare.

Parohii sunt aleşi de parohie (sinodul parohial).

6. *Numărul preoţilor şi îndatoririle lor* (pag. 36—37).

În întreaga mitropolie sunt 1595 de preoţi-parohi, 214 administratori parohiali, 116 capelani şi 7 diaconi.

După eparhii:	parohi	administr.	capelani	diaconi
În arhidieceză	847	31	40	4
„ dieceza Aradului	334	37	27	1
„ „ Orăzii mari	207	—	6	—
„ „ Caransebeşului	209	146	40	2

În fiecare comună bisericească, în care este şcoală confesională, preotul e director al şcoalei, în care calitate are toată răspunderea pentru şcoală. El conduce şi conferinţele didactice locale şi are datoria morală de a participa la conferinţele învăţătoreşti tractuale şi cercuale.

În şcolile poporale din arhidieceză învăţământul religios îl predau învăţătorii (ceeace e mai corect); preoţii îl predau numai în şcolile comunale şi de stat, pentru aceasta în cele mai multe cazuri primesc dela stat sau dela comună o oarecare remuneraţiune (de 80—150 cor. pe an).

7. *Salare preoţeşti. Pensii* (pag. 37—40).

Până la 1898 preoţii n'aveau salar, ci venit din parohie. La 1898 prin art. de lege XIV. li-s'a votat întregire de salar din partea Statului. Preoţii au fost împărţiţi anume în două categorii şi adecă: cei cari înainte de teologie au terminat liceul şi cei cari au mai puţine clase de liceu. Celor dintâi li-s'a stabilit ca salar suma de 1600 cor., celor din urmă 800.

Prin art. de lege XXXVIII. din 1913. li s'au pus în vedere preoţilor şi „cvincvenalii" (gradaţii). In sensul acestui articol un preot poate ajunge după 25 de ani la salar de 3000 cor., (câtă vreme învăţătorii ajung la 3200 cor.) Gradaţiile (din cinci în cinci ani) sunt: primele două de câte 400 cor., iar ultimele trei de câte 200.

Congrua se ridică în două rate pe an, din 6 în 6 luni, şi anume nu direct dela Stat, ci dela Consistorii.

Congrua în arhidieceză e de 1,060.000 cor. pe an; în întreaga mitropolie aproximativ de 3,000.000.

In ce privește *stola* (venitele de epitrahil) nu există o normă obligătorie în mitropolia întreagă sau măcar în vre-o eparhie. Ea diferă aproape dela sat la sat, după obiceiul apucat din bătrâni.

Pentru *pensionarea preoților* fiecare eparhie are câte un fond de pensii.

8. *Protopopi și protopopiate* (pag. 41).

In mitropolia ortodoxă sunt 62 de protopopiate sau *tracte* și anume:

In arhidieceză	34
„ dieceza Aradului	11
„ „ Orăzii mari	6
„ „ Caransebeșului	11

Un protopopiat cuprinde un număr foarte variat de comune. Sunt protopopiate constătătoare din 13 comune (d. e. al Săliștii) și sunt altele cari constau din peste 80 comune (al Caransebeșului). In arhidieceză vin în medie, pe un protopopiat 30 comune matre și 10 filii; în dieceza Aradului 30 + 12, în al Orăzii mari 46 + 12, Caransebeș 30 + 4.

Leafa protopopilor e în arhidieceză pe lângă salariul de preot (1600 cor.) încă 1500 cor. pe an, cu gradații de 10%, din cinci în cinci ani.

9. *Eparhii și episcopi* (pag. 42–45).

Eparhii sunt trei, *Arhidieceza* cuprinde întreg teritoriul Transilvaniei propriu zis. Tot de ea se țin și parohiile din America de Nord. Constă din 34 protopopiate, cu 953 parohii matre și 347 filii, pentru cari are 34 protopopi, 847 parohi, 31 administratori parohiali, 49 capelani și 4 diaconi.

Arhiepiscop „din mila lui Dumnezeu" Ioan Mețianu, (născut la 1828.), consilier intim al Regelui și Mitropolit al Românilor din Transilvania și Ungaria. Reședința în Sibiu, unde e și consistorial arhidiecezan.

Dieceza Aradului se extinde peste comitatele: Arad, Cenad, Timiș, Bihor, Bichiș, Hajdu și orașul Budapesta. Constă din eparhia Aradului propriuzis și din vicariatul Orăzii-mari, care fiecare își are consistoriul său.

In dieceza Aradului sunt 11 protopopiate cu 312 parohii matre și 128 filii, în al Orăzii-mari 6 protopopiate cu 276 matre,

71 filii. In dieceza Aradului sunt 331 parohi, 37 administratori, 21 capelani şi 1 diacon, în al Orăzii-mari 207 parohi şi 6 capelani.

Vicar la Oradea Mare: Vasile Mangra, „membru al Academiei Române".

Episcop: „din mila lui Dumnezeu" Ioan I. Papp, „episcopul Aradului, Orăzii-mari, Ienopolei, Hălmagiului şi al părţilor anexate din Banatul Timişan".

Dieceza Caransebeşului se extinde peste comitatele Severin, Timiş (o parte) şi Torontal. Constă din 11 protopopiate cu 326 parohii matre şi 43 filii, pentru cari sunt 11 protopopi, 209 parohi, 146 administratori parohiali, 40 capelani şi 2 diaconi.

Episcop: „din mila lui Dumnezeu şi voinţa poporului" Dr. Miron E. Cristea, doctor în filozofie (cu o teză despre M. Eminescu).

Episcopii au salar de 12.000 cor. pe an şi locuinţă. Mitropolitul e consilier intim al Regelui şi poartă titlul de „Excelenţă". Mitropolitul şi episcopii sunt membrii ai „Casei magnaţilor".

10. *Şcolile susţinute de biserică* (pag. 46–47).

Biserica susţine mai multe şcoli ale sale, cu caracter confesional şi anume:

	Şcoli primare	Învăţători
Arhidieceza	657	852
Dieceza Aradului	416	416
„ Orăzii-mari . .	234	249
„ Caransebeşului .	229	263
	1536	1780

Şcolile primare sunt susţinute de însăşi parohiile, nu de Consistorii. Consistoriile dau numai ici şi colo mici ajutoare pentru clădirea de localuri sau, mai rar, pentru întregirea salarului învăţătoresc. Incolo le susţin parohiile, având cele mai multe şi subvenţie dela Stat, pentru acoperirea salarului. Subvenţia aceasta se urcă pentru toate trei eparhiile la suma aproximativă de 1½ milion coroane.

Biserica ortodoxă susţine mai departe: 1 liceu complect, şcoala reală inferioară şi o şcoală comercială superioară în Braşov şi un gimnaziu în Brad. Şcolile din Braşov sunt susţinute de Biserica Sfântului Nicolae de acolo, care are unele proprietăţi rentabile în România. Profesorii dela liceu, dela reale au dela Stat întregire la salare, în suma de 21.000 cor.

La liceu sunt 19 profesori și 312 elevi.
La reale sunt 6 profesori și 80 elevi.
La comerciale sunt 7 profesori și 117 elevi.
Gimnaziul din Brad e susținut de Consistorul din Sibiu.
La gimnaziul acesta sunt 6 profesori și 131 elevi.

Dieceza Aradului susține o școală superioară de fete (școală civilă) pentru care a zidit la 1913, cu ajutorul dlui Vasile Stroiescu din Basarabia, un splendid local nou în stil românesc. Eleve 70. Prof. 6.

Dieceza Orăzii-mari susține la Beiuș un internat pentru aproape o sută de elevi, cari cercetează liceul greco-catolic de acolo.

În fine, fiecare dieceză susține câte un seminar cu două secții, una teologică și una pedagogică (școală normală).

11. *Salariile funcționarilor bisericești* (pag. 55.)

Arhiepiepiscopul	24.000 cor.
Episcopul	12.000 „
Vicarul de Oradea-Mare	10.000 „
Vicarul arhiepiscopesc	6.000 „
Asesorii consistoriati (5) câte	4.000 „
Inspect. școlar și secret. consist. câte	3.600 „
Directorul seminarial	4.600 „
Profesorii definitivi	3.600 „
„ provizori	2.400 „

II. Biserica greco-catolică română.

1. *Situația actuală a bisericii greco-catolice* (pag. 70).

Parohii gr. cat. române sunt:

În arhidieceză	704
Dieceza Gherlei	487
„ Orăzii mari	120
„ Lugojului	164

Sunt filii:	cu sub 50 credincioși	cu peste 50 credincioși
În arhidieceză	675	
Dieceza Gherlei	102	263
„ Orăzii mari	75	225
„ Lugojului	213	47
	390	535

Laolaltă filii: 1590 (gr. or. 589).

2. *Pregătirea preoților* (pag. 71–74.)

Preoții se pregătesc în seminarii, cărora li-se zice și „Facultăți teologice", în cari se intră cu bacalaureatul.

După terminarea studiilor „clericii" dau examenul de ordinanzi, pe baza căruia au dreptul de a concura la parohie. Cei mai mulți nu se căsătoresc înainte de hirotonire, dar sunt destui și de aceia, cari se fac preoți celibi. Cei cari se căsătoresc trebue să ia fete de preoți gr. cat. din dieceza proprie. În caz contrar trebue să plătească anumite taxe destul de considerabile. Spre exemplu: în dieceza Oradea-mare cei cari iau fete de mireni gr. cat. sau fete de preoți gr. cat. din alte dieceze 1500 cor., cei cari iau fete de alte confesiuni 2000.

3. *Numirea preoților* (pag. 74).

Când o parohie devine vacantă, ea se curentează, adecă se publică concurs pentru ocuparea ei. Doritorii de a o ocupa își trimit cererile la Consistor, care numește dintre concurenți pe acela, pe care-l crede mai potrivit.

În parohie, preoții gr. cat. au aceleași îndatoriri față de biserică și față de școală, ca și preoți gr. or.

4. *Salare preoțești* (pag. 75).

În ce privește salarele și preoții greco-catolici au, însă numai dela 1909 încoace, congruă dela Stat. Celelalte venituri sunt tot cam la greco-orientali.

5. *Școlile susținute de biserica gr. cat.* (pag. 77.)

Biserica gr. cat. susține 1146 școli cu 1120 învățători și anume:

Arhidieceza	469	școli	cu	472	învățători
Dieceza Gherlei	430	„	„	430	„
„ Orăzii-mari . .	175	„	„	145	„
„ Lugojului . . .	72	„	„	73	„

Mai departe susține: Liceul din Blaj și cel din Beiuș. Apoi 2 școli civile de fete: Blaj și Beiuș; 3 preparandii (școli normale): Blaj, Gherla și Oradea-mare, două școli normale de fete, în Lugoj și în Gherla și patru seminare, în Blaj, Gherla, Lugoj și Oradea-mare. Toți profesorii dela toate școlile greco-catolice sunt preoți. Excepție formează abia câțiva inși.

(Va urma.)

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

VI.

Das Jahr 1867 bedeutet auch in der Geschichte der Assimilation des Szatmárgebietes den Beginn einer neuen Epoche. Die Gegebenheiten der internationalen und politischen Lage, sowie vernünftiger politischer Sinn verhalfen endlich der ungarischen Politik zum Siege. Die in ihre Rechte tretende ungarische Verfassung aber mit ihren modernen Grundlagen sicherte der sozialen Entwicklung ganz neue Perspektiven. Jahrhunderte lange Kriege, politische und soziale Kämpfe, wirtschaftliche Mängel und endlich das infolge des Absolutismus ganz lahmgelegte öffentliche Leben hatten den Fortschritt des Staates arg beeinträchtigt. Nun trat mit einemmal ein seit Jahrhunderten nicht beobachteter politischer und sozialer Ruhezustand ein. Die schlummernden Kräfte der ungarischen Gesellschaft erwachten und bewirkten den Abschnitt eines selbst nach europäischen Begriffen geradezu beispiellos raschen kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwunges.

Natürlicherweise stürzte sich das an wirtschaftlichen und anderen Tugenden reiche lebendige Schwabenvolk des Szatmárgebietes gierig in diese Entwicklungsströmung. Die ersten Anfänge sozialen Aufschwunges zeigten sich in den Städten. Erst als deren Glanz, Vorteile und wohltätige Wirkung allgemein bekannt wurden, schloss sich auch die Umgebung dieser Strömung an.

Das schwäbische Siedlungsgebiet besitzt zwei städtische Zentren: Szatmár und Nagykároly. Das wirkliche Zentrum ist Szatmár; obwohl nicht Komitatsresidenz, ist es doch die grösste Stadt des Komitates und beherrscht durch seinen blühenden Handel, seine gewerblichen Unternehmungen, kapitalstarken Geldinstitute wirtschaftlich das Komitat. Mit dieser wirtschaftlichen Bedeutung hält auch sein kultureller Aufbau Schritt. In dieser Hinsicht steht Szatmár auch an erster Stelle mit seinen Schulen und anderen kulturellen Einrichtungen, welche Erfordernisse moderner sozialer Entwicklung in der Stadt Szatmár durchwegs ungarisch sind. Die Einwohnerschaft der Stadt ist

ebenfalls ungarisch, so zwar, dass die offizielle Statistik vom Jahre 1880 von 17.500 Seelen nur 750 Deutsche findet. Demgemäss ist Szatmár nicht der Ort, wo die kulturellen und wirtschaftlichen Bestrebungen der schwäbischen Umgebung selbständigen und eigenen Fuss fassen konnten.

Die andere Stadt, Nagykároly ist der engere Mittelpunkt des schwäbischen Siedlungsgebietes. Sie ist Komitatszentrum und zugleich Sitz einer Menge staatlicher und Komitatsämter, gefüllt mit einer Schaar Beamten des modernen ungarischen Staates. Schulen und Kulturinstitute sind auch hier ungarisch. Den ungarischen Karakter dieser konnte nicht einmal der germanisierende Absolutismus abändern. Die Feststellungen in Alex Fényes' Geografie und dem Lexikon von 1773, womit wir uns schon eher befassten, hinzugerechnet, ist es uns klar, dass zu jener Zeit selbst im sogenannten „schwäbischen Teil" von Nagykároly die deutsche Sprache schon selten geworden war. Also fehlten auch bei Nagykároly die Grundbedingungen, welche die Stadt zu einer separaten schwäbischen kulturellen und wirtschaftlichen Organisation berufen hätten.

Alle diese lokalen Verhältnisse waren nicht geeignet die unerlässlichste Grundbedingung des nationalen Bewusstseins: die Organisierung eines schwäbischen Kultur- und Wirtschafts-Mittelpunktes zu erreichen. Im gegenteil: die aufsaugende Kraft des ungarischen Stadt-Zentrums, die der schwäbischen Umgebung eine ganze Reihe kultureller und wirtschaftlicher Entwicklungsmöglichkeiten erschliesst, gibt auch im Rahmen dieses modernen Staatslebens dem historischen Verlauf der Assimilation einen neuen Stoss, zu dessen Gunsten sich jetzt ein neuer, bisher wenig beobachteter sozialer Faktor geltend macht: das Gesetz der sozialen Kapillarität.

Diese handgreiflichen logischen Folgerungen sind aber das Einzige, woraus wir die ungestörte, ja verstärkte Wirkung der assimilierenden Kraft ahnen können. Statistische Akten stehen uns nicht zur Verfügung, denn die erste offizielle ungarische Volkszählung von 1869 kennt die Rubrik der nationalen Zugehörigkeit nicht und die aus anderen, mittelbaren Daten gezogenen Folgerungen zeigen uns wieder nur ein verallgemeinertes Bild der Lage.

Die Volkszählung von 1880 befasst sich endlich auch mit

der Frage nationaler Zugehörigkeit und liefert uns folglich genaue Daten über die Nationalitäts-Verhältnisse der schwäbischen Gemeinden im Szatmárgebiet. Über alles, was wir bisher aus dem Lexikon von 1773, sowie aus der Geografie Alex Fényes' nur ganz im Allgemeinen erfuhren, erhalten wir nun ein bestimmtes statistisches Bild. Wir sehen statistisch bestätigt, dass das ungarische Element dem schwäbischen gegenüber in der Mehrheit ist in Érdengeleg, Kaplony, Nagykároly, Szaniszló, Királydaróc, Turterebes,* Tasnád** und Tasnádszántó*** und ansehnliche Minderheit bildet in Csomaköz, Erdőd und Kraszna-nabéltek.

Neuerliches Platzgreifen der Assimilation beobachten wir in Csanálos, Gilvács, Kálmánd, Nagymajtény und Józsefháza, wo im Vergleich zum Zustand von vor vierzig Jahren, mit einemmal ungarische Mehrheit vorhanden ist. Die Zahl der in die Assimilationsströmung geratenen Gemeinden ist durch den Zuwachs dieser 5 Gemeinden nun auf 16 gestiegen, aber noch ausserdem gibt es kaum eine schwäbische Gemeinde, wo nicht mehr-weniger Spuren der Assimilation wahrnehmbar waren, so dass im Jahre 1880 die Einwohnerzahl der 28 schwäbischen Dörfer 27.950 war, demgegenüber sich nur 11.372 Einwohner Deutsche nannten.

Wenn wir aus der Zahl der Ungarn die der reformierten Ungarn abrechnen, die zu jener Zeit in den 28 Gemeinden 7160 zählten, ferner die griechisch-katholischen abrechnen, die unserer Berechnung nach 3929 sein mochten,**** dann die ungari-

* In Turterebes ist laut einem röm. kath. Schematismus vom Jahre 1851 die kirchliche Sprache die ungarische und die deutsche.

** Laut röm. kath. Schematismus ist die kirchliche Sprache bis 1875 ungarisch und deutsch, von da an ausschliesslich ungarisch.

*** Moriz Petri's Monografie des Szilágykomitates (Band IV. Seite 655) gibt an, die kirchlichen Matrikel von Tasnádszántó seien ungarisch und deutsch verfasst. Laut dem Schematismus von Grosswardein dauert die Zweisprachigkeit in der röm. kath. Kirche bis 1896.

**** Im Jahre 1880 war die Zahl der griechisch-katholischen Bevölkerung 14.169, während sich gleichzeitig nur 10.240 als Rumänen bekannten.

Die Differenz ist 3929, welche Zahl in Anbetracht dessen, dass in den 28 schwäbischen Gemeinden die griechisch-katholische Religion sich nicht mit der ruthenischen Frage kompliziert und man hiemit ziemlich bestimmt auf rumänische Abstammung rechnen kann, die Zahl der magyarisierten Rumänen ausmacht.

schen Katholiken abrechnen, die auf 4800 geschätzt werden* und endlich die 3000 Juden, so kann zum Endresultat die Zahl der Schwaben, die sich im Jahre 1880 schon als Ungarn erklärten, auf 9000 angesetzt werden. Diese Zahl mag beinahe die Hälfte des Volksbestandes der Schwaben damaliger Zeit ausgemacht haben.

Die Volkszählung von 1890 findet hinsichtlich der Assimilation keine wesentliche Veränderung. Die Zahl der Ungarn zeigt zwar im Allgemeinen eine Zunahme, doch steigt die Zahl der Gemeinden mit ungarischer Mehrheit nicht, es gibt sogar Orte, (Érdengeleg, Kálmánd, Mezőpetri, Krasznaterebes, Szakasz) wo ein Rückfall zum Nachteil des Ungartums zu verzeichnen war.

Das Resultat der Volkszählung von 1900 ist von entscheidender Bedeutung für die Geschichte der Assimilation, nicht nur weil sie in drei neuen Gemeinden: Mezőfény, Mezőterem und Nántü ungarische Mehrheit aufweist, wodurch die Zahl der assimilierten Gemeinden auf 19 steigt, sondern hauptsächlich weil sie das rapide Steigen der Zahl der Ungarn, sowie die Abnahme der Kopfzahl der Schwaben beweist.

Das Volkszählungs-Ergebnis von 1910 ergänzt den Hergang. Gemäss diesem sind neuerdings Mezőpetri, Krasznaterebes, Nagymadarász und Barlafalu Orte mit ungarischer Mehrheit. Von den 28 schwäbischen Gemeinden sind nun schon 23, deren Bevölkerung sich in überwiegender Mehrheit zum Ungartum bekennt und deren Zahl auf 55.027 stieg. Darin sind zwar die griechisch katholischen und reformierten Ungarn inbegriffen, ebenso wie die Katholiken ungarischer Abstammung und endlich die Juden, die zur Zeit fast durchwegs zu den Ungarn zählen. Laut offizieller Statistik ist die Zahl der Reformierten 9280, diejenige der griechisch katholischen 10.000,** während Juden 4520 waren. Die Katholiken ungarischer Abstammung gaben wir in den 28 Gemeinden mit 7000 an. Diese geben zusammen 30.809 ungarische Einwohner, folglich ergibt der Rest von 24.397 die Zahl der magyarisierten Schwaben, denen gegenüber laut Statistik im ganzen 3682 schwäbisch sprechende zurückbleiben.

* Die Katholiken ungarischer Abstammung gaben wir nach Vergleich der statistischen Daten von 1910 und 1920 im Jahre 1920 mit 7000 an. Einen normalen Volkszuwachs von 1% angenommen, kann ihre Zahl im Jahre 1880 rund 4800 gewesen sein.

** Im Jahre 1910 waren die griechisch katholischen 19.912 an der Zahl, während die rumänische Bevölkerung 9790 ausmacht. Logischer Folgerung gemäss muss dieses Plus von rund 10.000 Seelen ungarisch gewesen sein.

Wenn wir das Resultat unserer Folgerung mit der Zahl der in 1910 deutsch sprechenden vergleichen, zwar nicht mit der im Bereich der Zahlen üblichen Genauigkeit, aber mit sozialen Erscheinungen entsprechender logischer Sicherheit, so sehen wir das Resultat der ungarischen Statistik beglaubigt. Die Zahl der deutsch sprechenden war in 1910 zwar 12.948, also bedeutend mehr als die ungarische Statistik Deutsche aufweist. Man darf aber die Assimilation, sowie jede soziale Erscheinung nicht als einen starr begrenzten Hergang betrachten, worin keine Übergänge vorkommen. Zumeist ist inmitten jeder einzelnen Familie ein gewisser Übergang von Vater auf Sohn und Enkel wahrnehmbar. In diesem stufenweisen Übergang ist der Sohn derjenige, der nachdem er noch schwäbisch spricht, zwar die Zahl der deutsch sprechenden erhöht, seinem schon ungarisch gewordenen Sohn, dem Enkel zuliebe aber gefühlsweise Ungar werdend, nicht mehr zu den deutschen zählt.

Die ungarische Statistik widerspricht sich selbst also in diesen zwei Rubriken nicht nur nicht, sondern liefert das Zeugnis gewissenhaftester Genauigkeit und Sachlichkeit.

Die 3682 Schwaben, die laut ungarischer Statistik von 1910 in jenen Dörfern vorhanden sind, können infolge Veränderungen der politischen Verhältnisse nun einige Tausend zunehmen; diese Voraussetzung ist dadurch begründet, dass für die im Übergangsstadium befindliche junge Generation die Möglichkeit der Rückkehr noch besteht. Darüber hinaus hört die Möglichkeit und alle Bestrebungen auf, die darauf hinausgehen, mit klingenden Wahlsprüchen, Verheissungen und wenn es sein muss, mit geborgter Gewalt dort Handel zu treiben; sie verlieren allen moralischen Grund, natürlich genannt zu werden. Der Grossteil der sich schwäbisch nennenden Bevölkerung ergibt sich aus fünf Gemeinden. Diese sind: Alsóhomoród, Krasznasándorfalu, Nagyszokond, Szakasz und Szinfalu. In kleineren Bruchteilen finden wir Schwaben fast in jedem Dorf in den lückenhaften Reihen der alten Generation.

Dies bedeutet aber nicht soviel, als wäre die Assimilation in diesen fünf Gemeinden unbekannt. Die Volkszählung von 1910 fand fast in jeder zumeist die Zahl hundert übersteigende Einwohnerschaft, die sich ungarisch nannte und deren Vorhandensein nicht anders erklärlich ist, als dass die jüngere Generation sich schon ungarisch nennt. Nachdem in der Ge-

meinde die Zahl der schwäbisch sprechenden geringer als jene der Katholiken ist, kann diese Generation wahrscheinlich gar nicht mehr schwäbisch. Der Assimilationsprozess begann also auch hier, er verspätete sich bloss infolge der inzwischen eingetretenen Ereignisse. Was der Grund dieser Verspätung war, während in anderen Gemeinden die Assimilation schon der Vollendung entgegenging, darauf können warscheinlich die speziellen territorialen und ethnografischen Verhältnisse dieser Gemeinden Antwort geben. Alle fünf Gemeinden liegen entfernt vom magyarisierenden Zentrum zwischen den ersten Vorgebirgen des Bükkgebirges, ihre ethnografische Umgebung ist rumänisch. Also kann als Ursache der Verspätung der Gebirgskarakter mit seiner Konservierungsfähigkeit gelten, jedenfalls aber war das Fehlen ungarischer Umgebung auch von Einfluss darauf.

Mitlerweile eingetretene Ereignisse hemmten hier den normalen Verlauf der Assimilation, obwohl wir Daten darauf bezüglich besitzen, dass diese viel weiter fortgeschritten war, als es die Daten der 1910-er Volkszählung uns verraten.

Die Volkszählung von 1920 ist aus schon bekannten Gründen nicht geeignet, uns als Stütze zu unseren Folgerungen zu dienen, wissen wir doch, dass stellenweise (wie z. B. in Nagykároly) das Ergebnis einer fast zweihundertjährigen sozialen Entwicklung mit einer einfachen administrativen Geste erledigt wurde.

Was uns in diesen fünf Gemeinden die Zukunft bringt, ist vorläufig ungewiss. Die Isoliertheit, die zwingende Kraft der veränderten politischen Lage, die Macht des deutschen nationalen Bewusstseins, grösstenteils aber die an die noch unverwischte deutsche Vergangenheit knüpfende Agitation werden das Fortschreiten der Assimilation erschweren, wenn nicht ganz vereiteln. Wahrscheinlich beeinflusst ihre Zukunft das nationale Schicksal ihrer benachbarten Bevölkerung schwäbischer Abstammung, andererseits kann aber diesem Einfluss durch landstrichweise, manchmal gemeindeweise sich ändernde lokale Mentalität entgegengearbeitet werden.

*

Auf Grund des bisher Gesagten, geben wir im Folgenden eine Tabelle, die über die Phasen des Assimilations-Vorganges ein übersichtliches historisches Bild bietet.*

* Die auf ungarisches Gebiet fallenden schwäbischen Siedlungsgemeinden Valláj, Mérk und Zajta, sowie Szelestyehuta sind auf unserer Tabelle nicht vorhanden. Letztere weil die daraufbezüglichen Daten mangelhaft sind und übrigens hielten wir deren Erwähnung für unwesentlich, nachdem sie in der Geschichte der schwäbischen Siedlungen unbedeutende Rolle gespielt haben.

Name der Gemeinde und Jahrzahl der Ansiedlung	Laut Lexikon etc. aus den Zeiten Mária Terézia's in der Gemeinde herrschende Sprache im Jahre 1773	Laut Alex. Fényes war die Einwohnerschaft zwischen den Jahren 1830—40	Bürg. Bevölkerung				Gesammtbevölker.				Zahl der ungarischen Bevölkerung reformierter Konfession		Zahl der deutschsprechenden Röm. Kath. in 1910.
			1880		1890		1900		1910				
			Ungarn	Deutsche	Ungarn	Deutsche	Ungarn	Deutsche	Ungarn	Deutsche	1869	1910	
Csanálos 1712	deutsch	Deutsche	603	551	809	385	1272	165	1727	19	18	29	355
Csomaköz 1795	ungar.	Ung., Rum., Deut.	380	766	1064	631	1780	141	2170	—	256	155	827
Idengeleg 1800	rumän.	Ung., Rum.	686	100	436	150	550	147	716	13	360	283	154
Jilvács 1751	deutsch	Deutsche	358	46	432	12	689	44	647	—	—	32	379
Kálmánd 1752	„	„	398	339	359	432	837	38	1058	4	1	4	5
Kaplony 1734	ungar.	Ung., Deut.	867	374	1359	113	1680	4	1933	—	229	312	274
Mezőfény 1720	deutsch	Deutsche	104	1082	143	1181	1363	185	1748	22	—	13	65
Mezőpetri 1740	„	„	247	856	134	1076	137	1212	1455	—	30	33	1187
Mezőterem 1810	rumän.	Rum., Deut.	127	882	169	1069	878	822	1953	12	9	74	1312
Nagykároly 1712	ungar.	Grösstenteils Ung.,wenig. Deut. Juden,Rum. Russ.	11.979	145	12.709	133	14.885	149	15.772	63	2641	3500	571
Nagymajtény 1720	deutsch	Deutsche	808	522	1552	53	1972	19	1809	62	20	45	775
Szaniszló 1786	rumän.	Rum., Ung., Deut.	1925	145	1773	651	3428	113	3485	60	351	703	349
Alsóhomoród 1781	„	Deutsche	37	579	48	657	103	665	120	749	1	22	756
Erdőd 1726	deutsch	Deut., Ung.	845	939	1515	852	1935	595	3434	35	218	366	1090
Királydarócz 1753	rumän.	Ung., Rum.	1346	8	1517	9	1561	23	1698	2	636	586	85
Krasznabéltek 1730	deutsch	Anfängliche magyaris. Deutsche	334	834	339	1058	939	598	2158	30	25	54	1284
Krasznasándorfalu ?	„	Deutsche	42	351	26	348	44	452	49	524	3	—	518
Krasznaterebes 1772	„	Deut., Rum.	180	475	143	587	278	607	770	169	—	38	450
Nagymadarász 1801	rumän.	Rum., Deut.	53	256	146	213	155	251	432	7	10	17	50
Nagyszokond 1779	„	Deutsche	101	307	137	365	74	433	127	481	6	15	507
Nántü 1795	„	Rum., Deut.	81	131	106	178	248	124	352	93	—	39	134
Szakasz 1749	deutsch	Deut., Rum.	141	350	83	497	86	534	122	525	—	5	531
Szinfalu 1780	rumän.	Deutsche	56	510	107	649	98	749	125	772	7	2	787
Tarlafalu 1784	„	Rum., Deut.	98	310	71	359	108	316	422	2	—	10	264
Józsefháza 1794	„	Rum., Deut., Ung.	680	87	680	137	1038	3	1040	—	318	353	4
Urterebes 1745	ung.-ruth.	Ungarn	1916	344	3165	8	3536	20	3774	5	379	595	137
Vasnád 1750	fehlt	Ung., Deutsche, Armenen, Rum.	2795	79	3132	19	3580	2	4763	26	1408	1592	89
Vasnádszántó 1815	„	Ung., Rum.	756	4	913	11	1021	4	1168	7	233	403	9
		Zusammen:	27.942	11.372	33.167	11.233	44.175	8415	55.027	3682	7159	9280	12.948

(Fortsetzung folgt.)

Kundgebung der Vertreter der National-Minderheiten Rumäniens in Genf.

Die beim vierten Kongress der nationalen Minderheiten in Genf anwesenden Repräsentanten der nationalen Volksgruppen in Rumänien und zwar von deutscher Seite Abg. Brandsch und Direktor Plattner, von magyarischer Seite Dr. von Jakabffy, Baron Ambrózy, Dr. Sulyok und Prof. Balogh, von ukrainer Seite Dr. W. v. Zalezycky, Dr. L. Kohut und C. Krakalia, von den Juden: Dr. Krämer und von den Bulgaren Dr. Tochef und Prof. Miticoff, haben am 30. und 31. August untereinander Besprechungen über die Frage der Minderheiten in Rumänien abgehalten und als Ergebnis dieser zum ersten Male seit dem Bestande Grossrumäniens gepflogenen gemeinsamen Aussprache einstimmig folgende Feststellungen gemacht:

1. Die nationalen Volksgruppen Rumäniens sind in Würdigung der historischen Gegebenheiten und in Befolgung der auch auf dem Kongresse gemeinsam mit den nationalen Minderheiten anderer Staaten kundgetanen Tendenzen wie bisher so auch in der Zukunft gewillt und entschlossen, bei voller Wahrung ihrer nationalkulturellen Eigenart mit dem rumänischen Mehrheitsvolke in Frieden und Freundschaft an der gedeihlichen Entwicklung des rumänischen Staates mitzuwirken.

2. Da die nationalen Volksgruppen in Rumänien gemeinsame nationalkulturelle Interessen haben, besteht bei ihnen der einmütige Wunsch nach dem Ausbau eines engeren Kontaktes unter ihnen und es werden die in Genf anwesenden Repräsentanten die Initiative ergreifen, um bei den Organisationen der von ihnen vertretenen Minderheiten die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für ihre nationalkulturellen Angelegenheiten anzuregen.

3. Insbesondere ist es wünschenswert, dass aus Anlass des von dem rumänischen Regierungspräsidenten im Parlament für den Herbst angekündigten Gesetzentwurfes über ein Statut für die nationalen Minderheiten eine engere Fühlungnahme unter den Repräsentanten der nationalen Minderheiten stattfinden, um eine alle Minderheiten befriedigende Regelung dieser nicht nur für die einzelnen Volksgruppen sondern auch für das Gedeihen des Staates so wichtigen Frage durch gemeinsames Vorgehen zu erzielen.

Die Minderheiten erachten es als selbstverständlich, dass die Regierung vor Einbringung dieses Gesetzentwurfes mit den Repräsentanten der einzelnen Volksgruppen Fühlung nehmen wird, um den Willen aller Gruppen kennen zu lernen.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. OCTOMVRIE - NOVEMBRIE / OCTOBRE - NOVEMBRE / OKTOBER - NOVEMBER 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 10-11

Noul guvern și minoritățile naționale.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

E incontestabil, că știrea despre dispariția dela putere a domniei partidului infectat și de spiritul d-lui Anghelescu, numai bucurie le-a putut cauza minorităților naționale din România.

Bucuria noastră însă nu o putem potența prin conștiința sigură că, în sfârșit, acum se vor schimba toate nu peste mult, terminându-se și prigonirea noastră. Avem doar atâtea experiențe amare, încât și de astădată, fără speranțe exagerate, putem fi trezi și liniștiți.

Or, dacă vom examina cu trezvia aceasta și situația noului guvern, constatăm, că condiția fundamentală a existenței și întărirei sale este, să creeze minorităților naționale o situație cu mult mai favorabilă, ca până acum.

Toate semnele ne arată, că noul guvern nu se va bucura de sprijinul necondiționat al opiniei publice franceze, dupăcum a avut parte guvernul liberal. Împrejurarea, că în fotoliul ministrului de externe șade, în fața diplomației europene, un *homo novus*, ne învederează aceasta într'o măsură oarecare. Va avea însă asupra opiniei publice franceze un efect foarte mare faptul, că noul guvern român a câștigat pe seama țării simpatiile opiniei publice din Germania și Ungaria. Câștigarea amiciției germane este, în primul rând, un interes economic. Iar simpatia opiniei publice din Ungaria e importantă din cauza, ca să se îndeplinească dorința tuturor statelor reprezintate la Societatea Națiunilor: sistarea relațiunilor funeste din Europa centrală-răsăriteană, a căror repercursiune îngreunează atât de mult și marea activitate a Societății Națiunilor.

Dar să nu ne amăgim. Ca o consecință firească a orânduielii noui a lumii, apropierea serioasă față de opinia publică germană și maghiară, nici nu se poate imagina altfel, decât prin luarea în considerare a minorității germane și maghiare. Nu voim să discutăm acum relațiile germane. Însă referitor la Maghiari putem constata, că glasul amicabil al presei din Ungaria, cu care a salutat guvernul d-lui Maniu, e cu siguranță pentru d-sa un mare avantaj în fața factorilor europeni. Or, glasul acesta — după convingerea noastră — se va schimba imediat, dacă vaierul nostru puternic va răsuna iarăș spre Occident.

Lealitatea luptelor politice a conducătorilor minorității maghiare din România, le impune datoria, ca de o parte să se bucure de glasul amicabil manifestat în Ungaria, iar de altă parte, în speranța unei sanări obținute în țară, să sisteze trimiterea deja pregătită a doleanțelor către Societatea Națiunilor, căutând în toată privința modalitățile și mijloacele, cari fac posibil noului guvern, ca principiile proclamate la Alba-Iulia, să le înfăptuiască. Or, în ce ne privește pe noi, declarăm, că ne-ar desamăgi foarte mult concepția cavalerească, europeană, a d-lui Maniu, dacă în viitorul apropiat ar pretinde pentru aceasta dela noi, ca condiție prealabilă, astfel de lucruri, pe cari nu le-am putea da cu conștiință maghiară independentă.

Die Tschecho-Slowakei und das Minderheitenproblem.

— Zur zehnten Jahreswende der Fünfvölkerrepublik. —

Von **Dr. G. A. Késmárki.**

„Der Staat ist die Organisation naturgegebenen Zusammenwirkens".
Masaryk: Die Weltrevolution.

I.

„Tschechoslowakisches Volk! Dein uralter Traum ist Wirklichkeit geworden! Der tschechoslowakische Staat trat am heutigen Tage in die Reihe der selbständigen freien Kulturstaaten der Welt" — mit diesem Auftakt setzt der Aufruf ein, in welchem der Prager „tschechoslowakische" Nationalausschus, am 28. Oktober 1918, die Gründung des „tschecho-

slowakischen" Staates bekanntgibt. Dieser Tag gilt allgemein als der Zeitpunkt, von dem das Bestehen der Tschecho-Slowakei zu rechnen ist, wiewohl die Sache nicht so einfach liegt.[1] Der Vater der Fünfvölkerrepublik, T. G. *Masaryk* selbst neigt in seinen Memoiren vorerst zur Auffassung, dass die Tschecho-Slowakei ihr Leben mit dem Tag der Anerkennung des Pariser Nationalrates als provisorische Regierung bereits am 15. Oktober 1918 begonnen habe; er entscheidet sich aber schliesslich doch auch für den 28. Oktober, den Tag, der vor „der ganzen Nation als Beginn ihrer Selbständigkeit gilt".[2] Immerhin spricht schon die „Unabhängigkeitserklärung des tschechoslowakischen Volkes" vom 18. Oktober 1918 von einem „tschechoslowakischen Staat", als dessen provisorische Regierung der Pariser „tschechoslowakische Nationalrat" durch die verbündeten Regierungen und Amerika anerkannt wurde.[3]

Wenn diese sogenannte Washingtoner Deklaration von einem „tschechoslowakischen Nationalrat" spricht, so handelt es sich um dasselbe revolutionäre Gebilde, das vor kurzem (anfangs 1916) noch anders hiess; es führte den klangvollen

[1] Auf den von Altungarn abgetrennten Gebieten, die heute den Namen Slowakei und Karpathorussland führen, waren die Tschechen bis zum Inkrafttreten des Trianonvertrags, also bis zum 26. Juli 1921 nur eine besetzende Macht, die Slowakei und Karpathorussland ein okkupiertes Gebiet. Das Beispiel des Königreichs Serbien im Weltkriege — auf das sich tschechische Publizisten und Theoretiker vielfach beziehen — ist eher ein Beweis für den de jure Zustand Oberungarns bis zum 26. Juli 1921. Vgl. L. *Buza:* Die Entstehung des tschechoslowakischen Staates im Lichte des Völkerrechts. Zeitschrift für Völkerrecht. 1924. Bd. XIII. S. 112—119, wo die durchaus nicht zutreffende These des tschechischen Rechtsgelehrten A. *Hobza* (La république Tchéchoslovaque et le droit international. Revue Gen. de droit int. publ. Bd. 29 S. 385 ff.) dass die Tschechoslowakei gar seit dem 29. Juli 1918 bestehe, glänzend widergelegt wird.

[2] Masaryk: Die Weltrevolution. S. 405. f. In diesem Werke weist Masaryk auf eine richtige Fährte hin, wenn er betont, dass „theoretisch wie auch praktisch die Frage wichtig ist, ob die Souveränität des Tschechoslowakischen Staates in der Slowakei gleichfalls am 28. Oktober sofort für das ganze Gebiet gültig wurde". S. 414.

[3] Epstein: Studienausgabe der Verfassungsgesetze der Tschechoslowakischen Republik. Reichenberg, 1923. S. 29.

Für die Reihenfolge der „Anerkennungen" siehe die von Dr. Benes an die Ententemächte gerichtete Note (14. Oktober 1918): Epstein a. a. O. S. 27. Vgl. auch Temperley: A history of the Peace Conference of Paris. Vol. V. p. 159—60.

Namen „Conseil des Pays Tchèques". Nach Dr. Benes wurde diese territorial geprägte Bezeichnung seinerzeit von General Stefanik verfochten, weil dieser „in Anbetracht der völligen Unbekanntheit der slowakischen Frage in den alliierten Ländern die *tschechische* Aktion nicht komplizieren wollte".[1] Diese Begründung erscheint mir wenig stichhältig, wird doch in dem am 1. Juli 1917 im Pariser *Journal des Débats* veröffentlichten tschechischen Protest gegen die Einberufung des Wiener Reichsrates die „Unabhängigkeit Böhmens *und seine Vereinigung mit den Slowaken*» gefordert. Der Inhalt dieses Protestes „kompliziert" also die tschechische Aktion bereits mit der slowakischen Frage, unterfertigt ist der Protest immer noch nur im Namen „des Nationalrates der *Tschechischen* (sic) Länder".[2]

In dem berühmten Dekret über die „Konstituierung der tschechoslowakischen Armee in Frankreich (16. Dezember 1917.) heisst es dann allerdings schon, dass „die Leitung dieser Nationalarmee in politischer Hinsicht dem Nationalrat der tschechischen und slowakischen Länder mit dem Sitz in Paris zustehe"[3] Die tschechische Auslandpropaganda scheint also

[1] Benes: Der Aufstand der Nationen. Berlin, 1928. S. 62. Fussnote.

[2] Das Verhalten der Tschechen im Weltkrieg. Schriftensammlung, herausgegeben von der Deutschnationalen Geschäftstelle. Wien, 1918. S. 368.

[3] „Cette armée nationale est placée au point de vue politique sous la direction du Conseil National des Pays Tcheques *et Slovaques* dont le siège central se trouve à Paris". (Art. 2.) cf. Maurice *Mercier:* La formation de l'État Tchechoslovaque. Paris 1923. p. 89. Dieser französische Publizist, der sich in seinem Buch durch dick und dünn vorbehaltlos an die Seite der Tschechen stellt, würdigt das französische Dekret betreffend die tschechoslowakische Nationalarmee, wie folgt: „Ce document est d'une importance historique capitale, car il reconnait explicitement et sans aucune réserve: „la souveraineté nationale du peuple tchéchoslovaque" l'union des Tchèques et des Slovaques et le Conseil national tchèque; *c'est pour la nation tchechoslovaque le commencement de sa reconnaissance juridique*" (a. a. O. S. 90.)

Strenger und sachlicher beurteilt die Frage der Entstehung und Anerkennung der Tschecho-Slowakei der „offizielle" englische Historiker der Friedenskonferenz H. W. *Temperley* (A History of the Peace Conference of Paris Vol. V. p. 157. u. 159.) Nach seiner Auffassung, die auch rechtstheoretisch standhält ist vorerst die *Tatsache* der Entstehung eines Staates von seiner völkerrechtlichen Anerkennung scharf zu unterscheiden. Was nun die letztere betrifft, so müsse man vor Augen halten, dass „recognition by the Allied Powers of the Control of the Czecho-Slovak national Council over its army, or declarations of sympathy with Czecho-Slovak national aspirations did little more than indicate that a Czecho-Slovak state might arise in the future

vom Haupte des „unbekannten" slowakischen Brudervolkes die politische Tarnkappe in der zweiten Hälfte 1917. entfernt zu haben.

II.

Nomen est omen! Die taktische Schwarzkünstlerei, die sich im politischen Spiel mit den Bezeichnungen „tschechisch" und „tschecho-slowakisch" äussert und die ihren Höhepunkt mit der Weglassung des unbequemen Bindestrichs erreicht,[1] ist auch heute noch das Symbol des politischen Gegensatzes, der herrschsüchtige tschechische Imperialisten von völkisch selbstbewussten Slowaken trennt, ein Gegensatz, den die moralisch haltlose Gruppe der tschechophilen Slowaken, – sie allein nennen sich Tschechoslowaken, – nicht aus der Welt zu schaffen vermag. Das Dichterwort „Name ist Schall und Rauch" trifft hier nicht zu, denn dieser Namensstreit weist auf tiefe prinzipielle Gegensätze hin, auf die grundlegende Frage, ob für Tschechen und Slowaken die Bedingungen „eines naturgegebenen Zusammenwirkens" vorhanden sind. Dieselbe Frage müssen wir auch bezüglich der übrigen Minderheiten in der Tschechoslowakei aufwerfen. Jawohl, auch für die *übrigen* Minderheiten, denn dass die Slowaken heute durchaus nicht „Herren in ihrer Heimat" sind, – wie ihnen dies in einem Aufruf an das *slowakische* (nicht tschechoslowakische) Volk in den ersten Novembertagen 1918. vorgespiegelt worden war[2] – das wurde den Prager Machthabern seither von mehreren Slowakenführern unzähligemal vorgehalten. Ob die Slowaken lediglich das Beispiel einer „minorité de sentiment" sind,[3] ob also bloss gefühlsmässige Gegensätze sie von den Tschechen trennen, das bleibe diesmal unerörtert. Eines steht fest: die Slowaken selbst haben

though they helped to create conditions favorable to that end". (p. 159.) Nach Temperley erfolgte die volle endgültige und restlose (full, final and complete) Anerkennung der Tschecho-Slowakei, am 18. Januar 1919. mit der Zulassung ihrer Bevollmächtigten zur Pariser Friedenkonferenz. (a. a. O. S. 160.)

[1] Mit Ausnahme gegenteiliger Zitate bedienen wir uns durchwegs dieses Bindestrichs, eine Schreibweise, die in dem sogenannten Minderheitenschutzvertrag benützt wird. Bezeichnend für die Spannung zwischen Völkerrecht und tschecho-slowakischen Staatsrecht ist, dass der Gebrauch des Bindestrichs als Verletzung des Ordnungsgesetzes bestraft wird. (Hassinger: Tschechoslowakei S. 473.)

[2] Epstein a. a. O. S. 82.

[3] Duparc: La Protection des Minorités. Paris 1922. p. 30.

sich als eine Minderheit bezeichnet, allerdings als eine solche, auf die sich der den übrigen Minoritäten der Fünfvölkerrepublik völkerrechtlich zugesicherte Minderheitenschutz nicht erstreckt.[1]

Die Slowaken streben diesen Schutz in seiner weitestgehenden Form an, sie verlangen die vollständige Autonomie, wie sie ihnen im Pittsburger Vertrag (30. Mai 1918.) feierlich zugesichert worden war. In diesem Vertrag ist noch ausdrücklich von Tschechen *und* Slowaken die Rede, nicht von Tschechoslowaken. Aber auch die berühmte oder vielmehr berüchtigte Deklaration von Turócszentmárton (30 Oktober 1918.) wurde von den Vertretern *slowakischer* Parteien durch den *slowakischen* Nationalrat erlassen.[2] Wenn Benes behauptet, dass sich durch diese Deklaration „*die ganze* Slowakei offiziell zur Einheit des Staates und der Nation meldete"[3] so ist dies gelinde gesagt, politische *Dichtung*, die recht wenig mit *Wahrheit* zu tun hat, umso mehr aber mit der Fälschung dieser Deklaration, die zum geistigen Urheber einen heute aktiven tschechischen Minister hat. (M. Hodza.) Durch diesen und seine tschechophilen Freunde wurde der Urtext der Deklaration nachträglich und eigenmächtig dahin abgeändert, dass das darin betonte Selbstbestimmungsrecht der „Slowakischen" Nation, mit dem der „tschechoslowakischen" ersetzt wurde – ohne Wissen und Zustimmung des slowakischen Nationalrates.[4] Trotz dieser Fälschung und trotz der „juristischen" Verschmelzung der tschechischen und der slowakischen Sprache,[5] bleibt die „tschechoslowakische"

[1] *Steier*: Ungarns Vergewaltigung. Wien 1928. S. 597.

[2] Steier: a. a. O. S. 594.

[3] Benes: a. a. O. S. 645.

[4] *Steier*: Ungarns Vergewaltigung. Wien 1928. S. 564. Der Verfasser, ein hervorragender Forscher der tschechischen und der slowakischen Frage, führt uns in diesem jüngst erschienenen Werk die ganze Fälschungsgeschichte wie auch die Entstehungsgeschichte der Deklaration von Turócszentmárton in allen Einzelheiten vor. Aus seinem ausführlichen kritischen Bericht, der sich auf die massgebendsten slowakischen Politiker stützt, erhalten wir auch genauen Bescheid über die vielbesprochene Geheimklausel. Ganz besonders beachtenswert sind die Ausführungen des Verfassers, in denen er an der Hand statistischer Daten den Beweis erbringt, dass in Turócszentmárton nur ein geringer Bruchteil der Slowaken vertreten war, zumal da die überwiegende Mehrheit dieser „Vertreter" Protestanten waren, wo doch 80% der Slowaken der katholischen Kirche angehören.

[5] Ein interessantes, wenn auch etwas unbeholfen ausgeführtes „juristisches" Kunststück, höchst lehrreich für umständliche Sprachforscher! Das

Nation nach wie vor nur ein Traum der Tschechen und einiger tschechophilen Slowaken, ein Traum, dessen Verwirklichung „uralte" Gegensätze verhindern. Die überwiegende Mehrheit der Slowaken bekennt sich auch heute, am zehnten Jahrestag des grossen Umsturzes, unentwegt zur völkischen Formel, – die für die Friedenskonferenz zu Paris 1919. geprägt worden war: „Wir sind weder Tschechen, noch Tschechoslowaken, wir sind einfach nur Slowaken."

Dieses völkische Bekenntnis könnte schon eher als das der *ganzen* Slowakei gelten, wenn es eben in diesem und im östlich angrenzenden Gebiet nicht auch andere Völker gäbe. In der heutigen Slowakei und im heutigen Karpathorussland hat aber der Zusammenbruch Ende 1918 ausser eindreiviertel Millionen Slowaken, bekanntlich rund eine Million Ungarn, fast eine halbe Million Ruthenen und rund eine viertel Million Deutsche vorgefunden.[3] Für diese Völker gilt natürlich auch, dass sie weder Tschechen, noch Tschechoslowaken sind, sondern einfach nur Ungarn, Ruthenen und Deutsche. In den sogenannten historischen Ländern (Böhmen, Mähren, Schlesien) standen zur Zeit des Umsturzes mehr als dreieinhalb Millionen Deutsche rund sechs Millionen Tschechen gegenüber. Selbst die Volkszählung vom Jahre 1921 vermochte – trotz aller schlauen Griffe und willkürlichen Übergriffe, die damals an-

Gesetz Nr. 139. vom 13. März 1919 ordnet an, dass die Sammlung der Gesetze und Verordnungen neben dem authentischen *tschechischen* Texte auch in *slowakischer* und deutscher *Übersetzung* erscheinen soll. Somit: tschechisch und slowakisch *zwei* verschiedene Sprachen. Nach dem Verfassungsgesetz Nr. 122 vom 29. Februar 1920 ist „die *tschechoslowakische* Sprache die staatliche offizielle Sprache" (§ 1.) Einzahl, also: *eine* Sprache. In demselben Gesetz heisst es aber, — drei Paragraphen weiter unten — dass, die Behörden in jenem Gebiete der Republik, das vor dem 28. Oktober 1918. zu den im Reichsrate vertretenen Königreiche und Ländern oder zum Königreich Preussen gehört hat, in der Regel *tschechisch*, in der Slowakei in der Regel *slowakisch* amtieren (§ 4). Es handelt sich also scheinbar doch nicht um eine, sondern um *zwei* Sprachen. Ein Jurist darf nie in Verlegenheit kommen: „Eine *slowakische* amtliche Erledigung einer *tschechischen* Eingabe oder eine *tschechische* Erledigung einer *slowakischen* Eingabe *gilt* als Erledigung die in der Sprache der Eingabe erfolgt ist." (§ 4. Abs. 2.) Ein glänzendes Schulbeispiel für die juristische — Fiktion. Zwei vorhandene Sprachen, die tschechische und die slowakische werden gegenseitig, zu gunsten einer dritten nicht vorhandenen Sprache, der „tschechoslowakischen", als nicht vorhanden vorausgesetzt.

gewendet wurden, – die Tatsache, dass in der Tschecho-Slowakei die Gesammtzahl der Nicht-Tschechen (Deutsche, Slowaken, Ungarn, Ruthenen usw.) höher ist, als die der Tschechen, – nur so verschwinden machen, dass Tschechen und Slowaken als *statistische* Einheit in einer Summe ausgewiesen wurden. In der Slowakei strebt also eine statistische Minderheit auf machtpolitischer Grundlage Mehrheitsrechte an und dies nicht etwa als Mittel zur Organisierung des Staates im Sinne „naturgegebenen Zusammenwirkens", vielmehr zur Ausgestaltung eines tschechischen Nationalstaates. Diese zwei auseinander strebenden Begriffe lassen sich in der Tschecho-Slowakei unmöglich auf einen gemeinsamen Nenner bringen. In einem mit machtpolitischen Mitteln, mit fremder Hilfe gegründeten Staatsgebilde, wie die Tschecho-Slowakei, wo das Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit der Bevölkerung vorenthalten wurde,[1] wo

[1] Wie die *Slowaken* um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht wurden, darüber siehe, — nebst dem auf S. 5. Gesagten, — die aufschlussreichen Ausführungen bei *Steier* a. a. O. insbesondere S. 537 ff. 583 ff. 678 ff. 789 ff.

Über die Auffassung der tschecho-slowakischen Revolutionsregierung in der Frage des Selbstbestimmungsrecht der *Deutschen* in der Tschecho-Slowakei enthält das der Friedenskonferenz von Benes vorgelegte Memoire III. folgendes: „Nach den amtlichen Statistiken gibt es in den vier tschecho-slowakischen Ländern mehr als drei Millionen (nahezu 4 Millionen, Anmerkung des Verfassers) Deutsche. Die Tschechoslowaken beanspruchen, dass die Gebiete, wo diese Bevölkerungen siedeln, innerhalb der Grenze ihres Nationalstaates (sic!) verbleiben, indem sie zu dem Zwecke der Errichtung der tschecho-slowakischen Republik *das grosse Prinzip des Rechtes der Völker anrufen* ihr Schicksal *selber* zu bestimmen." Vgl. hiezu die treffende Bemerkung *Hassingers*, dass „hier in einem Satz und Atem das Selbstbestimmungsrecht für die *Tschechen* gefordert wird und das Recht über die Millionen Deutschen zu verfügen" in dem ganz sonderbaren Sinne, dass „ein Volk über das Schicksal *anderer* Völker selbst bestimmt." (a. a. O. S. 582—3.)

Die Vorschläge der *ungarischen* Friedensdelegation betreffend die Anordnung der Volksabstimmung in den abzutretenden oberungarischen Gebieten (Epstein a. a. O. 89.) wurden in der Millerand'schen Mantelnote zum Friedensvertrag kurzweg abgelehnt, die Volksabstimmung als „überflüssig" bezeichnet, da die Bevölkerung der fraglichen Gebiete, — darunter auch der Tschecho-Slowakei zugeurteilten Oberungarns bereits Ende 1918. ihren Willen zweifellos kundgetan hätte vom ungarischen Joche befreit zu werden. Wir verweisen auf den Beschluss der Deutschen Oberungarns (9 Dezember 1918.), eine feierliche Verwahrung dazugegen, dass über „ihre staatliche Zugehörigkeit gegen ihren Willen und ohne ihre Befragung" beschlossen wurde. „Ungarn war für uns das sorgende Vaterland" — heisst es in diesem Beschluss, — . . . wir fühlen uns als dessen Mitbürger und wollen es immerdar bleiben" (Epstein : a. a. O. 87.)

es *nicht eine, sondern fünf Nationen* gibt, dort ist die Ausgestaltung eines Nationalstaates nur unter Anwendung von rohen Machtmitteln möglich. Diese können wohl zur Unterdrückung widerstrebender fremdnationaler Kräfte dienen, nie aber zur Herbeiführung eines *naturgegebenen* Zusammenwirkens von nicht-tschechischen Völkern für ein Ziel, dessen Erreichung gleichbedeutend wäre mit ihrer Vernichtung. Zu solchem Ende ein *naturgegebenes* Zusammenwirken zu verlangen, ist eine – contradictio in adjecto. Die unerlässliche Vorbedingung einer erspriesslichen Zusammenarbeit der fünf Völker, ist die Verzichtleistung der Tschechen auf den Ausbau eines tschechischen Nationalstaates, mit anderen Worten der Verzicht auf die *zentralistische* Einrichtung des Staatslebens. Nationalstaat – zentralistische Machtpolitik – Unterdrückung der Minderheiten auf der einen, Nationalitätenstaat – naturgegebenes Zusammenwirken der Völker – wirksamer Minderheitenschutz und Autonomie auf der anderen Seite, das sind die einander gegenüberstehenden dreifachen Begriffsgruppen in deren Mitte herumwankend das heute noch ganz verworrene Problem der Tschecho-Slowakei und ihrer fünf Völker (mit den Polen [1] sind es ihrer sechs) der Lösung harrt. *Zehn Jahre sind seit der Staatsgründung verflossen: im Sinne eines naturgegebenen Zusammenwirkens ist die Fünfvölkerrepublik heute noch kein Staat.*

Das politische Ideal der Tschechen: der tschechische Nationalstaat steht, angesichts der gegebenen Siedlungsverhältnisse der Fünfvölkerrepublik, in diametralem Gegensatz zu den berechtigten nationalpolitischen Wünschen und Forderungen der übrigen vier Völker. Grundsätzlich gesehen ist hiebei ganz gleichgültig, ob sich diese nationalpolitischen Forderungen auf das Höchstmass des Minderheitenschutzes, auf die nationale Autonomie beziehen, oder aber sich vorerst auf einen enger gesteckten Kreis, auf die restlose Verwirklichung des völkerrechtlich anerkannten Minderheitenschutzes beschränken. Zwischen Tschechen und Nicht-Tschechen besteht heute ein vierfaches ineinandergreifendes Spannungsverhältnis, das sich z. B. beim tschechisch-slowakischen Gegensatz darin äussert – dies

[1] Die Seelenzahl der Polen beträgt, nach der Volkszählung v. Jahre 1921, nicht einmal hunderttausend (75.852, hievon 69.967 in Schlesien). Unsere grundsätzlichen Bemerkungen über Minderheitenschutz beziehen sich aber selbstredend auch auf die Polen.

ist für das richtige Verständnis des Problems höchstwichtig – dass die politischen Forderungen der slowakischen Autonomisten auch von den übrigen Minderheitsvölkern der Tschecho-Slowakei unterstützt werden. Was namentlich die deutschen und ungarischen Parteien betrifft, so vermuten tschechische Kreise in solchem autonomiefreundlichen Verhalten sogleich staatsfeindliche Hintergedanken, statt sich der Tatsache bewusst zu werden, dass sich hier ein grundlegendes Gesetz völkischen Selbsterhaltungstriebes auswirkt: wenn es den Tschechen gelingen sollte die *slowakische* Frage im Sinne der tschecho-slowakischen (d. i. tschechischen) Einheit restlos zu lösen, wenn also nicht mehr ein Sechsmillionen –, sondern ein mehr als Achtmillionenvolk dem tschechischen Nationalstaatsgedanken dienstbar gemacht wäre, so würde dies den national- und machtpolitischen Druck – der auf den übrigen Völkern der Republik auch heute schon schwer lastet – einfach bis zur Unerträglichkeit steigern.

Vom slowakischen Standpunkt aus betrachtet, muss hinwieder der Umstand berücksichtigt werden, dass die Tschechen der Slowaken nicht etwa als Kulturträger und nicht als Teilhaber einer geistig und wirtschaftlich führenden Schicht des „tschechoslowakischen" Volkes bedürfen, die Tschechen brauchen die Slowaken vielmehr lediglich als nationalpolitisch unschädlich gemachte Masse, die sich der *eigenen* nationalpolitischen Ziele berauben liess, auf die Entfaltung ihres eigenen völkischen Wesens verzichtet hat.

Die Ausschaltung der Slowaken aus dem nationalen Kampf und ihre Aufsaugung würde den Tschechen ermöglichen in der Slowakei und in Karpathorussland den Ausbau des *tschechischen* Nationalstaates mit ganzem Hochdruck rücksichtslos fortzusetzen und nach den Slowaken auch die übrigen Völker der Republik einem hemmungslosen machtpolitischen Eroberungsfeldzug restlos zu unterwerfen. Für diese Konzeption ist der Minderheitenschutz eine unbequeme Zutat völkerrechtlicher Natur, eine Einrichtung, die sich mit der Souveränität des Staates, zumal eines Nationalstaates nicht verträgt.

III.

Mit dem Problem der Souveränität und seines Verhältnisses zum Minderheitenschutz streifen wir nunmehr eine Frage, deren Beantwortung einige rechtstheoretische Erörterungen er-

heischt. Als Ausgangspunkt dieser Ausführungen scheint uns die *völkerrechtliche* Regelung des Minderheitenschutzes am besten geeignet. In Artikel 1 des sog. Minderheitenschutzvertrages hat sich die Tschecho-Slowakei verpflichtet, dass „die in den Artikeln 2 bis 8 des Kapitels I. enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze (lois fondamentales) anerkannt werden, dass kein Gesetz, *keine* Verordnung und keine Amtshandlung mit diesen Bestimmungen im Widerspruch oder Gegensatz stehen und dass kein Gesetz, keine Verordnung und keine Amtshandlung ihnen gegenüber Geltung haben solle".

Es handelt sich hier, um einen *vertraglich* vereinbarten Ungültigkeitsgrund von Gesetzen usw., welche die in Artikel 2–8 des Minderheitenschutzvertrags enthaltenen Bestimmungen rechtlich oder praktisch unwirksam machen könnten. Nun ist aber dieser Ungültigkeitsgrund nach Prof. Franz *Weyr* „praktisch unwirksam und theoretisch verfehlt". Die im Minderheitenvertrag diesbezüglich übernommene Verpflichtung ist – nach *Weyr* – „eine juristisch ganz unmögliche, da sie der sonst in der Verfassungsurkunde ausnahmslos aufrechterhaltenen innerstaatlichen Souveränität der tschechoslowakischen Rechtsordnung widerspricht".[1] Wenn man diesen Gedanken in minderheitsrechtlicher Linie weiterführt, so folgt aus der Grundthese der innerstaatlichen Souveränität zwangläufig der weitere Satz, seinem Wesen nach nur eine Paraphrase des Obenangeführten, dass: Kraft der innerstaatlichen Souveränität die tschecho-slowakische Gesetzgebung die Machtfülle besitzt, die Minderheiten all ihrer völkerrechtlich verbrieften *besonderen* Rechte zu entblössen.

Dass – nach der Auffassung des Prof. *Weyr* – dem so ist, das bestätigt er selbst, allerdings nicht in seiner deutschen Abhandlung, sondern in seinem *tschechischen* Handbuch des tschechoslowakischen Staatsrechts,[2] wo er diese Frage eingehender erörtert. Wir wünschen hier bloss den Schlussatz seines Gedankenganges festzuhalten. Nach diesem ergibt aus Artikel 1 des Minderheitenschutzvertrages, um ihm doch irgendeine praktische Bedeutung beizumessen, für die Mitglieder der Ge-

[1] Franz *Weyr:* Das Verfassungsrecht der Tschechoslowakischen Republik. Zeitschrift für öffentliches Recht Bd. II. 1921. S. 6.

[2] Dr. Frantisch Weyr: Soustava Ceskhslovenskiho Práva Státniho. Druhé vydani. v Praze. 1924.

setzgebung „lediglich die *moralische* Verpflichtung, nicht für Gesetze zu stimmen, die den Bestimmungen des Vertrages widersprechen".[1]

Anknüpfend an dieses zusammenfassende „Wert"-urteil bemerkt *Weyr*, dass dieses auch für § 106 der Verfassungsurkunde gilt. Dieser Paragraph lautet, wie folgt:

„Vorrechte des Geschlechtes, der Geburt und des Berufes werden nicht anerkannt.

Alle Einwohner der tschechoslowakischen Republik geniessen innerhalb der gleichen Grenzen wie die Staatsbürger dieser Republik auf ihrem Gebiete den vollen und unbedingten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit, ohne Rücksicht darauf, welcher Abstammung, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse oder Religion sie sind. Abweichungen von diesem Grundsatz sind nur zulässig, *soweit es das Völkerrecht erlaubt*».

Den in Absatz 2 des § 106 ausgesprochenen Grundsatz „musste man – ich zitiere wörtlich aus dem Bericht des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung – „in die Verfassungsurkunde mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Art. 1 und 2 des zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und der tschechoslowakischen Republik am 10. Sept. 1919 abgeschlossenen Vertrag aufnehmen".[2] Artikel 2 des sog. Minderheitsvertrags enthält Bestimmungen über den Schutz von Leben und Freiheit *aller* – auch der staatsfremden Einwohner der Tschecho-Slowakei – greift somit auch in das Fremdenrecht hinüber.[3] Daher wohl die rechtstechnisch behutsam auf Absatz 2 des § 106 beschränkte Formel über das Verhältnis von Staatsrecht und Völkerrecht, allem Anschein nach zugunsten des letzteren. Mit der Umschreibung «*soweit es das Völkerrecht*

[1] „Chceme-li proto citovanému clanku (1) zachraniti vůbec nejaky prakticky vyznam, mozno v nem spatrovati toliko mravni závázik, který mozili zástupci státu ceskoslovenského podpisem zminené smlouvy kazdemu clenu zákonodárnych sboru, ze nebude hlasovati pro zákony, které by byly „v odpru nebo nesouhlasu s temito ustanovenimi" (Weyr; a. a. O. S. 81.)

Vgl. Franz *Adler:* Die Grundgedanken der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde. Berlin, 1927. S. 34. Fussnote 3. Ebenda weitere Litteraturangaben.

[2] Epstein: Verfassungsgesetz S. 194.

[3] Über das Verhältnis von Minderheitenrecht und Fremdenrecht vgl. die lichtvolle Abhandlung von Dr. C. G. Bruns. Minderheitenrecht als Völkerrecht. (Zeitschrift für Völkerrecht. 1928. Ergänzungsheft 2.) S. 13. ff.

erlaubt» ist wohl zwischenstaatliches Gewohnheitsrecht, wie auch Vertragsrecht gemeint, letzteres gewiss im Sinne des völkerrechtlichen Grundsatzes *«pacta sunt servanda»*.

Dieser Grundsatz ist, was die übrigen Bestimmungen des sog. Minderheitsschutzvertrages betrifft, bei der Schaffung der tschecho-slowakischen Verfassungsurkunde keineswegs restlos durchgeführt worden. *Weyr* bedient sich des elastischen Ausdrucks, dass sich der Inhalt der minderheitrechtlichen Bestimmungen in der Verfassungsurkunde *«im wesentlichen»* (v podstate) mit denen des Vertrags deckt.[1]

Wenn *Weyr* das Wesen des Umgusses völkerrechtlicher Vereinbarungen in innerstaatliches Recht darin erblickt, dass zwischen den beiden eine gewisse Ähnlichkeit zu erkennen ist, so mag er mit seiner Behauptung recht behalten. Ich glaube aber gegen diese Auffassung einwerfen zu dürfen, dass bei der kritischen Durchleuchtung solcher Umgussformeln das Vorhandensein einer *Ähnlichkeit* nicht befriedigen kann, vielmehr eine nähere Untersuchung der *Abweichungen* notwendig erscheinen lässt.

Eine solche nähere Vergleichung der tschecho-slowakischen Verfassungsurkunde mit den einschlägigen Bestimmungen des Minderheitsschutzvertrages ergibt nun mehrere – unserer Ansicht nach – wesentliche Abweichungen, die letzten Endes auf eine wissenschaftlich überholte Auslegung des Souveränitätsbegriffs zurückzuführen und minderheitspolitisch gewertet: den rechtstechnischen Hebel, das „freie Tor" für tschechischnationale Bestrebungen auf Kosten der nationalen Minderheiten bedeuten. In die Begriffsfreiheit: Tschechischer Nationalstaat – innere Machtpolitik – Unterdrückung der Minderheiten schiebt sich an die Stelle des mittleren Gliedes, nun die *Souveränität* ein – im Sinne *schrankenloser* Machtvollkommenheit, die sogar „Selbstverpflichtung des Staates" (Jellinek) nicht verträgt. Nur so lässt sich die Fassung erklären, die z. B. Art. 7. Abs. 3. des Minderheitschutzvertrages in der tschechoslowakischen Verfassung erhalten hat. „Die Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik können – wohl auch nach der Verfassung (§ 128. Abs.

[1] Weyr: Soustava. S. 393. Die Fussnote 1. betont – mit Hinweis auf Artikel 14 des Minderheitenschutzvertrages – dass auch die darin über die Abänderung des Vertrags enthaltene Bestimmung unvereinbar ist mit der innerstaatlichen Souveränität der Republik.

3.) – im Privat- und Handelsverkehr, in Religionsangelegenheiten, in der Presse, und in allen Veröffentlichungen oder öffentlichen Volksversammlungen welche Sprache immer frei gebrauchen", – aber nur *«innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesetze»*; eine Einschaltung, die im Minderheitschutzvertrag *nicht* enthalten ist und durch die nach dem Bericht des Verfassungsausschusses *«die Souveränität des Staates geschützt wird»*.[1]

Difficile est satiram non scribere! – über den Zusammenhang des freien Sprachgebrauchs im Privat- und Handelsverkehre mit der Souveränität des Staates. Oder sollte dieser altehrwürdige staatsrechtliche Begriff etwa dennoch schutzbedürftig sein, die „Grenzen allgemeiner Gesetze" nicht vermissen können zur Hintanhaltung eines allzu gemischten Sprachgebrauchs in irgend einer – Gemischtwarenhandlung der Fünfvölkerrepublik?![2]

Fragen, wie die des Sprachgebrauches im Privatleben, unmittelbar oder auch nur mittelbar mit der Souveränität des Staates in Zusammenhang zu bringen, ist ein Vorgehen, dem eine weitergesteckte Auffassung der Machtvollkommenheit zugrundeliegt, als dem Souveränitätsbegriff des Franzosen *Bodinus* oder der Lehre seines noch kühneren englischen Nachfolgers: Hobbes.[3] Sollte die seelische Verwandtschaft eines modernen tschechischen Rechtslehrers mit französischen und englischen Theoretikern des Zeitalters des Absolutismus etwa ein ungewolltes Zeichen imperialistischer Gelüste sein, die sich in der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde das Mäntelchen der modernen Demokratie umhängen?

Es würde zu weit führen, den Entwicklungsgang der Souveränitätslehre hier zu schildern und uns mit den Vertretern der verschiedentlichen Souveränitätstheorien auseinanderzusetzen. Für unsere minderheitspolitischen Ausführungen, – die sich der

[1] Epstein: Verfassungsgesetze S. 205.

[2] Das Informationsbureau des Prager Aussenministeriums sah sich durch die Denkschrift der deutschen Abgeordneten und Senatoren der Republik an den Völkerbund veranlasst, eine offizielle Auslegung der Minderheitsschutzklauseln der Verfassungsurkunde zu geben, die aber durchaus nicht befriedigend ist. Vgl. Epstein: Das Sprachenrecht der Tschechoslowakischen Republik. Reichenberg 1927. S. 14. ff. — wo auch eine Reihe sprachlicher Bestimmungen angeführt sind, die in vollem Gegensatze zu Art. 7. Abs. 3. des Minderheitschutzvertrages stehen.

[3] Oppenheim: International Law. I. 129. ff.

Rechtsfragen lediglich als sachlicher Unterlage bedienen, – ist eine solche Auseinandersetzung gar nicht notwendig. Es genügt festzustellen, dass der moderne Souveränitätsbegriff „die Fähigkeit rechtlicher Selbstbindung", (Stier-Somló) mit einem Minderheitenschutz völkerrechtlicher Natur durchaus nicht unversöhnbar ist. Man braucht also keineswegs die Souveränität des Staates rundweg zu verneinen, um völker- und staatsrechtlichen Minderheitenschutz mit einander in Einklang bringen zu können.

Ein angesehener Vertreter der modernen französischen Völkerrechtsliteratur, *Fauchille* schickt seiner Begriffsbestimmung der Souveränität die einschränkende Bemerkung voraus, dass dieser Begriff nicht etwa im Sinne der Staatsallmacht ausgelegt werden dürfe, noch dahin, dass der Träger der Souveränität bei der Schaffung des Rechts lediglich durch den eigenen Willen beschränkt wäre.[1] Im Lichte dieser Bemerkung ist die nachstehende Begriffsbestimmung zu werten: „La souveraineté intérieure ou éxterieure, signifie qu'il existe personne au dessus de l'État qui la possède, mais non pas que l'État puisse faire tout ce qu'il veut, puisse tout se permettre; *un État sonverain est seul maître de ses actes*, mais il n'est pas libre de faire tout les actes possibles." [2] Für unseren Gedankengang ist in dieser Begriffsbestimmung besonders der Satz wertvoll, nach welchem „der souveräne Staat allein Herr seiner Handlungen ist." Dies will mit anderen Worten besagen, dass – juristisch gesprochen – die freie Handlungsfähigkeit des souveränen Staates auch nach der Richtung hin besteht, Verträge zu schliessen, durch die er in dem vertraglich umschriebenen Kreis seine weiteren Handlungen auch nach innenhin *im voraus* selbst bestimmt.[3] Rechtstheoretisch ist der Staat auch dann Herr seines

[1] „La souveraineté ne peut consister ni dans l'omnipotence, ni même dans le pouvoir juridique pour le souverain d'agir sans contrôle, de créer le droit en se laissant déterminer exclusivement par sa propre volonté." Fauchille: Traité de droit international public T. I. p. 429.

[2] Fauchille: Traité I. p. 431.

[3] „Toute convention internationale apporte une restriction à la souveraineté nationale, comme aussi toute liberté accordée á l'individu contre l'État, théoriquement omnipotent (d'aprés l'idée de la souveraineté) mais pratiquement de puissance limitée, restreint la souveraineté nationale. Cependant, ces restrictions tirent leur origine de la volonté de l'État lui-même, elles ne sont donc pas en contradiction avec le libre arbitre qui constitue le fondement de la souveraineté. La décision amenant une restriction de la souverai-

Willens, wenn er einen Vertrag unter politischem Druck anderer Staaten abschliesst. Dies war der Fall bei den sog. Minderheitsschutzverträgen. Man braucht also durchaus nicht ein hundertprozentiger Gegner des staatlichen Souveränitätsbegriffs zu sein und dem Primat des Völkerrechts vorbehaltlos beizustimmen, um eine auch staatsrechtlich annehmbare Rechtskonstruktion der Minderheitsschutzverträge aufbauen zu können.

Aus dem Begriff der Souveränität des Staates – im obendargelegten Sinne – folgt allerdings auch das Recht einen Vertrag durch Verweigerung seiner Ratifizierung abzulehnen. Dies wäre auch für die Tschecho-Slowakei im Falle des Minderheitsschutzvertrages möglich gewesen. Dass diese rechtstheoretische Möglichkeit für die Republik zu unliebsamen aussenpolitischen Verwickelungen geführt hätte, dass namentlich ihre völkerrechtliche Anerkennung oder zumindest der Umfang des Staatsgebiets in Frage gestellt bzw. in ganz bedeutendem Masse geschmälert worden wäre, – ist eine andere, wenn auch ganz gewiss nicht weniger wichtige Frage des neuen Staatsgebildes als die der absoluten Machtvollkommenheit.

In der Einleitung zum Minderheitenschutzvertrag heisst es, dass „die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan, ... die *Anerkennung* des tschechoslowakischen Staates als souveränen und selbständigen Mitgliedes der Völkerfamilie ... *bestätigen*». Wenn man nun der Möglichkeit einer völkerrechtlichen Bindung scharf und schroff den Souveranitätsbegriff entgegenhält, wenn man mit anderen Worten – einer solchen Bindung *Rechts*kraft beizumessen nicht geneigt ist, so folgt daraus zwangläufig, dass auch der völkerrechtlichen Anerkennung der Tschecho-Slowakei bzv. der Bestätigung dieser Anerkennung in der Einleitung des Minderheitsschutzvertrages keine Rechtskraft innewohnt. Wenn also die Schöpfer der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde gegenüber den Bestimmungen des Minderheitsvertrags die Souveränität des Staates schützen zu müssen glauben, wenn ein angesehener

neté peut naturellement être provoquée par une contrainte." *Balogh*: Les Droits des Minorités et la Défense de ces Droits en Roumanie. Revue de Droit International. No. 3. 1925. p. 159. Vgl. auch die knappe und klare Formel: „wenn der Staat Konventionen abschliesst, betätigt er gerade dadurch seine Souveränität." Gündisch: Staat und Volk. Stimme der Minderheiten. 1927. S. 324.

Rechtsgelehrter vom Range des Prof. *Weyr* die in Art. 1 des Vertrages enthaltene Ungültigkeitsklausel für „theoretisch verfehlt und praktisch unwirksam hält, wenn er in dieser Bestimmung „nur" eine *moralische* Bindung für den tschechoslowakischen Staat bzw. für seine Gesetzgeber erblickt, so darf – logischerweise – auch der Anerkennung, der Tschecho-Slowakei seitens der alliierten und assoziierten Hauptmächte „nur" eine *moralische* Bedeutung zuerkannt werden. Die Anerkennung der Tschecho-Slowakei schöpft in diesem Falle ihre *moralisch* bindende Kraft aus der Übereinstimmung des Moralbegriffes der anerkannten Partei mit dem der Hauptmächte. Deckt sich der Moralbegriff der einen vertragschliessenden Partei nicht mit dem der anderen, so entsteht eine Spannung zwischen den verschiedenen Begriffsinhalten. Aus der Umwertung von Recht in Moral ergibt sich als Gegenstück zum Rechtsbruch der – Wortbruch. Durch diesen verliert die Anerkennung ihre moralische bindende Kraft. Diese Gefahr liegt nahe, wenn die verpflichtete Partei, in unserem Falle die Tschecho-Slowakei in ihrer Verfassungsurkunde rechtstechnische Möglichkeiten bietet zu solchem Wortbruch, zur Umgehung des Minderheitsschutzes. Solche Möglichkeiten findet man in der tschechoslowakischen Verfassung auf Schritt und Tritt. Dass die Vollzugsgewalt sie auszunützen nicht verabsäumt, – dass sie nicht nur etwaige moralische Bedenken, vielmehr auch kraft innerstaatlicher Souveränität – selbstgesteckte gesetzliche Grenzen kalten Blutes beiseite schiebt, dafür ist der Oberste Verwaltungsgerichtshof zu Prag Kronzeuge, ein Zeuge, den allerdings der rechtstechnisch kunstvoll ausgeführte Prachtbau der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde daran hindert, im Einvernehmen mit dem Verfassungsgerichtshof die im Minderheitsschutzvertrag übernommenen „moralischen" Verpflichtungen als Massstab seiner Rechtssprechung heranzuziehen. In der Tschecho-Slowakei geht Recht, solange es den Machthabern recht ist, vor – Moral. Vor beiden aber geht die Machtpolitik eines verblendeten Volkes, das die Souveränität der Fünfvölkerrepublik mit der unbeschränkten Allmacht *eines* dieser fünf Völker verwechselt!

(Fortsetzung folgt.)

Die Assimilation des Szatmárgebietes.

Von **Cogitator.**

VII.

Unterricht und Assimilation.

In der Schwabenfrage des Szatmárgebietes, in deren wissenschaftlichen, sozialpolitischen Beziehungen, sowie in polemischen Artikeln der Tagespresse bemerken wir eine oft wiederkehrende Frage: die Rolle der Schule. Die seelenformende Tätigkeit der heutigen Schule, welche das kaum zum Bewusstsein erwachte Kind vom empfänglichsten Kindesalter bis zum Heranwachsen und später oft bis zum Beginn der Mannesjahre begleitet, lässt uns die Voraussetzung als begründet erscheinen, dass die erziehliche Wirkung der Schule die Gestaltung zu Nationen, also allenfalls auch die Assimilation tätig beeinflusst.

Wie die Dinge heute stehen, ist die allbekannte nationale Erziehung und uniformierende Wirkung der Schule der allgemein menschlichen fast schädlich und warnende Stimmen voraussehender, ernster Soziologen werden – wohl erst selten — hörbar, die betonen, man müsse die Schule in dieser Tätigkeit einschränken. Denn, sowie sie der Urheber des bis zum sozialen Unding gesteigerten nationalen Gedankens wurde, ebenso sollte man sie einer höheren, universell menschlichen Idee zu Diensten stellen, worin alle ungelösten Fragen, die durch die nationale Idee bis zur Unmöglichkeit anwuchsen, mit einemmale ihre Lösung finden würden.

Die erziehende Rolle der Schule von diesem Standpunkt betrachtend, scheint es, als hätten jene recht, welche die in der Geschichte der Völker oft vorkommende Erscheinung der Assimilation auf die seelenformende Wirkung der Schule zurückleiten. Ob dies in Ungarn und hauptsächlich im Szatmárgebiet der Fall war? Diese Frage beantwortet die ungarische soziale Vergangenheit und besonders die Geschichte der einstigen Szatmárer Schulen verneinend, denn geschichtliche Tatsache ist, dass im XVIII. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des XIX., als die Assimilation erst begann und rasche Fortschritte machte, das Unterrichtswesen in Ungarn weit davon entfernt war, ungarisch genannt zu werden.

In den Volksschulen wurde in der Volkssprache und in den Mittelschulen bis 1844. lateinisch unterrichtet.

Der Staat erkannte übrigens den Unterricht gar nicht als seine Aufgabe, denselben versahen vielmehr die Kirchen, somit waren die damaligen Schulen alle konfessionell. Der Staat beeinflusste den Unterricht nur insofern, als er Kraft seines souveränen Rechtes den Lehrplan einheitlich bestimmte.

Hinsichtlich der Assimilation war dieser Umstand aber nicht günstig, denn der Lehrplan damaliger Zeiten war alles eher als ungarisch national. Der Felbinger-sche Schulplan von 1750., die darauffolgende „Ratio Educationis" von 1777. und endlich die Unterrichtsverordnungen aus der Zeit Kaiser Josef II. haben die Assimilation nicht nur nicht begünstigt, sondern im Gegenteil germanisierende Ziele verfolgt. Erst im Jahre 1792. besinnt sich der ungarische Landtag und verfügt im VI. Gesetzartikel zum erstenmal, die ungarische Sprache werde in sämtlichen Schulen Ungarns als ordentlicher Lehrgegenstand unterrichtet. Dieses Gesetz mag aber keine besonderen Folgen gezeitigt haben, weil der V. Artikel des Gesetzes von 1805. den obligatorischen Unterricht der ungarischen Sprache wiederholt.

Im Sinne geschichtlicher Wahrheit muss festgelegt werden, dass die für ungarische Angelegenheiten wenig Gefühl bezeugende Grossmacht auch einmal etwas für die ungarische Sprache tat. In einem Edikt vom Jahre 1806. bestimmt die königlich ungarische Hofkanzlei in Wien, die „Lingua patriei", die Landessprache zu erlernen sei Pflicht jedes ungarischen Bürgers.

Dies will aber noch beiweitem nicht die Förderung künstlicher Assimilation bedeuten. Die Verbreitung und der Unterricht der Staatssprache kann ebenso weit von der Assimilation entfernt sein, wie die Kenntnis der Staatssprache selbst noch lange nicht Assimiliertheit bedeutet.

Die Bescheidenheit dieser gesetzlichen Verfügungen beweist nichts besser, als dass sie spurlos blieben dort, wo das praktische Leben die ungarische Sprache nicht unterstützte und rechtfertigte, hingegen drangen sie in unbeabsichtigtem Masse in Gegenden durch, wo die Kenntnis der ungarischen Sprache Bedürfnis der Allgemeinheit war.

Dergestalt war auch die Lage in den schwäbischen Teilen des Szatmárgebietes. Was aber die erziehliche Wirkung der Volksschulen betrifft, diese konnte ebenfalls nicht im Dienste

der Assimilation stehen, da in den Volksschulen das Hauptgewicht auf Heranbildung der Schüler in religiös-sittlicher Gesinnung gelegt war, während die Mittelschulen theoretische, hauptsächlich humanitäre Ziele verfolgten.

Die nationale Evolution der Vierziger Jahre des XIX. Jahrhunderts liess auch die Schulen nicht unberührt. Auf diese Zeit fällt die neue Verfügung der ungarischen Gesetzgebung im Interesse der ungarischen Sprache, wonach sie im Artikel VI. des Jahres 1840. und Artikel II. des Jahres 1844. das Recht der ungarischen Sprache in den Schulen energisch fordert. Infolge dieser Gesetze wurde im Jahre 1844. in 44 ungarländischen Mittelschulen darunter auch Szatmárer Schulen die ungarische Unterrichtssprache eingeführt.

Zur selben Zeit wurde von amtlicher Seite der erste Schritt im Interesse der Assimilation getan. Das Verwaltungsamt vom Szatmár-Komitat scheint dem Geiste nationaler Aneiferung folgend, beim damaligen Szatmárer Bischof Johann Hám (1827–1857.) im Interesse der Magyarisierung der schwäbischen Kirchen und Volksschulen fürgesprochen zu haben. Dies war überflüssig, denn der Verlauf der Magyarisierung ging schön vor sich. Die Komitatsherren mochten aber das Zeitmass mit Hilfe der kirchlichen Obrigkeit beschleunigen wollen. Ihre Intervention blieb jedoch vergeblich. Der woltätige und erhaben denkende Oberpriester erklärte aufs entschiedenste, er liesse in der Sprache predigen und unterrichten, welche die Gläubigen verstehen.

Dieser Zwischenfall hatte also weder Bedeutung noch Folgen, weshalb wir behaupten können, wir fielen in den unlogischen Irrtum „Filius ante patrem" das nationale Aufflammen der Vierziger Jahre, dessen Hauch unzweifelhaft auch die Schule berührte, könne mit der Szatmárer Assimilation in organischen Zusammenhang gebracht werden. Wissen wir doch aus dem Lexikon vom Jahre 1773. und aus der Geografie von Alex Fényes aus dem Jahre 1842., dass diese längst begonnen hatte, ja in vielen schwäbischen Gemeinden schon bedeutend vorgeschritten war.

Die Zeit nationalen Erwachens war auch viel zu kurz, als dass wir das damalige Stadium der Szatmárer Assimilation als dessen Erfolg betrachten könnten. Kaum 5–6 Jahre später diktiert wieder der deutsche Absolutismus und der im Jahre 1855 erschienene Organisations-Entwurf von Graf Leo Thun knüpft

im Fache des Volksunterrichtes wieder in jener ungarfeindlichen Art an, welche die „Ratio Educations" zur Zeit Maria Theresias und die Schulverordnung Josefs II. mit solcher Vorliebe anwandten.

So sehr der damalige Szatmárer Bischof Dr. Michael Haas seinen Namen durch Förderung des konfessionellen Unterrichts verewigte und verdienstvoll machte, so war sein gutes Werk kein ungarisches, sondern das Ergebnis des germanisierenden „Organisations-Entwurfes."

Und weder der Organisations-Entwurf, noch der Bischof konnten das Los und die nationale Zukunft der Schwaben des Szatmárgebietes ändern. Das sich entwickelte Leben magyarisierte trotz Entwurf und Bischof und noch lebende Zeugen (wie Domherr Franz Láng) können beweisen, dass es schwäbische Dörfer (z. B. Szaniszló) gab, wo die Kinder in der Schule zur Zeit des Absolutismus kein Wort anders als nur ungarisch hörten.

Unter solchen Verhältnissen kam das Jahr 1867 heran. Die Lage änderte sich nun sowohl sozial wie politisch. Die alte, Geburtsvorrecht und ständische Verfassung besitzende ungarische Gesellschaft wich der demokratischen ungarischen Sozietät, welche die Möglichkeit sich zu behaupten nicht nur einer bevorzugten Klasse, sondern der ganzen Gesellschaft zukommen liess. Durch die neue Situation stieg die praktische Bedeutung der Schule, besonders der ungarischen Schule. In politischer Hinsicht war jeder Winkel des öffentlichen Lebens vom selbstbewusst nationalen Geist durchdrungen, ebenso auch die Schule. Diese mit nationalem Geist durchdrungene Schule konnte mittels ihrer seelenformenden Wirkung ein wahrhaftes Werkzeug der Assimilation sein und wenn ihr auch noch andere, wirtschaftliche und soziale Bedingungen zur Verfügung standen, so konnte sie den Assimilationsprozess tatsächlich zu Ende führen.

Trotzdem liess in den ersten Jahren der konstitutionellen Aera das ungarische Volksunterrichtswesen nicht das Geringste von ihren magyarisierenden Zielen merken. Das erste diesbezügliche Werk der ungarischen Legislative, der Artikel XXXVIII. des Schulgesetzes vom Jahre 1868 ist eine der liberalsten Schöpfungen dieser Epoche. Der 58. Abschnitt des Gesetzes bestimmt, jeder Schüler solle in seiner Muttersprache unterrichtet werden, wenn diese eine der in der Gemeinde üblichen

Sprachen ist. Das Recht der Muttersprache ist also nicht nur anerkannt, sondern das pädagogische Prinzip des Unterrichtes in der Muttersprache vollwertig zugestanden.

Das Gesetz geht in seiner Liberalität so weit, dass die Abschnitte 11. resp. 55. den oblig torischen Unterricht der ungarischen Sprache nicht einmal in den konfessionellen und Gemeindeschulen vorschreiben. Nur in den oberen Volks- und Bürgerschulklassen, sowie in den Lehrerbildungsanstalten wird der Unterricht der ungarischen Sprache gefordert. Dieses Gesetz und dieser Lehrplan blieb in der Geschichte der Assimilation des Szatmárgebietes spurlos. Auch der zehn Jahre später ins Leben getretene XVIII. Artikel des Gesetzes 1879 beeinflusst sie nicht, welcher den obligatorischen Unterricht der ungarischen Sprache erneuert und diese in allen öffentlichen Volksschulen unter sämtliche vorgeschriebene Lehrgegenstände einreiht. Im Szatmárgebiet, wo damals unter den Schwaben gross und klein schon ungarisch, mancher nur mehr ungarisch sprach, war djese Verfügung des Gesetzes ein längst überwundener Standpunkt, wonach nicht erst bewiesen werden muss, dass der vor dem öffentlichen Forum so sehr perhorreszierte Gesetzartikel XXVII. des Jahres 1907 im Szatmárgebiet auch ganz spurlos blieb.

Einen geschichtlichen Überblick auf das Volksschulwesen des Szatmárgebietes in der Vergangenheit von der Mitte des XVIII. Jahrhunderts bis zu Trianon werfend, sehen wir erst wirklich, welch riesenhafte Ungerechtigkeit sich hinter den gegen uns geschleuderten wohlklingenden Wahlsprüchen verbirgt. Wird doch die Schulpolitik des ugarischen Regimes während der letzten zwei Dezennien wahllos verallgemeinert und deren kulturelle und politische Folgen mit gleichem Masse erwogen, in ethnografisch und kulturell so verschiedenen Landstrichen, wie z. B. das Szatmárer Schwabengebiet und das nur einige Km. gegen Westen entfernte Avaser Rumänengebiet. Im Ersteren ging die ungarische Schulpolitik dem raschen Fortschritt der Assimilation in wahrem Schneckentempo nach, welche in den sechziger und siebziger Jahren des XIX. Jahrhunderts schon längst dahin gelangt war, wo die, die Staatssprache verbreitende Schulpolitik der ungarischen Gesetzgebung erst um vieles später, fast ein Halbjahrhundert nachher anlangte.

Beim Mittelschulunterricht sehen wir die assimilierende

Rolle der Schule einigermassen verschieden. Das Szatmárgebiet besitzt drei Mittelschulen: in der Stadt Szatmár zwei, ein römisch katholisches und ein reformiertes Gimnasium, in Nagykároly besteht ein Gimnasium des Piaristenordens. Alle drei Mittelschulen sind alten Traditionen ergebene Lehrstätten mit grosser Vergangenheit, ihre Unterrichtssprache war aber, wie schon eher erwähnt, bis zum Jahre 1844. nicht die ungarische sondern die lateinische.

In jener Zeit, als der Zweck der Mittelschulen nicht Vorbereitung zu einem Lebensberuf war, stand die soziale Bedeutung der Mittelschule bei weitem nicht so hoch, wie in späteren Zeiten. Der Kastengeist damaliger Zeit beschränkte die Zahl derer, die ausserhalb des Adelsstandes sich in der Öffentlichkeit Geltung verschaffen wollten auf ein Geringes. Nachdem aber die Schwaben ausnahmslos Leibeigene waren, ist leicht verständlich, dass in ihrem sozialen Leben die Mittelschule keine Rolle innehatte. Daraus ergibt sich die Folgerung, die Schwabenassimilation von ehemals wäre nicht vom Mittelschulunterricht ernährt worden.

Das Jahr 1867. brachte aber auch diesbezüglich, gründlichen Umschwung mit sich. Die Grenzmauern zwischen den Standesschichten werden schon im Jahre 1848. weggeschafft, die soziale demokratische Umwälzung und die Einfügung des Bürgerstandes in die Klassengliederungen beginnt. In dieser veränderten gesellschaftlichen Atmosphäre wächst die praktische Bedeutung der Mittelschule, besonders der ungarischen Mittelschule, weil sie ihr Wissen und Bildung verbreitendes Wirken in den Dienst des sozialen Reussierens stellt. Nun hat sie schon die Aufgabe, auf Lebensberufe vorzubereiten und bildet eine neue soziale Klasse, die der Intellektuellen heran.

Von 1867. an beeinflusst die ungarische Mittelschule die nationale Zukunft der Szatmárer Schwaben bedeutend. Die Möglichkeit, sich im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen erweckte eine lebhafte soziale Wirkung unter der schwäbischen Bevölkerung. Das Volk erstrebt gierig die Möglichkeit der Berufswahl auszunützen, wodurch ihm der Weg zum sozialen Aufstieg gesichert ist.

Das Szatmárgebiet besitzt aber keine deutsche Mittelschule und so besucht das lernbegierige junge Schwabenvolk die ungarischen Mittelschulen der benachbarten städtischen Zentren. Diese

junge Generation hatte aber schon daheim in seinem Dorfe die erste Fase der Assimilation durchgemacht, denn die Familie hatte schon nicht mehr, oder nur mehr schwach die schwäbisch-nationale Gesinnung gepflegt. Wenn sich nun diesem heimischen Geiste die nationale Erziehung und uniformierende Wirkung der Mittelschule hinzufügte, so war vorauszusehen, dass die intellektuellen Laufbahnen zustrebende schwäbische Jugend den Mittelschulen in Gefühl und Sprache total magyarisiert entwuchs.

Unter solchen Umständen war die Möglichkeit des Entstehens eines deutschen intelligenten Mittelstandes gänzlich ausgeschlossen, wodurch dem Szatmárer Schwabentum gerade jene Gesellschaftsklasse genommen war, die bekanntlich die markanteste Vertreterin und Stütze der nationalen Idee ist.

Mit diesem Resultat kann die ungarische Mittelschule füglich unter den sozialen Faktoren genannt werden, die mit zur Schwabenassimilation im Szatmárgebiet beigetragen haben. Während wir dies anerkennen, müssen wir auf die andere, sozialpolitische Seite der Frage hinweisen; ob bei dem damaligen kulturpolitischen Zustand des Landes an irgend jemand die Schuld liegt, versäumt oder beabsichtigt zu haben, dass das Schwabenvolk hier den deutschen Mittelschulunterricht entbehren musste?

Die Frage von dieser Seite betrachtend, können wir mit Recht auf das geringe Zahlengewicht der Szatmárer ethnografischen Insel hinweisen. Wir wissen, dass ihre Seelenzahl in 1880. 11.372 war und zu Beginn der ungarischen Aera auch nicht viel mehr sein konnte.

Im Jahre 1868 betrug die Zahl der 6–15-jährigen deutschen Schulpflichtigen 3790 Seelen. Davon entfällt nur der kleinere Bruchteil, die 10–15-jährigen auf das Kontingent der Mittelschüler. Diese können in rund 1800 bestimmt werden. Dazu kommen noch die 16–18-jährigen, wodurch nach statistischer Berechnung das schwäbische Mittelschülerkontingent auf 2000 gesetzt werden kann. Dieser Berechnung und praktischer Erfahrung gemäss kann die Zahl der schwäbischen Jugend, die den Mittelschulunterricht in Anspruch nahm, höchstens auf 150 geschätzt werden.

In Zeiten, als es in manchen Gegenden des Landes, in Komitaten mit vier- bis fünfhunderttausend Einwohnern eine einzige Mittelschule gab, (z. B. im gewesenen Krassó-Szörény

Komitat, wo bis zu den allerneuesten Zeiten eine einzige Mittelschule, das Lugoser staatliche Obergimnasium war), konnte man da dem Staate vorwerfen, im Szatmárgebiet keine deutsche Mittelschule errichtet zu haben? Kann die Kirche oder irgend eine andere Körperschaft verantwortlich gemacht werden, in anderer Weise, z. B. mittels paralleller Unterrichts-Methode keinen deutschen Mittelschulunterricht angestrebt zu haben, zumal dieser vonseiten der schwäbischen Bevölkerung niemals verlangt wurde? Dem ist leicht auf den Grund zu kommen: niemand verlangte ihn, weil dessen praktischer Wert im Szatmárgebiet nicht bestand, und dessen nationale Bedeutung beim damaligen Stadium der Assimilation nicht erkannt wurde.*

Das bisher Gesagte zusammenfassend, kann festgestellt werden, die ungarische Mittelschule sei kein bewusstes Werkzeug, sondern nur Ursache dessen, dass es im Szatmárgebiet keinen intelligenten Mittelstand giebt. Ihrer Aufgabe gemäss fügt sie sich nur in die Reihe der sozialen Faktoren ein, welche zusammen die Synthese der Assimilation geschaffen haben. Hätte nur einer dieser Faktoren gefehlt, so hätte die Entwicklung andere Wege eingeschlagen und die Wirkung der Assimilation wäre ausgeblieben, wie dies ein anderes ungarisches Beispiel in klassischer Weise bestätigt. Der grösste Teil der Siebenbürgischen und Banater Intelligenz ging auch aus der ungarischen Mittelschule hervor und wurde trotzdem niemals ungarisch.

(Fortsetzung folgt.)

* Das „Siebenbürgisch-Deutsche Tagblatt" antwortet in der Nummer vom 20. Dezember 1925 im polemischen Artikel Dr. Karl Egon Gundhardt's auf dem in der „Magyar Kisebbség" am 1. April 1924 erschienenen Artikel „Válasz egy erdődi levélre" (Antwort auf einen Erdöder Brief.) Er nimmt es sehr übel, dass ein Minderheitspressorgan das kulturelle Anrecht einer deutschen Sprachsinsel von 30.000 Seelen auf eine deutsche Mittelschule bezweifelt, während die estländische Kulturautonomie einer so zahlreichen Minderheit nicht eine, sondern mehrere Realgymnasien zusichert.

Besagter Artikel des „Magyar Kisebbség" schildert die kulturgeschichtliche und soziale Vergangenheit der Szatmárer Schwaben in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts und stellt fest, die damalige Kopfzahl der Szatmárer Schwaben berechtigte nicht zur Annahme, das Kontingent einer Mittelschuljugend stellen zu können.

Wir begreifen den Vergleich der heutigen estländischen Kulturautonomie und ungarischen Kulturpolitik vor mehr als einem Halbjahrhundert nicht. Könnte der Autor uns den Beweis liefern, die erwähnten estländischen deutschen Realgymnasien hätten vor fünfzig Jahren schon bestanden, so hätte seine Notiz eher polemischen Wert. Wegen ihrer anakronistischen Einstellung ist sie aber nur geeignet, unseren Glauben an die Objektivität des Autors zu erschüttern.

Viaţa şi organizaţia bisericii şi şcolii româneşti din Transilvania şi Ungaria sub dominaţia ungară.

— **Date culese din sursele româneşti.** —

(Urmare II.)

PARTEA II.

Organizaţia învăţământului public. (Pag. 102 – 103).

Astăzi învăţământul public, începând de jos dela grădinile de copii şi până sus la învăţământul superior, e susţinut parte de confesiuni, parte de stat, parte de comunele politice şi parte de particulari şi societăţi. Ori de cine ar fi susţinute şcolile, ele au caracter de publicitate dacă întrunesc principiile fundamentale, fixate de legile şcolare ale ţării.

Şcolile româneşti aproape toate sunt susţinute de cele două confesiuni româneşti, afară de liceul din Năsăud, pe care îl susţine fondul fostului regiment al II-lea de graniceri români, şcoala civilă de fete din Sibiu, pe care o susţine „Asociaţia pentru literatura română şi cultura poporului român“ şi un număr oarecare de şcoli primare comunale, cari şi ele fuseseră înainte şcoli grănicereşti.

Statul acordă şi el subvenţii şcolilor susţinute de alţi factori.

Inspecţia supremă peste toate şcolile din ţară, e atribuţia statului.

1. *Grădinile de copii.* (Pag. 104 – 105).

Grădini de copii şi aziluri pot susţinea : confesiunile, statul, comunele şi particularii. Aceştia din urmă trebue să ceară autorizaţie dela inspectorii regeşti ; confesiunile anunţă pur şi simplu deschiderea şcoalei.

În grădinile de stat şi comunale totul decurge în limba maghiară, în cele confesionale «*ocupaţia copilului trebue să meargă mână în mână cu introducerea lui în cunoaşterea limbei maghiare*» (§. 8).

Statul acordă subvenţii şi grădinilor confesionale.

(Grădini de copii confesionale gr.-orientale sunt 11. În archidieceză 10, în eparhia Aradului 1. Vezi Protocolul Congresului Naţional Bisericesc din Sibiu 1916. Pag. 160).

2. *Învățământul primar.* (Pag. 106–108).

Învățământul poporal în Ungaria e organizat pe baza art. de lege XXXVIII din 1868, care a preconizat două principii fundamentale și anume: a introdus *a)* obligativitatea învățământului și *b)* libertatea învățământului, în înțelesul *că părinții își pot trimite copiii la orice școală vor ei.* Școli primare pot înființa și susținea confesiunile, statul, comunele politice și societățile, respective particularii, datoria de a înființa școli o au însă comunele.

Limba de predare o stabilesc susținătorii școalei, „planul de învățământ" (programa analitică) de asemenea, cu condiția însă ca el să cuprindă toate materiile fixate de stat și în aceiași extensiune.

Paragraful 80 al legii prevede că și în școlile de stat limba de predare să fie limba maternă a copiilor, ceeace întărește și art. XLIV din 1868 (legea despre egala îndreptățire a naționalităților).

Art. de lege XVIII din 1879 a introdus în școlile confesionale în mod obligat și predarea limbei maghiare.

Art. de lege XXVII din 1907 (legea lui Apponyi) face din învățătorii confesionali „funcționari publici", cu obligația de a depune la întrarea în slujbă jurământ unguresc. Totodată le ridică salarele la 1000 cor. pe an salar fundamental, plus 6 gradații, laolaltă de 1000 cor., plus bani de locuință 200 cor.

Privitor la învățământ: limba maghiară se predă în școlile nedivizate, în 13 ore pe săptămână, în școlile cu 6 învățători în 39 ore.

Statul subvenționează și școlile confesionale, dacă acestea întrunesc condițiunile puse de el (local corespunzător, învățător calificat, spor în limba maghiară și educație patriotică), *dar în acel caz pentru cinci materii* (l. maghiară, istorie, geografie, constituție și aritmetică) *programa de învățământ o stabilește statul.* Dacă o școală nu corespunde în ce privește limba maghiară, poate fi suprimată, iar învățătorul destituit.

Această expunere din cartea d-lui Dr. Onisifor Ghibu a fost astfel falsificată în reeditare în Mon. Of. Desbat. Deputaților, 1923/24 Nr. 110, că *cinci materii trebuiau predate în limba maghiară.*

La pag. 52 a broșurei editată de Min. Instrucției Publice în 1925 cu titlul de: Lege asupra învățământului particular și

iscălită de d. min. Anghelescu, deasemenea se recitează acest pasaj din cartea d. Dr. Onisifor Ghibu, falsificat însă în modul următor:

„Statul subvenţionează şcoalele confesionale, când ele îndeplinesc anumite condiţiuni, între cari în primul loc progres în limba maternă şi educaţie patriotică; în acest caz programa de învăţământ o stabileşte Ministerul, iar limba maghiară, istoria, geografia, aritmetica şi constituţia se predau în ungureşte".

Cum se poate cita în aşa fel? Cum se poate induce în eroare opinia publică a unei ţări sub pavăza demnităţii oficiale?)

Art. de lege XLVI. din 1908 proclamă principiul gratuităţii învăţământului în şcolile primare. Elevii nu plătesc nici o taxă şcolară, afară de una de cel mult 50 fileri, cari se întrebuinţează pentru biblioteca şcolară. Pentru pierderile îndurate în urma acestei legi de confesiuni şi comune, statul dă oarecari despăgubiri. Tot pe baza acestei legi elevii, cari termină clasa VI, trebue să dea un examen special de absolvire, despre care primesc un certificat. Acest examen se ţine în prezenţa unui delegat al ministerului, (dar la şcolile confesionale sub preziденţia delegatului consistorial.) Art. de lege XVI. din 1913 (legea lui Zichy) ridică din nou salarele învăţătorilor: salar fundamental 1200 cor. plus gradaţii în suma de 2000 cor. în 35 ani, cu totul 3200 cor., plus banii de locuinţă.

3. *Şcolile confesionale române.* (Pag. 108).

Conform legilor fundamentale ale Bisericii române, fiecare comună bisericească, în care se află peste 30 de copii între 6—12 ani, e datoare să susţie o şcoală poporală pentru creşterea lor religioasă-morală.

În comunele mixte, în cari locuesc români de ambele confesiuni, de cele mai multe ori susţine fiecare confesiune câte o şcoală. În unele cazuri ambele confesiuni susţin o singură şcoală, care poartă caracterul majorităţii.

Limba de predare e în toate cea românească.

Planul de învăţământ sau programa şcolilor române nu diferă mult de a şcolilor de stat, deosebirea esenţială este: şcoala de stat, predând toate materiile într'o singură limbă (cea ungurească), fiecare din acestea dispune de un număr mai mare de ore, decât în şcolile noastre.

În „Şcoala Românească din Transilvania şi Ungaria", Bu-

cureşti, 1915. Pag. 36–37, d. Dr. Onisifor Ghibu dă statistica forurilor bisericeşti române, după care numărul şcolilor confesionale române este:

În Arhidieceza ortodoxă a Transilvaniei	657	şcoli
În Dieceza Aradului	416	„
„ „ Orăzii mari	234	„
„ „ Caransebeşului	229	„
	1536	şcoli

În diecezele greco-catolice situaţia la 1911 era următoarea:

Arhidieceza Blajului	469	şcoli
Dieceza Lugojului	72	„
„ Gherlei	413	„
„ Orăzii mari	175	„
	1129	şcoli

După statistica Consistoriilor, avem 2655 (în realitate 2665) şcoli ortodoxe şi unite şi 165 şcoli comunale cu limba de predare românească.

În 1872 au fost şcoli cu limba de predare românească					2870
„ 1877	„	„	„	„	2773
„ 1896	„	„	„	„	2284
„ 1912	„	„	„	„	2257

(în realitate 2830, dintre cari 2665 confesionale şi 165 comunale.)

După Protocolul Congresului Naţional-Bisericesc din Sibiiu (1916. VII. 17/30, Sibiiu 1917. Pag. 152) situaţia şcolilor este următoarea:

	1911/12	1912/13	1913/14
În Arhidieceza ort. a Transilvaniei	661	657	652
„ Dieceza Aradului	418	414	415
„ „ Orăzii mari	242	229	299
„ „ Caransebeşului	266	235	274
	1587	1535	1640

Pentru examenele de absolvire a şcoalei primare e o condică specială: „matricula" scrisă în două limbi.

a) *Materiile de învăţământ.* (Pag. 109–111).

Pentru fiecare materie se întrebuinţează cărţi deosebite, cari trebue să fie aprobate de autorităţile confesionale. Ministerul are dreptul de a interzice cărţile, cari nu-i convin din punctul lui de vedere. În toate şcoalele primare trebue să se serbeze următoarele serbări naţionale, arborându-se steagul naţional unguresc cu emblema naţională pe fiecare edificiu şcolar:

1. Ziua Sf. Stefan, primul rege al Ungurilor,
2. Ziua aniversării sancţionării legilor din 1848,
3. Ziua onomastică a Regelui.

În Arhidieceza Sibiiului fiecare şcoală îşi are patronul său („hram"), cu care prilej deasemenea se organizează serbări şcolare.

Majoritatea absolută a şcolilor româneşti sunt şcoli cu un singur învăţător, care are deci să instrueze în acelaş timp şase clase. Fiind aceasta o greutate, care împiedică realizarea unui progres pozitiv, Consistorul din Sibiiu a hotărît să introducă în vre-o 30 de şcoale, începând cu anul 1614/15, învăţământul alternativ, ca încercare.

b) *Pregătirea învăţătorilor.* (Pag. 111–114, 132–133).

Învăţătorii se pregătesc în şcoala normală cu un curs de patru ani, în care se intră cu patru clase de liceu (clasic sau real) sau cu patru clase civile.

În legătură cu fiecare şcoală normală, e o şcoală primară de aplicaţie cu 6 clase. Programa de studiu în preparandiile româneşti este, cu mici deosebiri, următoarea (preparandia din Blaj):

Materiile de învăţat	Cursul I	II	III	IV	Suma orelor
Religiunea	2	2	2	2	8
Pedagogia	2	3	3	2	10
Practica educaţiunii	–	–	2	6	8
Limba şi literatura română	2	2	2	2	8
„ „ „ maghiară	4	4	4	4	16
„ germană	2	2	2	2	8
Matematica	4	3	2	3	12
Geografia	2	2	2	–	6
Istoria	3	3	2	–	8
Constituţia patriei	–	–	–	2	2
Istoria naturală şi chimia	3	3	4	–	10
Fizica	–	–	2	3	5
Igiena	–	–	–	1	1
Economia	2	2	2	2	8
Desenul liber	3	3	2	2	10
Caligrafia	1	1	–	–	2
Cântările bisericeşti şi Tipicul	2	2	2	2	8
Muzica vocală şi instrumentală	4	4	4	4	16
Gimnastica	2	2	2	2	8
Laolaltă	38	38	39	39	154

În şcolile normale gr.-cat. din Gherla şi în cea din Oradeamare, care este „regească-catolică", câteva studii se predau în limba maghiară (anume: limba maghiară, istoria, geografia, constituţia, economia). Profesorii acestor şcoli sunt toţi preoţi, cari, bine înţeles, au şi calificaţia pentru şcoli normale.

Şcolile normale româneşti sunt inspectate de comisari consistoriali. Dreptul de a le inspecta îl au şi inspectorii (revizorii) şcolari ai judeţelor respective. Este şi un comisar ministerial permanent pentru şcoli normale româneşti.

Calificarea învăţătorilor se face pe baza celor 4 examene de calificaţie, date în faţa unei comisii speciale. La şcolile normale ortodoxe comisia aceasta permanentă e numită de Consistor şi e condusă de un comisar consistorial. Asistă şi un comisar guvernial, care are dreptul să se amestece la darea notei din limba maghiară. La preparandiile gr.-cat. examenul îl conduce de fapt comisarul guvernamental. Despre examene absolventul capătă o diplomă de învăţător, iscălită de membrii comisiunei şi de cei doi comisari.

Profesorii dela şcolile normale româneşti, afară de cei din Sibiiu, n'au salare corespunzătoare. Ministrul s'a oferit a le da întregirea la suma pe care o au profesorii dela şcolile de stat, dar numai cu condiţia, ca în şcolile româneşti *patru* materii să se predea în limba maghiară. Autorităţile bisericeşti au refuzat propunerea aceasta.

În şcolile româneşti pot fi învăţători şi absolvenţii preparandiilor *străine*. Pentru a putea fi aleşi definitiv se cere însă să-şi „nostrifice" înainte diploma, la o preparandie românească. Nostrificarea (echivalarea) constă într'un examen din Religie, Limba română, Cântările bisericeşti şi Tipic.

Din toamna trecută avem o preparandie gr.-cat. de fete la Lugoj, iar dela 1 Sept. 1915, una la Gherla.

Organizarea şcolilor normale de stat e, cu mici deosebiri, identică cu a celor româneşti.

Învăţătorii români sunt organizaţi în reuniuni învăţătoreşti, afară de cei din arhidieceza ortodoxă, ale căror reuniuni au fost desfiinţate de sinodul arhidiecezan, la 1898.

Învăţătorii greco-orientali au patru reuniuni: 2 în dieceza Aradului, 1 în a Orăzii mari şi 1 în a Caransebeşului.

Reuniunea din Arad are şi o revistă („Reuniunea învăţătorilor"), tot astfel şi cea din Caransebeş („Educatorul").

Reuniuni greco-catolice sunt 7.

Fiecare reuniune constă din mai multe despărţăminte, cari de obicei cuprind pe învăţătorii dintr'un protopopiat. Despărţămintele sunt conduse de câte un comitet şi ţin adunări, împreunate cu conferinţe, etc.

Învăţătorii din arhidieceza ortodoxă n'au reuniuni; ei ţin numai „conferinţe". Învăţătorii din cele 34 de protopopiate sunt împărţiţi în 14 cercuri conferentiare, cari se întrunesc în fiecare an odată, în luna Octombrie, sub conducerea unor comisari consistorali; conferinţele ţin 2 zile şi se ocupă în partea cea mai mare de chestii didactice, pe baza unui program unitar, fixat de consistor.

Afară de conferinţele cercuale, se ţin în fiecare protopopiat şi conferinţe trilunare, sub conducerea protopopilor. Participarea la conferinţe e obligatorie. Pentru cele cercuale învăţătorii au diurne (5 cor. pe zi) şi li-se plătesc şi cheltuelile de drum; pentru cele trilunare nu.

Învăţătorii din fiecare protopopiat au câte o bibliotecă pedagogică tractuală, înfiinţată în 1912 şi susţinută din taxele de câte 2 cor. pe an ale învăţătorilor.

Mulţi învăţători români, în urma presiunii din partea inspectorilor unguri, s'au făcut membrii şi la reuniuni învăţătoreşti maghiare, cari însă sunt inferioare organizaţiilor româneşti.

c) *Modalităţile de ocupare a postului învăţătoresc.* (Pag. 114).

Pentru posturile vacante la şcolile ortodoxe se publică concurs prin ziarele sau revistele oficiale ale eparhiilor. Cele gr.-cat. se vestesc prin circulări consistoriale. Alegerea se face în biserică după serviciul divin, prin votul direct al tuturor parohienilor sau, în cazuri excepţionale, prin vot secret. Învăţătorul odată întărit, e inamovabil. La gr.-cat. pe învăţători îi alege „scaunul şcolastic".

d) *Autorităţile şcolare confesionale.* (Pag. 115–116).

Şcolile primare ortodoxe stau sub jurisdicţiunea sinodului parohial. Sinodul parohial decide înfiinţarea şi susţinerea şcoalei, el îl alege pe învăţător şi el se îngrijeşte de salarizarea acestuia. Delegatul comitetului parohial pentru afacerile interne ale şcoalei e preotul, care e şi directorul şcoalei. Unde sunt trei sau mai mulţi învăţători la o şcoală, comitetul parohial numeşte pe unul din ei director de studii.

Autoritatea de a doua instanță e sinodul protopopesc. Organul sinodului protopopesc e comitetul protopopesc, al cărui exponent e oficiul protopopesc, respective protopopul însuși, care e inspector școlar districtual.

A treia instanță e consistorul eparhial. Unele chestiuni școlare mai grele le decide Consistorul plenar, cele mai multe le rezolvă însă „senatul școlar" al consistorului. Acesta se îngrijește de toate afacerile școlare din eparhie; el întărește pe învățătorii aleși de comitetele parohiale, el numește pe învățătorii suplinitori și pe cateheți, el îngrijește de inspecția școlilor prin comisari speciali, el decide de cauzele disciplinare ale învățătorilor. Toate acestea se decid în ședințele senatului școlar, pe baza rapoartelor și propunerilor „referenților școlari" și a „revizorilor școlari".

Autoritatea de a patra instanță e consistorul mitropolitan, ca organ al congresului național-bisericesc.

Autoritățile școlare gr. cat. diferă puțin de cele gr. or. Director școlar e tot preotul, care e și catehet. De asemenea inspector e protopopul. Pe învățător îl alege scaunul școlar.

e) *Inspecția școlilor confesionale române.* (Pag. 116–117.)

„Inspectorii districtuali" sau „tractuali" sunt, din partea confesiunilor, protopopii. Protopopul e dator să viziteze cel puțin de două ori pe an fiecare școală, cu care prilej ia și proces verbal, pe care-l înaintează Consistorului. Pe lângă câteva consistorii este și câte un inspector al învățământului primar, numit „revizor școlar", care pe lângă atribuțiile inspectorului școlar general, le are și pe acelea ale directorului învățământului, dar numai pe cele de ordin didactic.

Școlile confesionale sunt inspectate și încă în mod foarte riguros și din partea organelor statului. In fiecare comitat este câte un inspector regesc de școale. Drept de a dispune direct asupra școalelor noastre n'au. După lege ei raportează ministrului, care comunică consistorului observările inspectorului, iar Consistorul ia prin organele sale, măsuri pentru înlăturarea relelor constatate.

f) *Salarele învățătorilor dela școalele confesionale și comunale.* (Pag. 118–120.)

Salarele le plătesc susținătorii de școală. Dacă aceștia nu sunt în stare a le plăti în întregime, cer subvenție dela Stat.

Statul subvenţionează şcolile comunale, confesionale şi particulare, dacă acestea dovedesc că sunt sărace şi că atât localul şcoalei, cât şi învăţătorul corespund aşteptărilor statului. Dacă statul dă unei şcoli subvenţie mai mare de 200 cor. pe an, instituirea învăţătorului atârnă de aprobarea ministrului.

Partea pe care o dă comuna bisericească învăţătorului, se ia sau din vre-un fond special al bisericii (s. e. fondul şcolar), sau din ajutorul dela consistor, sau în „fundul regesc", dela Universitatea săsească sau, apoi, din repartiţie. În baza unei ordonaţiuni ministeriale fiecare cetăţean e dator să plătească pentru susţinerea şcoalei primare 5% după darea directă. Dacă într'un sat biserica nu susţine şcoală, cele 5% se plătesc pentru şcoala de stat.

Când repartiţia nu se poate încasa prin organele parohiale, lista de repartiţie se transpune prin oficiul parohial, organelor administrative, primpretorului, care o încasează cu forţă (prin execuţie).

Subvenţia dela stat învăţătorii o încasează lunar, prin oficiile de dare ale statului, cea dela comuna bisericească lunar sau trilunar, sau de cele mai multe ori „cum se poate".

Dacă o comună bisericească dă salarul învăţătoresc 600 cor., statul dă nu numai restul până la 1200, ci şi toate gradaţiile ce urmează din interval în interval. Subvenţia dată de stat şcolilor confesionale române se poate evalua pentru moment, la 2 milioane de cor. pe an.

g) *Pensionarea învăţătorilor.* (Pag. 120–121.)

Drept la pensie au toţi învăţătorii, cari corespund legilor şcolare. La pensie întreagă se trece după 40 de ani de serviciu.

După 10 ani de slujbă un învăţător se poate pensiona cu 40% din salarul său propriu zis.

Învăţătorii pot fi pensionaţi din oficiu, în caz că se constată incapacitatea lor. In loc de pensie li se poate da şi o excontentare finală.

h) *Serviciul militar al învăţătorului.* (Pag. 121.)

Pe baza art. de lege XXX. din 1912, învăţătorii sunt datori să facă un serviciu militar timp de un an ca „voluntari" pe cheltuiala statului. Intr'un an ei pot ajunge ofiţeri.

4. *Şcolile comunale.* (Pag. 122–123.)

Fiecare comună care susţine şcoală e datoare să se îngri-

jească de un fond special pentru aceasta. Şcoalele comunale sunt administrate de un „scaun şcolar", compus din delegaţi ai reprezentanţei consiliului comunal, care îl alege şi pe învăţător. Ele pot fi subvenţionate de stat, după cum şi sunt aproape toate. După legea dela 1868, limba de predare ar fi să fie cea a locuitorilor comunei, totuşi în ultimele trei decenii toate şcolile comunale nouă au fost silite să ia limba maghiară ca limbă de propunere.

(Intre cele 1381 şcoli comunale 165 sunt cu limba de propunere românească. (Pag. 165.)

Şcolilor comunale statul le dă ajutor şi la clădirea localului, şcolilor confesionale nu. Locuitorii comunei sunt datori să contribue la zidire cu lucru şi cu cărăuşi. Planul de învăţământ pentru şcolile comunale e aproape identic cu cel pentru şcolile de stat. Religia o predau preoţii.

5. *Şcolile primare de stat.* (Pag. 123—124.)

Şcoli primare de stat există dela 1868. încoace. In realitate n'a existat şi nu există nici o singură şcoală de stat cu limba de propunere românească. In toate astea, învăţământul se predă exclusiv ungureşte.

In August 1914 s'a publicat un ordin ministerial, care admite şi întrebuinţarea limbei române, ca limbă auxiliară în primele două clase şi ca materie de învăţământ în următoarele 3 clase, într'un număr de 4—5 ore pe săptămână.

Materiile predate în şcoală de stat sunt aceleaşi cu cele din şcolile confesionale, numai numărul de ore pentru unele materii e ceva mai mare.

Religia în şcolile de stat o predau preoţii confesiunilor respective, în limba maternă a elevilor. Pe cateheţi îi numeşte Consistorul. Ei primesc şi o mică renumeraţie dela stat.

6. *Şcoli susţinute de particulari sau de societăţi.* (Pag. 124.)

Şi particularii sau societăţile pot înfiinţa şi susţine şcoli cu drept de publicitate. Cei ce vor să înfiinţeze astfel de şcoli sunt datori să comunice ministrului planul de învăţământ cel puţin cu o lună înainte, dând prin el garanţiile, că şcoala va fi la acelaş nivel cu celelalte şcoli publice. Şcoli particulare cu caracter confesional nu se pot înfiinţa.

Statul subvenţionează şi şcolile particulare. Limba de predare o stabilesc susţinătorii.

7. *Autoritățile de stat.* (Pag. 125–127.)

Autoritatea de prima instanță pentru școlile de stat, e curatorul. Membrii acestuia sunt numiți de către comitetele supreme (prefectul județului) pe timp de șease ani. Membrii naturali sunt: primarul comunei și preoții confesiunilor, ai căror credincioși trec peste 5 la sută. Afacerile curatorului sunt de ordin administrativ. Totuși el are și dreptul de a cerceta orele de învățământ și de a revizui și registrele școalei relative la progres, etc. Hotărârile relative la școala comunală și de stat se pot apela în timp de opt zile la comisia administrativă comitatensă. Atribuțiile acestei comisii sunt: *a)* administrative, *b)* disciplinare și *c)* judiciare. Ea decide în chestiile relative la salarul învățătorului. Atribuțiile comisiei administrative mai sunt pe lângă cele amintite: să se îngrijească de aruncul de dare pentru școală, de inspectarea școlilor confesionale prin inspectorii regești, de ridicarea de școală nouă în locul celor necorespunzătoare, de controlarea socotelilor școalelor comunale și de stat și de înaintarea acestora ministrului. De două ori pe an ea trebue să raporteze despre toate acestea congregației (consiliului județean).

În contra sentinței comisiei administrative în chestii școlare poate apela în termen de 15 zile la judecătoria administrativă din Budapesta, în contra celorlalte la ministru. Această judecătorie administrativă e mai mare uneori și decât ministerul, căci unele chestiuni tranșate de minister (relativ la salare) se pot apela la ea.

8. *Spiritul literaturii didactice de curs primar dela 1879 încoace.* (Dr. Onisifor Ghibu: „Școala Românească din Transilvania și Ungaria". București, 1915. Pag. 54–67).

Procesul de maghiarizare al școalelor noastre se poate urmări pas de pas și pe baza literaturii didactice din ultimii 35 de ani.

Orice manual de istorie pentru școala primară ar lua cineva astăzi în mână, ar găsi numai lucruri cari i-ar strânge inima. Iată d. e. prima pagină din Istoria Ungariei de I. Dariu, un foarte fecund autor de manuale (ed. VIII. Brașov, 1907):

„Țara noastră se numește Ungaria (Magyarország). Ungaria este patria noastră. În patria noastră locuesc mai multe popoare. Între aceste popoare se numără Ungurii sau Maghiarii, Românii

și Sașii. Toate aceste popoare formează azi națiunea maghiară, una și nedespărțită. Cetățenii a căror limbă maternă nu este cea maghiară, formează naționalități după limba ce o vorbesc".

Să luăm Geografia lui Dr. N. Pop, ed. VII. Brașov și ed. X. 1911.

Se zice între altele:

Ed. VII. 1894.

Se vor deosebi locuitorii din comună după naționalitatea și confesiunea lor (fig. 7).

Ed. X. 1911.

Se vor deosebi locuitorii comunei după limba și confesiunea lor. Toți locuitorii patriei noastre formează laolaltă națiunea politică ungară (magyar politikai nemzet), orișicare ar fi naționalitatea și religia lor (fig. 45).

Ediția dă și ilustrații, dintre cari însă nici una nu-i românească. Aproape tot ce spune, se referă numai la unguri.

Geografia lui I. Dariu, ed. VIII. (Brașov 1907) dă la Brașov Statuia lui Árpád de pe Tâmpa, dar nu dă și liceul românesc de acolo, sau vre-o altă ilustrație românească. Progresul pe care l-a făcut ediția aceasta (Ed. IX. 1913) sub raportul patriotismului maghiar, e evident din exemplul de mai jos, care cetit cu atențiune, spune atât de mult; el e și o istorie a politicei și o istorie a învățământului nostru.

Ed. IV. var. II. (1913).

Locuitorii comunei. Comuna noastră se află în *Ungaria* (Magyarország). Ungaria e patria noastră (hazánk). Locuitorii Ungariei sunt cetățeni ungari (magyar állampolgár). În patria noastră se vorbesc mai multe limbi. Dintre limbile vorbite în patria noastră, cea mai însemnată este limba maghiară (magyar nyelv), pentrucă aceasta este limba statului (államnyelv) și limba comună de înțelegere între toți cetățenii patriei noastre.

– Noi ce limbă vorbim? Pentru noi limba românească este limba noastră maternă (anyanyelvünk) (pag. 6).

Să mai amintim și geografia de Vasile Goldiș (Brașov, 1900). Ea dă termenii și în limba maghiară, în paranteză. În partea II. împarte locuitorii după naționalitatea lor (pg. 59), în partea II. zice:

„După limba lor în Ungaria, iubita noastră patrie, aflăm înainte de toate (!) Maghiari, apoi Germani, Români. Dar toate

aceste popoare împreună formează numai o singură naţiune politică, naţiunea politică ungară" (pg. 6).

Manualele de limba maghiară nici ele nu lasă nimica de dorit. În cartea de V. Goldiş, în colaborare cu inspectorul ungur F. Kóos găsim:

1905. Ed. V. „Comuna noastră e în Ungaria. Ungaria e dulcea noastră patrie, pentrucă toţi suntem maghiari. Locuitorii patriei vorbesc diferite limbi. Cei mai mulţi vorbesc în limba ungurească. Aceasta e limba oficială a ţării. Mulţi vorbesc românește, nemţește, slovăceşte şi sârbeşte. Toţi aceştia sunt fii dulci ai patriei maghiare şi ca atari sunt fraţi. Noi vorbim românește. Patria noastră, Ungaria o iubim foarte mult. Patria noastră e o ţară foarte frumoasă. Aici locuesc părinţii noştrii şi rudeniile noastre. Cei mai înalţi munţi ai Ungariei sunt Carpaţii, cele mai mari râuri: Dunărea şi Tisa. Căpetenia ţării e regele. În ţară sunt multe comune.

Cartea de limba maghiară a lui I. Dariu, în colaborare cu inspectorul I. Erődi, e deadreptul infamă mai ales prin Prefaţa ei, care apelează la învăţători ca să se jertfească cu toţii pe altarul limbei maghiare. Dă şi ilustraţii. Sub pajura Ungariei e tipărit pentru copiii de Români:

„Nici nu e maghiar, cine nu cutează a muri pentru ea."

Cărţile de limba maghiară de I. Vuia (Arad 1912, 1913) dau ilustraţii numai din istoria Ungariei, Árpád, etc. Despre Români aceste cărţi, facute pentru copiii români, vorbesc ca despre o naţie străină. Iată două exemple. Despre poetul maghiar d. Arany spune:

„a tradus în limba noastră (ungurească!) frumoase opere străine."

Într'alt loc dă următoarea conversaţie între învăţător şi elev:

„Şi Românii sunt fiii dulcei noastre patrii? — întreabă într'o zi în şcoală Puşcaş János pe învăţătorul. Da, dragul meu, îi răspunde acesta, — şi Românii sunt fiii dulcei noastre patrii. Şi ei s'au născut şi au crescut în această patrie, întocmai ca şi noi, şi după moarte şi mormântul lor îl va acoperi pământul acestei patrii."

Şi cărţile de limba română au întrodus spirit unguresc. Încă pe la 1894–5 (anul nu e indicat) publică renegatul D. Grama un Abecedar, în colaborare cu protopopul Dr. Traian Putici din Timişoara, în care, la pag. 42 dă o ilustraţie repre-

zintând steagul unguresc cu cele trei culori ale lui, după care urmează încă din cl. I introducerea în patriotism:

„Ungaria e patria noastră. Toți oamenii din patrie sunt frați."

La 1902 în Abecedarul ilustrat al lui St. G. Alexandru (Brașov) găsim chipul regelui Francisc Iosif I, o piesă despre patrie, precum și asigurarea că:

„Maghiarul e om bun" (pg. 28).

Abecedarele lui I. Vuia cuprind și ele în edițiile din urmă piese despre Ungaria, în versuri și în proză. Încai cărțile de cetire bâjbâe de patriotism, începând dela cele de N. Sulică (cele mai vinovate), până la cele de Dr. I. Stroia și de I. Vuia. Legende și tradiții ungurești (dar nu și românești) copleșesc cărțile de Stroia. Până și numele de botez al unor persoane istorice se dau în ungurește, ca d. ex. regele Mátyás, prințul Károly, etc.

Sulică dă o grămadă de ilustrații din istoria Ungariei, Vuia deasemenea (Sf. Ștefan, Sf. Ladislau, I. Hunyadi, P. Kinizsi, Statuia regelui Matia și Fr. Deák).

Deci și cărțile de limba românească, puse în serviciul maghiarizării sentimentelor!

Care e situația morală a învățătorului român de sub stăpânirea legii lui Apponyi? Iată în privința aceasta câteva mărturisiri de ale învățătorilor înșiși. Unul exclamă, după o carieră dăscălească de peste 20 ani: „Uneori îmi vine să le închin toate, când văd atatea torturi pe elevi (din cauza limbei maghiare.)" Altul zice: „Starea noastră e la un așa numit „Totenpunkt", de unde nu ne mai mișcăm, iar ceilalți în jurul nostru se mișcă. Starea aceasta trebue să o atribuim multor cauze, dintre cari la nici un caz nu se poate lăsa afară poziția acea grea, care ne-a creat o fatală soartă a noastră prin legile bilingvismului, care ne-a adus pe bieții de noi acolo, de ne trece gustul de a ne mai ocupa și cu literatură sau știință, căci necazurile mari ale zilelor noastre ne răpesc vremea cea mai multă cu școala, pentru ca să producem ceva, — să nu fim prigoniți până la extrem."

„Planurile de învățământ — zice un altul — pun azi mai mult pond pe instrucție, decât pe educație. Știm cu toții că azi, cu legile apponyiane suntem foarte împovărați și în școală mult spor pentru viață nu mai putem face, nici ca în trecut".

Un caz tipic e al d-lui Dariu Pop, învățător în Băseşti (com. Salagiului), care a fost condamnat la pierderea oficiului şi la patru luni închisoare pentru următoarele cuvinte adresate învățătorilor într'un articol din „Românul“:

„Dascăli Sălăgeni! Nu fiți slugarnici, mai nainte de toate! Lăpădați masca de slugă ce o purtați înaintea corupătorilor voştri! Cine e Român, Român să fie, iar cine nu, al lor să fie! Aleagă-se neghina de grâul curat! Nu vă faceți sau nu lăsați să vă facă de ruşine înaintea milioanelor de Români, ai căror factori sunteți. Aveți cea mai mare răspundere înaintea neamului. Grijiți că pe drumul ce l-ați apucat, vi-ți alege cu harakiri; vă veți sinucide în modul cel mai scârbos".

Astăzi ei (profesorii) nu mai cad aşa de uşor în greşelile în cari au căzut în primii ani după întrarea în vigoare a legei lui Apponyi, ba ei îşi dau însişi seama de greşelile făcute, pe cari caută a le înlătura cu totul. Dovadă despre aceasta au dat mai ales învățătorii ortodoxi din arhidieceza Transilvaniei cu prilejul conferințelor anuale din 1913, când în legătură cu discuția asupra predării limbei maghiare, au adus nişte rezoluții foarte cuminți, cari apoi au fost imitate şi de învățătorii gr. cat. aşa că mai ales după ce şi învățătorii din dieceza Aradului s'au pronunțat în acelaş sens, putem vorbi de unanimitate a învățătorilor din Transilvania şi Ungaria în aceaşi chestie, care e cea mai mare dintre toate câte privesc şcoală primară de acolo. Iată rezoluțiile din chestiune:

1. „Metodul direct preconizat de planul de învățământ e un metod natural, cu toate acestea în împrejurările actuale de viață a şcoalei noastre, scopul fixat în § 19 al art. de lege XXVII. din 1907. nu se va putea ajunge nici chiar pe lângă primejduirea sănătății învățătorului.

2. Nu putem atribui ca o vină a metodului, ci mai mult ca o consecință firească a împrejurărilor în cari trebue să funcționeze actualmente şcoala noastră, că cu toată străduința depusă de noi în favorul instrucției limbei maghiare, până acum nu ne-a succes nicăeri şi nici într'un singur caz să realizăm pretențiunile legii fixate în § 19 al art. de lege XXVII. din 1907.

3. Aceloraşi împrejurări atribuim faptul, că aproape întreg învățământul din limba maghiară e mecanic şi deci de puțină durată. Trebuind să predăm în limba maghiară un material foarte vast, nici pe lângă cea mai mare trudă nu-l putem pre-

lucra în mod pedagogic şi aşa, vrând-nevrând, trebue să ne mulţumim cu mecanizarea lui.

4. Recunoaştem, că în această formă nu pregătim pentru viaţă şi nu servim scopurile adevărate ale educaţiei, precum ni se impune din partea Pedagogiei şi din partea Planului de învăţământ şi a circularei consistoriale No. 11.433 şcol. (vezi: O. Ghibu: Anuar Pedagogic 1913. Sibiiu, 1912. Pg. 169) şi din parte-ne regretăm mult acest lucru, dar pentru acestea nu putem fi făcuţi noi răspunzători.

5. Experienţele noastre din ultimii ani ni-a confirmat convingerea, că surmenajul cel mare, pe care îl comitem în contra elevilor, prin impunerea în măsură prea mare a limbei maghiare, e în defavorul desvoltării intelectuale, morale şi fizice a elevilor. Aceasta se vede şi din interesul descrescând al copiilor faţă de acest învăţământ.

6. Aceste constatări ţinem să le aducem la cunoştinţa Preaveneratului consistor în legătură cu concluzul congresual No. 63 p. b. din 1912 şi cu concluzul sinodal No. 54 pct. 8 din 1913 şi să-l rugăm totodată să binevoiască a face toţi paşii posibili ca să ni se creeze alte cadre, mai potrivite pentru desfăşurarea activităţii noastre educative".

Ce-i drept, uşurarea aşteptată încă n'a urmat, dar şi fără ea, e un câştig mare, că învăţătorimea, care după 1907 timp de câţiva ani părea a merge spre totală ruină morală, s'a recules şi şi-a dat în mod conştient seama de ce are să facă pentru sufletul ei şi pentru viaţa neamului.

9. *Şcoale pentru ucenici.* (Pag. 128–129).

Art. de lege XVII. din 1884 stabileşte anume că comunele cari au peste 50 ucenici industriali, sunt datoare să înfiinţeze pentru aceştia o şcoală specială, dacă confesiunea sau altcineva nu se îngrijeşte de o astfel de şcoală. Pentru aceste şcoli comunele pot impune un impozit de 2 la sută dela darea directă. Toţi ucenicii sunt datori, pe răspunderea patronului, să cerceteze şcoala până când ies calfe. Şcoala constă din 3 cursuri (clase) şi dintr'un curs pregătitor. Şcoli româneşti sunt 3 (2 comunale, 1 confesională. Pg. 167). Limba de propunere poate fi numai cea maghiară, zice legea. În realitate se întrebuinţează şi alte limbi.

Comunele în cari sunt cel puţin 50 de ucenici de prăvălii,

sunt datoare, în caz că nu se îngrijește altcineva, să susție o școală anume pentru ucenici comerciali. Cursul e de 3 ani.

10. *Școli civile.* (Pag. 130–131).

Școlile civile au 4 clase și în ele se întră cu patru clase primare. Școlile civile au un program de studii apropiat de cel al gimnaziilor, numai cât nu se predă și limba latiuă.

Școli civile românești de băeți nu sunt. Sunt numai 4 școli de fete și anume: în Sibiiu (susținute de „Asociațiunea pentru literatura română și cultura poporului român"), Blaj, Beiuș și Arad (toate confesionale). Limba de predare în aceste patru școli e cea românească, dar și limbei maghiare i-s'a asigurat un teren considerabil. Planul de învățământ e impus de minister; manualele deasemenea. Aproape toate sunt traduse în ungurește. Până și Matematica și Igiena, ca despre Istorie și Geografie nici să nu mai amintim. (Școala Românească etc. Pag. 68).

În programul unei școli civile de fete găsim:

	Clasa				
	I.	II.	III.	IV.	Suma
Limba română	4	4	4	4	16
„ maghiară	4	4	4	4	16
Toate orele predate . .	26	28	29	29	112

(Va urma).

Pétition des Ruthènes en Tchécoslovaquie concernant l'autonomie de la Russie subcarpathique.

Monsieur le Président,

La République tchécoslovaque fêtera le 28 octobre le dixième anniversaire de sa fondation. Au neuvième anniversaire, le Président, Thoma G. Masaryk, a fait la déclaration solennelle suivante: „L'année prochaine qui sera une année de jubilé nous impose l'obligation de soumettre à une révision tout ce que nous avons fait dans l'administration de l'État, et, en constatant les lacunes, de fixer la direction de la marche à suivre. Je me borne à recommander aujourd'hui que nous réparions tout ce

qu'il est possible de réparer avant l'année du jubilé, pour que le rapport que nous ferons à l'occasion du jubilé puisse se terminer par une conclusion en notre faveur".

Ces paroles remplies de sagesse qu'a prononcées l'illustre Président de la République tchécoslovaque s'appliquent tout particulièrement au territoire ruthène („Podkarpatska Rus"), province autonome de la République tchécoslovaque, dont la situation juridique est toujours mal définie malgré les droits reconnus par le traité de minorités et par la constitution de la République tchécoslovaque, et dont l'autonomie, condition indispensable de son rattachement à la République tchécoslovaque, n'est toujours pas organisée.

Vu que le traité signé à Saint-Germain-en-Laye le 10 septembre 1919 assure l'autonomie au territoire des Ruthènes, et vu que les gouvernements de la République tchécoslovaque, malgré les obligations internationales inscrites aussi à la constitution, n'ont pas tenu jusqu'à ce jour les engagements pris et ne prêtaient nulle attention aux demandes réitérées des représentants constitutionnels et des facteurs sociaux du peuple ruthène ayant droit à l'autonomie, le soussigné, se prévalant de la double qualité d'être député unique, au parlement de Prague, de l'Union des cultivateurs autonomistes, seul parti autochtone du peuple ruthène, et d'appartenir au Conseil National Central du peuple ruthène, pénétré d'une loyauté parfaite envers l'État tchécoslovaque, prend la liberté de s'adresser à la Société des Nations qui a accepté de garantir l'exécution du traité mentionné plus haut, et lui demande – s'appuyant sur les faits et motifs à exposer – d'intervenir d'office pour que l'autonomie du territoire des Ruthènes soit organisée sans délai, conformément aux stipulations du traité signé à Saint-Germain-en-Laye le 10 septembre 1919 et aux prescriptions de la constitution de la République tchécoslovaque.

Organiser cette autonomie est une nécessité urgente non seulement pour assurer la paix intérieure, l'existence matérielle, la consolidation et la tranquillité du peuple du territoire subcarpathique auquel un traité international a promis l'autonomie, mais aussi pour payer une dette d'honneur des Principales Puissances alliées et associées, signataires du traité, et enfin pour éteindre un foyer d'incendie en Europe centrale.

Sur le territoire en question, la population autochtone,

tant ruthène que hongroise, est à tel point mécontente du gouvernement de Prague qu'elle ne cache plus la haine qu'elle lui voue. Cette haine est exploitée en vue de la séparation tant par les Ukrainiens que par les Bolchévistes, les Grands Russes et les Hongrois ; et on ne sait pas à quel moment cette propagande aboutira à un irrédentisme franc préconisant le rattachement à un État voisin déterminé.

A tout cela, on peut encore parer aujourd'hui si les Principales Puissances alliées et associées rappellent au gouvernement tchécoslovaque le droit à l'autonomie dont elles se sont porté solennellement garantes et si elles „prêtent l'attention la plus sérieuse aux voeux que ces populations (celles de la Ruthénie) pourraient formuler à l'avenir" comme elles l'ont promis dans la lettre d'envoi signée par M. Millerand.

*

La traité entre les Principales Puissances alliées et associées et la Tchécoslovaquie, signé à Saint-Germain-en-Laye le 10 septembre 1919, contient entre autres les stipulations suivantes :

„Article 10. – La Tchécoslovaquie s'engage à organiser le territoire des Ruthènes au sud des Carpathes, dans les frontières fixées par les Principales Puissances alliées et associées, sous la forme d'une unité autonome à l'intérieur de l'État tchécoslovaque, munie de la plus large autonomie compatible avec l'unité de l'État tchécoslovaque.

„Article 11. – Le territoire des Ruthènes au sud des Carpathes sera doté d'une Diète autonome. Ladite Diète exercera le pouvoir législatif en matière de langue, d'instruction et de religion ainsi que pour les questions d'administration locale et pour toutes autres questions que les lois de l'État tchécoslovaque lui attribueraient. Le Gouvernement du territoire des Ruthènes sera nommé par le Président de la République tchécoslovaque et sera responsable devant la Diète ruthène.

„Article 12. – La Tchécoslovaquie agrée que les fonctionnaires du territoire des Ruthènes seront choisis, autant que possible, parmi les habitants de ce territoire.

„Article 13. – La Tchécoslovaquie garantit au territoire des Ruthènes une représentation équitable dans l'Assemblée législative de la République tchécoslovaque, à l'aquelle ce territoire enverra des députés élus conformément à la constitution de la République tchécoslovaque. Toutefois ces députés

ne jouiront pas du droit de vote dans la Diète tchécoslovaque en toutes matières législatives du même ordre que celles attribuées à la Diète ruthène".

Ces stipulations ont été ratifiées le 10 novembre 1919 par la décision qu'avait prise le 7 novembre 1919 l'Assemblée législative de Prague ; toutefois, elles furent insérées en partie modifiées en partie tronquées dans la constitution de l'État tchécoslovaque. Cette constitution (article 3 de la loi n° 121 de 1920) porte en effet les dispositions suivantes :

„Est partie intégrante et indivisible de la République tchécoslovaque, par union volontaire et sur la base du traité entre les Principales Puissances alliées et associées et la Tchécoslovaquie signé à Saint-Germain-en-Laye le 10 novembre 1919, le territoire autonome de la Russie subcarpathique (Podkarpatska Rus) auquel il a été accordé l'autonomie la plus large compatible avec l'unité de l'État tchécoslovaque.

„La Russie subcarpathique a sa Diète (Sejm) exerçant le pouvoir législatif en matière de langue, d' nstruction et de religion ainsi que pour les questions d'administration locale et pour toutes autres questions que les lois de la République lui attribueront.

„Les lois votées par la Diète de la Russie subcarpathique, sous réserve qu'elles reçoivent l'adhésion et la signature du Président de la République, seront publiées dans un Bulletin spécial et revêtues de la signature du Gouverneur.

„La Russie subcarpathique est représentée au parlement de la République tchécoslovaque par un nombre équitable de députés.

„La Russie subcarpathique a à sa tête un gouverneur qui est responsable envers la Diète aussi.

„Les fonctionnaires de la Russie subcarpathique devront être nommés autant que possible parmi les habitants de ce territoire.

„La loi du parlement, laquelle fixe les limites de la Russie subcarpathique, fait partie intégrante de la constitution".

La comparaison du traité et de la constitution révèle un écart : 1° en ce qui concerne la responsabilité du gouverneur, 2° pour le „veto" du Président de la République, ce veto étant absolu pour les lois de la Ruthènie, et relatif pour les lois de l'État, 3° au sujet des députés de la Ruthénie envoyés au par-

lement de Prague qui, aux termes de l'article 13 du traité de Saint-Germain en-Laye, n'ont pas le droit de vote dans les matières législatives attribuées à la Diète ruthène, mais pour lesquels la constitution passe simplement sous silence cette disposition essentielle prise dans l'intérêt de l'autonomie. Le traité de minorités a voulu, par là, couper court à tout essai d'adopter, à la majorité des voix du parlement de Prague, des mesures intéressant exclusivement la Diète ruthéne.

Abstraction faite des écarts mentionnés, le traité de Saint-Germain-en-Laye et la constitution tchécoslovaque déclarent tous les deux avec clarté et fermeté que le territoire des Ruthènes; au sud des Carpathes, a droit à l'autonomie la plus large compatible avec l'unité de l'État tchécoslovaque. (Ce qui assure l'unité de l'État, c'est la communauté du chef d'État, de la représentation à l'étranger, de la défense nationale, des finances, de la monnaie, de la nationalité).

C'est un fait que le peuple ruthène s'est uni à la République tchécoslovaque sous réserve d'obtenir effectivement l'„autonomie la plus large".

Depuis la signature du traité (10 septembre 1919) et la proclamation de la constitution (21 février 1920), une longue suite d'années ont passé, l'État tchécoslovaque se prépare à fêter le dixième anniversaire de sa fondation et cependant, rien n'a été fait pour l'autonomie de la Ruthénie.

L'exemple est unique dans l'histoire des traités que neuf ans après la signature d'un traité, garanti par des Etats nombreux, on tarde toujours à l'exécuter. Le peuple ruthène auquel le traité a reconnu les droits élémentaires à la liberté et assuré l'autonomie qui doit lui servir de rempart contre un peuple plus fort, a déjà rempli toutes les obligations qu'il avait assumées: il est entré avec son territoire et avec sa richesse nationale dans l'Etat tchécoslovaque, il ne se soustrait à aucun devoir que lui impose le fait d'appartenir à cet Etat, il paye l'impôt, fournit des recrues à l'armée, supporte les maux économiques de la période d'après-guerre; cependant, il ne jouit pas des droits garantis par le traité et la constitution, il n'a ni Diète ni administration autonome; en d'autres termes, l'autre partie au traité, c'est-à-dire l'Etat tchécoslovaque, n'a pas tenu ses engagements. Il y a plus, depuis le rattachement de la Russie subcarpathique à l'Etat tchécoslovaque (8 mai 1919), la politique du gouverne-

ment de Prague n'avait qu'un but: au lieu de préparer et d'organiser l'autonomie, l'ajourner le plus longtemps possible et inaugurer la centralisation administrative. – Voyons les faits à l'appui de notre affirmation.

*

I. Le traité de Saint-Germain-en-Laye garantit l'autonomie de tout le territoire des Ruthènes; par là, le peuple ruthène, qui vit en masse compacte depuis des temps immémoriaux, a gagné l'assurance internationale de sa situation autonome de droit public. Le Mémoire n° 6, „Le problème des Ruthènes de Hongrie", présenté à Paris à la conférence de la paix par la délégation tchécoslovaque, a fixé à 567,867 le nombre des Ruthènes habitant au sud des Carpathes. Malgré cela, la limite provisoire entre la Ruthénie et la Slovaquie fut tracée avant même la conclusion de la paix, en janvier 1919, de telle sorte que le peuple et le territoire ruthènes se trouvèrent coupés en deux, la rivière Už (Ung) ayant été prise pour ligne de démarcation à l'insu du peuple ruthène. La conséquence en est qu'environ 212,000 Ruthènes sont, au mépris du droit, séparés de leurs frères et rattachés à la Slovaquie, sans l'ombre de l'autonomie et menacés de la dénationalisation complète.

Les reprèsentants du peuple ruthène réclament depuis octobre 1919, d'année en année, la rectification de la frontière ethnographique entre la Slovaquie et la Ruthénie et le rattachement à la Ruthénie du territoire qui en a été indûment séparé. A cette réclamation se joignirent les gouverneurs Žatkovič et Beskid, le Conseil National Ruthène, les porte-parole des partis politiques, mais le résultat a été nul. Les gouvernements tchécoslovaques se sont toujours dérobés en alléguant que la fixation de la frontière entre la Slovaquie et la Ruthénie appartenait à la Diète (Sejm) et au Parlement qui s'entendront à ce sujet et dont l'accord fera partie intégrante de la constitution (article 3 de la loi n° 121 de 1920). Cependant la Diète n'a jamais été convoquée. Il est inutile de souligner que les 212,000 Ruthènes, séparés de leurs frères de race, et subissant la pression de l'administration, des fonctionnaires, de la langue et des écoles slovaques, sont exposés à se dénationaliser complètement et à se slovaquiser. Formant une minorité ethnique en Slovaquie, ils ont un sort moins enviable que les 70.000 Allemands habitant l'est de la Slovaquie. La tendance à slovaquiser les

Ruthènes arrachés à leur vieux territoire est montrée aussi par le fait que le recensement de 1921, opéré avec l'aide de commissaires slovaques, indique la moitié seulement des Ruthènes ayant figuré dans la statistique hongroise de 1910.

On ne saurait contester que le peuple ruthène habitant l'État tchécoslovaque forme une nationalité politique égale en droit au peuple tchécoslovaque; pourtant, dans cet État, deux traitements sont réservés au peuple ruthène: une partie (375.000 âmes), qui vit à l'est de la rivière Už (Ung), a droit à l'autonomie sans l'exercer effectivement; l'autre partie (217.000 âmes), à l'ouest de l'Už, est considérée comme minorité nationale et subit l'oppression du chauvinisme slovaque. Inutile d'insister sur l'absurdité de cette situation qui, par surcroît est en contradiction absolue avec le traité de minorités ainsi qu'avec les intentions et les conditions préalables du rattachement de la Ruthénie à l'État tchécoslovaque.

II. Depuis 1919, l'administration de la Ruthénie est une longue suite d'erreurs et de tentatives les unes plus malheureuses que les autres. Après la signature du traité, le gouvernement de la République mit à la tête de la province ruthène, autonome de droit, un chef politique (Dr Brejcha), tchèque, un préfet slovaque (Moys) et un préfet tchèque (Dr Slavik), tous non Ruthènes; ensuite il nomma un directoire ruthène composé de cinq membres et présidé par M. Žatkovič et lui enjoignit par décret gouvernemental appelé Statut Général de préparer l'autonomie. Cependant, comme conseil consultatif du chef politique tchèque, ce directoire était condamné à l'inaction complète en face des pouvoirs dictatoriaux du chef politique qui nommait aux emplois publics de la Ruthénie des Tchèques et des Ukrainiens et introduisit le tchèque comme langue officielle. Les propositions et les protestations tant du Directoire que du Conseil national ruthène ne firent pas dévier d'un pouce le gouvernement de Prague de la ligne de conduite qu'il s'était tracée, de sorte que après plusieurs mois d'efforts infructueux, les membres du directoire donnèrent leur démission. Alors le gouvernement de Prague investit M. Žatkovič du titre de gouverneur du terriroire autonome, tout en chargeant de l'administration effective un vice gouverneur tchèque (Dr Ehrenfeld) qui, aux côtés du gouverneur ruthène sans attributions, devint dictateur de la province ruthène autonome. Ses pouvoirs n'étaient

pas contrebalancés par ceux des organes constitutionnels de la Ruthénie; la Diète ne fut point convoquée; lors des élections législatives de 1920, les députés de la Ruthénie n'entrèrent pas au parlement de Prague et les départements ne reçurent pas de représentation autonome. A défaut du contrôle et de l'activité que l'autonomie n'aurait pas manqué d'exercer, la tchéquisation du territoire ruthène se poursuivait par les méthodes de l'absolutisme, les artisans de la tchéquisation étant les milliers de fonctionnaires tchèques et le tchèque, langue officielle. Le gouverneur ruthène Žatkovič avait beau multiplier les protestations pour défendre l'autonomie; à la fin il résigna ses fonctions le 16 mars 1921 et développa les motifs de sa démission dans un mémorandum adressé au gouvernement de Prague. Ce mémorandum se terminait ainsi: „En écrivant ce mèmorandum, j'attends du gouvernement de la République tchécoslovaque qu'il tiendra ses promesses relatives à l'organisation du Conseil Dirigeant, aux élections de députés au Parlement et à la Diète, à l'adoption ou à rejet du projet de constitution de la Russie subcarpathique. Je recommande que pour être loyal et juste et aussi pour assurer la prospérité et la force futures de l'État tchécoslovaque on s'empresse de donner à la Russie subcarpathique l'autonomie complète avec les frontières honnêtes et justes".

Le gouvernement prit acte de la démission de M. Žatkovič, ne lui nomma pas de successeur et confia l'administration de la province ruthène au vice-gouverneur tchèque qui jusqu'au 26 novembre 1923, date de son départ, continua l'œuvre de tchéquisation en l'étendant même à des matières rentrant incontestablement dans les attributions de l'autonomie, telle l'instruction publique.

III. Les députés ruthènes au parlement furent élus pour la première fois au printemps de 1924. A cette époque, cinq années de régime hostile à l'autonomie et tchéquisant à outrance avait dérivé le mécontentement du peuple ruthène vers le communisme qui réunissait 45% des votes exprimés; le peuple ruthène espérait que ses représentants parlamentaires (9 députés et 3 sénateurs) pourraient, par voie constitutionelle, hâter l'organisation de l'autonomie et en général l'oeuvre de consolidation. M. Antonie Beskid fut nommé gouverneur de la Ruthénie, mais son adjoint, le vice-gouverneur tchèque (M. Rzssypal), continuait à

diriger l'administration et rien n'était changé à la politique centralisatrice, ignorant l'autonomie et cherchant à tout tchéquiser qu'on avait suivie pendant les cinq années précédentes.

Les élections législatives de l'automne 1925 n'apportèrent aucune amélioration quoique, cette fois-ci, le parti communiste dût marquer un fort recul au profit des partis bourgeois en majorité. La politique gouvernementale tchèque qui poursuit „l'idéal national tchèque" et s'efforce à cet effet de centraliser toute l'administration de l'État (même dans les matières relevant de l'autonomie), chercha des appuis chez les partis politiques de la Bohême et ceux-ci étendirent leurs ramifications sur le territoire des Ruthènes. Le parti agraire tchèque, le parti social-démocrate tchèque, le parti socialiste national tchèque, le parti populiste tchèque et le parti national démocrate tchèque, c'est-à-dire les grands partis tchèques du parlement de Prague, aidés des 40.000 fonctionnaires tchèques et des artisans, colons, soldats, gendarmes, employés d'octroi, cheminots, etc. tchèques immigrés ou envoyés en Ruthènie, intensifièrent leur propagande et créèrent des organisations pour convertir l'opinion publique au mot d'ordre : Relever d'abord économiquement la Ruthènie et ne réaliser l'autonomie politique qu'après, dans 20 ou 30 ans. Cette politique centraliste tchèque, hostile à l'autonomie, accuse les partis politiques combattant pour l'autonomie, de faire de la „démagogie creuse", de pécher par leurs protestations contre l'État et elle mobilise toute l'administration et la police pour traquer les autonomistes. En dépit du traité signé par les Principales Puissances et en violation des prescriptions impératives de la constitution, le peuple ruthène en est arrivé à subir que l'autonomie „la plus large" qui lui fut accordée soit un sujet de scandale aux yeux des chauvins tchèques. La politique officielle antiruthène a continué pendant les années 1926 et 1927 et abouti aux résultats suivants, contraires aux dispositions du traité et de la constitution :

a) Le gouvernement de la République tchécoslovaque a rendu le 3 février 1926, sous n° 17, un décret imposant le tchéque comme langue officielle à la Russie subcarpathique et n'autorisant que l'emploi facultatif du ruthène dans les rapports des bureaux avec les intéressés. Quoique ce décret soit déclaré provisoire dans le texte même, en attendant la décision à prendre par la Diéte, même sa mise en vigueur provisoire constitue une infraction à la constitution et au traité.

De même que la frontière entre la Slovaquie et la Ruthénie, le règlement de la question des langues est donné comme provisoire en attendant le règlement définitif réservé à la Diète ; en réalité, la solution des questions de la frontière et de la langue est définitive car la Diète n'est jamais convoquée.

Il est indéniable que le carac ère autonome du territoire des Ruthènes est assuré en premier lieu par la langue ruthène. Peut-on parler d'autonomie ruthène si toute l'administration et tous les établissements publics ont pour langue le tchèque et non pas le ruthène ? Le Statut Général, édicté par le gouvernement tchécoslovaque en novembre 1919, après la signature du traité de Saint-Germain-en Laye, déclare qu' „en Russie subcarpatique le ruthène est langue officielle" ; le traité et la constitution stipulent expressément que le pouvoir législatif en matière de langue, d'instruction et de religion ainsi que pour les questions d'administration locale appartient à la Diète ruthène et, par suite, fait partie de l'autonomie. Il est donc évident que le gouvernement tchécoslovaque n'a pas le droit d'instituer – même provisoirement – le tchèque comme langue officielle de la Russie subcarpathique et le ruthène comme langue minoritaire. Le décret en question est une grave offense à la dignité nationale du peuple ruthène. Les partis ruthènes représentés au parlament ont inutilement protesté contre ce décret inconstitutionnel ; le Conseil National Ruthène a adressé un mémorandum de protestation au gouvernement et ce mémorandum aussi est resté sans effet : le décret fut mis en vigueur et son résultat est que tous les services de l'administration sont devenus parfaitement tchèques en Russie subcarpathique.

b) Dans l'année 1926, le gouvernement de la République, sans faire attention à la protestation unanime des députés ruthènes, a supprimé les départements de la Russie subcarpathique et réuni toute l'administration de ce territoire sous l'autorité d'un préfet, sans laisser au peuple la représentation départementale.

c) Au 1er juillet 1928, cette administration départementale centralisée doit cesser d'exister pour être remplacée par le Bureau de la Province („Zemsky Urad"). En effet, les lois nº 125 et nº 126 de 1927 ont donné à l'„administration de l'État" en Russie subcarpathique une base nouvelle et nettement centrale. Le bureau actuel du „grand département" doit se transformer en bureau provincial, „l'administration civile" siégeant actuelle-

ment à Užhorod se réunira à ce bureau ; les fonctions du vice-gouverneur seront supprimées et le Bureau aura à sa tête un Président de district („Zemsky prezident"), le ministère de Prague constituant la troisième instance d'appel.

Ces lois, qui doivent entrer en vigueur 1er juillet 1928, portent à tous égards atteinte à l'autonomie du territoire ruthène. Le traité de Saint-Germain-en-Laye et la constitution tchécoslovaque ont, l'un et l'autre, reconnu à la Russie subcarpathique l'autonomie en matière d'administration locale ; par conséquent, la Diète seule est qualifiée d'organiser l'administration. Jusqu'à ce jour, le gouvernement tchécoslovaque s'est gardé de convoquer la Diète du territoire des Ruthènes ; au contraire, il lui a octroyé des lois qui, aux termes de la constitution et du traité, ne sont même pas provisoirement valables en Russie subcarpathique car le Parlement de Prague n'avait pas qualité de les voter.

Les lois n° 125 et n° 126 de 1927 se proposent de centraliser l'administration sur tout le territoire de l'État tchécoslovaque, sans faire exception du territoire autonome des Ruthènes, doté d'attributions juridiques spéciales.

La loi n° 125 a pour contenu essentiel que le territoire de la République est divisé en quatre districts administrativs (Bohême, Moravie, Slovaquie, Russie subcarpathique). En Slovaquie et en Russie subcarpathique, le système historique des départements (comitats) autonomes est aboli et il lui est substitué la division territoriale héritée de l'Autriche ayant pour unités l'arrondissement et le pays (Land). Chacun des quatre districts administratifs a un président à sa tête avec un conseil élu, dit conseil de représentants (zemsky vybor). L'instance de troisième degré est le gouvernement de Prague.

L'application de cette loi crée en Russie subcarpathique la situation suivante : les comitats autonomes, dont chacun a son histoire, n'existent plus ; le territoire actuel des Ruthènes (sans compter le territoire détaché à l'ouest) constitue une seule unité administrative dont le chef appelé président est investi des droits de l'ancien préfet et de l'ancien vice-gouverneur. Le conseil de représentants comprendra seulement dix-huit membres, dont six nommés par le gouvernement de Prague ; il ne sera donc point démocratique. Il aura d'allieurs un caractère purement consultatif en matière d'instruction, d'économie nationale, de prospé-

rité sociale, de santé publique et de transport. Les questions politiques sont soustraites à sa compétence. L'appel contre les décisions du président et du conseil de représentants doit être adressé au gouvernement de Prague.

La nouvelle organisation administrative, qui fait entièrement abstraction de la Diète ruthène, seul organe législatif compétent, a soulevé la protestation la plus véhémente chez les représentants politiques du peuple de la Russie subcarpathique. Il est parfaitement naturel que la Russie subcarpathique qui a droit à l'autonomie la plus large ne saurait se résigner à la confiscation de ses droits, ni tolérer que sans la délimitation définitive de ses frontières son territoire démembré soit régi pour un temps indéterminé par un système administratif d'où on a banni jusqu'à l'ombre même de l'autonomie. Elle ne supportera pas que les droits du gouverneur ruthène soient exercés en partie par le président de district, en partie par le ministre de l'intérieur, alors que le traité et la constitution déclarent sans ambiguité que le gouverneur du territoire des Ruthènes sera responsable devant la Diète ruthène. Il est inadmissible que les appels soient transmis du bureau de district aux ministères puisque les ministères de Prague n'ont pas compétence pour statuer sur les affaires autonomes de la Russie subcarpathique.

Lorsque cette réforme de l'administration sera mise à exécution, la dignité du gouverneur du territoire des Ruthènes deviendra illusoire, ses attributions définies par le traité et par la constitution ayant été transférées, en application de la loi n° 125 de 1927, au président de district et au ministre de l'intérieur. Être gouverneur du territoire des Ruthènes sera ainsi remplir une charge honorifique, sans droits ni pouvoirs, qu'on gardera en symbole vidé de toute substance pour égarer l'opinion publique à l'étranger. Il n'est point douteux que la loi n° 125 est frappée de nullité en Russie subcarpathique puisqu'elle est en contradiction avec la constitution et plus encore avec le traité de Saint-Germain-en-Laye ; or aucune loi nationale ne saurait modifier une convention internationale.

Toute la population de la Russie subcarpathique et tous ses partis politiques (à l'exception du parti agraire tchèque et du parti populiste tchèque) se sont unis pour protester avec vigueur contre cette loi spoliatrice de droits ; le Conseil National Ruthène a fait entendre également une protestation véhé-

mente car lorsqu'il avait, le 8 mai 1919, proclamé l'union du territoire des Ruthènes avec l'État tchécoslovaque, il avait spécifié comme condition de l'union l'autonomie la plus large. Il y a lieu de remarquer encore que le Conseil National Ruthène s'est adressé en temps opportun au Président de la République pour lui demander de refuser la promulgation de la loi en question qui est contraire au traité donc nulle en droit. Comme, malgré cela, les lois votées en violation du traité et „a limine" sans valeur juridique ont été promulguées et attendent leur application, nous avons l'honneur d'attirer l'attention de la Société des Nations sur la nécessité de contrôler l'exécution du traité de Saint-Germain-en-Laye, – l'article 14 de ce traité lui en donne le droit, – et, le cas échéant, d'inviter la Tchécoslovaquie à faire honneur à sa signature.

Nous nous permettons de rappeler ici que les représentants du peuple ruthène vivant à l'intérieur des frontières tchécoslovaques se sont déjà adressés à plusieurs reprises à la Société des Nations en vue de défendre le droit du peuple ruthène à l'autonomie ; notamment

a) les députés du parti national ruthène en avril 1922 à l'occasion de la conférence de Gênes ;

b) les partis ruthènes unifiés en septembre 1922 ;

c) l'Union des Cultivateurs autonomistes ruthènes, représentés par le soussigné, le 5 octobre 1924 ;

d) le Conseil National des Ruthènes habitant les États-Unis d'Amérique au courant de l'année 1923.

Nous reconnaissons que la Société des Nations a appelé l'attention du gouvernement tchécoslovaque sur les doléances des Ruthènes, mais nous avons le regret de constater que jusqu'à ce jour nous n'avons obtenu nulle réparation.

*

Nous avons le devoir de montrer la faiblesse des arguments par lesquels les gouvernements qui se succèdent en Tchécoslovaquie cherchent à justifier pourquoi ils ajournent l'organisation de l'autonomie du territoire des Ruthènes.

Dans les premières années après la signature du traité de Saint-Germain-en-Laye (10 septembre 1919), le gouvernement a invoqué la consolidation peu avancée pour motiver l'ajournement des élections législatives et des élections de la diète en Russie subcarpathique. Or, la situation était exactement la même en

Slovaquie (surtout dans la partie orientale habitée par les Ruthènes) et pourtant, en 1920, les élections législatives y eurent lieu ainsi que les élections communales, cantonales et départementales. Où est ici l'égalité de traitement ?

Les premières élections législatives s'effectuèrent sur le territoire actuel de la Russie subcarpathique en mars 1924 ; aux termes de la loi, le gouvernement aurait dû organiser les élections à la diète dans un délai de 90 jours à compter des élections législatives. Il s'y déroba en alléguant que les communistes avaient réuni 45% des votes et qu'il ne saurait tolérer une diète à majorité communiste. Cependant, si le communisme a gagné du terrain, c'est parce que l'administration et la politique économique avaient commis erreur sur erreur, parce que l'échange de la monnaie avait le caractère d'une confiscation, parce que le ravitaillement se heurtait à d'énormes difficultés, parce que la réforme agraire se faisait attendre, parce que les impôts étaient trop lourds, parce que la réduction de l'activité industrielle conduisait au chômage, et surtout parce que l'administration tchèque de la Russie subcarpathique n'a rien fait pour dissoudre ou au moins pour inviter à s'agiter moins le parti communiste dirigé et payé par Moscou et évidemment hostile à l'État ; au contraire, l'administration a fait de la Ruthénie un asile aux communistes émigrés de leur pays.

Après les élections législatives de 1925, le gouvernement a, de nouveau, ajourné les élections à la diète sans tenir compte du fait que les communistes avaient perdu une partie de leur influence (ils n'avaient reçu que 30% des votes) et que les partis bourgeois formaient désormais la majorité. Il fallait trouver un prétexte inédit pour s'opposer à l'autonomie et le gouvernement a trouvé ceci : „le peuple ruthéne n'est pas encore mûr pour l'autonomie" ou bien „la frontière entre la Slovaquie et la Ruthènie n'est pas encore définitivement tracée". C'est ce double argument que le gouvernement a mis en avant dans les débats parlementaires sur la loi réorganisant l'administration.

Nous répondrons très brièvement à cette argumentation absurde. La solution de la question relative à la frontière ethnographique entre la Slovaquie et la Ruthènie exige une simple opération technique, à savoir un plébiscite impartial. Après la signature du traité relative à la protection des minorités, en octobre 1919, les représentants des peuples slovaque et ruthène

entrèrent en pourparlers avec la participation du ministère de l'intérieur. Le gouvernement tchécoslovaque est seul responsable que la question attend toujours une solution. Le gouvernement de Prague tourne ridiculement dans un cercle vicieux lorsqu'il affirme qu'il est impossible de convoquer la diète car la frontière entre la Slovaquie et la Ruthénie n'est pas encore définitivement tracée, et que la délimitation des frontières est impossible parce qu'il n'y a pas de diète qualifiée de mener les pourparlers. Cependant, le gouvernement n'avait pas de scrupule en 1927 lorsqu'il a incorporé à la Slovaquie, par la loi n° 125, la vieille terre ruthène comptant 215,000 habitants.

Lorsque nous écrivons ces lignes, le gouvernement, malgré les protestations de tous les partis politiques, sauf le parti agraire et le parti populiste tchèque de la Russie subcarpathique et celles de leurs députés parlementaires, a fait entrer en vigueur en Russie subcarpathique et en Slovaquie la réforme administrative en contradiction avec le traité de paix et la charte constitutionnelle. Il a réalisé l'entrée en vigueur par une loi nouvelle au mois de juin 1928, selon laquelle l'administration n'entre en vigueur pue le 1er décembre 1928, car selon le motif de la nouvelle „cela ne répondrait pas au désir public et aux intentions de la loi, que la réforme administrative entre en vigueur dans ces provinces sans les élections préventives des représentations de province et de district". Par contre, en Russie subcarpathique et en Slovaquie la réforme administrative entre déjà en vigueur le 1er juillet 1928 sans l'élection préalable des représentation de province et de district, car selon le motif de la nouvelle „la population de la Russie subcarpathique jusqu'ici, c'est-à-dire pendant neuf ans, n'a pris ainsi non plus part dans l'administration intérieure de province et par l'ajournement des élections de provinces et de district, la population du territoire autonome n'en souffrira nullement".

Tandis qu'en Bohème, en Moravie, en Silésie le gouvernement motive l'ajournement de l'entrée en vigueur de la réforme administrative d'un point de vue démocratique et constitutionnel, comptant sur le désir public aussi, tandis qu'en Russie subcarpathique et en Slovaquie „les intentions de la loi et le désir public de la population" n'ont pas gêné du tout le gouvernement de Prague, de faire entrer en vigueur cette loi anticonstitutionelle et négligeant le traité de Saint-Germain.

Le 1er juillet 1928, en effet, le nouvel ordre administratif est entré en vigueur en Russie subcarpathique et en Slovaquie. Au lieu d'une administration intérieure autonome, sans la participation constitutionnelle du peuple, un office de province fut établi à Užhorod et à Bratislava, mais tandis qu'en Slovaquie un président et vice-président de pays slovaques furent nommés, en Russie subcarpathique autonome un président et vice-président tchèques furent placés à la tête de l'administration, et même tous les chefs de section furent nommés exclusivement de Tchèques.

Le territoire autonome ruthène a reçu ce présent de l'État tchécoslovaque à l'occasion de la première année du jubilé décennal. Nous n'avons pas caractérisé ici l'irritation du peuple ruthène, mais nous sommes convaincus que tout homme réfléchissant démocratiquement et constitutionnellement, condamne ce jeu avec les droits garantis de la Russie subcarpathique qui dure déjà depuis neuf ans. Il n'y a pas d'autre issue de cette situation impossible, que la réalisation immédiate de l'autonomie de province de la Russie subcarpathique.

Le peuple ruthène est-il mûr pour l'autonomie?

Nous croyons que la question est sans objet. Le peuple tchécoslovaque l'a reconnu bien mûr au commencement de l'année 1919 quand il l'invitait à s'unir au peuple tchécoslovaque et quand, lui promettant l'autonomie la plus large, il conclut avec lui un accord concernant l'union. La Conférence de la paix a également affirmé que le peuple ruthène était mûr par la garantie qu'elle lui donnait dans le traité de Saint-Germain-en-Laye relativement à l'autonomie. Ni ce traité ni la constitution tchécoslovaque ne contiennent de clause autorisant le gouvernement tchécoslovaque à attendre des dizaines d'années avec l'organisation de l'autonomie ruthène. Voilà mille ans que le peuple ruthène vit dans la famille des peuples civilisés de l'Europe centrale. Au sein de l'État hongrois, il bénéficiait de l'autonomie communale et départementale qui était autrement large que l'autonomie pâle et réduite octroyée à la Russie subcarpathique par la loi n° 125 de 1927. Le peuple ruthène, qui forme dans l'État tchécoslovaque un élément politiquement égal au peuple tchécoslovaque, qui, par ses députés, prend sa part à l'exercice du pouvoir législatif, qui donne des soldats à

l'armée, qui paye l'impôt à l'État, qui développe ses forces nationales dans les écoles, dans les associations économiques et intellectuelles et dans les partis politiques, est certainement mûr pour se gouverner dans les matières désignées par le traité et par la constitution et pour suivre sa voie sans être tenu en laisse par un pouvoir étranger. C'est une hypothèse gratuite, c'est une crainte chimérique de s'opposer à l'autonomie ruthène pour sauv garder l'intérêt de l'État. Il ne s'agit point de l'État ici, mais bien de la politique gouvernamentale, absurde dans un État démocratique, qui veut imposer l'idéal tchécoslovaque même en terre autonome ruthène.

C'est cet idéal qu'a servi l'admin stration pendant neuf ans en Russie subcarpathique ; c'est cet idéal qu'elle poursuit maintenant aussi de toutes ses forces.

Un coup d'oeil rapide sur les choses actuelles de la Russie subcarpathique suffira à justifier notre thèse. (à suivre.)

Gesetz über Änderung der Nationalität.

Unter obigem Titel ist im estländischen Parlament ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der in der Übersetzung* wie folgt lautet :

„§ 1. Bürger des Estländischen Freistaates, die laut ihren Legitimationsdokumenten weder zu den Minoritäten, noch zu einer anderen Nationalität gehören, gelten als Esten.

§ 2. Die Nationalität von Kindern wird bis zum 18. Lebensjahr nach der Nationalität ihrer Eltern festgesetzt. Falls die Eltern zwei verschiedenen Nationalitäten angehören, wird die Festsetzung der Nationalität des Kindes laut Vereinbarung zwischen den Eltern vorgenommen und das Kind wird entweder der Nationalität des Vaters oder derjenigen der Mutter zugerechnet. Im Falle der Nichterzielung einer Einigung gilt das Kind als zur Nationalität des Vaters gehörig.

§ 3. Ein Bürger des Estländischen Freistaates, welcher der Ansicht ist, dass er nicht zur estnischen Nationalität im Sinne des § 1 gehört, obwohl er keine Legitimationspapiere besitzt, die seine Zugehörigkeit zu einer anderen Nationalität

* Die Übersetzung entnehmen wir der Novembernummer der Zeitschrift „Nation und Staat."

nachweisen könnten, kann die Vermerkung dieser Nationalität in seinen Dokumenten verlangen, bei Vorstellung genügender Beweise an die entsprechende Behörde (§ 6).

§ 4. Ein estländischer Bürger, welcher findet, dass seine Nationalität in seinen Dokumenten nicht richtig vermerkt ist, kann eine Korrektur zwecks richtiger Angabe der Nationalität verlangen, falls er der zuständigen Behörde (§ 6) genügende Beweise vorlegt.

§ 5. Eine laut § 1 zur estnischen Nationalität gehörige Person kann ihre Nationalität nicht ändern, falls ihre Eltern wissentlich estnischer Herkunft sind oder in den ehemaligen Gemeindelisten verzeichnet standen. Die estische Nationalität können auch Personen nicht ändern, deren Muttersprache oder häusliche Umgangssprache die estnische Sprache gewesen ist, sowie auch diejenigen, welche die Sprache der Nationalität, zu der sie sich bekennen, nicht oder mangelhaft beherrschen, oder die einen Familiennamen mit estnischer Bedeutung haben.

§ 6. Gesuche betreffend der Vornahme von entsprechenden Korrekturen in den Dokumenten (§§ 3, 4 und 5) werden dem Innenministerium vorgestellt, welches, falls es den Wunsch für berechtigt und als den Tatsachen entsprechend befindet, ein diesbezügliches Zeugnis ausstellt. Bei Entscheidung des Gesuches berücksichtigt das Innenministerium sowohl dokumentarische Beweise als auch Zeugenaussagen.

§ 7. Gesuche betreffend die erstmalige Bestimmung der Nationalität (§ 2) werden bei Ausstellung des Personalausweises der betreffenden Behörde vorgestellt. Klagen werden dem Innenministerium eingereicht."

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN.

Dr. Stephan v. Csekey: Die Verfassungsentwicklung Estlands. 1918–1928.

Der hervorragende Professor der Rechte an der Universität in Dorpat, der zugleich Direktor des ungarischen wissenschaftlichen Institutes in Dorpat ist, beschenkte die Fachlitteratur wieder mit einem äusserst wertvollen Werk. Diese Studie erschien unter dem Titel: „Die Verfassungsentwicklung Estlands. 1918–1928" im Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

In diesem Werke des vorzüglichen Professors finden wir folgende Abschnitte:

I. Geschichtliche Entstehung und Grundgedanken des estnischen Grundgesetzes. II. Staatsgebiet und Staatssymbole. III. Staatsvolk. 1. Staatsbürgerschaft. 2. Grundrechte. IV. Staatsgewalt. 1. Gesetzgebung. 2. Verwaltung. 3. Rechtsprechung. V. Anlagen. Die Verfassung und die wichtigsten staatsrechtlichen Gesetze Estlands. Nr. 1. Das Grundgesetz der Republik Estland. Nr. 2. Gesetz über die Inkraftsetzung des Grundgesetzes der Republik und des Gesetzes über die Wahlen in die Staatsversammlung, über die Volksabstimmung und das Recht der Volksinitiative. Nr. 3. Die zeitweiligen Verwaltungsgesetze. Nr. 4. Zeitweiliges Gesetz betreffend die Staatskontrolle Estlands. Nr. 5. Gesetz über die Verwaltungsgerichtsordnung. Nr. 6. Zeitweiliges Gesetz betreffend die Aufsicht über die Selbstverwaltung. Nr. 7. Geschäftsordnung der Staatsversammlung. Nr. 8. a) Staatsbürgerschaftsgesetz. b) Richtlinien zum Staatsbürgerschaftsgesetz. Nr. 9. Gesetz über den Schutz der Staatsordnung. Nr. 10. a) Gesetz über die Kulturverwaltung der völkischen Minderheiten. b) Verordnung der Regierung der Republik über die Organisation der Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten. c) Verordnung der Regierung der Republik über die Führung der Nationalregister. d) Richtlinien der Regierung der Republik betreffend die Tätigkeit der Kulturkuratorien der Kulturselbstverwaltungen der völkischen Minderheiten. Nr. 11. Gesetz über die Religionsgemeinschaften und deren Verbände. Nr. 12. Gesetz über die Wahlen in die Staatsversammlung, die Volksabstimmung und die Volksinitiative.

Uns interessiert besonders der Abschnitt „Grundrechte", worin wir ein genaues Bild der Freiheitsrechte des einzelnen in drei Gruppen geteilt finden. In der ersten Gruppe die wirtschaftspolitischen, in der zweiten die kulturpolitischen und in der dritten die der nationalpolitischen Rechte, welch' letztere vor allen Dingen aus der rechtlich geordneten Selbstbestimmung der Zugehörigkeit an eine Nationalität besteht. Darin führt Verfasser folgendes aus:

Die dritte Gruppe der Freiheitsrechte des einzelnen, die der nationalpolitischen Freiheitsrechte, besteht vor allen Dingen aus der rechtlich geordneten Selbstbestimmung der Zugehörigkeit zu einer Nationalität. Diese Bestimmung enthält auch eine Beschränkung für die Gesetzgebung. So wird z. B. nach den Gesetzen über die öffentlichen Elementarschulen (§ 3, Anm.)

und die öffentlichen Mittelschulen (§ 3, Anm. I und II) die Muttersprache der Schüler nach ihrer Nationalität bestimmt. Sind die Eltern gemischter Nationalität, so erfolgt die Bestimmung der Nationalität der Kinder nach Angabe der Eltern. Gehen die Ansichten der Eltern in dieser Hinsicht auseinander, so gilt als Muttersprache des Kindes die im Hause gebräuchliche Sprache, welche das Kind am besten versteht.

Ebenso ist nach dem Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten vom 12. Februar 1925 (R. T. Nr. 31/32 1925) (siehe Anlage Nr. 10 a) die Teilnahme an der Kulturselbstverwaltung einer völkischen Minderheit freiwillig und sie erfolgt auf dem Wege der Registrierung. Über die Mitglieder der Kulturselbstverwaltung wird also ein Verzeichnis geführt, in welches sich alle Bürger der entsprechenden Nationalität Estlands, die mindestens 18 Jahre alt sind, aufnehmen lassen können. Die Kinder der Registrierten unter 18 Jahren folgen der Nationalität der Eltern. Wenn dieselben zu verschiedenen Nationalitäten gehören, wird die Nationalität des Kindes auf Grund einer Vereinbarung der Eltern bestimmt. Wird eine solche nicht erzielt, so folgt das Kind der Nationalität des Vaters.

Nach dem Erkenntnis der Verwaltungsabteilung des Staatsgerichts vom 26. Februar 1926 (RO. Nr. 15 1926)[1] wird das freie Bestimmungsrecht in bezug auf das Bekenntnis zu der einen oder anderen Nationalität jedem Staatsbürger Estlands auch gerichtlich gewährleistet. In diesem Erkenntnis stellt sich aber das Staatsgericht auf den Standpunkt, dass in dieser Beziehung auf gesetzlichem oder sogar auf dem Verordnungswege Einschränkungen und Bedingungen gestellt werden könnten.

Die §§ 22–23 des GG., welche den Gebrauch der Minderheitensprachen im amtlichen Verkehr der Zentral- und der örtlichen Selbstverwaltungsbehörden regeln, enthalten unmittelbar anwendbares Recht. Der Entwurf des im zweiten Satze des § 23 vorgesehenen besonderen Sprachengesetzes ist schon fertiggestellt und harrt in der Staatsversammlung der Verabschiedung.

Laut Bestimmungen des § 12 des GG. betreffend das Recht auf muttersprachlichen Unterricht (vgl. oben S. 185) sind die Lehranstalten für die völkischen Minderheiten unter densel-

[1] Deutsch mitgeteilt von Csekey, in der Zeitschrift „Glasul Minorităţilor — Die Stimme der Minderheiten", Jahrg. V, 1927, Nr. 4, S. 151 f., und in der Zeitschrift für Ostrecht, Jahrg. I, 1927, H. 3, S. 391 f.

ben Bedingungen, d. h. mit muttersprachlichem Unterricht, wie für die Angehörigen des Mehrheitsvolkes zu eröffnen.

Die Gewährleistung autonomer Institutionen den völkischen Minderheiten zwecks Verwirklichung ihrer nationalkulturellen und Fürsorgeinteressen wird laut § 21 des GG. zu den Grundrechten der Bürger Estlands gezählt. Hier handelt es sich aber eigentlich nicht um ein Freiheitsrecht des sog. negativen Rechtsstatus, sondern um ein Mitwirkungsrecht des aktiven Rechtsstatus, wie dieses aus dem Wesen der völkischen Selbstverwaltungseinheiten als Träger öffentlich-rechtlicher Verwaltungsbefugnisse hervorgeht (so auch Meder a. a. O. S. 135).

Das Ausführungsgesetz eines Teiles[1] des § 21 des GG. ist das Gesetz über die Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten vom 12. Februar 1925 (R. T. Nr. 31/32 1925). (Siehe Anlage Nr. 10 a.) Das ist das erste und bisher ohnegleichen stehende Gesetz in der Geschichte der Minderheitenfrage. Es stellt nur ein Rahmengesetz dar und hat einen zeitweiligen Charakter. Die Kulturselbs verwaltung ist die geeignete Form zur Lösung der Autonomiefrage für solche Minderheiten, die nicht in geschlossenen Sprachgebieten wohnen. Die Kulturautonomie ist staatsrechtlich eine soziale Selbstverwaltung. Sie ist der öffentlich-rechtliche Zusammenschluss aller in Estland wo immer wohnenden Staatsbürger einer bestimmten Volkszugehörigkeit zur Wahrung und Förderung ihrer nationalen Kultur. Ihre Grundlagen entsprechen denen der grösseren kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, d. h. der Kreise, mit dem Unterschiede, dass das Gebiet der Kulturselbstverwaltungen nicht bloss das einzelner Kreise, sondern das ganze Staatsgebiet umfasst; ferner dass die Kompetenz der Kulturselbstverwaltungen nur eine Aufgabe betrifft, die Fürsorge der Kulturinteressen der betreffenden Minderheit; und endlich, dass dieser Autonomie nicht alle Mitglieder einer Minderheit zwangsweise angehören, sondern erst auf Grund eines Bekenntnisses zu der betreffenden Minderheit. Das Bekenntnis erfolgt durch Eintragung in das entsprechende Nationalregister der Kulturselbstverwaltung. Die Kulturautonomie ist also eine juristische Person, aber keine Gebiets-, sondern eine Personenkörperschaft. Sie genieszt die

[1] Die Fürsorgefrage der völkischen Minderheiten soll in einem später zu erlassenden besonderen Gesetz geregelt werden.

den Kreisselbstverwaltungen zustehenden Rechte: das Recht, ihre Organe zu bilden, ihre Beamten zu wählen, das Vertretungsrecht im Gerichtsverfahren; als öffentliche Behörde ist sie von der Stempelsteuer befreit, sie hat das Recht Kanzleigebühren zu erheben usw. Die Regierung stellt gegenüber der Kulturselbstverwaltung ebenso wie in ihrer rechtlichen Stellung zu den anderen Selbstverwaltungskörperschaften keine hierarchische Oberinstanz, sondern nur eine Aufsichtsbehörde dar (siehe Anlage Nr. 6), so „dass sie innerhalb ihres Kompetenzkreises und der von dem allgemeinen Gesetze gezogenen Grenzen vollkommen frei wird und ihre Beschlüsse und Anordnungen keinerlei Bestätigung bedürfen, sondern nur durch Urteil des Verwaltungsgerichts annulliert werden können". [1] Die Organe der Kulturselbstverwaltung sind: der Kulturrat als beschliessendes Organ und die Kulturverwaltung als Ausführungsorgan. Ihr Sitz ist in der Hauptstadt Reval (Tallinn). Örtliche Organe sind die Kulturkuratorien.

Da das Kulturautonomiegesetz nur ein Rahmengesetz ist, war die Regierung verpflichtet, binnen vier Monaten, gerechnet vom Tage des inkrafttretens desselben (3. März 1925), die Verwirklichung der Institutionen der Kulturselbstverwaltung auf dem Verordnungswege durchzuführen. Dies geschah mittels der Regierungsverordnung über die Organisation der Kulturselbstverwaltung der völkischen Minderheiten vom 8. Juni 1925 (R. T. Nr. 101/102 1925) (siehe Auflage Nr. 10 b), ferner mittels der Regierungsverordnung über die Führung der Nationalregister von ebendann (siehe Auflage Nr. 10 c) und mittels der Rechtlinien der Regierung betreffend die Tätigkeit der Kulturkuratorien der Kulturselbstverwaltungen der völkischen Minderheiten vom 18 Dezember 1925) R. T. Nr. 199/200 1925). (Siehe Auflage Nr. 10 d).

Als Minderheiten gelten im Sinne des Gesetzes das deutsche, russische und schwedische Volk, sowie diejenigen in Estland lebenden Minderheiten, deren Gesamtzahl nicht unter 3000 ist. Nach den Angaben der Volkszählung vom Jahre 1922

[1] Motivenbericht der Allgemeinen Kommission der Staatsversammlung. Abgedruckt in II RP. 7. Session 1925. Anlagen zu den Protokollen, Sp. 213. Deutsch in: Gesetze und Verordnungen betreffend die deutsche Kulturselbstverwaltung, Reval 1926, S. 19.

sind von 1 107 059 [1] Einwohnern Estlands 87,7% Esten, 8,2% Russen, 1,7% Deutsche, 0,7% Schweden und 0,3% Juden. 1,4% machen noch die anderen (hauptsächlich lettische, finnische und polnische) Nationalitäten aus. [2] Bisher wurde die Kulturautonomie in Estland nur von den deutschen und jüdischen Minderheiten verwirklicht. Von den Russen und Schweden wird sie kaum nachgesucht werden, denn sie leben in ziemlich geschlossenen Gebietseinheiten, so dass die örtliche Selbstverwaltung im Sinne des § 22 des GG. sowieso in ihren Händen liegt.

Durch den Regierungsbeschluss vom 4. November 1925 (R. T Nr. 175/176 1925) wurde die deutsche Kulturselbstverwaltung eröffnet. Die oberste Vertretung des in diesem zusammengeschlossenen Deutschtums Estlands ist der Kulturrat, welcher alle drei Jahre von den volljährigen Mitgliedern der Deutschen Kulturselbstverwaltung (d. h. die das 20. Lebensjahr überschritten haben) nach den Grundsätzen des allgemeinen Kreiswahlrechtes gewählt wird. Der deutsche Kulturrat besteht zur Zeit aus 41 Vertretern. Die vom Kulturrat auf drei Jahre gewählte Kulturverwaltung hat 5 Mitglieder. Jedem Mitgliede der Kulturverwaltung untersteht ein Amt. Diese sind : das Schulamt, 2. das Kulturamt, 3. das Amt für Sport und Jugendfragen, 4. das Finanz- und Steueramt und 5. das Katasteramt. Die schwierigste und umfangreichste Aufgabe fiel dem Schulamte zu, nämlich die Übernahme der öffentlichen und privaten Schulen (was am 1. September 1926 erfolgte), die Ausarbeitung eines einheitlichen Schulnetzes, die Aufstellung des Budgets der Privatschulen, die Überwachung der Erfüllung der Schulpflicht aller Kinder, die deutsch unterrichtet werden usw. Die Erhaltung der öffentlichen Schulen der völkischen Minderheiten dagegen blieb weiterhin eine Pflicht des Staates und der örtlichen Selbstverwaltungen.

[1] Am 1. Januar 1928 betrug die Bevölkerung nach Schätzung 1 115 094. Siehe Eesti Statistika — Recueil Mensuel du Bureau Central de Statistique de l'Estonie Nr. 75 (2). 1928, S. 135.

[2] Siehe Pullerits, The Estonian Year-book 1927, Tallinn 1927, p. 13.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.

GLASUL MINORITĂȚILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } VI. DECEMBRIE / DECEMBRE / DEZEMBER 1928. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 12

Prima manifestare a Partidului Maghiar în noul Parlament.

— Declarația d-lui Bethlen la Mesaj. —

D-le președinte, d-lor deputați!

Luând cuvântul în numele Partidului Maghiar la discuția asupra Mesajului, mă refer la voturile obținute de partidul nostru în decursul alegerilor actuale și pe baza aceasta am dreptul să vorbesc în numele maghiarimei întregi din România.

Îmi rezerv mie și partidului nostru ocazia și dreptul de a lua cuvântul la desbaterea parlamentară a diferitelor chestiuni și proiecte de legi.

De astădată, cu privire la decursul accelerat al desbaterilor, mă mărginesc de a declara, că cerem și așteptăm dela legislație și guvern — nu numai în interesul minorității maghiare, ci și în interesul Statului — realizarea grabnică a doleanțelor noastre, cari s'au adunat în decursul celor zece ani trecuți, realizarea hotărîrilor dela Alba-Iulia, cât și a dispozițiilor tratatului din Paris, cu un cuvânt: să ni se asigure drepturile, cari ni se cuvin.

De accea acceptarea răspunsului asupra Mesajului ar reprezinta o declarație de încredere politică. Declar, că nu sunt în stare de a-l primi.

Einiges über den Minderheitenblock.

Von **Dr. Elemér Jakabffy.**

Unmittelbar vor den Weihnachtsfesttagen gelangten zwei bedeutungsvolle minderheitspolitische Äusserungen vor die Öffentlichkeit. Die eine erschien in der No. 290 der „Keleti Ujság" und gab der Meinung des schwäbischen Abgeordneten Franz Kreuter Ausdruck, die andere in der „Kronstädter Zeitung" No. 291 erschienen, machte uns mit den Gedanken des sächsischen Abgeordneten Hans Hedrich über die während den Wahlen befolgte Taktik der deutschen Partei bekannt.

Diese zwei Auffassungen sind einander ganz entgegengesetzt, nur das Ausklingen beider ist gleich, worin sich die Hoffnung äussert, wäre die Wahltaktik richtig oder verfehlt gewesen, so möge darum das zukünftige Zusammenwirken der Minderheiten Rumäniens nicht gehindert werden.

Nachdem die führenden Politiker der deutschen Partei ihre Auffassung der grossen Öffentlichkeit rückhaltlos kundtaten, meine ich, unsere deutschen Minderheitsbrüder würden es auch uns nicht verübeln, wenn wir das Tema ebenfalls vor der Öffentlichkeit mit der selben Aufrichtigkeit behandeln.

Vor Allem seien hier die Feststellungen des Abgeordneten Kreuter erwähnt:

1. Das höchste Ziel der Minderheitenführer müsse stets die Organisation selbständigen nationalen Widerstandes fähiger Gruppen sein. Also erstens Einigkeit, dann erst kann das Zusammenwirken auf verschiedene Weise erwogen werden.

2. Ein Block könne im Augenblick zustandekommen, vorausgesetzt er besitzt gefühlsmässige Vorbedingungen.

3. Das Deutschtum hat durch sein Kartell mit der Regierung den übrigen Minderheiten einen Dienst erwiesen. Es war nicht vorauszusehen, welche Folgen jener Entschluss der Minderheiten gezeitigt hätte, wären sie in ein Kartell gedrängt in den Wahlkampf gezogen. Man konnte nicht voraussehen, ob die Demagogie der Agitationen nicht die Atmosphäre kompliziert hätte, die wir jetzt ohne Voreingenommenheit als eine für unseren Standpunkt im vollsten Masse befriedigende nennen können.

4. Maniu kündete uns das Schaffen eines Minderheitsgesetzes an. Solch ein Gesetz kann aber nur in der allerobjektivsten

Atmosphäre entstehen. Also hat unser Schritt dazu beigetragen, die politischen Leidenschaften abzuleiten und mit unserem Kartell haben wir den Weg zum gegenseitigen Einverständnis geebnet.

5. Das Deutschtum konnte erhobenen Hauptes mit jener Regierung zusammengehen, die auf der Basis der Karlsburger Punkte steht.

Hans Hedrich's Behauptungen sind folgende:

1. Noch zur Zeit des ungarischen Regimes gab es in der sächsischen Politik zweierlei Auffassungen. Die eine hielt es für richtig, wenn die sächsische Nation als Schicksalsminderheit sich der Staatsmacht anlehnend bestrebt ist, ihre Interessen zu wahren. Die andere Auffassung meint, das gemeinsame Vorgehen der Minderheitsnationen sei am besten geeignet, auch die sächsische Nation vor allen Entnationalisierungsbestrebungen zu schützen. Letztere Auffassung teilten zur Zeit des ungarischen Imperiums wenige der sächsischen Politiker. Und dennoch stellten sich heute dieselben, die diese Politik während der ungarischen Ära für richtig hielten, unter den veränderten Verhältnissen, da wir in jeder Hinsicht grösseren Gefahren gegenüberstehen, diese Auffassung fallen lassend, in den Dienst der alleropportunsten Politik, ohne die Nutzbarkeit ihrer Haltung in irdendwelcher Hinsicht zu sichern.

2. Den durch die reinen Wahlen gegebenen geschichtlichen Moment haben wir versäumt anderen Minderheiten des Landes in ihrem Fortkommen auf die Beine zu helfen, wodurch ein einheitlicher Schutzwall für die Zukunft geschaffen worden wäre. Den einheitlichen Minderheitsblock haben wir gesprengt, ohne die geringste Aussicht auf irgendein Plus-Resultat. Denn wir wissen, dass zufolge Maniu's Minderheitenpolitik die Rechte der Minderheiten im vorausbestimmten Masse – ungeachtet der parteipolitischen Haltung der Minderheiten – gesichert werden müssen.

3. Diejenigen, die die deutsche Minderheit jetzt zum Kartell brachten, können diesen Schritt nur mit der ofterwähnten „Atmosphären"-Theorie rechtfertigen. Wir können jedoch feststellen, dass die grosse Masse der siebenbürgischen Rumänen unser Wahlkartell – gelinde gesagt – nicht freundlich begrüsste. Uns betrachtete man als opportunistische Eindringlinge, die die Zufälligkeiten der Regierungspartei bei den Wahlen auch für das rumänische Volk gefährdeten. Die Gegenpartei

benützte dies auch mit der gewohnten Gewissenlosigkeit und setzt ihre Hetzen auch weiter fort.

4. Nicht genug, dass wir bei Bestimmung der Mandatanzahl nicht einmal das Mindestmass unserer berechtigten Forderungen erreicht haben, unter dem Druck der herrschenden Strömung hatte man uns noch entgegen den Bestimmungen des Wahlpaktes die demütigende Stelle des Letzten auf der Wahlliste zugewiesen. In Anbetracht dieser Tatsachen hat unsere Atmosphären-Theorie schon Schiffbruch gelitten, denn das rumänische Volk hätte die selbständige Liste der Minderheiten lieber gesehen und uns hätte diese grössere Ehre und politische Erfolge gesichert.

5. Wir können feststellen, mit dem Wahlkartell diesmal eine derart kurzsichtige Politik befolgt zu haben, welche gottlob in der Geschichte unserer Nation selten vorkommt.

•

Ich eile zu erklären, dass meine Auffassung genau die Hans Hedrich's deckt. Seinen Äusserungen füge ich also keine Worte bei, hingegen muss ich mit Franz Kreuter polemisieren. Seine erste Feststellung betrachte ich bedingungslos als goldene Wahrheit. Doch glaube ich, die deutsche Partei war nie weniger einig als eben jetzt und gerade wegen ihrer Wahltaktik. Hans Hedrich's Auffassung ist nicht alleinstehend und wenn Franz Kreuter sich unter den Schwaben umsieht, kann er dieselben Erfahrungen sammeln, die ich im Banat während der letzten Wochen sammelte.

Was denkt Abgeordneter Kreuter darüber: könnte das Deutschtum des Szörényer Komitates sich einmütig für ein Kartell begeistern, welches das Deutschtum in die Lage versetzte, auf eine Liste stimmen zu müssen, die den Namen keines einzigen Deutschen enthielt? Keines einzigen Deutschen, trotzdem laut Erhebungen der letzten rumänischen Statistik in diesem Komitat mehr als 25.000 Deutsche leben. Wie meint er „die Organisation zu selbstbewusstem nationalen Widerstand" am besten zu betreiben, indem er jeden Einzelnen vor das Dilemma stellt: soll ich der Weisung der Partei folgend auf eine rumänische Liste stimmen, deren Kandidate ich nicht einmal dem Namen nach kenne, oder auf jene Ungarn, die allgemein geachtet sind?

Ich glaube, nicht nur bei uns, sondern auch in Temes-

Torontal hat dieses Dilemma viele Schwaben nolens volens auf die ungarische Liste stimmen lassen. Und ich versichere den Herrn Abgeordneten, uns, die wir die Dinge von höherem Standpunkt betrachten, verschaffte diese Erscheinung keine solche Freude, als es jene schmerzen musste, deren Bestimmung die „Organisation zu selbstbewusstem nationalen Widerstand" ist.

Leider muss ich der zweiten These des Herrn abgeordneten eine sehr ernste, aber in gewissem Sinne betrübende Äusserung beifügen.

Der Herr Abgeordnete behauptet: wäre die gefühlsweise Grundbedingung vorhanden, so könne ein Block im Augenblick entstehen. Es ist nun die Frage, ob die Haltung der Schwaben und eines Bruchteils der Sachsen diese Gefühlsbedingungen fördert, womit binnen Augenblicken ein Block geschaffen werden kann?

Entgegen meiner Gewohnheit werde ich nun der Öffentlichkeit meine eigenen Gefühle dartun – ich werde subjektiv sein: Als im Vorjahr Graf Georg Bethlen unserem Präsidium mitteilte, das Wahlkartell könne mit der deutschen Partei nur in dem Falle zustandekommen, wenn wir ein sicheres ungarisches Mandat den Schwaben in die Hand spielen, hielt ich das Zustandekommen dieses Kartells als Bedingung des Minderheitenblocks für so wichtig, dass ich mich selbst zum Ausspielen dieses unschönen Stichblattes hergab und meine in Arad erreichte Volkstümlichkeit aufopferte, nur um dem höheren Zweck zu dienen.

Die Schwabenführer beabsichtigten, unser Übereinkommen sogleich bekanntzugeben, was, wenn es tatsächlich geschieht, Hans Beller schwerlich das Arader Mandat eingetragen hätte. Auf meine Bitte hin wurde dieses Übereinkommen vor der Wahl verheimlicht, die Schwabenführer aber verlangten von mir ein schriftliches Reversale, mein Wort zu halten und im Falle ich gewählt werde, mein Mandat abzutreten. Selbstverständlich habe ich diese schriftliche Verpflichtung sofort übergeben. Nach den Wahlen wurde vonseiten der Schwaben gleich veröffentlicht, ich habe zugunsten Hans Beller's abgedankt. Zu jener Zeit begegnete ich bei einem Freund dem gegenwärtigen brasilianischen Gesandten Caius Brediceanu, der mir vorwarf, ich verweigerte die Annahme eines Mandates nur darum, weil ich hier das

Prinzip des „Nem, nem, soha!“ vertrete. Als das Parlament sich mit meinem Abdanken befasste, wies Brediceanu samt seinen Genossen dieser Auffassung zufolge die Annahme meines Abdankens zurück; unwillkürlich hatte sich die Mehrheit dieser Stimmungsäusserung angeschlossen, so dass der Präsident enunzierte, mein Abdanken sei nicht angenommen worden. Die Herren Josef Willer und Hans Otto Roth hatten einen schweren Stand, den Beschluss des Hauses abzuändern und dennoch Beller in die Kammer zu bringen.

Hegte die ungarische Partei oder ich nur einen Atom Illoyalität, so hätte ich trotz Reversale Abgeordneter bleiben können. Und während wir uns so verhielten, hetzte der Leiter des schwäbischen Gauamtes in Szatmár, Herr Winter-Hoffen offenkundig gegen Árpád Paál, den Kandidaten der ungarisch-deutschen Liste und trieb seine Anhänger ins Lager der Liberalen. Auch bot er Alles auf, um in Anerkennung seiner Verdienste, die Regierung zu einen schweren Rechtsverstoss zu bewegen: Anghelescu möge in den katholischen Schulen gegen den Willen der Schulenerhalter die Unterrichtssprache bestimmen.

Um die misslichen Szatmárer Zustände im Sinne der universellen Minderheitsidee zu ordnen, reiste ich nach Bukarest, beriet mich mit den berufenen Führern der deutschen Partei und ich glaube, ohne Indiskretion erklären zu können: auch in dieser Frage fand ich viel mehr Verständnis bei Jenen, die jetzt einen Minderheitenblock planten, als bei denen, die zum Kartell mit der Regierung drängten. Der Verdacht liegt mir fern, das Geltendmachen der Atmosphärentheorie sei wieder nur notwendig, um das Minenlegen eines Winter-Hoffen begünstigen zu können. Aber welcher Meinung ist Herr Abgeordneter Kreuter: begünstigt es das Entstehen der Gefühlsbedingungen eines Blockes bei den Szatmárer Volksmassen, wenn dort die sogenannten Schwäbisch-Ungarn wieder in zwei Lager gerissen sind? Und wie [illegible] meine Gefühle nach meinem vorjährigen Benehmen, da ich jetzt erfahren muss, meine Arader Nationalbrüder nicht einem höheren, universellen Gesichtspunkt zuliebe irregeführt zu haben, sondern mein Mandat einer solchen Minderheit abgetreten zu haben, die jene Gesichtspunkte ausser Acht lässt, wenn sie damit wieder um ein Mandat mehr erreichen kann. Wer meine Lage überprüft, wird es

verzeihlich finden, dass ich so unangenehme Saiten klingen lasse.

Den dritten Punkt von Abgeordneten Kreuters Deklaration finde ich am befremdendsten. Die Behauptung, das Deutschtum hätte den übrigen Minderheiten einen Dienst erwiesen, als sie sich mit der Regierung zusammentrat, ist doch ein bischen gewagt. Ich vermute, der Herr Abgeordnete glaubt selbst nicht, Julius Maniu hätte Wahlen mit Urnendiebstahl und Bajonetten arrangiert, wenn wir was immer für einen Block gestellt hätten. Julius Maniu brauchte die reinen Wahlen viel notwendiger als z. B. wir. Wir bleiben vor den Augen Europas dieselben politischen Faktoren, die wir sind auch bei Wahlen mit Bajonett und Urnendiebstahl. Julius Maniu jedoch hätte sich lächerlich und unmöglich gemacht. Hätte Abgeordneter Kreuter behauptet, mit dem Entschluss des Deutschtums sei der ungarischen Minderheit ein Dienst erwiesen worden, könnte man dies von einem engeren Standpunkt aus als richtig annehmen. Doch dass den Ukrainern oder Bulgaren, also den Minderheiten damit gedient worden sei, das denke ich, glaubt keiner.

Wer die politische Struktur Rumäniens einigermassen kennt, wird wissen, dass in diesem tatsächlich polyglotten Staat so ansehnliche ukrainische und bulgarische Minderheiten leben, die zwar die Tirannei jeder Kulturfreiheit berauben kann, aber von unglaublich starkem nationalen Bewusstsein beseelt sind. Mit den Vertretern dieser Minderheiten trafen wir vergangenen Sommer in Genf zusammen. Sie haben gebeten, gefleht, wir sollten das gemeinsame Vorgehen sämtlicher Minderheiten Rumäniens ermöglichen, weil sie nur so eine bessere Zukunft erhoffen können. Als sie diesbezüglich bei Abgeordneten Brandsch sowie bei mir Entgegenkommen fanden, baten sie, unsere Vereinbarung niederzuschreiben, sie an der Plenarsitzung des Genfer Kongresses anzumelden, um auch hiemit den Ernst unseres Wollens zu bekräftigen.

Diese Schrift liegt vor mir; ich besehe mir die Unterschrift von Rudolf Brandsch neben der Feodor Toşef's, des bulgarischen Advokaten. Und den Text nochmals durchlesend, verstehe ich nur zu gut die jüngst von Bukarest kommende Nachricht, der bulgarische Vertreter habe erbittert über das vor den Wahlen beobachtete Betragen Brandsch' ihm ironisch zugerufen: „Auf Wiedersehen in Genf!"

Inwiefern die deutschen Nationalführer ihren gutgesinnten bulgarischen oder ukrainischen Kollegen durch ihren Entschluss geholfen haben, das zu verstehen gelingt mir nicht und ich glaube ihnen selbst ebensowenig.

Um wieviel mehr politischen Sinn bezeugt das Bekenntnis Hans Hedrich's: Wir haben eine durch die reinen Wahlen gegebene historische Gelegenheit verpasst, auch anderen Minderheiten des Landes — es ist in fortschreitender Entwicklung auf dieser Bahn von Millionen die Rede — auf die Füsse zu stellen, um dadurch eine einheitliche, mächtige, auf die Dauer allein wirksame Abwehrfront gegen uns gerichteter Unterdrückungsbestrebungen zu bilden.

Nichts leichter, als die Behauptung des Abgeordneten Kreuter zu widerlegen, man könne jetzt ohne Voreingenommenheit feststellen, die geschaffene Atmosphäre sei hinsichtlich der Minderheiten in vollstem Masse befriedigend. Bezieht sich diese Behauptung nur auf die Schwaben, so mag sie wieder richtig sein. Doch nicht nur dem Artikel Hans Hedrich's, auch den Worten vieler ebenso schwerwiegender Faktoren ist unzweifelhaft zu entnehmen, die sächsischen führenden Politiker finden die Atmosphäre nicht im vollsten Masse befriedigend. Und was sollen wir Ungarn sagen? Wir sahen vonseiten der Kandidaten, ja sogar aktiver Minister, die ärgste Demagogie. Und als die Reihe an die Bekleidung der parlamentarischen Ämter kam, verrieten die Äusserungen des Innenministers wieder alles eher, als befriedigende Atmosphäre.

Wäre nun die vierte Deklaration des Abgeordneten Kreuter, Minderheitsgesetze könnten nur in der objektivsten Atmosphäre zustandekommen, richtig, so müssten wir schon im vorhinein verzweifeln und alle Hoffnung auf das Zustandekommen eines Minderheitengesetzes verlieren. Denn, nicht wahr umsonst wurde die Atmosphäre mit den Schwaben und einem Teil der Sachsen in vollstem Masse befriedigend, dies kann beim Verfassen eines [illegible] nicht in Betracht kommen, wenn den anderen Minderheiten gegenüber die Atmosphäre eine so ganz andere ist.

Dass das Deutschtum diesen Pakt mit der Regierungspartei erhobenen Hauptes schliessen konnte, diesbezüglich vermag ich keine Meinung zu äussern, da dies eine allzu interne Sache ist.

Wenn aber das Deutschtum nur darum den Pakt mit der

nationalen Bauernpartei erhobenen Hauptes schloss, weil diese auf der Basis der Karlsburger Resolutionen fusst, so fürchte ich, wird sich dieses erhobene Haupt nur allzubald niederbeugen, wenn es gewahr wird, welch ungeheurer Unterschied zwischen *halten* und *erfüllen* besteht.

Gelegentlich meiner Reise im Wahlbezirk Háromszék, war ich in einer kleinen Stadt Zeuge einer ergreifenden Szene. Der dortige röm. katholische Priester hatte sich bei den vorjährigen Wahlen als Gegner der Ungarischen Partei, zur liberalen Partei bekannt. Er tat dies um seine Schule zu retten und legte jetzt vor der grossen Öffentlichkeit sein „mea culpa" ab. Ohne Beschönigung gestand er einzusehen, man müsse den höheren Gesichtspunkten die geringeren opfern, so nahe diese unserem Herzen liegen. Ich glaube, wenn Abgeordneter Kreuter und seine Genossen, die ihren Schritt mit der Regierungspartei zusammengehen zu wollen, vor aller Welt verantworten müssen, dasselbe vor diesen ihren Nationsgenossen täten, die die Mentalität eines Hans Hedrich vertreten, so leisteten sie ihrer Nationseinheit einen grossen Dienst und milderten auch unsere Erbitterung. Sie erwiesen dadurch auch jenen Faktoren, die universelle Standpunkte kleinen lokalen Interessen stets überzuordnen pflegen, einen grossen Dienst.

Die Tschecho-Slowakei und das Minderheitenproblem.

— Zur zehnten Jahreswende der Fünfvölkerrepublik. —

Von **Dr. G. A. Késmárki.**

(Schluss.)

IV.

„Was wir heute Rechtswissenschaft nennen, ist Scholastik der Rechtsbegriffe". Dieses Wort Spenglers[1] trifft ganz besonders für die Tschecho-Slowakei zu. Will Prof. *Weyr* die Unvereinbarkeit des Souveränitätsbegriffs mit völkerrechtlich geschütztem Minderheitenrecht darlegen, so ist ein zweiter hervorragender tschechischer Rechtslehrer, *A. Hobza* bemüht, den „juristischen"

[1] Untergang des Abendlandes II. S. 95.

Begriff der Minderheit aus der Welt zu schaffen. Und dies mit Hilfe einer verfänglich streng-logischen Beweisführung über den „Gleichheitssatz", ein Gedankenbau, der an die Glanzzeit der Scholastik erinnert.

Die erste Hauptthese des Prof. Hobza über den Gleichheitssatz lautet wie folgt: „Toute protection des minorités tend à atténuer les différences existant au point de vue juridique entre la majorité et la minorité, en d'autres termes elle tend au rapprochement de la situation juridique de la minorité et de celle de la majorité. La situation juridique de la majorité représente le maximum possible des droits de la minorité; ce maximum étant atteint à touts points de vue, c'est-à-dire tous les habitants et toutes les collectivités ayant des droits égaux, la minorité disparait juridiquement parce qu'il y a une égalité de droits qui exclût la possibilité d'un régime juridique minoritaire".[1] Der Paraphrase des Höchstmasses an Minderheitsrechten durch völlige *Gleichstellung* der Minderheit mit der Mehrheit darf man wohl beistimmen. Was mir aber bedenklich erscheint, ist das angebliche „Verschwinden" des juristischen Begriffs der Minderheit, sein Aufgehen in dem der Mehrheit. Die Gefahr liegt nahe, dass bei diesem rechtstheoretischen Manöver nicht der juristische Begriff der Minderheit, sondern diese *selbst* als soziologische Erscheinung auch mit Hilfe juristischer Formeln verschleiert wird.

Zum richtigen Verständnis dieser Gefahr muss man im Auge behalten, dass den Begriffen „Mehrheit" und „Minderheit" als wesentliches, ausschlaggebendes Merkmal der Begriff der *Verschiedenheit*, zumal in *subjektivem* Sinne, zugrunde liegt. Bevölkerungsteile, die *verschiedenen* Religionen angehören oder verschiedensprachig sind, geniessen nur dann eine „gleiche" Behandlung, wenn ihnen die Gleichheit eine Handhabe zur Wahrung ihrer Verschiedenartigkeit bietet. Hieraus folgt, dass der juristische Begriff der Minderheit als Bezeichnung des Verhältnisses zur Mehrheit auch durch beide Teile verdeutlicht werden muss, wenn die Gleichstellung der beiden Bevölkerungsteile juristisch durchgeführt ist. Diese Gleichstellung enthält nämlich als *wesentliches* Begriffsmerkmal: die Verschiedenheit der zwei Gruppen, sowie das Recht der Minderheit, ihre Eigenart mit

[1] A. Hobza: Questions concernant les Religions Paris. 1925. (Rec. des Cours, Acad. de Droit Int. 1924/IV. p. 395.

den formalrechtlich gleichen Mitteln zu wahren wie die Mehrheit. Es handelt sich hier – wie *Mandelstam* treffend hervorhebt – nicht um Identität, vielmehr um Analogie der Mehrheits- und Minderheitsrechte.[1]

Für denselben Gedanken hat *Bruns* die folgende Formel geprägt: „Der Gleichheitssatz richtet an den Gesetzgeber den Befehl, nur gerechtes Recht zu setzen. Er verbietet nicht Differenzierungen überhaupt, sondern ungerechte Differenzierungen. Die ganze Technik des Rechts wirkt sich darin aus, an verschiedene Tatbestände verschiedene Rechtsfolgen zu knüpfen".[2] In unserer Gedankenreihe dürfen wir wohl die grundsätzliche Feststellung des *Dr. Bruns* dahin auslegen, dass der Gleichheitssatz die Differenzierung geradezu zwangläufig erfordert, wenn man diesem Satz eben nur durch solche Differenzierung restlos zu genügen vermag.

Diese Erwägungen vorausschickend wollen wir nun das weitere Glied in der Gedankenkette *Hobzas* auf seine Richtigkeit prüfen: „Supposons un Etat qui a introduit le système des écoles publiques, en interdisant la création d'écoles privées confessionnelles. Une minorité confessionnelle ne pourrait pas réclamer la liberté de créer ses propres écoles confessionnelles sur la base de la protection des minorités garantie par le droit international, qui a reconnu aux minorités comme nous le lisons dans les traités de 1919–20 „le droit égal" à créer, diriger et contrôler à leurs frais des institutions charitables, des écoles, etc. Donc, si la majorité n'a pas le droit de créer des écoles privées confessionnelles, la minorité ne pourra non plus invoquer ce droit".[3] Hobza stellt hier dieselbe Behauptung in allgemein grundsätzlicher Fassung auf, die vomVerfassungsausschuss der Prager Nationalversammlung, anknüpfend an § 120 der Verfassungsurkunde in nachstehende Bemerkung verdichtet wurde: „Der erste Absatz des § 120 lautete: „Jeder

[1] Dans un certain nombre de cas, l'égalité accordée aux membres des minorités se manifeste non par l'octroi des droits identique à ceux de la majorité, mais par la concession de droits analogues — tel le droit de professer une religion ou celui de se servir d'une langue, distincte de celle de la majorité. — Mandelstam: Protection des minorités. Paris, 1925. (Recouil des Cours Ac. d. Droit Int. 1923) p. 418.

[2] Carl Georg Bruns: Minderheitenrecht als Völkerrecht. Zeitschrift für Völkerrecht 1928. Erg. Heft 2. S. 21.

[3] A Hobza: a. a. O. S. 396.

Bürger der tschechoslowakischen Republik hat innerhalb der Grenzen der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften das Recht, Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu errichten und in ihnen Unterricht zu erteilen". Hiedurch wäre allerdings die Errichtung von Privat- insbesondere Konfessionsschulen verfassungsgemäss gewährleistet gewesen. Nach der jetzigen Fassung ist dies nicht so. Der Staat hat unbedingte Freiheit, das Schulwesen so einzurichten, wie er es für zweckmässig erachtet".[1] Dies bedeutet, dass nach der tschecho-slowakischen Verfassung der Staat verfassungsgemäss vorgeht, wenn er die Konfessionsschulen völlig abschafft.

Bei den auch auf ersten Blick als Minderheiten erkennbaren Protestanten in der Tschecho-Slowakei liegt die Sache verhältnismässig einfach. Verwickelter, – aber vielleicht gerade darum aufschlussreicher ist der Fall der Katholiken. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gehört der römisch-katholischen Kirche an.[2] Völkisch spaltet sich aber die katholische Kirche in mehrere Gruppen: Tschechen, Slowaken, Deutsche und Magyaren. Rund $^4/_5$ der Slowaken, ein beträchtlicher Teil der Deutschen und mehr als die Hälfte der Magyaren in der Slowakei ist katholisch. Die Frage der Konfessionsschule interessiert sie nicht nur als kirchliche, sondern in gleichem Masse auch als völkisch-kulturelle Frage. Was namentlich das Verhältnis zwischen katholischen Tschechen und Slowaken betrifft, sind letztere zweifellos eine „doppelte" Minderheit, oder ganz genau gesprochen: ein Teil einer *kirchlichen* Mehrheit, der einer *sprachlichen* Minderheit angehört und in dieser seiner letzteren Eigenschaft durch seine kulturellen Einrichtungen namentlich auch

[1] Epstein: Verfassungsgesetze S. 201. f. Der in Rechtskraft erwachsene Text § 120, Abs. I. der V. U. lautet, wie folgt „Private Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu errichten, ist bloss innerhalb der Grenzen der Gesetze gestattet".

[2] Hiebei bemerkenswert die Bemerkung Hobzas: En Tchécoslovaquie, c'est la religion catholique qui est la plus répandue et qui groupe un grand nombre d'autres confessions organisées librement et égales devant le droit; de plus, il y a environ 800.000 personnes sans confession. Mais la seule statistique ne suffit pas pour expliquer la situation des confessions dans ce pays. Il est vrai que la majorité de la population Catholique au particulier des intellectuels, n'a plus de conviction religieuse et ne partage pas les opinions et les prétentions politiques de l'Église catholique. Vgl. auch Massaryk: a. a. O. S. 537.

durch die Schulen der Tschechisierung wie auch dem Umsichgreifen der von der tschechischen Intelligenz hochgezüchteten Gleichgültigkeit auf religiösem Gebiet vorbeugen will. Die Abschaffung der Konfessionsschule ist daher für die katholischen Slowaken in religiöser wie in völkischer Hinsicht eine Gefahr, die abzuwenden auch mit den völkerrechtlichen Schutzklauseln der Minderheitsverträge anzustreben wäre.

Professor *Hobza* wird sich, als Vollbluttscheche gewiss dagegen verwahren, dass ich die Slowaken schon im ersten Abschnitt dieser kleinen Skizze „nationalpolitisch" als Minderheit bezeichne. Ich erlaube mir, als *juristischen* Beleg dieser Feststellung Art. 9, 1 Abs. des Minderheitsschutzvertrages anzurufen, wo ausdrücklich „Tschechen" (sic) „Nicht-Tschechen" gegenübergestellt werden, ebenso die «*tschechische*» (sic!) Sprache den übrigen, also auch der – slowakischen. Hier vermag wieder nur der famose Souveränitätsbegriff auszuhelfen! – Diesen für seine These über die Abschaffungsmöglichkeit der Konfessionsschulen heranzuziehen, hat *Hobza* auch nicht verabsäumt. „La minorité, elle aussi, est subordonnée à la souveraineté de l'État; elle doit respecter l'ordre juridique de l'État et ne peut faire valoir ses droits que sur la base de cet ordre juridique . . . Il faut soutenir le principe de la souveraineté des États, tout en la limitant selon les exigences de la vie internationale par des normes juridiques communes. Mais une limitation de la souveraineté de certains États, pour des raisons spéciales, ne devrait pas être admise sans la nécessité la plus urgente".

Diese „äusserst dringende Notwendigkeit" ist allerdings ein äusserst dehnbarer Begriff mit einem recht geringen minderheitsrechtlichen Sicherheitskoeffizienten.

Ich würde daher die nähere Untersuchung dessen anempfehlen, welche politische und theoretische Bedeutung dem Ausdruck „lois fondamentales", Minderheitsvertrag Art. 1., beizumessen ist. Der Clemenceaubrief an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski enthält in diesem Zusammenhange folgende – meiner Ansicht bis jetzt noch nicht vollausgewertete – Stelle: „De là vient donc pour ces puissances l'obligation, à laquelle elles ne sauraient se soustraire, d'assurer dans la forme la plus durable et la plus solennelle les garanties de certains droits essentiels qui donneront aux habitants une protection né-

cessaire, *qui soient les changements qui puissent se produire dans la constitution intérieure de l'État polonais*».[1]

Der Politiker bezeichnet also die als „lois fondamentales" erklärten Minderheitsschutzklauseln als unabhängig von den Änderungen in der Verfassung. Diese politische „Unabhängigkeit" bedeutet juristisch die Ausnahme dieser Klauseln von den Möglichkeiten der *einseitigen* Abänderung in der Verfassung. Dies klar und unzweideutig ausgesprochen zu haben, ist das Verdienst des russischen Völkerrechtslehrers *Mandelstam*. „Declarées *lois fondamentales* des Etats, les stipulations sur les minorités ont un trait qui les distingue de toutes les autres lois fondamentales de ces États car ces lois constitutionnelles non seulement ne sont pas *souples* dans ce sens qu'elles ne peuvent être abolies ou modifiés par la voie legislative ordinaire, comme c'est le cas en Angleterre. Elles ne sauraient même être abrogées ou remaniés par les voies législatives spéciales, préscrites pour la revision des constitutions dites *rigides*, dans les pays comme la France ou les États-Unis. Les lois fondamentales créées par les traités ou par les déclarations faites devant la Société des Nations sont *plus que rigides*. Elles sont *intangibles* pour les législations intérieures et, en général, pour tous les pouvoirs nationaux. Ce sont des constitutions internationales".[2]

Franz *Adler*[3] bemerkt von demselben Standpunkte aus richtig, dass selbst „die Aufnahme der betreffenden Bestimmungen (2–8) des Vertrages in die Verfassung auch ohne jede Änderung des Wortlautes . . . genau genommen keine restlose Erfüllung der in Art. 1. übernommenen Verpflichtungen wäre, denn der Vertrag verlangt, dass die Minderheitsschutzbestimmungen *allen* Gesetzen also auch den Verfassungsgesetzen vorgehen sollen".

Für die ausgesprochenen Anhänger des Primats des Völkerrechtes[4] ist diese These ohne weiteres selbstverständlich. Aber auch für diejenigen, die den staatsrechtlichen Souveränitäts-

[1] Krause: Das Recht der Minderheiten Berlin 1927. S. 46.

[2] Mandelstam: Protection des Minorités Paris 1925. p. 448.

[3] Fr. *Adler:* Die Grundgedanken der tschechoslowakischen Verfassungsurkunde. Berlin 1927. S. 35.

[4] Vgl. die zusammenfassende kritische Übersicht der neuesten Theorien (namentlich über die Lehre der „Wahlmöglichkeit" [Kelsen) und die Auffassung von Verdross) bei: *Kunz:* Zur Hypothesis vom Primat des Völkerrechts. Revue de Droit International d. Sc. D. et P. 1927. S. 1—15.

begriff nicht fallen lassen, ist sie annehmbar, wenn nicht anders so mittels der Formel der „Selbstverpflichtung" des Staates, ein Begriff, in welchen sich die Zweiseitigkeit der Auflösung eines völkerrechtlichen Vertrages leicht einfügen lässt. Auf diesen *zweiseitigen* Charakter zwischenstaatlicher Vereinbarungen weist Iwan *Zolger* hin, indem er feststellt dass der jugoslawische Staat, die „für das Königreich (SHS.) verbindlichen Völkerrechtsnormen ... weder durch einfaches noch durch Verfassungsgesetz *einseitig* abändern, aufheben oder beseitigen kann." Als Beispiel führt *Zolger* gerade Art. 1 des Minderheitsschutzvertrags an.[1]

Es ist vielleicht nicht ganz ohne Interesse zu wissen, dass Prof. Iwan *Zolger*, an der Seite des ehemaligen Ministerpräsidenten *Pasics*, der zweite Beauftragte des Königreichs SHS. bei der Unterzeichnung des Minderheitsschutzvertrags war. Im Königreich SHS. gibt es wenigstens Theoretiker, welche die unanfechtbare Rechtskraft der Minderheitsschutzverträge anerkennen. Womit ich durchaus nicht behaupten will, dass sich grossserbische Politiker nicht auch zur starren Souveränitätstheorie und zum mechanischen Gleichheitssatz der tschechischen Rechtslehrer wie *Weyr* und *Hobza* es sind, bekennen. Die gleichen „Bildungschancen" von Mehrheit und „Minderheiten" vermissen wir hier wie dort. Wo aber die gleichen Bildungsmöglichkeiten die der völkischen Eigenart der Minderheiten Rechnung tragen, nicht verbürgt sind, dort ist der Gleichheitssatz im wahren minderheitsrechtlichen Sinne nicht verwirklicht.[2]

V.

Und nun noch einige zusammenfassende und ergänzende Schlussbetrachtungen.

Hervorragende tschechische Rechtslehrer vom wissenschaftlichen Range eines F. *Weyr* und A. *Hobza* stellen ihr reiches theoretisches Rüstzeug in den Dienst des tschechischen Nationalstaatsgedankens, mit anderen Worten: sie vertreten den Standpunkt der rechtlichen Verneinung einer Tatsache, die mich veranlasst hat die Tschecho-Slowakei als Fünfvölkerrepublik zu bezeichnen. Professor *Weyr* bekämpft diese Tatsache mit an-

[1] Zolger, Iwan: Die Verfassung Jugoslawiens. Jahrbuch d. öffentl. Rechts Bd. XI. S. 129.

[2] Vgl. C. G. Bruns. a. a. O. 37.

erkennenswert folgerichtiger Offenheit. Auf seinem wissenschaftlichen Schilde prangt der eines absolutistischen Nationalstaates würdige Begriff der Souveränität, die mit völkerrechtlich vereinbartem Minderheitenschutz nichts gemein haben will.

Professor *Hobza* ist nicht nur Gelehrter, er ist auch Diplomat, daher die Widersprüche, die sich in seinen feingeschliffenen dialektischen Gedankenbau einschleichen. Er spricht vom Verschwinden des juristischen Begriffs der Minderheit, bemerkt aber, man müsse von der Minorität in juristischem Sinne (1.) die Minderheiten im politischen (2.) und im statistischen Sinne (3.) unterscheiden. Er hält es für logisch, dass die Minderheit im juristischen Sinne verschwinden kann, dass sie aber dessen ungeachtet im politischen oder statistischen Sinne weiter besteht.[1]

Uns aber will scheinen, dass gerade aus dem Weiterbestehen einer Minorität im politischen Sinne auch nach ihrer Abschaffung mit mechanischen rechtstechnischen Mitteln am besten hervorgeht, dass die zur Anwendung gebrachten juristischen Künste nicht geeignet waren, die Minderheiten mit der Mehrheit *tatsächlich* auf gleichen Fuss zu stellen, vielmehr dem politischen Widerstand der juristisch „verschwundenen" Minderheit neue Nahrung zugeführt haben.

Der mechanische Gleichheitssatz, dem als gleich gilt, was – als lebendige Wirklichkeit – ungleich ist, der also für die Lösung des Minderheitenproblems wenig taugt, hat auch in die „definitive" Verfassung der Tschecho-Slowakei (29. Feber 1920) Eingang gefunden. Nebst dem in „die Grenzen der allgemeinen Gesetze" verkleideten starren Souveränitätsbegriff steht

[1] „. . . il faut distinguer: 1° la minorité dans le sens politique; 2° la minorité dans le sens statistique; 3° la minorité dans le sens juridique, qui seule nous occupe ici: cette distinction s'impose dans l'intérêt d'une plus grande précision. Une minorité dans le sens juridique suppose un double régime juridique majoritaire et minoritaire. Dans le cas où le double régime est remplacé par un régime unitaire, sur la base d'égalité parfaite dans toutes les questions, la minorité disparait juridiquement, bien qu'elle puisse subsister éventuellement comme minorité statistique ou politique; cela semble logique. — Ces points précisés voici ce qu'il faut en déduire comme règles générales: Aucune minorité ne doit avoir plus de droits que la majorité. — Aucune minorité ne peut réclamer des droits qui n'appartiennent même pas à la majorité. L'État n'est pas obligé de donner à la minorité des droits qu'il n'a pas donnés à la majorité". Hobza: a. a. O. S. 395—396.

vor allem dieser Gleichheitssatz dem Zusammenwirken der Minderheiten mit der Mehrheit im neuen Staatsgebilde im Wege. Die definitive Verfassung der Fünfvölkerrepublik wurde von der Prager Nationalversammlung in einem Zeitpunkt geschaffen, als schwerwiegende aussenpolitische und völkerrechtliche Probleme, aber auch staatsrechtlich grundlegende Fragen des Staatsgebiets noch nicht bereinigt waren. Der tschechische Rechtsgelehrte *Hoetzel* versucht diese Tatsache, wie folgt zu beschönigen: „L'Assemblée Nationale de la République tchécoslovaque, issue de la révolution, a voté la constitution *définitive* du pays (lois du 29 février 1920). La constitution *n'a pu être élaborée avec l'aide parlementaire de nos ressortissants allemands et magyars*, les frontières de la République tchécoslovaque *n'étant* même *pas encore définitivement fixées dans toutes leurs parties.*»[1] Es wurde also im Jahre 1920 etwas «*endgültiges*» geschaffen, als in der Tschecho-Slowakei noch vieles nicht endgültig war!

Aber auch die zehnte Jahreswende der Fünfvölkerrepublik findet dort vieles vor, was unfertig is, woran zu ändern wäre, vor allem im Interesse des «*naturgegebenen*» Zusammenwirkens der fünf Völker. Von einem *solchen* Zusammenwirken im Sinne eines tschechischen Nationalstaates kann allerdings niemals die Rede sein, nur von naturgegebenen *Gegensätzen*. Diese zu mildern, ein leidliches Zusammenwirken fünf verschiedener Völker herbeizuführen, vermag der *tschechische Nationalstaatsgedanke* auf keinem Fall! Wohl aber den Zerfall der – Tschecho-Slowakei!

[1] Hoetzel: La constitution de la République Tschécoslovaque 1920. p. 5. Aufrichtiger, doch voll von Widersprüchen *Weyr*: Der Tschechoslowakische Staat. Jahrb. des Öffentl. Rechts. Bd. XI. S. 352 f. Beachtenswert der Satz, dass „die erste, revolutionäre Nationalversammlung ausschliesslich von *tschechischen* (sic!) politischen Parteien beschickt war." (ebendort.) Über den *Oktroy*-Charakter der Verfassung vgl. Rauchberg: Bürgerkunde (1925.) S. 63 f. und Fr. *Adler* a. a. O. S. 10 f.

Viața și organizația bisericii și școlii românești din Transilvania și Ungaria sub dominația ungară.

— Date culese din sursele românești. —

(Urmare III.)

11. *Învățământul secundar.* (Pag. 134–136).

Învățământul secundar (de fapt se zice „școli medii") are în Ungaria o vechime de peste 300 ani. Și acest ram al învățământului a fost cultivat, la început, timp îndelungat de diferitele biserici.

Legea 1883. XXXI. stabilește un plan de învățământ unitar; impune predarea limbei maghiare în toate liceele confesionale și predarea istoriei literaturei maghiare în clasa VII–VIII. în limba maghiară; introduce în acestea inspecția prin organele statului și calificarea tuturor profesorilor din partea statului și pune în vederea susținătorilor de școale ajutorul statului, cu anumite condiții.

Conform acestei legi școlile secundare se aduc în trei feluri de raporturi față de Stat, așa că avem trei feluri de școli:

1. Școli secundare la dispoziția statului. Acestea sunt: a) școlile înființate și susținute de Stat și b) școli înființate de confesiunea romano-catolică și susțiute de fondul de studii ungar. „Fondul de studii" a fost înființat la 1773, prin confiscarea averii iesuiților. La 1895 acest fond la care s'au adăugat și alte donații, era de 40 de milioane coroane.

2. Școli sub conducerea Statului. Acestea sunt: școlile comunale, particulare, fundaționale, romano-calolice (afară de cele susținute de „Fondul de Studii ungar" și de Statul catolic ardelean) și greco-catolice.

Aceste școli se deosebesc de cele de sub No. 1 prin faptul că susținătorii de școală dispun însuși de dreptul de a numi pe profesori, de a ridica localuri de școală etc., cu rezerva aprobării ministeriale. Disciplinarea profesorilor dela liceele confesionale o au consistoriile, în celelalte ministerul.

3. Şcolile autonome, ale Românilor gr. orientali, ale Saşilor, ale Statului catolic ardelean şi ale reformaţilor. Cu toată autonomia lor, Statul are şi în aceste şcoli dreptul de control asupra întregei activităţi pe care ele o desfăşură.

a) *Gimnaziile (liceele).* (Pag. 136–148).

În ce priveşte limba de predare în liceele româneşti – Beiuş, Blaj, conf. gr. cat.; Braşov gr. or., Năsăud, fundaţional şi Brad (gimnaziu gr. or.) – limba de predare e cea românească. Excepţie formează liceul din Beiuş, unde în cursul superior, limba de predare e cea ungurească pentru toate materiile, afară de religie şi l. română. Şi în cursul inferior se propune ungureşte istoria şi geografia. Şi la Năsăud se propun în limba maghiară studiile suplinitoare de limba greacă.

În liceele de stat limba de propunere e cea ungurească, în multe din liceele din teritoriul locuit de Români se predă în mod facultativ şi limba română.

Religia se predă românește, prin cateheţi numiţi de consistorii. În liceele de stat ei capată remuneraţie de 140 cor. pe oră, dacă sunt în posturi sistematizate, altfel 100 cor.

În ceeace priveşte instituirea profesorilor, la gimnaziile din Braşov şi Brad îi alege reprezentanţa (eforia) şcoalelor şi-i întăreşte consistorul; la liceele gr. cat. îi aleg consistoriile, iar la Năsăud îi numeşte ministrul, la recomandarea comitetului fondului grăniţăresc, care susţine liceul. În celelalte şcoli confesionale pe profesori îi aleg consistoriile, iar pe cei dela liceele de stat îi numeşte ministrul.

La toate liceele româneşti dă şi Statul întregire de salar. Aşa d. e. pentru profesorii din Braşov, Statul dă 20.000 cor., pentru cei din Blaj 16.090 cor.

(Pentru liceele româneşti dela Beiuş, Blaj, Braşov, Brad, Năsăud – 426.860 cor. (Vezi pag. 80).

Profesorii dela liceele româneşti sunt înscrişi în fondul de penzii al Statului. Anii de serviciu 30.

Profesorii dela liceele ungureşti din ţară au o reuniune a lor, care ţine congrese anuale. Au şi reviste de specialitate etc. Profesorii români n'au o reuniune a lor. În timpul din urmă ei s'au grupat în cadrul „Secţiei şcolare a Asociaţiei pentru literatura română şi cultura poporului român" din Sibiiu.

Pentru funcţionarea normală a şcoalelor secundare, Ungaria e împărţită în 12 circumscripţii şcolare, în fruntea cărora stă un prodirector, sau director suprem, numit cu decret regal, în mod definitiv.

Pentru ca sfera de competenţă a prodirectorilor să se poată vedea mai bine, reproducem aici, din Anuarul gimnaziului gr. cat. din Beiuş pe anul 1913–14, următoarele acte şi hotărîri ale prodirectorului, privitoare la acest liceu:

8 Iulie. Nr. 1671. A luat la cunoştinţă protocolul conferinţei profesorale de închidere, cu observarea că acum nu sunt aşa mulţi în secunde, ca între an.

14 Iulie. Nr. 1788. Retrimite matricola maturităţii 1912–1913, aflată în ordine.

6 August. Nr. 2016. Crainic Stefan a primit concediu să coreagă din limba maghiară de pe cl. VI. încă în 15–20 Aug., ca să poată fi primit la finea lui August la apotecă, căci din 1 Sept. 1913, se vor recere 8 clase gimnaziale. (125.421–1913).

11 August. Nr. 2072. Alexiu Olar poate pune examen corector de maturitate din limba română în gimn. rom. cat. de Nagyvárad (124.899–1913).

15 Sept. Nr. 2404. Pentru biletele de tren de acum înainte se poate recurge din 1 Oct.–31 Dec.

5. Oct. Nr. 2818. Dolga Floria poate pune examen de emendare din cl. VII. Adecă tinărul, care a pus examen privat sau supletor în August şi a obţinut din unul, sau două studii nesuficient, numai Înaltul Minister poate să conceadă coregerea. (150.277–1913).

23 Dec. Nr. 3600. Vizitatorul ministerial pentru limba maghiară la gimnaziul de Beiuş pe anul şcolar curent 1913/1914 va fi Magn. domn Dr. Négyesy László, profesor universitar în Budapest. A şi fost foarte mulţumit (4990–1913).

24 Ian. 1914. Nr. 178. Să se deie opiniune până la 15 Febr. a. c. referitor la manuale pentru studenţii români în gimnazii de stat. S'a dat, că şi în gimnaziul nostru ar trebui ca manualele de l. maghiară să fie mai simple, mai scurte, mai concise şi în stil mai uşor.

27 Ian. Nr. 195. În. Minister a luat la cunoştinţă, că ds. Irina Ciortea, crescătoare în internatul nostru rom. de fetiţe, a propus dansul în gimnaziu pe lângă taxă moderată de 5 cor.

în 6 săptămâni elevilor din clasele superioare, cari s'au anunțat voluntar. (198.920 – 1913).

30 Ian. Nr. 217. Elevele privatiste în gimnaziu nu pot cerceta orele de prelegere – numai la studii demonstrative, dacă ar primi concesiune ministerială (185.344 – 1913).

La liceul gr. or. din Brașov: Se admite ca și elevele, cari studiază în particular, să cerceteze prelegerile împreună cu elevii. (Vezi pag. 185).

28 Febr. Nr. 513. Se trimite vizitator ministerial pentru gimnastică d-l Ujhelyi Sándor, inspector general de gimnastică. A și fost și a aflat toate în ordine (28.683 – 2914).

10 Martie. Nr. 622. Ioan Bele, cu 4 clase gimn. și cu diplomă de învățător, poate pune examen privat de pe cl. VIII. diferențial dln cl. I – VII.

11 April. Nr. 931. La examenul de maturitate pe acest an școlastic 1913 – 14 este trimis de prezident Il. Sa d-l Dr. Iosif Siegescu, consilier aulic reg., deputat dietal și profesor univ. (44.404 – 1914 minist.)

*

Literatura didactică pentru cursul secundar în general e destul de slabă și anume din două cauze: multe cărți sunt traduse din ungurește în mod servil, iar câte sunt originale, trecându-se foarte anevoie din cauza numărului mic de licee românești, se învechesc în câțiva ani.

În toate școlile secundare din Ungaria se obișnuește a se ține la finea anului examene, iar la sfârșitul cursului liceal, examenul de maturitate (bacalaureatul), acesta din urmă în prezența unui delegat al ministrului.

În liceele de stat programa de învățământ e aproape identică cu cea din școlile confesionale, cu deosebirea, că în cele dintâi nu figurează și limba română, decât ca obiect facultativ în unele din ele.

Materiile de învățământ în liceele românești și ungurești, sunt astfel împărțite:

Obiectele	Liceul gr. cat. român din Blaj clasa I—VIII suma totală a orelor predate	În școlile secundare ungurești clasa I—VIII suma totală a orelor predate
Religia	16	16
Limba română	26	obiect facultativ
„ maghiară	27	30
„ latină	40	49
„ greacă	13	19
„ germană	17	18
Istoria	17	18
Geografia	6	10
Istoria naturală	11	8
Fizica	8	8
Matematica	23	25
Geometria desemnativă	8	10
Filozofia	2	3
Caligrafia	2	2
Gimnastica	12	16
Cântul bisericesc	8	—
Totalul orelor	236	232

b) *Încă câteva date despre organizația și activitatea liceelor românești sub dominația ungară.*

După: Anuarul liceului ortodox român „Andrei Șaguna" din Brașov. Anul jubilar 1924/25. Al 75-lea an școlar. Publicat de Dr. Iosif Blaga, director. Brașov, 1925,

Prin această lege (art. de lege XXX. din 1883.) se *dă Bisericii noastre ortodoxe române autonome dreptul* să-și aleagă profesori cvalificați după legea statului, că ea „să hotărească limba de predare", scopul general al învățământului, măsura diferitelor discipline, sistemul de învățământ, planul de instrucțiune (programa analitică) și manualele; și are să aducă acestea, din caz în caz la cunoștința Ministerului de Culte și Instrucțiune publică. Statul cerea ca limba maghiară să se predea în toate clasele secundare; în clasa VII. și VIII. Istoria literaturii maghiare, în însăși limba maghiară. Deasemenea se cerea ca studiul istoriei maghiarilor să se predea în clasele IV. și VIII. (Pag. ..VII.)

Școalele secundare ortodoxe române din Brașov erau de-

altcum organizate ca şcolile similare ale statului, cu deosebirea, că *limba de predare era cea română* şi că se preda în ele şi limba şi literatura română şi avea toate drepturile, pe cari le aveau şcolile statului.

La examenul de maturitate (bacalaureat) Ministerul de Instrucţie trimitea „comisari" (delegaţi) dintre bărbaţii, în cari avea deplină încredere şi cari ştiau româneşte. Aceştia aveau numai rolul de control şi de protest în afacerile pe cari le găseau incorecte, ori ilegale; ei nici nu semnau vre-un act de examen. Preşidinţia o avea delegatul Consistorului arhidiecezan. (Pag. XVIII.)

In anul 1915/16. războiul mondial fiind în toiul său, acela şi-a avut, se înţelege, reflexia sa şi asupra vieţii şcoalelor noastre. Faptul însuşi, că şcoala noastră era şcoală românească, a deşteptat neîncredere în autorităţile statului. Această neîncredere s'a prezentat şi se prezenta ca justificată apoi prin dovezile date *de mulţi elevi dintre cei asentaţi şi chemaţi sub drapel, cari au trecut peste munţi,* nevrând să între în serviciul armatei austro-ungare.

In August 1926. declarându-se din partea României război puterilor centrale, pentru întregirea neamului românesc, şcoalele noastre trebuiau să simţească acest mare eveniment istoric şi să reageze în consecinţă. Directorul, profesorii, elevii şi însăşi şcoala s'au pus la dispoziţia autorităţilor militare cu ocaziunea ocupării Braşovului de trupele române. *După retragerea trupelor române din Transilvania, directorul liceului şi al şcoalei reale, Dr. Iosif Blaga, dimpreună cu 10 profesori a trebuit să se retragă şi ei în România* nevrând a-şi mai continua activitatea lor sub regimul întronat aci în urma retragerii armatei române.

In urma situaţiei create, autorităţile şcolare au încredinţat conducerea şcoalelor pe anul 1916/17. dirigentului de studii al şcoalei reale, Gheorghe *Chelariu.* Pentru anul următor şcolar 1917/18. autorităţile superioare şcolare au crezut de cuviinţă să declare pe absentul director Dr. Iosif *Blaga* de destituit, tot aşa pe ceilalţi 10 profesori şi să pună la ordinea zilei alegerea unui alt director şi a altor profesori. (Pag. XXIX.)

In Braşov au rămas dintre profesorii liceului şi şcoalei reale numai Gh. *Chelariu,* P. *Percea* şi prof. de gimnastică P. *Roşca.* Gh. Chelariu, delegat de consistorul arhidiecezan cu conducerea liceului şi a şcoalei reale a căutat să reconstruiască

un corp profesoral pentru începerea cursurilor. Profesori noi au fost aleşi doi, au fost rechemaţi în serviciu profesorii pensionaţi doi, au fost chemaţi în ajutor trei profesori. Cu acest corp didactic s'au început lecţiile în cursul inferior în Febr. 1917. Către sfârşitul lui Februarie putându-se redeschide şi clasele cursului superior ale liceului. (Pag. LXIX.)[1]

Tabloul absolvenţilor liceului ort. român din Braşov:[2]

În anul şcolar	1908/909	52		În anul şcolar	1914/915	40
„ „ „	1909/910	45		„ „ „	1915/916	35
„ „ „	1910/911	57		„ „ „	1916/917	20
„ „ „	1911/912	41		„ „ „	1917/918	28
„ „ „	1912/913	43		„ „ „	1918/919	35
„ „ „	1913/914	56				(Pag. CXXXI.)

Cercetăşia la şcoalele noastre. Cercetăşia la şcoalele noastre şi-a luat început în anul şcolar 1912/13. Reorganizarea cercetăşiei în anul 1914. Dorinţa noastră era ca cercetaşii, de acum înainte, să se îndrume în toate lucrările lor, după adevăratele principii cercetăşeşti practicate şi în alte părţi şi mai ales, să facem legătura sufletească cu fraţii din Regatul Român. În scopul acesta am urmărit cu toată atenţiunea şi interesul ce ni-l dicta sentimentul nostru românesc, acţiunea entuziastă ce se pornise şi în Regat şi am căutat, cu tot pericolul la care ne expuneam, să le procur toate scrierile şi publicaţiile comandamentului Marei Legiuni a Cercetaşilor României şi să ne conducem după ele, luând toate precauţiunile să nu fim descoperiţi de spionii oficiali, cari mişunau ca furnicile şi urmăreau cu

[1] Sub dominaţia română, D. *Al. Pteancu,* inspector şcolar din Oradea Mare, prin ordinul telegrafic No. 1139/1921. la 19 Aprilie 1921. — deci la sfârşitul anului şcolar — a închis liceul reformat din Sighetul Marmaţiei, care avea un trecut de 400 ani, sub pretextul că D. Juhász Péter, directorul iceului, în ziua de 14 Februarie a fost arestat într'o afacere de „complot". D. Prie Octaviu, secretar de stat, cu No. 12.943/921. a întărit ordinul de închidere. In acelaş an, la 7 Octomvrie, Curtea Marţială română a achitat pe D. Juhász Péter, cu toate acestea, guvernul român nici până azi nu a aprobat redeschiderea şcoalei ungare cu trecut de 400 ani.

[2] Liceul gr. or. român din Braşov în cei din urmă 10 ani ai dominaţiei ungare a dat diplome de maturitate la 417 elevi români, ceeace ar reveni anual 4107 diplome de maturitate. Sub dominaţia română în toate cele 7 licee ale Bisericii romano-catolice din Ardeal, la sfârşitul anului şcolar 1927/28, nu au primit diplome de baccalaureat decât 39 elevi unguri.

atenţiune toate mişcările noastre . . . La 2 Februarie 1915 aveam deja 91 cercetaşi, formând din ei 13 patrule.

Cercetaşii Braşoveni au adus cele mai frumoase şi reale servicii armatei şi populaţiei româneşti din Braşov şi jur, în timpul primei ocupaţii româneşti. Deja dela întrarea celor dintâi trupe de ocupaţie în Braşov, cercetaşii s'au pus la dispoziţia lor, oferindu-şi serviciile la toate oficiile. Aşa, la primărie, la poliţie, la poştă şi la toate autorităţile militare. Apoi ajutau pe profesorii lor N. Bogdan, Dr. Stere Stinghe şi C. Papuc cari cei dintâi au depus, aici în Braşov, jurământul de credinţă M. S. R. Ferdinand — la cenzurarea scrisorilor, făcând triarea lor. La poliţie veghiau cu ochi de argus asupra mişcărilor populaţiei străine, ostilă armatei române, şi prinduau şopăcăelile de complotare, cât de prudent şi circumspect ereau ele făcute, şi le descopereau celor încredinţaţi cu supravegherea ordinei publice. La primărie au fost neobosiţi executatori ai ordinelor, în toate serviciile ce li s'au încredinţat. Îmi aduc aminte — scrie D. Dr. Sterie Stinghe — comandantul cohortei „Virgil Oniţiu" şi legiunei „Andrei Mureşeanu" — la excursiile ce le făceam împreună, uneori urmăriţi şi spionaţi de jandarmii unguri, precum şi la pericolul la care m'am expus căutând să-i organizez şi să întreţin legături cu organizaţia cercetaşilor din Regatul Român tocmai în cel mai critic timp, când puterile centrale priveau cu neîncredere neutralitatea României.

[illegible]

tragă pe teritoriul Regatului Român. (Pag. LXXXVI—XC.)

S'au împlinit 70 de ani, de când vrednicii reprezentanţi ai Bisericiilor Ortodoxe-române din Piaţa Braşovului şi a Sf. Nicolae din Scheii Braşovului, au pus temelia şcoalelor secundare ortodoxe-române din Braşov. Acest sfânt „Legământ" (actul de fundaţie) ce l'au subscris reprezentanţi celor două biserici româneşti din Braşov în anul 1850 este poate cea mai eclatantă dovadă a spiritului de jertfă . . . Zeci de ani dearândul, când, fondurile bisericii nu ereau suficente, ei adunau ban cu ban dela parochieni sumele de lipsă pentru plata profesorilor.

Acei vrednici reprezentanţi au respins cu îndârjire în nenumărate rânduri ofertele făcute de guvernul ungar pentru subvenţionarea şcoalelor, căci se temeau, cu drept cuvânt, de pân-

gărirea spiritului național, curat românesc ce sălășluia între zidurile acestor școale.

Când jertfele bănești ale parohienilor n'au mai putut acoperi nevoile mereu crescânde ale școalelor, s'au adresat Statului român, care le-a sărit în ajutor cu toată bunăvoința. Decenii dearândul în budgetul Statului român se găsea o sumă însemnată pentru subvenționarea liceului român din Brașov. Când situația românilor de dincoace de Carpați s'a înrăutățit, când politica de maghiarizare forțată a guvernelor ungare tindea să sufoce toate focularele de cultură și viață românească, guvernul român a dat în mod și mai intensiv sprijin moral și material pentru susținerea luptei cu dușmanul nostru.

Statul român a recunoscut în totdeauna în liceul nostru legătura sufletească dintre Românii de aici și cei de dincolo și a ținut s'o întărească prin toate mijloacele în interesul vital al neamului nostru.

Printr'o regretabilă neprecauțiune întâmplată în anul 1898. în focul luptelor politice din vechiul regat s'a descoperit subvenționarea școalelor noastre din partea Statului român. Ventilarea prin presă a acestei chestiuni a adus cu sine reducerea subvenției cu 20.000 lei anual, o sumă de mare importanță pentru budgetul de atunci al școalelor, dar în acelaș timp, mulțumită unor valoroși bărbați politici ai Țării românești, în prima linie D-lui Take Ionescu, s'a aranjat subvenționarea pe calea diplomatică, prin depunerea unui titlu de rentă la Casa Centrală a Statului ungar din Budapesta. (Pag. CLIX.)

Protopopul Vasile Voina în baza relațiunilor sale bune cu bărbății politici din vechiul regat, cu deosebire cu Take Ionescu, a fost în stare să aducă însemnate subvenții, nu numai pe seama școalelor din Brașov, dar și pe seama altor școli din Transilvania, chemate a întări elementul românesc în părțile sărace și expuse. Dupăce însă guvernul unguresc a aflat despre aceste subvențiuni la 1897 a interzis școalelor să mai primească ajutorul dela Statul român.

Dovedindu-se însă, în urma unei minuțioase cercetări și verificări conduse de guvernul unguresc prin comisari de ai săi, de îndreptățite unele pretențiuni ale bisericii Sf. Nicolae din Brașov, s'a încheiat la 1900 . . . un acord între Statul unguresc și Biserică, în baza căruia Biserica avea să primească în folo-

sul şcoalelor o rentă anuală de 38.000 lei dela Statul român. (Pag. CXVIII.)

Nevoile şcoalelor sporeau mereu şi ani de ani bisericile trebuiau să aducă jertfe nouă materiale. S'au făcut toate sforţările posibile până în 1906. când în urma împrejurărilor, se cerea o nouă şi însemnată urcare de salare a corpului didactic. Atunci, Biserica n'a mai putut susţinea lupta cu Statul ungar. Statul român n'a mai putut interveni şi astfel reprezentanţii bisericilor au trebuit să cedeze şi să primească întregirile de salar din partea Statului ungar. Ei s'au îngrădit însă cu tot felul de precauţiuni pentru-ca spiritul tradiţional al şcoalelor noastre să nu fie întru nimic schimbat prin acest ajutor strein. (Pag. CLIX – X.)

Corpul profesoral . . . Noi Românii aveam cinci şcoale, două ortodoxe, două gr. cat. şi un liceu „Fundaţional" . . . Era însă totuşi ceva ce-l nemulţumia pe profesorul român: faptul că colegul lui ungur dela şcoalele similare de stat, având aceaşi pregătire, erea mai bine plătit şi avea mai puţine ore de muncă. Prin acest fapt profesorul român erea pus şi în stare de vădită şi simţită inferioritate faţă de colegul său ungur . . . Însă s'a făcut de către Ministerul Instrucţiunii, *contele Apponyi, la anul 1906. o c rectură, care a înlăturat în parte cauzele de supărare.* Prin un regulament al Ministerului s'a normat, ca *toate autorităţile confesionale, sustinătoare de şcoli secundare pot cere tără*

[illegible]

lare de stat, cari ereau încadraţi în clase şi grade la salarizare . . . *(Pag. XCIII.)*

Dupăce s'a studiat chestiunea atât de către Eforia şi Delegaţiunile şcolilor, cât şi de către Consistoriul arhidiecezan, care a decis cu No. 10.413 din 30 Oct. 1906. să se primească întregirile „cu rezerva de a putea renunţa la ele oricând" începând cu *1 Iulie 1906. profesorii liceului din Braşov şi ai gimnaziului din Brad au ajuns să primească întregirile ce le da statul.* Chestiunea n'a trecut aşa de uşor prin organizaţiunile şcolare din Braşov. Ea a întâmpinat din partea unor membrii, negutători, rezistenţă puternică, pe motiv, că guvernul în urma aranjamentului încheiat va exercita o influenţă rea, asupra spiritului şcoalelor.

Din textul deciziunii Ministrului Instrucțiunii, adevărat, nu se putea învedera măsuri menite a știrbi autonomia școalelor, ori a da guvernului drept mai mare de amestec în afacerile noastre școlare... Adevărul rămâne însă, că ajutorul acordat constituia și sabia lui Damocle, țintită contra profesorilor, că aceștia au și trebuit să simțească, că sabia se poate îndrepta contra lor și deci drept urmare, că ei trebue să fie cel puțin circumspecți.

Rămâne însă ca o dovadă puternică *de cinstea și sentimentul curat al profesorilor faptul, că spiritul și atmosfera dela școalele noastre, ca și linia de conduită a profesorilor lor, nu s'au schimbat cu nimic în urma întrării în vigoare a măsurilor aplicate pentru întregirea lefurilor personale.* (Pag. XCIV.)

Aceste întregiri dela Stat s'au primit regulat dela guvernele ungare până la toamna anului 1918. D'atunci încoace întregirile de salar le-a dat Statul român. (Pag. CLX.)

Liceul nostru, cu toți profesorii săi, a trecut și a fost primit, cu fondul lui de penziuni, în anul 1912, în urma unei regulări între susținătorii lui și Stat (fostul Stat ungar) cu toate drepturile la fondul de penzii al Statului. Au și fost penzionați de fostul Stat ungar, în baza acestui aranjament: prof. Andrei Bârseanu, d-na Victoria Onițiu, soția fostului director al liceului Virgil Onițiu și d-na Elisabeta Nicula, soția fostului profesor Vasile Nicula.

În aceeaș situație se găsesc și învățătorii dela școala noastră primară ort. rom. din Brașov cu deosebirea, că ei au fost mai de mult trecuți în cadrul legii de penzii a statului (ungar). (Pag. CLXXV.)

Ceeace constitue — scrie d. Ioan Clinciu, prof. la liceul Lazăr, absolvent al liceului ort. rom. din Brașov în a. 1883 — cu deosebire, caracterul cu totul distinctiv al acestui așezământ de cultură românească, față de alte școli secundare, este și așezarea lui geografică, lângă vechia graniță și aproape de centrul neamului, așa că la această *alma mater* alergau fiii neamului, din toate părțile locuite de Români... fiind o mai mare libertate în alcătuirea programelor și predarea materiilor de studii, veniau la Brașov elevi din toate provinciile românești, nefiind obligați să urmeze cursuri, pe cari nu le credeau necesare, cum era limba maghiară, pentru tinerii din România. Organizarea școlii corespundea tuturor trebuințelor și împrejurărilor, așa

încât absolvenții – maturizanții – puteau să continue fără nici o dificultate studiile universitare, atât în țară, cât și în străinătate. (Pag. 43).

c) *Spiritul învățământului secundar.*

(După: O. Ghibu: Școala Românească etc. Pag. 78–82).

Ca să se vadă în ce proporție stau școlile secundare românești față de numărul total al acestor școli din întreaga țară, însemnăm aici că în Ungaria sunt pentru cele 20 milioane de locuitori 155 de licee, 28 de gimnazii și 32 de școli reale (licee reale, dintre cari 5 numai cu cursul inferior). Sașii, cari sunt 230.000 la număr, au 4 licee clasice, unul real și un gimnaziu, iar noi Românii, $3^1/_2$ milioane la număr, avem 4 licee (dintre cari unul mai mult de jumătate unguresc), un gimnaziu și o școală reală cu cursul inferior. Pentru Sași se vine un liceu la 40.000 de suflete, pentru noi la 700.000.[1]

Se înțelege, că acest număr mic de școale nu e suficient pentru Români, câtă vreme pentru Sași el e mai mult decât suficient. Cei mai mulți elevi români, din această cauză sunt siliți deci să cerceteze licee ungurești. La 1911/12 cercetau școale secundare 4256 elevi români (4038 licee, 218 școli reale). Dintre aceștia numai 1913 cercetau școli românești. Cultura, pe care și-o câștigă elevii noștri în liceele ungurești, e detestabilă.

„Școlile ungurești înzestrează pe elevi numai cu o formă [illegible]

1910 v. I. pag. 292).

[1] Buletinul Statistic al României 1923. Nr. 2. Pag. 13. Dare de seamă statistică de N. Istrate: Dacă repartizăm locuitorii din Transilvania după naționalitate, avem următorul tablou:

	1920:	1910:	1900:
Români	2,930.120	2,821.720	2,682.607
Maghiari	1,305.753	1,661.746	1,437.805
Germani	539.427	556.311	571.391

Statistica oficială românească constată în 1920 numărul Maghiarilor în așa fel, că spre exemplu cu toate că în orașul Careii-mari, unde conform statisticei din 1910 erau *în total 16.078 locuitori* (5932 rom. cat., 230 luterani, 3500 reformați, 7 unitari, 2491 izraeliți, 3893 gr. cat. și 25 gr. or.), între cari *15.772 Maghiari*, în statistica oficială română din 1920 nu se amintește decât în total 3337 Maghiari. (Vezi: Anuarul Statistic al României 1922. București, 1923. Pag. 30–31.)

Şi cultura aceea câtă e, ne e vrăjmaşă. Elevii ies cu un dispreţ pentru trecutul nostru, pentru literatura noastră, pentru viaţa şi pentru viitorul nostru. Mai ales cărţile de istorie din aceste şcoli sunt pline de neadevăruri cu privire la trecutul nostru, aşa ca ele să-l facă pe elevul român să-i fie ruşine, că e Român.

Acestui sistem se datoreşte nivelul scăzut al vieţii sufleteşti a generaţiilor din urmă de intelectuali din Ardeal, precum şi mulţimea românilor renegaţi, care creşte din an, în an. Dacă acest sistem nu va înceta, — şi el nu va înceta, prin guvernanţi ca contele Tisza şi tovarăşii lui, — cultura românească din Ardeal va fi lovită în inima ei şi când Ardealul va fi nimicit sufleteşte, ce se va alege de întreaga Românime ?

Ceace am arătat despre literatura de curs primar, întâlnim şi la cea de curs secundar. Aici cele mai multe cărţi nici nu mai sunt măcar prelucrări din ungureşte, ci ele sunt traduse cuvânt de cuvânt din ungureşte. Mai ales cărţile de istorie a Ungariei sunt revoltătoare; ele au în vedere exclusiv numai pe unguri. Istoria Ungariei, după concepţia istoricilor unguri traduşi în româneşte, este istoria ungurilor. Nici un alt neam care a locuit şi locueşte în Ungaria, n'are istorie.

Toate istoriile s'au tradus din ungureşte. Astfel a tradus d. V. Goldiş Istoria Ungariei după L. Mangold, d. Petru Suciu dela Blaj, după Dr. Jászai Rezső (1914.) d. Gh. Vataşan dela Braşov după Varga Otto (1914.) s. a.

Ce cuprind şi în ce spirit sunt scrise aceste cărţi traduse pentru educaţia patriotică a elevilor români, aceasta se va vedea din câteva citate pe cari le dăm aici.

Iată de ex. câteva specime din cartea lui Jászai:

„Românii au imigrat în v. XII—XIII. din Rumelia, de aici numele de Români". (Pag. 275.)

„Strămoşii lui Hunyadi fură chinezi, conducători peste Românii imigraţi din spre Balcani". (97.)

Câteva mostre din cartea lui Herczeg-Farkas, pentru şcolile de fete:

„La 1848. s'a pornit o mişcare între Slovaci la nord, între Români la est şi între Sârbi şi Croaţi la sud, al cărei scop a fost să se rupă acele ţinuturi de către Ungaria şi să se organizeze sub scutul Austriei ca provincii separate. Au păşit apoi

agitatori cari au tulburat sufletul pacinicului popor, silindu-se să deştepte ura împotriva ungurimei". (II. 79.)

„Întâi de toate au agitat naţionalităţile. Românii s'au adunat la Blaj . . . şi au anunţat . . . că vor rupe anumite părţi din teritoriul ţării, în care să stăpânească naţionalităţile lor. Şi pentru ca să dea o importanţă mai mare hotărârii lor, s'au răsculat îndată şi au început un război civil înfricoşat împotriva ungurimii". (II. 85–86.)

Extraordinar de unde şi cum învaţă copii români în şcolile româneşti istoria neamului lor şi a ţării lor!

Afară de cărţile de istorie s'au tradus şi cele de geografie, Constituţie, Aritmetică, Istorie naturală, Organizaţia şcolară, Igiena. Până şi în cărţile de limba latinească (de Dr. Al. Pteancu şi V. Bighiceanu, Beiuş) s'au întrodus piese de cetire din Istoria Ungariei, pe care elevii trebue să le traducă din româneşte în latineşte!

Cât priveşte elevii noştrii cari cercetează şcoli secundare de stat, învaţă cele mai sfruntate neadevăruri despre noi. Istoria Românilor din Principate, în istoria pe care o învaţă ei, se prezintă ca o serie de trădări mişeleşti a Românilor.

Unde va duce acest sistem, dacă situaţia nu se va schimba radical?

12. *Scoalele de comert.* (Pag. 149.)

[illegible] al şcoalei comerciale greco-ortodoxe române din Braşov e acesta:

	Clasa			
Obiectele	I.	II.	III.	Total
Limba română . .	3	2	2	7
„ maghiară .	3	3	3	9
„ germană .	3	3	3	9
„ franceză .	3	3	3	9

13. *Şcoale de moşit.*

Sunt 10. La două din ele (Sibiiu şi Cluj) cursurile se predau româneşte pentru elevele romînce. Eleve: 107. (O. Ghibu: Şcoala Românească etc., pag. 83).

14. *Învățământul superior.*

a) *Seminarele gr. or. române.* (Pag. 152–154).

Fiecare diecezǎ ortodoxǎ își are seminarul sǎu, susținut din mijloace proprii, cu câte un mic ajutor dela stat,[1] însǎ fǎrǎ nici un control din partea acestuia.

În biserica ortodoxǎ sub cuvântul „seminar" trebuesc înțelese douǎ școli, cu totul diferite una de alta, având comun însǎ localul, directorul și corpul profesoral. Într'o secție învațǎ viitorii preoți, în cealaltǎ viitorii învǎțători.

În secția teologicǎ cursul e de trei ani. Limba de propunere e pentru toate materiile, cea românească. La sfârșitul fiecǎrui an se dau, sub presidenția unui comisar (delegat) consistorial, examene de fiecare materie. După terminarea cursului teologic absolventul dǎ și un examen de calificație preoțeascǎ, în fața unei comisii numitǎ de Consistor.

„Teologii" sunt obligați de un timp încoace, de când se simte lipsa de învǎțători, sǎ urmeze și școala normalǎ. Pe baza legii ei au dreptul de a face examenul de calificație învǎțătoreascǎ, fǎrǎ a mai fi fǎcut și examenele anuale. Astfel teologii ies din seminare deodatǎ cu douǎ diplome. În seminarele din Arad (1822) și Caransebeș (1895) se poate întra și cu 6 sau 7 clase de liceu sau cu școala normalǎ.

b) *Seminarele greco-catolice.* (Pag. 154).

Și în acestea se întrǎ cu 8 clase, respective cu examenul de maturitate. Cursul e de patru ani.

Programul de studii se deosebește de al seminariilor ortodoxe prin faptul, cǎ studiilor de limba românǎ și celor pedagogice nu li se dǎ așa de mare importanțǎ, ci prevalează cu desǎvârșire cele teologice.

[1] Dr. E. R. Roșca: Monografia Institutului Seminarial Teologic-Pedagogic Andreian al Arhidiecezei gr. or. române din Transilvania, Sibiu, 1911. Pag. 249–251: pentru ca elevii cari au isprǎvit cursurile teologice sǎ poatǎ urma cursurile academice au înființat patru burse, fiecare de 500 florinți. Cu aceste burse ale Statului ungar și-au urmat studiile în strǎinǎtate, de multe ori chiar în vechiul regat; Dr. Onisifor Ghibu (1905, filozofie), Nicolae Regman (1904, filozofie), George Tulbure (1902, filozofie), Lazar Triteanu (1898, filozofie), Iosif Enescu (1896, filozofie), Niedea Vataşan (1892, filozofie), Miron E. Cristea (1890, filozofie), Iosif Blaga (1887, filozofie) etc.

Limba de predare în seminarul din Blaj (1754) şi Oradea mare (1914) e cea românească, în cel din Gherla cea latină. Româneşte se fac în acest din urmă numai unele cursuri, mai secundare.

(În seminarele româneşti guvernul deocamdată nu se amestecă. Ele sunt singurele şcoli româneşti, în cari autonomia bisericilor se respectă. Dar nu va trece mult şi Statul, care întregeşte salarele preoţilor (congrua), consecvent principiilor sale, se va amesteca şi aci, întâi prin introducerea limbei maghiare, care azi nu se predă, apoi prin introducerea spiritului unguresc. Şi în locul unei pregătiri pentru împărăţia lui Dumnezeu, vom avea şi în seminarii mijloace pentru pregătire pe seama — imperialismului maghiar. — O. Ghibu, Şcoala Românească, etc. Pag. 84).[1]

c) *Universităţile.* (Pag. 155 – 158.)

În Ungaria sunt 4 universităţi. La universitatea din Budapesta este şi o catedră de limba şi literatura română, precum şi un docent de limba română. O astfel de catedră există şi la Cluj. Odată se pusese în vedere, că la Universitatea din Cluj, înfiinţată la 1872, cursurile vor fi paritetice, adecă în două limbi, ungureşte şi româneşte, dar promisiunea nu s'a împlinit. O universitate românească în Ungaria ar fi o necesitate inexorabilă, dar de aşa ceva Ungurii nu vor nici să audă măcar.

[illegible]

[illegible] No. 6040 din 1922. Io. il.

(Va urma).

Pétition des Ruthènes en Tchécoslovaquie concernant l'autonomie de la Russie subcarpathique.

(Suivre.)

I. – INSTRUCTION.

Dans les écoles primaires, primaires supérieures et secondaires de la Ruthénie, l'enseignement est donné en ruthène, mais l'administration scolaire est tout à fait entre les mains tchèques depuis neuf ans déjà. C'est ce qui explique les séparatistes ukrainiens, venus de la Galicie et de la Bukovine, ont réussi à imposer leurs vues dans les affaires de l'instruction publique et qu'ils ont prescrit l'usage de grammaires et de manuels, écrits dans la langue artificielle de la Galicie et incompréhensibles aux Ruthènes, alors que, en matière d'instruction, le peuple ruthène devrait jouir de la parfaite autonomie. Les directeurs des écoles primaires supérieures sont pour la plupart tchèques, et les professeurs en majeure partie Ukrainiens de Galicie. Des trois gymnases ruthènes, deux (Užhorod, se trouvent entièrement entre les mains ukrainiennes.

La politique de tchéquisation est inaugurée sur le terrain de l'instruction primaire depuis 1926; actuellement il existe 95 écoles primaires tchèques de l'État, avec des instituteurs tchèques, avec la langue tchèpue, dans les villages ruthènes. Ce fait suffit seul pour trahir et marquer le but de la politique scolaire en Russie subcarpathique.

L'institution d'écoles élémentaires d'État de langue tchèque, presque exclusivement dans les communes ruthènes, a pour but de rendre tchèque le territoire autonome ruthène, autrement dit, cela sert la dénationalisation; la statistique ci-dessous le justifie.

Au cours des années scolaires 1926 – 1928 le gouvernement de Prague a ouvert environ cent écoles populaires d'État de langues tchèques. Tandis que pendant les années 1919 – 1925 l'administration scolaire – qui sur le territoire autonome ruthène est entre les mains de fonctionnaires tchèques – a institué des écoles de langue tchèque seulement dans les communes, où les Tchèques s'étaient établis en masse et où il y avait suffisamment des enfants obligés à fréquenter l'école, au

cours des années 1926–1928 on a organisé des écoles tchèques, dans des communes, où il n'y avait pas assez d'enfants tchèques, où en général, il n'y a pas d'enfants tchèques devant fréquenter l'école. Dans de telles communes, on a obligé les parents ruthènes juifs et hongrois, en mettant de côté l'école ruthène ou hongroise de faire inscrire leurs enfants à l'école tchèque.

Actuellement en Russie subcarpathique il n'y a que 2 écoles tchèques dans lesquelles tous les élèves sont tchèques (Antalovci, Batyucolonia). Dans neuf écoles les élèves tchèques forment la majorité, par contre dans cinq écoles tchèques tous les élèves sont juifs, dans une école allemande (Mokra), dans 48 écoles tchèques 70–98% des élèves sont de nationalité juive, dans 18 écoles tchèques il n'y a aucun élève tchèque.

Le nombre des enfants tchèques obligés de fréquenter l'école est actuellement 2624. Pendant le premier semestre de l'année 1928 le nombre total des élèves des écoles primaires tchèques était de 5131, dont 20 et ½% était de nationalité tchèque, 65% juive, 7 et ½% hongroise, 3% ruthène, 3% allemande.

Tandis que dans environ 100 écoles populaires tchèques en 1928, 170 instituteurs tchèques environ ont enseigné, un instituteur tchèque a en moyenne 30 élèves, tandis que 732 instituteurs ruthènes ont chacun en moyenne 80 élèves, dans certains cas plus de 100, réciproquement dans une école populaire tchèque, il n'y a que 17–25 élèves pour un instituteur tchèque.

En Russie subcarpathique il y a encore actuellement aussi 20 communes ruthènes, dans lesquelles il n'y a pas d'école, parce qu'elles ont été annulées pendant la guerre mondiale et dans d'innombrables communes l'école est vide, parce que l'état ne se soucie pas d'instituteurs, ou l'école existante ne peut pas donner asile au grand nombre d'élèves. C'est un fait attristant, qu'actuellement 17.400 enfants ruthènes devant fréquenter l'école ne sont pas enseignés et que le Gouvernement de Prague, au lieu de songer à compléter le corps d'instituteurs russes et d'ouvrir de nouvelles écoles et de nouvelles classes, institue en masse des écoles tchèques, pour y placer le superflu des instituteurs tchèques, d'autre part, qu'il contraint dans les écoles tchèques les enfants, qui ne sont pas de nationalité tchèque, pour les rendre tchèques, car la langue d'enseignement de ces écoles tchèques est exclusivement le tchèque.

En Russie subcarpathique 3 écoles normales russes (ruthènes) d'instituteurs à Užhorod, à Moukacevo et à Presov et une école normale russe (ruthène) d'instituteurs à Užhorod, élèvent des instituteurs russes (Ruthènes). Le manque complet d'instituteurs exigerait que ces écoles normales russes lâchent. de leur sein le plus d'instituteurs possible. Si l'administration scolaire en Russie subcarpathique était entre les mains d'organes autonomes, on songerait certainement à ce que ces 4 écoles normales d'instituteurs élèvent le plus d'instituteurs possible. Mais sous la direction scolaire tchèque d'aujourd'hui, c'est justement le contraire qui se passe. Notamment le gouvernement tchèque a imposé par décret le *numerus clausus* dans les écoles normales d'instituteurs, leur interdisant d'admettre plus de 30—40 candidats instituteurs dans les cours annuels.

Voilà la politique scolaire tchèque à suppléer le manque d'instituteurs autochtones par des instituteurs tchèques et le manque d'écoles par l'institution d'écoles tchèques. Tandis que pour 2600 enfants tchèques obligés de fréquenter l'école, jusqu'ici près de 100 écoles tchèques ont été instituées, pour 76.000 enfants russes (ruthènes) devant fréquenter l'école, il n'y a que 732 instituteurs ruthènes et presque 18.000 enfants ruthènes ne peuvent fréquenter l'école. Le Vice-Gouverneur dans son décret N° 34645 du 1er mai 1928 a invité les directions des écoles d'État tchécoslovaque, qu'elles lui annoncent en un mois le nom des instituteurs tchécoslovaques qui désirent servir dans des écoles russes subcarpathiques. D'après ce décret le gouvernement emploiera des instituteurs tchèques dans les écoles russes, à partir du mois de septembre 1928.

Il nous est superflu de citer d'autres motifs et faits pour justifier l'évidente politique tchèque de dénationalisation dans la province autonome russe. Pour contrebalancer et faire cesser ceci il n'y a pas d'autre moyen que la réalisation immédiate de l'autonomie de la Province Russe subcarpathique. Une des principales bases fondamentales de cette autonomie est sans doute l'indépendance de l'affaire des écoles, qui ne doit être tchèque, ni de Prague, mais exercée par des organes autonomes.

La dénationalisation des écoles ne consiste pas seulement en instituant en masse des écoles tchèques et en leur administration tchèque, mais aussi en favorisant artificiellement un vé-

ritable chaos de langues, qui règne déjà depuis neuf ans en Russie subcarpathique. Le Traité de Saint-Germain et la Charte de constitution ont déclaré l'affaire des écoles: affaire autonome, malgré cela le Gouvernement central de Prague a mis de côté en Russie subcarpathique, l'exercice développé encore sous le régime hongrois, selon lequel, le peuple ruthène pendant des siècles a employé les livres d'école russe et la grammaire russe, rédigée sur la base de la langue littéraire universelle russe; au lieu de cela il impose aux écoles ruthènes et au corps d'enseignement des livres et une grammaire écrits en un mélange de langues galicienne-polonaise-ukrainienne, que la majorité du peuple ruthène n'est pas disposée à accepter, elle ne permet pas de gâter sa langue maternelle par un mélange de dialecte galicien. De ce contraste se développe sous l'administration tchécoslovaque, le chaos de langues, dont la politique de dénationalisation forge un capital pour ses propres buts, elle argumente par là une plus grande partie des ruthènes de la Russie subcarpathique s'attache à la langue littéraire russe, tandis que l'autre, plus petite partie désire le dialecte de la langue ukrainienne, elle rejette les deux orientations et tâche de fabriquer une langue spéciale russe subcarpathique „laquelle rapproche la langue russe à la tchèque et dresse une tour aussi bien contre l'orientation russe comme contre l'orientation ukrainienne". Puisque l'affaire de langue est exclusivement le droit autonome du peuple russe-subcarpathique, il est le seul compétent à décider de la langue des écoles, de l'ortographe, de la grammaire des livres d'enseignement et non le Gouvernement de Prague.

A Užhorod, capitale de la Ruthénie, où la population ne comprenait pas d'élément tchèque avant 1919, il y a aujourd'hui six mille Tchèques (sans compter la garnison) qui ont leur gymnase, leurs écoles primaires supérieures pour garçons et pour filles et leurs écoles primaires et qui naturellement jouissent de la plus grande bienveillance de la part du gouvernement tchécoslovaque. Les instituteurs tchèques ont une association nationale, ils bénéficient de l'appui de la „Matice" tchèque, ils sont les enfants gâtés du gouvernement de Prague. Si la politique scolaire actuelle continue, l'instruction publique sera bientôt purement tchèque en Ruthénie, à moins que l'autonomie ruthène ne soit organisée sans délai. Fait caractéristique, la langue

tchèque a été introduite comme langue officielle dans l'administration scolaire aussi, notamment en janvier dernier.

II. – ADMINISTRATION.

A la tête de ce qu'on appelle l'administration ruthène autonome, nous trouvons le vicegouverneur tchèque, subordonné directement au ministère de l'intérieur de Prague. Tous les référendaires (sauf celui des affaires ecclésiastiques) sont tchèques dans l'administration centrale d'Užhorod, et le personnel des bureaux est tchèque dans la proportion de 90 %. Le préfet est tchèque (Dr. Jech), le personnel de la préfecture se compose surtout de Tchèques. Les chefs d'arrondissement, à l'exception de cinq, sont des Tchèques, les notaires des communes et des arrondissements, le personnel nombreux de l'administration fiscale (5 directions de finances, une direction générale, bureaux de perception, bureaux de douane, service de l'octroi, gendarmerie, service forestier, chemins de fer, postes, etc.) compte des Tchèques dans la proportion de 80 à 98 %. Dans l'administration de la justice, les choses sont tout à fait pareilles. Même les plantons des bureaux de l'État, des départements et des arrondissements sont pour la plupart des Tchèques.

Cette armée de fonctionnaires tchèques a pu être amenée parce que la Russie subcarpathique ne jouit toujours pas de l'autonomie, parce que le territoire des Ruthènes n'a pu faire usage de ses enfants dans l'admission aux emplois publics. Au contraire, le peuple ruthène a dû supporter que beaucoup de ses enfants valeureux fussent évincés, congédiés ou mis à la retraite.

Il sort des trois gymnases ruthènes tous les ans une foule de jeunes bacheliers ruthènes, les universités et écoles techniques tchèques pourvoient de diplôme des jeunes gens ruthènes dont le nombre grandit chaque année, mais ni les uns ni les autres ne sont assurés de trouver quelque emploi dans leur propre pays, sur le territoire autonome des Ruthènes, car toutes les places créées provisoirement dans l'administration ont été transformées par la loi en emplois définitifs et les fonctionnaires tchécoslovaques chargés provisoirement de ces emplois ont été nommés définitivement. Ainsi, pour une génération, les jeunes gens ruthènes sont exclus des emplois publics et on espère à

Prague qu'à l'époque où la prochaine génération fera son entrée dans la vie, la tchèquisation sera accomplie.

C'est pour y arriver que l'organisation de l'autonomie ruthène subit toujours de nouveaux retards. En effet, une fois l'autonomie mise en vigueur, la Diète et l'administration autonomes ne manqueraient pas d'exiger qu'une partie au moins des milliers de fonctionnaires tchèques, envoyés en Ruthénie sans le consentement et même contrairement à la volonté des Ruthènes, quittent leurs postes pour être remplacés par des Ruthènes et autres habitants originaires du territoire autonome.

Si nous prenons en considération le fait que l'immense appareil administratif expédie les affaires en tchèque, emploie le tchèque dans ses relations avec la population qui, elle, ne comprend pas le tchèque, nous n'avons que trop de raisons de craindre l'avenir réservé au peuple ruthène. *Periculum in mora.* Le retard apporté à l'organisation de l'autonomie du territoire des Ruthènes implique le plus grand danger et pour le présent et pour l'avenir du peuple ruthène.

La politique tchèque suivie depuis neuf ans constitue une illustration frappante des méthodes qu'il ne faut pas appliquer envers un peuple, et la preuve qu'un peuple faible ne jouit de sécurité aux côtés d'un peuple fort que s'il est protégé par une autonomie nationale effective et large.

L'absolutisme gouvernemental qu'a dû subir le peuple ruthène a montré aussi que le respect du droit ayant comme seule garantie la fraternité slave n'est qu'un mot sentimental vide de sens.

III. – SITUATION ÉCONOMIQUE.

Nous ne voulons pas nous occuper ici en détail de la situation économique de la Ruthénie, le cadre de ce mémorandum ne le permettrait pas ; nous nous bornerons à faire remarquer que ce territoire dont les conditions topographiques ralentissaient toujours le progrès économique et condamnaient la population à la pauvreté, a été le théâtre des opérations militaires pendant la longue guerre mondiale. Après la guerre, ce territoire couvrant environ 13.000 kilomètres carrés (longueur 320 km., largeur variant entre 100 et 150 km.) s'est vu enserré par trois États successeurs de l'ancienne monnarchie (Pologne, Roumanie, Hongrie). Pendant des siècles, toute sa vie économique, le cou-

rant des échanges le reliaient à la Galicie et à la Plaine hongroise. L'année 1919 apporta un changement brusque. Les frontières nouvelles, les lourdes taxes douanières, les prohibitions d'importation imposèrent à la Russie subcarpathique la nécessité de diriger les courants économiques vers l'ouest, la Slovaquie et Prague, et d'y chercher les marchandises dont elle avait besoin. Or, la Slovaquie constitue un territoire économique du même genre que la Ruthénie ; elle n'a pas besoin des produits de la Ruthénie; d'un autre côté, la Bohême, la Moravie et la Silésie sont éloignées à mille et plus de kilomètres et, en l'absence de réductions tarifaires, ne peuvent pas acheter les produits ruthènes et doivent vendre leurs produits à elles à des prix élevés. Nous sommes convaincus que le développement du commerce et de l'industrie de la Russie subcarpathique suppose la suppression des barrières douanières entre les États successeurs nés du démembrement de la monarchie austro-hongroise.

*

Le peuple ruthène est agriculteur dans la proportion de 90%; ses terres sont petites, comprises généralement entre 1 et 5 hectares. Les habitants sont, pour la plupart, montagnards. La propriété foncière est très inégalement répartie. La superficie totale de la propriété foncière est de 1.267.243 hectares, dont 30% appartiennent à l'État, 20% aux grands et moyens propriétaires, 25% aux communes, aux communautés et aux Églises, de sorte que les petits cultivateurs n'ont que 25% à leur disposition.

L'État tchécoslovaque a prélevé, à titre de réforme agraire, 260.115 hectares sur les grandes propriétés en Ruthénie ; cependant les lots distribués aux petit cultivateurs ne montaient en tout qu'à 19.000 hectares à la fin de l'année 1927. La disproportion qui avait régné fut donc réduite très peu. Or, la première et indispensable condition du relèvement économique du peuple ruthène consiste à lui assurer la terre absolument nécessaire à l'existence matérielle. L'industrie agricole et les grandes manufactures sont trop faibles pour doter de travail la population insuffisamment lotie ou pour absorber les éléments sans terre.

Nous prenons acte des déclarations du gouvernement tchécoslovaque désireux d'améliorer la situation économique; nous reconnaissons qu'il a de bonnes intentions quoiqu'il se soit toujours arrêté aux déclarations; mais nous devons insister sur la

nécessité de venir en aide au peuple ruthène souffrant d'une crise économique aigüe par des mesures efficaces, économiques et sociales. Il nous est impossible de ne pas relever qu'au cours de l'exécution de la réforme agraire, plusieurs milliers d'hectares dans la plaine furent attribués à des colons et à des propriétaires moyens tchéques, alors que 90% des cultivateurs ruthènes qui demandaient de la terre n'ont rien reçu.

Si la Russie subcarpathique avait joui de l'autonomie promise, nul doute que les neuf années écoulées auraient apporté une amélioration sensible sur le terrain économique. En effet, les peuples comme les individus ont plus d'entrain et de goût au travail s'ils sont maîtres chez eux, s'ils se savent abandonnés à leur propre iniative, s'ils ont à choisir les buts et les moyens.

Notre conviction intime est qu'avec l'autonomie réalisée sans délai, la petite Ruthènie verra ses forces décuplées et tout son être renaître à une existence nouvelle; dans l'air libre de l'autonomie, ses enfants se sentiront affranchis de l'oppression de se savoir en tutelle.

Nous rejetons absolument la thèse du gouvernement tchécoslovaque affirmant qu' „il faut commencer par le relèvement économique et intellectuel du peuple ruthène; l'autonomie ne pourra venir qu'aprés". Cette thèse ne contient aucune parcelle de vérité; au contraire, nous sommes convaincus que le développement économique et intellectuel est subordenné à la liberté apportée par l'autonomie et que c'est l'autonomie qui accélèrera le progrès. La population du territoire ruthène ne consentira les sacrifices pécuniaires, exigés par le développement économique et intellectuel, que si elle en contrôle l'emploi par la diète et l'administration autonomes.

M. Edouard Benes, l'illustre ministre tchécoslovaque des affaires étrangères, ancien président du Conseil tchécoslovaque, constate avec beaucoup de justesse dans une de ses études qu'un des fléaux dont la Russie subcarpathique doit souffrir consiste dans les luttes inaugurées par les partis politiques qui ont apporté en Russie subcarpathique leur mentalité spéciale et qui ont fini par diviser le peuple ruthène. Or, toute manifestation de la vie politique devrait avoir ses racines dans le sol même du pays.

C'est tout à fait notre avis aussi, à nous autonomistes ruthènes; c'est pourquoi nous réclamons pour notre peuple et

pour notre patrie les droits attachés au sol ruthène et garantis par le traité de Saint-Germain-en-Laye et par la constitution de l'État tchécoslovaque.

Cette lutte pour le droit doit être menée en Ruthènie contre les partis politiques tchéques implantés et contre la terreur des autorités tchèques qui les soutiennent. Il est tragique que le peuple ruthène, combattant pour l'autonomie sur le terrain constitutionnel, se heurte à la résistance des 40,000 Tchèques qui ont envahi son territoire pour occuper des emplois dans l'administration, l'industrie, le commerce, qui se sont groupés dans des partis politiques et qui, soutenus par les autorités, cherchent à faire croire par la presse que la lutte pour l'autonomie est un attentat contre l'État.

Le parti agraire tchèque, actuellement le parti le plus puissant au parlement de Prague, a créé avec le vice-gouverneur tchèque à sa tète, un véritable absolutisme de parti en Ruthènie. Toute l'administration est mise au service de cet absolutisme. Lorsque, en février 1927 et au congrès de juin, le Conseil National Ruthène et les partis politiques qui y sont représentés ont protesté contre l'injuste loi n° 125 qui refondait l'administration, le parti agraire tchèque et le vice-gouverneur firent subir aux membres du Conseil National une véritable persécution. La presse du parti agraire tchèque cherche à présenter l'action ruthène pour l'autonomie comme un mouvement hostile à l'État.

A l'occasion des élections communales d'octobre 1927, tout le personnel administratif, dévoué au parti agraire tchèque, les notaires de commune et d'arrondissement, les chefs d'arrondissement et la préfecture, ont déployé la plus grande terreur pour combattre surtout le parti autonomiste national, l'Union des cultivateurs autonomistes. Les réunions électorales des autonomistes furent défendues ou dissoutes sans motif valable, les autonomistes euxmêmes frappés d'amendes, les listes de candidature jetées en masse, les scrutins falsifiés. Les fonctionnaires tchèques étaient ouvertement agents électoraux et abusaient de leurs pouvoirs officiels pour travailler contre l'autonomie non encore née et pour assurer la victoire du parti agraire tchèque, hostile à l'autonomie, sur le territoire de la République autonome en droit. Ce sont surtout le parti agraire tchèque et le parti populiste tchèque, allié du premier, qui proclament la nécessité de l'ajournement *sine die* de l'autonomie et qui, pour arriver à leurs

fins, s'efforcent de dénaturer la volonté populaire en Ruthènie et d'étouffer le mouvement national autonomiste.

La politique tchèquisante et centralisatrice est allée le plus loin dans les deux dernières années. Les pionniers tchèques, venus après la signature du traité sous le prétexte de „libérer le peuple ruthène", acquirent en neuf ans la domination sur le territoire autonome ruthène. Ils s'emparèrent de tous les emplois publics, de toutes les institutions, des écoles, de la terre, de l'industrie, du commerce; ils imposèrent l'emploi obligatoire du tchèque sur toute la ligne; en un mot, ils voulurent transformer en tchèque le territoire autonome des Ruthènes. Au lieu d'organiser l'autonomie, ils introduisent par une loi inconstitutionnelle le nouvel ordre administratif régularisant par là la politique gouvernementale suivie depuis neuf ans et cherchant à lui assurer la stabilité pour un temps indéfini. Dans ses déclarations au parlement, le gouvernement de Prague n'a su fixer „même approximativement" le moment où il voudra faire de l'autonomie une réalité.

*

Les faits exposés dans le présent mémorandum prouvent que la politique appliquée par le gouvernement tchècoslovaque pendant neuf ans en Russie subcarpathique n'était point tendue à remplir les obligations que l'État tchécoslovaque avait assumées par le traité de Saint-Germain-en-Laye et par la constitution, et que la condition sous laquelle la Ruthènie s'est unie à l'État tchécoslovaque n'est toujours pas satisfaite. L'ajournement indéfini de l'autonomie fait perdre au peuple ruthène toute foi aux traités et à la constitution. Puisque les demandes, les protestations, les mémorandums adréssés au gouvernement de la République par le Conseil national ruthène, par les députés élus en Ruthénie, par le gouverneur de la Ruthénie sont restés sans effet, nous nous voyons contraints à nous adresser à la Société des Nations pour défendre l'intérêt national et l'avenir du peuple ruthène auquel il a été reconnu le droit à l'autonomie la plus large.

Nous agissons de la sorte en parfaite loyauté envers l'État tchécoslovaque, convaincus que nous servons ainsi à la fois l'intérêt de la Ruthénie et celui de la République tchécoslovaque. La Société des Nations qui, depuis dix ans, veille á l'exécution des traités, ne saurait tolérer que les dispositions du traité de

Saint-Germain-en-Laye, relatives à la défense de l'intérêt national et des droits du peuple ruthène, n'ont toujours pas été mises à exécution. En incorporant le territiore des Ruthènes à l'État tchécoslovaque sur la base du droit du peuple ruthène à disposer de lui-même, et en fixant les conditions de cette incorporation, notamment l'organisation de l'autonomie territoriale par l'État tchécoslovaque, le traité n'a prévu aucun délai pour la réalisation de l'autonomie. Par conséquent, le gouvernement tchècoslovaque n'est nullement fondé à se donner un délai de dix ans ou plus pour organiser l'autonomie du territoire ruthène.

Au commencement de ce mémorandum, j'ai pris la liberté d'insister sur le caractère urgent de l'intervention.

Comme motifs, j'ai l'honneur de rappeler les faits suivants:

Lorsque le peuple ruthène proclama en 1919 son union avec la République tchécoslovaque, il n'y avait pas d'unanimité, loin de là. On sait en effet qu'à cette époque révolutionnaire, trois conseils ruthènes étaient fondés: à Prjasova, à Uzhorod et à Hust. Le Conseil de Prjasova opina pour l'union avec la Tchécoslovaquie, le Conseil de Hust pencha pour l'union avec l'Ukraine et le Conseil d'Uzhorod vota le rattachement à la Hongrie.

L'accord a été établi plus tard, en faveur de la Tchécoslovaquie, lorsque M. Zatkovič informa le Conseil national central, assemblé en réunion plénière, que le Conseil national ruthène d'Amérique avait conclu avec M. le Président de la République, Masaryk, un accord aux termes duquel la Réqublique tchécoslovaque assure au territoire des Ruthènes „l'autonomie la plus large" garantie aussi par les Puissances alliées et associés.

Les délégués présents au Conseil National central ont ainsi accepté l'union avec la Tchécoslovaquie, mais le peuple n'y fut pas naturellement gagné tout d'un coup. Le peuple ruthène se tenait sur l'expectative pour voir ce que feront les frères tchèques.

Voyant que l'autonomie, prescrite par le traité et garantie par les Puissances, comme condition de l'union avec la Tchécoslovaquie, tardait à se réaliser, le peuple devenait mécontent et regardait finalement avec haine non seulement le gouvernement de Prague, mais la nation tchèque ellemême, car il attribuait à l'union tous les maux et toute la misère dont il avait à souffrir. Aujourd'hui, l'opinion publique voudrait de tout excepté d'être gouverné par les Tchèques. Le peuple se souvient que pour le

timbrage, son argent était pris par les fonctionnaires tchèques, que la réforme agraire n'a guère profité aux Ruthènes mais d'autant plus aux Tchèques, que les emplois publics étaient comme réservés aux jeunes gens tchèques, que ses enfants devaient et doivent apprendre le tchèque, et que pour régler une affaire avec les autorités il faut savoir le tchèque. L'impôt est plus lourd qu'autrefois sous le régime hongrois, et gagner sa vie est plus difficile car le paysan ne peut plus descender dans la plaine hongroise pour moissonner. Le chômage s'étend, et la démocratie consiste à voter deux fois l'an après avoir entunde des promesses mirobolantes. De là, la haine pour tout ce qui est tchèque et le désir de faire revenir le temps passé ou quelque chose de nouveau, même au prix d'une alliance avec le diable ou avec le bolchévisme.

Notre peuple n'est point bolchéviste ; s'il a adhéré au parti bolchéviste, c'est parce pue les Soviets ont promis monts et merveilles pour le cas d'un rattachement à l'Ukraine. Mais le peuple consentirait à devenir grand-russe, hongrois, tout ce qu'on veut, pourvu qu'on l'aide dans sa misère. Il a confiance en tout le monde, excepté dans le gouvernement actuel. On avait beau organiser tous les ans des élections depuis 1923; les partis gouvernementaux tchéques n'ont jamais réuni plus de 35% des votes, malgré la plus grande terreur et malgré l'appui des Juifs toujours favorables au gouvernement. Sans les Juifs, à peine 20% des votes ont été pour le gouvernement.

Les faits que nous venons de rapporter cachent un péril européen et peuvent faire naître des complications internationales.

Trois ou quatre irrédentismes ont pris racine dans l'âme ruthène; ils ne prendront pas corps seulement si l'autonomie est réalisé le plus vite et le plus complètement possible et si l'autonomie apporte au peuple la possibilité de gagner sa vie, avec la tranquillité et la paix auxquelles il aspire.

Je recommande à la bienveillante attention et au sentiment de justice du Conseil de la Société des Nations l'avenir du territoire ruthène et je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma plus haute considération.

IVAN KURTYÁK,

Député au Parlement Tchécoslovapue.

(Fédération Agraire Autonome de la Russie subcarpathique)
Hust (Russie Subcarpathique)

CUPRINSUL - SOMMAIRE - INHALT:

Seite

Grundsätze eines Weltminderheitenrechtes. Von Dr. Leo Epstein 1, 46, 89, 137, 168, 211

Convenţia încheiată între România şi Iugoslavia, cu privire la regulamentarea şcoalelor primare minoritare româneşti din Iugoslavia 9

Sir W. Dickinson et les minorités nationales en Europe . 12

Die Assimilation des Szatmárgebietes. Von Cogitator . . 13, 78 98, 173, 244, 329, 354

Wilfan. Von Dr. Elemér Jakabffy 28

Le fléchissement de la culture intellectuelle et le problème du bilinguisme. De R. Bovet-Grisel 32

La Presse mondiale et les manifestations des étudiants en Transyilvanie 35

Suntem oare iredentişti? Ce-i cu apropierea româno maghiară? De Dr. Iosif Willer 41

„Der kulturelle Staat" (Statul cultural). Von Dr. Erwin Pick 57

Mulţumită d-lui Anghelescu. De Aurel Váradi 66

L'Union des Associations pour la Société des Nations et les Minorités Nationales 68

Chestia învăţământului secundar în România. Discursul d-lui Iosif Willer, rostit în şedinţa Camerei din 13 Martie. 85

Pétition du „Deutscher Volksbund" de la Haute Silésie polonaise concernant la création d'une école primaire dans le district scolaire de Biertutowy 107

Äusserungem zum Kultusgesetz im rumänischen Senat . . 109

Zwiespaltige Mentalität. Ein Beitrag zur Charakteristik der nationalen Krise. Von Dr. Ewald Ammende 121

Chestia cultelor în România. Discursul d-lui Elemér Gyárfás în Senat la 21 Martie 1928 125

Die Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Bethlen über die deutsche Frage in Ungarn 144

Observări la constatarea cea mai nouă a d-lui Alex. Vaida. De Dr. Elemér Jakabffy 150

Die erste grosse Zusammenkunft des Ungartums mit seinen Stammesverwandten nach dreitausend Jahren. Von Dr. Stephan v. Csekey 155
Reflexii la solia Principesei Cantacuzino 161
Sans colère ? N'est-ce pas ? De Irena P. Gulácsy 162
Affaire relative aux écoles minoritaires allemandes en Haute-Silésie polonaise 186
La Roumanie, État polyglotte. (Communication du Hebdomadaire „Le Cri des peuples", No. 1) 191
Două declaraţii. De Dr. Elemér Jakabffy 201
Das System der direkten Steuern Rumäniens als ein Kampfmittel der minderheitsfeindlichen Politik. Von Dr. Ladislaus Fritz 202
The Catolic Times şi L'Indépendance Roumaine 210
Die Ungarn in der Weltwanderung. Ein statistischer Ueberblick. Vom Univ.-Dozenten Dr. Imre Ferenczi 219
Minorités en Roumanie 226
Der oberschlesische Schulstreit und das ungarländische Minderheitenrecht. Von Dr. Georg Oszvald 231
Die Union der Völkerbundligen und der ungarische Völkerbundliga-Verein Rumäniens 238
Un discours de M. de Brouckère. Sur la protection des minorités 240
Reflexii la depunerea jurământului Episcopului unitar. De Aurel Váradi 241
Numai spre a nu fi luaţi în seamă! De Desjderiu Teleky . 251
Den Kompetenten zur gefälligen Beachtung 255
Der Lösung der deutschungarischen Frage entgegen. Von Jakob Bleyer 256
Denkschrift der Bulgarischen Friedens- und Völkerbunds-Vereinigung über die Lage der bulgarischen Minderheiten in der südlichen Dobrudscha 261
Die tschechischen und ugarischen Protestanten in der Vergangenheit 289
Bulletin publié par l'Union Internationale des Associations pour la Société des Nations. Pour une Commission Permanente des Minorités 294
Der vierte Kongress der organisierten Nationalminderheiten 297

BIBLIOTECA CENTRALA
A REGIUNII BANAT

Seite
Reflexii la constatarea d-lui ministru Stelian Popescu. De Dr. Elemér Jakabffy 299
Die Reden der Delegierten der ungarischen Minderheiten am Genfer Minderheitenkongress 301
Viaţa şi organizaţia bisericii şi şcolii româneşti din Transilvania şi Ungaria sub dominaţia ungară. Date culese din sursele româneşti 321, 362, 418
Kundgebung der Vertreter der National-Minderheiten Rumäniens in Genf 336
Noul guvern şi minorităţile Naţionale. De Dr. Elemér Jakabffy 337
Die Tschecho-Slowakei und das Minderheitenproblem. Zur zehnten Jahreswende der Fünfvölkerrepublik. Von Dr. G. A. Késmárki 338, 409
Pétition des Ruthènes en Tchécoslovaquie concernant l'autonomie de la Russie subcarpathique 378, 434
Gesetz über Änderung der Nationalität 394
Prima manifestare a Partidului Maghiar în noul Parlament. Declaraţia d-lui Bethlen la Mesaj 401
Einiges über den Minderheitenblock. Von Dr. Elemér Jakabffy 402

Bücher und Zeitschriften.

Minderheitenrecht als Völkerrecht. Von Dr. Carl Georg Bruns 83
Unsere Bibliografie. (Jakob Robinson: Das Minoritätenproblem und seine Literatur.) Von Dr. Elemér Jakabffy 85
Dr. Ross: Politik und Gewaltpolitik in Elsass-Lothringen. Von Dr. Erwin Pick. — Hebdomadaire: Le Cri des peuples 196
Dr. Stephan v. Csekey: Die Verfassungsentwicklung Estlands. 1918—1928 395

Statistische Mitteilungen.

Câţi Români sunt în Banatul sârbesc? 39

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipărit: Husvéth şi Hoffer, Lugoj.